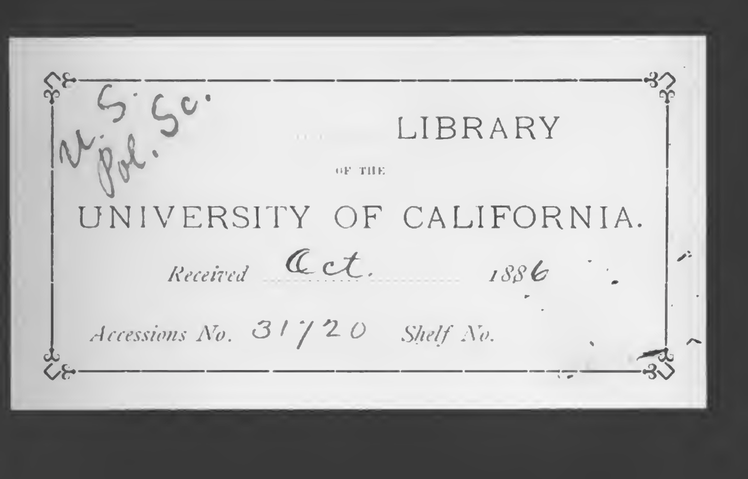
DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA: MIT...

Rudolf Doehn





Die politischen Parteien

in den

Vereinigten Staaten von Amerika

mit Rücksicht

auf die gegenwärtige politische Parteistellung

in Deutschland.

Eine politisch-historische Studie

von

Rudolph Doehn,

Dr. Phil. und früherem Mitgliede der Legislatur des Staates Missouri.



Salus populi suprema lex esto.

Leipzig

Verlag von Otto Wigand.

1868.

Seinen verehrten Freunden

Julius und Moritz Wiggers

in der Erinnerung an gemeinsam bestandene Kämpfe

gewidmet

vom Verfasser.



Vorbemerkungen.

Wenn ich es unternahm, in der nachstehenden Studie eine Darstellung der verschiedenen politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika in gedrängter Kürze zu geben, so wurde ich dabei von ähnlichen Gedanken und Rücksichten geleitet, wie sie etwa Dr. Franz von Holtzendorff in seiner Vorrede zu den „Englischen Verfassungszuständen" von Walter Bagehot ausspricht. „Vor zwanzig Jahren," sagt Herr von Holtzendorff, „dünkte es uns in Deutschland genügend, wenn wir, auf einer dazumal unvollkommenen Kenntniß der englischen Einrichtungen fußend, höchstens unsere kontinentalen Nachbarländer zu einer Vergleichung mit unserem einheimischen Rechtszustande und den gangbaren Rechtstheorien heranzogen. Heute hingegen wird es, um den staatswissenschaftlichen und politischen Theorien der Gegenwart eine festere Haltung zu geben, unumgänglich nothwendig, auf die amerikanischen und transatlantischen Zustände eine planmäßige Beobachtung zu richten. Auf amerikanischem und australischem Boden ist zu erforschen, welche

Momente die verschiedenartige Staatsentwickelung innerhalb einer und derselben Nationalität bedingen, wenn die räumlichen Beziehungen verändert und die historische Tradition durch Auswanderung durchbrochen wird, wie sich der geistige Inhalt des geschichtlich entwickelten Volkscharakters mit völlig neuen Thatsachen und neuen Umgebungen auf dem Gebiete der europäischen Kolonisationen abfindet. Es scheint unleugbar, daß das Studium des neuweltlichen Staatslebens zur richtigen Erkenntniß der in dem Lebensprozesse unserer alten Staaten waltenden Kräfte, der uns gestatteten Freiheit der Bewegung und der uns auferlegten geschichtlichen Nothwendigkeiten, in einem kaum berechenbaren Maße beitragen wird."

Wenn — wie ich zu hoffen wage — das vorliegende Büchlein zur Förderung eines solchen Studiums des neuweltlichen Staats- und Parteilebens beitragen wird, so ist dasselbe nicht umsonst geschrieben. Ich bin bestrebt gewesen, auf Grundlage guter und verläßlicher Quellen und mit Heranziehung trefflichen Hülfsmaterials in seinen Hauptgrundzügen den ganzen politischen Entwickelungskampf darzustellen, welchen die Vereinigten Staaten von Amerika seit der Entstehung der Union bis auf die Gegenwart herab durchgemacht haben. Hüben wie drüben galt es und gilt es noch, den alten Kampf siegreich zu Ende zu führen, den Kampf für Völkerfreiheit und für Herstellung allseitig rechtlicher Zustände im Volksleben gegenüber den verderblichen Gelüsten materieller und geistiger Willkür- und Gewaltherrschaft. Wie in der nordamerikanischen Union die Sklavenhalter ihre Sklaven verloren haben, wie den Negerbaronen die politische Alleinherrschaft entrissen ist, so werden auch in Europa die ärgsten Despoten immer

mehr gezwungen werden, auf den klar ausgesprochenen Willen der Nationen zu hören und dem Volke zu geben, was des Volkes ist.

Auf beiden Seiten des atlantischen Oceans habe ich jahrelang in den Reihen der Männer gekämpft, denen „das Wohl des Volkes das höchste Gesetz" ist. Eigene Erfahrung hat uns die Wahrheit von Henry Thomas Buckle's Worten gelehrt, daß die Macht freier Gedanken, wenn sie einmal in dem Geiste eines Volkes Wurzel geschlagen haben, so groß ist, daß sie trotz der schweren Prüfungen, denen diese Macht so oft unterworfen, und trotz der Strafen, die ihre Vertheidiger in so vielen Fällen zu erleiden haben, nicht mehr ertödtet, ja nicht einmal in ihrem Wachsthum gehindert werden kann. Trotz aller stehenden Heere und trotz alles benebelnden Glaubensqualms vernimmt man im alten Europa das Rauschen der goldenen Flügel des Geistes der Freiheit immer näher und immer deutlicher. Und wie in der großen transatlantischen Republik eine Regeneration auf freiheitlicher Basis vor sich geht, so steht auch dem Volks- und Staatsleben Europa's eine ähnliche Wiedergeburt sicher und in nicht zu langer Zeit bevor. Diesem Wiedergeburtsakte gegenüber werden aber die Vereinigten Staaten sich schwerlich als gleichgültige Zuschauer verhalten. Europa und Amerika stehen in mancher Hinsicht im engsten Zusammenhange; und dieser Zusammenhang wird noch vergrößert werden, sobald die in wenigen Jahren bevorstehende Vollendung der Eisenbahn nach dem stillen Ocean dem Welthandel zum Vortheile der nordamerikanischen Union eine neue Straße eröffnet haben wird. Wenn Hegel zu seiner Zeit Recht hatte mit dem Ausspruche: „Was sich bis jetzt in Amerika ereignet, ist nur ein Wiederhall der alten Welt," so haben sich gegenwärtig die

Umstände insofern geändert, als Manches, was jetzt in Europa geschieht, ein Wiederhall ist aus der neuen Welt.

Möge die vorliegende Schrift ihren Zweck erfüllen, die bereits schon lange bestehende Wechselwirkung zwischen der westlichen und der östlichen Hemisphäre unseres Erdballs zum Nutzen und Frommen beider erhalten und stärken zu helfen!

Dresden, im Juli 1868.

Rudolph Doehn.



Einleitung.

Um die Stellung und Bedeutung der gegenwärtigen politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika richtig verstehen und würdigen zu können, ist ein geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung und weitere Ausbildung derselben fast eine absolute Nothwendigkeit; denn wir finden, abgesehen von den Uranfängen einer selbstständigen amerikanischen Politik, wie solche sich in der Kolonisationsgeschichte mit Intervallen und sporadisch geltend machte, wenigstens schon zu den Zeiten von George Washington und Thomas Jefferson verschiedene Parteigruppirungen, die den sich gegenwärtig in der nordamerikanischen Union bekämpfenden politischen Parteien durchaus nicht unähnlich sind. Selbstverständlich haben in den Vereinigten Staaten, wie auch anderswo, klimatische Verhältnisse und geographische Einflüsse überhaupt auf den staatlichen Entwickelungsgang und die Formation politischer Parteibildungen entschiedene Einwirkungen gehabt.

Noch zählt die Geschichte der Vereinigten Staaten kaum drei Menschenalter, und dennoch hat sie bereits in diesem verhältnißmäßig sehr kurzen Zeitraum auf der Basis einer geregelten politischen, religiösen und socialen Freiheit zwischen dem atlantischen und stillen Ocean aus kleinen Anfängen ein Reich gebildet, dessen Einrichtungen die Aufmerksamkeit jedes denkenden Menschen auf sich ziehen und das wohl dazu berufen scheint, nicht bloß auf der

westlichen Hemisphäre, sondern auch auf der östlichen Hälfte unserer Erde eine welthistorische Rolle zu spielen. Von der Entstehung der Union an bildete aber die Sklavenfrage den eigentlichen Angelpunkt, welcher die Geschicke derselben beeinflußte und bestimmte; und alle politischen Wirren und Kämpfe, welche die transatlantische Republik erschütterten und vor wenigen Jahren nahezu an den Rand des Verderbens brachten, erhalten erst ihre rechte Beleuchtung und Erklärung, wenn wir sie von diesem Standpunkte aus betrachten und beurtheilen.

Verschiedene Historiker lassen die Geschichte der Vereinigten Staaten in zwei Hauptzeitabschnitte zerfallen, von denen sie den einen, welcher mit der Unabhängigkeitserklärung beginnt und sich bis in die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts erstreckt, den revolutionären nennen, und den andern, der bis auf die jüngsten Zeiten herabreicht, als den konservativen bezeichnen. Schon Friedrich Kapp verwirft aber mit Recht diese Bezeichnung und nennt den ersten der erwähnten Zeitabschnitte „den Zustand der erst werdenden Gesellschaft, das Zeitalter der Ideen ohne Baumwolle", und den zweiten „die fortschreitende, ökonomisch sich schnell entwickelnde Gesellschaft, das Zeitalter der Baumwolle ohne Ideen". Die erste Epoche stützt sich nach Fr. Kapp auf koloniale Anfänge und idyllischen Landbau. Eine gewisse politische Unschuld, meint dieser Schriftsteller, giebt sich dem Wahne hin, die Rousseau'sche Tugendrepublik mit ihren unmöglichen Abstraktionen, mit ihren patriarchalischen Wünschen und Bestrebungen verwirklichen zu können, ohne indessen auf die Genüsse einer verfeinerten Civilisation, ja des Luxus zu verzichten, den in neuen, frisch emporblühenden Ländern meistens nur der Reichthum gewähren kann. Die kurze Herrschaft dieser Epoche dauert jedoch nur so lange, bis durch die Kultur der Baumwolle die Mittel zum Reichthum bedeutend vermehrt werden. Von diesem Augenblicke an ist das Rousseau'sche Utopien aufgegeben, die moderne ökonomische Produktion mit der Theilung der Arbeit und der Herrschaft des Kapitals tritt an dessen

Stelle und gibt der ganzen Union den Charakter eines großen Geschäfts- und Handelshauses.

In dieser geistreichen Auffassung der zwei Hauptepochen der amerikanischen Geschichte liegt allerdings viel Wahres, aber wir glauben dennoch weder der Bezeichnung, noch der Begrenzung derselben vollständig beistimmen zu können: einmal, weil dadurch einzelne, nicht unwesentliche Entwickelungsphasen der staatlichen Geschichte Amerika's in Gefahr kommen, vermischt und undeutlich gemacht zu werden, und zweitens, weil dadurch der richtige Gesichtspunkt für die Beurtheilung und Auffassung der amerikanischen Parteipolitik, von deren unverfälschter Erkenntniß ein lohnendes Studium der amerikanischen Geschichte in fast jeder Beziehung abhängig ist, total verrückt wird. Nach unserer Meinung bieten sich vielmehr dem unparteiischen und aufmerksamen Beobachter der Geschichtsentwickelung der nordamerikanischen Republik zwei Hauptepochen dar, in welchen sich die Geschichte der Union in der Art und Weise abspielt, daß wir die erste, die Epoche der Sklaverei, vom Jahre der Unabhängigkeitserklärung bis zur Aufhebung der Sklaverei datiren zu müssen glauben, während wir die zweite erst mit dem Jahre 1865, wo die Sklaverei in ihren Grundfesten vernichtet ward, beginnen lassen. Die erste Hauptepoche zerfällt nun natur- und sachgemäß wiederum in vier Unterperioden, die, wenn sie sich auch äußerlich nicht so streng, wie mit einem Messer trennen lassen, doch in ihrem innersten Wesen charakteristische Unterscheidungsmomente enthalten. Und in der That findet der mehr als hundert Jahre alte, prophetische Ausspruch des edlen Berkeley, Bischofs zu Cloyne in Irland, auf die gegenwärtigen politischen und staatlichen Verhältnisse der amerikanischen Union seine volle Anwendung:

„Westward the course of empire takes its way:
The four first acts already passed,
A fifth shall close the drama with the day;
Time's noblest offspring is the last.“

Die erste dieser vier Perioden datiren wir vom Jahre der Unabhängigkeitserklärung 1776 bis zum Ankauf von Louisiana im Jahre 1803; die zweite reicht vom Jahre 1803 bis zum Missouri-Kompromisse im Jahre 1821; die dritte umfaßt einen Zeitraum von neunundzwanzig Jahren und geht bis zu den im Jahre 1850 stattfindenden Kompromissen; die vierte und letzte Periode geht endlich bis zum Jahre 1865 und zählt nur fünfzehn Jahre. Aber diese fünfzehn Jahre enthalten den Hauptwendepunkt in der Geschichte der nordamerikanischen Union, denn sie führten die höchste Blüthe und zugleich den Untergang des Institutes herbei, welches stets wie ein giftiger Krebs an dem staatlichen und sozialen Körper der Nation genagt hatte. Mit der siegreichen Beendigung des vierjährigen, verheerenden Bürgerkrieges könnte man nun eine fünfte Periode anfangen lassen, wenn es nicht besser wäre, mit der Vernichtung der Sklaverei die erste Hauptepoche der nordamerikanischen Geschichte, die eben durch die zunehmende Herrschaft und den endlichen Verfall der Negersklaverei charakterisirt wird, zu schließen und mit der Freiwerdung des Negers die zweite Hauptepoche, in welcher die Union sich von den durch den blutigen Sezessionskrieg geschlagenen Wunden zu erholen begriffen ist, zu beginnen.

Wir legen demnach bei unserer Darstellung der verschiedenen politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika, welche als Vorläuferin einer ausführlicheren, wirklichen Geschichte dieser Parteien angesehen werden mag, die eben erwähnte Zeiteintheilung zu Grunde und beschäftigen uns zunächst mit der ersten Periode der ersten Hauptepoche.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Von der Zeit der Unabhängigkeitserklärung bis zum Ankauf von Louisiana (1776—1803).

Zweites Kapitel.

Vom Ankauf von Louisiana bis zum Missouri-Kompromisse (1803—1821).

Drittes Kapitel.

Von der Zeit des Missouri-Kompromisses bis zur Berathung der Omnibusbill von Henry Clay (1821—1850).

Viertes Kapitel.

Von der Berathung der Omnibusbill von Henry Clay bis zur Beendigung des Sezessionskrieges (1850—1865).

Fünftes Kapitel.

Die Zeit der Präsidentschaft Andrew Johnson's.

Schlußbemerkungen.



Erstes Kapitel.

Von der Zeit der Unabhängigkeitserklärung bis zum Ankauf von Louisiana.

(1776—1803.)

Es ist bekannt, daß schon vor dem kontinentalen Kongresse, der im Jahre 1774 am 5. September in Philadelphia zusammentrat, von den englischen Kolonien Nordamerika's aus verschiedenen Ursachen wiederholte Versuche gemacht wurden, ein engeres Zusammengehen und ein gemeinsames Handeln ins Leben zu rufen. Im Jahre 1643 war unter den vier Ansiedelungen von Massachusetts, Plymouth, Connecticut und New-Haven ein Bündniß unter dem Namen „die Vereinigten Kolonien von Neuengland" (the United Colonies of New England) geschlossen worden, das „zum Angriff wie zur Abwehr, zum gegenseitigen Rath und Beistand, zur Erhaltung und Wahrung der Wahrheit und der Freiheiten der heiligen Schrift, zur eigenen gegenseitigen Sicherheit und Wohlfahrt" dienen sollte. Dies Bündniß löste sich indessen schon 1686 wieder auf. Ein zweiter Versuch der Einigung wurde auf dem Provinzialkongresse zu Albany in New-York im Jahre 1754 gemacht; allein auch er scheiterte. Virginien und die beiden Carolina's waren auf diesem Kongresse gar nicht vertreten. Charakteristisch und entscheidend waren aber für den weitern Gang der Ereignisse die Debatten und Verhandlungen, welche auf dem allgemeinen Kongresse stattfanden, der am 7. Okt. 1765 in New-York zusammentrat. Hier wurde gleich im Anfange, nach einer kurzen Diskussion, der Beschluß gefaßt, daß „die natürlichen Rechte, welche die Amerikaner als Menschen und Engländer besäßen", zum Ausgangspunkt des fernern Handelns genommen werden sollte. Indem man so über die königlichen Patente hinausging und den Gedanken eines gemeinschaftlichen, naturgemäßen Kolonialrechts als wesentlich und maßgebend anerkannte und offen hinstellte, nahm dieser Kongreß in New-York einerseits bereits einen revolutionären Charakter an, während er

andererseits sich folgerichtig über die Sonderverfassungen der einzelnen Kolonien zu einer Art von Unionsrepräsentation emporhob. Dennoch waren aber alle diese Provinzial- und Kolonialkongresse weit davon entfernt, die einzelnen Kolonien durch das Band einer gemeinsamen Verfassung staatlich zu verknüpfen. Diese politische Vereinigung konnte erst durch den erwähnten Kontinentalkongreß zu Philadelphia angebahnt werden, nachdem die Fehler der englischen Regierung das Einheitsgefühl in den Kolonien immer häufiger und immer mächtiger wach gerufen hatten. —

Die Revolution der englischen Kolonien in Nordamerika war keineswegs ein Ausbruch schnell auflodernder Leidenschaften, auch waren die Ursachen und Beweggründe dieses welthistorischen Ereignisses eben so sehr materieller, wie ideeller Natur. Länger, als ein Decennium, waren friedliche Unterhandlungen und wiederholte demüthige Bitten der revolutionären Selbsthülfe vorangegangen. Die vornehmste Frage, um die es sich handelte, war das vom englischen Parlamente beanspruchte Recht, allen Unterthanen des britischen Reiches, gleichviel wo dieselben wohnten und ob sie im Parlamente vollgültig vertreten waren oder nicht, nach eigenem Dafürhalten Steuern aufzulegen. Diese Hauptfrage blieb, obschon sie zu verschiedenen Zeiten auch verschiedene Formen und Gestaltungen annahm und mannigfache Verordnungen und Gesetze hervorrief, im Wesentlichen immer dieselbe; und es konnte deshalb kaum anders kommen, als daß Männer wie James Otis und John Adams von Massachusetts und Patrick Henry und Thomas Jefferson von Virginien, getreu dem echt konstitutionellen Grundsatze: No taxation without representation, in der fortgesetzten Vertheidigung der Rechte der Kolonien Vordersätze postulirten, welche das natürliche und allgemeine Recht des Menschen, sich selbst zu regieren und über den Verdienst seiner Hände so viel als möglich selbst zu verfügen, sehr nahe berührten. Beide, sowohl der freiheitsliebende Idealist, der da meint, daß die patriotischen Gründer der nordamerikanischen Union sämmtlich und ohne Ausnahme von vornherein republikanischen Prinzipien ergeben und dabei von der Gefahr und den verderblichen Wirkungen der Sklaverei überzeugt waren, als der konservative Realist, welcher behauptet, daß sehr wenige oder gar keine von jenen heldenmüthigen Vertretern konstitutioneller Rechte die möglichst schnelle Lostrennung vom Mutterlande, und die bald darauf folgende Gründung eines republikanischen Gemeinwesens ersehnten und die direkte Anwendung ihrer logischen Schlußfolgerungen auf die Lage der Sklaven erkannten und zuließen, — sie befinden sich beide im Irrthum. Sicherlich gab es in den englischen Kolo-

nien zu der Zeit, welche der Unabhängigkeitserklärung unmittelbar voranging, Manche, die den nothwendigen Zusammenhang zwischen den Rechten, welche sie als freie englische Staatsbürger für sich beanspruchten, und den Rechten, welche ein jeder Mensch als solcher hat, nicht einsahen oder nicht zugaben; aber die tiefer blickenden und konsequenter denkenden Patrioten begriffen wohl und gestanden gerne zu — wie historische Aktenstücke aus jener Zeit beweisen — daß ihre Behauptung, das Repräsentationsrecht sei untrennbar mit der Besteuerung verbunden, auch das höhere und wichtigere Recht eines jeden vernünftigen und keines Verbrechens schuldigen Menschen, seine Kräfte und Fähigkeiten nach seinem eigenen Ermessen zu gebrauchen und die Früchte seiner Arbeit zu genießen, nothwendig bedinge. Daß sich dies aber so verhielt, kann uns um so weniger wundern, als wir uns der Thatsache erinnern müssen, daß selbst nach den Gefechten bei Lexington und Bunker Hill (19. April und 17. Juni 1775) eine nicht geringe Anzahl von unzweifelhaften Freunden und Anhängern der Rechte und Freiheiten der Kolonien eine Losreißung vom Mutterlande noch durchaus nicht wünschte und anstrebte. Das Wort Cowper's: „England, with all thy faults, I love thee still,“ fand eben noch jenseit des atlantischen Oceans in vielen Herzen einen mächtigen Wiederhall; und bei festgewurzelten Ideen tritt ein vollständiger und allseitiger Umschwung nicht plötzlich ein, denn welterschütternde Ereignisse reifen meistens nur langsam heran. —

Im Laufe der Zeit nahmen indessen die Grundsätze bürgerlicher und politischer Freiheit, welche während des langen Streites, der dem Revolutionskriege voranging, so gründlich erörtert und so warm empfohlen wurden, immer mehr die Form von Axiomen an und gestalteten sich gleichsam zu politischen Glaubensartikeln des Volkes. Schon im Jahre 1766 hatte in Massachusetts eine entschiedene Antisklavereibewegung begonnen, wobei sich Nathanael Appleton und James Swan, zwei Kaufleute aus Boston, als Schriftsteller auf Seiten der Freiheit auszeichneten. Auch blieb die berühmte Entscheidung des Lord Mansfield, der in dem denkwürdigen Somerset-Falle im Jahre 1772 den Ausspruch that: „The air of England is too pure for a slave to breathe in!“ nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Kolonien. Und wenn der Kongreß zu New-York im Jahre 1765 die daselbst versammelten Vertreter der Kolonien nur als „Wächter über die Gerechtsame und Freiheiten der Kolonien“ betrachtete und bezeichnete, so ging Patrick Henry, „der Demosthenes des Waldes“, bald über diese Anschauung hinaus, indem er erklärte: „Der Druck Englands hat die Grenzen verwischt, welche die einzelnen Kolonien trennten. Der Unterschied zwischen

Virginien und Pennsylvanien, zwischen Newyorkern und Neuengländern besteht nicht mehr. Ich bin kein Virginier, sondern ein Amerikaner." Derselbe einflußreiche Volksvertreter von Virginien drohete, wie uns William Wirt in seiner bekannten Biographie desselben berichtet, im Jahre 1773 dem Obersten Samuel Overton gegenüber bereits mit Unabhängigkeitserklärung (declaration of independence), wofür er nebst Thomas Jefferson, Peyton Randolph, John Adams, Samuel Adams, John Hancock und mehreren Anderen von der britischen Regierung mit einer Hochverrathsklage (bill of attainder) verfolgt wurde. In der Provinzialgesetzgebung von Virginien im Jahre 1775 forderte Henry, unterstützt von R. H. Lee, dem Ahnen des bekannten Sezessionsgenerals Robert E. Lee, das Volk von Virginien mit den Worten: „Give me liberty or give me death!" offen zur Revolution auf. Wie Patrick Henry in Virginien, so entflammte James Otis in Massachusetts mit einschneidender Schärfe und durchdringender Logik die an sich schon aufgeregten Gemüther zu kühnen Entschlüssen und entscheidenden Handlungen. „Die Vertreter des Volks von Massachusetts", erklärte dieser geistvolle und klassisch gebildete Mann, den man „Neuenglands mächtigen Feuerbrand" genannt hat, „dürfen ihr Recht, selbst die Steuern zu bewilligen, niemals aufgeben. Dem Volke dürfte es ganz gleich sein, ob ein Georg oder ein Ludwig an seiner Spitze steht, sobald beide in gleich willkürlicher Weise regieren. Können sie, ohne die Volksvertretung zu fragen, Steuern erheben, so sind eben beide Willkürherren. Alle Macht gehört den Völkern, und sie können diese Macht, dieses göttliche Recht niemals verlieren oder freiwillig aufgeben. Das Volk ist der Grund, ist die Quelle aller Staatsgewalt. Wo immer die Verwaltung von der Wahrheit, vom Rechte und der Billigkeit abweicht, da muß Widerstand eintreten. Bessert sie sich nicht, so muß das Volk sie absetzen. Geschieht dies nicht, dann verlieren die Menschen ihr menschliches Wesen und ihre menschliche Würde, — sie sinken zu Sklaven herab!" Solche Worte gruben sich wie mit Feuerschrift in die Herzen der Kolonisten und bereiteten die Losreißung vom Mutterlande vor. Mehr aber, als alle diese Reden, wirkte noch Thomas Paine's Schrift: „Der gesunde Menschenverstand". Dieses Buch, welches im Frühjahr 1776 erschien, ward überall in den Kolonien gekauft, allenthalben gelesen, in den Klubs, in den Wirthshäusern, in den Zelten der Soldaten und wo immer Menschen sich begegneten. Paine hatte eine Saite angeschlagen, die in ganz Amerika wiedertönte. „This book — Common Sense — calling the American people to arms, and to set up a free government", sagt S. Bryant, „may be called the book of Genesis, for this was the

beginning. From this book sprang the Declaration of Independence, that not only laid the foundation of liberty in our own country, but the good of mankind throughout the world." —

Der dritte allgemeine Kongreß, welcher am 10. Mai 1775 in Philadelphia sich versammelt hatte, bildete in der That bis zur Annahme der „Artikel der Conföderation" eine immer forttagende revolutionäre Regierung, deren Mitglieder bald früher oder später wechselten, bald auf längere Zeit bestätigt wurden. Am 7. Juni 1776 brachte Richard Henry Lee beim Kongresse die nachstehende Resolution ein: „Die Vereinigten Kolonien sind und müssen sein freie und unabhängige Staaten; sie sagen sich von jeder Unterthanentreue gegen die britische Krone los und heben jedwede politische Verbindung mit dem Staate von Großbritannien auf." Nach längeren und eingehenden Debatten ward ein Ausschuß, bestehend aus: Thomas Jefferson, John Adams, Benjamin Franklin, Roger Sherman und Robert R. Livingston, gebildet, um über Lee's Resolution zu berichten. Das Resultat war, wie bekannt, die Unabhängigkeitserklärung der dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. Juli 1776. Diese Erklärung war aber nicht, wie man sie wohl von gewisser Seite her bezeichnet, „das leidenschaftliche Manifest eines Revolutionskrieges", sie gab vielmehr den tiefsten und festesten Ueberzeugungen der großen Majorität des amerikanischen Volkes den rechten Ausdruck und stellte Grundsätze auf, welche den Herzen der Väter der Republik tief eingeprägt waren, die in dem Sezessionskampfe noch die Krieger der Union mit Begeisterung erfüllten, und nach der Unterdrückung der Rebellion ihrer endlichen und wahrhaften Verwirklichung entgegensahen. —

Bevor die Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 vom Kongresse angenommen wurde, waren in demselben Jahre schon ähnliche energische Erklärungen, die eine in dem nordkarolinischen Distrikt Mecklenburg (19. Mai), die andere in der Legislatur von Virginien (27. Mai) beschlossen und theilweise den in Philadelphia tagenden Landesvertretern mitgetheilt worden. Der ursprüngliche Entwurf der Erklärung der amerikanischen Unabhängigkeit wurde aber von Thomas Jefferson zuerst zweien seiner Kollegen, nämlich John Adams und Benjamin Franklin, mitgetheilt, dann dem ganzen Committee, welches noch die zusätzlichen Mitglieder Roger Sherman und Robert R. Livingston zählte. Nach einer zwanzigtägigen Berathung legte der Ausschuß seine Arbeit dem Kongresse vor; dieser konstituirte sich am 1. Juli zu einem Committee des Ganzen (committee of the whole), erörterte und debattirte die Vorlage während der drei folgenden Tage in gründlicher Weise und nahm dieselbe mit

einigen Abänderungen an. Man darf daher mit Fug und Recht sagen, daß darin weder irgend eine Behauptung aufgestellt, noch irgend ein Grundsatz der Welt verkündigt ward, der nicht vorher die volle Zustimmung von solchen behutsamen Männern, wie Benjamin Franklin, John Adams und Roger Sherman, erhalten hätte, sowie die Billigung des ganzen amerikanischen Volkes durch seine Vertreter im Kongresse, selbst Südkarolina und Georgien nicht ausgenommen. Zu den weggelassenen und gestrichenen Stellen gehörte auch die ausdrückliche Verdammung der Sklaverei und des Sklavenhandels. Die Weglassung dieses wichtigen Punktes geschah namentlich auf Betrieb der Vertreter von Südkarolina und Georgien. Th. Jefferson spricht sich hierüber in seiner Autobiographie in bezeichnender Weise also aus: „Auch die Stelle, welche den afrikanischen Sklavenhandel verdammt, wurde ausgestrichen aus Rücksicht auf Südkarolina und Georgien, welche beide Kolonien sich dem Sklavenhandel niemals widersetzt, ja denselben sogar gerne fortgesetzt sahen. Unter unsern nördlichen Brüdern fühlten sich ebenfalls Viele durch dieselbe Stelle gedrückt, denn, hatten auch ihre Konstituenten verhältnißmäßig nur wenig Sklaven, so hatten sie sich doch bedeutend mit dem Sklavenhandel befaßt." Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Südkarolina und Georgien schon damals ganz besonders die Sklaverei begünstigten, und dabei von einzelnen Vertretern des Nordens und des Ostens unterstützt wurden. Im Ganzen aber bewiesen die Debatten über die Unabhängigkeitserklärung, daß die leitenden Staatsmänner aus den Zeiten der Revolution zu einem großen Theile von der französischen Philosophie des 18. Jahrhunderts gebildet und groß gezogen waren, und daß sie den Idealen dieser Philosophie in ihren politischen Schöpfungen in praktischer Weise Gestalt und Form zu verleihen suchten. Die von Jefferson entworfene Unabhängigkeitserklärung und die französische Erklärung der Menschenrechte sind in der That Kinder eines und desselben Geistes; sie sind, um mit Fr. Kapp zu reden, politisch-philosophische Dithyramben, die zu den erhabensten, großartigsten Denkmalen der Geschichte gehören und nur dann vor der Kritik vielleicht die Probe nicht ganz aushalten können, wenn man sie aus dem Zusammenhange mit ihrer Zeit herausreißt. —

Am 15. November 1777 nahm der Kongreß nach längeren Berathungen einen Conföderationsplan an, dessen erster Artikel also lautete: „Der Bund soll in Zukunft „ „die Vereinigten Staaten von Amerika" " genannt werden." Die sämmtlichen Artikel dieser Conföderation trugen den Titel: „Articles of Confederation between the States of New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York,

New Jersey, Pennsylvania, Delaware, Maryland, Virginia, North Carolina, South Carolina and Georgia." Der Kongreß sandte diese Artikel, die man als eine Unionsakte ansah, an die Legislaturen der einzelnen Staaten (nicht mehr „Kolonien") mit der Bitte, sie bis zum 10. März 1778 durch ihre dazu bevollmächtigten Abgeordneten zu ratificiren. „Die Artikel der Conföderation", heißt es in dem betreffenden Ausschreiben des Kongresses, „sind nicht wegen ihrer innern Vortrefflichkeit angenommen worden. Die Versammlung betrachtet sie vielmehr nur als ein nothwendiges Ergebniß, als einen Austrag, welcher unter den gegebenen, schwierigen Umständen es ermöglicht, die Billigung aller Staaten zu erhalten." Diese Wendung erinnert lebhaft an manche Ausdrücke, die bei der Gründung des Norddeutschen Bundes von verschiedenen Seiten gebraucht wurden. Es verflossen indessen noch mehrere Jahre, bis sich alle Staaten der Nothwendigkeit fügten und die Artikel der „Conföderation und ewigen Einigung" annahmen. Maryland war der letzte Staat, der seine Beistimmung gab; und erst am 2. März 1781 war der Kongreß in den Stand gesetzt, die erwähnte Bundesacte unter der gesetzlichen Form zu sanktioniren und als höchstes Landesgesetz festzustellen. —

Allein die so geschaffene Conföderation war in der That nur eine etwas engere Verbindung von unabhängigen Staaten (a league of independent States), die dem zu Albany im Jahre 1754 stattgefundenen Einigungsversuche so ähnlich sah, wie ein Ei dem andern. Horace Greeley hat deshalb nicht ganz Unrecht, wenn er meint, man habe sich durch die Verhältnisse gezwungen gesehen, eine förmliche Probe mit einer „Conföderation" als unterschieden von einer wahren und positiven „Union" anzustellen. Der zweite Artikel der Conföderationsacte lautete: „Jeder Staat behält seine Souveränetät, seine Freiheit und seine Unabhängigkeit, und jede Gewalt, jede Jurisdiktion und jedes Recht, so weit solche nicht durch diese Bundesacte den im Kongresse versammelten Vereinigten Staaten ausdrücklich (expressly) übertragen sind." Von solchen Gewalt- und Rechtsübertragungen war aber in der Bundesacte wenig die Rede. Die Staaten waren vollständig gleichberechtigt; jeder von ihnen konnte von zwei bis sieben Abgeordnete, nicht mehr und nicht weniger, in den Kongreß senden. Man stimmte nach der Zahl der Staaten. Jeder Staat hatte eine Stimme, die durch die Majorität seiner Vertreter bestimmt wurde. Jedoch verlor jeder Staat sein Votum, wenn nicht wenigstens zwei seiner Delegaten im Kongresse zugegen waren; dasselbe geschah, sobald die Stimmenzahl der Vertreter der einzelnen Staaten gleich vertheilt war. Obschon man die Conföderation als einen

„einheitlichen Staat" (a Government) bezeichnete, so besaß sie doch in Wirklichkeit kaum eins der wesentlichen Attribute eines solchen. Sie hatte weder eine hinreichende exekutive, noch eine wahre und wirksame richterliche Gewalt. Schwäche war ihr hauptsächlichster Mangel. Die Gesetze konnten nicht mit der nöthigen Energie ausgeführt werden; da es keinen nationalen Gerichtshof gab, so mußten alle Processe vor den Gerichtshöfen der Einzelstaaten geführt werden. Die Regierung konnte durchaus nicht direkt auf die einzelnen, der Conföderation angehörigen Individuen einwirken. Es gab eine gesetzgebende Behörde, die aus einem einzigen Körper bestand, den man „Kongreß" nannte; aber dieser Kongreß besaß nicht die Gewalt, welche gesetzgebenden Körpern eigen zu sein pflegt. Da es nicht in seiner Macht stand, seine eigenen Requisitionen in Vollziehung zu bringen, so konnte er thatsächlich nur die Rolle eines Rathgebers spielen, ähnlich etwa, wie das frankfurter Reichsparlament im Jahre 1848. Der Kongreß durfte von Zeit zu Zeit an die einzelnen Staaten appelliren und Beiträge von Geld und Soldaten zur Fortsetzung des Krieges verlangen; aber er hatte keine Gewalt, auch nur einen einzigen Staat zu zwingen, einen Mann oder einen Dollar zu diesem Zwecke herzugeben. Er hatte das Recht, auf seinen eigenen Kredit hin eine Anleihe zu machen, und er machte Gebrauch von diesem Rechte; aber ihm fehlte die Macht, wirksame Vorkehrungen für eine Wiederzahlung zu treffen. Das Recht und die Macht, Steuern aufzuerlegen und einzutreiben, war ausschließlich den einzelnen Staaten der Conföderation vorbehalten. Hieraus ergibt sich mit Sonnenklarheit, daß die Regierungsgewalt der Conföderation vollständig abhängig war von dem guten Willen der Regierungen der dreizehn unabhängigen Staaten, daß sie sich, wie Rüttimann mit Recht hervorhebt, in einer ganz ähnlichen Lage befand, wie die Regierungsgewalt der schweizerischen Eidsgenossenschaft unter der Herrschaft des Bundesvertrags vom Jahre 1815. —

Der fünfte Artikel der Conföderationsacte bestimmte außer andern wichtigen Punkten: daß die Kongreßdeputirten von ihren respektiven Staaten jederzeit abberufen und durch andere ersetzt werden konnten; daß die Staaten ihren Vertretern bindende Instruktionen mitgeben durften, war nicht ausdrücklich festgesetzt, verstand sich aber nach der ganzen Fassung des Gesetzes und nach der damaligen Anschauungsweise der Amerikaner wohl von selbst. Kein Beamter der Conföderation, der für seine Leistungen und Dienste irgend welche direkte oder indirekte Entschädigung erhielt, konnte Mitglied des Kongresses sein. Die Abgeordneten erhielten sowohl für ihre Theilnahme an den Sitzungen des Kongresses selbst, als auch für ihre Thätigkeit in den Kommissionen,

Diäten, doch nicht von der Conföderation, sondern von den Staaten, die sie gesandt. —

Aus diesen Bestimmungen erhellt, daß die Gründer der Conföderation mit großer Aengstlichkeit und Eifersucht dahin gewirkt hatten, die Kongreßdelegirten von der Conföderation unabhängig zu machen und möglichst in steter Abhängigkeit von ihren Konstituenten zu erhalten; nur hinsichtlich der Redefreiheit enthielt der erwähnte fünfte Artikel eine entgegengesetzte Tendenz, indem er durch die Worte „Freedom of speech and debate in Congress shall not be impeached or questioned in any court or place out of Congress“ die Mitglieder des Kongresses für die Reden, die sie in demselben hielten, allein dem Kongresse verantwortlich machte. —

Eine andere, sehr wichtige Befugniß war durch Artikel 9 der im Kongresse vertretenen Conföderation entzogen; dies war das Recht, Handelsverträge zu schließen, welche die einzelnen Staaten verhinderten, Fremde mit den gleichen Auflagen und Gebühren zu belasten, wie die eigenen Bürger, oder die Aus- und Einfuhr irgend welcher Waaren zu verbieten. Diese mangelhafte Gesetzbestimmung trug wesentlich dazu bei, daß eine Convention berufen wurde, um eine neue Landeskonstitution zu entwerfen. Länger, als hundert Jahre hatten die Kolonien unter den Bestimmungen des britischen Parlaments gelitten, die darauf hinausliefen, England ein vollständiges Handelsmonopol zu sichern. Die Navigationsverträge von 1651 und 1663 verboten bekanntlich fremden Schiffen an dem Handel zwischen Großbritannien und andern Ländern Theil zu nehmen; außerdem suchte England durch andere Akte seine Industrie zu schützen. Den Kolonien war es nicht erlaubt, die nothwendigsten Manufakturzweige selbst zu pflegen; sie wurden vielmehr gezwungen, ihr Rohmaterial dem Mutterlande zu verkaufen und dafür die Fabrikate und Manufakturwaaren demselben wieder abzukaufen. Diese Bestimmungen und die damit in Verbindung stehenden Zölle und Abgaben waren ja die Hauptveranlassung zur Revolution gewesen. Während des Revolutionskrieges war selbstverständlich aller Verkehr zwischen England und den Vereinigten Staaten aufgehoben; als aber Friede geschlossen war, wurde der Handel zwischen beiden Ländern wieder lebhaft, und die Amerikaner fühlten bald die verderblichen Wirkungen der englischen Handelspolitik. Ein Besteuern der Schiffe Englands und der von dorther importirten Waaren hätte eine Abhülfe der Noth gewähren können; allein der Kongreß besaß in dieser Beziehung keine Machtbefugniß; diese war den einzelnen Staaten vorbehalten. Wenn übrigens eine solche Besteuerung die rechte Wirkung haben sollte, so mußte ihre Einrichtung in

den verschiedenen Staaten eine möglichst gleichmäßige sein; diese Staaten aber konnten sich in keiner Weise über ein uniformes Steuersystem vereinigen. Was dem einen Staate zum Vortheil gereichte, das schadete dem andern; daher wurden widerstreitende Besteuerungsmaßregeln ergriffen. Der Geist einer neidischen Eifersucht wurde so stark, daß das Bestehen der Conföderation gefährdet wurde. —

Nach Artikel 13 der Conföderationsacte sollte die Conföderation „ewig" (perpetual) dauern. Mit dieser Vorschrift war zweifelsohne ein Sezessionsrecht der einzelnen Staaten unvereinbar; aber eine Umänderung der Conföderation war, sobald eine absolute Mehrheit der im Kongreß vertretenen Staaten und die Legislaturen der einzelnen Staaten damit übereinstimmten, sehr wohl möglich. Die Schwächen und Mängel der Conföderationsgesetze traten im Laufe der Zeit immer mehr in der grellsten Weise an den Tag, und so geschah es, daß im September 1787 eine Anzahl patriotischer Männer zu Annapolis in Maryland zusammentrat, um Mittel und Wege zu berathen, wie der nach außen- und nach innenhin täglich mehr sinkende Kredit der Vereinigten Staaten zu heben sei und wie den sektionellen und partikularistischen Eifersüchteleien der Einzelstaaten ein kräftiger Riegel vorgeschoben werden könne. Man erkannte bald, obschon nur fünf Staaten in Annapolis repräsentirt waren, die Nothwendigkeit einer gründlichen Revision der Conföderationsartikel und empfahl in eindringlichen Worten beim Kongresse das baldige Zusammentreten einer von allen Staaten beschickten Convention. Der Kongreß stimmte dieser Ansicht, namentlich durch die Bemühungen von Alexander Hamilton dazu bewogen, im Februar 1787 bei, und so kam am zweiten Montage im Mai 1787 die hochwichtige Convention zu Philadelphia zu Stande, worin sämmtliche Staaten — mit Ausnahme von Rhode Island — repräsentirt waren. Diese Convention oder — wie Rüttimann sich ausdrückt — dieser „Verfassungsrath" unterschied sich wenig von der Kommission, welche im Jahre 1848 im Auftrage der Tagsatzung den Entwurf der gegenwärtig geltenden schweizerischen Bundesverfassung ausarbeitete. —

Bevor wir aber auf die interessanten Verhandlungen der die Verfassungsrevision berathenden Convention näher eingehen, müssen wir kurz einer Bestimmung oder einer „Ordinanz" (ordinance) Erwähnung thun, die für die Partei- und Staatengeschichte der Union von höchster Wichtigkeit gewesen ist. —

Am 1. März 1784 übergab Thomas Jefferson im Namen seines Kollegen eine Abtretungsurkunde des Staates Virginien an die Conföderation, worin sich dieser Staat für immer aller Ansprüche auf Ge-

richtsbarkeit über das nordwestlich vom Ohioflusse gelegene Territorium und auf die weiten und fruchtbaren Ländereien dieses Territoriums, mit alleiniger Ausnahme einiger unbedeutender Landstrecken, womit wohlverdiente Offiziere und Soldaten des Revolutionskrieges belohnt worden waren, förmlich begab. Diese Abtretungsurkunde wurde vom Kongresse acceptirt und Jefferson trug sofort darauf an, daß ein eigenes Committee ernannt werde, um einen Verwaltungsplan dieses sogenannten „western territory" zu entwerfen und dem Kongresse vorzulegen. Als Mitglieder dieses Committee's fungirten: Thomas Jefferson, Chase von Maryland und Howell von Rhode Island. Bald darauf erstattete dies Committee durch seinen Vorsitzer Jefferson einen Bericht über die Verwaltung „des an die Vereinigten Staaten bereits abgetretenen oder von den respektiven Staaten noch abzutretenden Ländergebiets" (of the territory, ceded already, or to be ceded, by individual States to the United States), worin besagtes Gebiet als sich vom 31. bis zum 47. Grad nördlicher Breite erstreckend bezeichnet wird. Zu diesem Gebiete gehörten demnach auch die heutigen Staaten Tennessee, Alabama und Mississippi, obschon dieselben damals noch von den Staaten Nord-Carolina und Georgien zurückbehalten und erst eine geraume Zeit später abgetreten wurden. Unter den fünf Grundbedingungen (fundamental conditions), auf denen hin die neu zu bildenden Staaten von den ursprünglichen dreizehn Staaten in die Union durch eine Zweidrittel-Majorität aufgenommen werden sollten, heben wir hier die fünfte hervor, sie lautet also: „Nach dem Jahre 1800 der christlichen Zeitrechnung soll in keinem der genannten (neuen) Staaten Sklaverei oder unfreiwillige Knechtschaft bestehen, außer als Strafe für Verbrechen, deren die fraglichen Parteien in gehöriger Form überführt sein müssen". Schon hier zeigte sich wieder der Parteiunterschied der Freunde und Gegner der Sklaverei, indem auf Antrag der Herren Spaiht von Nord-Carolina und Read von Süd-Carolina diese fünfte Bedingung gestrichen wurde. Allein während der Convention, welche die gegenwärtig noch geltende Konstitution der Vereinigten Staaten im Jahre 1787 zu Philadelphia ausarbeitete, ihre Berathungen pflog, verhandelte der um dieselbe Zeit in New-York tagende letzte Continental-Kongreß von neuem die Verwaltung des „western territory" und ernannte wiederum ein Committee, dessen Vorsitzer Nathan Dane von Massachusetts war, zur Berichterstattung über diese Angelegenheit. Dieses Committee legte am 11. Juli 1787 „eine Ordinanz für die Verwaltung der Territorien der Vereinigten Staaten nordwestlich vom Ohio gelegen" vor, überging aber dabei die südlich von diesem Flusse gelegenen Territorien, die in Jefferson's Ordinanz aus-

drücklich mit eingeschlossen gewesen waren, mit Stillschweigen, weil sie von den sie beanspruchenden Staaten damals noch nicht abgetreten waren. Herrn Dane's Ordinanz enthielt viele von den in Jefferson's Ordinanz ursprünglich enthaltenen Bestimmungen, jedoch mit einigen Abänderungen. Die Akte schloß mit sechs unabänderlichen (unalterable) Vertragsartikeln zwischen den resp. werdenden Staaten und den Vereinigten Staaten; der letzte dieser Artikel lautete: „In besagten Territorien soll keine Sklaverei oder unfreiwillige Knechtschaft bestehen, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, deren die Parteien gehörig überführt sein müssen". —

Ehe diese Ordinanz Gesetzeskraft erhielt, wurde ihr die Clausel hinsichtlich der Auslieferung flüchtiger Sklaven, welche der in Philadelphia sich damals unter Berathung befindlichen Föderalkonstitution entweder bereits einverleibt war oder es doch werden sollte, hinzugefügt, und in dieser Form wurde die ganze Ordinanz einstimmig von den im Kongreß versammelten Staaten, Süd-Carolina und Georgien eingeschlossen, angenommen. Ein Versuch, das Verbot der Sklaverei auszustreichen, unterblieb diesmal; nur Herr Robert Yates von New-York stimmte gegen die Annahme der Ordinanz, allein die Stimmen seiner zwei anwesenden Kollegen, die ihr Votum dafür abgaben, repräsentirten die Stimme des Staates New-York. —

Wenn W. Kiesselbach behauptet, daß die Convention von Philadelphia nicht am 2. Montage im Mai, d. h. am 14. dieses Monats, im Jahre 1786 eröffnet ward, so befindet er sich in einem thatsächlichen Irrthum; die Convention wurde allerdings an dem festgesetzten Tage eröffnet, da aber von der Mehrzahl der Staaten an jenem Tage keine Delegirten eingetroffen waren, so vertagte sich die Convention einfach bis zum 25. Mai, wo die Abgeordneten von neun Staaten sich versammelt hatten und die Arbeiten begannen. Vergl. A. W. Young, „the American Statesman", S. 60. K. F. Neumann, „Geschichte d. Verein. Staaten v. Amerika", B. I. S. 427. Die Convention von Philadelphia, die als konstituirende Versammlung in mancher Hinsicht einzig in der Weltgeschichte dasteht, war von Männern besucht, welche sich eben so sehr durch glühenden Patriotismus und reine Menschenliebe, wie durch hohe Charakterstärke und tüchtige politische Einsicht auszeichneten. Deutsche Geschichtsschreiber, wie z. B. K. F. Neumann und W. Kiesselbach, geben gewöhnlich an, daß 12 Staaten — das selbstsüchtige Rhode Island hielt sich, wie oben erwähnt, fern — durch 55 Deputirte vertreten waren; allein der amerikanische Historiker Benson J. Lossing, dessen Zuverlässigkeit nicht in Zweifel gezogen werden darf, gibt in seinem aus-

gezeichneten Werke „Seventeen hundred and seventy-six or the War of Indepedence“ S. 472 die Namen der einzelnen Deputirten an, wonach 63 Abgeordnete in die Convention gewählt wurden. Allerdings ist es möglich, ja wahrscheinlich, daß diese 63 Deputirten niemals sämmtlich in der Convention zugegen waren; einige von ihnen mögen sogar gar nicht dort erschienen sein. Doch sei dem, wie ihm wolle, so viel steht unter allen Umständen fest, daß die bedeutendsten Mitglieder dieser Versammlung unter den wechselnden Ereignissen des Unabhängigkeitskampfes sich als Krieger und als Staatsmänner hervorgethan hatten und in den allgemeinen Angelegenheiten der Union, wie in denen der einzelnen Staaten, wohl bewandert waren, daß sie mithin zu den ersten staatsmännischen Berühmtheiten der modernen Geschichte zu rechnen sind. Von verschiedenen Seiten hatte man einen erfreulichen Ausgang der Convention bezweifelt; denn ein eigentliches Nationalbewußtsein vereinigte damals die dreizehn Staaten durchaus nicht. Zwar war in allen Einzelstaaten der Einigungstrieb nicht gering, allein die Einflüsse, welche durch die geographische Lage, durch das Klima und die verschiedenen Produktionsbedingungen geltend gemacht wurden, riefen nur zu häufig die Elemente eines einheitswidrigen Antagonismus wach. Niemand hat besser die Ursachen davon angegeben, warum der Verlauf der Dinge im Norden der Union ein von der Entwickelung der südlichen Staaten total verschiedenes Bild gewährt, als John William Draper in seiner „History of de American Civil War“, wovon unseres Wissens leider erst der erste Band erschienen ist. „Das kalte Klima“, sagt Draper, „bringt es mit sich, daß der Mensch fortwährend mit den Naturmächten im Kampfe begriffen ist und mit ihnen ringt, um dem Boden seine Früchte abzugewinnen. Auch die Concurrenz und der Wetteifer ist in nördlichen Gegenden unter den Menschen stärker und mannichfaltiger, als in südlichen. Gezwungen seinen eigenen Grund und Boden in rationeller Weise zu bebauen, gewinnt der Nordländer an Selbstvertrauen und gewöhnt sich daran, nicht nur selbst zu denken, sondern seine Gedanken auch selbst auszuführen. Mit seiner eigenen Hand erwirbt er sich ein Vermögen, über welches er frei verfügen kann. Indem er selbst arbeitet, ehrt er die Arbeit, liebt es nicht, nur andere für sich arbeiten zu lassen, und saugt schon mit der Muttermilch den Haß gegen die Sklaverei ein“. Anders ist es im Süden; hier „ruft der klimatische Einfluß wohl ein starkes Gefühl persönlicher Unabhängigkeit hervor, er begünstigt aber zu gleicher Zeit das Institut der Sklaverei und das Entstehen einer Aristokratie von subtropischem Charakter, die tyrannisch und herrschsüchtig gegen ihre Freunde, grausam und roh gegen ihre Feinde und Untergebenen ist“. — Allein,

obschon man die Schwierigkeiten der Herstellung einer wirklichen Union im Jahre 1787 durchaus nicht verkannte, so gingen die Abgeordneten des Volkes in Philadelphia doch muthig ans Werk. „Wohlan", schrieb Washington um diese Zeit, „die Convention soll und muß jetzt stattfinden. Wenn dieser Versuch auch ohne ein gutes Resultat endigen sollte, so wird er doch dazu beitragen, allen Klassen die Nothwendigkeit einer Aenderung unserer Conföderationsregierung darzuthun. Es gehört einmal zum Uebel der Demokratie und es ist nicht das kleinste, daß das Volk zuerst fühlen muß, bevor es sehen lernt. Ist es aber einmal dahin gekommen, so greift es schnell zur That. Dies der Grund, weshalb demokratische Regierungen so langsam zu Werke gehen".

Zu den hervorragendsten Mitgliedern der Convention gehörten ohne Zweifel: George Washington, Benjamin Franklin, Alexander Hamilton, James Madison, Gouverneur Morris, Charles Cotesworth Pinckney und Edmund Randolph. Thomas Jefferson und John Adams waren als Gesandte in Europa abwesend. Nachdem man die Geschäftsordnung des Congresses mit geringen Abänderungen angenommen hatte, schritt man zu den Verhandlungen, die jedoch unter dem strengsten Geheimnisse bei verschlossenen Thüren stattfanden. Es liegen indessen amtliche und nichtamtliche Quellen zur Genüge vor, um eine unparteiische Geschichte der Gründung der Vereinigten Staaten und deren Constitution zu schreiben. Vergl. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. I. S. 427 ff. Horace Greeley, „the American Conflict", Bd. I. S. 43.

Die erste wichtige Frage, welche die Convention zu entscheiden hatte, ging dahin, ob die Versammlung die alten Conföderationsartikel nur zu amendiren, oder eine neue Verfassung zu schaffen habe. Franklin, der damals über 81 Jahre alt war, lehnte den Vorsitz ab und empfahl George Washington, der dann auch einstimmig zum Präsidenten erwählt wurde.

Die Delegaten einiger Staaten hatten die bestimmte Instruktion erhalten, nur für ein Amendiren der Conföderationsartikel zu wirken; und die Resolution des Kongresses, welche die Einberufung der Convention sanktionirte, hatte dieselbe ebenso bestimmt nur „for the sole and express purpose of revising the articles of Confederation" empfohlen. Indessen die Majorität der Conventionsmitglieder erklärte die Bestimmungen der Conföderationsartikel für so mangelhaft, daß sie durch eine Revision oder durch bloße Amendements gar nicht brauchbar gemacht werden könnten, und beschloß daher, „eine Nationalregierung zu gründen, die aus einer höchsten richterlichen, einer höchsten legislativen und einer höchsten exekutiven Gewalt bestände" (to form a national government,

consisting of a supreme judicial, legislative and executive). Die Einwendungen, welche auf Grund der mitgegebenen Instruktionen gemacht wurden, schlug man mit der Bemerkung nieder, daß jeder Abänderungsplan, den die Convention vornehmen würde, dem Volke der einzelnen Staaten so wie so zur Ratification vorgelegt werden müsse. Wenn übrigens Alexis de Tocqueville meint, daß um diese Zeit eine Art Interregnum in Nordamerika geherrscht habe, so hat er einfach übersehen, daß die Artikel der Conföderation bis zur Annahme der neuen Constitution in voller Geltung blieben.

Am 29. Mai 1787 legte Edmund Randolph von Virginien der Convention fünfzehn Resolutionen zur Berathung und Beschlußnahme vor, in denen ein fester Plan zu einer neuen Regierungsform niedergelegt war. Die Hauptbestimmungen dieses Planes waren kurz folgende: Die Zahl der Vertreter eines jeden Staates in der Nationalversammlung sollten durch die Steuern desselben oder durch seine freie Bevölkerung bedingt sein, die Nationalversammlung sollte aus zwei Häusern bestehen, wovon das eine aus der direkten Wahl des Volkes der einzelnen Staaten hervorgehen sollte, während die Mitglieder des andern von den direkt gewählten Repräsentanten aus einer Reihe von Personen zu ernennen seien, welche die Staatslegislaturen dazu vorgeschlagen hätten. Die so zusammengesetzte Nationallegislatur sollte dann den ganzen legislativen Machtkreis des Conföderationskongresses übertragen erhalten, mit dem additionellen Rechte, in allen Fällen Gesetze zu geben, in welchen die einzelnen Staaten incompetent wären; ferner sollte die Nationallegislatur das Recht und die Macht besitzen, alle Gesetze der einzelnen Staaten, die sie für widersprechend hielt mit den gesetzlichen Bestimmungen der Union, aufzuheben, und zu dem Ende sollte sie die Militärmacht der Union aufrufen dürfen, um einen widerspänstigen Einzelstaat zur Pflichterfüllung anzuhalten. Die Nationallegislatur sollte eine Nationalexekutive wählen, deren Mitglieder indeß nicht zweimal hinter einander gewählt werden durften. Diese exekutive Behörde sollte mit einem Theile des obersten Bundesgerichts einen Revisionsrath (council of revision) bilden, welcher jedes Bundesgesetz sowohl, wie jedes Gesetz eines Einzelstaates verwerfen konnte, sobald es nicht in der Nationallegislatur oder in den Gesetzgebungen der Einzelstaaten mit einer bestimmten Majorität zum zweiten Male aufrecht erhalten wurde. Außerdem sollten National- oder Bundesgerichtshöfe errichtet werden, deren Mitglieder im Amte blieben „during good behavior", d. h. so lange sie sich desselben nicht unwürdig zeigten.

Bei der Berathung dieser Resolutionen, die man den „Virginia-

Plan" zu nennen pflegt, traten nun die Parteiunterschiede auf das Deutlichste hervor und die Eifersucht von Seiten der Staaten auf die Nationalregierung zeigte sich häufig in der auffälligsten Weise. Die Mehrzahl der Staatenrechtsmänner (friends of state-rights) in der Convention gehörte den kleineren Staaten an. Dies lag in der Natur der Sache; denn diese kleineren Staaten fürchteten eine doppelte Gefahr: einmal hielten sie an der gleichen Vertretung im Kongreß fest, weil sie die überwältigende Macht einer starken Nationalregierung scheueten, dann aber glaubten sie auch, daß, sobald Reichthum und Bevölkerung die Basis der Volksvertretung würden, die kombinirte Gewalt der größeren Staaten ihnen Gefahr bringen würde. Diese Opposition der kleineren Staaten war eben damals der Kampf des Schwächeren gegen den Stärkeren, der sich, wie Draper richtig bemerkt, später in dem Kampf des konservativen Elements gegen den Fortschritt offenbarte und schließlich den gewaltigen Konflikt zwischen dem Süden und Norden der Union herbeiführte. Bemerkenswerth ist hier noch, daß viele von den Staaten, deren Vertreter im Jahre 1787 die Stärkung der Nationalgewalt befürworteten, in späterer Zeit die eifrigsten Anhänger der Lehre von den Staatenrechten wurden.

Nachdem Randolph's Resolutionen etwa zwei Wochen hindurch diskutirt worden waren, wurden dieselben einem Committee überwiesen, welches dieselben berieth und in modificirter Form der Versammlung wiederum vorlegte. Allein die alte Opposition erhob sich von neuem, und Herr Patterson von New-Jersey, ein Vertheidiger der „Staatenrechte", brachte einen neuen Plan ein, den man den „New-Jersey-Plan" nannte. Beide Entwürfe, der von Randolph sowohl, wie der von Patterson, wurden nun an das Committee des Ganzen verwiesen und daselbst in äußerst lebhafter Weise berathen. Wiederum kam man auf die Instruktionen zurück, denen gemäß die Conföderationsartikel nur zu revidiren seien; allein die Repräsentanten anderer Staaten wandten dagegen ein, daß sie von ihren Konstituenten den Auftrag erhalten hätten, „eine feste Nationalregierung" (a firm national government) zu gründen und solche Umänderungen der Conföderationsartikel vorzunehmen, „as should render the Constitution adequate to the exigencies of government and the preservation of the Union". Die Debatten wurden oft mit solcher Heftigkeit geführt, daß man jeden Augenblick die Auflösung der Convention befürchten mußte. Endlich aber wurde der „New-Jersey-Plan" verworfen, und Randolph's Konstitutionsentwurf zur Basis der weiteren Verhandlungen angenommen.

Es ist hier nicht am Platze, den Fortgang der Debatten bis ins

Detail weiter zu verfolgen. Nur durch verschiedene Zugeständnisse, die man den kleineren Staaten und den Anhängern der Sklaverei machte, ward es möglich, daß die noch jetzt zu Recht bestehende Konstitution der Vereinigten Staaten am 17. September 1787 angenommen und von 39 unter 55 anwesenden Conventionsmitgliedern unterzeichnet und sogleich dem Kongresse übersandt wurde. Die Liebe zu Kompromissen, welche uns so häufig in der Geschichte der Vereinigten Staaten entgegentritt, zeigte sich schon hier. Vergebens drang z. B. Benjamin Franklin darauf, daß die Nationallegislatur im Gegensatz zu dem englischen Muster des Zweikammersystems nur aus einem Hause bestehen sollte; er mußte nachgeben. Auf der andern Seite setzten die kleineren Staaten, namentlich durch die Bemühungen von Ellsworth aus Connecticut, es durch, daß im Senate alle Staaten gleichmäßig vertreten sein sollten; Süd-Carolina und Georgien aber verhinderten unter der Leitung von C. C. Pinckney die gesetzliche Aufhebung des Sklavenhandels und bewirkten noch außerdem, daß hinsichtlich der Sklavenbevölkerung die bekannte Dreifünftel-Regel als ausschließliche Basis bei der direkten Besteuerung und bei der Repräsentation gelten sollte. Vergebens nannte Gouverneur Morris die Sklaverei „a nefarious institution“ und wollte die freie Bevölkerung allein als Basis der Repräsentation angenommen wissen; John Rutledge von Südcarolina erwiederte ihm: „Religion und Humanität haben nichts mit dieser Frage zu thun. Das materielle Interesse allein entscheidet bei nationalen Fragen. Die Sache steht gegenwärtig einfach so: sollen die südlichen Staaten zur Union gehören oder nicht?“ Damit war die erste Sezessionsdrohung wegen Aufrechthaltung der Sklaverei ausgesprochen. Am entschiedensten bekämpfte indessen Oberst Mason, der Großvater von James M. Mason, den Jefferson Davis seiner Zeit als Gesandten der südlichen Conföderation nach England schickte, den Sklavenhandel und die ganze Sache der Sklaverei; er erklärte am 22. August 1787 in der Convention: „Dieser teuflische Handel (this infernal traffic) verdankt seinen Ursprung wesentlich der Habsucht englischer Kaufleute. Die englische Regierung hat alle Versuche Virginiens, demselben Einhalt zu thun, vereitelt. Die vorliegende Frage betrifft nicht nur die Einfuhr von Sklaven, sondern die ganze Union. Das Uebel der Sklaverei ist während der Revolution zur Genüge empfunden worden. Hätte der Feind sich der Sklaven bedient, wie er gekonnt hätte, so wären dieselben leicht in seiner Hand gefährliche Werkzeuge für uns geworden. Nur aus Unklugheit behandelte er die Sklaven, wie er die Tories behandelte. Maryland und Virginien haben die Einfuhr der Sklaven bereits verboten. Nord-Carolina hat dem

Wesen nach dasselbe gethan. Aber all' dies wird nichts nützen, wenn Süd-Carolina und Georgien fortfahren dürfen, Sklaven zu importiren. Das Volk im Westen verlangt bereits Sklaven für seine neuen Territorien, und der ganze Westen wird überschwemmt werden mit Sklaven, wenn sie durch Süd-Carolina und Georgien zu beziehen sind. Die Sklaverei lähmt die Künste und den Gewerbfleiß. Der Arme verachtet die Arbeit, wenn sie von Sklaven verrichtet wird. Sie steht der weißen Einwanderung im Wege, wodurch ein Land in Wahrheit bereichert und gekräftigt wird. Sklaverei übt den nachtheiligsten Einfluß auf die Sitten eines Volkes aus. Jeder Sklavenhalter ist ein Tyrann im Kleinen von seiner Geburt an. Die Sklaverei ruft die Strafgerichte des Himmels auf ein Land, das sie hegt, herab. Weil Nationen als Nationen nicht in der künftigen Welt bestraft werden können, so müssen sie es hier werden. Durch einen nothwendigen Zusammenhang von Ursache und Wirkung straft die Vorsehung Nationalsünden durch Nationalunfälle. Nach mein'em Dafürhalten ist es absolut nothwendig, daß die Nationalregierung die Gewalt haben muß, der weiteren Ausbreitung der Sklaverei Einhalt zu thun".

So sprach der edle Oberst Mason, der Freund George Washington's, schon im Jahre 1787. Die unseligen Folgen der Sklaverei lagen klar vor seinen Augen, er enthüllte sie in den beredtesten Worten, und dennoch mußten nahezu achtzig Jahre vergehen, dennoch mußten die Vereinigten Staaten eine furchtbare Bluttaufe empfangen, bevor die Wahrheit seiner Worte eine praktische Anwendung fand.

In der Convention von 1787 war die kurze Antwort auf Mason's staatsmännische, weitblickende Rede: „Kein Sklavenhandel, keine Union!" C. C. Pinckney von Süd-Carolina erwiederte, nachdem Mason seine Rede beendet, einfach: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, wenn ich und alle meine Kollegen die Konstitution unterzeichnen und zu Hause unsern ganzen Einfluß dafür gebrauchen, dies nichts nützen wird, um die Zustimmung unserer Konstituenten zu erlangen. Süd-Carolina und Georgien können nicht ohne Sklaven bestehen. Ueberdies werden die besten Interessen der ganzen Union durch die Einfuhr von Sklaven befördert. Je mehr Sklaven, desto mehr Erzeugnisse für den Handel, ebenso desto mehr Konsumtion; und je mehr davon, desto mehr Abgaben an die allgemeine Regierung des Landes. Ich gebe die Billigkeit der Besteuerung der Einfuhr von Sklaven zu, aber die Aufhebung des Sklavenhandels und die Nichtmitberechnung der Sklavenseelen bei der

Repräsentation ziehen einen Ausschluß Süd-Carolina's aus der Union unzweifelhaft nach sich".

In diesen Worten Pinckney's ist die spätere Lehre der Sezessionisten, wie die Frucht im Keime, enthalten. Hier wie dort dieselben Anschauungen, dieselben Trugschlüsse, daß der Wohlstand und die Macht des Südens ohne die Sklaverei als Grundlage undenkbar seien.

Diejenigen Mitglieder der Convention, welche von den alten Conföderationsartikeln möglichst viele erhalten wissen wollten und für eine Föderalunion (Federal Union) stimmten, erstrebten nur eine Verbindung souveräner, unabhängiger Staaten und nannten sich „Föderalisten". Sie waren aber glücklicher Weise in der Minorität. Ihre Gegner, welche die Majorität bildeten, nannten sich „Anti-Föderalisten" und wollten eine straffere Union, eine stärkere Nationalgewalt, eine wirkliche Vereinigung der einzelnen Staaten zu einer großen und mächtigen Nation, oder — um es mit anderen, jetzt mehr gebräuchlichen Worten auszudrücken — sie zogen das bundesstaatliche dem staatenbundlichen Prinzipe vor. Der Kampf dieser centripetalen und centrifugalen Kräfte hat sich in der Geschichte der meisten Staaten wiederholt; bis auf diesen Augenblick ist derselbe noch durchaus unentschieden. Diesseit wie jenseit des Oceans ist man mit der Lösung dieser Frage beschäftigt; in Deutschland wie in Nordamerika arbeiten daran die besten und edelsten Kräfte, und H. v. Treitschke hat leider nur zum Theil Recht, wenn er mit Bezug auf die Entstehungsgeschichte der Konstitution der Vereinigten Staaten in seinem sonst so werthvollen Aufsatze „Bundesstaat und Einheitsstaat" sagt: „Durch eine Handvoll großer Staatsmänner, deren Ruhm die fernsten Zeiten noch künden werden, ward — inmitten vielfacher Parteiung, die das Land zerriß, inmitten eines sittlich keineswegs sehr hoch stehenden Volkes — mit klar bewußter Absicht der lose Staatenbund in einen festen Bundesstaat verwandelt".

In der Konstitution der Vereinigten Staaten, wie sie aus den Berathungen der Convention hervorging, kommt das Wort „Sklave" oder „Sklaverei" nicht vor, man setzte dafür andere Worte, wie z. B. „person held to service or labor". Allein, wie schon Madison sagte, geschah dies nur, weil die Verfasser der Konstitution es nicht für gut fanden, einen Menschen geradezu als Eigenthum anzuerkennen; derselbe Staatsmann fügt aber hinzu: „Though the word „„slave"" is not mentioned, this is the meaning of it".

Verschiedene Conventionsmitglieder waren im Grunde gegen die Sklaverei, sie stimmten aber dennoch mit den Vertretern von Süd-Carolina und Georgien, weil sie meinten, die Sklaverei würde sich, so wie so,

nicht lange mehr halten können. So erklärte z. B. Sherman von Connecticut: „Der Anfang der Abolition der Sklaverei scheint bereits in den Vereinigten Staaten da zu sein, und der gute Sinn der einzelnen Staaten wird diese Abolition wahrscheinlich allmählig (by degrees) und in nicht zu langer Zeit vervollständigen". Aehnlich äußerte sich Sherman's Kollege Ellsworth: „Slavery, in time, will not be a speck in our country". Wie sehr diese guten Männer sich irrten, hat die Geschichte der neuesten Zeit in blutigen Zügen gelehrt.

An demselben Tage, an welchem die Konstitution angenommen und von 39 Konventionsdeputirten unterschrieben wurde, ward dieselbe durch George Washington dem Kongresse mit einigen anderen Beilagen übermittelt. Der Congreß aber zögerte nicht, sondern beschloß am 28. September 1787, den Verfassungsentwurf nebst den Resolutionen und dem Begleitschreiben der Convention den Legislaturen der einzelnen Staaten zu übermachen und denselben zu empfehlen, den Entwurf einer in jedem Staate von dem Volke zu wählenden Convention zur Genehmigung vorzulegen.

In dem Begleitschreiben, womit Washington dem Kongresse den Verfassungsentwurf übersandte, kommen folgende bezeichnende Stellen vor, die auch heutigentags auf manche gesetzgebende Körper und Regierungen ihre Anwendung finden dürften: „Bei allen unseren Berathungen haben wir unbeirrt das, was uns das höchste Interesse jedes wahren Amerikaners zu sein scheint, im Auge behalten, nämlich die Befestigung der Union, von welcher unser Wohlstand, unser Glück, unsere Sicherheit und vielleicht unsere Existenz als Nation abhängig ist. Diese wichtige Erwägung, unseren Gemüthern ernst und tief eingeprägt, führte jeden Staat dazu, in der Convention auf Punkte von geringerer Bedeutung weniger eigensinnig zu beharren, als man hätte erwarten können. So erscheint denn die Verfassung, welche wir vorlegen, als das Ergebniß eines Geistes der Freundschaft und des wechselseitigen Entgegenkommens, welches bei der Eigenthümlichkeit unserer politischen Lage unumgänglich nothwendig ist. Daß unser Werk in jedem Staate vollen und ganzen Beifall finden werde, ist vielleicht nicht zu erwarten; aber jeder Staat wird ohne Zweifel bedenken, daß, wenn sein Sonderinteresse allein berücksichtigt worden wäre, die Folgen für andere im höchsten Grade unangenehm oder gar verderblich hätten sein können. Daß die Verfassung so wenigen Angriffen ausgesetzt sein mag, als man verständiger Weise erwarten darf, glauben und hoffen wir; daß sie aber das dauernde Wohl des uns Allen so theuren Landes fördern und seine Freiheit und sein Glück sichern möge, ist unser innigster Wunsch".

Als die Convention durch George Washington die neue Verfassung übergeben ließ, gab sie ihr Gutachten dahin ab, daß diese Verfassung, sobald sie durch die Staatsconvention von neun Staaten ratificirt worden sein würde, für die Union dieser neun Staaten als das höchste Landesgesetz angesehen werden sollte. Darüber jedoch, ob dieser Neunstaatenbund vermöge des Rechts der Selbsterhaltung befugt gewesen wäre, die übrigen vier Staaten zum Beitritt zu zwingen (to coerce), oder nicht, gingen die Ansichten verschiedener Politiker und vieler Rechtsgelehrten zu allen Zeiten weit auseinander. Vergl. Rüttimann, „das amerikanische Bundesrecht", Bd. I. S. 42.

Im Allgemeinen fand der Verfassungsentwurf der Convention eine günstige Aufnahme; denn das durch den Revolutionskrieg ausgesogene Land sehnte sich im Interesse des inneren Wohlstandes nach Ruhe und nach einer festeren Ordnung der Dinge, um Handel und Gewerbe aufblühen zu lassen. Vollständige Zufriedenheit herrschte natürlich nur bei Wenigen, am wenigsten bei den Politikern. Selbst Washington erklärte in einem an einen seiner Freunde gerichteten Briefe: „Ich will gerne zugestehen, daß die neue Verfassung einige Punkte enthält, die ich niemals von Herzen billigte und die ich auch niemals aus voller Ueberzeugung billigen werde. Dennoch aber glaubte ich und halte mich auch jetzt noch fest davon überzeugt, daß sie — alles in allem genommen — die beste Konstitution ist, die wir unter den obwaltenden Umständen erreichen konnten. Uns war nur die einzige Alternative gelassen, entweder diese Verfassung anzunehmen, oder die Trennung (dissolution) der Union herbeizuführen". Nach einer andern Angabe soll Washington, als er sich mit der Feder in der Hand erhob, um den Verfassungsentwurf zu unterzeichnen, plötzlich eingehalten und mit tief ernster, besorglicher Miene die denkwürdigen, wahrhaft prophetischen Worte ausgerufen haben: „Verwerfen die einzelnen Staaten dieses vortreffliche Grundgesetz, so kommt wohl niemals die Gelegenheit wieder, in Frieden ein anderes zu schaffen. Die nächste Konstitution wird mit Blut geschrieben werden!"

In den Staatsconventionen von New-York, Massachusets und Virginien stieß die neue Verfassung auf den heftigsten Widerstand. In New-York traten A. Hamilton, John Jay und Robert R. Livingston für dieselbe in die Schranken, während Yates, Lansing und George Clinton sie bitter, aber ohne wesentlichen Erfolg bekämpften. Die Bevölkerung von New-York nahm, wie es die Masse des Volkes fast aller Staaten that, die Konstitution mit Begeisterung und wahrer Freude auf. Man veranstaltete z. B. am 5. August ein großes Fest, bei welchem die

Menge des Volkes in herzlicher Dankbarkeit Alexander Hamilton für seine Verdienste um das Vaterland hoch feierte. Sein Bild wurde auf Bannern durch die Stadt getragen und auf der Flagge der Nation prangten die Gestalten von Washington und Hamilton neben einander. „Hätte doch", bemerkte hierzu W. Kiesselbach, „damals in vollem Glücke die Parze dem edlen Staatsmanne den Lebensfaden mit milder Hand abgeschnitten! Aber sein edles Blut sollte nach Jahren, vergossen von der Hand eines Landesverräthers, den Boden färben, für dessen Bevölkerung er mit so großartiger Kraft gearbeitet hatte".

In der Staatsconvention von Massachusetts währte der parlamentarische Kampf um die Ratihabition der Verfassung vom 9. Januar bis zum 7. Februar 1788, bis endlich durch einen Vermittelungsantrag von John Hancock die Unionspartei den Sieg davon trug. Zur Feier dieses Ereignisses hielt die Bevölkerung von Boston am 17. Februar von dem altberühmten Faneuil-Hall, bekannt unter dem Namen „the cradle of liberty", ausmarschirend einen großen Festzug durch die Stadt. — Am interessantesten von allen Debatten über die Verfassungsratihabition waren aber die, welche in Virginien stattfanden. In diesem vom Handel verhältnißmäßig wenig berührten, mehr durch seinen aristokratischen Landbesitz mächtigen Staate war der abstrakte Republikanismus durch talentvolle und populäre Männer, wie Patrick Henry, George Mason, R. H. Lee u. A. in der kräftigsten Weise vertreten. Obschon Randolph's „Virginia-Plan" die Basis der Conventionsverhandlungen in Philadelphia gebildet hatte, vertheidigten Henry und seine Freunde die Sonderinteressen der einzelnen Staaten dem centralisirenden Unionsplan gegenüber mit einer Leidenschaftlichkeit, die mehr eine ungebundene Freiheitsliebe, als klaren, staatsmännischen Blick verrieth. Derselbe Mann, der 1774 ausrief: „Ich bin kein Virginier, ich bin ein A m e r i k a n e r!" stellte die individuelle Ungebundenheit eines starren und abstrakten Republikanismus viel höher, als die staatliche Ordnung, welche aus locker zusammenhangenden Theilen einen großen, ganzen und mächtigen Organismus schaffen sollte. Washington hielt sich um diese Zeit in Mount Vernon auf und förderte nur durch Briefe die Bestrebungen und Anstrengungen der Verfassungsfreunde. Endlich aber siegte auch in Virginien die ruhige Klarheit Madison's über die leidenschaftlichen Expectorationen Henry's. Wenn Thomas Jefferson, der um diese Zeit als amerikanischer Gesandter in Paris war, sich den extremen Ansichten Henry's zuneigte und brieflich erklärte: „Der Baum der Freiheit muß von Zeit zu Zeit mit dem Blute der Patrioten und Tyrannen begossen werden, das ist sein natürlicher Dünger", so entgegnete Madison: „Wenn die neue Verfassung ein rein

einheitliches Gouvernement ins Leben riefe, dann genügte zu ihrer Anerkennung und Annahme einfach die Majorität des ganzen Volkes; allein sie muß, um bindend zu sein, von dem Volke jedes einzelnen Staates durch besondere Zustimmung gebilligt werden". Madison führte dann in der Debatte weiter aus, „wie die verschiedenartige Zusammensetzung des Repräsentantenhauses und des Senates am Bunde eine gemischte Regierung im Gleichgewichte zwischen Nationaleinheit und Staatensouveränetät nach sich ziehe, wie der Centralgewalt nur bestimmte Rechte eingeräumt seien, und die direkte Besteuerung, der gemachten Erfahrung gegenüber, zu einer Nothwendigkeit werde"; und am 25. Juni 1788 wurde die Annahme der Verfassung durch eine Mehrheit von 10 Stimmen — 89 für und 79 gegen — in der Convention von Virginien durchgesetzt. Patrick Henry hatte bis zum letzten Tage der Conventionssitzung seine Ansichten aufrecht erhalten und vertheidigt; seine hochherzige Vaterlandsliebe offenbarte sich aber niemals glänzender, als in einer seiner letzten Reden, die er in der Convention hielt. „Bleibe ich in der Minorität", sprach er im Laufe der Verhandlungen, „so werde ich diese Niederlage in einer guten Sache schmerzlich empfinden. Ich werde sie aber als ruhiger Bürger mit Geduld ertragen. Mein Kopf, meine Hand und mein Herz stehen bereit, um den Verlust der Freiheit zu ersetzen, um den Mängeln dieses Systems in gesetzlicher Weise abzuhelfen. Zu Gewaltthätigkeiten werde ich mich nicht hinreißen lassen, vielmehr hoffen, daß der Geist, welcher die Revolution hervorgerufen und sie bis zu ihrem Ende getragen hat, nicht verloren geht, sondern fortdauert für alle Zeiten. Ich werde hoffen und warten, bis die neue Regierung so wesentliche Aenderungen erfährt, daß sie keine Gefahren mehr darbietet für die Sicherheit, für die Freiheit und die Wohlfahrt unserer Bevölkerung". Henry's Worte sind durch seine späteren Handlungen in jeder Hinsicht bewahrheitet worden, und er steht hoch und edel da, wenn wir ihn mit seinen sezessionistischen Landsleuten unserer Tage vergleichen, ja, er ist in vieler Beziehung ein Muster für jeden Volksvertreter, welcher Partei derselbe auch immer angehören mag. Uebrigens ist auf die in der Ratifikationsurkunde von Virginien aufgestellte Behauptung, daß das Volk der Vereinigten Staaten (the people of the United States) die durch die Verfassung verliehenen Befugnisse jederzeit wieder zurücknehmen könne, später von den Anhängern der sogenannten Nullifikationstheorie großes Gewicht gelegt worden.

Alle drei Staaten, Massachusetts, New-York und Virginien, hatten die Konstitution aber nur angenommen, nachdem eine Reihe von Grundrechten (Bill of Rights) hinzugefügt worden war. Aehnliches war auch durch die Conventionen anderer Staaten geschehen, und dem so wieder-

holt ausgesprochenen Verlangen von einzelnen Staaten ist späterhin durch den Kongreß insofern entsprochen worden, als derselbe in verschiedenen Zusatzartikeln zur Bundeskonstitution eine Reihe von Grundrechten aufstellte und denselben landesgesetzliche Anerkennung verschaffte.

In den Conventionen der vornehmlich südlichen Staaten war die Opposition gegen die Annahme der Konstitution weniger heftig, obschon nicht selten die Furcht laut wurde, es werde eine Zeit kommen, wo der Bundeskongreß Bestimmungen treffen dürfte, die nur dem Norden der Union zum Vortheil gereichen würden. Man erkannte schon damals sehr wohl, daß, da die Nordländer mehr als Fabrikanten und Importeure, die Südländer dagegen mehr als Käufer, Consumenten und Exporteure von Rohprodukten, die durch das Institut der Sklaverei erworben waren, galten, die Interessen des Südens und Nordens der Union gar leicht in einen schneidenden Konflikt treten könnten. Weil aber die Sklaverei durch die Verfassung in keiner Weise gefährdet wurde, so war der Widerstand, den die Annahme derselben im Süden fand, nicht so bedeutend. Charles C. Pinckney hielt in der Convention von Süd-Carolina, welches von jeher ein rabiater Sklavenstaat war, eine Rede, worin er mit verzeihlicher Selbstzufriedenheit sich über die Vortheile verbreitete, die der Sklaverei aus der Konstitution erwachsen könnten; und diese Vortheile hatten ohne Zweifel ihren Einfluß auf die Convention, welche am 23. Mai 1788 die Konstitution mit 149 Stimmen gegen 70 annahm. Diese Vortheile übten sicherlich auch auf die übrigen südlichen Staaten dieselben Einflüsse aus. Als charakteristisch und bezeichnend für die südlichen Anschauungen damaliger Zeit möge hier ein Auszug aus Pinckney's Rede, die er vor der Ratifikations-Versammlung des Staates Süd-Carolina am 17. Januar 1788 hielt, einen Platz finden: „Ich hege jetzt noch dieselbe Ansicht, die ich vor zwei Jahren hegte, daß, so lange noch ein Morgen ungelichteten Sumpflandes in Süd-Carolina vorhanden ist, ich niemals meine Einwilligung zur Unterdrückung und Beschränkung des Sklavenhandels geben könnte und würde. Die mittleren Staaten und Virginien drangen in der Convention auf eine sofortige und gänzliche Abschaffung desselben. Wir haben, so gut wir konnten, gesucht, die Einwendungen, die gegen den Sklavenhandel erhoben wurden, zu entkräften, und haben die Gründe namhaft gemacht, mit denen wir auf der Einfuhr von Sklaven bestehen müßten; die Anführung dieser Gründe ist hier indessen nicht nothwendig, da sie jedem Gentleman in diesem hohen Hause von selbst einleuchten. Es wurde ein Committee von den Staaten ernannt, um diese Streitfrage zu schlichten, und nach großen Schwierigkeiten ist dieselbe nach Maßgabe der Konstitution (on the footing of the

Constitution) erledigt worden. Dadurch sicherten wir die unbeschränkte Einfuhr von Negern auf zwanzig Jahre, und es ist nicht fest bestimmt, daß sie nach Ablauf dieser Zeit aufhören muß, sie mag auch dann noch fortdauern. Wir haben uns das Recht gesichert, unsere Sklaven in irgend einem Staate der Union, wohin sie entfliehen mögen, zu reklamiren; ja, wir haben, um es in aller Kürze zu sagen, die besten Bedingungen für diese Art von Eigenthum gesichert, die wir möglicher-Weise sichern konnten. Gerne hätten wir noch bessere erzielt, wenn uns dies möglich gewesen wäre; im Ganzen aber scheinen mir die errungenen Vortheile keineswegs gering und verächtlich zu sein".

Günstig auf die Ratihabition der Verfassung wirkte vornehmlich die berühmte, noch heute oft als Quelle des amerikanischen Staatsrechts geltende Rede, welche James Wilson in der pennsylvanischen Staatsconvention hielt und wodurch er diesen Staat bestimmte, die Konstitution schon am 13. Dezember 1787 zu ratihabiren. Der Hauptsatz der Wilson'schen Rede, die auch für die nationale Entwicklung Deutschlands manchen trefflichen Fingerzeig enthält, lautet also: „Die Einzelstaaten sollen der Nationalregierung den Theil ihrer politischen Freiheit, und zwar den Theil allein, abtreten, welcher — einer Bundesbehörde übergeben — dem nationalen Ganzen mehr Vortheil bringen wird, als wenn er bei den einzelnen Staaten verblieben wäre. Indem sie diesen Theil ihrer politischen Freiheit abtreten, behalten sie die freie, unbehinderte und kräftige Ausübung aller ihrer anderen staatlichen Befugnisse, so weit es mit der Wohlfahrt der allgemeinen und über ihnen stehenden konföderativen Union vereinbar ist". —

Was die Benennung der verschiedenen Parteien, der Freunde und der Feinde der Konstitution, anlangt, so war in der Zeit, wo die Verfassung den verschiedenen Staatsconventionen zur Ratihabition vorlag, hierin eine vollständige Aenderung eingetreten. Hatten sich, nach einem Bericht Luther Martin's an die Legislatur von Maryland, die Freunde der alten Conföderationsartikel früher „Föderalisten" (Federalists) und die Befürworter einer stärkeren Centralgewalt „Antiföderalisten" (Anti-Federalists) genannt, so hießen jetzt die Vertheidiger der Konstitution „Föderalisten" und ihre Gegner „Antiföderalisten", oder wie sie sich lieber nannten und nennen hörten, „Republikaner" (Republicans). Die letztgenannte Partei stimmte Thomas Paine bei, wenn er sagte: „das beste System ist ein starkes Volk und eine schwache Regierung" (the best systems is a strong people and a weak government). An der Spitze der Föderalisten, d. h. der Anhänger der Konstitution und einer möglichst starken Bundesgewalt, standen zur Zeit des Kampfes um die Ratihabition

der Verfassung die talentvollen Männer: Hamilton, Madison und Jay. Dieses föderalistische Triumvirat veröffentlichte vom Oktober 1787 bis zum Juni 1788 in einer neuyorker Zeitung, „the Daily Advertiser“, eine Anzahl von Aufsätzen — im Ganzen 85, wovon Hamilton allein 51 schrieb —, die nach Form und Inhalt ausgezeichnet waren und wesentlich zur Annahme der Verfassung beitrugen. Die anfänglich anonym erscheinenden Artikel wurden übrigens bald gesammelt und unter dem Titel: „The Federalist: a Collection of Essays written in favor of the New Constitution, as agreed upon by the Federal Convention, 17. Sept. 1787“ herausgegeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß George Washington im Wesentlichen den in diesem Werke ausgesprochenen Ansichten huldigte, obschon dieselben durchaus nicht nach jeder Richtung hin als tadellos und mustergiltig erscheinen können. Darin aber müssen wir W. Kiesselbach beistimmen, daß die deutsche Gegenwart so wohl den Vorzügen, wie den Mängeln dieses mit wahrhaft staatsmännischem Geiste geschriebenen Werkes manchen bedeutsamen Wink entnehmen kann. —

Am 13. September 1788 beschloß der Kongreß: „In Erwägung, daß die von der Convention vorgeschlagene und durch den Kongreß den Legislaturen der Einzelstaaten übermittelte Verfassung in der von ihr selbst für genügend (sufficient) erklärten Weise ratificirt worden ist und daß die gehörig beglaubigten Ratifikationen dem Kongresse zugekommen sind, sei bestimmt, daß am ersten Mittwoch im nächsten Januar die Staaten, welche bis zu diesem Tage die Ratifikation ausgesprochen haben werden, Wahlmänner (electors) wählen und daß am ersten Mittwoch im nächsten Februar diese Wahlmänner in ihren resp. Staaten zusammentreten und die Stimme für die Wahl des Präsidenten abgeben und daß am ersten Mittwoch im nächsten März am gegenwärtigen Sitze des Kongresses (New-York) die legislativen Geschäfte unter der Autorität der neuen Verfassung beginnen sollen“. Der die amerikanische Conföderation repräsentirende Kongreß blieb bis zum ersten November 1788 in Thätigkeit; von dieser Zeit an löste er sich durch ein successives Verschwinden seiner Mitglieder faktisch auf. Am 4. März 1789 traten die neuen Behörden ihre gesetzgeberische Wirksamkeit an. Die versammelten Wahlmänner von elf Staaten ernannten an demselben Tage einstimmig George Washington zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, und gleich beim Beginne der Sitzungen des Kongresses wurden auch die von verschiedenen Staaten gewünschten Grundrechte in der Form von Amendements zu der Verfassung berathen und angenommen. Die Einführung derselben in das Grundgesetz wurde für nicht nothwendig erachtet, da man die Konstitution unverändert erhalten wollte. —

Es liegt außerhalb des Zweckes unserer Arbeit, hier eine genauere Charakteristik und Inhaltsangabe der Konstitution der Vereinigten Staaten aufzustellen; wir können hier auf diesen Punkt nur insofern eingehen, als die Schilderung der verschiedenen politischen Parteien in der nordamerikanischen Union es nothwendig macht. Der ausgesprochene Zweck der Konstitution war „eine geschlossene staatliche Einigung" — a more perfect union — ins Leben zu rufen, indem durch ihre Bestimmungen die Rechte und die Pflichten der exekutiven, der legislativen und der richterlichen Gewalt mehr in einem bundesstaatlichen Sinne festgestellt wurden. Ein vollkommen souveräner Bundesstaat ist aber durch die Konstitution von 1787 niemals geschaffen worden. Wohl mag de Tocqueville die nordamerikanische Union als „une forme de société, dans laquelle plusieurs peuples se fondent réelement en un seul quant à certains intérêts communs, et restent séparés pour tous les autres" erklären, es folgt daraus nicht, daß dieselbe ein souveräner Bundesstaat ist; schon der Name „United States" deutet eben so sehr auf einen „Staatenbund", als auf einen „Bundesstaat" hin. Dies erkennt auch Rüttimann, wenn er die Eigenthümlichkeit der nordamerikanischen Union darin findet, „daß die Einzelnstaaten dem Gesammtstaate nicht unter-, sondern nebengeordnet sind, so daß ihnen ebenso gut wie dem Gesammtstaate Souveränetät zugeschrieben wird". Dennoch aber trifft auch Rüttimann nicht ganz das Richtige, wenn er zu dem Schlusse kommt, daß bei dem Gesammtstaate und bei jedem Einzelnstaate „alle Bedingungen eines wahren Staates zusammentreffen". Dieser Schluß kann nicht richtig sein, weil, wie der genannte Schriftsteller selbst zugesteht, die Souveränetät des Gesammtstaates und der einzelnen Staaten, keine ganze, sondern eine getheilte ist. In der nordamerikanischen Union sind vielmehr die Rechte des Gesammtstaates, wie die der einzelnen Staaten beschränkte, und ihre Pflichten dem entsprechend. Das Verhältniß der einzelnen Staaten zum Gesammtstaate — und umgekehrt — läßt sich mit einem einzigen Kunstausdrucke nicht erschöpfend bezeichnen. Man kann zwar sagen, daß die Union in nationalen (oder allgemein politischen), die Staaten in lokalen (oder mehr gewerblichen) Angelegenheiten souverän seien; aber, wenn dies auch an und für sich richtig ist, so ist doch damit zur Beförderung der klaren Einsicht in das Wesen der nordamerikanischen Staatseinrichtungen wenig gethan, denn die Hauptfrage ist noch immer zu beantworten, nämlich die: welche Angelegenheiten sind als nationale und welche als lokale zu betrachten, und wer ist die in oberster Instanz darüber entscheidende Autorität?

Die Konstitution oder Bundesverfassung der Vereinigten Staaten

selbst läßt in ihren einfachen und klaren Bestimmungen nach unserer Ansicht alle Kunstausdrücke und mühsamen Deduktionen aus technischen Begriffen als überflüssig erscheinen.*) Sie stellt die Grenzen zwischen der Bundesgewalt und der Gewalt der einzelnen Staaten in ihren Grundzügen mit einer solchen politischen Weisheit und klaren Verständlichkeit fest, daß kein Mißverständniß aufkommen sollte und auch niemals aufgekommen wäre, wenn eben nicht die Interessen, wirkliche und vermeintliche, und die Leidenschaften der Menschen stärker wären, als der klarste Wortlaut des heiligsten Grundgesetzes.

Die folgenden drei Sätze dürften das Wesen des politischen Verfassungssystems der nordamerikanischen Union in nuce enthalten:

1. Alle Gewalten, welche die Verfassung der Vereinigten Staaten der Bundesregierung nicht übertragen hat, verbleiben den Staaten oder dem Volke derselben. Vergl. Constitution of the United States, Amendments, art. 10.

2. Die Gesetze und Verträge, welche die Bundesgewalt — innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken — erläßt, sind das höchste Gesetz des Landes und für alle Bürger aller Staaten verbindlich. Vergl. Constitution of the United States, art. VI. § 2.

3. Wo immer ein Konflikt zwischen der Bundesgewalt und der Gewalt der Staaten eintritt, d. h. wo die Grenzen der Gewalten zweifelhaft sind oder beide Theile die Competenz beanspruchen, da muß, weil die Konstitution die Unionsgesetze für das höchste Gesetz des Landes erklärt, das Bundesgesetz maßgebend sein, und die endgiltige Entscheidung des Konfliktes kann nur durch das Volk selbst in seinen Wahlen der Bundesbehörden erfolgen.

Diese unsere Ansicht wird auch von dem gelehrten Richter J. Story unterstützt, wenn er in seinen bekannten „Commentaries on the constitution of the United States“ sagt: „Where the laws of the States and of the Union are in direct and manifest collision on the same subject, those of the Union are of paramount authority and the State laws must necessarily yield“. Aehnlich wie in Amerika gehen nach Rüttimann im Falle eines Konfliktes auch in der Schweiz die Pflichten gegenüber der Eidsgenossenschaft denjenigen gegenüber den einzelnen Kantonen vor, nur mit dem Unterschiede, daß in der Schweiz die Suprematie der Oberhoheit der Eidsgenossenschaft stärker ausgeprägt ist, als die Suprematie der Bundesgewalt in der Union. Eben diesen Grundsatz der Superiorität des höchsten Landesgesetzes über die Gesetze

*) Vergl. R. Doehn, „Die Staaten-Souveränetät in der nordamerikanischen Union.“ Internationale Revue, 1866. B. I. S. 677 ff.

der einzelnen Staaten suchten, zum Verderben ihrer selbst und zum furchtbaren Schaden des Landes, die Sezessionisten über den Haufen zu werfen, indem sie das Recht der Sezession beanspruchten und mit Waffengewalt durchzusetzen suchten, — das angebliche Recht der Sezession, welches aber in Wahrheit nichts Anderes ist, als ein Recht auf Auflösung der durch die Konstitution zu gewissen Zwecken geschaffenen Nation in beliebig zahlreiche Theile, ein Recht auf Anarchie.

Daß aber der sich in den Wahlen dokumentirende Volkswille selbst der Konstitution gegenüber die Macht der letzten und endgiltigen Entscheidung besitzt, daß der klar und deutlich ausgesprochene Volkswille dasjenige Element ist, welches die nordamerikanische Union staatlich zusammengehalten und groß gemacht hat, dies könnte, wenn Autoriäten hierüber entscheiden müßten, durch unzählige Stellen aus den Reden und Schriften der bedeutendsten Staatsmänner und Juristen der Union bewiesen werden. Wir wollen hier nur die Ansichten zweier Männer anführen, deren Competenz in dieser Sache unbestreitbar ist. In seiner berühmten Abschiedsschrift (farewell address) erklärt George Washington: „The basis of our political system is the right of the people to make and alter their constitutions of government; but the constitution which at any time exists, till changed by an explicit and authentic act of the whole people, is sacredly obligatory upon all. The very idea of the power and the right of the people to establish government presupposes the duty of every individual to obey the established government." Und der erwähnte Richter Story bemerkt in seinen „Commentaries" §417 (3. Aufl., Boston 1858): „Die Verfasser der Konstitution besaßen weder die Kühnheit noch die Voreiligkeit, zu behaupten, ihr Werk sei ganz vollkommen. Sie verwandten alle ihre Kenntnisse und alle ihre Weisheit darauf, eine Verfassung zu Stande zu bringen, die nach Form und Inhalt, im Ganzen wie im Einzelnen den Bedürfnissen der Zeit und den Anforderungen des Volkes entspräche. Aber sie wußten sehr wohl, daß der Lauf der Zeit manche Mängel und Unzulänglichkeiten an ihrem Werke zu Tage fördern werde. Es war ihr sehnlichster Wunsch, daß ihre Arbeit der Verbesserung fähig sein und durch das gesunde Urtheil und den klaren, geläuterten Blick des Volkes der Vollkommenheit immer mehr und mehr näher gebracht werden möchte". Die hervorragendsten Staatsmänner und Politiker der nordamerikanischen Union sind gegenwärtig daran, in diesem Sinne das Werk ihrer Vorfahren zu vervollkommnen. Selbst der Verfasser eines Buches*), von dem jetzt diesseits

*) Vergl. Louis J. Jennings, „Eighty Years of Republican Government in the United States," S. 8 ff. London, 1868.

wie jenseits des Oceans viel die Rede ist, welches jedoch der thatsächlichen Irrthümer voll, erkennt in dieser Hinsicht die Wahrheit, wenn er sagt: „Not the Constitution, but the popular will, is what gives government its powers in America“.

Um nun auf die verschiedenen politischen Parteien, die zu Washingtons Zeiten in den Vereinigten Staaten existirten, zurückzukommen, so lag unserer Ansicht nach die Berechtigung der föderalistischen Partei wesentlich darin, daß sie beim Entstehen der Union eine Stärkung der centralen Gewalt, das Moment der Einheit, anstrebte, während die Berechtigung ihrer Gegner darin bestand, daß sie, indem sie das Moment der Freiheit hervorhoben, die Kräftigung der centralen Gewalt über alles Maß hinaus nicht gestatteten. Eine innere Berechtigung hatten mithin beide Parteien; jedoch gereichte es den Vereinigten Staaten nur zum Heile, daß die Föderalisten in der ersten Zeit des Bestehens der Union die Oberhand hatten. Wenn aber de Tocqueville das Zustandekommen der nordamerikanischen Union „einen Zufall“ nennt und wenn W. Kiesselbach diese Anschauung zu verbessern meint, indem er statt Zufall „Glücksfall“ sagt, so können wir solchen Raisonnements keinen Werth beilegen, da wir gewohnt sind, welthistorische Ereignisse nach einem größeren und höheren Maßstabe zu bemessen und zu beurtheilen.

Am 30. April 1789 trat George Washington sein Präsidentenamt an und setzte sein Ministerium in folgender Weise zusammen: Thomas Jefferson ward Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Alexander Hamilton übernahm das Finanzministerium, General Knox trat an die Spitze des Kriegsministeriums und Edmund Randolph verwaltete das Amt des General-Staatsanwaltes (Attorney-General). An die Spitze der Rechtspflege und des höchsten Gerichtshofes trat John Jay, der Freund Hamilton's. Aus der Zusammensetzung dieses Ministeriums erkennt man leicht, daß es in Washington's Absicht lag, die Parteien der „Föderalisten“ und „Anti-Föderalisten“ so viel als möglich zu versöhnen, denn, während Hamilton, Knox und Jay zu den ersteren zählten, gehörten Jefferson- und Randolph zu den letzteren. Allein es war selbst Washington, von dem ein Kongreßredner später mit Recht sagte: „he was the first in war, the first in peace, the first in the hearts of his countrymen“, nicht möglich, die Parteifeindschaften auf die Dauer niederzuhalten. Der Senat behauptete z. B., er müsse bei der Absetzung der Bundesbeamten nach der 2. Klausel der 2. Sektion des II. Artikels der Konstitution ebenso gehört werden, wie bei der Anstellung derselben. Diese Streitfrage, die sich unter der Präsidentschaft Andrew Jackson's wiederholte, ist nun endlich unter Andrew Johnson zu Gunsten der

Ansicht des Senates entschieden worden. Heftiger noch entbrannte der Kampf der Parteien in fast allen Fragen, die sich auf das Steuer-, Finanz- und Bankwesen bezogen; und hinsichtlich der äußeren Politik ging die Partei der Antiföderalisten, Thomas Jefferson an der Spitze, sogar so weit, daß man sich nicht scheute, Washington offen einer verrätherischen Liebesdienerei gegen England und eines undankbaren, unklugen und haltlosen Verfahrens gegen Frankreich zu beschuldigen. Vergl. A. W. Young, „the American Statesman", S. 149 ff. Eine spätere Zeit hat aber den Charakter Washington's in voller Reinheit wiederhergestellt und die erwähnten Beschuldigungen als ungerecht und durch wilden Parteifanatismus hervorgerufen gebrandmarkt. Denn, daß Washington und Hamilton sammt ihren Freunden sich mehr nach England, als nach Frankreich, hingezogen fühlten, kann nicht als Beweis einer haltlosen Schwäche und einer verrätherischen Gesinnung gegen die Union angesehen werden.

Auf der anderen Seite darf allerdings nicht geleugnet werden, daß auch die Föderalisten, stark im Besitze der Macht und geschützt durch die Popularität und das Gewicht ihres großen Anführers, Washington, sich frühe einige große Fehler zu Schulden kommen ließen. Dahin gehören diejenigen Maßregeln des Kongresses, die als „Fremden- und Aufruhrgesetze" — Alien and Sedition Laws — bekannt sind. Eine große Anzahl der Einwanderer nämlich, welche gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch die Europa damals erschütternden Stürme nach Amerika getrieben wurden, waren unruhige und aufgeregte Menschen, die verschiedene Versuche machten, die Vereinigten Staaten in die europäischen Wirren hineinzuziehen. Washington und die föderalistischen Führer, welche ihm nahe standen, waren die unerbittlichsten Gegner dieser Bestrebungen und suchten dieselben auf jede Weise zu vereiteln. Dies verdroß selbstverständlich die in der Union weilenden europäischen Flüchtlinge und veranlaßte sie, jede Gelegenheit wahrzunehmen, die äußerst vorsichtige Regierungsweise Washington's als feige und energielos darzustellen. So geschah es, daß auf Betreiben der Föderalisten das Fremdengesetz gegeben wurde, welches dem Präsidenten das Recht verlieh, jeden Fremden aus dem Lande zu weisen, dessen ferneres Verbleiben in der Union er für gefährlich und mit der öffentlichen Sicherheit und Ruhe unvereinbar hielt. Das Aufruhrgesetz dagegen verordnete die gerichtliche Belangung und Bestrafung aller Derer, die grobe und boshafte Verleumdungen über den Präsidenten und andere hohe Würdenträger verbreiteten. Der Umstand nun, daß in der That kein Ausländer je durch das Fremdengesetz des Landes verwiesen ward, und daß das Aufruhrgesetz sich kaum von dem

gemeinen Gesetze über Libelle besonders in seiner Anwendung auf diejenigen, welche hohe obrigkeitliche Personen verunglimpft hatten, unterschied, bewies eher die Thorheit und Unklugheit einer solchen Gesetzgebung, als ihre Nothwendigkeit oder Uebereinstimmung mit der Konstitution. Es lag auf der Hand, daß die Antiföderalisten aus diesem unweisen Verfahren politisches Kapital machten. Der Parteigeist regte sich gewaltig, und das Kongreßgesetz, welches die Auslieferung der flüchtigen Sklaven verordnete, trug wenig zu dessen Beruhigung bei. Am Schlusse des Jahres 1793 schied Thomas Jefferson aus dem Ministerium; dasselbe thaten im Januar 1795 Hamilton und Knox. Den Kampf, welchen Jefferson und Hamilton als Mitglieder der Regierung gegen einander geführt hatten, setzten sie in der erbittertsten Weise als Parteihäupter im Privatleben fort.

Nachdem Washington sich auf seinen Landsitz bei Mount Vernon zurückgezogen hatte, mußte John Adams, der am 4. März 1797 den Präsidentenstuhl bestiegen, die Fortsetzung des Kampfes gegen die Antiföderalisten oder, wie sie jetzt gewöhnlich genannt wurden, „Republikaner" an der Spitze der Regierung übernehmen. Dieser Kampf wurde ihm aber um so schwerer, weil Thomas Jefferson zum Vicepräsidenten gewählt worden war. Die Hauptopposition gegen die Föderalisten ging schon um diese Zeit von den südlichen Staaten der Union aus; ja, selbst Männer, die früher zu den entschiedensten Anhängern und Freunden von Hamilton gehört hatten, traten jetzt ebenso entschieden für die Ansichten und die politischen Theorien Jefferson's in die Schranken.

Kentucky, eine Kolonie Virginiens, war mit großem Eifer der politischen Richtung Jefferson's zugethan und forderte ihn ganz im Geheimen auf, ein Manifest zu entwerfen, worin der neue Staat jenseit des Alleghany-Gebirges im Jahre 1798 seine bittere Feindschaft gegen die Föderalregierung aussprach. Auf diese Weise entstanden die berühmten oder berüchtigten Resolutionen von 1798, auf die sich später die sezessionistische Partei so oft und nicht ganz mit Unrecht berufen hat. Obschon man lange in Jefferson den Verfasser derselben vermuthete, so wurde dies doch nicht eher bewiesen, als bis er selbst in einem über zwanzig Jahre später geschriebenen Briefe es anerkannte. Es würde nicht am Platze sein, hier die sämmtlichen Beschlüsse mitzutheilen, allein der erste derselben muß, als zu charakteristisch, hier eine Stelle finden: er lautet in seiner allerdings etwas verschlungenen Form also:

„Beschlossen, daß die verschiedenen Staaten, welche die Vereinigten Staaten von Amerika bilden, nicht auf das Prinzip unbedingter Unterwerfung (on the principle of unlimited submission)

unter ihre allgemeine Regierung vereinigt sind, sondern daß dieselben — durch einen Vertrag (compact) unter dem Titel einer Konstitution für die Vereinigten Staaten nebst den Zusätzen zu derselben — eine allgemeine Regierung für spezifische Zwecke bilden, daß sie an die besagte allgemeine Regierung gewisse genau bezeichnete Rechte delegirten, während die nicht so ausdrücklich delegirten Rechte jeder einzelne Staat für sich zu seiner Selbstregierung behielt; und daß, so oft die allgemeine Regierung solche nicht an sie delegirten Rechte in die Hände nimmt, ihre Handlungen konstitutionswidrig und null und nichtig (unauthoritative, void and of no force) sind; und daß diesem Vertrage jeder Staat als ein Staat beitrat, als eine selbstständige Partei, der gegenüber die anderen Staaten die andere Partei bilden; daß die durch diesen Vertrag geschaffene Regierung nicht das ausschließliche Recht hat, über den Umfang der an sie delegirten Rechte endgiltig abzuurtheilen, indem dadurch das Gutdünken der Regierung und nicht die Konstitution zum Maßstabe ihrer Gewalt gemacht wäre, sondern daß, wie in allen anderen Verträgen zwischen Mächten, die keinen gemeinschaftlichen Richter haben, jede Partei ein gleiches Recht (equal right) hat, für sich selbst zu urtheilen, nicht bloß was Uebergriffe in ihre Rechte angeht, sondern auch über die Art und Weise ihre Rechte zu wahren."

In diesen Worten tritt schon ganz deutlich die unionsfeindliche Staatenrechtslehre der Sezessionisten hervor, die später von der partikularistisch gesinnten Aristokratie des Südens weiter ausgebildet ward. Außerdem erklärten aber diese Kentucky-Resolutionen das Fremden- und Aufruhrgesetz, sowie manche andere, namentlich die Nationalbank betreffende, gesetzliche Bestimmungen für konstitutionswidrig und null und nichtig. Den Schluß endlich bildete ein Aufruf an die anderen einzelnen Staaten, sich mit Kentucky zu vereinigen, um alle Gewaltanmaßungen der Unionsregierung zu verdammen und denselben mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Dem Beispiele Kentucky's folgte Virginien im Jahre 1799, indem es Resolutionen annahm, die an Form und Inhalt den Kentucky-Resolutionen ganz ähnlich und von Madison in der virginischen Legislatur eingebracht worden waren, nachdem er sich darüber mit Jefferson verständigt hatte. Die übrigen Staaten aber verhielten sich entweder indifferent, oder mißbilligten geradezu solche unionsfeindliche Beschlüsse.

Die Politik, welche Präsident Adams gegen Frankreich verfolgte, machte ihn selbst bei einem Theile seiner eigenen Partei verhaßt; und so geschah es, daß die Föderalisten in dem Wahlkampfe des Jahres 1801 den Republikanern gegenüber unterlagen. Die Präsidentschaftskandidaten

der letzteren waren Thomas Jefferson und Aaron Burr, beide hatten gleich viele Stimmen erhalten; es ist aber namentlich Alexander Hamilton's Verdienst, daß Jefferson, da die endgültige Wahl bei gleicher Stimmenzahl, einer Bestimmung der Konstitution gemäß, dem Repräsentantenhause überlassen werden mußte, nach 36 Wahlgängen über Burr, den Hamilton mit Recht „den Catilina Amerika's“ nannte, den Sieg davon trug. Als die Föderalisten Jefferson unter gewissen Bedingungen ihre Unterstützung gegen Burr anboten, erklärte der große Mann: „Ich will nicht durch Kapitulation Präsident werden, ich lasse mir die Hände nicht binden. Ich will stets die Freiheit haben, das thun zu können, was ich für das öffentliche Wohl als zuträglich und angemessen erkenne.“

Am 4. März 1801 nahm Thomas Jefferson den Präsidentenstuhl ein. Bis zu dieser Zeit war er ein rückhaltsloser Verfechter einer streng buchstäblichen Interpretation der Verfassung gewesen und hatte der Generalregierung unbedingt alle und jede Gewalt abgesprochen in Fragen und Handlungen, wofür sich eine ausdrückliche Berechtigung in der Konstitution nicht auffinden ließ. Seine Ansichten in dieser Hinsicht sind am deutlichsten und kürzesten in einer der Kentucky-Resolutionen folgendermaßen ausgedrückt: „In questions of power, then, let no more be heard of confidence in man, but bind him down from mischief by the chains of the Constitution.“ Daß Jefferson aber als Präsident seinen früheren extremen Anschauungen in der Praxis nicht immer treu blieb, das bewies er am besten bei dem Ankauf des Louisiana-Gebietes.

George Washington erlebte übrigens den Sieg der Republikaner über die Föderalisten nicht mehr; er starb am 14. December im 68. Jahre seines Lebens im Jahre 1799. Es ist wenig bekannt, daß Graf Ewald Friedrich von Herzberg, der Freund und Minister Friedrichs des Großen, den vollen Werth Washington's zu würdigen verstand. „Ich war stets,“ heißt es in einem Briefe dieses Staatsmannes an den ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, „ein Bewunderer Ihrer großen Tugenden, Ihrer uneigennützigen Vaterlandsliebe, Ihres unerschütterlichen Muthes und Ihrer Einfachheit der Sitten — Eigenschaften, wodurch Sie die berühmtesten Männer des Alterthums übertreffen.“ Aehnlich, wie Graf Herzberg, sprach sich der große Fox am 31. Januar 1794 im englischen Parlamente über Washington aus; und selbst der junge Schiller schwärmte mit seinen Freunden auf der würtembergischen Militär-Akademie für die antike Heldengestalt des amerikanischen Freiheitskämpfers. Vergl. Deutsche Jahrbücher von Oppenheim. Juli 1863. Joh. Scherr, „Schiller und seine Zeit,“ Buch I. S. 60.

Zweites Kapitel.

Vom Ankauf von Louisiana bis zum Missouri-Kompromisse.

(1803 — 1821.)

Nachdem die äußeren Verhältnisse der nordamerikanischen Union nicht mehr so stark dahin wirkten, die Centralisationspolitik zu unterstützen, ging die Entwickelung der staatlichen Dinge mehr nach der entgegengesetzten Seite. Die Staatenrechte wurden immer mehr erweitert und die bundesstaatliche Gewalt wurde beschränkt. Zwar trat eine prinzipielle Feindschaft gegen die Union noch nicht sogleich in bewußter und offener Weise hervor; aber Interpretationen der Konstitution und neue gesetzgeberische Akte mußten die Staatenrechte auf Kosten der allgemeinen Regierung stärken, indem man Männer in den Kongreß und in die Legislaturen der einzelnen Staaten sandte, die für die partikularistischen Interessen einstanden. Wie die Periode, welche zunächst auf die Annahme der Konstitution folgte, der unionistischen Politik der Föderalisten im wesentlichen günstig gewesen war, so trat mit der Präsidentschaft Jefferson's ein Umschwung ein, welcher auf die decentralisirenden Bestrebungen der republikanischen Partei damaliger Zeit fördernd einwirkte.

Obschon ein Sohn Virginiens, jenes Staates der Formen, der Traditionen und der aristokratischen Privilegien, „in welchem Arbeit", nach dem Ausdruck eines nordamerikanischen Schriftstellers, „nur ein störendes Hinderniß (a bar sinister), und keine Empfehlung in den Augen der staatlichen Gesellschaft war," jenes Staates, in dessen Herrschaft sich die stolzen Besitzer von Sklavenheerden und weiten Ländereien mit den nicht minder stolzen Anhängern und Bekennern der bischöflichen Kirche theilten — war Thomas Jefferson dennoch ein aufrichtiger und wahrer Demokrat. „Er ist", wie Fr. Kapp sagt, „der Taufpathe der beiden folgenschwersten Revolutionen, welche die Welt gesehen," und steht als der große geistige Vermittler zwischen Europa und Amerika da. Er erkannte die Wahrheiten, welche der französischen Revolution zu Grunde lagen, um so mehr, als er während seiner Gesandtschaft in Frankreich Zeuge der Scenen im Ballsaal, der Erstürmung der Bastille und der Nacht des 4. August war und zu der Oppositionspartei in dem Verhält-

nisse eines Freundes und Rathgebers stand. Vor seinem geistigen Blick erhob sich aus dem Blute, aus den Seufzern und Thränen der traurigen Septembertage des Jahres 1792 ein unsterbliches, göttliches Prinzip, welches seiner Ansicht nach dazu bestimmt war, mit einem Systeme des Unrechts und der Gewalt, das durch die Verbrechen von Jahrhunderten großgezogen und gekräftigt war, den Entscheidungskampf auf Tod und Leben zu bestehen. Wenn einer der ersten Staatsmänner Englands schreckerfüllt und mit einem heiligen Schauer erklärte, daß er Gott dafür danke, daß es ihm vergönnt sei, „mit Ehrfurcht zu den Königen, mit Ehrerbietung zu den Priestern und mit Achtung zu dem Adel emporzublicken", und wenn dieser Staatsmann die edelsten Männer der französischen Revolution, wie z. B. einen Condorcet, einen Brissot, einen Lafayette u. A., als „eine verzweifelte Bande von Plünderern, Mördern, Tyrannen und Atheisten" denunzirte, — so nahm Jefferson, ähnlich wie Thomas Paine in seiner bekannten Gegenschrift gegen Edmund Burke („The Rights of Man"), Partei für die Revolution und gab sich dem Glauben hin, daß ein Staat ohne jene Klassen von Menschen, die E. Burke so sehr mit Achtung, Ehrerbietung und Ehrfurcht erfüllten, gedeihen und blühen könne. Diesen Glauben bekräftigte aber der dritte Präsident der Vereinigten Staaten durch die That, indem er mit allen Mitteln seines großen Geistes dahin strebte, jeden Einfluß des Königthums, der Geistlichkeit und des Adels in Amerika gründlich zu vernichten. Hieraus mag sich denn auch vornehmlich erklären, wie die Freundschaft zwischen Jefferson und Washington erkalten konnte, und wie „der Weise von Monticello" dazu kam, John Adams zu unterschätzen und mit Alexander Hamilton in bitterer Feindschaft zu leben. Washington achtete und ehrte die Priester; und während Adams und Hamilton das Königthum und den Adel für Amerika als überflüssig und schädlich ansahen, so meinten sie doch, daß beide Institute in anderen Ländern ganz an ihrem Platze sein könnten und der rohen, ungezügelten Gewalt eines rasenden Pöbels nicht anheimzufallen brauchten. Die Freiheit war für Jefferson das gleichmäßige Erbe aller Menschen, ohne Unterschied der Nation und der Race. Er war kein großer Redner, kein Phrasenheld der Freiheit; in unverdrossener Arbeit strebte er bis in die feinsten Details nach der Verwirklichung seiner Ideale. „Er war", um Richter Stallo's schöne Charakteristik zu wiederholen, „der nie rastende Architekt der Freiheit, dessen Blick nicht erblindend nur am Einzelnen hing, sondern unverwandt den ewigen Basen des Rechtes folgte".

Die Rückwirkung der französischen Revolution auf die nordamerikanische Republik in den ersten Jahren ihres Bestehens ist unzweifelhaft;

bei keinem amerikanischen Staatsmanne offenbarte sich dies aber deutlicher und entschiedener, als bei Th. Jefferson. So erklärt er z. B. in seiner interessanten Selbstbiographie: „Wenn man mich fragt, in welchem Lande der Welt ich am liebsten wohnen möchte, so antworte ich: ‚am liebsten in meinem Vaterlande, denn hier sind alle meine Freunde und Angehörigen, an seinen Boden knüpfen sich meine frühesten Neigungen und meine süßesten Erinnerungen'. Fragte man mich aber nach meiner zweiten Wahl, so wäre die Antwort: ‚Frankreich'". — John Adams war ein lebendiger Protest gegen die Extravaganzen der französischen Revolution; Thomas Jefferson war ein begeisterter Anhänger der ihr zu Grunde liegenden Prinzipien, die ihn die zukünftige Größe Amerika's im Geiste voraussehen ließen, denn er vertraute mit treuer, hochherziger Hingebung, aber auch mit dem stolzen Freimuthe und dem bewußten Selbstgefühl eines unabhängigen Mannes der Einsicht und der Majestät des Volkes. Wie seine eigenen Aussprüche bei verschiedenen Gelegenheiten beweisen, war Jefferson's Seele mit Abscheu vor dem Institute der Sklaverei erfüllt, er erkannte darin eine moralische Sünde und ein politisches Verbrechen; allein — mochte es nun Mangel an Muth sein, oder mochten, was wahrscheinlicher ist, die engen politischen Verbindungen mit Prosklavereileuten ein solches Resultat herbeiführen — es ist eine feststehende Thatsache, daß er in dem legislativen System, zu dessen Hauptgründern er gehört, ein Gebrechen aufkommen ließ, welches zugleich mit diesem System an Alter, Ausdehnung und Macht zunahm, und nur durch Ströme von Blut ausgetilgt werden konnte. Jefferson duldete es, daß ein Uebel, welches wir in der Arzneikunde als einen Krebs oder ein giftiges Geschwür bezeichnen, den frischen und jungen Körper der transatlantischen Republik heimsuchte. Die leitenden Grundsätze seiner Politik waren: „Territoriale Ausdehnung und Volkssouveränetät" (territorial extension and popular sovereignty). Er wollte, daß die Union die ihr aus geographischen und politischen Gründen nothwendigen oder auch nur wünschenswerthen Flüsse und Seeküsten besäße, und das Volk, so viel, wie nur irgend möglich, direkt die exekutive Gewalt kontrollire und selbst ausübe. Die Gesetzgebung sollte nach seiner Ansicht der einfachste und geradeste Weg sein, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Schon vor sechzig Jahren galt durch die Autorität Jefferson's diese Ansicht in den Vereinigten Staaten als die höchste Staatsweisheit. Während er die Geistlichen, wenn sie von dem Willen des Volkes abhängig waren, duldete, ging er mit dem Königthume und dem Adel auch nicht den geringsten Kompromiß ein. Die ceremoniellen Formalitäten, die Washington als Präsident einführte, der Zopf, das

Schwert, die Paraden und ähnliche Dinge, — sie mißfielen seinem strengen Republikanersinn ganz entschieden; aber mit der Sklaverei ließ er sich in einen Kompromiß ein. Er war den meisten seiner Landsleute an politischer Bildung und philosophischem Scharfblicke weit voraus, er respektirte die einfache Würde des Menschen, seinen moralischen Werth, seinen Muth, seine Klugheit, sein Genie, — aber die Arbeit und ihre Würde vermochte er nicht gehörig zu verstehen. Vielleicht war ein solches Verständniß zu Jefferson's Zeiten überhaupt kaum möglich, vielleicht war damals kein Staatsmann und kein Philosoph, weder in Amerika noch in Europa, im Stande, den ganzen Werth und die volle Bedeutung der Arbeit zu begreifen, und man legt deshalb möglicher Weise einen zu strengen Maßstab der Kritik an Thomas Jefferson, wenn man ihn verdammt, weil er die Arbeit und die sociale Frage überhaupt in ihrer umfangreichen Bedeutsamkeit nicht gehörig zu würdigen vermochte, da selbst ein Adam Smith in diesem Punkte vielfach irrte. —

Der Tod Hamilton's, die thörichte Politik Englands, dem Handel der jungen Republik fortwährende Schwierigkeiten zu bereiten, der Widerstand, den John Adams der entschieden freiheitlichen Entwickelung der inneren Angelegenheiten entgegensetzte, die bekannte Vorliebe der föderalistischen Partei für das englische System und vornehmlich der radikale Einfluß, den der theilweise Triumph der französischen Revolution hervorrief, — alle diese und andere, bereits angedeuteten Umstände vereinigten sich, um die Partei des älteren Adams zu vernichten und Jefferson zu dem mächtigsten und populärsten Staatsmanne in den Vereinigten Staaten zu machen. Der Staat Virginien bildete seinen Hauptstützpunkt. Er verhandelte dabei mit Napoleon mit der vollendetsten Gewandtheit eines ausgezeichneten Diplomaten, und gab durch den Erwerb von Louisiana dem Dämon der Sklaverei ungeheure Landstrecken, die sich vom Fuße der apalachischen Gebirge tausende von Meilen ausdehnten, bis sie unter den Riesenschatten der wildzerklüfteten Felsengebirge ein Ende fanden. Das Volk liebte ihn mit derselben Hingebung, die später Andrew Jackson und Abraham Lincoln zu Theil ward. Als er sich nach Monticello zurückgezogen hatte, hörte er nicht auf, seinen Einfluß auf die Geschicke der Nation auszuüben. Seine Rathschläge waren es vornehmlich, die im Jahre 1812 den Krieg mit England hervorriefen. —

Die in der Geschichte der Vereinigten Staaten unter dem Namen „the Virginia Domination" bekannte politische Schule verdankt Jefferson ihr Entstehen. Er, und nicht James Monroe, war der eigentliche Schöpfer der sogenannten „Era of good feeling", d. h. der Zeitperiode, in der sich die Sklavenhalterpartei zufrieden fühlte. Die Gesetzgebung

des Landes faßte hauptsächlich das Interesse des Südens ins Auge und beförderte die Entwickelung der Sklaverei. In den nördlichen Staaten war das Sklavereiinteresse in socialer und national-ökonomischer Beziehung fast stets nur nominell gewesen. Nach dem Census vom Jahre 1790 lebten in den Neuenglandstaaten in diesem Jahre 3,886 Sklaven, während die Südstaaten um dieselbe Zeit 657,527 Sklaven besaßen. Das kleine Delaware hatte die doppelte Anzahl von Sklaven, wie die Neuenglandstaaten zusammengenommen; Virginien, Maryland, Nord- und Südkarolina und Georgien hatten eine Sklavenbevölkerung von 633,393 Seelen, wovon nahezu die Hälfte auf Virginien allein kam. Der Staat Virginien war deshalb zu jener Zeit der eigentliche Herd der Sklaverei. Außerdem wirkte bei dem beklagenswerthen Mangel an sittlichem Ernst in dem „sonnigen Süden" die Natur verlockend, ja, in so vieler Hinsicht demoralisirend und entnervend. Dort gab es wenig oder gar keine öden Felsen, keine unfreundlichen und stürmischen Tage, keine kurzen Sommer und keine langen, rauhen Winter, dort herrschten Sonnenschein und Erntefeste, lustige Tänze und ländliche Musik. Es war hart im Norden zu leben; im Süden war es hart zu sterben. Die heiße Sonne zog heiße Leidenschaften groß; so süß das Leben aber auch war, so leicht setzte man es doch auf's Spiel. Die Geringschätzung der menschlichen Existenz, welche die französische Revolution in schreckenerregender Weise illustrirte, fand in den Südstaaten der Union manchen Anklang. Man tödtete sich gegenseitig in Duellen, stellte Indianerjagden an und setzte Bluthunde auf die Spur entlaufener Neger. Der Südländer wurde ein Gemisch von einem Cavalier und einem Jakobiner, und trat dadurch mit dem arbeitsamen, streng religiösen Puritaner der Neuenglandstaaten in den schneidendsten Konflikt. „Wir suchen die Herrschaft," sagte man 1803 im Süden, „darum wollen und müssen wir Louisiana haben". „Wir ziehen den friedlichen Handel vor," antworteten die Puritaner, „die Schiffe auf dem Meere und die Webstühle auf dem Lande; laßt uns nur zunächst unsern gegenwäritgen Landbesitz bewahren und durch rationelle Kultur verbessern". „Wenn wir Louisiana erworben haben," so schlossen die Südländer, „dann haben wir Neuengland überholt; der Stern der Herrschaft über die Union geht in dem Mississippithale auf." Jefferson's Politik war in einem wesentlichen Punkte die richtige, weil sie dahin ging, jede fremde Macht, welche der Union gefährlich war, von den Grenzen derselben so viel als möglich fern zu halten. Der sparsame puritanische Neuengländer unterschätzte die Kraft seines Volkes, wenn es den Erwerb neuer Länder galt. —

Wenn aber irgend ein Umstand dazu beitrug, die Macht des parti-

kularistischen und sklavenhaltenden Südens zu mehren, so war dies, so unbedeutend es auch auf den ersten Blick erscheint, die Erfindung von Eli Whitney, dessen Leben Horace Greeley in seinem Werke, „the American Conflict“ (B. I. S. 58 ff.) mit besonderer Vorliebe schildert. Und die Geschichte des Lebenslaufes dieses Mannes bietet auch in der That die ergreifendsten Kontraste dar, wenn wir seine vielfachen Kämpfe, seine bitteren Enttäuschungen, die endliche Anerkennung, welche er fand, und den mächtigen Einfluß, welchen seine Erfindung auf die ganze Geschäftswelt der Erde ausübte, mit einander vergleichen. Nach der Darstellung Horace Greeley's und anderer kompetenter Schriftsteller war vornehmlich durch die Erfindung der „Cotton-Gin“ die Produktion von Baumwolle in den südlichen Staaten der Union von 5—10,000 Ballen im Jahre 1793 auf mehr als 5,000,000 Ballen im Jahre 1859 gesteigert worden, was hinsichtlich des Gewichtes wenigstens drei Viertel, hinsichtlich des Werthes sieben Achtel von aller auf dem ganzen Erdboden gewonnenen Baumwolle ausmachte. „Annehmen,“ sagt der erwähnte Autor, „daß Whitney's Erfindung tausend Millionen Dollars für die Sklavenstaaten werth war, hieße ihren wirklichen Werth noch sehr gering anschlagen.“ Während die Cotton-Gin den Süden reich und mächtig machte, ließ sie ihren Erfinder in Armuth und Elend zurück, bis er sich durch bedeutende Verbesserungen in der Anfertigung von Gewehren in den letzten Jahren seines Lebens in den Neuenglandstaaten ein ruhiges Alter sicherte. —

Die durch die Cotton-Gin so bedeutend vermehrte Baumwollproduktion diente aber auch dazu, den Uebermuth der südlichen Sklaven-Aristokratie bis auf die Spitze zu treiben. Der Satz: „Cotton is King“ wurde für dieselbe ein unumstößliches Axiom, worauf vertrauend sie dem Malstrom der Sezession reißend schnell zutrieb.

Am 1. Oktober 1800 hatte Spanien ganz Louisiana an Frankreich abgetreten. Diese letztgenannte Macht war aber unter dem ersten Consul, sobald derselbe seine Aufmerksamkeit nach Amerika wandte, für die Vereinigten Staaten ein ganz anderer und furchtbarerer Nachbar als Spanien. „Diese Cession,“ schrieb Jefferson ganz richtig an den nordamerikanischen Gesandten Livingston in Paris, „wirft alle bisherigen politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Frankreich über den Haufen und muß eine neue Richtung in unserer Politik herbeiführen. Frankreich im Besitz von New-Orleans muß unser natürlicher Feind werden.“ So geschah es, daß Livingston von Jefferson den Auftrag erhielt, bei der französischen Regierung den Ankauf Louisiana's, oder wenigstens eines Theiles davon, in Vorschlag zu bringen. Napoleon wollte anfangs von

einer solchen Transaction durchaus nichts wissen, weil der Gedanke einer Wiederaufnahme der alten französischen Kolonialpolitik in Indien und Amerika und die Neubegründung der französischen Kolonialmacht überhaupt damals zu seinen Lieblingsideen gehörten. Nur um diese Ideen leichter verwirklichen zu können, hatte er sich von Karl IV. Louisiana gegen Etrurien abtreten lassen; auch wollte er zu demselben Ende Florida gegen Parma eintauschen. Das Jahr 1801 verfloß deshalb in nutzlosen Verhandlungen. Der siegreiche Negeraufstand unter Toussaint-Louvertüre und die völlige Niederlage des französischen Corps in St. Domingo, dem Hauptsitze der Kolonialmacht Frankreichs, vereitelten indessen Napoleon's Pläne und Absichten, und ließen ihn nicht einmal zur vollen Besitzergreifung von New-Orleans gelangen. Als nun aber im Oktober 1802 der damalige spanische Intendant dieser Stadt den amerikanischen Handel durch neue und willkürliche Beschränkungen störte, ward die Eifersucht der Amerikaner in verstärktem Maße rege und führte zu einer um so energischeren Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit Frankreich. Napoleon, der vor einem neuen Kriege stand, wurde williger, weil er Geld nöthig hatte, und bot den amerikanischen Gesandten Livingston und Monroe ganz Louisiana erst für 20 und zuletzt für 15 Mill. Dollars zum Kaufe an. Der Vertrag ward am 30. April 1803 in Paris abgeschlossen und mußte innerhalb sechs Monaten von beiden Theilen ratificirt sein. Das durch ihn cedirte Territorium umfaßte in einer Länge von 2000 englischen Meilen sogar das heutige Iowa, Minnesota, Dakotah und Kansas und dehnte sich, wie gesagt, bis an die Felsengebirge aus. Beide Parteien, die föderalistische sowohl wie die republikanische — den Präsidenten an der Spitze — hatten zwar gewichtige Bedenken ob der Konstitutionalität dieses Vertrages, dessen Zustandekommen Napoleon III. in unseren Tagen sicherlich bitter beklagt hat; allein Jefferson und die Seinigen setzten sich dennoch darüber hinweg, weil der durch den Erwerb Louisiana's gebrachte Ländergewinn in mehr als einer Hinsicht viel zu bedeutend in die Wagschale fiel. —

Es ist wahr, die Konstitution der Vereinigten Staaten war selbstredend nur für das Gebiet gegeben, welches zur Zeit ihrer Annahme zur Union gehörte; auch enthielt sie nirgend eine Bestimmung, welche direkt oder indirekt die Erwerbung eines neuen Gebietes verfügt. Wenn sie auch festsetzte, daß und wie neue Staaten vom Kongresse in die Union zugelassen werden sollten, so sprach sie doch immer nur von den Territorien, welche innerhalb der ursprünglichen Grenzen der Vereinigten Staaten lagen. Zugleich war es, wie dies die kentuckischen und virginischen Beschlüsse ausdrückten, einer der obersten Grundsätze der dama-

ligen republikanischen, späteren demokratischen Partei, daß die Regierung nur diejenigen Gewalten ausüben dürfe, die ihr ausdrücklich von der Konstitution übertragen seien. Thomas Jefferson, der Führer und Vater der republikanischen Partei, interpretirte den Föderalisten gegenüber ganz strikt nach dem Buchstaben der Verfassung und hatte jüngst erst Alexander Hamilton gegenüber geltend gemacht, daß die allgemeine Bestimmung, wonach der Kongreß Steuern auflegen und einziehen, Schulden zahlen und für die Vertheidigung und das Wohl der Vereinigten Staaten sorgen solle, noch keineswegs zum Ankauf eines neuen Territoriums berechtige. Er erkannte, als er jetzt diese Maßregel selbst einführte, in seinen Privatbriefen dieses Dilemma vollständig an. „Wenn ich bedenke," so schrieb er z. B. am 7. September 1803 an W. C. Nicholas, „daß die Grenzen der Vereinigten Staaten durch den Vertrag von 1783 ganz genau festgesetzt sind und daß die Konstitution ihrer eigenen Erklärung zufolge nur für die Vereinigten Staaten gegeben ist, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß der Kongreß nicht beabsichtigte, neue Staaten zuzulassen, welche aus dem in Rede stehenden Territorium gebildet werden könnten." Jefferson wollte sich, ehe der Kongreß seine Politik gutgeheißen hatte, durch ein Amendement zur Konstitution über seine Verlegenheit weghelfen, vergaß jedoch seine guten Vorsätze, als die Volksvertretung den Vertrag gebilligt hatte. Der Senat genehmigte ihn nämlich bereits am 24. Oktober 1803, dasselbe that das Haus der Repräsentanten, welches die Mittel zu seiner Ausführung zu bewilligen hatte, trotz einer anfangs ziemlich heftigen Opposition am 25. Oktober desselben Jahres mit 90 gegen 25 Stimmen. —

Dem Buchstaben nach hatten die Föderalisten, welche den Ankauf des Louisiana-Territoriums bekämpften, in der Sache selbst aber die Republikaner Recht; denn die Erwerbung Louisiana's war, wie wir oben angedeutet haben, durch das nationale Interesse geboten, und dieses nothwendige Gebot durfte nicht am Buchstaben des Gesetzes scheitern. Verderblich aber wurde dieser Ankauf insofern, als er der Union — und namentlich dem sklavenhaltenden Süden — einen ganz unschätzbaren Präcedenzfall dafür lieferte, daß er eine Verfassungsverletzung vom Willen der jeweiligen Majorität des Kongresses abhängig machte, daß er ein Prinzip dem Interesse unterordnete und daß in Folge davon der Süden mit größerer Energie die Befriedigung seiner durch die Sklaverei bedingten Wünsche und Ansprüche forderte. Der Norden der Union erlitt hier demnach eine nicht geringe Niederlage, weniger durch die Annahme der Maßregel selbst, als durch die Art und Weise ihrer Bekämpfung und ihrer endlichen Ausführung. Ließ sich doch z. B. der jüngere Josiah

Quincy, der ein leidenschaftlicher Föderalist und ein beredter Parteimann war, zu der drohenden und unbesonnenen Aeußerung hinreißen: „Massachusetts und ganz Neuengland können sich sehr wohl, wenn keine andere Politik befolgt wird, dereinst ganz und gar von der Union lossagen.“ —

Nach der Erwerbung des Louisianagebietes ruhten die aus der Sklavereifrage entspringenden Streitigkeiten bis zum Jahre 1807 fast ganz und gar; dafür bildeten die Bankfrage und die Benutzung der nationalen Geldmittel zur Errichtung von öffentlichen Bauten, wie z. B. von Straßen und Kanälen, die Hauptstreitpunkte zwischen den verschiedenen politischen Parteien. Die Anhänger der Staatenrechtslehre und der buchstäblichen Auslegung der Konstitution opponirten meistens sehr heftig allen Verbesserungen, die wesentlich zum Vortheile der Einzelstaaten waren und doch aus nationalen Mitteln hergestellt werden sollten. Da aber Jefferson in dieser Hinsicht nicht immer die Anstrengungen seiner Partei unterstützte, so unterlag dieselbe wiederholt und es wurden verschiedene örtliche Verbesserungen auf Kosten der Nation ausgeführt. —

Im Jahre 1807 faßte der Kongreß nach einer aufregenden Debatte den Beschluß, daß die Einfuhr fremder Sklaven in die Union, sei es aus Afrika oder aus andern Ländern, vom 1. Januar 1808 an unbedingt verboten sein sollte. Namentlich eiferte John Randolph gegen diesen durch die Konstitution ausdrücklich gerechtfertigten Beschluß; er meinte, der Kongreß sei zu einem solchen Verbote durchaus nicht berechtigt, der betreffende Gesetzesvorschlag enthielte Eingriffe in das Privatrecht, am Ende möchte und werde der Kongreß noch so weit gehen, allen Sklaven die Freiheit zu geben. Die Annahme des Verbotes des auswärtigen Sklavenhandels würde die Grundbestimmungen der Konstitution erschüttern. Wenn jemals eine Trennung der Union stattfinden sollte, so würde dieselbe die Sklavenstaaten und die freien Staaten von einander scheiden. „Wir Südländer,“ rief er aus, „wollen keine Hülfe von euch Nordländern; ihr sollt blos neutral bleiben. So wenig es eine Schande ist, in diesem oder jenem Lande geboren zu sein, eben so wenig ist es eine Schande, ein Sklavenhalter zu sein.“ Diese Worte erinnern gar deutlich an die Sprache von Jefferson-Davis und Genossen. Selbstverständlich konnte ein Mann wie John Randolph nicht lange mehr ein Anhänger von Thomas Jefferson sein, da dieser die Sklaverei für die Grundursache alles Verderbens erkannte und sie wiederholt als den Fluch der Union hinstellte. Und wiederum war es vornehmlich Süd-Carolina, welches hier eine Sonderstellung einnahm. Die Einwohner von Charleston

richteten sogar eindringliche Bittgesuche an den Kongreß, worin sie energisch gegen die Aufhebung des auswärtigen Sklavenhandels protestirten; sie erhielten aber von den damaligen Vertretern der Nation die Antwort, daß derartige Petitionen in einer Angelegenheit, wo es sich um göttliche und menschliche Rechte handle, nicht gehört und nicht beachtet werden könnten. —

Im Allgemeinen genoß Jefferson während seiner Präsidentschaft die Liebe und die Achtung beider Parteien, nur seine religiösen Ansichten erfuhren unausgesetzt bitteren Tadel, vorzugsweise in den Neuenglandstaaten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die extremen Fractionen beider Hauptparteien, die verbissenen Prosklavereimänner und die strengen Puritaner immerdar und bis auf den heutigen Tag Feinde von Thomas Jefferson geblieben sind. Die Einen konnten die auf Beseitigung der Sklaverei zielende Stelle in seinem Entwurfe zur Unabhängigkeitserklärung niemals vergessen, und die Andern haben an seinen deistischen Grundsätzen, welche der Parteifanatismus atheistisch nannte, fortwährend Anstoß genommen. Und allerdings stimmten Jefferson's Anschauungen hinsichtlich der Erziehungsgrundsätze für die künftigen Bürger der nordamerikanischen Republik mit den orthodoxen Ansichten der puritanischen Neuengländer wenig über, wie z. B. folgende Meinungsäußerung des Verfassers der Unabhängigkeitserklärung beweist: „Wir wollen die Menschen jetzt nicht mehr zur Furcht vor einem willkürlichen und übermächtigen Gebieter, so wenig wie zum blinden Gehorsam und zur unbedingten Unterwerfung unter einen fremden Willen erziehen. Diese orientalischen Ansichten stehen im Widerspruch mit unseren menschlichen Begriffen, mit unserer republikanischen Staatsform. Wir müssen die Ausbildung aller von der Natur uns verliehenen Kräfte und deren ungehinderte Anwendung mit aller Macht erzielen.“ —

Während der acht Jahre von 1808 bis 1819 trat die Sklavenfrage hinter die Verwickelungen der auswärtigen Politik zurück, wodurch der zweite Krieg mit England angekündigt und zum Ausbruche gebracht wurde. Nur hier und da wird sie vorübergehend berührt, um eben so schnell wieder dringenderen Interessen und den Bedürfnissen des Augenblicks Platz zu machen. Zu diesem äußeren Grunde tritt der in der Natur der Sache liegende Umstand, daß die südlichen Sklavenhalter und ihre nördlichen Freunde (northern men with southern principles) bei der durch den Krieg verzögerten Entwickelung Louisiana's keine neuen Pläne und Ziele in's Auge fassen konnten. Daher trägt denn der erwähnte Zeitraum von acht Jahren, soweit die Sklavenfrage in Betracht kommt, ganz den Charakter einer Uebergangsperiode und knüpft nur hier

und dort erläuternd oder ergänzend an früher getroffene gesetzliche Bestimmungen an. Vergl. Fr. Kapp, „Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten v. Amerika," S. 119 ff.

Der zu Anfang dieses Jahrhunderts zwischen England und Frankreich mit der äußersten Erbitterung geführte Krieg und die durch beide Mächte erlassenen Blokadegesetze schlugen auch dem Handel der nordamerikanischen Union schwere Wunden. Dazu kamen die Uebergriffe und Gewaltmaßregeln der Engländer, die sich gegen amerikanische Schiffe das Durchsuchungsrecht anmaßten und — nach dem Grundsatze: a man, once a subject, is always a subject — amerikanische Matrosen zu Hunderten als angeblich entlaufene Engländer preßten. Aus diesen Gründen hatte Jefferson der föderalistischen Lehre Gehör gegeben, welche dahin ging, die Seeküsten zu befestigen und die Armee, namentlich die Seemacht, zu vermehren. Die alten Parteiverhältnisse wurden durch solche und ähnliche Maßregeln häufig verschoben. Um den amerikanischen Handel gegen fremde Eingriffe zu schützen, verwies Jefferson alle englischen Schiffe aus den amerikanischen Häfen und legte im December 1807 Embargo auf alle in letzteren befindlichen Fahrzeuge. Dieser Embargo dauerte bis zum 1. Mai 1809; ihm folgte der Nichtverkehrsakt (nonintercourse act), der am 1. März 1810 aufhörte. Diese in vieler Hinsicht illusorischen Schutzmaßregeln trafen die Amerikaner im günstigsten Falle eben so hart, wie die Engländer, obschon sie auf die Hebung der einheimischen Industrie vortheilhaft einwirkten. Indessen konnte Jefferson nicht wohl anders handeln; er mußte durch einen, wenn auch noch so ungenügenden Wiedervergeltungsakt die Ehre der Union wahren. Wenn die Föderalisten dem Präsidenten einen passiven Widerstand entgegensetzten, so bewiesen sie damit nur, daß ihnen ihre Handelsinteressen und Privatvortheile höher standen, als das Gesammtwohl des Vaterlandes. Ihre engherzige Sonderpolitik übersah, daß alle inneren Streitigkeiten und Parteifehden schweigen mußten, wenn ein mächtiger Feind von außen das Land bedrohte. Der Norden und Osten wollten weder Embargo noch Krieg, weil Schifffahrt und Handel darunter litten. Der Süden sprach sich für beide aus, weil er sein Eigenthum dadurch zu schützen hoffte. Im Süden bildete die Pflanzerpartei, welche sich Frankreich zuneigte, den Kern für eine sich neubildende Fraktion der antiföderalistischen Republikaner; und diese Fraktion, die Urheberin der demokratischen Parteibildung, fand eine kräftige Stütze in einer großen Anzahl von nördlichen Industriellen, die in der letzten Zeit mit bedeutendem Erfolge Fabriken eingerichtet hatten und von einem Kriege den Ausschluß der englischen Konkurrenz, ja sogar die Unterstützung und

Kundschaft der Regierung erwarteten. Im Norden überwog aber die föderalistische Partei, welche stets die Freundschaft mit England kultivirt hatte; zu ihr gehörten vornehmlich die reichen Handelsherren mit ihrer ängstlichen und rücksichtsvollen kommerziellen Politik. Während die Föderalisten dem Präsidenten vorwarfen, daß er von Napoleon I. bestochen sei, um im Einverständniß mit Frankreich der englischen Oberherrschaft zur See ein Ende zu machen, behaupteten die Anhänger der demokratisch-republikanischen Partei, daß die Föderalisten im Stande und nicht abgeneigt wären, die amerikanischen Freiheiten an England zu verrathen und zu verhandeln. Als die Südländer sich überzeugt hatten, daß England durch bloße Drohungen nicht zum Nachgeben zu bewegen sei, drängten sie James Madison, der seit dem 4. März 1809 den Präsidentenstuhl bestiegen hatte, immer eifriger zum Kriege. Sie verlangten von der Regierung die Sicherung ihrer früheren Märkte für den Absatz ihrer Produkte, unter denen namentlich die Baumwolle infolge der englischen, einem völligen Verbote gleichkommenden, Besteuerung gelitten hatte. Außerdem hatten auch die stets wiederkehrenden Schlachtenberichte eines mehr als zwanzigjährigen europäischen Krieges die müßige und thatendurstige Jugend des Südens entflammt und die Kriegslust bedeutend gefördert. Madison, der von der demokratisch-republikanischen Partei zum Präsidenten gewählt worden war, schloß sich längere Zeit so eng als möglich an die friedenssüchtigen Föderalisten an; endlich aber konnte er dem Andrängen der Kriegspartei nicht mehr widerstehen, um so weniger, als die Anmaßungen und Gewaltstreiche England's nicht abnahmen, sondern stets größer wurden und selbst den Expräsidenten John Adams auf die Erhaltung des Friedens verzichten ließen. Am 18. Juni 1812 wurde der Krieg gegen England in aller Form erklärt; im Kongresse aber waren es namentlich John C. Calhoun und Henry Clay gewesen, welche die Kriegserklärung befürwortet und durchgesetzt hatten.

Dieser Krieg bewirkte aber in vielfacher Hinsicht eine Parteirevolution; deren Resultate so folgenreich und wichtig wurden, wie der Sturz der altföderalistischen Partei unter John Adams oder — um ein uns näher liegendes Beispiel anzuführen — wie der Riß, den der preußisch-österreichische Krieg im Jahre 1866 in der preußischen Fortschrittspartei hervorrief. Die altföderalistische Partei tauchte zwar hie und da während des Krieges wieder auf, sie machte sich aber durch ihre kleinliche, oft sogar unionsfeindliche Opposition, wie solche z. B. in der im Dezember 1814 zu Hartford tagenden Convention an's Tageslicht trat, gründlich verhaßt. Während indessen die altföderalistische Partei ihrem Untergange entgegenging, triumphirte in vielen Punkten die ehemalige föderalistische

Politik durch die umgeformte republikanische, oder wie wir sie von dieser Zeit an nennen dürfen, demokratische Partei. —

Erst der zweite Krieg mit England rief eine selbstständige amerikanische Politik in's Leben. Bis zum Jahre 1812 war in dem einen Theile des Landes der englische, in dem andern der französische Einfluß maßgebend gewesen. Jener Krieg lehrte aber in der That zuerst in praktischer und durchgreifender Weise die Einheit der Interessen der Union nach außen hin, er schuf eine wirkliche amerikanische Politik und bedingte zur Verwirklichung derselben die meisten derjenigen Maßregeln, welche ehemals die Föderalisten als Regierungsprogramm aufgestellt hatten. Von dem zweiten Kriege mit England und der seitdem von den meisten Präsidenten der Vereinigten Staaten befolgten Politik datirt der spätere Zustand der Armee und Marine, so weit derselbe nicht durch den Sezessionskampf und dessen Folgen modificirt wurde, von damals datirt das theure Hafen- und Küstenvertheidigungssystem, die Ausbreitung der inländischen Manufakturen und die ihnen entsprechende Ausdehnung des Zollwesens. Nicht allein die große Masse des Volkes, sondern selbst viele der betheiligten Parteiführer wurden diesen verhältnißmäßig still vor sich gehenden Wechsel nicht gewahr. Sie nahmen, ohne es recht zu wissen, unter der Leitung einiger, ihr Ziel klar und scharf erkennenden und dasselbe mit Konsequenz und Ausdauer verfolgenden Männer die Politik der alten Föderalisten in vielen Hauptfragen wieder auf. Ein solcher Umwandlungsprozeß konnte selbstredend nur allmälig vor sich gehen; sicher aber ist, daß er stattfand und daß viele der wesentlichsten Grundsätze der Föderalisten von den am Staatsruder befindlichen Demokraten adoptirt wurden. Die Föderalisten erloschen daher auch nur um so schneller in ihren letzten Ueberresten als nationale Partei, während sie in lokalen Fragen noch längere Zeit eine klägliche Existenz fristeten. Bei Madison's zweiter Erwählung zum Präsidenten (1812) hatten die Föderalisten nicht einmal einen Präsidentschaftskandidaten aus ihrer eigenen Partei aufgestellt; und als kurz nach dem Frieden James Monroe von den Demokraten zum ersten Male (1816) zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt wurde, hatten sie kaum noch die Kontrolle über vier Staaten und warfen fast gar kein Gewicht mehr in die politische Wagschale. —

Der Präsident Monroe selbst bestätigte in seiner Antrittsrede vom 4. März 1817 diese stillschweigend erfolgte Umwandlung. Er konstatirte das Aufhören der alten Parteifeindschaft zwischen Republikanern und Föderalisten, und versprach feierlich, daß er sein Hauptstreben darauf richten wolle, nach den Grundsätzen der Konstitution Eintracht und Har-

monie in allen Theilen des Landes zu fördern. „Wahre Freiheit“, pflegte Alexander Hamilton zu sagen, „wird weder in despotischen, noch in schrankenlosen demokratischen Staaten gefunden. Nur gemäßigte Regierungen schützen vor Willkür und Gesetzlosigkeit.“ Aehnlich dachte und sprach auch James Monroe. „Vor allem laßt uns wahre Bildung unter unserm Volke verbreiten“, sagte er in seiner Inauguralrede, „nur wenn die Einwohner eines Landes unwissend und moralisch gesunken sind, wenn sie einem willenlosen und verderbten Pöbelhaufen (populace) gleichen, nur dann sind sie unfähig zur Selbstregierung und tragen, von gewandten Politikern als blinde und rohe Masse benutzt, selbst zu ihrer Entwürdigung und zu ihrem Ruine bei.“ Die alte republikanische Partei hatte, wie bereits erwähnt, Armee, Marine und Befestigungen niemals besonders berücksichtigt und den Handel, wenn nicht gehindert, so doch stets mehr oder weniger sich selbst überlassen. Monroe, gewarnt durch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit (Küstenverheerung und Niederbrennung des Kapitols durch die Engländer) verlangte, als er Präsident geworden, so entschieden, wie jemals früher John Adams, die Befestigung der Küsten und Grenzen, eine stärkere Armee und Marine zur Abwehr des Feindes und zum Schutze von Stadt und Land. Er betonte die Nothwendigkeit der Pflege und Hebung der industriellen Interessen, stellte die Erhöhung der Eingangszölle in Aussicht und bahnte durch ein solches Programm die völlige Verschmelzung der Parteien an. —

Es ist keine leichte Aufgabe, wie schon der amerikanische Historiker, William D. Jones, in seinem „Mirror of modern Democracy“ S. 54 sagt, nachzuweisen, wie die bedeutenderen politischen Parteien, welche später die Geschicke der nordamerikanischen Union bestimmen halfen, aus den Ueberresten der alten Föderalisten und der alten Republikaner hervorgingen. Die verschiedenen Parteien selbst feierten stets solche Männer als ihre Gründer, von denen sie wußten, daß ihr Andenken dem Volke lieb und theuer war; und so erklärt es sich leicht, wie ganz entgegengesetzte Parteien einen und denselben Mann, z. B. Thomas Jefferson, als ihren Stifter ausgaben. Wenn die Demokraten ihr politisches Glaubensbekenntniß den Lehren Jefferson's entnommen zu haben behaupteten und ihren Gegnern das Stigma veralteter föderalistischer Anschauungen aufzudrücken suchten, so führten die National-Republikaner (National Republican party), welche im Jahre 1828 den Präsidenten John Quincy Adams unterstützten, und die späteren Whigs ihre Prinzipien ebenfalls auf Thomas Jefferson und die Hauptgrundsätze der alten Republikaner zurück. Und es läßt sich in der That kaum bestreiten, daß

die Fülle der politischen Weisheit Jefferson's so groß und seine staatsmännische Wirksamkeit so allseitig war, daß selbst die feindlichsten Parteien daraus wie aus einem reichen, nie versiechenden Born zu schöpfen vermochten. Mit Recht bemerkt aber der genannte Historiker, daß jede politische Partei ihre Ansprüche auf öffentliches Vertrauen und auf die Unterstützung von Seiten des Volkes nicht durch das Alter ihrer Organisation oder durch ihre numerische Stärke begründen solle, sondern durch die gesunde Kraft ihrer Prinzipien und die Zweckmäßigkeit ihrer Maßregeln (by the soundness of its principles and the expediency of its measures).

Auf Andrängen der südlichen Sklavenhalter, die wiederholt mit den spanischen Niederlassungen in Florida in Konflikt geriethen, trat Monroe mit Spanien im Jahre 1818 über die Abtretung dieser Halbinsel in Unterhandlung. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge; aber die Annexationsgelüste des Südens der Vereinigten Staaten erneuerten sich mit verdoppelter Stärke und ruheten — kurze Stillstandspausen ausgenommen — nicht eher, als bis Ost- und West-Florida am 22. Februar 1821 förmlich von der spanischen Krone an die Union für fünf Millionen Dollars abgetreten worden war.

Drittes Kapitel.

Von der Zeit des Missouri-Kompromisses bis zur Berathung der Omnibusbill von Henry Clay.

(1821 — 1850.)

In dem ganzen von den Vereinigten Staaten käuflich erworbenen Louisianagebiete war sowohl unter spanischer wie unter französischer Herrschaft die Sklaverei durch positive Gesetze anerkannt und geschützt. Auch war in den Cessionsvertrag, durch welchen das genannte Gebiet an die Union abgetreten worden war, ein Artikel aufgenommen worden, der also lautete: „Die Bewohner des abgetretenen Gebietes sollen der Union der Vereinigten Staaten einverleibt und möglichst bald nach den Grundsätzen der Bundesverfassung (according to the principles of the con-

stitution) zu dem Genusse aller Rechte, Vortheile und Begünstigungen der Bürger der Vereinigten Staaten zugelassen werden. Bis dahin sollen sie aber im sicheren Genusse ihrer Freiheit, ihres Eigenthums und ihrer Religion verbleiben und geschützt werden". Als nun das Orleans-Territorium am 8. April 1812 als der Staat Louisiana in die Union aufgenommen ward, wurde die dort bestehende Negersklaverei als ein staatliches Institut anerkannt und der Rest des früheren Louisianagebietes als das Missouri-Territorium organisirt. Im Osten und Süden waren die Grenzen dieses immer noch sehr großen Territoriums zu jener Zeit von weißen Kolonisten nur sehr spärlich und dünn angesiedelt; da aber die gesetzliche Existenz der Sklaverei in diesen Gegenden von keiner Seite her beanstandet wurde, so unterließen es die südlichen Pflanzer nicht, mit ihren Sklaven langsam und ziemlich unbeachtet in die fruchtbarsten Theile dieses Territoriums vorzudringen. Wie Fr. Kapp richtig bemerkt, lenkten der Krieg mit England und die näher liegenden Tagesinteressen die öffentliche Aufmerksamkeit lange Zeit von den unscheinbaren und doch so wichtigen Vorgängen im Missouri-Territorium ab. Niemand oder doch nur sehr wenige, klar in die Zukunft blickende Geister ahnten damals, daß hier der Wendepunkt der inneren Entwickelung der Vereinigten Staaten lag, und daß jeder Sklave, den sein Herr auf das westliche Ufer des Mississippi brachte, dazu beitrug, die schwersten Kämpfe für die ganze Union heraufzubeschwören.

Im Jahre 1817 kamen die Einwohner von einem Theile des Missouri-Territoriums, das sich westlich vom Mississippi den beiden Ufern des Missouriflusses entlang ausdehnte, beim Kongresse darum ein, als Staat in die Union aufgenommen zu werden. Die betreffende Eingabe ward vom Hause der Repräsentanten im Mai 1818 an ein besonderes Committee übergeben, dessen Vorsitzer der Delegat des Territoriums, Herr Scott, war. Dieses Committee legte im April einen im Sinne der Bittsteller gehaltenen Gesetzentwurf dem Hause der Repräsentanten vor, welcher nach einer zweimaligen Lesung zur ferneren Berichterstattung an einen dazu bestimmten Ausschuß überwiesen ward. Die endliche Verhandlung dieses Gegenstandes unterblieb jedoch während dieser Sitzung des Kongresses. Man fing an zu begreifen, daß die Aufnahme des Staates Missouri eine Sache von der höchsten Wichtigkeit sei und daß dabei Fragen gelöst werden müßten, deren Entscheidung die Geschicke der Union für alle Zeiten mitbestimmen half.

Als sich der Kongreß im November 1818 zu seiner zweiten Sitzung versammelt und einige weniger wichtige Angelegenheiten berathen hatte, gestaltete sich das Repräsentantenhaus im Februar 1819 zu einem Com-

mittee des Ganzen und ging nun mit aller Energie an die Diskussion jener Bill, die den Staat Missouri ins Leben rufen sollte. Die Debatten währten mehrere Tage und es wurden verschiedene Verbesserungsvorschläge angenommen. Der bedeutendste dieser Vorschläge ging von James Tallmadge, dem die Sklaverei bekämpfenden Vertreter von Dutcheß County in New-York, aus; er lautete also: „Verordnet, daß die Einführung der Sklaverei oder unfreiwilligen Knechtschaft verboten werde außer als Bestrafung für Verbrechen, deren die angeklagte Partei vor dem Gesetze überführt worden ist; und daß alle Kinder, welche in besagtem Staate (Missouri) nach seiner Aufnahme in die Union geboren werden, in ihrem einundzwanzigsten Jahre frei sein sollen".

Die Berathungen über das von Tallmadge gestellte Amendement trugen schon ganz den Charakter der Gehässigkeit und leidenschaftlichen Erbitterung, welcher die Verhandlungen über die Sklavenfrage in fast allen Fällen so unerquicklich gemacht hat. Im Repräsentantenhause stimmten die Vertreter der freien Staaten mit wenigen Ausnahmen für die Verbesserung, während die Abgeordneten der Sklavenstaaten dagegen waren. Obschon nun aber die Partei der Freiheit im Hause der Repräsentanten den Restriktionsvorschlag von Tallmadge siegreich durchsetzte, so fiel derselbe doch im Senate; und so geschah es, daß die ganze Missouri-Bill, da die beiden Häuser des Kongresses sich nicht einigen konnten, bis zum Zusammentritt des neuen Kongresses vertagt werden mußte. Um diese Zeit wurde übrigens auch der südliche Theil des Missouri-Territoriums unter dem Namen „Arkansas" als ein besonderes Territorium organisirt. Der Abgeordnete Taylor, ebenfalls aus New-York, stellte bei dieser Gelegenheit einen ähnlichen Restriktionsantrag, wie Tallmadge es bezüglich der Aufnahme von Missouri gethan hatte; allein dieser Antrag erhielt nicht die Majorität der Stimmen, weshalb Arkansas zunächst ein Sklaventerritorium und später ein Sklavenstaat wurde.

Am 6. Dezember 1819 trat der neue Kongreß zusammen, und Scott von Missouri trug schon am zweiten Tage der Sitzung im Repräsentantenhause darauf an, daß alle die Aufnahme von Missouri als Staat betreffenden Gesetzesvorschläge, Petitionen, Amendements u. s. w. an ein eigens hierzu ernanntes Committee (a Select Committee) überwiesen werden sollten. Dieser Antrag ging durch, und der damalige Sprecher des Hauses, Henry Clay, ernannte in dieses Committee, außer dem Herrn Scott, drei Repräsentanten aus Sklavenstaaten und nur einen Repräsentanten aus einem freien Staate. Im Senate wurde sämmtliches Material, welches sich auf die Missouri-Bill bezog, an den Ausschuß über Gerichtswesen (Judiciary Committee), welcher gleichfalls

aus drei südlichen und nur zwei nördlichen Mitgliedern bestand, verwiesen.

In dem parlamentarischen Kampfe, der nun in aller Heftigkeit erfolgte, hatte der Süden verschiedene, nicht zu unterschätzende Vortheile auf seiner Seite. So war es z. B. von dem Präsidenten James Monroe wohl bekannt, daß, obgleich er sich nicht direkt in den Missouristreit mischte, er sowohl, wie die Mehrzahl seiner Minister, die Sache des Südens begünstigten; und auf diese Weise wurde der große Einfluß der Administration gegen die vom Norden vertheidigte Restriktionspolitik geltend gemacht. Ebenso gebrauchten die beiden Expräsidenten, Thomas Jefferson und James Madison, die noch am Leben waren, ihren gewaltigen Einfluß zu Gunsten des Südens, mit dem sie aus Parteirücksichten sympathisirten, obwohl sie im Herzen die Sklaverei gewiß nicht weniger verabscheuten, als wie dies bei ihrem Nachfolger Monroe der Fall war. Auch Henry Clay, der durch seine Popularität mächtige Sprecher des Hauses, war ein eifriger und furchtbarer Gegner aller Restriktionsmaßregeln, trotzdem, daß er seiner innersten Ueberzeugung nach in keiner Weise zu den Vertheidigern der Sklaverei gehörte. Vornehmlich aber wirkte die sehr erklärliche Furcht, daß die demokratisch-republikanische Partei durch Annahme von sklavereifeindlichen Anträgen vernichtet werden oder doch für den Augenblick die Herrschaft verlieren möchte, während sich neue Parteien auf der Basis geographischer Ursachen und klimatischer Verhältnisse bilden würden, so bedeutend auf die in Frage stehende Maßregel ein, daß sie den Triumph der Freiheitsfreunde in hohem Grade verhinderte. Außerdem traute man dem Norden eine viel größere Nachgiebigkeit, als dem heißblütigen Süden zu; denn überall gewann die Ansicht festen Boden, daß sich der Süden eine Niederlage in der Missourifrage nicht werde gefallen lassen, sondern lieber alle Bande der Partei, ja selbst die Union sprengen würde. Und in der That war diese Ansicht nicht unbegründet. Schon als Tallmadge sein oben erwähntes Amendement stellte, hatten verschiedene südliche Kongreßmitglieder mit „Auflösung der Union und Bürgerkrieg" gedroht. Cobb von Georgia erklärte prophetisch, die Sklavenfrage werde noch einen Brand erzeugen, den alles Wasser des Oceans nicht zu löschen vermöge; Ströme von Blut würden dazu nöthig sein. Und Colston von Virginien warf den Freistaatsmännern vor, sie redeten vor allen Dingen zu den Gallerien und beabsichtigten die Sklaven aufzuwiegeln, um Tod und Verwüstung über die Sklavenstaaten zu bringen. Indessen Tallmadge antwortete auf diese wilden Drohungen und ungerechtfertigten Ausfälle in dem ersten Stadium des Missouristreites in würdiger Weise also: „Leidenschaftliche Ausbrüche

machen gar keinen Eindruck auf mich. Die glorreiche Sache der Freiheit, für die ich hier einstehe, ist mit meiner ganzen Existenz verwachsen. Mich beseelt der unversöhnlichste Haß gegen die grausamste und erniedrigendste Sklaverei, welche die Welt kennt. Ist es aber wirklich schon dahin gekommen, daß in dem Kongresse der Vereinigten Staaten die Sklaverei ein so delikates, gefährliches und mißliches Thema geworden, daß man darüber nicht mehr frei und offen sprechen darf? — Dürfen Repräsentanten, die ihre Ansichten darüber darzulegen wagen, deshalb angeklagt und beschuldigt werden, daß sie zu den Gallerien reden und einen Sklavenaufstand hervorzurufen trachten? — Dieselben Männer, welche von Auflösung der Union, von Bürgerkrieg und Blutscenen sprechen, wollen die Sklaverei, das einzige Uebel, welches solche Calamitäten hervorrufen könnte, nur noch weiter ausdehnen. Wenn man jetzt schon nicht mehr unangefochten über diesen Gegenstand sprechen soll, was wird dann das Resultat sein, wenn sich die Sklaverei erst über ein ungeheures Gebiet ausgedehnt hat? Aus diesem Grunde, wenn aus keinem andern, muß gerade jetzt der Ausdehnung der Sklavenmacht vorgebeugt werden, oder es könnte die Gelegenheit dazu für immer verloren gehen. — Man sagt, die Ansiedelung des Westens werde verzögert und der Werth des dortigen Eigenthums werde sich vermindern, wenn die Sklaverei dort nicht erlaubt würde. Eine solche Beweisführung spricht aber jeder wahren Moral Hohn und macht das rein persönliche Interesse zur Basis der nationalen Gesetzgebung. Wenn der Westen jetzt nicht ohne die Einführung der Sklaverei gehörig angesiedelt werden kann, so möge er lieber bis auf bessere Zeiten in seinem gegenwärtigen Zustande bleiben. Selbst ein Südländer wird es kaum wagen, die Sklaverei prinzipiell zu vertheidigen; möge sie darum auf die ursprünglichen Sklavenstaaten beschränkt bleiben und uns die Annahme meines Restriktionsvorschlages vor den Vorwürfen der Zukunft schützen".

Diese beredten und wahren Worte Tallmadge's trugen wesentlich dazu bei, daß der Süden im zweiten Stadium des Missourikampfes die Sache der Sklaverei auf eine andere, weniger schroffe Weise vertheidigte, als wie er zuvor gethan hatte. Den heiligen Namen der Freiheit mißbrauchend fochten die Vorkämpfer der Sklaverei diesmal ihre parlamentarischen Schlachten unter der Fahne der Staatensouveränetät und der Staatengleichheit. Ihre Argumentation drehte sich vornehmlich um das Recht des Volkes, seine Einrichtungen nach seinem eigenen Ermessen, nach seinen besonderen Gefühlen, Ueberzeugungen und Interessen zu treffen oder dieselben abzuändern. Die südlichen Sklavenritter befolgten im Anfange des Jahres 1820 im nordamerikanischen Kongresse ganz

dieselbe Politik, welche im Frühjahr 1868 der klerikalen Reaktion im östreichischen Herrenhause und im französischen Senate zur Richtschnur diente. Wie die Grafen Blome und Leo Thun im Interesse der katholischen Kirche und des verruchten Konkordats in scheinheiliger Weise für die Unterrichts- und Religionsfreiheit plaidirten, wie die französischen Ultramontanen mit beispielloser Unverschämtheit und lügenhafter Gleißnerei die vorgeschlagenen Reformen im Unterrichtswesen als freiheitsfeindlich darzustellen suchten, im Grunde aber nur dem finstern Geiste des Aberglaubens und der Knechtschaft dienen wollten, so lebte auch in den Herzen der Vertheidiger der Negersklaverei niemals die Liebe zur wahren Freiheit. Wenn sie nach Freiheit riefen, so meinten sie damit nur Macht und Herrschaft, willkürliche Ausübung der Gewalt. Bei den südlichen Sklavenbaronen und den klerikalen Reaktionshelden in Oestreich und Frankreich hat das Wort „Freiheit" von jeher eine gar verschiedenartige und sonderbare Bedeutung je nach der Zeit und den Umständen gehabt; nur die einzige Bedeutung, die ihm das Wörterbuch, der Sprachgebrauch und der gesunde Menschenverstand verleihen, hat es bei jenen Verfechtern der Willkür und der Gewalt niemals besessen.

Zu den gewandtesten Vertheidigern der Ausdehnung der Sklaverei gehörten William und Charles Pinckney; letzterer sagte in seiner am 15. Februar 1820 im Senate gehaltenen Rede: „Die Sklaverei ist, wie man uns in unzähligen Pamphleten, Reden und Memorialen vorhält, ein schwarzer Flecken an unserem sonst tadellosen Rufe. Ich gebe dies zu; aber damit ist nicht der Beweis geliefert, daß Sie die Macht besitzen, über dieses Institut, wie über irgend einen andern Gegenstand, zu verfügen. Die Sklaverei, sagt man uns ferner nicht ohne Pomp und Metapher, ist ein Krebs, der an der Wurzel von Allem nagt, was ausgezeichnet in dieser Republik ist, eine Pest, die alle Blüthen auf den Wangen der Republik verwelken macht, ihre Ehre schändet und ihre Kraft untergräbt. Ich gebe auch dies zu; doch wenn Sie die Gewalt haben, diese Krankheit durch das vorgeschlagene Amendement zu kuriren kraft des Diploms, welches Sie beanspruchen, so haben Sie auch die Gewalt bei Vertheilung Ihrer politischen Gegengifte jedem Territorium die tödtlichsten Mittel anzubieten und ihm die Wahl zu lassen, dieselben entweder zu schlucken oder für immer ein Territorium zu bleiben. Die Sklaverei, so sagt man uns weiter, dehnt sich jetzt wogenartig nach den weiten Regionen des Westens aus und bedroht dieselben in vernichtender Weise mit Unfruchtbarkeit und Elend, wenn nicht irgend eine machtvolle Stimme mit gebietender Gewalt ihr zuruft: „So weit und weiter nicht". Die Sklaverei erzeugt Stolz und Trägheit in dem Herrn, während sie den Sklaven

in intellektueller und moralischer Hinsicht herunterdrückt. Die Sklaverei endlich ist unchristlich und ein Gräuel. Herr Präsident, ich halte mich nicht für berufen, in Abrede zu stellen, daß die Sklaverei dieses Alles und noch mehr ist; aber nichts desto weniger halte ich mich für vollkommen berechtigt, in Abrede zu stellen, daß es Ihres Amtes ist (that it is for you), den Lauf dieses schwarzen Stromes aufzuhalten, dadurch, daß Sie mit verwegener Willkür (portentous discretion) auf fremdem Gebiete demselben einen Damm entgegensetzen, — einen Damm, den Sie nur vermittelst einer großen Ungerechtigkeit errichten können, — keiner verhältnißmäßig entschuldbaren Ungerechtigkeit, die nur einige Halme knickt, welche der erste freundliche Sonnenstrahl oder der nächste erfrischende Regen wieder aufzurichten vermag, sondern einer Ungerechtigkeit, welche die mächtigsten Bäume des Urwaldes entwurzelt zu Boden wirft und dann die Stirn hat, aufzutreten und für die angerichtete Zerstörung den Kranz unsterblichen Ruhmes zu beanspruchen".

Während der ganzen Dauer der Debatten über die Missouri-Frage wurde das Argument, daß Missouri durch die Annahme des von Tallmadge eingereichten Amendements unerhörten, gehässigen und selbst entehrenden Anforderungen unterworfen würde, daß es nicht als eine ebenbürtige Schwester, sondern als eine Unterthanin ihrer älteren Schwestern in die Union käme, daß die im Sinne des Amendements ausgeübte Gewalt eine grenzenlose und durchaus unverantwortliche Autorität hinsichtlich der Formen und Einrichtungen involvire, unter denen ein neuer Staat ins Leben trete, — mit einer seltenen Verschlagenheit, Zähigkeit und Kraft von allen Seiten ventilirt und ausgenutzt. Das später so heftig bestrittene konstitutionelle Recht des Kongresses, die Sklaverei in allen Territorien ohne Ausnahme zu verbieten, wurde indessen um diese Zeit von Niemandem in Frage gestellt; Philipp P. Barbour, Abgeordneter von Virginien, gab dasselbe sogar mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den 3. und 4. Abschnitt des vierten Artikels der Bundeskonstitution förmlich und feierlich zu. Allein so entschieden und unumwunden dies Zugeständniß auch von Seiten des Südens gemacht wurde, so gewann doch der Norden dadurch in dem obschwebenden Kampfe keine einzige südliche Stimme; vielmehr erklärte Walker von Nord-Carolina, indem er die Ausdehnung der Sklaverei vertheidigte und die Restriktionspolitik bekämpfte, in vollem Ernste und ohne den leisesten Anflug von Ironie: „Lassen wir uns nicht vergessen, daß wir Gesetze machen in einem freien Lande und für ein freies Volk".

Als eine Probe, wie die Vertheidiger der Freiheit und des Tallmadge'schen Amendements ihre Sache führten, möge hier das Bruchstück

einer Rede von John W. Taylor aus New-York einen Platz finden.

„Man hat auf der andern Seite behauptet", sagte der Gegner der Sklaverei, „daß die vorgeschlagene Verbesserung einen Vertragsbruch enthält, weil sie das Eigenthumsrecht des Herrn an seinem Sklaven beeinträchtige. Nimmt man denn wirklich an, daß ungeachtet der Erklärung unserer Unabhängigkeit, worin es heißt, ‚daß alle Menschen gleich geboren sind', dennoch ein Mensch unveräußerliche Eigenthumsansprüche an einen andern haben kann, und zwar nicht allein an sein Fleisch und Blut, sondern auch an seine noch nicht geborenen Nachkommen? Kann man sich für einen Augenblick dem Glauben hingeben, daß es außerhalb der Macht und der Befugniß des höchsten gesetzgebenden Körpers liege, Gesetze und Regulationen zu machen, um die Lage zukünftiger Generationen zu verbessern? Und dies Angesichts der Thatsache, daß die Konstitution selbst dem Kongresse die höchste Gewalt in die Hände legt, indem sie ihn ermächtigt, jedes Gesetz zu passiren, das die Wohlfahrt des Landes erheischen mag? Die Souveränetät des Kongresses ist den Staaten gegenüber durch spezifische Bestimmungen beschränkt, den Territorien gegenüber ist sie aber nicht beschränkt. Missouri wurde für unser Geld gekauft, und so lange es noch nicht in die Union, in die Familie der Staaten aufgenommen ist, so lange könnte es für Geld auch wieder verkauft werden. Können die Herren auf der anderen Seite demnach im Ernste behaupten, daß wir ungeachtet unserer Befugniß, über das ganze Territorium nach unserem besten Ermessen zu verfügen, kein Recht haben, die weitere Ausbreitung der Sklaverei innerhalb seiner Grenzen zu verhindern? Dürfen wir, obschon uns das Recht zusteht, die politischen Verhältnisse der freien Bürger jenes Territoriums durch den Verkauf ihres Landes an eine fremde Macht zu verändern, keine Vorkehrungen treffen für das successive Aussterben der Sklaverei innerhalb der Grenzen jenes Gebietes? Ist es uns nicht erlaubt, politische Bestimmungen einzuführen, welche naturgemäß sich aus einer selbstverständlichen Wahrheit ergeben? Nein, Herr Sprecher, das ist eine Unmöglichkeit: die Verfahrungsweise der Nation (the practice of nations) und der gesunde Menschenverstand haben diese Fragen schon lange entschieden?

Nachdem ich unser Recht, ein Gesetz von der angegebenen Art zu erlassen, wie es mir wenigstens scheint, zur Genüge bewiesen habe, werde ich nun weiter gehen und die Zweckmäßigkeit, dieses Recht in Ausführung zu bringen, darthun. Und hier könnte ich es dabei bewenden lassen, bloß die Erklärungen meiner Gegner über die Sklaverei anzuführen. Wie oft und wie beredt haben sie das Bestehen dieses Instituts in ihrer Mitte

bedauert? Welche Bereitwilligkeit, nein, welche Sehnsucht haben sie an den Tag gelegt, von dieser Last befreit zu werden! Wie haben sie die unglückselige Politik beweint, wodurch die Sklaverei in diesem Lande Wurzel faßte! Wie haben sie die Schande und die Schuld dieser großen Ursünde von sich abgewälzt und auf ihre Vorfahren geschoben! Mit Vergnügen habe ich diesen Erklärungen gelauscht und nie an deren Aufrichtigkeit gezweifelt; ich habe mich der Hoffnung hingegeben, die Wirkungen derselben auf die Fortschritte der Humanität und der Freiheit zu sehen. Die Herren haben jetzt eine günstige Gelegenheit, ihre Grundsätze praktisch auszuführen. Wenn sie die Sklaverei geprüft und als einen Fluch erkannt haben, wenn sie die Finsterniß zertheilen wollen, worin sie ihr Land gehüllt hat, so fordere ich sie auf, dieselbe aus Missouri fern zu halten. Pflanzen Sie den Samen der Sklaverei nicht auf diesen jungfräulichen Boden. Mögen unsere Kinder niemals, wenn sie auf die Verhandlungen dieser Tage zurückschauen, von denselben sagen, was unsere Gegner von ihren Vätern haben sagen müssen: ‚wir wünschen, daß ihre Entscheidung anders ausgefallen wäre; wir bedauern das Vorhandensein dieser unglücklichen Bevölkerung in unserer Mitte; aber wir fanden sie hier vor, wir wissen nicht, was wir damit anfangen sollen; es ist einmal unser Mißgeschick, wir müssen es mit Geduld ertragen‘.

Die Geschichte wird sicherlich aufzeichnen, daß unsere Entscheidungen in diesen Tagen einen Einfluß auf die halbe Bevölkerung unseres Continents auf Jahrhunderte hinaus ausüben werden. Wenn wir das Amendement verwerfen und das Uebel, das sich jetzt so leicht ausrotten ließe, tiefe Wurzeln in den Boden schlagen lassen, so daß es vielleicht nie wieder daraus entfernt werden kann, werden wir nicht gerechten Grund geben, die Aufrichtigkeit unserer Gefühle zu bezweifeln, womit wir das Vorhandensein dieses Uebels beklagen? Werden wir uns dadurch nicht derselben Art von Tadel aussetzen, welchen unser Heiland gegen die Schriftgelehrten und Pharisäer aussprach, welche die Gräber der Propheten bauten und die Grabstätten der Gerechten schmückten und sagten, daß, hätten sie in den Tagen ihrer Väter gelebt, sie sich nicht am Blute der Propheten versündigt haben würden, während sie doch zu derselben Zeit einen Geist an den Tag legten, der sie offenbar als die echten Söhne der Prophetenmörder bekundete und das Maß der Verbrechen ihrer Väter voll machen ließ?"

Die Leidenschaftlichkeit der Verhandlungen im Kongresse versetzte die ganze Union von einem Ende bis zum andern in nicht geringe Aufregung; und die Wirkungen, welche die für die künftige Entwickelung der Vereinigten Staaten so wichtige Missourifrage außerhalb der Kongreß-

hallen auf das Volk und die Gesetzgebungen der Einzelstaaten ausübte, bewiesen, daß der kurze Zeitraum, der zwischen dem Rücktritt des fünfzehnten und dem Zusammenkommen des sechszehnten Kongresses lag, im Norden die Erkenntniß der ihm von den südlichen Sklavenstaaten drohenden Gefahr in hohem Grade erweckt hatte. Der Abolitionsverein zu Philadelphia, der lange keine Sitzungen gehabt, versammelte sich im Oktober 1819, um mit wohlgemeinter Philanthropie auf Abschaffung der Sklaverei zu dringen. In gewöhnlichen Zeiten würden diese religiösen Schwärmer wenig vermocht haben; diesmal aber kamen ihnen die praktischen Politiker zu Hülfe und suchten aus der überall herrschenden Agitation eine schneidende Waffe gegen den sklavenhaltenden Süden zu machen. Schon früher waren ja die nördlichen Föderalisten, eifersüchtig auf das Uebergewicht und die stets weiter greifende Anmaßung des Südens, gegen den Ankauf von Louisiana gewesen, sie hatten aus demselben Grunde die Umwandlung des Territoriums „Orleans" in den Staat „Louisiana" bekämpft und waren im Jahre 1814 auf der Hartforder Konvention sogar so weit gegangen, die Abschaffung der auf die bekannte Dreifünftel-Rechnung basirten Sklaven-Repräsentation zu verlangen; allein bis zum Jahre 1819 stand diese Partei sehr vereinzelt und ohne eine rechte Stütze da. Jetzt aber gab der durch die Missourifrage veranlaßte Kampf derselben ein neues Leben, indem sich die nördlichen, namentlich die New-Yorker, Demokraten massenweise mit ihr vereinigten. Da nun aber die Nichtzulassung neuer Staaten und die Abänderung der Konstitution (Artikel I. Abschnitt 2. § 3), so weit sie die Dreifünftelvertretung der Sklaven betraf, als zu hoffnungslose und unpopuläre Mittel erschienen, um den Kampf gegen den Süden siegreich zu führen, so glaubte man in der Anwendung der Ordinanz von 1787 auf die nordwestlich gelegenen Territorien eine bessere Waffe zu finden. Diese Idee brach sich mit Blitzesschnelle Bahn, sie verwischte vollends die bisherigen Partei-Unterschiede und kräftigte, namentlich im Norden, die neue politische Vereinigung von früheren Föderalisten und Republikanern. Eine ähnliche Parteiverschmelzung war ja schon längere Zeit vorher im Süden vor sich gegangen und hatte der Sklavenhalterpartei die Kontrolle über die auswärtige und innere Politik der Nationalregierung in die Hände geliefert.

Die Einwohner von Boston und Umgegend erklärten in einer von Daniel Webster verfaßten Denkschrift, daß der Kongreß nicht bloß berechtigt, sondern aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Sittlichkeit verpflichtet sei, das die weitere Ausbreitung verhindernde Amendement anzunehmen. Die Gesetzgebungen von den sogenannten Mittelstaaten,

wie z. B. von New-York, Pennsylvanien, New-Jersey und Delaware, faßten einstimmig Beschüsse zu Gunsten der in Frage stehenden Restriktion und schickten dieselben mit der ausdrücklichen Erklärung, daß der Kongreß die konstitutionelle Gewalt besitze, die Bedingungen der Zulassung eines Territoriums als Staat der Union zu bestimmen, an die im Kongresse versammelten Vertreter der Nation. Im entgegengesetzten Sinne agitirten unter den südlichen Staaten namentlich Virginien und Kentucky; ihnen schloß sich die Legislatur von Maryland an, indessen traten die Bürger von Baltimore, dem Haupthandelsplatze des damaligen Südens, in einer zahlreich besuchten Volksversammlung unter dem Vorsitze des Mayors entschieden gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei auf.

Die Vertreter des Südens im Kongresse ließen sich aber durch die fieberhafte Aufregung, welche das Volk der nördlichen Staaten zu Gunsten der Restriktionsmaßregeln ergriffen hatte, wenig stören; sie bekämpften nach wie vor mit aller Energie den sklavereifeindlichen Verbesserungsantrag von Tallmadge. So erklärte z. B. Charles Pinckney aus Süd-Carolina: „An der Annahme des vorliegenden Amendements hängt die Sicherheit, ja die ganze Existenz der Sklavenstaaten. Wenn nur freie Staaten Aufnahme in die Union finden, so können die Sklaven da, wo sie einmal sind, selbst mit dem besten Willen nicht entfernt werden. Es kann der Fall eintreten, daß die Sklavenstaaten sich von Genossen zu trennen suchen, welche die Interessen derselben zu Boden treten und Gefahren mancherlei Art über ihre Häupter heraufbeschwören". Mit einer geschickten Wendung hob er darauf den Werth der Union hervor und suchte, wie viele politische Redner und Schriftsteller in der letzten Zeit es auch in Deutschland gethan haben, darzuthun, daß die Freiheit ohne die Einheit dem Auslande gegenüber gefährdet und daß jene durch diese bedingt sei. „Wer", fuhr er fort, „wird sich am meisten über unsere inneren Streitigkeiten, über unsere Trennung freuen? Wir sind jetzt der einzige große Freiheitsstaat auf der ganzen Erde. Unsere Freiheit hängt an unserer Einigkeit, an unserer Einheit. Sind wir in zwei oder mehrere Staatengruppen gespalten, so werden die despotischen Mächte Europa's Gelegenheit suchen, sich in unsere Angelegenheiten zu mischen, unsere Freiheit zu vernichten und uns ebenfalls, wie dies überall in der alten Welt geschehen, zu unterjochen. Sehet nur hin auf die verbrecherische Bande jenseit des Oceans, der jedes Mittel heilig und die vor keinem Verbrechen zurückschreckt, um allenthalben ihr Willkürregiment einzuführen oder zu behaupten. Diese Despotenrotte ist, wer zweifelt daran, so sehr vom Haß gegen alle republikanischen Staatseinrichtungen erfüllt, daß, wenn die Vereinigten Staaten in Europa wären,

sie es schon längst versucht hätte, die Republik gewaltsamer Weise in eine unbeschränkte Monarchie zu verwandeln. Die Despoten betrachten uns als ein schlechtes und ansteckendes Beispiel. Sie halten uns, und zwar nicht mit Unrecht, für die Schatzkammer derjenigen Grundsätze, die sie mit unsäglichem Verrath und mit Blutströmen ohne Zahl zu beseitigen suchten. Wenn unsere Zwistigkeiten, unsere Trennungsgelüste ihnen jemals Gelegenheit darbieten sollten, auch gegen uns tödtliche Streiche zu führen, die Tyrannen würden kommen und uns ebenfalls zu Boden schlagen. Und so könnte die Aufhebung der Sklaverei das Grab werden für die letzten Freiheitsreste auf Erden".

Wahrlich, der beredte Anwalt der Sklaverei hat klar die freiheitsfeindlichen Gelüste eines Napoleons III. vorausgesehen, die darauf ausgingen, die glorreiche Union zu vernichten, deren weltgeschichtlich-ethisches Resultat zum Troste aller Freiheitsfreunde aber das blutige Trauerspiel in Mexiko war, dem Maximilian von Oestreich zum Opfer fiel. —

Nachdem die Debatten lange Zeit sowohl von den Feinden der Sklaverei, wie von den Anhängern derselben mit gleichem Eifer fortgesetzt waren, verglich man sich durch eine Kongreßakte, worin dem Volke von Missouri gestattet wurde, sich eine Konstitution zu geben und als Staat in die Union zu kommen. Die erste Sektion jener Akte bestimmte, daß Missouri in jeder Beziehung auf gleichem Fuße mit den ursprünglichen Staaten stehen sollte. Die achte Sektion setzte fest — und hier lag der Vergleich oder Kompromiß, welchen der Norden und Süden machten — daß in kein Bundesgebiet nördlich vom 36° 30′, der sogenannten Mason- und Dixonlinie, und in keinen Staat, der künftig daraus gebildet werden möchte, die Sklaverei eingeführt werden solle. Diese am 2. März 1820 in einem gemeinschaftlichen Committee vom Repräsentantenhause und vom Senate angenommene Kongreßakte wurde am 6. März 1820 vom Präsidenten Monroe bestätigt und ist gewöhnlich unter dem Namen „Missouri-Kompromiß" bekannt. Im Bundessenate ging derselbe damals mit 24 gegen 20 Stimmen durch. Von den 22 nördlichen Senatoren stimmten 18 dagegen und nur 4 dafür. Es ist überhaupt nicht zu leugnen, daß sich viele Gegner der Sklaverei durch den Kompromißakt niemals als vollständig gebunden erachteten; eine direkte und bestimmte Verletzung desselben kam aber, bis er im Jahre 1854 aufgehoben wurde, nicht vor. —

Bald nach Annahme des Missouri-Kompromisses, und zwar im Sommer 1820, nahm das Volk des Territoriums Missouri eine Konstitution an und that die übrigen Schritte, um in den nordamerikanischen Staatenbund aufgenommen zu werden. Die desfallsige Bill wurde vom

Bundessenate genehmigt, vom Hause der Repräsentanten aber verworfen. Jetzt entbrannte der parlamentarische Kampf auf's Neue und heftiger, als zuvor. Da war es Henry Clay von Kentucky, der später mit Recht den Ehrennamen „Retter der Union" erhielt, welcher einen Gesammtbeschluß einreichte, wonach Missouri durch einen feierlichen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und dem Volke des Staates Missouri andererseits in die Union aufgenommen werden sollte. Dieser Gesammtbeschluß wurde von Clay im Februar 1821 gestellt und am 2. März desselben Jahres genehmigt. Am 10. August 1821 erließ James Monroe als Präsident der Vereinigten Staaten eine Proklamation, wonach Missouri als Staat anerkannt und in die Union aufgenommen wurde. —

Es ist eigenthümlich, daß die letztgenannten geschichtlichen Thatsachen selbst von Männern, die, wie Karl Friedrich Neumann, etwas genauer mit der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten bekannt sind, vollständig verwechselt oder doch unklar dargestellt werden. So hält man es gewöhnlich dafür, Henry Clay sei der Vater des Kompromisses vom 6. März 1820 und durch diesen ersten Kompromißakt, dessen eigentlicher Urheber übrigens der Senator Thomas von Illinois war, sei Missouri als Staat aufgenommen worden. Henry Clay selbst bemerkte hierüber in seiner berühmten Rede, die er am 6. Februar 1850 im Bundessenate hielt: „Es ergreift mich oft mit Erstaunen, daß geschichtliche Thatsachen so schnell dem Gedächtnisse entschwinden können. Der Missouri-Kompromiß veranlaßt mich zu dieser Aeußerung; denn es ist sehr irrthümlich, mich als den Urheber des Kompromisses von 1820 zu bezeichnen. Wohl aber reichte ich in der nächsten Kongreßsitzung einen anderen Vergleichsbeschluß ein und errang dadurch die Anerkennung und Aufnahme des Staates Missouri." Vergl. Horace Greeley, „The American Conflict", B. I. S. 79 ff. Thomas H. Benton, „Thirty Years' View", B. I. Kap. 2. —

In der Missourifrage standen sich zuerst die Staaten der Union in geographischer Hinsicht — geographically, wie Thomas H. Benton sagte — als Norden und Süden gegenüber; der Missouri-Kompromiß beendigte zwar für lange Zeit die geographische Streitfrage, aber der Kampf um die Ausdehnung oder Einschränkung der Sklaverei, um das Gleichgewicht der politischen Machtstellung — for the balance of power — zwischen den verschiedenen Parteien war damit keineswegs geschlichtet worden. Der alte Jefferson sah dunkel in die Zukunft und schrieb, den vierzig Jahre später ausbrechenden Bürgerkrieg vorahnend, an John Adams: „Die Geschichte mit den Banken, das Bankerottgesetz, der

Tarif, die Beschützung unserer Manufakturen und der spanische Vertrag, dies Alles ist eine Kleinigkeit. Es sind Vorfälle, die wie die Wellen unter dem Schiffe fortspielen. Die Missourifrage hingegen ist ein Felsen, woran das Staatsschiff leicht zerschellen kann. Seit der Schlacht bei Bunker Hill bis zum Frieden von Paris hat keine so große Gefahr über unserm Haupte geschwebt." Den einsichtsvollen, greisen Staatsmann konnte der zu Stande gekommene Vergleich nicht beruhigen. „Diese Sklavenfrage", schrieb er an einen andern Freund, „hat mich aufgeschreckt, wie die Feuerglocke zur Mitternachtsstunde, sie hat mich mit Furcht und Angst erfüllt. Der Untergang der Union ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Vergebens waren alle Opfer der Generation von 1776; der große Schatz der Union wird von den Nachkommen nicht gewürdigt, sie verüben Selbstmord und Hochverrath gegen die schönsten Hoffnungen der Menschheit. Mit solchen furchtbaren Gedanken werde ich mein Leben beschließen und in's Grab sinken." Auch John Adams, von dem Thomas Jefferson sagte: „a more perfectly honest man never issued from the hands of his Creator", wurde für die Fortdauer der Union besorgt. In einem, am 19. Dezember 1819 an Jefferson geschriebenen Briefe gebrauchte er folgende Sprache: „Der Missouri-Sturm wird hoffentlich, wie alle früheren Stürme endigen, ohne unserm Staatsschiffe wesentlichen Schaden zuzufügen. Ich weiß, daß es Hochverrath ist, den geringsten Zweifel an der Fortdauer unserer großen Republik und unserer freien Einrichtungen auszusprechen; und ich sage so ernst wie Vater Paul: esto perpetua. Doch bin ich zu Zeiten so Kassandra-artig gestimmt, daß ich träume, ein zweiter Hamilton, ein zweiter Burr könnten dieses herrliche Gebäude in zwei oder sogar in drei Theile reißen, und noch einige Geister dieses Schlages möchten in diesem Lande so viele Nationen schaffen, als deren Europa aufweist."

Diese beiden großen Männer, Thomas Jefferson und John Adams, schieden an demselben Tage und in demselben Jahre, am 4. Juli 1826, aus diesem Leben. Es waren genau 50 Jahre verflossen, seit sie beide die unsterbliche Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet hatten, jenes Dokument, welches — wie Benton sagt — eine neue Nation auf das Welttheater rief. —

Wenn übrigens von der sogenannten „Missouri-Restriktion" die Rede ist, so müssen dabei zwei sehr verschiedene Streitobjekte stets unterschieden werden. Die ursprüngliche Beschränkung ging von Tallmadge aus, wurde aber niemals vom Kongresse zum Gesetze erhoben; ihre Absicht war es, die Sklaverei in Missouri zu verbieten. Und obschon diese Absicht zu jener Zeit leider nicht erfüllt wurde, so läßt sich doch kaum in

Abrede stellen, daß der erwachte Rechtssinn des Volkes durch das Amendement von Tallmadge eine Barriere gegen die Ausdehnung der Sklaverei überhaupt aufzuwerfen suchte. Die andere Beschränkung, welche ihre Entstehung dem Vermittelungsantrage von Thomas verdankte, gestattete die Sklaverei im Staate Missouri und verbot sie nur in den nördlich und westlich von diesem neuen Staate gelegenen Territorium der Vereinigten Staaten. Dieser Restriktionsantrag ging nicht von den Freistaatsmännern, sondern von der Sklavenhalterpartei selbst aus, er war die der Freiheit angebotene Zahlung für ein ihr geraubtes Gebiet — den Staat Missouri — mit ihrem eigenen Vermögen, er glich dem Almosen, welches der Räuber dem Beraubten aus dem geraubten Gute zurückgibt. Der Antrag wurde zwar von dem Senator eines freien Staates gestellt; dieser Senator gab sich aber nur zum Mundstück seiner Kollegen aus den Sklavenstaaten her und setzte seinen Antrag durch die Stimmen von 14 Senatoren aus den Sklavenstaaten durch. Die viel verbreitete Ansicht, daß der Antrag von Rufus King von New-York, einem der fähigsten und ehrlichsten Vorkämpfer der Freistaatspartei, ausgegangen sei, ist ein Irrthum. —

Es stellte sich indessen bald heraus, daß der Missouri-Kompromiß weder die Sklavenhalter noch die freistaatliche Partei vollständig befriedigt hatte. Obschon aber die südlichen Ultras, an ihrer Spitze der von Calhoun in späteren Tagen hochgepriesene Randolph von Roanoke, den Kompromiß einen „schmutzigen Handel" und seine nördlichen Unterstützer „Teiggesichter" (doughfaces) nannten, so betrachtete die Mehrzahl der südlichen Politiker denselben doch längere Zeit hindurch als einen großen Triumph für die Sache der Sklaverei. Und sie thaten dies, wie auch Fr. Kapp bemerkt, mit vollem Recht. Der Staat Missouri war der Sklaverei gesichert, die Territorien von Arkansas und Florida, schon theilweise bevölkert, konnten bei geschickter Leitung in mehr als zwei Sklavenstaaten zerlegt werden, und der nördlich vom 36° 30′ n. Br. gelegene große Landstrich fiel vor den nächsten Jahrzehnten kaum in die Wagschale, da hier noch Alles undurchforschte Wildniß und Indianergebiet war. „Ich beeile mich", schrieb daher Charles Pinckney, nachdem, wie bereits erwähnt, das Repräsentantenhaus und der Senat in einem gemeinschaftlichen Committee (Committee of Conference) in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820 den Missouri-Kompromiß zu Stande gebracht, um 3 Uhr Morgens aus der Kongreßhalle an einen befreundeten Redakteur, „Ihnen mitzutheilen, daß wir vor wenigen Stunden die Zulassung Missouri's und alles südlich vom 36° 30′ gelegenen Gebietes ohne das Verbot der Sklaverei durchgesetzt haben. Der

Süden muß sich unter diesen Umständen in kurzer Zeit durch sechs bis acht Senatoren im Kongresse verstärken können. Dies Resultat wird von allen südlichen Mitgliedern als ein großer Triumph betrachtet. Ein paar gemäßigte nördliche Repräsentanten entfernten sich, und dadurch war uns der Sieg gesichert. Auf das Land nördlich vom 36° 30′ kommt es vorläufig noch gar nicht an; es ist nur von wilden Bestien und Indianern bewohnt und dort kann für's Erste noch kein Landamt errichtet werden." —

Auf der anderen Seite waren sich die einsichtigeren und konsequenteren Politiker des Nordens ihrer Niederlage wohl bewußt. So schrieb z. B. der edle John Quincy Adams zu jener Zeit folgende Bemerkungen in sein Tagebuch nieder: „Der Eindruck, den die fortschreitende Diskussion (über die Missourifrage) auf mich macht, ist der, daß der Handel zwischen Freiheit und Sklaverei, welchen die Konstitution der Vereinigten Staaten in sich enthält, ein großes moralisches und politisches Uebel und unverträglich mit den Prinzipien ist, durch welche einzig und allein unsere Revolution gerechtfertigt werden kann; daß er grausam und gewaltthätig ist, weil er die Sklavenketten befestigt und von der Freiheit ein Pfand verlangt, daß die Tyrannei der Sklaveneigenthümer verewigt werde; daß er im höchsten Grade ungerecht und unpolitisch, weil er zuläßt, daß die Sklaven zu gleicher Zeit als Eigenthum besessen und ihren Herren zurückgegeben werden, während sie auf der anderen Seite sich nicht selbst repräsentiren, sondern nur ihren Herren einen vermehrten Antheil an der Repräsentation verleihen. Die Folge davon ist, daß die Sklavenrepräsentation die Union beherrscht." Noch deutlicher charakterisirte der ungestüme und stolze Virginier, John Randolph, die schmachvolle Niederlage des Nordens in jener prophetischen Drohung, die leider nur zu sehr in Erfüllung gehen sollte. „Wir regieren Euch," rief er mit einer bereits zum Losungswort der Sklavenhalter gewordenen Verachtung, „nicht durch unsere schwarzen, sondern durch Eure eigenen weißen Sklaven. Wir wissen wohl, was wir thun. Wir haben Euch einmal niedergeworfen und wir werden Euch noch öfter niederwerfen. Wir wollen Euch an die Wand treiben, und wenn wir Euch erst da haben, so wollen wir Euch dort auch festhalten und aufnageln wie schlechtes Geld!" —

Seit der Gründung der Union waren die freien Staaten den Sklavenstaaten immer um einen Staat überlegen gewesen; bei der Zulassung neuer Staaten hatte man nämlich die Praxis befolgt, entweder abwechselnd oder zugleich einen nördlichen und einen südlichen Staat aufzunehmen. Der Missouri-Kompromiß brach nun aber das alte Balancirsystem und

stellte durch die Zulassung des Sklavenstaates Missouri die freien Staaten mit den Sklavenstaaten auch der Zahl nach im Bundessenate auf gleichen Fuß; durch ihn schlossen der Norden und Süden einen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit ab, das gegenseitige Mißtrauen aber, welches sich früher mehr instinktiv, als bewußt gezeigt hatte, trat bei der Aufnahme von Missouri als Unionsstaat zuerst ganz offen und unverhohlen hervor. Die Anhänger der Sklaverei und die Freistaatspartei erkannten hier zuerst die schroffe und gefährliche Kluft, die sie möglicherweise für alle Zeiten von einander trennte; und wenn beide Theile diese Kluft durch einen „schmutzigen Handel" zu überbrücken suchten, so stellten sie dadurch — um mit Fr. Kapp zu reden — den Schacher über das Prinzip der Freiheit. Der Schacher aber hört so lange nicht auf, als es etwas zu handeln gibt, und nicht allemal ist ein Kompromiß in politischen Dingen das Zeichen hoher Staatsweisheit. In den Vereinigten Staaten wenigstens wurde das im Jahre 1821 mühsam hergestellte Gleichgewicht durch jeden neu zu machenden Erwerb wiederum in Frage gestellt, denn je intensiver sich der freie Norden entwickelte, desto extensiver suchte der Süden seine Macht zu entfalten. —

Zunächst folgte freilich der ungewöhnlichen Aufregung der letzten Jahre naturgemäß eine gewisse Ermüdung, ein Sehnen nach Ruhe; daher herrschte während des zweiten Präsidentschaftstermins von James Monroe in den Jahren 1821 bis 1825 im Allgemeinen Eintracht und Zufriedenheit in der ganzen Union. Der Missouri-Kompromiß hatte die Parteileidenschaften bis zu einem gewissen Grade abgekühlt, der Norden fügte sich der am Staatsruder befindlichen Demokratie, die momentan nahezu alle Parteiunterschiede verschwinden machte, das Volk der Vereinigten Staaten wollte sich von den Nachwehen des Krieges mit England erholen und wandte sich zu diesem Ende mit aller Macht den Beschäftigungen des Friedens zu. Und so trat die Epoche ein, welche man „das Zeitalter des guten Einverständnisses" (the Era of good feeling) zu nennen pflegt. —

Während die Union unter der zweiten Präsidentschaft Monroe's nach innen Ruhe und Frieden genoß, nahm sie auch nach außen hin eine immer mehr gebietende Stellung im Rathe der Nationen ein. Wir müssen in dieser Beziehung namentlich zwei Punkten unsere Aufmerksamkeit schenken, die, wenn sie auch zunächst und wesentlich der äußeren Politik angehören, doch stets auf die Gestaltung der inneren Parteikämpfe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausgeübt haben. Der eine dieser Punkte betrifft die sogenannte „Monroe-Doktrin", der andere das Interesse,

welches der Präsident und der Kongreß dem Befreiungskampfe der Griechen widmeten.

Wenn die Sklavenfrage nicht in's Spiel kam, so fand die Freiheit im Süden der Union meistens feurige Verehrer. Die Erhebung der Griechen gegen das türkische Joch rief nicht blos in Boston und Neuyork, sondern auch in Süd-Carolina die lebhaftesten Sympathien wach. „Der heilige Boden des Leonidas und Sokrates", so hieß es in Petitionen und Denkschriften an den Kongreß, „dürfe nicht mehr von dem Fuße der Ungläubigen und Barbaren zertreten werden. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Griechenlands sei von Seiten der amerikanischen Regierung im Namen der Republik mit Freuden zu begrüßen, u. s. w." Bei der Eröffnung der zweiten Sitzung des siebzehnten Kongresses ließ sich deshalb Präsident Monroe in seiner Botschaft also vernehmen: „Griechenland erfüllt die Seele mit den erhabensten Gefühlen und den besten Wünschen für sein Wohlergehen. Ueberwiegende Fertigkeit und Ausbildung in allen Künsten, heldenmäßiges Benehmen, Vaterlandsliebe ohne Selbstsucht, grenzenlose Hingebung für die allgemeine wie für die persönliche Freiheit — mit einem Worte, alles Schöne und Gute ist innig mit dem Namen ‚Hellene' verknüpft. Daß solch ein Land so lange unter dem Despotismus seufzen mußte, war kummervoll für alle edlen Menschen. Das Wiederauftreten eines solchen Volkes in seinem ursprünglichen Glanze und im Kampfe für seine Freiheit mußte natürlich bei dem amerikanischen Volke große Erregung und starkes Mitgefühl wecken. Wir hoffen, daß dieses Volk in der nächsten Zeit im Stande sein wird, seine völlige Unabhängigkeit zu erringen und eine souveräne Stellung unter den Nationen der Erde einzunehmen". — Daniel Webster stellte im Hause der Repräsentanten den Antrag, es möge eine Summe Geldes bewilligt werden, damit der Präsident einen diplomatischen Agenten nach Griechenland senden könne. In der begeisterten Rede, womit Webster seinen Antrag begründete, schleuderte er folgende vernichtende Worte gegen die „heilige Allianz": „Die Menschen unserer Tage sind nicht damit zufrieden, gute Herren zu haben; sie wollen Theil nehmen an der Regierung und über ihr Wohl und Wehe selbst zu Rathe sitzen. Gegen diesen Geist des Jahrhunderts ist ein Dämon aus der Hölle emporgestiegen, welcher alle Freiheit auf Erden verschlingen will — das ist der Dämon der heiligen Allianz. Was ist aber diese Allianz? Ist es die Allianz einer Nation mit der andern? Nein, es ist eine Allianz der Kronen gegen die Völker, der Fürsten gegen ihre eigenen Unterthanen; es ist mit einem Worte die Einigung der materiellen Kräfte aller Regierungen gegen die Rechte aller Völker; es ist eine Allianz, welche die

Erhebung des griechischen Volkes einen Feuerbrand nennt, geschleudert in das Herz des osmanischen Reiches. Nach dieser Allianz gibt es keine Völker mehr, sondern bloß Könige. Sie theilt die Menschen horizontalweise; oben sind die Fürsten und unten die Völker, bestimmt mit Füßen getreten zu werden". Henry Clay unterstützte den Webster'schen Antrag und drohte, wenn derselbe nicht angenommen werde, aus den Reihen der demokratisch-republikanischen Partei zu scheiden. Dennoch ging der Antrag nicht durch; verschiedene Gründe trugen zu diesem Resultate bei, so namentlich auch eine äußerst heftige, aber wirksame Rede des alten, oft wunderlichen John Randolph von Roanoke. Daß übrigens die erwähnten Kongreßverhandlungen nicht ganz ohne Folgen geblieben sind, dafür sprechen einestheils die Verhaltungsbefehle, welche der edle und tapfere Kommodore Rogers zu Gunsten der Griechen erhielt, als er mit einem amerikanischen Geschwader nach dem Mittelmeere segelte, anderntheils ein Schreiben von Lafayette an Henry Clay, worin folgende, sehr bezeichnende Stelle vorkommt: „Die Berichte über die Gefälligkeiten und Wohlthaten, welche Rogers dem griechischen Volke erwiesen, haben viel dazu beigetragen, die Würde und den Ruhm des amerikanischen Volkes und seiner Regierung noch mehr zu erhöhen. Und in der That, bis wir in Europa ganz andere Leute werden, bleiben die Handlungen und Ereignisse der republikanischen Hemisphäre die wichtigste Angelegenheit für die ganze Menschheit". Vgl. Karl Friedrich Neumann, „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika", Bd. II. S. 342 ff.

Was nun die häufig erwähnte, und nicht selten von den Politikern der verschiedensten Parteien ausgebeutete Monroe-Doktrin anlangt, so verhält es sich damit folgendermaßen: Als im Jahre 1823 Spanien und seine revolutionären Kolonien in Südamerika in Konflikt geriethen, hielten es die verbündeten Mächte Europa's für ihre Pflicht, zu Gunsten Spaniens zu interveniren. Dagegen protestirte Monroe in einer Botschaft, die er an den Kongreß sandte und worin er erklärte, der amerikanische Kontinent dürfe fernerhin von den europäischen Mächten nicht zu Kolonisationszwecken ausgebeutet werden, denn „jeder Versuch der verbündeten Mächte, ihr System nach irgend einem Theile Amerika's auszudehnen, würde als gefährlich für den Frieden und die Sicherheit der Union angesehen werden" (any attempt of the Allied Powers to extend their system to any portion of America, would be considered as dangerous to our peace and safety). Der Protest Monroe's blieb nicht ohne gute Wirkung, und das darin ausgesprochene Prinzip wird bis auf den heutigen Tag von vielen hervorragenden Staatsmännern der Ver-

einigten Staaten als richtig anerkannt und aufrecht erhalten. Napoleon III. hat dies bei seiner mexikanischen Intervention sehr schmerzlich empfunden. Uebrigens hat es in der nordamerikanischen Union stets Staatsmänner gegeben, welche die Monroe-Doktrin nicht in einem so weiten Sinne auffaßten; nach ihrer Ansicht sollte das von Monroe aufgestellte Prinzip nicht für alle Zeiten gelten. Monroe's Hauptabsicht ging nur dahin, die von den europäischen Mächten intendirte Okkupation von Cuba zu verhindern. Vergl. William D. Jones, „Mirror of Modern Democracy", S. 59. Andrew W. Young, „the American Statesman", S. 970 ff.

Als sich der zweite Amtstermin von Monroe's Präsidentschaft seinem Ende näherte und die Wahlbewegungen für dessen Nachfolger ihren Anfang nahmen, begann das Parteileben frische Wurzeln zu treiben. Es war in der letzten Zeit Sitte gewesen, daß die Freunde und Anhänger der republikanischen Präsidentschaftskandidaten im Kongresse zu Washington Vereine gebildet hatten, in denen sie sich über die betreffenden Kandidaten aussprachen und diejenigen, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigten, dem Volke zur Wahl vorschlugen. Man nannte diese Verfahrungsweise das „Kaukussystem". Die erste reguläre Kaukusnomination fand im Jahre 1804 statt; von verschiedenen Seiten, namentlich durch das einflußreiche Blatt „Niles' Register", war darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Praxis bei der Präsidentenwahl mit der in der Konstitution vorgeschriebenen Theorie wenig übereinstimme, man hatte die Kaukusberathungen als „midnight intrigues" denunzirt, wodurch die Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten dem Volke entzogen und in die Hände ränkesüchtiger Kongreßmitglieder gelegt werde, dennoch hatte sich das Kaukussystem längere Zeit erhalten. Die zweite Wahl Monroe's war fast ohne alle Opposition vor sich gegangen; im Jahre 1824 warf aber der allgemeine Ruf: „Weg mit jeder Bevormundung, fort mit dem verderblichen und unkonstitutionellen Oktroyirungsgelüste herrschsüchtiger Kongreßmitglieder in der nationalen Metropolis" das ganze Kaukuswesen über den Haufen, denn William H. Crawford, dessen Freunde ihn dennoch in einer Kaukussitzung für die Präsidentschaft nominirt hatten, ward als der „Kaukuskandidat" gebrandmarkt und erhielt nicht die Hälfte der Stimmen, die auf seine Gegner Andrew Jackson und John Quincy Adams fielen. Es traten überhaupt im Jahre 1824 sechs Präsidentschaftskandidaten auf: Adams, Jackson, Crawford, Clay, Calhoun und Clinton. Die Namen der beiden Letzten wurden indessen bald zurückgezogen. Auch William Lowndes von Süd-Carolina war von seinem Staate in Vorschlag gebracht worden; allein ein frühzeitiger Tod machte der vielversprechenden Laufbahn dieses talentvollen Südländers

ein jähes Ende. Lowndes war es, von dem die denkwürdigen Worte herrühren: „Die Präsidentschaft ist ein Amt, welches man weder suchen, noch zurückweisen muß" (the presidency is an office neither to be sought, nor declined).

Die Parteiverhältnisse waren um diese Zeit etwa folgendermaßen beschaffen. John Quincy Adams war der Kandidat der sogenannten National-Republikaner, einer Partei, die sich aus den Ueberresten der Föderalisten und den sklavereifeindlichen Republikanern gebildet hatte. Aus ihr gingen später die Whigs hervor. An der Spitze ihres Programms stand die Tariffrage und die Nothwendigkeit von Verbesserungen im Innern des Landes (internal improvements) mit Hülfe der Nationalregierung. Henry Clay und seine Anhänger neigten sich dieser Partei zu. Auf der andern Seite waren Andrew Jackson und William H. Crawford die Kandidaten der südlichen Sklavendemokratie, mit dem Unterschiede, daß der erstere dem Schutzzollsystem weniger abgeneigt war, als der letztere. Es gab damals 261 Elektoralstimmen; von diesen erhielt Jackson 99, Adams 84, Crawford 41 und Clay 37 Stimmen. John C. Calhoun wurde gleich mit 182 Stimmen zum Vicepräsidenten erwählt. Da nun von den Präsidentschaftskandidaten Niemand die Majorität der sämmtlichen Elektoralstimmen erhalten hatte, kam nach Artikel 12 § 1 der Verbesserungszusätze zur Konstitution die Wahl an das Haus der Repräsentanten. Da hier konstitutionsgemäß nach Staaten abgestimmt wurde, so erhielt Adams — namentlich durch die Bemühungen von Henry Clay — die Stimmen von 13 Staaten, während für Jackson 7 und für Crawford nur 4 Staaten stimmten. Somit war John Quincy Adams zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt und trat als solcher sein Amt am 4. März 1825 an. Seine Wahl war in jeder Hinsicht den Bestimmungen der Konstitution gemäß erfolgt, dennoch wurde von vielen Seiten, z. B. auch von Thomas H. Benton, behauptet, daß Adams nur ein „Minoritätspräsident" (minority President) und Andrew Jackson die eigentliche Wahl des Volkes gewesen sei, da er die meisten Elektoralstimmen auf sich vereinigt habe.

Wenn de Tocqueville berichtet, daß der Präsident John Quincy Adams beim Antritt seines Amtes eine vollständige Umänderung des Ministeriums; welches unter James Monroe bestanden, vorgenommen habe, so irrt er. Adams ließ die Mehrzahl der alten Minister auf ihren ihnen von Monroe zugewiesenen Posten, machte aber Henry Clay zu seinem Premierminister (Secretary of State). Der mehr südlich gesinnte Senat weigerte sich indessen längere Zeit, Clay als Staatssekretär an-

zuerkennen, wahrscheinlich, weil Adams nur der Unterstützung Clay's seine Wahl zum Präsidenten verdankte und beide sich dadurch die Feindschaft von Jackson's und Crawford's Freunden zugezogen hatten. Das Kabinet des neuen Präsidenten bestand aber aus so fähigen und respektablen Männern, daß die Ursachen der heftigen Opposition, welche der Kongreß Herrn Adams gleich bei seinem Amtsantritte machte, nicht in der Zusammensetzung des Ministeriums, sondern anderswo gesucht werden müssen. Sowohl Adams wie Clay waren keine unbedingten Anhänger der Politik der südlichen Sklavenhalter; die demokratisch-republikanische Partei erblickte in ihnen Ueberläufer aus dem Lager der Sklavenbarone und bekämpfte sie bald als Gründer und Leiter einer Partei, die dem Interesse der Sklaverei abhold und der Union unter allen Umständen ergeben war. Durch den Missouri-Kompromiß, durch die täglich steigende Bedeutung der Baumwolle und durch eine geschickte politische Taktik hatte sich die ursprünglich „kleine, aber mächtige Partei" des Südens im Kampfe mit der Majorität nicht allein Anerkennung als gleichberechtigte Macht, sondern sogar die Palme des Sieges errungen. Dieser Partei war nun durch die Wahl von Adams zum Präsidenten momentan die oberste Leitung der Staatsangelegenheiten aus den Händen gewunden, und es ist deshalb leicht erklärlich, weshalb sie bei jeder Gelegenheit der Regierung feindlich gegenübertrat. Wie der von Adams unterstützte Norden sich die Hebung der innern Verbesserungen und die Förderung der Industrie angelegen sein ließ, so betrieb der Süden mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft die durch Sklaven gepflegte Baumwollenkultur. Der Kampf zwischen Freiheit und Sklaverei wurde zunächst auf nationalökonomischem Gebiete begonnen; ein Schauspiel, das wir nicht bloß in den Vereinigten Staaten zu beobachten Gelegenheit gehabt haben. Das auf freie Arbeit basirte Fabrikinteresse trat gegen das auf Sklavenarbeit gegründete Pflanzerinteresse in die Schranken, und die jahrelangen Streitigkeiten über den Tarif und damit verwandte Fragen sind in der That nur als größere oder kleinere Vorpostengefechte anzusehen, die der Hauptschlacht, welche über die Herrschaft der Freiheit oder der Sklaverei endgültig entscheiden sollte, nothwendig vorangehen mußten.

Gleich beim Beginn seiner Präsidentschaft gerieth Adams mit dem Herrn Troup, damaligem Gouverneur von Georgien, in einen harten Konflikt wegen der ungerechten und ungesetzlichen Behandlungsweise, die Troup und Konsorten einigen Indianerstämmen hatten angedeihen lassen. Die ehemals mächtigen und kriegerischen Stämme der Cherokees und Creeks schlossen nämlich, wie dies die verschiedenen Stämme der Indianer noch bis auf den heutigen Tag thun, von Zeit zu Zeit mit der

Regierung der Vereinigten Staaten Verträge über Ländergebiete ab, die jetzt Theile der Staaten Nord-Carolina, Tennessee, Georgien, Alabama u. s. w. ausmachen. Bald kaufte die Regierung den Indianern gewisse Landstrecken für eine fest stipulirte Summe ab, bald garantirte sie ihnen gewisse Gebiete. Solche Verträge waren z. B. in den Jahren 1791, 1794, 1798 und bis zum Jahre 1817 abgeschlossen worden. Im Jahre 1802 überließ der Staat Georgien seine westlichen Territorien, aus denen später die Staaten Alabama und Mississippi hervorgingen, unter gewissen Bedingungen an die Union. Eine dieser Bedingungen bestand darin, daß die Vereinigten Staaten es auf sich nahmen, die Ansprüche der Indianer auf alle Ländereien, die innerhalb der Grenzen lagen, welche den Staat Georgien nach Abtretung der westlichen Territorien bildeten, zu tilgen, sobald dies friedlich und unter billigen Bedingungen (peaceably and on reasonable terms) geschehen könne. Die Tilgung dieser Ansprüche war mit Eifer und Ausdauer, aber nicht immer mit ehrlichen Mitteln verfolgt worden. Im Februar des Jahres 1825, gegen das Ende der Administration von J. Monroe, suchten einige Kommissäre, welche John C. Calhoun, damaliger Kriegsminister, ernannt hatte, auf einer bei den sogenannten „Indianer-Quellen" gehaltenen Zusammenkunft von den Creeks eine Abtretung ihrer Ländereien zu erreichen. Da aber der betreffende Stamm vorher auf ein jedes Eingehen auf Verkaufsbedingungen die Todesstrafe gesetzt hatte, so scheiterte das Bestreben der Kommissäre an der Festigkeit, womit Volk und Häuptlinge dem einmal gefaßten Beschlusse nachkamen. Allein die nicht weniger zähen Kommissäre nahmen, als sie in rechtlicher Weise ihr Ziel nicht erreichen konnten, ihre Zuflucht zu einem sehr gemeinen Kniffe, indem sie eine kleine Anzahl von Creekindianern, mit Einschluß von einem oder zwei vorgeblichen Häuptlingen, durch Bestechung dahin brachten, ihre Einwilligung zu einer Verkaufsurkunde zu geben. Dieser Schwindelvertrag wurde in aller Eile nach Washington befördert und von dem auseinandergehenden Senate noch am letzten Tage seiner Sitzung genehmigt, bevor sein wahrer Charakter bekannt werden konnte. Als nun aber die Creeks in Erfahrung brachten, daß ein unredlicher Kauf abgeschlossen worden war, hielten sie sogleich eine allgemeine Versammlung. in welcher dieser Kauf feierlich verworfen und als nicht bindend erklärt wurde; zu gleicher Zeit sandten sie einige ihrer Leute nach dem Hause von McIntosh, jenem vorgeblichen Häuptlinge, der den Kaufvertrag unterzeichnet hatte, um die gesetzliche Strafe an ihm zu vollziehen. Und in der That wurden McIntosh und ein anderer Unterzeichner des Vertrages auf der Stelle niedergeschossen, den Kommissären aber kündigte

man an, daß der erschwindelte Vertrag keinerlei Geltung haben könne. Der Gouverneur Troup von Georgien nahm hiervon keine Notiz, sondern rüstete sich, die hinterlistig erworbenen Besitzungen der Creeks mit Gewalt an sich zu reißen. Auf den Vorschlag, die Angelegenheit dem Obergerichte (Supreme Court) der Vereinigten Staaten anheimzustellen, erwiederte er in frecher Weise: „It will be for the Government of Georgia ultimately to submit, or not, to the decision of that tribunal". Die bedrängten und betrogenen Indianer wandten sich an die Nationalregierung und drangen auf die Haltung der Verträge, worin ihnen der ungestörte Besitz ihrer genau verzeichneten Ländereien zugesichert war. John Quincy Adams, der unterdessen den Präsidentenstuhl eingenommen hatte, prüfte die ganze Angelegenheit genauer und versprach, nachdem er das Ansinnen der Creeks vollständig gerecht erfunden hatte, den Bedrängten den Schutz der Regierung. Der gierige und raubsüchtige Gouverneur drohte dennoch mit Gewalt vorangehen zu wollen; der Präsident brauchte Gewalt. Er schickte den General Gaines mit einer Abtheilung regulärer Soldaten an Ort und Stelle und ließ den Staat Georgien bedeuten, daß derselbe keine widerrechtliche und ungesetzliche Handlung begehen dürfe. Gouverneur Troup fügte sich nun zwar schließlich der höheren Autorität des Präsidenten; er klagte aber laut über Gewaltthätigkeit der Nationalregierung und über schmähliche Verletzung der Staaten-Souveränetät. In einer Botschaft an die Legislatur von Georgien erklärte er, der Süden müsse solchen gefährlichen Maßregeln gegenüber gerüstet dastehen, um der Gewalt mit Gewalt begegnen zu können, die Regierung der Vereinigten Staaten werde bald die Maske abwerfen und bereitwillig alle ihre Kräfte aufbieten, um die Sklaverei, den Träger aller Werthe, zu vernichten. Diese Stelle von Troup's Botschaft wurde einem besonderen Ausschusse überwiesen, in dessen Namen ein gewisser Lumpkin als Berichterstatter die Anbahnung einer Konföderation aller Sklavenstaaten gegen die Union empfahl. Mit Recht citirt K. F. Neumann bei Besprechung dieses Gegenstandes die den damaligen Zustand der Union bezeichnenden Worte von Niles: „Die Trompete eines politischen Aufstandes, eines Bürgerkrieges ertönte ringsum im Lande". In Lumpkin's Bericht kam folgender Passus vor: „Die Stunde ist gekommen oder sie nahet wenigstens mit Riesenschritten, wo die Staaten von Virginien bis Georgien, von Missouri bis nach Louisiana sich verbinden und wie ein Mann zur Union sagen müssen: Wir wollen das Hohngerede des Kongresses nicht länger ertragen, wir protestiren gegen die Lehre einer unbedingten Unterwerfung unter die Centralregierung. Wir sind mit den freundlichsten

Gesinnungen in die Union eingetreten; mit diesen freundlichen Gesinnungen werden wir sie wieder verlassen. Mögen unsere nördlichen Brüder unter sich selbst eine Einigung aufrichten; mögen sie sich ihrer Selbstgerechtigkeit, ihrer Tugenden nach Belieben erfreuen und alle Länder südlich des Potomac verabscheuen — wir wollen sein wie Athen, wie Sparta und wie Rom. Die Bürger dieser Staaten waren Sklavenhalter, und so wollen auch wir Sklavenhalter sein und bleiben. In der Einfachheit einer patriarchalischen Regierungsform wollen wir bleiben Herr und Sklave unter unserem eigenen Weinstock und unter unserem eigenen Feigenbaum und unser Heil von Gott erwarten, der von jeher auf solche Zustände ohne Zorn herniedersah". Man sieht, der unionsfeindliche und aufrührerische Sinn, den Georgien seit der Entstehung der Union bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hatte, war unter der Präsidentschaft von J. Quincy Adams in voller Blüthe und blieb es auch, bis die Furie des Sezessionskrieges ihre blutige Geißel über ein verführtes und mißleitetes Volk schwang. Ja, noch im März des Jahres 1868 suchte das durch Andrew Johnson's unionsfeindliche Politik wieder ermuthigte Georgien einen Prozeß gegen die Generale Grant, Meade u. A. anzustrengen, weil diese Männer, den gesetzlichen Bestimmungen des Kongresses gehorsam, alle rebellenfreundlichen Regungen in diesem Staate mit rücksichtsloser, aber wohlverdienter Strenge geahndet hatten.

Wiederholt hatte sich J. Quincy Adams beim Antritt des Präsidentenamtes mit Energie für innere Verbesserungen auf Kosten der Union ausgesprochen. Während James Monroe ebenfalls die inneren Verbesserungen, Hebung der Kommunikationswege, Erhaltung und Erbauung von Häfen, Kanälen u. s. w. empfohlen hatte und selbst die dazu nöthigen Gelder aus dem Nationalschatz zu nehmen entschlossen war, so hatte er doch die Konstitutionalität eines solchen Verfahrens stets angezweifelt und war so weit gegangen, in dieser Hinsicht eine Umänderung der Konstitution anzurathen. Einen ähnlichen Standpunkt hatte Thomas Jefferson schon in seiner Kongreßbotschaft vom 14. Dez. 1806 eingenommen. John Quincy Adams und einige Mitglieder seines Kabinets theilten aber diese konstitutionelle Buchstabengewissenhaftigkeit Jefferson's und Monroe's nicht. In der Ueberzeugung, daß die Hülfsquellen des Landes zum allgemeinen Besten verwerthet werden sollten und müßten und daß die Nationalregierung unter allen Umständen berechtigt und verpflichtet sei, Verbesserungen, die das nationale Interesse erheische, vorzunehmen, zögerte er nicht, die Fortschritte der modernen Wissenschaft von Bundeswegen für innere Verbesserungen von allgemeinem Nutzen praktisch auszubeuten. Die Folge davon war, daß er von seinen

Gegnern, den südlichen Demokraten, als ein Despot und Tyrann verschrieen wurde, der den ersten und höchsten Grundsatz der Republik, wonach Alles unmittelbar aus dem Volke selbst hervorgehen müsse, in vermessener Willkür mit Füßen getreten habe. Die Wahrheit aber ist, daß der Norden und der Süden der Union schon seit vielen Jahren unter dem Deckmantel der Konstitutionalität oder Unkonstitutionalität über streitige Punkte ihren parlamentarischen Krieg führten, daß die Sklavenwirthschaft und der Plantagenbau in einem sehr rohen gesellschaftlichen Zustande gedeihen konnten, daß der Süden nur wenig Verkehrswege nöthig hatte und daß ihm innere Verbesserungen als revolutionär und seinem ganzen ökonomischen Zuschnitte als äußerst gefährlich erschienen. Der Standpunkt, welchen der sklavenhaltende Süden dem Präsidenten J. Quincy Adams gegenüber einnahm, ist genau derselbe, den die europäische Grundaristokratie mit ihren „wohlerworbenen Rechten" so lange dem revolutionären Geiste der Neuzeit gegenüber vertheidigte. Kein Wunder also, daß alle aristokratischen Kreise Europa's während des Sezessionskrieges und schon früher mit den südlichen Sklavenbaronen und Baumwollenkönigen der nordamerikanischen Union von ganzem Herzen sympathisirten. Die südlichen Sklavenhalter erkannten aber ganz klar, daß die freien Arbeiter des Nordens sie auf allen Gebieten des Lebens, wo der denkende und schaffende Menschengeist in ungehemmter Entfaltung seiner Kraft entscheidet, gar leicht und schnell überflügeln und ihnen die politische Herrschaft der Republik entreißen würden, wenn man von Bundeswegen allen inneren, gemeinnützigen Verbesserungen für Hebung des Ackerbaues, der Schifffahrt, des Handels, der Industrie und des Fabrikwesens Vorschub leistete und Maßregeln traf, die in jedem Lande, je mehr es fortschreitet und je reicher es wird, in einem um so viel höheren Grade getroffen werden müssen. Die Sklaverei also war es, welche die demokratische Partei veranlaßte, der Politik, welche J. Quincy Adams hinsichtlich des Systems der inneren Verbesserungen verfolgte, ihr Veto entgegenzusetzen und im Namen der Freiheit den sechsten Präsidenten der Vereinigten Staaten des Despotismus und der Tyrannei anzuklagen.

Hatte aber die Indianerfrage und das System der inneren Verbesserungen die demokratische Partei mit dem Präsidenten Adams in argen Konflikt gebracht, so war dies noch mehr bei der stets von neuem als Zankapfel zwischen den verschiedenen Parteien auftretenden Tariffrage der Fall. In den Vereinigten Staaten hatten die schutzzöllnerischen Tendenzen seit Gründung der Union vorgeherrscht. In den Jahren 1790, 1792 und 1797 waren die bestehenden Zollsätze erhöht worden, um die vergrößerten Ausgaben und ein drückendes Defizit zu decken.

Während des englischen Krieges (1812—1815) hatte die amerikanische Industrie bekanntlich einen kräftigen Aufschwung genommen; allein der Friede zu Gent hatte diesem industriellen Gedeihen ein schnelles und trauriges Ende bereitet. Der amerikanische Markt war von England, welches durch seine wohlfeileren Arbeitskräfte, seine höher entwickelten Maschinen und seine größeren disponiblen Geldmittel viel billiger fabrizirte, als die Union, mit englischen Waaren überschwemmt worden, und so hatte der Kongreß dem Andrängen der amerikanischen Fabrikanten nachgegeben und im Jahre 1816 eine Erhöhung des Tarifs eintreten lassen. Um diese Zeit war Massachusetts und der größte Theil Neuenglands gegen den Schutzzoll gewesen, während der Süden den Tummelplatz von zwei feindlichen Parteien bildete, von denen die sogenannten „Nationalen" (Nationals), an deren Spitze John C. Calhoun und McDuffie standen, einen hohen Tarif befürworteten, die „Radikalen" (Radicals) aber unter der Leitung von William H. Crawford aus Georgien das Prinzip des Freihandels vertraten. Diese auf den ersten Blick auffallende Parteistellung wird erklärlich, wenn wir bedenken, daß im Norden die Schiffsrheder, Holzhändler u. s. w. meistens unbedingte Freihändler waren, daß im Süden dagegen alle Zucker- und Indigopflanzer für hohe Zölle schwärmten. Und wenn Calhoun und sein getreuer Knappe McDuffie noch im Jahre 1820 Schutzzöllner, in wenigen Jahren darauf aber als Verfechter „der Rechte der Staaten" die bittersten Gegner jeder Schutzzolltheorie und aller nationalen Projekte, die sie bis dahin vertheidigt hatten, waren, so ist darin nur eine jener Inkonsequenzen zu finden, die uns bei den Politikern aller Nationen nicht selten entgegentritt, darum aber doch nur sehr selten zu entschuldigen und niemals zu bewundern ist. Wenn Calhoun sich später wegen seiner Gesinnungsänderung zu vertheidigen versuchte, so bewies er mit seiner Vertheidigung nur, daß er ein äußerst gewandter Kasuist und daß der Wechsel seiner Ansichten seinem späteren Streite mit Andrew Jackson nicht gefolgt, sondern demselben voraufgegangen war.

Der Tarif von 1816 erwies sich indessen bald als unzureichend für einen wirklichen Schutz der amerikanischen Industrie, namentlich, seit die englischen Fabrikanten — dem Rathe des Lord Brougham folgend — oft mit Verlust nach Amerika exportirten, nur um durch eine Ueberfüllung des Marktes die dort infolge des Krieges aufgeblühten Fabriken schon in der Wiege zu ersticken. Auf diese Weise konnte es nicht fehlen, daß die Schutzzolltheorien bei einem großen Theile des Volkes und bei vielen Politikern die günstigste Aufnahme fanden. Die Noth und das Elend waren allgemein; es trat nahezu eine gänzliche Stockung des

inneren und äußeren Handels ein und der Werth vieler Grundstücke sank um die Hälfte. Vergebens hatte man schon im Jahre 1820 eine weitere Tariferhöhung im Kongresse durchzusetzen versucht; die betreffende Bill war, nachdem sie im Repräsentantenhause durchgegangen, an dem Widerspruche des Senates gescheitert. Als aber der Werth von Grund und Boden immer mehr fiel, als er sich z. B. in dem einzigen Staate New-York während des Zeitraums von 1816 bis 1824 um 5,779,705 Dollars verringert hatte — er war nach amtlichen Angaben von 57,799,435 auf 52,019,730 Dollars herabgesunken — da wurde, vornehmlich durch Henry Clay's Bemühungen, eine neue Zollerhöhung vom Kongresse im Jahre 1824 angenommen. Aus dieser Zeit stammt das sogenannte „amerikanische System", dessen Vater Henry Clay war und das seinen Namen im Gegensatz zu dem „britischen System" des Freihandels erhielt. Die parlamentarischen Kämpfe bei Gelegenheit dieser Zollerhöhung waren äußerst hart. Ein Augen- und Ohrenzeuge derselben spricht sich darüber also aus: „Henry Clay ist der Telamonier Ajax des Tarifgesetzes gewesen, ihn unterstützten mit Talent und Wirksamkeit Tod und andere Repräsentanten; aber auf der andern Seite fehlten auch die Hektors nicht, die Clay und seinen Freunden den Sieg sehr schwer machten". Die Hauptgegner des Gesetzes waren: Daniel Webster, P. P. Barbour und John Forsyth. Mit Recht bemerkt aber K. F. Neumann, daß die scharfsinnigsten Geister in der Union — Daniel Webster vielleicht ausgenommen — damals keine Ahnung von den Uebeln gehabt hätten, welche vornehmlich für den Süden aus der falschen Theorie der Schutzzölle hervorgingen und hervorgehen mußten. Nur wenige Politiker damaliger Zeit erkannten die Abgründe des abscheulichen Systems, dem man, um ihm Anhänger zu verschaffen, den Namen „des amerikanischen Systems" verlieh. Umsonst trat Webster mit der ganzen Wucht seiner enormen Beredsamkeit gegen Clay auf; die dringende Noth und die allgemein herrschende Kurzsichtigkeit in staatswirthschaftlichen Dingen waren zu groß, um ruhigen Vernunftgrundsätzen das Feld zu räumen. Umsonst erklärte und bewies Webster, daß ein übermäßiger Schutzzoll den gegenseitigen Verkehr zwischen den Völkern ruiniren müsse; vergebens stellte er das Freihandelsprinzip als die normirende Regel, und das Prohibitivsystem als die Ausnahme hin — er drang nicht durch. Henry Clay und die Schutzzöllner siegten. Freilich betrug die Majorität im Repräsentantenhause nur fünf und im Senate sogar nur zwei Stimmen. Nach der sach- und wahrheitsgemäßen Darstellung von Niles stimmten von den am Seehandel und an den Fischereien vorzugsweise betheiligten Staaten (Maine, New-Hampshire und Massachusetts), welche bei einem

hohen Zolle eine Beeinträchtigung ihres Handels fürchteten, die meisten Abgeordneten gegen den Tarif; von den Fabrikstaaten Rhode Island und Connecticut ging selbstverständlich die überwiegende Majorität dafür; von den ackerbauenden Staaten (Vermont, New-York, New-Jersey, Pensylvanien, Delaware, Kentucky, Ohio, Indiana, Illinois und Missouri) stimmten ebenfalls fast sämmtliche Repräsentanten dafür, weil sie von einem hohen Schutzzolle Vortheile für ihre Agrikulturinteressen erwarteten; das tabakbauende Maryland, sowie das Korn- und Bauwollenbau pflegende Tennessee waren der Mehrzahl ihrer Vertreter nach dagegen; die südlichen Staaten, welche vorzugsweise Tabak und Baumwolle bauten und aus einem hohen Tarife nicht ohne Grund Nachtheile für ihre Pflanzerinteressen herleiteten, stimmten gleichfalls nahezu einstimmig dagegen, hierher gehörten die Staaten: Virginien, Nord- und Süd-Carolina, Georgien, Mississippi, Louisiana und Alabama.

Durch den im Jahre 1824 erfochtenen Sieg kühn gemacht, verlangten die Fabrikanten im Jahre 1828 eine abermalige Tariferhöhung, einmal, weil ihnen die Zölle noch nicht hoch genug erschienen, dann aber — und hierin hatten sie nicht Unrecht — weil die bestehenden Zölle, da sie Werthzölle waren, sehr leicht und sehr häufig umgangen wurden. Wenn aber schon 1824 die frühere Hinneigung des Südens zur Schutzzollpolitik fast bis auf die letzte Spur geschwunden war, so trat im Jahre 1828 die gesammte Macht desselben — mit Ausnahme von Louisiana, welches wegen seines Zuckerbaues dem Prohibitivsystem huldigte — unter der Führung von Süd-Carolina dagegen auf. Mochten immerhin andere Ursachen, die meistens auf das fluchwürdige Institut der Sklaverei zurückzuführen waren, die traurige Lage des Südens hervorrufen — es läßt sich nicht leugnen, daß die durch das Fabrikanteninteresse vorgeschlagene Zollerhöhung alle vernünftigen Grenzen überstieg. Man ging, wie es unter ähnlichen Umständen so oft der Fall ist, von beiden Seiten, so wohl vom Norden wie vom Süden, zu weit. Während die Fabrikanten des Ostens und des Nordens ihrem gierigen Heißhunger nach einseitigem Privatvortheile die Löwenhaut des Patriotismus umhingen und einen edlen sittlichen Zorn ob der Schmälerung der Staatseinkünfte affektirten, bestritten die südlichen Demokraten und Sklavenhalter dem Kongresse jedes Recht, Schutzzölle zu dekretiren; die Konstitution, so argumentirten die südlichen Freihandelsleute, gestatte höchstens Finanzzölle, die dann nebenbei auch Schutzzölle sein könnten. So viel steht unleugbar fest, daß der Tarif von 1828 einen bedeutsamen und folgenreichen Umschwung in der Geschichte der Vereinigten Staaten bildete, indem die Schutzzollfrage dem aus geographischen Ursachen schon früher hervorgegangenen Zwiespalte

in gefährlicher Weise eine entschieden politische Parteifärbung hinzufügte. Die stets aufrührerisch gesinnten Staaten Süd-Carolina und Georgien sprachen es deutlich aus, daß der Zolltarif von 1828 ganz dazu angethan sei, die Vernichtung der Union herbeizuführen. McDuffie griff im Hause der Repräsentanten Clay's „amerikanisches System" in aller Schärfe und theilweise mit gewichtigen Gründen an. „Wenn die Union dieser Staaten", so sprach er, „jemals aufgelöst werden wird, wenn ihre freiheitlichen Bestimmungen jemals zu Grunde gehen sollten, dann wird der Geschichtschreiber, welcher dieses unselige Ereigniß der Zukunft berichtet, dasselbe den Maßnahmen, die man jetzt für die Schutzzölle trifft, zuschreiben. Ich bin fest überzeugt, daß weder unsere Republik noch irgend ein anderer freier Staat unter einer solchen Gesetzgebung ein Vierteljahrhundert bestehen kann. Die unvermeidliche Folge einer solchen Gesetzgeberei ist die Korruption, die nicht nur die öffentlichen Beamten, sondern alle jene Theile der Union und alle jene Klassen der Gesellschaft trifft, welche durch öffentliche Unterstützungsgelder (bounties) auf Unkosten anderer Landestheile und anderer Gesellschaftsklassen in Wirklichkeit oder scheinbar sich bereichern wollen. Was ist aber das charakteristische Kennzeichen eines freien Mannes? Es ist die Unabhängigkeit, die aus dem Selbstbewußtsein und dem festen, unerschütterlichen Vertrauen auf die eigene Kraft und die eigene Arbeit hervorgeht. Wahrlich, Derjenige ist kein freier Mann, dem es zur Gewohnheit geworden ist, zu der Regierung aufzuschauen und von ihr Unterstützungsgelder in Empfang zu nehmen. Ich bekenne es offen, nichts hat mich in dem Benehmen Derer, die stets die Regierungs- und Staatshülfe vertheidigen, mehr beunruhigt und in Besorgniß versetzt, als die fortwährenden Bestrebungen, von dem Finanzminister (Richard Rush) bis herab zu seinem letzten Schreiber, unser Volk glauben zu machen, die nationale Wohlfahrt und der Reichthum des Einzelnen seien nicht das Ergebniß individuellen Fleißes und individueller Sparsamkeit, sondern die Frucht gouvernementaler Unterstützungen. Für das Gedeihen der wahren Freiheit kann dem Sinne des Volkes keine gefährlichere und keine verderblichere Idee, als diese, beigebracht werden. Schon bei einer andern Gelegenheit habe ich daran erinnert, daß die Tage der Freiheit im alten Rom gezählt waren, als das römische Volk sich entschloß, aus Staatsmitteln sein Leben zu fristen. Von diesem Augenblicke an wurde von einer degenerirten und käuflichen Volksmenge zu Amt und Würden erhoben nicht der beste Patriot, welcher die meisten Fähigkeiten gezeigt und dem Dienste der Republik die größten Opfer gebracht, sondern der gemeinste Demagoge, welcher die reichlichste Vertheilung des den geplün-

derten Provinzen abgenommenen Raubes als Lockmittel versprach. Eine jede Sache wurde käuflich, selbst in dem Besitzthum des Fabricius, bis endlich das Kaiserthum selbst auf offenem Markte dem Meistbietenden verhandelt wurde. Und worin zeigt sich das wahre Wesen der Maßregeln, die wir jetzt diskutiren? Ihr innerster Kern ist nur zu analog, zu unserem Unheil nur zu ähnlich den Maßnahmen, welche die republikanische Reinheit des alten Rom vergifteten. Möge der Himmel es verhüten, daß das bisher befolgte Zollsystem seinen Sieg über die öffentliche Freiheit vollende. Eine Katastrophe, wie sie den Untergang der römischen Freiheit herbeiführte, ist auch in den Vereinigten Staaten keineswegs unmöglich, wenn wir fortfahren, periodisch solche Gesetze zu geben, wie wir es bisher gethan, und wenn wir die Wahl unseres höchsten Beamten in Verbindung setzen mit der Frage über die Vertheilung des Raubes, der an gewissen Staaten, die man zu römischen Provinzen degradirt hat, zu Gunsten der einflußreichen Kapitalisten anderer Staaten der Union begangen worden ist. Wenn ich bedenke, daß durch ein einziges Gesetz wie das vorliegende, fünf bis zehn Millionen Dollars aus der Tasche eines Landestheils genommen werden, um den andern zu bereichern; wenn ich ferner die Heuchelei betrachte, womit der gemeinste verwerflichste Ehrgeiz unter der Maske eines uninteressirten Patriotismus solche Akte der Ungerechtigkeit und politischen Prostitution vollziehen konnte, so kann ich keinen Augenblick zögern, dies System der indirekten Staatshülfe als das heilloseste Mittel zur Verderbung der öffentlichen Moral zu kennzeichnen. Dies System vereinigt Ehrsucht, Geiz und Reichthum und schafft so eine Kombination von Kräften, die äußerst gefährlich, weil sie nahezu unwiderstehlich ist. Erblicken wir nicht gerade in dieser Stunde das außerordentliche und betrübende Schauspiel, daß kaum 100,000 Kapitalisten durch diese unheilige Kombination eine absolute und despotische Herrschaft über die Meinungen von acht Millionen freier Bürger und über das Vermögen und die Schicksale von zehn Millionen Menschen ausübt? Ich will kein Unglücksprophet sein; ich will nicht den Glauben in mir aufkommen lassen, daß in diesem Lande die Präsidentschaft durch das System der öffentlichen Hülfsgelder und durch Prohibitivmaßregeln jemals gekauft und verkauft werden könne; — aber ich muß gestehen, daß es in dieser Union gewisse Landestheile gibt, die, wenn ein Präsidentschaftskandidat dorthin kommt mit dem Harrisburger Tarif*) in der

*) Zu Harrisburg in Pennsylvanien kamen im Jahre 1827 die Vertreter der Agrikultur- und Fabrikinteressen aus 13 Staaten zusammen, um die Mittel und Wege zu berathen, wie eine Erhöhung des Tarifs von 1824 im Kongresse durchzusetzen sei.

Hand, seinen Ansprüchen nicht widerstehen können, im Falle sein Gegner das ungerechte und drückende Prohibitivsystem bekämpft. Das Schutzzollgesetz würde für einen Kandidaten, der sich zu dessen Durchführung verpflichtet, ein Talisman sein, der ihm einen bevorzugten Empfang sichert. Und wäre dieser Demagoge auch mit den tausendfachen Untugenden unserer Natur (with all the multiplying villanies of nature) behaftet — der reinste Patriot, der weiseste Staatsmann der Nation würde vergeblich als sein Mitbewerber auftreten, wenn er es verschmähte, diese neue Art eines kaiserlichen Geschenkes als Lockspeise anzubieten.“ Vergl. Th. H. Benton, „Thirty Years' View“, B. I. S. 100 ff.

Diese geistreiche und eindringliche Rede des begabten Repräsentanten von Süd-Carolina vermochte aber das Zustandekommen eines höheren Tarifgesetzes nicht zu verhindern. Der Norden wurde der Bankier des Südens; und südliche Bürger wanderten nach den nördlichen Städten, um dort Geldanleihen zu machen und ihre Grundstücke mit Hypothekenschulden zu belasten. Seit der Beendigung des Revolutionskrieges hatte der Export des Südens, wie Benton versichert, 800 Millionen Dollars betragen, und dennoch wurde der Süden — infolge des hohen Zolltarifs und der Sklavenwirthschaft — in verhältnißmäßig kurzer Zeit der abhängige Schuldner des Nordens. Was er aber an Geldmacht verlor, das suchte er doppelt und dreifach in politischer Hinsicht wieder zu gewinnen, indem er nach der staatlichen Herrschaft über die Union strebte und dieselbe auch thatsächlich für längere Zeit errang. Kapital und Baumwolle oder das Fabrikinteresse und die auf Sklaverei basirte Plantagenwirthschaft rangen um die Palme des Sieges; meistens siegte in diesem Kampfe die Landaristokratie über die Geldaristokratie. Der freie Arbeiter des Westens, der die Urwälder niederwarf und in die weiten Gefilde der westlichen Territorien als Träger der Kultur und der Intelligenz vordrang, trat um diese Zeit noch hinter dem Norden und Süden an politischem Machteinflusse zurück. Nur ausnahmsweise übte der Westen in selbstständiger Weise einen bestimmenden Einfluß auf die Politik der Union aus; er wurde meistentheils von den Kapitalisten des Nordens oder von den Sklavenhaltern des Südens ins Schlepptau genommen. Die Zeit war noch nicht gekommen, wo er sich in seiner vollen frischen Naturkraft erhob, den Vereinigten Staaten einen ihrer besten Präsidenten gab und in den Schlachten, die das Schicksal der Union entschieden, den Sieg an die Fahne der Freiheit fesselte. Was übrigens noch die Rede McDuffie's anlangt, so ist bemerkenswerth, wie vielfach dieselbe mit den Ansichten von Schulze-Delitzsch harmonirt.

Einen dritten Punkt, in welchem die vereinigten Kräfte der Oppo-

sition gegen die Administration von John Quincy Adams auftreten zu müssen glaubten, bildete der sogenannte Kongreß zu Panama, dessen praktisches Resultat durch das Bemühen der Sklavenhalterpartei ein ziemlich erfolgloses wurde, dessen Idee aber den weitsehenden Blick eines genialen Staatsmannes verrieth. Die erste Anregung zu diesem Kongresse soll von Simon Bolivar, der unter dem Beinamen „der Befreier" — el Libertador — in der Geschichte bekannt ist, ausgegangen sein. Er lud nämlich schon im Jahre 1823 die Republiken Columbia, Mexiko, Peru, Chili und Buenos Ayres ein, sich in Panama zu versammeln, um gemeinsame Schritte gegen die freiheitsfeindlichen Pläne Spaniens und der europäischen Mächte überhaupt zu thun. Auch an die nordamerikanische Union war gleich im Anfang der Präsidentschaft von J. Q. Adams eine ähnliche Einladung ergangen. Im Einklang mit den vom Präsidenten Monroe in seiner Botschaft vom 2. Dezember 1823*) aufgestellten Ansichten über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten nahmen John Quincy Adams und sein Premierminister Henry Clay diese Einladung ungesäumt und gern an, und bezeichneten als die Hauptgegenstände der Berathung: 1) Feststellung freisinniger Grundsätze hinsichtlich kommerzieller und schifffahrtlicher Angelegenheiten; 2) Annahme von zweckdienlichen Maßregeln in Bezug auf maritime Neutralität; 3) die Anerkennung der Lehre, daß frei Schiff frei Gut macht; 4) Aufrechthaltung der wesentlichsten Bestimmungen der Monroe-Doktrin. Außerdem aber lag es sicherlich in der Absicht von Adams und Clay, daß die Union an die Spitze der jüngeren amerikanischen Republiken treten, daß der „heiligen Allianz" des monarchischen Europa gegenüber ein freier Bund des republikanischen Amerika errichtet werden und daß der Isthmus von Panama für die neue Welt dieselbe Bedeutung erhalten sollte, die der Isthmus von Korinth im alten Griechenland besessen hatte. Dieselbe „amerikanische Politik", die in der Schutzzollfrage geltend gemacht worden war, sollte auch in den äußeren Verhältnissen der Union maßgebend sein. Allein die Eifersucht der demokratischen Sklavenhalter erwachte schnell, und sie beschlossen, die Politik der Regierung, möge dieselbe „gut oder schlecht" (right or wrong) sein, mit aller Kraft zu bekämpfen. So erklärte z. B. der Sklavenritter Richard M. Johnson aus Kentucky: „Mr. Adams' administration shall come down, though pure as the angels

*) Vergl. Horace Greeley, „the American Conflict", Bd. I. S. 264 ff. Greeley weist an der angezogenen Stelle ausführlich nach, daß die südlichen Sklavenhalter ein freies Cuba ohne die Sklaverei niemals wünschten, wohl aber wiederholt den Versuch machten, die „Perle der Antillen" mit der Sklaverei zu annektiren.

at the right hand of the throne of God". Am unzweideutigsten hinsichtlich der freiheitlichen Bestrebungen der Regierung in Bezug auf die Verhältnisse der westindischen Inseln, namentlich Cuba's, sprach sich Hayne von Süd-Carolina aus, indem er ohne allen Rückhalt behauptete, daß das Sklaverei-Interesse den Vereinigten Staaten jede Einmischung in die südamerikanischen Angelegenheiten verbiete, weil die Emanzipation der Sklaven in den Republiken Südamerika's und auf den westindischen Inseln nicht ohne einen mächtigen Einfluß auf die Sklaverei in den Südstaaten der Union bleiben könne. „Lassen Sie mich ein für alle Mal feierlich erklären", rief er aus, „daß die südlichen Staaten niemals einen direkten oder indirekten Eingriff in ihre häuslichen Angelegenheiten (d. h. die Sklaverei) erlauben werden, und daß wir uns an demselben Tage, an welchem ein solcher ruchloser Versuch von den Behörden der Bundesregierung gemacht werden sollte, als aus dem Bunde hinausgetrieben betrachten. Die Pflichten aber, die uns aus unserer eigenthümlichen Lage erwachsen, brauchen uns nicht von religiösen oder politischen Fanatikern gelehrt zu werden."

Der erbitterte Widerstand der Sklavenhalterpartei im Senate zog die ganze Angelegenheit des Kongresses zu Panama so sehr in die Länge, daß derselbe — wenn Präsident Adams auch in formeller Hinsicht seine Gegner in der Bundesgesetzgebung schließlich besiegte — für die Vereinigten Staaten und für Amerika überhaupt, wie bereits erwähnt, nur wenig praktische Folgen hatte. Als Beweis aber, daß das Streben nach vollständiger Abschaffung der Sklaverei nicht ganz ausgestorben war, mag die Thatsache dienen, daß während der Kongreßsitzung von 1827 auf 1828 die Bürger des Distriktes Columbia eine Petition an die Nationalgesetzgebung richteten, worin sie auch den einheimischen Sklavenhandel mit scharfen Worten verdammten und auf eine baldige Aufhebung der Sklaverei in ihrem Distrikte drangen. Daß diese Petition in dem damaligen Kongresse keinen günstigen Erfolg hatte, bedarf kaum einer besonderen Erwähnung.

Die ganze Dauer der Präsidentschaft von John Quincy Adams war in der That ein fortwährender Kampf mit den Anhängern von Andrew Jackson und William H. Crawford, d. h. mit den Anhängern der Sklaverei. Und es ist nicht die Schuld des zweiten Adams, daß seine Präsidentur so wenig positive Errungenschaften für die Union aufzuweisen hat. Der sechste Präsident der Vereinigten Staaten besaß hohe Eigenschaften des Geistes und einen edlen Charakter, aber die systematische Opposition, die ihm von allen Seiten durch die südlichen Sklavenhalter bereitet wurde, hinderte ihn, seine außergewöhnlichen Fähigkeiten

in vollem Maße zum Wohle der Republik zu verwerthen. James Madison hatte ihn zum Gesandten in Rußland und Monroe zu seinem Premierminister ernannt. Durch seine Stellung im Kabinette seines Vorgängers mit dessen Verwaltung gewissermaßen identifizirt, war er zum Präsidenten gewählt worden und hielt als solcher treu an den Hauptprinzipien der alten Republikaner fest. Mit Ausnahme der Frage von den inneren Verbesserungen und des Schutzes der amerikanischen Industrie war er in den meisten seiner Ansichten und Handlungen der entschiedene Fortsetzer des Monroe'schen Systems gewesen. In der auswärtigen Politik bewies er eine feste und imponirende Haltung, und hinsichtlich der inneren Politik zeichnete er sich durch eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Detailkenntniß der Verwaltung, durch einen hohen sittlichen Ernst und eine hingebende Pflichttreue aus. Das möglichst größte Wohl zu erstreben, pflegte er zu sagen, sei das einzig gute Prinzip in der Politik; nach diesem Grundsatze handelte er stets, mochte er auch zuweilen in seinen Maßregeln schwanken und zaudern, oder zu Zeiten etwas diktatorisch durchgreifen. Als Neuengländer war er schon an sich im Süden nicht besonders beliebt; und es wurde den Freunden seiner beiden geschlagenen Gegenkandidaten nicht schwer, ihn, den Feind der Sklaverei, dort nahezu verhaßt zu machen, indem sie die Ansichten der Ultrasüdländer für politische Axiome erklärten und den Sklavenhaltern die weitgehendsten Forderungen zugestanden. Die Anhänger Jackson's und Crawford's waren es, die den Gouverneur Troup in seinen aufrührerischen Bravaden unterstützten, die Hayne, McDuffie et id omne genus in ihren heftigen Angriffen und heuchlerischen Klagen über Korruption und Gewaltthat ermunterten und à la Voltaire ausrufen ließen: „Écrasons l'infâme!“ Um den vagen und sehr allgemein gehaltenen Anklagen wegen Bestechlichkeit eine scheinbar solide Basis zu geben, beschuldigte man in der frechsten und gemeinsten Weise Adams' ersten Minister, Henry Clay, daß er sich dem Präsidenten schon vor dessen Wahl für die ihm später übertragene Stelle verkauft habe. Clay hat die entschiedene Grundlosigkeit dieser Verläumdung, bei welcher der damals gerade aus der Opposition in's demokratische Lager übergehende James Buchanan eine keineswegs beneidenswerthe Rolle spielte, hinlänglich nachgewiesen (vergl. Andrew W. Young, „the American Statesman“, S. 345 ff.); indessen das einmal ausgestreute falsche Gerücht ließ sich niemals ganz bannen und diente den gewissenlosen Präsidentenmachern als Hauptwaffe gegen ihn und Adams. Es war dies aber um so mehr der Fall, als Adams aus einem schon seinem Nachfolger ganz fremden und der Gegenwart kaum verständlichen Pflichtgefühl fast alle

Anhänger Jackson's und Crawford's in ihren Aemtern ließ, indem er zu groß von seinem Amte dachte, als daß er es zum Werkzeuge für persönliche Vortheile und gewöhnliche Parteizwecke gemacht hätte. Und so war es denn ganz natürlich, daß Adams im Jahre 1829 durch Jackson aus dem Präsidentenamte verdrängt wurde.

Die Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit ließ John Quincy Adams nach dem Ende seiner Präsidentschaft anders handeln, als wie dies seine Vorgänger gethan hatten. Er zog sich nämlich nicht von den öffentlichen Geschäften zurück, sondern nahm wiederholt die Wahl in den Kongreß an, betheiligte sich bei allen wichtigen Angelegenheiten, am meisten aber bei dem Kampfe gegen die Sklaverei, und starb — ein treuer Freund des Volkes und ein unerschütterlicher Vorkämpfer der Freiheit — im Februar 1848 auf seinem Platze im Repräsentantenhause zu Washington, wo er vor 45 Jahren zum ersten Mal seinen Sitz als Volksvertreter eingenommen hatte. Bei vollem Bewußtsein gab der ehrwürdige Greis im 81. Lebensjahre seinen Geist mit den Worten auf: „This is the last of earth; I am composed", d. h. dies ist der letzte Tag auf Erden, ich bin zufrieden. Sein politischer Gegner, Thomas H. Benton schloß die Rede, worin er das Andenken des Geschiedenen im Bundessenate feierte, mit den Worten: „Ueberall seiner Pflicht getreu, fand ihn der Tod auf dem Platze, den ihm die Pflicht angewiesen. Und wo anders hätte er ihn finden können während seiner langen öffentlichen Laufbahn? Von der Zeit an, wo George Washington ihn zuerst zu einer hohen Stellung berief, bis zu seiner letzten Wahl durch das Volk seiner Geburtsstadt, wo anders konnte ihn der Tod finden, als auf dem Platze der Pflicht? Hier, in der Fülle der Jahre, in dem Vollgenuß des Ruhmes, gekrönt mit Ehren, umgeben von seinen Freunden und Bewunderern, mitten in der gesetzgebenden Versammlung der Nation ist er zu seinen Vätern einberufen worden. Das Andenken an die Dienste, die er während eines halben Jahrhunderts seinem Vaterlande leistete, sind in der Geschichte unserer Union aufgezeichnet, und seine öffentliche Laufbahn wie sein Privatleben bilden für die kommenden Generationen seines Volkes ein ewig lehrreiches und nachahmungswürdiges Muster und Beispiel." Die persönlichen und geselligen Eigenschaften von Adams waren übrigens wenig geeignet, ihm Freunde und Gönner unter den Massen des Volkes zu gewinnen. Er war eine kalte, verschlossene Natur; er hatte, vielleicht in Folge seines langen Aufenthaltes in Europa, mit der Zeit ein aristokratisches und förmliches Wesen angenommen, so daß man die gewöhnliche Offenheit und das freie, herzliche Wesen eines Republikaners an ihm vermißte. Adams, so klagten selbst seine Freunde, führt

immer eine ernste Miene, so daß es scheint, als wenn er im Geiste unausgesetzt bei den Geschäften oder in der Studirstube verbliebe. —

Als der Präsidentenwahlkampf im Jahre 1828 herankam, erhoben die National-Republikaner John Quincy Adams noch einmal auf ihren Schild; und wiederum war es Henry Clay, der mit hinreißender Beredsamkeit die Gefahren des militärischen Geistes schilderte, der mit Andrew Jackson als Präsidenten der Vereinigten Staaten den republikanischen Institutionen des Landes zu erstehen drohte. „Ich habe bisher geglaubt“, so sprach der begabte Anwalt der bürgerlichen Freiheit, „daß die schon in der Schule uns eingeprägte Lehre von der Gefährlichkeit stehender Armeen, welche die Geschichte aller Völker laut und mit tausend Zungen verkündet, unserem Gedächtnisse niemals entschwinden würde. Arge Täuschung! In der demokratisch-republikanischen Partei haben die Cäsar und Cromwell ihre Vertheidiger gefunden. Das Urtheil von Jahrhunderten wird umgestoßen, den bewährtesten Maximen wird Hohn gesprochen. Die verschmitzten Mordbrenner der Freiheit, die Philippe, die Marius, die Sulla und Napoleone — sie sind es, die man als die Erretter der Menschheit preist. Ich kann nicht anders, ich muß dieser grenzenlosen Verirrung entgegentreten, mögen auch die gegen mich geschleuderten Verläumdungen von jenen tausend lügenhaften und wahnwitzigen Zungen und Zeitungsblättern verdoppelt nochmals gegen mich verbreitet werden. Der Staatsmann ist nichtswürdig, der nicht, wenn es die Nothwendigkeit erfordert, sich selbst und sein Alles dem Vaterlande zum Opfer bringt. Deshalb beschwöre ich Euch, Mitbürger, seht auf den Abgrund, der sich vor Euren Füßen aufthut. Seuchen, Hungersnoth und alle anderen Gefahren sind einem Lande nicht derart verderblich, als ein militärisches Regiment, als jene blinde und gedankenarme Begeisterung für militärischen Ruhm.“ Allein diese goldenen Worte, die für alle Zeiten und für alle Völker, mag ihre Verfassung sein, welche sie will, von bleibender Wahrheit sind und die namentlich gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa, wo die Kosten für die stehenden Heere das Mark der Nationen aussaugen, schwer ins Gewicht fallen, sie vermochten nicht dem Helden von Neu-Orleans den Sieg zu entreißen. Die Masse des Volkes glaubte in Adams den Repräsentanten des alten Föderalismus und den ergebenen Freund der Geldaristokratie zu erblicken; die klugen Sklavenbarone hatten den gesunden Sinn des Volkes irregeleitet, und Andrew Jackson besiegte seinen edlen Gegner im Wahlkampfe nicht sowohl, weil er — wie de Tocqueville meint — ein ruhmgekrönter Soldat war, sondern weil er in den Augen der überwiegenden Mehrzahl der amerikanischen Nation

als der wahre Repräsentant des zur Herrschaft gelangten Volkswillens galt.

Am 4. März 1829 fand die Inauguration von Andrew Jackson unter dem Herbeiströmen einer ungeheuren Menge von Freunden und Anhängern des neuen Präsidenten statt. Jackson konnte es sich nicht versagen, in seiner Antrittsrede der Politik seines Vorgängers einige scharfe Seitenhiebe zu versetzen. „Meine Administration", sagte er, „wird sowohl die Beschränkungen wie die konstitutionellen Rechte der ausübenden Gewalt im Auge behalten; ich werde die Verpflichtungen meines Amtes erfüllen, ohne dessen Befugnisse zu überschreiten. Die Rechte, welche die einzelnen souveränen Staaten behielten, sollen von denen, welche sie der Union übertrugen, streng geschieden bleiben."

Bevor wir nun aber auf die Schilderung der Parteikämpfe unter der Präsidentur Jackson's übergehen, wird es am Platze sein, vier Männer etwas näher zu charakterisiren, da sie nicht allein für die Parteigeschichte der Vereinigten Staaten, sondern für die geschichtliche Entwickelung der Union überhaupt von der höchsten Bedeutung gewesen sind. Diese vier Männer aber sind: Henry Clay, Daniel Webster, Andrew Jackson und John C. Calhoun.

Henry Clay, der siebente Sohn des Pastors John Clay und dessen Frau Elisabeth, eine geborene Hudson, wurde am 12. April 1777 in Hanover County im Staate Virginien geboren. Er erhielt nur eine gewöhnliche Schulbildung und wurde in frühem Alter Copist bei dem Sekretär des Kanzleigerichts zu Richmond. Neunzehn Jahre alt begann er das Studium der Rechtskunde und ward nach wenigen Jahren zur Advokatenpraxis zugelassen. Da es ihm verhältnißmäßig schwer geworden wäre, in Virginien, wo das Staatsleben schon ganz geordnet war, sich rasch Bahn zu brechen, so verließ er diesen Staat, in welchem er in den Augen der aristokratischen, die Politik gleichsam monopolisirenden Familien doch nur als ein Parvenu gegolten hätte, und ging im Oct. 1799 nach Lexington in Kentucky. Hier herrschten weniger Vorurtheile für alte Systeme und bevorzugte Familien, und es gelang dem thatkräftigen und unternehmenden Geiste Clay's sehr bald, sich bei dem Zustande einer gewissen primitiven Gleichheit, worin sich die Bevölkerung des damaligen Kentucky befand, eine achtungsvolle Stellung zu erringen. Er begann seine politische Laufbahn zu einer Zeit, wo Delegaten zur Ausarbeitung einer neuen Konstitution für den Staat Kentucky gewählt wurden, und trat schon bei dieser Gelegenheit für freiheitliche Reformen, z. B. für allmählige Abschaffung der Sklaverei, in die Schranken. Seine Bekämpfung der Sklaverei machte ihn etwas unpopulär; allein die eifrige Opposition,

welche er gegen die verhaßten „Fremden- und Aufruhrgesetze“ erhob, stellte die öffentliche Achtung für ihn bald wieder her und er ward im Jahre 1803 von den Bürgern von Fayette County triumphirend in die Legislatur gewählt. Ein Duell, welches er mit Humphrey Marshall bestand, schadete ihm in dem an Kampf und Streit gewohnten Kentucky nicht; und so geschah es, daß er seit dem Jahre 1806 wiederholt und abwechselnd in die Staats- und Bundesgesetzgebung gewählt wurde. Zu verschiedenen Malen bekleidete er das wichtige und einflußreiche Amt eines Sprechers im Hause der Repräsentanten; im Jahre 1814 ging er mit John Q. Adams und Albert Gallatin als Friedenskommissär nach Gent; vier Jahre darauf hielt er im Kongresse seine denkwürdigen Reden für die Anerkennung der Unabhängigkeit der südamerikanischen Republiken. Während der Jahre 1819 und 1820 vertheidigte er das System der inneren Verbesserungen und die Einrichtung von Schutzzöllen. Nachdem er aber den Missouri-Kompromiß zu Stande gebracht hatte, zog er sich, um seine durch seine unausgesetzte Thätigkeit für das öffentliche Wohl zerrütteten Privatangelegenheiten zu ordnen, für kurze Zeit aus dem Kongresse zurück. Allein schon im Jahre 1823 sehen wir ihn wiederum den Sprechersitz im Kongresse einnehmen und Daniel Webster's Antrag hinsichtlich der Unabhängigkeit Griechenlands mit Begeisterung unterstützen. Während der Präsidentschaft von John Quincy suchte er in jeder Hinsicht sein „amerikanisches System“ zur Geltung zu bringen und konnte selbst ein Duell mit dem wilden John Randolph nicht vermeiden; im Jahre 1831 sandte ihn Kentucky in den Bundessenat, woselbst er bald Gelegenheit fand, durch Kompromißmaßregeln wiederum als Vermittler aufzutreten. Von 1842 bis 1849 bekleidete er kein öffentliches Amt, sondern lebte still und zurückgezogen im Kreise seiner Familie, Privatgeschäften hingegeben. Die Whigpartei stellte ihn wiederholt als ihren Präsidentschaftskandidaten auf; aber stets ohne günstigen Erfolg. Nachdem er endlich im Jahre 1850 als Bundessenator durch eine Reihe von vermittelnden Anträgen die verschiedenen Parteileidenschaften besänftigt hatte, starb er am 24. Juni 1852 zu Washington, 75 Jahre alt und von der ganzen Union betrauert.

Henry Clay's Name ist während der Jahre 1806 bis 1852 mit allen großen Ereignissen in der Union aufs engste verbunden gewesen. Er ward, wie Fr. Kapp mit Recht bemerkt, verläumdet und gehaßt, geliebt und verehrt wie kaum eine mächtige Persönlichkeit vor ihm, und erst als er aufhörte, Präsidentschaftskandidat zu sein, fing er an — charakteristisch für das amerikanische Parteileben — sich seines wohlverdienten Rufes und der Anerkennung von Freund und Feind zu erfreuen.

Gegen das Ende seines Lebens theilten sich der Norden und der Süden nicht mehr unbedingt in die Herrschaft der Union, auch der Westen warf sein Wort in die Wagschale und führte dadurch in den meisten Fällen die Entscheidung herbei. Die Bewohner des Westens besaßen von jeher viel praktischen Unternehmungsgeist und eine große Verwegenheit; verwickelten Prinzipienfragen und tiefen philosophischen Ideen abhold, kam es ihnen zunächst mehr auf Ausnutzung der Gegenwart und materielle Kraftentwickelung an, als auf ethische und politische Spekulationen. Der fortwährende Kampf mit den Indianern und den Elementen konnte durch abstrakte Theorien nicht geschlichtet werden. Man lebte gewissermaßen von heute auf morgen, von der Hand in den Mund, und nur eine möglichst umsichtige Benutzung der augenblicklichen Zustände gewährte den Urbarmachern der Wildniß die gewünschte Sicherheit und die nöthige Ordnung. Und in dieser Hinsicht war Clay der passende Repräsentant des jungen aufstrebenden Westens; er war der geistige Lenker und politische Leiter der Hinterwäldler, deren eigener Geist und Charakter sich in ihm widerspiegelte; er war sanguinisch, kühn, verwegen und stets voll Selbstvertrauen. Keine noch so schwierige Frage, kein noch so gefährlicher Gegner schreckte ihn zurück; ohne Schliche und Kniffe ging er offen auf sein Ziel los und zauderte nie mit einem Angriffe. Er war ein geborner Parteiführer. Leicht zugänglich, zuvorkommend, Vertrauen erweckend und praktisch, verlor er doch nie seine Manneswürde aus den Augen. Ein politischer Coligny verstand er es meisterhaft, die geschlagene Partei wieder zu sammeln, die Hoffnung der Verzweifelnden wieder zu beleben, den neuen Angriff zu führen, als wenn er seines Erfolges vollkommen sicher wäre, und nicht selten als der letzte das Feld zu behaupten. Als er, 72 Jahre alt, 1849 wieder nach Washington in den Kongreß kam, arbeitete, sprach und handelte er — man nannte ihn the prince of the Senate — voll Frische und Zuversicht, wie ein Jüngling. Er theilte aber die Tugenden und die Schwächen seiner westlichen Landsleute, indem er überall den augenblicklich wirksamen Maßregeln den Vorrang vor den Prinzipien einräumte. Ihm war es gegeben, die obwaltenden Streitigkeiten momentan zu schlichten und so für den Augenblick zu nützen, aber den gefährlichen Konflikt in seinem innersten Wesen zu erfassen und für alle Zeit unschädlich zu machen, das vermochte er nicht. Oft konnte es fast scheinen, wenn seine Mitbürger ihn in die Hallen des Kongresses sandten, als ob die dort versammelten Gesetzgeber und die ganze Nation zur Beilegung der heftigsten Streitigkeiten nur auf sein Erscheinen auf dem parlamentarischen Kampfplatze gewartet hätten. Wie mächtig aber Henry Clay auf seine Zeitgenossen einwirkte, geht am besten aus der

Thatsache, auf welche auch Fr. Kapp hinweist, hervor, daß Preußens größter Staatsmann, der Minister vom Stein, durch den Ruhm und den Glanz des amerikanischen Redners angezogen, einmal dessen Adoptivstaat, Kentucky, zu seiner Heimath zu machen gedachte, als Napoleon I. auf dem Gipfel seiner Macht stand und für den deutschen Patrioten die Aussicht auf die Erhebung seines Volkes noch in weiter Ferne lag. Trotz alledem sah Henry Clay, dessen sonore, wohltönende Stimme, dessen edle Freimüthigkeit und ritterliches Wesen ihm die Achtung der Männer und die Liebe der Frauen erworben, dessen Bildniß in jeder Hütte hing und dessen Namen patriotisch gesinnte Eltern ihren Erstgebornen zu geben pflegten, durch den Sieger von Neu-Orleans seinen Ruhm in den Schatten gestellt. Clay war der Mann der Kompromisse, ein Staatsmann, der vornehmlich die nächste Zukunft ins Auge faßte, „the statesman of to-morrow"; seine Schlachten waren Waffenstillstände, von seinen Festungen wehete die Fahne des Vergleiches, des Friedens. Der durch listige Gewandtheit, verschlagene Kühnheit und bis an Gewissenlosigkeit streifende Energie ausgezeichnete Andrew Jackson war für ihn ein zu starker Rivale. Wenn die Politik Clay's in vielen Punkten der der preußischen National-Liberalen ähnlich ist, so gleicht Jackson nicht weniger dem Grafen Bismarck, dem Mann von „Blut und Eisen".

Henry Clay war der muthige und opferfähige Repräsentant der westlichen Bevölkerung der Union; er war ein warmer Gefühlsmensch und selbst begeistert für die Ideen, die er in edler und brillanter Weise vertheidigte, riß er seine Hörer zur Begeisterung hin. Anders Daniel Webster, der anerkannte Vorkämpfer des kühleren Nordens und des berechnenden Ostens. Webster war der scharfsinnige Ausleger des geschriebenen Buchstabens (the great expounder), der gewandte Advokat, der große Mann der kleinen Mittel und voll von erborgtem Pathos. Er wurde am 18. Januar 1782 zu Salisbury im Staate New-Hampshire geboren. Sein Vater hatte den Unabhängigkeitskrieg mitgemacht, nahm eine angesehene Stellung unter seinen Mitbürgern ein und konnte seinem talentvollen Sohne eine gute Bildung im Kollegium zu Dartmouth angedeihen lassen. Auch Webster widmete sich dem Studium der Rechte und ließ sich im Jahre 1807 in Portsmouth als Advokat nieder. Nachdem er einen Sitz in der Legislatur seines Geburtsstaates eingenommen hatte, siedelte er, um ein größeres Feld für seine Fähigkeiten zu gewinnen, im Jahre 1817 nach Boston über. Er war unfruchtbar an großen Gedanken und unfähig, in selbstständiger Weise etwas Neues zu schaffen; deshalb erscheint er selten oder nie produktiv und originell. Wenn auch sein angenehmes Aeußere, seine imponirende Haltung, sein volles Organ, seine

ruhige Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung, so wie seine klare und oft meisterhafte Bewältigung des gerade vorliegenden Stoffes ihn zu einem Redner erster Klasse machten, so vermochte er sich doch im öffentlichen Leben von seiner advokatischen Auffassungsweise niemals frei zu machen, und deshalb knüpft sich eigentlich keine einzige That von hoher politischer Bedeutung an seinen sonst so sehr gefeierten Namen. Er wurde, wie unparteiische Schriftsteller mit Recht hervorheben, stets von den Ereignissen ins Schlepptau genommen. Als Mitglied der Legislatur von New-Hampshire diente er, wahrscheinlich wider seine bessere Ueberzeugung, den Föderalisten und betrieb, wenn auch erfolglos, eine Anklage gegen den Präsidenten Madison, welcher durch allerlei böswillige Mittel und aus Vorliebe zu Frankreich den Krieg gegen England hervorgerufen haben sollte. Nach Boston übergesiedelt, vertheidigte er mit den Freunden der freien Arbeit in der Missourifrage die Restriktionspolitik; überall folgte er mehr den Bewegungen der Zeit, als daß er sie — mit schöpferischer Kraft begabt — hervorgerufen hätte. Dazu kommt, daß er in allen wichtigen Fragen amerikanischer Politik seine Ansichten gewechselt hat: erst Freihändler, dann Schutzzöllner, erst Gegner der Sklaverei, dann deren Anwalt — hat er als seine politischen Thaten fast nur die Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit England und die Durchführung eines Gesetzes, welches für Bezahlung von Wechseln eine gleichmäßige Münzsorte festsetzt, aufzuweisen. Er gehört, um mit Theodor Parker zu reden, zu jenen Naturen, die sich in die Breite ausdehnen, Alles in sich aufnehmen und concentriren, was der gewöhnliche Verstand der Massen weiß oder wünscht, aber er ist keines jener Keil-Genies, die, anfangs nur von Wenigen unterstützt, ihren Ruhm erst glänzen sehen, wenn Jahre verstrichen sind und die divergirenden Linien ihrer Ideen eine größere Masse zwischen sich einschließen. Webster war durchaus nicht „zu groß, um populär zu sein", wie seine vielfachen Verehrer es von ihm, „dem göttlichen Daniel", der Welt verkündigen; um „groß" zu sein, war er vor allen Dingen nicht uneigennützig und nicht kühn genug. Wohl aber hat er, wie wir später noch sehen werden, bei den Berathungen der Kompromißmaßregeln des Jahres 1850 seinem Namen ein unauslöschliches Brandmal aufgedrückt. Er überlebte seinen Verrath an der Freiheit nicht lange, sondern starb nach einer kurzen Krankheit auf seinem Landsitze Marshfield in Massachusetts am 24. Oktober 1852. Anzuerkennen dagegen ist sein taktvolles und festes Auftreten dem Gesandten Oestreichs, Ritter Hülsemann, gegenüber in Sachen Ungarns, sowie die Billigung der würdevollen Zurückhaltung, wodurch sich der amerikanische Gesandte im Gegensatz zu den meisten Repräsentanten der europäischen Mächte

auszeichnete, als Napoleon III. am berüchtigten 2. Dezember 1851 der französischen Republik den Todesstoß versetzte. „Wir sind ganz damit einverstanden", schrieb Webster damals an den amerikanischen Gesandten Rives, „daß Sie sich nicht beeilten, an den öffentlichen Empfangstagen bei dem Manne zu erscheinen, welcher die geschriebene und feierlich beschworene Verfassung Frankreichs vernichtet hat. Sie handelten in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Gefühle der Bürger der nordamerikanischen Union". Vergl. K. F. Neumann, „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika", Bd. III. S. 187 ff.

Als der eigentliche Gründer der demokratischen Partei ist Andrew Jackson anzusehen; er und seine Freunde und Anhänger nannten sich zuerst mit einer gewissen Ostentation „Demokraten", ein Name, der von Anfang an einen unwiderstehlichen Zauber auf die Massen ausübte und darum schon an sich viel zu dem Siege über die gegnerischen Parteibildungen beitrug. Wenn aber Jackson als der Gründer der demokratischen Partei im Allgemeinen gelten darf, so ist John C. Calhoun, der unbedingte Vertheidiger der Sklaverei, thatsächlich als das Haupt der specifisch südlichen Demokratie zu betrachten, jener Demokratie, die den Negersklaven und den weißen Arbeiter zu den untergeordneten Klassen der Menschheit rechnete, deren Ideal das Patrizierthum der alten römischen Republik war, die sich durch Aufstellung eines prinzipiellen Unterschiedes zwischen Freien und Sklaven nicht über das Niveau des antiken Staatsrechts erheben konnte und nach ihren eigenen Aussprüchen ein politisches Regiment erstrebte, welches der polnischen Adelsrepublik auf's Haar gleichkam. Andrew Jackson und John C. Calhoun sollten, um mit Horace Greeley zu reden, die Führer jener Parteien sein, durch welche die Nullifikationsfrage, die Vorläuferin der Sezession, praktisch beseitigt wurde. Wiewohl sie im Laufe der Zeit bittere Gegner, ja persönliche Feinde wurden und als solche starben, so waren sie sich doch durch ihre Charaktereigenthümlichkeiten und ihre politische Laufbahn in vielen Punkten äußerst ähnlich. Jeder von ihnen stammte von den „schottisch-irischen" Presbyterianern ab, mit denen Oliver Cromwell den Norden Irlands von Schottland aus wieder bevölkerte, nachdem er die celtischen Ureinwohner, welche Katholiken waren und seiner Autorität trotzten, beinahe gänzlich ausgerottet hatte. Dieses schottisch-irische Blut hat bis auf den heutigen Tag noch etwas von der Energie, dem Muthe und der zähen Ausdauer Cromwells an sich. Beide gehörten der Whigpartei der Revolutionszeit an. Obschon Andrew Jackson erst dreizehn Jahre alt war, so ergriff er doch im Jahre 1780, nachdem sein Bruder Hugh ein Jahr zuvor im Dienste der Freiheit sein Leben verloren, die Waffen für

die Sache des Vaterlandes. Im Jahre 1781 wurde Andrew mit seinem Bruder Robert von den Engländern gefangen und in der Gefangenschaft am Kopf und Arm verwundet, weil er sich weigerte, die Stiefeln seines Besiegers zu putzen. Sein Bruder wurde aus einem ähnlichen Grunde niedergeschlagen und stark beschädigt. — John C. Calhoun wurde im letzten Jahre der Revolution (18. März 1782) geboren, aber sein Vater Patrick Calhoun war während des ganzen Krieges ein eifriger und thätiger Whig. Beide wurden früh verwaist: Jackson's Vater starb vor der Geburt seines berühmten Sohnes, und Calhoun verlor seinen Vater als ein Knabe von dreizehn oder vierzehn Jahren. Beide wurden in Süd-Carolina geboren; denn wenn manche Biographen von Andrew Jackson auch Nord-Carolina als seinen Geburtsstaat angeben, so hat er doch selbst Süd-Carolina ausdrücklich als den Staat seiner Geburt bezeichnet, und zwar in seiner gegen die Nullifikation gerichteten Proklamation vom 11. Dezember 1832, dem wichtigsten und denkwürdigsten Schriftstück, welches er je unterzeichnete und das nicht nur aus seiner Feder, sondern auch aus seinem Herzen floß. Beide gehörten der antiföderalen Schule an, die am Buchstaben der Konstitution festhielt; Calhoun's Vater hatte sich der Annahme der Bundeskonstitution nachdrücklich widersetzt, während Jackson als Repräsentant des erst kürzlich in die Union aufgenommenen Staates Tennessee (die Aufnahme geschah am 5. Dezember 1796) zu der Kongreßminorität von zwölf Mitgliedern gehörte, welche gegen die Adresse stimmte, worin dem General Washington bei seinem Austritt aus der Präsidentschaft die tiefste Bewunderung und der herzlichste Dank des Kongresses und der Nation für alle seine Leistungen während seiner ganzen öffentlichen Laufbahn achtungsvoll gezollt wurde. Andrew Jackson war nicht nur ein Ultrarepublikaner von der Jeffersonischen Schule, welche die Souveränetät der Staaten entschieden behauptete, sondern er stand auch in dem Rufe, mit Oberst Hayne von Süd-Carolina zu sympathisiren, als derselbe seine große Debatte mit Daniel Webster über die Nullifikationstheorie hatte. Beide traten in den Kongreß vor Zurücklegung ihres dreißigsten Jahres, nachdem sie beide vorher schon eine bedeutende Rolle in öffentlichen Angelegenheiten gespielt hatten. Beide wurden zuerst in das Haus der Repräsentanten gewählt, dienten aber später längere Zeit im Senate. Beide waren Sklavenhalter während des größten Theils ihres öffentlichen Lebens und eifrige Verfechter dieses Instituts, so oft dessen Ansprüche oder Interessen angegriffen wurden; keiner von ihnen emanzipirte seine Sklaven in seinem Testamente. Jeder war im Jahre 1824 zum ersten Male Präsidentschaftskandidat, und jeder rechnete dabei auf die Stimmen von Pennsylvanien. Als sich dieser

Staat, durch seine politischen Führer dazu bestimmt, für Andrew Jackson erklärte, trat Calhoun zurück, wurde aber ohne große Opposition zum Vicepräsidenten erwählt. Jackson erhielt zwar, wie wir bereits erwähnt haben, mehr Stimmen, als irgend einer seiner Mitkandidaten, aber nicht die von der Konstitution geforderte absolute Mehrheit der Stimmen, weshalb die Wahl vor das Repräsentantenhaus kam und John Quincy Adams gewählt wurde. Im Jahre 1828 waren Jackson und Calhoun die Kandidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft; sie wurden mit einer triumphirenden Majorität zu diesen respektiven Aemtern gewählt, indem sie mehr als zwei Drittheile der Elektoralstimmen, darunter die Stimmen aller südlich vom Potomac gelegenen Staaten, erhielten. Dies ist der einzige Fall in der Geschichte der Union, wo sowohl der Präsident wie auch der Vicepräsident von den eigentlichen Sklavenstaaten gewählt wurden; denn New-York war nur dem Namen nach ein Sklavenstaat, als seine Bürger Aaron Burr, George Clinton, Daniel D. Tompkins nach einander als Vicepräsidenten mit den drei letzten Präsidenten von Virginien gewählt wurden. Beide, Jackson wie Calhoun, waren hoch von Statur, mager, von straffer Haltung, streng in ihren Sitten, gebieterisch im Wesen, furchtlos und von einem unbeugsamen Eigenwillen, sie waren geschaffen zu leiten, zu herrschen und schwächere Geister zu ihren Zwecken zu verwenden; aber auf die Dauer sich zu verbinden und in Frieden zusammen zu arbeiten, das lag nicht in ihrer Natur. Kaum waren sie die anerkannten Führer ihrer großen und mächtigen Partei geworden, so zerfielen sie mit einander; und ihre Fehde, die nie vollkommen beigelegt wurde, hat auf die Zukunft der Vereinigten Staaten einen bedeutenden, nur ausnahmsweise wohlthätigen Einfluß ausgeübt. Calhoun starb inmitten einer gewaltigen Krisis am 31. Mai 1850 zu Washington, während Jackson fünf Jahre früher, am 8. Juni 1845, auf seinem Gute Hermitage bei Nashville mit dem Bedauern aus dem Leben schied, daß er seiner Zeit nicht die Verurtheilung Calhoun's zum Galgen bewirkt habe.

Die Hauptstreitigkeiten, welche während der zweimaligen Präsidentschaft von Andrew Jackson die verschiedenen politischen Parteien des Landes gegen einander hetzten, betrafen die Tarif- und die Bankfrage. Was das System der inneren Verbesserungen anlangte, so schlug Jackson einen Mittelweg zwischen der Politik von James Madison und John Quincy Adams ein, doch so, daß er sich stets mehr den Ansichten von Madison und Monroe zuneigte, wie z. B. aus einer Vetobotschaft des Jahres 1830 deutlich hervorgeht. „The last administration“, sagte er hier, „has carried the appropriating power to the utmost

extent claimed for it. To justify an appropriation for internal improvement, the object must be one of common defense, and of a general and national, not a local or state benefit". Vergl. Andrew W. Young a. a. O. S. 506 u. 561 ff.

Noch unter der Präsidentschaft von John Q. Adams hatten die Staaten Georgien und Süd-Carolina in der zweiten Sitzung des 20. Kongresses (vom 1. Dezember 1828 bis 3. März 1829) entschiedene Proteste gegen den Tarif vom Jahre 1828, welcher durchschnittlich 48 % des Werthes der Waaren festgesetzt hatte, eingereicht. Beide Staaten drohten mit Nullifikation, und Süd-Carolina erklärte durch seinen Senator William Smith das bestehende Schutzzollsystem geradezu für „unconstitutional, oppressive and unjust". Den Protesten von Georgien und Süd-Carolina, die am 12. Januar und 12. Februar des Jahres 1829 eingereicht wurden, schlossen sich Virginien am 21. Februar, Alama und Nord-Carolina am 28. Februar und selbst die Kaufleute von Boston am 13. Januar des genannten Jahres an. Alle diese protestirenden Denkschriften frischten, wie Freiherr von Hock in seinem werthvollen Werke „die Finanzen und die Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika", S. 94, mit Recht bemerkt, die alten Argumente von neuem wieder auf, welche dahin gingen, daß der Kongreß das Recht der Erhebung von Zöllen lediglich zu finanziellen Zwecken besitze, daß er als Bundesgesetzgebung nicht einen Staat vor dem andern begünstigen dürfe und daß überhaupt das ganze neue Zollsystem widerrechtlich und unkonstitutionell sei. Noch hoffte der Süden auf den neugewählten Präsidenten Jackson und dessen eisernen Willen, und wirklich rieth dieser sowohl in seiner Jahresbotschaft für 1829 als in jener für 1830 zu einer Aenderung des Tarifs; aber wie zum Hohne verfügte der Kongreß, welcher in seiner Majorität zu Gunsten des Fabrikanteninteresses war, infolge der ersten Botschaft am 20. und 29. Mai 1830 eine Ermäßigung der Finanzzölle auf Kaffee, Kakao, Thee, Salz und Zuckermelasse und wies 1831 jeglichen Versuch einer Schutzzollermäßigung zurück. Einer Antitarif-Konvention in Augusta im Staate Georgien am 3. August 1831 und einer Freihandels-Konvention in Philadelphia am 7. Oktober stellte die reiche Schutzzollpartei am 26. Oktober eine Konvention in New-York zu Gunsten des Tarifs entgegen. Der Acker- und Landbau mußte um diese Zeit in seiner harmlosen Vereinzelung den geschlosseneren und wohl organisirten Rheder-, Fabrikanten- und Pflanzerinteressen das Feld räumen, und diese beiden mächtigen Faktoren kämpften, den ärmeren Farmer zwischen sich nehmend, um die hart bestrittene Herrschaft. Ihre bezahlten Bundesgenossen aber waren die Advokaten, welche Friedrich Kapp

als die „reaktionärsten Revolutionäre" und „revolutionärsten Reaktionäre" bezeichnet. Und in der That begann man unter Jackson's Präsidentschaft die Politik als einen bürgerlichen Erwerbszweig und ein einträgliches, wenn auch eben deshalb oft nicht sehr geachtetes, Geschäft zu betrachten, welches im Süden der Sklavenbesitzer und im Norden der Advokat als die dazu passendsten Persönlichkeiten besorgten. —

Als Präsident Jackson in einer neuen Kongreßbotschaft die Tarifreform abermals befürwortete und sich vorzüglich auf die vorhandenen Ueberschüsse der Einnahmen berief, welche den Ertrag der Zölle als eine Verlegenheit für den Staatsschatz erscheinen ließen, ordnete der Kongreß am 19. Januar 1832 eine Enquête über den Zustand der Industrie an. Dem Schatzsekretär aber, welcher das erfolgte Ergebniß zugleich mit dem Entwurfe eines Zolltarifs vorlegte, nach welchem der Durchschnittssatz der Zölle auf 27 % des Werthes der Waaren (ad valorem) ermäßigt und vorzüglich hierdurch der Ertrag der Zölle auf 12 Millionen Dollars des Jahrs herabgebracht werden sollte, antwortete der Kongreß durch einen Gegenentwurf, der zwar die Zahl der zollfreien Gegenstände ansehnlich (auf 270) erhöhte und einige Zölle auf Nebenprodukte ermäßigte, im übrigen jedoch die Schutzzölle des Jahres 1828 unangetastet bestehen ließ, ja die für Thonwaaren noch erhöhte. Am 3. März 1833 sollten die neuen Zölle in Wirksamkeit treten. —

Jetzt kam aber die lange genährte Erbitterung des Südens, der sich noch außerdem in den Erwartungen, die er von Andrew Jackson gehegt hatte, vielfach getäuscht sah, zum Ausbruch. Am 23. Juli 1832 trat ein Konvent in Charleston in Süd-Carolina zusammen, welcher die Ungültigkeit (Nullification) des Tarifgesetzes aussprach und zum Widerstande gegen dasselbe aufrief. Ein zweiter Konvent desselben Staates versammelte sich im Kapitol zu Columbia, der Hauptstadt von Süd-Carolina, am 19. November 1832; diese Versammlung bestand aus den leitenden Politikern der Calhoun'schen Schule und den Häuptern der vornehmsten Familien der Sklavenbarone. Das Endresultat der Berathungen war eine Nullifikations-Ordinanz, welche von einem aus 21 Mitgliedern bestehenden Committee entworfen war und einstimmig angenommen wurde. In dieser Ordinanz wurde der bestehende Tarif für „null und nichtig, für ungesetzlich und als nicht verbindlich für Süd-Carolina, seine Beamten oder Bürger" (null, void, and no law, nor binding on this State, its officers, or citizens) erklärt; auch wurde das Verbot erlassen, daß nach dem ersten folgenden Februar der von dem Gesetze auferlegte Eingangszoll in dem Staate Süd-Carolina noch ferner bezahlt würde. Die Ordinanz beauftragte außerdem die Staatsgesetz-

gebung, eine den Tarif in der angegebenen Weise aufhebende Akte zu beschließen, sie bestimmte, daß keine Appellation an den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gegen die Gültigkeit besagter Akte zulässig sein, daß keine Abschrift von den Verhandlungen behufs einer solchen Appellirung genommen werden und jeder Versuch, an einen Gerichtshof der Vereinigten Staaten gegen eine Entscheidung eines Staatsgerichts, wodurch die Nullifikations-Ordinanz für rechtsgültig und bindend erklärt war, zu appelliren, als „eine Verachtung" dieses Staatsgerichtshofes behandelt werden sollte. Jeder Beamte des Staates und jeder Jurymann mußte ausdrücklich schwören, dieser Ordinanz und allen darauf basirten Bestimmungen gehorchen zu wollen. Im Falle die Unionsregierung versuchen sollte, das so abgeschaffte (nullified) Zollgesetz zu vollstrecken oder den auswärtigen Handel des Staats auf irgend eine Weise zu hemmen oder zu belästigen, so sollte Süd-Carolina — wie nachstehender wörtlicher Auszug aus der Nullifikations-Ordinanz beweist — sich nicht mehr als ein Glied der föderalen Union ansehen: „das Volk dieses Staates wird sich alsdann aller Verbindlichkeiten, seine politische Verbindung mit dem Volke der andern Staaten aufrecht zu erhalten und zu bewahren, entbunden ansehen, es wird sofort zur Organisirung einer eigenen Regierung schreiten und alle Handlungen und Maßregeln vornehmen, welche einem souveränen und unabhängigen (sovereign and independent) Staate von Rechtswegen zukommen". —

Die Legislatur von Süd-Carolina erwählte Daniel Webster's Gegner, Robert Y. Hayne, zum Gouverneur des Staates und schritt ohne weiteren Aufenthalt dazu, die zur Ausführung der Ordinanz nothwendigen Gesetze zu erlassen. Der Gouverneur aber rief Freiwillige unter die Waffen, die indessen noch nicht für den Staat beeidigt, sondern nur aufgefordert wurden, zu jeder Stunde bereit zu sein, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen. Herr Calhoun aber, der sich mit Andrew Jackson wegen verschiedener Dinge — namentlich durch die Intriguen von van Buren — überworfen hatte, legte sein Amt als Vicepräsident nieder (drei Monate vor Ablauf seiner Dienstzeit) und wurde an Stelle Hayne's, der das Gouverneursamt übernommen hatte, in den Bundessenat gewählt. Er verließ seinen von Kriegsrüstungen wiederhallenden Staat und ging ruhig nach Washington, wo er seinen Sitz im Senate einnahm und auf's neue seinen Eid, die Bundeskonstitution aufrecht zu erhalten, schwur, als wenn er nichts von dem Sturme wüßte, den er heraufbeschworen und der jetzt drohte, sich über seinem schuldigen Haupte zu entladen. —

Mit anerkennenswerther Energie, die mit der hochverrätherischen

Unentschiedenheit, welche ein James Buchanan 28 Jahre später der in Charleston ausgebrochenen Rebellion gegenüber an den Tag legte, einen schneidenden Kontrast bildet, traf Andrew Jackson sofort wirksame Anstalten, den drohenden Aufruhr niederzuwerfen und die Autorität des Bundes zu schützen. Am 3. Dezember 1833 versammelte sich der Kongreß. In seiner Botschaft, die er am folgenden Tage den Repräsentanten des Volkes vorlegte, erwähnte der Präsident der Gefahr des Bürgerkrieges mit keinem Worte; aber sieben Tage darauf wurde die ganze Union elektrisirt durch die Erscheinung der berühmten Proklamation, worin das Haupt der Nation seinen festen Entschluß aussprach, die Nullifikation als Hochverrath zu zermalmen. —

Andrew Jackson war nicht der Mann, welcher sich so leicht von seinen Ansichten abbringen und durch Bravaden einschüchtern ließ. Am 13. April 1830 war der Geburtstag Jefferson's von einer auserlesenen Gesellschaft in Washington feierlich begangen worden. Jackson brachte den Toast aus: „Our Federal Union: it must be preserved!“ Calhoun folgte als Vicepräsident und sprach: „The Union: next to our Liberty the most dear: may we all remember that it can only be preserved by respecting the rights of the States, and distributing equally the benefit and burden of the Union!“ Jackson's Toast war wohl verstanden und mit Jubel begrüßt worden; Calhoun's Toast dagegen trübte die herrschende frohe Stimmung, denn er opferte die Union der Lehre von den Staatsrechten, einer falsch verstandenen Freiheitsdoktrin. Während Jackson sich hinsichtlich der obwaltenden Streitigkeiten mehr auf die Seite Webster's stellte, nahm Calhoun Hayne's Standpunkt ein und stellte unverhüllt die Nullifikation in Aussicht. Das Sprichwort: „Coming events cast their shadow before“, d. h. künftige Ereignisse werfen ihren Schatten voraus, fand hier seine Anwendung. Calhoun und seine Anhänger beriefen sich auf die von Jefferson theils entworfenen, theils gebilligten Kentucky- und Virginia-Resolutionen vom Jahre 1798, und kehrten sich wenig daran, daß der alte James Madison in seiner und Jefferson's Vertheidigung erklärte: „The nullifiers make the name of Mr. Jefferson the pedestal of their colossal heresy“. Seit 1830 ist aber infolge der Nullifikationsbestrebungen der Geburtstag von Thomas Jefferson selten oder nie mehr öffentlich vom Volke gefeiert worden. Vergl. Thomas H. Benton, a. a. O. B. I. S. 148 ff. —

Das moralische Recht der Revolution in der Geschichte der Völker anerkennend, sagte Jackson in seiner mehrfach erwähnten Proklamation vom 11. Dezember 1833 in Bezug auf das rebellische Unterfangen von Süd-Carolina: „Ich betrachte die Gewalt, welche sich ein Einzelstaat

anmaßt, indem er ein Vereinigten-Staaten-Gesetz annullirt, als unverträglich mit der Existenz der Union, als im Widerspruch mit dem Geiste der Konstitution stehend, als unvereinbar mit den Prinzipien, auf welche sie gegründet ist, als tödtlich für den großen Zweck, für den sie geschaffen ist. Die Einzelstaaten besitzen keine vollständige Souveränetät (the States severally have not retained their entire sovereignty). Die Konstitution der Vereinigten Staaten, welche bestimmt war: to form a more perfect Union, bildet eine einheitliche Regierung (a government) und keinen bloßen Verein (a league)." Der Präsident ließ, wie sein Vorgänger Adams, dem Worte sofort die That folgen, und als seine Truppen und Schiffe vor dem aufrührerischen Charleston ankamen, „die Hochverräther" zu strafen, hatte die offene Rebellion ihr Ende gefunden. —

Um aber Norden und Süden zu versöhnen, brachte Henry Clay, dieses Mal im Einverständniß mit dem durch Jackson's energisches Auftreten etwas eingeschüchterten Calhoun, kurz vor dem Schlusse der Kongreßsitzung von 1833 im Senate eine Bill ein, welche später auch vom Repräsentantenhause auf- und angenommen wurde und einen Kompromiß zwischen den Fabrikanten- und Pflanzerinteressen anbahnte. Diese Bill bestimmte für alle nicht zollfreien Artikel eine gleichmäßige Eingangsabgabe von 20 Prozent, welche in einer gleitenden Skala allmählig erreicht werden sollte. Allein der von Clay zu Stande gebrachte Kompromiß hatte viele und mächtige Feinde. Präsident Jackson erblickte in der oberflächlichen und gewissermaßen nur durch die augenblicklichen Umstände erzwungenen Beilegung des Tarifstreites den Samen künftiger Gefahren und schwerer Calamitäten. Er hielt eben Calhoun für einen Hochverräther und bedauerte es stets, daß er ihn nicht hatte festnehmen und eine Untersuchung wegen Hochverraths gegen ihn einleiten lassen. Er stellte entschieden und mit klarer Einsicht der Sachlage in Abrede, daß die Unzufriedenheit mit dem Schutztarif der einzige und wahre Grund sei, der den ehrgeizigen und ruhelosen Karoliner zu dem Nullifikationsversuche getrieben habe. „Der Tarif", so schrieb er 1834 an einen vertrauten Freund in Georgien, „ist nur ein Vorwand; das nächste Disunionsmittel wird die Sklaven- oder Negerfrage sein". Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 102. Auch Daniel Webster wollte, wie uns Thomas H. Benton berichtet, auf den Versöhnungsvorschlag Clay's nicht eingehen; er erklärte in edler Weise: „Man würde große Prinzipienfragen einem faktiösen Interesse zum Opfer bringen; die Zeit sei gekommen, wo man die Stärke der Konstitution und Bundesregierung prüfen müsse." Thomas H. Benton, der zu jener Zeit Mit-

glied des Bundessenats war und die geheime Geschichte des faulen Kompromisses genau kannte, spricht sich darüber in seinem öfter citirten Werke B. I. S. 344 folgendermaßen aus: „Was die äußere Geschichte dieser Maßregel anlangt, so habe ich wie ein Chronikenschreiber die einschlagenden offiziellen Dokumente gesammelt; nach ihnen erscheinen Calhoun und Clay als die leitenden Geister (master spirits), welche den Sturm beschwören, den sie selbst heraufgerufen; wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so findet man, daß sie nur untergeordnete Menschen (subaltern agents) sind, welche durch die zwingende Nothwendigkeit der Lage, in der sie sich befanden, zu ihren Handlungen getrieben wurden und in der That nicht so wohl für ihr Vaterland, als für ihr eigenes Interesse arbeiteten — Henry Clay, indem er für den Schutztarif wirkte und sich dadurch die Unterstützung der Fabrikantenpartei sicherte, und Calhoun, indem er sich vor der drohenden Gefahr einer Hochverrathsanklage schützte; beide aber suchten sich freie Hand zu schaffen, um gemeinsam späterhin Andrew Jackson und van Buren bekämpfen zu können.“ Diese treffende Darstellung von Benton erinnert indessen gar deutlich an die Politik, welche in den letzten zwei Jahren in Deutschland von gewissen Leuten befolgt worden ist. Das Aufopfern großer Prinzipien, um einen momentanen Erfolg zu erzielen, trägt eben so wenig gute Früchte, wie das starre und trotzköpfige Festhalten an Meinungen und Ansichten, die von der Zeit überholt sind. Wenn Prinzipienreiterei überall lächerlich und oft verderblich ist, so hat andererseits das Aufgeben heiliger Rechte und als wahr anerkannter Grundsätze der Freiheit noch niemals dauernden Ruhm, wirkliche Ehre und thatsächlichen Vortheil gebracht. Mag die Verlockung von oben oder von unten kommen, mag die Gnadensonne eines Fürsten, der Beifall eines allmächtigen Ministers oder das wetterwendische Zujauchzen der großen Masse auf das Gemüth eines Volksfreundes Eindruck machen, — nimmermehr darf er, will er anders in Wahrheit der Freund der Freiheit und des Vaterlandes sein, einem mächtigen und klugen Gegner gegenüber in falschverstandenem Opfermuthe Rechte und Prinzipien preisgeben, die weder durch ihn allein entstanden sind, noch ihm allein angehören. Es ist eine Afterstaatsweisheit, die im Nachgeben und Kompromißmachen das höchste Ideal eines Politikers zu finden glaubt. Eine kluge, umsichtige, alle Verhältnisse möglichst genau in Betracht ziehende und dabei doch furchtlose und energische Prinzipientreue ist das einzige Mittel, der Wahrheit, dem Rechte und der Freiheit eine Gasse zu bahnen. Die Vorliebe für Kompromisse, welche neulich der Kanzler des norddeutschen Bundes so rührend aussprach, darf nicht einschläfernd wirken, sondern

muß die Wachsamkeit der Freiheitsfreunde nur um so mehr vergrößern, da Redefreiheit ohne ein freies Vereinsrecht und ohne vollkommen freie Presse nur eine klägliche Abschlagszahlung ist. Der amerikanische Grundsatz: The price of liberty is eternal vigilance enthält eine tiefe Wahrheit und die Worte des alten Dichters bleiben für jeden sich im öffentlichen Leben beschäftigenden Manne stets golden:

Justum et tenacem propositi virum
non civium ardor prava jubentium
non vultus instantis tyranni
mente quatit solida, — — — —.

Aber auch John Quincy Adams bezeichnete in einer später gehaltenen Rede den von Clay und Calhoun bewerkstelligten Kompromiß als das Resultat eines „Kompaktes zwischen dem Süden und dem Westen, an dem Neuengland oder der Osten der Union keinen Theil gehabt, den man hier herunterzuwürgen gezwungen war." Er hatte damit die Sachlage in mancher Hinsicht richtig gezeichnet. Die Fabrikstaaten waren von dem neuen Tarif nahezu überrascht worden, aber die Ueberraschung lag weniger in den Verhältnissen, als in der parlamentarischen Behandlung der Frage. Die Opposition gegen den Schutzzolltarif beschränkte sich außerdem nicht mehr auf den Süden, wie im Jahre 1828, sie begann sich auch im fernen Westen auszubreiten. Die Farmer und Ackerbauer des Westens glaubten sich in demselben Maße, wie der Reichthum und die Macht der Fabrikanten und Kapitalisten stieg, zu Gunsten des industriellen Ostens besteuert und dachten wenig daran, daß sie mit der kräftigeren Entwickelung der durch freie Arbeit im Osten gehobenen Industrie auch einen bessern Markt für ihre Produkte gewannen. Das Gewicht, welches der Westen in die Wagschale der Union warf, wuchs an Bedeutung mit der Ausbreitung seiner Ansiedelungen und dem Hinzuströmen fremder Einwanderer, namentlich aus Deutschland und Irland. Dazu kam, daß das entferntere Inland durch die Eröffnung des Erie-Kanals im Jahre 1825 mit dem atlantischen Meere in eine direkte Verbindung getreten war und an Selbstgefühl und Macht wesentlich zugenommen hatte. —

Vergebens versuchte die national-republikanische Partei im Jahre 1832 durch Aufstellung von Henry Clay als Gegenkandidaten Andrew Jackson in der Präsidentenwahlschlacht zu schlagen; sie unterlag so entschieden, daß sie sich sogar gezwungen sah, ihren Namen aufzugeben und sich mit den Antimasons (Gegnern der Freimaurer, einer ephemeren Partei, die namentlich in New-York eine vorübergehende Bedeutung erlangte) zu vereinigen. Von den Elektoralstimmen hatte Jackson 219

und Clay 49 erhalten; Süd-Carolina, das weder Jackson noch Clay wählen wollte und Calhoun nicht erwählen konnte, gab seine 11 Stimmen John Floyd von Virginien; die 7 Stimmen von Vermont fielen aber auf William Wirt, den talentvollen Ankläger Aaron Burr's, als den Kandidaten der Antimason-Partei. Aus der Vereinigung der National-Republikaner mit den Antimasons gingen in der Folge die Whigs hervor, welche ihre demokratischen Gegner mit den englischen Tories verglichen und sich für die einzig wahre und echt republikanische Partei hielten, obgleich sie die Ueberlieferungen der letzteren meistens aufgaben und wesentlich andere Fragen und Probleme in die amerikanische Politik einführten. Die Sklavenfrage möglichst ignorirend, legten sie den Hauptnachdruck auf die Verwirklichung des „amerikanischen Systems", auf die Banken, den Tarif und die inneren Verbesserungen. Wie Jackson die Seele der demokratischen Partei, so war Clay die Seele der Whigs. —

Zu gleicher Zeit, wo die Nullifikationsbewegungen in Süd-Carolina das Interesse der Bundesgesetzgebung und der ganzen Union in so hohem Maße in Anspruch nahmen, reichte Calhoun mit verwegenem Muthe eine Reihe von Resolutionen beim Bundessenate ein, die er selbst „Resolutions on the power of the government" nannte, die aber in der That den Kern der ganzen Nullifikationslehre enthielten. Der wesentliche Inhalt dieser Resolutionen, die in mehr als einer Hinsicht an den losen und unfertigen Zustand des norddeutschen Bundes erinnern, ist folgender:

1. Die Völker der Einzelstaaten, welche die Vereinigten Staaten bilden, sind als kontrahirende Theile verbunden durch einen konstitutionellen Vertrag, zu welchem das Volk eines jeden Staates mit Bewahrung seiner besonderen Souveränetät seine Zustimmung gab, indem es diesen Vertrag durch eine selbstständige Ratifikation anerkannte. Die Union, welche durch diesen Vertrag (compact) ins Leben trat, ist eine Vereinigung der denselben ratifizirenden Staaten.

2. Die Völker der Einzelstaaten, welche sich durch den erwähnten konstitutionellen Vertrag vereinigten, haben eine Generalregierung geschaffen, welcher sie bestimmte Gewalten (certain definite powers) übertrugen, jedoch in der Art, daß jeder Einzelstaat sich gewisse Souveränetätsrechte für seine eigene gesonderte Regierung reservirte. Wenn daher die Generalregierung sich herausnimmt, durch den konstitutionellen Vertrag **nicht** delegirte Befugnisse (not delegated powers) auszuüben, so sind ihre Maßregeln und Handlungen unverbindlich und ohne rechtliche Wirksamkeit (unauthorized and of no effect). Die Generalregierung hat

nicht die letzte Entscheidung darüber, ob sie ihre Befugnisse überschritten hat, oder nicht; sondern die souveränen Kontrahenten (Einzelstaaten) sind wie bei allen anderen Verträgen, so auch hier, berechtigt zu urtheilen, ob die Vertragsbedingnisse eingehalten wurden oder nicht, und wie eine Abhülfe zu ermöglichen.

3. Ganz unbegründet, sowohl vom Standpunkt der Geschichte wie vom Standpunkt der Logik, ist die Behauptung, daß die Völker der Vereinigten Staaten infolge des mehrfach erwähnten Vertrages eine Nation oder ein Volk bilden oder jemals gebildet haben, daß die verschiedenen Einzelstaaten durch das Zustandekommen der Union ihre Souveränetätsrechte aufgaben und daß die Bürger der Einzelstaaten der Generalregierung gegenüber zum Gehorsam verpflichtet sind. Demnach sind alle Gewaltsanmaßungen von Seiten der Generalregierung, die sich auf diese falschen Behauptungen als gerechtfertigt beziehen, nothwendig irrig und unkonstitutionell, sie laufen direkt auf die Zertrümmerung der Souveränetät der Einzelstaaten hinaus, zerstören den föderalen Charakter der Union und beabsichtigen die Errichtung einer konsolidirten und schrankenlosen Herrschaft, die, weil sie jeder konstitutionellen Begrenzung entbehrt, schließlich den Untergang aller Freiheit herbeiführen muß. —

Zur Begründung dieser unionsfeindlichen Resolutionen hielt Calhoun am 15. Februar 1833 jene berühmte Rede, in welcher er die Vetoberechtigung der alten Tribunen Rom's feierte, Beispiele aus der jüdischen Geschichte citirte und das Recht der Minorität der Majorität gegenüber gewahrt wissen wollte. Er verglich das Recht des Veto mit dem Recht der Nullifikation und meinte, diese beiden Rechte bildeten das einzige Heilmittel, Disunion und Sezession zu verhindern, für die Minorität sei in der römischen Geschichte durch die Auswanderung auf den heiligen Berg für alle Zeiten ein nachahmungswerthes Beispiel gegeben, die Majorität aber möge sich das Ausscheiden der zehn Stämme, welche das Reich Israel bildeten, zur Warnung dienen lassen. —

Dieser geistreichen und wohldurchdachten, aber dennoch die Wahrheit wie mit Füßen tretenden Rede opponirte Daniel Webster mit Geschick und Würde. Er deckte in klarer und ruhiger Weise, aber dennoch mit vernichtender Schärfe die sophistischen Schlußfolgerungen und unwahren Behauptungen Calhoun's auf und faßte seine eigenen Ansichten über das Wesen der amerikanischen Regierungsform, gestützt auf den Geist und den Wortlaut der Konstitution, gestützt auf die Geschichte der Vereinigten Staaten und auf die ewigen Prinzipien einer jeden vernunftgemäßen Staatsregierung, in nachstehenden vier kurz abgerundeten und scharf zugespitzten Sätzen zusammen:

1. Die Konstitution der Vereinigten Staaten ist nicht das Resultat einer Vereinigung, einer Konföderation oder eines Vertrages (league, confederacy or compact) zwischen den Völkern der verschiedenen Einzelstaaten kraft ihrer Souveränetätsrechte, sondern sie schuf ein selbstständiges Regierungswesen (a government proper), indem sie auf der Basis, die ihr die Annahme des Volkes (the adoption of the people) gegeben, direkte Beziehungen zwischen dieser Regierung und zwischen Individuen begründete.
2. Kein Einzelstaat besitzt die Befugniß, diese Beziehungen aufzulösen; eine Revolution allein kann sie aufheben; deshalb kann keine Sezession ohne Revolution stattfinden.
3. Es besteht ein oberstes Gesetz, hervorgegangen aus der Konstitution der Vereinigten Staaten, aus den vermöge dieser Konstitution genehmigten Beschlüssen des Kongresses und aus Verträgen (treaties). In Fällen, welche eine Entscheidung irgend eines Gerichtshofes ausschließen, muß der Kongreß Richter sein und das oberste Gesetz endgültig interpretiren; in Fällen aber, welche eine gerichtliche Entscheidung zulassen und thatsächlich nothwendig machen, hat der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die endgültige Interpretation.
4. Wenn ein Einzelstaat den Versuch macht, ein Kongreßgesetz zu abrogiren, annulliren oder nullifiziren (abrogate, annul or nullify), oder dessen Ausführung unter dem Vorwande, dieses Gesetz sei unkonstitutionell, innerhalb seiner Grenzen verhindert, so ist ein solches Verfahren eine direkte Usurpation der der Generalregierung zustehenden Befugnisse und der an die übrigen Einzelstaaten gleich vertheilten Rechte, es ist eine offenbare Verletzung der Konstitution und nach Form und Inhalt ein entschieden revolutionäres Vorangehen.

Webster schloß seine ausgezeichnete Rede, die seinen Patriotismus noch mehr leuchten ließ, als seine seltene Beredsamkeit, mit der Andeutung, daß Calhoun und seine Anhänger noch andere Gründe zur Sezession haben müßten, als die Opposition gegen ein Tarifgesetz; und McDuffie erklärte auch geradezu, er billige die Sophistereien Calhoun's nicht und wenn er mit ihm die Tendenz der Kentucky- und Virginiaresolutionen von 1798 vertheidige, so geschehe dies, weil er das revolutionäre Recht der Selbstvertheidigung gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck anerkenne. Vergl. Thomas H. Benton, a. a. O. B. I. S. 334—342. —

Es würde überflüssig sein und uns außerdem auch zu weit führen, wenn wir noch mehr, als es schon durch die mitgetheilten Argumente aus Webster's Rede geschehen ist, die Haltlosigkeit von Calhoun's Stand-

punkt darzuthun versuchten. Weder die Prämissen, von denen er ausgeht, noch die Schlußfolgerungen, zu denen er kommt, sind stichhaltig; nur so viel ist richtig, daß die Souveränetät der nordamerikanischen Nationalregierung hinsichtlich der Revision und Abänderung der Unionsverfassung durch die Rechte der Einzelstaaten beschränkt ist (vergl. Constitution of the United States, art. V.). Der als Staatsrechtslehrer berühmte Kanzler Kent erklärte die Interpretation, welche Calhoun der amerikanischen Konstitution angedeihen ließ, für eitel, ungesund und sophistisch (visionary, unsound and sophistical), und in ähnlichem Sinne hat sich auch Professor Rüttimann in seinem Werke, „das nordamerikanische Bundesstaatsrecht verglichen mit den politischen Einrichtungen der Schweiz,“ Zürich, 1867. B. I. S. 62—72 ausgesprochen. —

Nächst der Tariffrage war es die Bankfrage, welche während der Administration Jackson's das Land und die verschiedenen politischen Parteien am meisten in Bewegung und Aufregung versetzte. Jackson und seine Freunde, namentlich Thomas H. Benton, behaupteten, die Vereinigte Staaten Bank, welche seit 1791 bestand und schon von Jefferson und Madison bekämpft worden war, sei ein Staat im Staate und in einer Republik, die vollkommene Freiheit der Banken gewähren müsse, in keiner Weise zu dulden. Da nun der Freibrief der genannten Staatsbank am 3. März 1836 erlosch, so beschloß Jackson, daß dieselbe an diesem Tage untergehen sollte, und er führte seinen Entschluß durch. Gegen den Willen des Kongresses entzog er die Vereinigten Staaten-Fonds der Verfügung der Staatsbank, entfernte willkürlich den ihm Widerstand leistenden Finanzminister Duane, setzte an seine Stelle eben so eigenmächtig den fügsamen Oberstaatsanwalt Roger B. Taney, deponirte die öffentlichen Gelder in gewissen bevorzugten Banken und trug damit, wie wohl mit Recht behauptet werden darf, nicht wenig zu den schweren Finanzkalamitäten des Jahres 1837 bei. —

Andrew Jackson sah in der Staatsbank wesentlich ein aristokratisches Institut, welches mit seinem bedeutenden Kapital, seinen zahlreichen Filialen im Innern der Union, seiner enormen Anzahl von Interessenten und Beamten und seinen vielfachen intimen Beziehungen zu den Geschäften des ganzen Landes eine gefährliche Macht im Staate zu bilden suche und deshalb um jeden Preis unschädlich gemacht werden müsse. Nun liegt es allerdings einerseits in der Natur der Sache, daß eine Menge von Mißbräuchen mit der Bank im Laufe der Zeit verwachsen waren, daß ihre Beamten großartige und gewagte Spekulationen trieben — so soll z. B. Nikolaus Biddle, ihr letzter Präsident, wiederholt ganze Baumwollerndten aufgekauft haben — und daß sich ein gewisser Nepo-

tismus und Favoritismus in die Bank einschlich; allein andererseits läßt sich auch nicht leugnen, daß ihr Vorwürfe gemacht wurden, die nur aus völliger Unkenntniß der gewöhnlichsten national-ökonomischen Grundsätze hervorgingen. Unter allen Umständen rechtfertigten die vorhandenen Uebelstände eine vollständige Zerstörung des ganzen Institutes nicht. Es ist sicherlich eine unkluge und verdammenswerthe Finanzpolitik, in einem Lande, wie die Vereinigten Staaten, wo der unentwickelte Reichthum desselben millionenmal größer ist, als der schon entwickelte, und wo das Baarkapital in keinem Verhältniß zu den innern, noch nicht flüssig gemachten Hülfsquellen steht, ein System einzuführen, welches den Geschäften einen verhältnißmäßig bedeutenden Theil seines ohnedies sehr limitirten Kapitals entzieht und Millionen in den Koffern der Regierung nutzlos verschließt. Jackson aber hatte es mit seiner unerbittlichen Verfolgung der Staatsbank auch vornehmlich auf seine politischen Gegner abgesehen, denn er nahm ihnen in der Bank das Hauptmittel seiner Bekämpfung, eine mächtige Maschine, die bei den Wahlen leicht gegen ihn und seine Partei den Ausschlag geben konnte. Der Schlag aber, welchen er der Aristokratie des Nordens versetzte und von dem sie sich auf politischem Gebiete lange nicht erholen konnte, kräftigte und stärkte leider die Aristokratie des Südens, die seitdem die ganze Regierungsmaschine viele Jahre hindurch in Händen hielt und zu ihrem Vortheile benutzte. Unter den gebildeteren Klassen, den Kapitalisten, Fabrikanten, Kaufleuten und Spekulanten brach unter der Führerschaft von Clay und Webster ein furchtbarer Sturm des Unwillens ob der rigorosen Maßregeln Jackson's los; aber die Massen standen auf Seiten des Präsidenten, sie wähnten ihn von der Geldaristokratie angegriffen, von der sie selber nicht selten zu leiden hatten. Die Opposition gegen die Staatsbank wurde populär und der alte Haudegen von Neu-Orleans stieg durch sie, wenn dies überhaupt noch möglich war, nur noch mehr in der Gunst des Volkes. —

Zwar versuchten die Freunde der Bank und die Vertheidiger der Macht des Kongresses eine Anklage (impeachment) gegen Jackson zu erheben; indessen die Körperschaft, von der allein eine solche Anklage ausgehen konnte, das Haus der Repräsentanten, war in seiner Majorität für ihn gestimmt. Der Senat, in welchem die entgegengesetzte Meinung vorherrschte, begnügte sich daher in seinem Protokolle vom 28. März 1834 (nicht 1833, wie Freiherr von Hock berichtet) auf Henry Clays Antrag den Beschluß niederzulegen, daß der Präsident bei seinen Verfügungen in Ansehung der Staatsgelder sich eine Macht angemaßt habe, welche ihm weder durch die Verfassung noch durch die Gesetze des Landes zukomme,

vielmehr beiden widerstreite. Gegen diesen Beschluß brachte Jackson am 15. April eine geharnischte Rechtsverwahrung ein, welcher die Majorität des Senates jedoch die Anerkennung verweigerte. —

Jackson setzte mit eiserner Ruhe den rücksichtslosen Kampf gegen die Bank fort, und der Kongreß fügte sich seinem gewaltigen Willen. Der Freibrief der Bank wurde nicht verlängert, sondern erlosch am 3. März 1836. Durch ein Gesetz vom 11. April 1836 wurde ihr folgerecht auch die Verwaltung des Amortisationsfonds, fünf Tage darauf die Auszahlung der Pensionen, am 15. Mai die Annahme ihrer Noten bei den öffentlichen Kassen und am 23. Juni 1836 der Rest der Kassageschäfte des Staates entzogen. Der Schatzsekretär wurde ermächtigt, die Unionsgelder Staatenbanken bis zum $^3/_4$ ihres Kapitals anzuvertrauen; die Wahl unter diesen war seinem Ermessen überlassen, nur Banken, die Noten unter 5 Dollars ausgaben, hatte er auszuschließen; Sicherheit und Zinsenvergütung zu fordern, war ihm freigestellt, aber nicht zur Pflicht gemacht. Größere Summen und auf längere Zeit, als nöthig, sollte er nicht im Besitze der Staatenbanken lassen, auch fehlte die Formel nicht, daß er in allen Dingen durch öffentliche und nicht durch Privat-Interessen sich leiten zu lassen habe. Diese letzteren Bestimmungen waren wohl nicht überall das, was Jackson eigentlich wollte. Auch die mit der Bank zusammenhängenden Staatenbanken, ja das ganze Banksystem sollte durch den Bannstrahl der Generalregierung getroffen werden. Auf seinen Antrieb wurde der Antrag im Kongresse eingebracht, bei den Staatskassen nur Edelmetall als Zahlung anzunehmen; der Kongreß verwarf diesen Antrag, aber Jackson traf am 4. Juli 1836 eigenmächtig eine dahin gehende Verfügung. Die Executive, so erklärte er zu seiner Rechtfertigung, könne ihren Kassen vorschreiben, welche Geldsorten sie anzunehmen und zurückzuweisen hätten. Der Kongreß drang auf Zurücknahme dieser Verfügung; Jackson gehorchte nicht: die Bill des Kongresses sei so undeutlich, meinte der Präsident kaum eine Stunde vor Niederlegung seines Amtes, daß er über mehrere Punkte das Gutachten des Generalstaatsanwaltes habe einholen müssen, und da dieser dieselben Unklarheiten gefunden, so habe er seine Zustimmung verweigert. —

Die oben erwähnte protokollarische Rüge vom 28. März 1833 wurde aber durch Benton's Bemühungen am 16. Januar 1837 von dem erneuerten Senate durch die sogenannte expunging resolution zurückgenommen und von ihr ist nichts übrig, als ein Blatt Papier, dessen Inhalt durchstrichen ist und das man wohl den Fremden, welche das Kapitol in Washington besuchen, als eine seiner Merkwürdigkeiten zeigt. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 602 ff. Thomas H. Benton,

a. a. O. B. I. S. 411 ff. u. S. 717 ff. von Hock, a. a. O. S. 417 ff. —

Als Jackson in seiner Eröffnungsbotschaft zur zweiten Sitzung des dreiundzwanzigsten Kongresses in derber Weise gewisse Zwangsmaßregeln vorschlug, wodurch eine fällige Schuld von Frankreich im Betrage von 5 Millionen Dollars eingefordert werden sollte, erhoben seine Gegner ein furchtbares Geschrei. Der Präsident, so hieß es, wolle die bereits herrschende Noth noch durch einen auswärtigen Krieg steigern, und zwar durch einen Krieg gegen die tapfere Nation der Franzosen, welche der Union ihre Unabhängigkeit habe erringen helfen. Die Opposition im Kongresse und in der Presse schleuderte die wüthendsten Anklagen und Vorwürfe gegen das Haupt der Republik. Und so geschah es, daß in jener aufgeregten und von allerlei Bedrängnissen erfüllten Zeit ein arbeitsloser Mensch, Richard Lawrence, der Union einen Dienst zu leisten vermeinte, wenn er Andrew Jackson, den er für den Urheber seiner und der allgemeinen Noth hielt, durch einen Mord aus der Welt befördern würde. Allein die Pistole versagte zweimal dem überspannten und halbirrsinnigen Uebelthäter, der von Geburt ein Engländer und seiner Profession nach ein Stubenmaler war, und der Engel des Todes ging an Jackson vorüber. Der Schuldige wurde in ein Irrenhaus gesteckt, und das Ereigniß diente nur dazu, das Ansehen und die Popularität des Präsidenten zu heben. Vergl. Th. H. Benton, a. a. O. B. I. S. 521. ff. —

Bevor wir nun auf die Entwickelung der politischen Parteien unter den Amtsnachfolgern von Andrew Jackson übergehen, haben wir nur noch einzelne Momente, die zur Charakteristik der Parteiverhältnisse während Jackson's Administration nicht ganz unwesentlich sind, in aller Kürze hervorzuheben.

In seiner Inauguralrede versprach Jackson, gegen die Indianerstämme „eine gerechte und freisinnige Politik" (a just and liberal policy) walten zu lassen. Allein seinem harten und einseitigen Parteisinne lag die milde Gerechtigkeit eines John Quincy Adams fern; seinen Worten nach war er zwar ebenfalls gerecht und milde gegen die unglücklichen Rothhäute, seine Thaten aber waren mehr als strenge, sie waren grausam. Was der Sklavenstaat Georgien unter John Q. Adams nicht durchzusetzen wagte, das erreichte er unter Jackson rasch und leicht. Trotz aller feierlichen Verträge, trotz des Urtheilsspruches des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten wurden die Cherokee-Indianer gezwungen, auf die westliche Seite des Mississippi auszuwandern, die Gräber ihrer Vorfahren zu verlassen und sich eine neue Heimath in einem fernen Lande zu suchen. Den Befehl eines Vereinigten Staaten Gerichts mißachtend

ließ der Staat Georgien einen Cherokee, Namens Tassels, aufhängen; derselbe Staat warf, das Urtheil des Oberrichters Marshall mit Füßen tretend, zwei Missionäre der amerikanischen Missionsbehörde, weil sie die Rechte der Indianer vertheidigten, ins Gefängniß. und Präsident Jackson, aufgefordert, die unkonstitutionellen und gesetzwidrigen Gewaltthaten der Staatsregierung von Georgien zu bestrafen, antwortete nur: „Gut, John Marshall hat die Entscheidung zu Gunsten der Missionäre gegeben; er mag sie nun auch vollstrecken". Durch das Beispiel Georgiens angefeuert, versuchte Süd-Carolina ähnliche Gewaltmaßregeln auszuüben; allein diesen Versuch schlug Jackson nieder, hatte doch Süd-Carolina im Jahre 1832 gegen ihn gestimmt. Vergebens bemüht sich Benton (a. a. O. B. I. S. 164), seinen Freund Jackson in Schutz zu nehmen; nur zu häufig war zu jener Zeit nicht die Verfassung der Vereinigten Staaten, sondern der Wille von Andrew Jackson das höchste Gesetz im Lande. Und es liegt eine bittere Wahrheit in den Worten des amerikanischen Geschichtsschreibers William D. Jones, wenn er mit Bezug auf die eben erwähnten Ereignisse ausruft: „Nullification on one side was wrong, and on the other right." Der jüngst verstorbene Jeremias Evarts, lange Zeit Sekretär der amerikanischen Missionsbehörde, schildert die eigentliche Ursache der von Georgien und Jackson ausgeübten wortbrüchigen Grausamkeit in einem Briefe an einen theilnehmenden Freund kurz, aber treffend, also: „Ohne die gänzliche Richtachtung menschlicher Rechte, wie man sie nur bei Sklavenhaltern findet, hätte nichts gegen die Cherokees unternommen werden können; und ohne eine erniedrigende Aufopferung aller persönlichen Würde und Unabhängigkeit (von Seite Jackson's) an die eigensinnigen Machtgebote der Parteidisciplin hätten die Sklavenhalter keine Unterstützung erhalten, um ihr Vorhaben durchzusetzen." Vergl. Horace Greeley, a. a. O. B. I. S. 104 ff. —

Die Streitigkeiten über die Verträge mit den Indianern hatten auch in der Kongreßsitzung von 1830 auf 1831 eine Diskussion über die Befugnisse der nationalen Regierung und den Regierungen der Einzelstaaten veranlaßt. Bei dieser Gelegenheit waren zwei wichtige Fragen hinsichtlich der Kompetenz des Obergerichtes (supreme court) der Vereinigten Staaten zur Sprache gekommen; es entstand nämlich zunächst die Frage, ob das genannte Obergericht die verfassungsmäßige Befugniß habe, über die Verfassungsmäßigkeit und Rechtskräftigkeit von Kongreßgesetzen (the validity of acts of congress) zu urtheilen, und dann, ob dieses Obergericht den höchsten Gerichtshöfen der Einzelstaaten gegenüber in gewissen Fällen eine höhere Instanz bilde, und wenn so, ob es nicht zweckmäßig sei, diese höhere Jurisdiktion (appellate jurisdiction) aufzuheben. —

Was nun die konstitutionelle Befugniß des Obergerichtes der Union, über die Verfassungsmäßigkeit und Rechtskräftigkeit der Kongreßgesetze zu urtheilen, anlangt, so unterliegt dieselbe ohne allen Zweifel gewissen Beschränkungen. Vor Allem steht fest, wie auch Rüttimann a. a. O. §. 289 anerkennt, daß jedes Gesetz im Zweifel die Vermuthung der Verfassungsmäßigkeit für sich hat. Alsdann ist wohl zu beachten, daß die Bundesgerichte, d. h. der Obergerichtshof und die Circuitgerichte, keineswegs berechtigt sind, ein Gesetz als verfassungswidrig zu kassiren, sondern daß sie bloß in dem gegebenen Rechtsfalle, der ihnen zur Entscheidung vorliegt, die Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit eines Gesetzes zu beurtheilen haben. Die Konstitution beschränkt nämlich in Artikel III Sekt. 2 die gerichtliche Gewalt der nationalen Gerichte ausdrücklich auf bestimmte Fälle im Gebiete des Rechts und der Billigkeit (cases in law and equity). Unter einem „Falle" (case) versteht aber die amerikanische Jurisprudenz einen Streit auf dem Gebiete des Rechtes oder der Billigkeit, der ein konkretes Verhältniß betrifft und von den Parteien einem Gerichte auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege zur Entscheidung vorgelegt wird. Würde daher Jemand einem Gerichte die abstrakte Frage vorlegen, ob ein Gesetz verfassungsmäßig sei oder nicht, so wäre dies kein Fall (case), über den das Gericht ein Urtheil zu fällen hätte. Noch viel weniger steht es den Gerichten zu, ohne eine spezielle Veranlassung von Amtswegen eine Entscheidung über eine solche Frage abzugeben. Die Aufgabe der Gerichte, namentlich der Bundesgerichte, besteht bloß darin, auf Anrufen einer Partei hier einen bestimmten konkreten Streit zu schlichten. Mit Recht sagt daher Tocqueville: „Le juge américain ne peut prononcer que lors qu'il y a litige. Il ne s'occupe jamais que d'un cas particulier; et pour agir, il doit toujours attendre qu'on l'ait saisi. Il ressemble donc parfaitement aux magistrats des autres nations." —

Hinsichtlich der Kompetenz der Bundesgerichte, namentlich des höchsten Gerichtshofes der Union, den Gerichtshöfen der Einzelstaaten gegenüber haben wir hier Folgendes zu bemerken. Im Jahre 1789 wurde auf verfassungsmäßigem Wege ein Gesetz gegeben, welches das Gerichtswesen der Vereinigten Staaten zur Kräftigung der nationalen Einheit besser regeln sollte, als dies unter der alten Konföderations-Konstitution der Fall gewesen war. In Kapitel 20. Sekt. 25 dieses Gesetzes war bestimmt worden, daß das Obergericht der Vereinigten Staaten in gewissen Fällen bei Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe der Einzelstaaten die konstitutionelle Appellationsinstanz bilden sollte. Zu diesen Fällen sollten z. B. alle Streitfragen gehören, in denen die höchsten Gerichte der Ein-

zelstaaten ihrerseits endgültig über die konstitutionelle Verfassungsmäßigkeit und Rechtskräftigkeit eines Vertrages, eines Gesetzes, einer Kommission u. s. w. abgeurtheilt hatten.*) Bei Gelegenheit der Streitigkeiten mit den Cherokees hatten nun die ultrasüdlichen Freunde Calhoun's den Antrag gestellt, die 25. Sektion des eben besprochenen Gesetzes von 1789 zu Gunsten der Souveränetät der Einzelstaaten abzuändern oder ganz aufzuheben; sie beriefen sich dabei wiederum auf die bekannten Kentucky- und Virginia-Resolutionen, leugneten die Superiorität des Bundesgerichts und behaupteten, daß die höchsten Gerichtshöfe der Einzelstaaten eine vollständige Unabhängigkeit (entire independence) von dem Obergerichtshofe der Vereinigten Staaten besitzen müßten. Die Gegner dieser ultrasüdlichen Ansichten, welche in der Superiorität des obersten Bundesgerichts die fundamentalen Prinzipien jeder theoretischen und praktischen Freiheit gefährdet wähnten, erklärten dagegen, daß, wenn die Gerichtshöfe der Einzelstaaten die Befugniß hätten, ohne eine weitere Appellationsinstanz in allen Streitigkeitsfällen über die Verfassungsmäßigkeit eines bestimmten Landesgesetzes endgültig und rechtskräftig abzuurtheilen, in den einzelnen Staaten der Union sehr bald eine großartige Rechtsverwirrung eintreten müßte, eine Verwirrung, welche die Existenz der Union selbst in Gefahr brächte. Selbst James Buchanan von Pennsylvanien, der spätere Präsident und willfährige Diener der südlichen Sklavenritter, gehörte um diese Zeit zu der Zahl derer, welche im Interesse der nationalen Einheit und wahren Freiheit bis zur Evidenz darthaten, daß die laxen rechtlichen Verhältnisse zu den Hauptübeln der alten Konföderation gehörten, daß der Drang nach einheitlicheren Rechtszuständen und die Einsicht, die Generalregierung müsse mehr direkt auf

*) Vergl. Benson J. Lossing, Seventeen Hundred and Seventy-Six, or the War of Independence, Appendix, S. 482 ff. Daselbst heißt es: „The supreme court of the United States has constitutionally appellate jurisdiction under the judiciary act of 1789, chap. 20 sect. 25, from the final judgment or decree of the highest court of law or equity of a state having jurisdiction of the subject matter of the suit, where is drawn in question the validity of a treaty or statute of, or an authority exercised under the United States, and the decision is against their validity: or where is drawn in question the validity of a statute of, or an authority exercised under any state, on the ground of their being repugnant to the constitution, treaties, or laws of the United States, and the decision is in favor of such their validity: or of the constitution, or of a treaty, or statute of, or commission held under the United States, and the decision is against the title, right, privilege, or exemption, specially set up or claimed by either party under such clause of the constitution, treaty, statute, or commission."

das Volk der Union einwirken können, wesentlich zum Zustandekommen der Bundeskonstitution beitrugen und daß diese Konstitution bestimmt war, der nationalen Regierung die Befugniß zu geben, in nöthigen Fällen die Bundesgesetze zur Ausübung zu bringen und die Einzelstaaten unmittelbar zu beeinflussen. „Es herrscht", sagten die Freunde der Union, „in unserer Republik eine höhere Autorität, als die der Einzelstaaten, und diese beruht in dem Willen der ganzen Nation; die Bürger der Einzelstaaten haben die Bundeskonstitution in ihren respektiven Staatskonventionen ratifizirt und als höchstes Landesgesetz anerkannt, mithin sind die Einzelstaaten zum Gehorsam gegen dieses Gesetz verpflichtet." Und diese heilsame und richtige Beweisführung der Unionsfreunde trug in der erwähnten Kongreßsitzung von 1830 auf 1831 den Sieg über die Nullifikationstendenzen der Ultrasüdländer davon; der Antrag auf Abänderung oder totale Aufhebung der 25. Sektion des Gesetzes von 1789 fiel im Repräsentantenhause mit 139 gegen 51 Stimmen durch und damit war und blieb rechtlich die Superiorität der Bundesgerichte gewahrt. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 532 ff.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß der elfte Zusatzartikel zur Bundesverfassung der Vereinigten Staaten nachstehende Restriktionen enthält: „Die gerichtliche Gewalt der Vereinigten Staaten soll in Rechts- oder Billigkeitssachen (in law or equity) nicht so weit ausgedehnt werden, daß ein Staat von Bürgern eines anderen Staates oder von Bürgern oder Unterthanen eines fremden Staates belangt werden könnte." Es steht überhaupt in der amerikanischen Union im Allgemeinen der Grundsatz fest, daß ein Staat wegen des ihm durch die Konstitution verliehenen Souveränetätsantheils ohne seine Einwilligung, welche die gesetzgebende Behörde ertheilt, nicht vor Gericht belangt werden kann. Dieser Grundsatz schließt aber keineswegs die konstitutionelle Befugniß des Oberbundesgerichts aus, über die Gesetze der Einzelstaaten zu urtheilen, insofern diese Gesetze die Verfassung oder die Gesetze oder die Staatsverträge der Union verletzen. Vergl. Constitution of the United States, Art. III. Sect. 2. Rüttimann, a. a. O. § 291 — 296. Was de Tocqueville über die Bedeutung der Gerichte im Allgemeinen sagt, ist äußerst beachtenswerth und gilt ganz besonders von den Gerichten der nordamerikanischen Republik: „La force des tribunaux a été, de tout temps, la plus grande garantie qui se puisse offrir à l'indépendance individuelle; mais cela est surtout vrai dans les siècles démocratiques; les droits et les intérêts particuliers y sont toujours en péril, si le pouvoir judiciaire ne grandit et ne s'étend à mesure que les conditions s'égalisent."

Weil er einen Präcedenzfall zu der Anklage des Präsidenten Andrew Johnson bildet, mag hier noch des Prozesses Erwähnung gethan werden, der am 13. Dezember 1830 im Bundessenate gegen James H. Peck vom Repräsentantenhause anhängig gemacht wurde. Herr Peck war Distriktsrichter der Vereinigten Staaten, er wurde wegen Ueberschreitung seiner Amtsgewalt angeklagt, allein mit 24 gegen 21 Stimmen frei gesprochen. Indessen hatte dieser Prozeß doch die praktische Folge, daß die Bundesgesetzgebung ein Gesetz erließ, wodurch die richterliche Strafgewalt nach den Grundsätzen des gemeinen englischen Rechts eine Beschränkung erfuhr.

Seit der ersten Präsidentschaft Jackson's ist die sogenannte Rotation der Aemter in Schwung gekommen. So oft der Präsident einer Partei oder Parteinuance einem Nachfolger, der einer andern Parteifraktion angehörte, den Platz räumen mußte, traten mit dem neuen Haupte der Verwaltung Tausende seiner Anhänger, die sich in der Wahlschlacht besonders ausgezeichnet hatten, als Inhaber irgend eines Amtes in die Verwaltung, und die alten Funktionäre, vom Minister herab bis zum Postmeister, Zollaufseher und Hafenmeister, wurden der großen Mehrzahl nach aus ihren Plätzen verdrängt. In neuerer Zeit wurde dieser Gebrauch des Aemterwechsels dadurch sogar zum Gesetze, daß sehr viele Anstellungen nach den Bestimmungen des Kongresses über die Errichtung einzelner Aemter nur auf 5 Jahre (ein Jahr mehr, als die Dauer eines Präsidentschaftstermins, gewissermaßen ein Disponibilitätsjahr) erfolgen dürfen. Andrew Jackson sagte zwar in seiner ersten Botschaft an den Kongreß im Dezember 1829 zur Rechtfertigung seines Verfahrens: „Leute, die sich längere Zeit des Amtes und der Macht erfreuen, werden durchgängig träge im Dienst und betrachten ihr Amt wie einen Besitz und das Befehlen bloß als ein Mittel zur Erreichung persönlicher Vortheile, und so wird schließlich das ganze Staatswesen seinem eigentlichen Zwecke, dem allgemeinen Wohle, entfremdet. Die Verrichtungen der öffentlichen Diener sind durchschnittlich so einfach oder können wenigstens so einfach gemacht werden, daß sich hierzu alle verständigen Leute leicht eignen.“ Allein, wenn auch in Jackson's Behauptungen manches Wahre liegt, so dürfen wir doch seiner Autorität jene eines Washington und aller der Männer, welche ihm als Präsidenten vorangingen und die man mit Recht als die „Väter der Union“ feiert, entgegenstellen; diese befolgten nämlich entschieden geradezu entgegengesetzte Grundsätze und entfernten bei ihrem Amtsantritte, abgesehen von den aus Dienstrücksichten nöthig gewordenen Aenderungen, im Interesse des einheitlichen Charakters der Regierung und der Verwaltung meistens nur

die Minister und diejenigen Beamten, welche als Hauptwortführer und Leiter einer entgegengesetzten Partei bedeutend hervorgetreten waren.

Wenn der scharfsinnige und scharfblickende Ernest Duvergier de Hauranne, welcher während des Sezessionskrieges die Union bereiste, meint, die Thatsache, daß mit dem Präsidenten jedesmal auch die große Mehrzahl der Unions-, Staaten- und Gemeindebeamten wechsele, bringe eine Art von Solidarität der Einzelnen mit dem bestimmenden Mittelpunkte hervor, wodurch ein wohlthätiges Gegengewicht gegen die gefährliche Autonomie der Einzelstaaten und die mit den letzteren verbundenen Interessen gebildet werde, so fügt er doch auch hinzu: „Wir sind der Ansicht, daß dieses Gegengewicht schon durch die großen Interessen hergestellt sei, welche auf die Union und ihre Macht sich stützen, und halten jenes alle vier Jahre sich erneuernde Kirchthurmrennen nach Aemtern für ein sehr gefährliches Spiel". Der gesunde Sinn des Volkes der Vereinigten Staaten, der meistens das Richtige trifft, hat die Macht, welche durch das zu häufige Wechseln und Vertheilen der Aemter entsteht, sehr bezeichnend „the cohesive power of public plunder" benannt. Und in der That dient die Sitte, die Existenz der Beamten an jene des jeweiligen Präsidenten oder eines Nachfolgers seiner politischen Farbe zu knüpfen, nur dazu, daß statt der wissenschaftlichen Bildung, der sachkundigen Erfahrung, der Redlichkeit, des Fleißes und des Eifers der Beamten ihre Talente und Verdienste als Parteileute und Agitatoren in den Vordergrund gestellt werden. Wenn aber Herr von Hock, dessen Ansichten über die Rotation der Aemter wir übrigens im Allgemeinen für richtig halten, in seinem oben erwähnten Werke (S. 41) meint, die Bundesverfassung der Union habe „die Verwaltung von der Volksvertretung, den ruhigen Gang der ersteren von dem Parteikampfe der letzteren" hinsichtlich der Aemterbesetzung trennen wollen, so muß ihm der Inhalt von Artikel II. Sekt. 2. §§ 2 und 3 nicht vollständig gegenwärtig gewesen sein, ebenso ist ihm wohl entgangen, was Alexander Hamilton, der doch bekanntlich für Stärkung der Centralgewalt war, in der 76. Nummer des „Federalist" über die Ernennung und Absetzung der Bundesbeamten sagt.

Der Mißbrauch der Amtsentsetzung, welcher den Hauptpunkt in der Anklage gegen Andrew Johnson bildete, wurde übrigens auch schon zu Jackson's Zeiten lebhaft im Kongresse diskutirt. Da die Verfassung über das Abberufungs- oder Amtsentsetzungsrecht (power of removal) des Präsidenten schweigt, so räsonnirten die Feinde der Beschränkung dieses höchst wichtigen Rechtes schon in den ersten Jahren der Republik etwa also: weil die Bundesrichter auf Lebenszeit angestellt seien, so müsse

den übrigen Unionsbeamten gegenüber irgend wer das Abberufungsrecht haben; das Natürlichste sei, daß in dem Rechte der Ernennung auch das Recht der Abberufung enthalten sei. Der Hauptstreit drehte sich natürlich stets um die Frage, ob die Zustimmung (consent) des Bundessenats zur Abberufung in gleicher Weise erforderlich sei, wie zur Ernennung. Wie wir bereits im ersten Kapitel angedeutet haben, wurde diese Frage im Jahre 1789 nach einer sehr lebhaften und gründlichen Debatte mit einer geringen Majorität (im Repräsentantenhause mit 34 gegen 20 Stimmen, im Senate mit Stichentscheid) verneint, weil das Abberufungsrecht ein unentbehrliches Mittel zur Führung der Regierung sei. Diese Entscheidung blieb bis zur Präsidentschaft Andrew Johnson's in der Praxis maßgebend, sodaß verschiedene Präsidenten das Abberufungsrecht in einem ausgedehnten Maße ohne Mitwirkung des Senates ausübten. Auch ein Gesetz, welches einem Beamten eine Amtsdauer z. B. von 4 Jahren einräumte, hinderte den Präsidenten keineswegs, den Beamten vor Ablauf der Amtsdauer abzuberufen. Daher war durch die Einführung von Amtsdauern für gewisse Stellen die Macht des Präsidenten in keiner Hinsicht geschwächt worden.

Der decentralisirende Geist Calhoun's setzte indessen, gestützt auf Artikel I. Sekt. 8. § 17 der Bundesverfassung, in sehr einleuchtender Weise auseinander, daß der Präsident eine Amtsbefugniß zur Abberufung von Beamten nur entweder aus dem Wortlaute der Konstitution oder aus einem Gesetze herleiten könne. Da aber die Verfassung schweige und ein besonderes Gesetz für diesen Fall nicht existire, so wäre ein solches durchaus nothwendig, um die Lücke zu ergänzen. Der Senator David Barton von Missouri bekämpfte ebenfalls unter der Präsidentschaft Andrew Jackson's das unbeschränkte Abberufungsrecht des Präsidenten. Er berief sich dabei namentlich auf die 76. Nummer des „Federalisten", wo sich Alexander Hamilton also vernehmen ließ: „Die Zustimmung des Senates dürfte bei der Abberufung aus einem Amte eben so nothwendig sein, wie bei der Ernennung zu einem solchen; wäre dies der Fall, so würde der Wechsel der Präsidentschaft keine so heftige und allgemeine Revolution in der Besetzung der Bundesämter hervorrufen, als wenn der Präsident der einzige Vertheiler der Aemter wäre." Auf den Einwand, daß der Senat einen zu großen Einfluß auf den Präsidenten ausüben und die Führung der Regierung kontrolliren würde, antwortete Hamilton: „Wenn der Gewalt des Präsidenten durch den Einfluß des Senats ein gewisser Zügel angelegt wird, so ist dies gerade das, was wünschenswerth ist. Ich habe darzuthun versucht, daß ein solcher Einfluß sehr heilsam sein würde, denn er könnte manchen Uebelständen abhelfen, die

aus einer unkontrollirten Präsidentengewalt hervorgehen möchten. Es genügt, wenn der Präsident das Recht der Amtsernennung besitzt, das Abberufungsrecht könnte üble Folgen haben". Es ist später eine Anmerkung zu diesen Worten Hamilton's hinzugefügt worden; allein Senator Barton bewies, daß dieser Anmerkung, welche die Praxis hervorhob, wonach der Präsident ein willkürliches Abberufungsrecht ausübte, kein Gewicht beigelegt werden dürfe, weil die uneingeschränkte Befugniß des Präsidenten, Beamte abzuberufen und andere an deren Stelle zu ernennen, das Haupt der Republik mit der Gewalt eines Monarchen bekleiden würde.

Daniel Webster, der sonst mit Hinsicht auf die Interpretation der Verfassung gewöhnlich einen Standpunkt einnahm, welcher demjenigen Calhoun's diametral entgegengesetzt war, stimmte in der vorliegenden Frage mit seinem Gegner vollständig überein. In seiner Rede über das Ernennungs- und Abberufungsrecht (the appointing and removing power), die er am 16. Februar 1835 an den Senat richtete, hat er zur Genüge nachgewiesen, daß einerseits der Kongreß vollkommen berechtigt sei, das Abberufungsrecht des Präsidenten nach Gutbefinden zu regeln und zu beschränken, und daß andererseits die Entscheidung vom Jahre 1789, welche dem Senate die Mitwirkung bei Ausübung des Abberufungsrechts abgesprochen habe, mit der Konstitution eigentlich nicht im Einklange stehe.

Washington und John Adams wendeten als Präsidenten das Abberufungsrecht nur in Fällen an, in denen die Entfernung eines Beamten durch das öffentliche Wohl geboten war. Auch Jefferson gestand, daß die Beseitigung von tüchtigen Männern wegen bloßer politischer Meinungsverschiedenheit sich nicht rechtfertigen lasse; dennoch machte er eine Ausnahme für Bundesanwälte und alle Beamte, die sich erlauben würden, bei den Wahlen gegen die Regierung zu agitiren oder ihr sonst eine offene und geflissentliche Opposition zu machen. Auch Madison und Monroe entfernten nur wenige Beamte aus ihren Plätzen, jener fünf, dieser neun während der acht Jahre, die sie den Präsidentenstuhl inne hatten. Von Henry Clay endlich wird gerühmt, daß er als Premierminister den Präsidenten John Quincy Adams bewogen habe, keinen einzigen Beamten wegen seiner Parteistellung zu entlassen. Und in der That entließ Adams während der vier Jahre seines Amtstermins auch nur zwei Beamten, und beide aus guten Gründen. Andrew Jackson aber trifft zuerst und mit Recht der schwere Vorwurf, daß er es gewesen sei, welcher das Abberufungsrecht mißbraucht habe, um sich an seinen Gegnern zu rächen und die Aemter wie eine Beute (the spoils of victory)

unter seine Parteigänger und Günstlinge zu vertheilen. Den zahlreichen Zeugnissen gegenüber, welche in diesem Punkte gegen ihn vorliegen, kann die von Thomas H. Benton (a. a. O. Bd. I. S. 159 ff.) versuchte Vertheidigung nur wenig Eindruck hervorbringen.

Wie gesagt, die von Jackson inaugurirte Praxis der Aemtervertheilung gehört zu den Schattenseiten des nordamerikanischen Regierungswesens; sie trägt in hohem Maße zu der Korruption und Demoralisation aller Schichten des Volkes bei.

Wenn übrigens K. F. Neumann (a. a. O. Bd. I. S. 499) meint, der Senat habe alle von Washington getroffenen Ernennungen, mit Ausnahme einer einzigen, bestätigt, so ist dies ein Irrthum. Vergl. Andrew W. Young, S. 480 ff. Rüttimann, a. a. O. Bd. I. S. 276 bis 283. —

Als einen Lichtpunkt in der Administration Jackson's wollen wir hier schließlich noch die Aufhebung der Schuldhaft hervorheben, die er in seiner Kongreßbotschaft vom 6. Dezember 1831 warm empfahl und die auch wirklich vom Kongreß bereitwillig beschlossen wurde. Deutsche Regierungen und Gesetzgebungen haben erst in der neuesten Zeit in dieser Hinsicht ihre Pflicht gethan. Nachdem Jackson den brillanten Zustand der Bundesfinanzen geschildert hatte, sprach er also zum Kongresse: „Unter den obwaltenden günstigen Umständen geziemt uns Milde für die unglücklichen Mitbürger, welche nicht im Stande sind, ihre Verpflichtungen gegen die Union zu erfüllen. Die Gesetzgebung möge Sorge tragen, daß sich diese Leute Geschäften hingeben können, welche ihnen selbst und dem Gemeinwesen zum Vortheil gereichen. Bei Gelegenheit der Berathung über diesen Gegenstand möchte ich Ihnen eine allgemeine Revision der Schuldgesetze empfehlen. Nur der Schuldner sollte seiner Freiheit beraubt werden, welcher trügerischer Weise sein Eigenthum der Kreditmasse entzieht. Die persönliche Freiheit eines Bürgers scheint mir zu heilig, als daß sie einem Gläubiger preisgegeben werden sollte, dem alles Besitzthum seines Schuldners überlassen wird." Vergl. Th. H. Benton, a. a. O. Bd. I. S. 291 ff. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. II. S. 472 ff.

Was die Stellung der Parteien im Kongresse anlangt, so war ums Jahr 1834 dieselbe nach der Schilderung von Andrew W. Young folgende: im Senate hatte Jackson die Minorität, sobald Calhoun und seine Freunde mit der Opposition, unter der Führerschaft Clay's, stimmten; im Repräsentantenhause dagegen hatte er meistens die Majorität, obschon die Parteistellung hier nahezu so wunderbar bunt war, wie im Zollparla-

mente zu Berlin im Jahre 1868. Es gab nämlich im Repräsentantenhause wenigstens sechs Fraktionen: 1. die eigentliche Regierungs- oder Jacksonpartei; 2. die Jackson-van-Burenpartei; 3. die Jackson-anti-van-Burenpartei; 4. die Antijacksonpartei; 5. die Calhoun-Antijacksonpartei; 6. die Antijacksonpartei, welche zugleich gegen die Freimaurerei ankämpfte. Gewöhnlich stimmten die drei zuerst genannten Fraktionen zusammen, wobei sie alsdann eine ansehnliche Majorität der Stimmen hatten, wie z. B. aus der Wahl des Sprechers, Andrew Stevenson von Virginien, hervorging. Stevenson erhielt nämlich von 217 Stimmen 142, sein Gegner erhielt nur 66, denn 9 Stimmzettel waren unbeschrieben abgegeben worden.

Wir haben der vorstehenden Schilderung der gewaltigen Parteikämpfe unter Jackson's Administration, denen wir ihrer großen Wichtigkeit und ihrer nachhaltigen Wirkungen wegen eine besondere Aufmerksamkeit schuldig zu sein glaubten, jetzt nur noch wenige Bemerkungen hinzuzufügen, um alsdann die weitere Entwickelung der verschiedenen politischen Parteien während der Jahre 1837 bis 1850 zu verfolgen.

Seinem Aeußern nach war Andrew Jackson ein hochgewachsener, hagerer Mann, mit Sehnen und Nerven von Stahl, mit tiefliegenden, dunkelblauen Augen und dichten, röthlich-grauen Haaren; seine starken Backenknochen und sein hervorragendes Kinn bezeugten seine schottisch-irländische Abstammung. Durch den Revolutionskrieg und vielfache blutige Kämpfe mit den Indianern geübt, erwarb er sich durch die glorreiche Besiegung der besten englischen Armee — der Krieger Wellington's, die Napoleon I. bei Waterloo schlugen — strahlenden Ruhm und wurde, trotz der zahlreichen Mängel und Fehler seines Charakters, der erkorene Liebling des amerikanischen Volkes. Die durch die Tarif- und Bankfrage hervorgerufenen finanziellen Streitigkeiten, welche während seiner Administration so viel Staub aufwarfen, waren die deutlichen Vorboten der 30 Jahre später erfolgenden Entscheidungskämpfe zwischen Sklaverei und Freiheit. Was die abstrakte Frage über Schutzzoll und Freihandel betrifft, so gehen bekanntlich die Lehren der größten Nationalökonomen dahin, daß der Freihandel das Endziel aller Civilisation ist, und daß ein gerechter Tarif ihn wie eine kostbare Frucht zeitigen muß. Wie wir einen einzelnen Menschen mit seinen Anlagen und Fähigkeiten nach weisen und bestimmten Regeln großziehen, indem wir ihn bald einschränken bald frei gewähren lassen, so muß auch der Handel einer Nation gepflegt werden, damit dieselbe schließlich in den Stand gesetzt wird, ohne Schaden des Gemeinwohls ein vollkommenes Freihandelssystem anzunehmen. Dies ist die Politik Englands gewesen, dessen Schutzzölle stark — zu Zeiten

eisern — waren, bis es den Handel der Welt beherrschte. Die Regierung von England, über ein mächtiges Königreich und über unzählige Kolonien, wo alle Fabrikzweige und alle Früchte der Erde gediehen, gebietend, durfte es endlich wagen, die Nationen frei und ungehindert zu seinen Märkten einzuladen. Und dennoch ist der englische Freihandel wesentlich das Bestreben reicher Fabrikherren, den Welthandel zu kontrolliren und London zu dessen Mittelpunkt zu machen. In Amerika wäre zu Jackson's Zeiten das Freihandelssystem in hohem Grade eine Stütze der Sklaverei gewesen. Die Sklaverei, deren Kapital in Menschenfleisch bestand, hatte die Arbeit so herabgewürdigt, daß jeder Caroliner, der einen Ballen Baumwolle auf den Markt brachte, damit das Laster, die Unterdrückung und das Elend einer ganzen Menschenrace darstellte. Der Fabrikherr von Neuengland dagegen, welcher seine baumwollenen Fabrikate zum Handel feil bot, repräsentirte — obschon auch er seine schwachen Seiten hatte — doch freie und intelligente Gemeinwesen, freie Schulen, ein gesundes und strebsames Familienleben, vor Allem aber das freie Selbstbestimmungs- und das freie Wahlrecht.

Die Niederlage des Südens in dem Nullifikationsstreite war, wenn wir der Sache auf den Grund gehen, nur eine scheinbare. Andrew Jackson gebrauchte Drohungen, schrieb zündende Proklamationen, bequemte sich schließlich aber dennoch zu einem Kompromisse. John C. Calhoun beobachtete dieselbe Politik, welche Jefferson Davis im Jahre 1861 befolgte. Indem er die Nullifikationstheorie aufs äußerste festhielt, jagte er dem Norden Furcht ein, vereinigte den Süden und zerstörte die gerade in Virginien aufkeimende Emancipationsbewegung; ebenso flößte Davis dem Präsidenten James Buchanan Furcht und Schrecken ein und riß das zögernde Virginien fort zum Hochverrath. Ferne sei es von uns, in ungerechter Weise auch nur ein Blatt aus dem Lorbeerkranze zu nehmen, den das amerikanische Volk Andrew Jackson auf die Stirne gesetzt. Eine ganze Generation ehrte ihn, wie einen der größten Männer der Weltgeschichte; eine andere Generation sah zu ihm auf, wie zu einem Halbgott. Er war aber weder das Eine, noch das Andere. Obschon treu und zuverlässig in Allem, was nach seiner Ansicht die Liebe zum Vaterlande ausmachte, müssen wir doch — der Geschichte ihr Recht vindicirend — viele Ursachen, welche den Sezessionskrieg herbeiführten, auf Jackson, auf seine Anhänger und seine Politik zurückführen. Er war in sehr vieler Hinsicht die personificirte Gewaltthätigkeit; er war zu Kampf und Streit geboren. Man mußte entweder sein Feind oder sein Freund sein. Sein Freund konnte man nicht sein, ohne seine Willensfreiheit aufzugeben; lebte man mit ihm in Feindschaft, so

mußte man stets auf persönlichen Konflikt, unter Umständen auf einen Angriff mit dem Stocke oder mit der Pistole gefaßt sein. Er war der Urheber jener Politik, die Andrew Johnson so strikt befolgt hat und die dahin ging, daß Niemand ein öffentliches Amt bekleiden sollte, der nicht ein Freund der jedesmaligen Regierung war; nicht nach Verdienst, sondern den Eingebungen seiner persönlichen Vorliebe folgend, besetzte er die Aemter der Nation. Erfahrung, Ehrenhaftigkeit, Treue, Verdienste im Kriege und Wunden in der Schlacht fanden nur dann Anerkennung und Gnade in den Augen dieses resoluten, aber höchst einseitigen Mannes, wenn sie mit persönlicher Anhänglichkeit an ihn verbunden waren. Jeder Beamte, über dessen Stelle er zu verfügen hatte, mußte vor allen Dingen ihm, dem Präsidenten, gehorsam und ergeben sein. So schwand unter dem Beamtenstande der Union der Sinn für Selbstständigkeit und edle Unabhängigkeit, Tugenden, die nie und nirgends bei Beamten recht gedeihen können, wenn ihre Existenz von der Willkür und Laune eines gewaltthätigen Politikers oder eines herrischen Machthabers abhängt. Wer Jackson's Freund sein oder von ihm etwas erreichen wollte, der mußte in allen Fragen mit ihm übereinstimmen, sowohl in dem hochwichtigen Streit hinsichtlich der Nationalbank, wie in seinen Ansichten über die Tugend der berüchtigten Mistreß Timberlake. Die nordamerikanische Republik hat sich bis auf den heutigen Tag von der durch die einseitige Aemterpolitik hervorgerufenen beklagenswerthen Centralisation der exekutiven Gewalt nicht befreit. Die amerikanische Demokratie aber fand darin eine Waffe, die sie als eine politische Partei eine lange Zeit hindurch geradezu unüberwindlich machte; vornehmlich aber war dies der Fall, wenn ein Präsident an der Spitze der Nation stand, dessen kriegerischer Ruhm und persönliche Tapferkeit das amerikanische Volk, welches dergleichen Eigenschaften so sehr bewundert und liebt, in einem solchen Maße blendete und bestach, daß es ihm in blindem Enthusiasmus überallhin folgte. Selbst heutigentags ist das Andenken Jackson's bei den Amerikanern in politischen Fragen von einem nicht zu unterschätzenden Einflusse.

Am 30. Januar des Jahres 1832 trat eine Anzahl ernster, nach thatkräftiger Durchführung der in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochenen Freiheitsprinzipien strebender Menschen in Boston zusammen und gründete den Neuengland-Antisklaverei-Verein (the New-England Anti-Slavery Society). Lange Zeit ist es Mode gewesen, die Gründer und Freunde dieses Vereins, zu denen Männer wie Tappan, Garrison, Theodor Parker, unser Landsmann Carl Follen a. A. gehören, als gemeinschädliche Fanatiker hinzustellen und ihr Bestreben als ein „durchaus ungesetzliches" zu verdammen, wie dies z. B. auch von Dr. Karl Andree in

seinem sonst nicht verdienstlosen Buche „Nord-Amerika in geographischen und geschichtlichen Umrissen" S. 460 ff. geschieht; glücklicher Weise aber lohnt es heute nicht mehr der Mühe, solchen Ansichten und Aussprüchen, die eben so sehr einer krassen Ignoranz wie einer impotenten Arroganz entsprangen, mit ausführlichen Gegenbeweisen entgegenzutreten. Mögen immerhin die abolitionistischen Bestrebungen eines Benjamin Lundy, eines William Lloyd Garrison, eines Carl Follen und ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen von unverständigen und böswilligen Schreiern und bezahlten Lohnschreibern verunglimpft werden, mag es immerhin wahr sein, daß verschiedene Abolitionisten in einzelnen Fällen den Buchstaben des positiven Gesetzes verletzen, mögen selbst — wie dies bei den besten Vereinen und in den heiligsten Dingen vorkommt — dann und wann Verräther und Heuchler sich in die Reihen der Abolitionsfreunde eingeschlichen haben, — kein Wissender und kein es mit der Freiheit ehrlich meinender Mann wird den hohen sittlichen Ernst und die Fülle des Talentes zu leugnen wagen, wodurch die Väter der nordamerikanischen Abolitionsbestrebungen ausgezeichnet waren. Sie vor Allen waren es, die, als die Macht der Sklaverei ihren Gipfelpunkt erreichte und die Ultrasüdländer mit Hohn und Spott und der verletzendsten Unverschämtheit die freien Institutionen der Union, das Freischulwesen — diese Basis aller politischen Bildung und staatlichen Freiheit — umzustürzen und zu vernichten droheten, das Gewissen der Nation wach erhielten und dieselbe befähigen halfen, in den Jahren 1861 bis 1865 mit ihrem Herzblut für die Sache der Union, für Freiheit und Einheit einzutreten. Eben so wenig, wie die Männer, welche in Deutschland die im Jahre 1848 errungenen theoretischen Rechte gegenwärtig praktisch ausführen wollen, so weit dies irgend möglich ist, gemeinschädliche Fanatiker und ungesetzliche Wühler sind, eben so wenig verdienen die Abolitionisten Neuenglands diese wohlfeilen und noch dazu unbegründeten Schimpftitel. Das Gelindeste, was man von solchen die Wahrheit verdrehenden Schriftstellern und nichtswissenden Allwissern sagen kann, ist das, was Julius Bahnsen über den oben erwähnten Dr. Karl Andree sagt: „sie orakeln mit der Zuversicht eines infallibeln Papstes über Aethiopen, Chinesen und Nordamerikaner" und — das setzen wir hinzu — wissen von Alledem sehr wenig oder gar nichts Gründliches.

Am 12. Dez. desselben Jahres, in welchem der eben besprochene Abolitionsverein gegründet wurde, nahm John C. Calhoun, nachdem er wesentlich der Nullifikationsfrage wegen seinen Platz als Vicepräsident aufgegeben hatte, seinen Sitz im Senate der Vereinigten Staaten als Vertreter von Süd-Carolina ein. Calhoun's Absicht war es, für den sklavenhaltenden Süden neue Siege zu erfechten: wie er die südliche

Sklavenaristokratie vertrat, so ward der bostoner Abolitionsverein namentlich durch William L. Garrison repräsentirt. Beide waren herausfordernd, beide kämpften hart; aber Calhoun trug zunächst den Sieg davon. Hätte Calhoun im Jahre 1832 nicht triumphirt, so wäre wahrscheinlich das geheime Einverständniß zwischen England und Jefferson Davis, dem Präsidenten der südlichen Conföderation, im Jahre 1861 nicht möglich gewesen. Die Sezession war eben die natürliche Folge der Nullifikation. Der Geist des Verraths, der Unterdrückung und Usurpation beseelte beide. Der Tarif vom Jahre 1833 war ein Kompromiß, aber kein dauerhafter Vergleich zwischen dem Süden und Norden. Nach Henry Clay's Grundsatz „peace to-day, — let to-morrow take care of itself" mochte diese Maßregel momentan beruhigend wirken, sie heilte aber den Zwiespalt, der in der Union herrschte, in keiner Weise. Die durch den Tarif herbeigeführten Zustände dienten nur dazu, die Macht der Sklaverei zu mehren. Die Baumwolle herrschte über den Handel und die Industrie Amerika's, über die Früchte der Erde, wie über Eisen, Kohlen, Silber und Gold, bis der Zauber des Satzes: „Cotton is king" durch einen grausamen und blutigen Bürgerkrieg gebrochen wurde. Die Herrschaft der Baumwolle verschaffte dem Süden einen bestimmenden Einfluß auf den Märkten Frankreichs und Englands und sicherte seiner Zeit dem Verrätherpaar Slidell und Mason ein geneigtes Gehör in Paris und London. Andrew Jackson aber that nichts, was die Politik des Südens aufhalten konnte. Aus Haß gegen Calhoun brachte er diesen Staatsmann zu Fall, aber nur um selbst die Theorien des besiegten Feindes anzunehmen. Je genauer wir Jackson's Verhalten gegen den Süden untersuchen, desto mehr werden wir das Verderbliche seiner Politik hinsichtlich der Sklaverei begreifen. Seit der Annahme des Kompromißtarifes von 1833 war Calhoun der Führer der demokratischen Partei in Amerika; Jackson bekämpfte ihn, indem er sich bemühte, noch ein besserer Südländer zu sein, als es der Senator von Süd-Carolina war.

Als Andrew Jackson's Amtstermin sich seinem Ende näherte, wurden auf einer demokratischen Nationalkonvention zu Baltimore Herr Martin van Buren aus New-York zum Präsidenten und Richard M. Johnson aus Kentucky zum Vicepräsidenten ernannt. Die Whigs stellten ihnen den General William H. Harrison, einen geborenen Virginier, der aber meistens in freien Staaten lebte, und Francis Granger aus New-York als Gegenkandidaten gegenüber. Von Jackson warm unterstützt, wurde Martin van Buren im Jahre 1836 mit großer Majorität zum Präsidenten erwählt. Sein Talent im Intriguiren erwarb ihm den Beinamen „the greatest manager"; er verpflichtete sich vor

seiner Wahl, die Sklaverei dort zu schützen, wo sie bereits existirte, und wiederholte diese seine Absicht in seiner Inauguraladresse. Man nannte ihn daher mit Recht „einen nördlichen Mann mit südlichen Grundsätzen" (a northern man with southern principles). Unter seiner Administration tauchten die Bank- und Tarifstreitigkeiten von neuem wieder auf, doch mit geringerer Leidenschaftlichkeit, als unter Jackson; er selbst aber huldigte in den meisten Fällen dem bequemen Grundsatze: Laissez-faire, laissez-passer. Das Bemerkenswertheste, welches hinsichtlich der Geschichte der politischen Parteien während der Präsidentschaft van Buren's geschah, bezieht sich auf die Versuche der Sklavenhalter, ihre Herrschaft weiter nach dem Westen und Süden hin auszudehnen, und auf die nicht immer ganz erfolglosen Bemühungen, das durch die Konstitution garantirte Petitionsrecht den Abolitionisten gegenüber zu verkümmern.

Was den ersten Punkt anlangt, so hatte bekanntlich schon längere Zeit zwischen den freien Staaten und den Sklavenstaaten eine bedenkliche Eifersucht geherrscht, die z. B. in einem Schreiben des Präsidenten Monroe an Andrew Jackson ihren charakteristischen Ausdruck erhielt. Bei dem Erwerbe von Florida zeigte nämlich die spanische Regierung, daß sie unter Umständen auch zur Abtretung von Texas bereit sein würde; Jackson und die Partei des Südens wollten nun begierig auf desfallsige Unterhandlungen eingehen. Ja, selbst John Quincy Adams, welcher damals die Rolle des amerikanischen Unterhändlers mit Spanien spielte, war nicht abgeneigt, die Wünsche des Südens zu befriedigen. Allein der kluge Monroe liebte keine Ueberstürzungen und schrieb deshalb an Jackson: „Da ich lange den Widerstand gekannt habe, mit welchem der Osten der Union (die Neuenglandstaaten) oder vielmehr die dortigen Wortführer — denn das eigentliche Volk hat in dieser Beziehung weder Interessen noch Wünsche — auf die Vergrößerung der Union nach Westen und Süden hinblicken, so bin ich entschieden der Ansicht, daß wir für diesmal und für so lange uns mit Florida begnügen müssen, bis sich die öffentliche Meinung in jener Gegend mit einer weiteren Veränderung versöhnt haben wird." Vergl. „Unsere Zeit", Neue Folge. Jahrgang I. S. 739. Als sich nun aber, unterstützt von Emigranten aus den südlichen Staaten der Union, Texas im Jahre 1835 gegen Mexiko empört und durch die Schlacht von San Jacinto im Jahre 1836 seine Unabhängigkeit errungen hatte, wurden wiederholt Versuche gemacht, diesen Staat mit der Union zu vereinigen. Am 4. Januar 1838 trug der Senator Preston von Süd-Carolina, derselbe, welcher offen im Kongresse erklärte, man würde in seinem Heimathsstaate jeden Abolitionisten trotz aller durch die Konstitution gewährleisteten Rede- und Preßfreiheit auf-

hängen, im Bundessenate auf die Annexirung von Texas an. Im Repräsentantenhause trat aber namentlich John Quincy Adams mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Schritt auf; er wies treffend darauf hin, daß Texas die von Mexiko im Jahre 1824 abgeschaffte Sklaverei wieder eingeführt und sich dadurch für alle Ewigkeit geschändet (damned to everlasting fame) habe, daß indeß gerade aus diesem Grunde der Süden der Union sich so sehr nach der Einverleibung dieses neuen Sklavenstaates sehne. Auf diese Weise wurde die Annexirung von Texas noch einige Jahre hinaus verschoben.

In der nächsten Kongreßsitzung (1838—1839) wurde eine andere hochwichtige Frage in die Debatten der Nationalgesetzgebung geschleudert, welche die Vernichtung des Petitionsrechts der Vereinigten-Staaten-Bürger betraf. Eine solche Erscheinung darf uns kaum wundern, wenn wir bedenken, daß durch den Einfluß von Calhoun am 4. Februar 1836 im Senate eine Bill eingebracht war, wonach jeder Postmeister bestraft werden sollte, der wissentlich irgend ein die Sklaverei betreffendes Buch oder Bild annahm und in einen Staat beförderte, dessen Lokalgesetze die Verbreitung solcher Bücher oder Bilder verboten, und daß diese Bill nur mit einer Majorität von sechs Stimmen verworfen worden war. Die Sklaverei ging, um mit Fr. Kapp zü reden, wie ein Gespenst durch die Verhandlungen des Kongresses und erschreckte nicht selten das ganze Land. Die Wuth des Südens und die von ihm ausgestoßenen Drohungen, die Union aufzulösen, konnten aber die Sache der Freiheit niemals ganz unterdrücken; jeder dahin zielende Versuch flößte den Abolitionisten neuen Eifer und neue Energie ein. Während sie jede Einmischung in die in den Südstaaten bestehende Sklaverei perhorreszirten und ihre Agitation nur auf die Sklavenhalter, nicht aber auf die Sklaven selbst ausdehnten, bestanden sie auf dem ungeschmälerten Rechte freier Meinungsäußerung und friedlicher Agitation, verlangten dagegen die Abschaffung der Sklaverei in dem unter der Jurisdiktion des Kongresses stehenden Distrikte Columbia. Nachdem Hunderttausende von Abolitionisten oder Gegnern der Sklaverei den Kongreß mit Antisklavereipetitionen bestürmt hatten, stellten zunächst Pinckney von Süd-Carolina und später Atherton von New-Hampshire in der Bundeslegislatur Anträge, welche das freie Petitionsrecht vollständig illusorisch machten. Am 11. Dezember 1838 reichte nämlich Atherton die berüchtigten „gag resolutions", d. h. Knebelbeschlüsse, ein, wonach jede Petition, jedes Memorial und jedes Aktenstück, die sich in irgend einer Weise auf die Sklaverei bezogen, sobald sie im Kongresse präsentirt würden, ohne jegliche Debatte auf den Tisch gelegt, d. h. todt geschwiegen werden sollten. Und dieser schmachvolle Antrag

wurde wirklich mit 127 gegen 78 Stimmen zum Gesetz erhoben, welches erst im Jahre 1845 wieder aufgehoben werden konnte. So verboten also die südlichen Sklavenbarone ihren nördlichen Vasallen und Hintersassen für einen Zeitraum von sieben Jahren, sich überhaupt nur über die Sklaverei zu beschweren. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 653. ff. —

Uebrigens dürfen wir nicht vergessen, daß bei diesem den Norden so erniedrigenden Vorgange der edle John Q. Adams ebenso mannhaft auftrat, wie im Jahre 1842 der erklärte Abolitionist Joshua R. Giddings, Kongreßrepräsentant für den Staat Ohio. „Es war in der That ein erhebendes Schauspiel", so schildert Fr. Kapp die betreffende Scene, „wie der gewiegte republikanische Staatsmann, der die höchsten Ehren seines Landes genossen hatte, als siebenzigjähriger Greis in stolzer Würde und unerschütterlicher Ruhe die konstitutionellen Rechte und Garantieen dem frechen Hohn der Vertreter der Sklavenhaltermacht gegenüber vertheidigte und den Krieg in das Lager des Feindes selbst trug. Ein Dutzend solcher Männer wie Adams — und es wären dem Norden die empfindlichsten Demüthigungen erspart worden! Er machte sich zum Vermittler aller Petitionen, kamen sie nun aus dem Norden oder Süden, von Männer oder Frauen, von Schwarzen oder Weißen. Er ruhte nie eher, als bis sie angenommen waren und ließ sich durch die Ordnungsrufe und Drohungen der Südländer so wenig einschüchtern, daß er diese oft durch den beißendsten Sarkasmus auf's Aeußerste brachte. Als er einst eine Petition von elf Sklaven in Friedrichsburg in Virginien einreichte, bemerkte er gleichsam entschuldigend und begütigend, er wisse nicht recht, was er daraus machen solle. Der erstaunte Sprecher wollte sie nicht annehmen. Ein Alabamer verlangte, daß Adams zur Strafe für diese Frechheit zum Hause hinausgeworfen werde, Andere forderten seine Bestrafung wegen übler Aufführung. Alles schrie, tobte und schimpfte wild durcheinander. Die parlamentarische Ordnung löste sich in ein wildes Chaos auf. Ein Virginier stellte endlich den Antrag, daß Adams verhaftet werde, da man nicht dulden könne, daß Sklaven die Rechte von Freien ausübten und das Haus sogar insultirten; ein Anderer wollte, daß Adams' Petition verbrannt werde. Zuletzt gelangte dieser selbst zum Worte und erklärte den erbitterten Südländern zu ihrer großen Beschämung, daß die von ihm überreichte Bittschrift nicht die Abschaffung, sondern die Aufrechterhaltung der Sklaverei nachsuche. Um sich aus ihrer Verlegenheit zu retten, beantragte und setzte die Majorität einen Beschluß durch, wonach die Sklaven nicht das Recht der Petition an den Kongreß besitzen sollten. Adams aber wurde weder aus dem Hause geworfen, noch ward die Union aufgelöst." —

Bereits am 4. Dezember 1839 versammelte sich die Nationalkonvention der Whigs zu Harrisburg in Pennsylvanien und nominirte wiederum William H. Harrison, den Sohn von Benjamin Harrison, einem Mitunterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, zum Präsidenten, und John Tyler, den Sohn des revolutionären Patrioten gleichen Namens, der später Gouverneur von Virginien war, zum Vicepräsidenten. Tyler war selbst ein Delegat auf der Nationalkonvention, die ihn zum Kandidaten für die Stelle eines Vicepräsidenten ernannte; er war mit seinen Kollegen aus Virginien beauftragt gewesen, für Henry Clay als Präsidentschaftskandidaten zu wirken. Seine desfallsigen Bemühungen scheiterten, und er war — charakteristisch für seine sprichwörtlich gewordene Unbeständigkeit — bis zu Thränen gerührt, als die Mehrzahl der Elektorenstimmen auf General Harrison fiel. Die demokratische Nationalkonvention trat wiederum in Baltimore zusammen und machte Martin van Buren abermals zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Die Abolitionisten aber, welche früher für den Kandidaten gestimmt hatten, der ihren Ansichten am nächsten kam, machten schon diesmal, und nicht, wie Fr. Kapp (a. a. O. S. 284) zu glauben scheint, erst im Jahre 1844, eine selbstständige Nomination, indem sie für James G. Birney als Präsidenten und Francis J. Lamoyne als Vicepräsidenten stimmten. —

Als die Zeit der Präsidentenwahl herankam, herrschte, wie vielseitig angenommen wurde, infolge der von Jackson und seinen Freunden befolgten Bankpolitik, in der Union eine äußerst gedrückte Stimmung; das Fabrikwesen litt durch übermäßig große Importationen fremder Waaren und Güter, das baare Geld war massenweise aus dem Lande gezogen worden, vielfache Zahlungseinstellungen folgten, denen sich der Sturz von Privat- und Staatsbanken anschloß; vor allen Dingen aber hatte der Name des General Harrison bei der großen Menge der Bevölkerung der Union einen guten Klang, da man in ihm einen Mann des Volkes und einen entschiedenen Aristokratenfeind zu erkennen glaubte. So kam es, daß die Whigs einen glanzvollen Sieg über die Demokraten davon trugen und William H. Harrison mit 234 Stimmen zum Präsidenten erwählt wurde, während van Buren nur 60 Stimmen erhielt. John Tyler aber erhielt als Vicepräsident dieselbe Stimmenzahl, wie Harrison. —

Van Buren hatte sich klein in allen großen Dingen, aber groß in allen kleinen Mittelchen gezeigt; er war gleichsam der Korporal seiner Partei, die er drillte und gefügig machte. Auch Deutschland hat solche Politiker aufzuweisen, deren ganze Staatsweisheit in der ängstlichsten

Aufrechthaltung der Parteidisciplin besteht. Wenn Jackson die Beutetheilung für geleistete Dienste als einen Hauptheil der Regierungskunst eingeführt hatte, so bildete van Buren sie als ein System bis in die unbedeutendsten Einzelheiten aus. „Despotism of opinion,“ d. h. unbedingter Gehorsam gegen die Führer, wurde die Pflicht aller Parteimänner, vornehmlich aber bei der Sklavendemokratie. Wer den Befehlen der Parteihäupter nicht blindlings folgte, war nicht rechtgläubig und wurde unbarmherzig aus der Partei ausgestoßen. Was in absolut regierten Ländern die privilegirten aristokratischen Klassen sind, das wurde in Amerika die demokratische Partei. Die von Jackson und van Buren angestellten Beamten glichen auf's Haar den bekannten preußischen Landräthen, die, weil sie weniger das Wohl des Landes, als die Interessen der Regierung ins Auge fassen, besser Regierungs-, als Landräthe heißen würden. Aber die Rache schritt diesmal schnell; van Buren, kaum mehr orthodox genug im Sinne des Südens, unterlag in dem Wahlkampfe gegen den beim Volke beliebten Harrison. —

Die Inauguraladresse Harrison's war sehr lang und berührte die verschiedensten Punkte. Er tadelte z. B., daß die Konstitution eine Wiedererwählung desselben Mannes zum Präsidentenamte zulasse; er meinte, der Präsident müßte von seinem Vetorechte nur selten Gebrauch machen; er verdammte die Agitation der Sklavenfrage und empfahl außer vielen anderen Dingen „tiefe Verehrung der christlichen Religion“ (a profound reverence for the Christian religion). Es war ihm indessen nicht beschieden, seine Präsidententalente, wenn anders er solche besaß, leuchten zu lassen; er starb in seiner Amtswohnung zu Washington am 4. April 1841. Nach der Vorschrift der Konstitution bestieg nun John Tyler den Präsidentenstuhl. In seiner Antrittsrede, die sich durch eine wohlthätige Kürze auszeichnete, versprach er, in der Besetzung der Aemter vorsichtig zu sein und mehr auf wirkliche Fähigkeiten, als auf Parteiverdienste sehen zu wollen, auch verpflichtete er sich, in finanzieller Beziehung eine strenge und weise Sparsamkeit als die Richtschnur seiner Administration zu befolgen. Er behielt dasselbe Ministerium, welches sich Harrison gebildet hatte und an dessen Spitze Daniel Webster stand. Mit John Tyler ward die unbedingte Herrschaft der Sklavenhalter im weißen Hause und im Kapitol installirt. Darin aber blieb er der Partei der Whigs, die ihn erwählt hatte, getreu, daß er, nachdem er wiederholt von seinem „Veto“ Gebrauch gemacht hatte, den Schutzzollmaßregeln, welche der Norden für eine Abhülfe gegen die Wiederkehr der kaum beendeten großen Handelskrise hielt, im Tarif von 1842 Ausdruck verlieh. In den meisten übrigen Fragen dagegen fiel er von der Whigpartei ab,

so daß alle seine Minister, mit Ausnahme Webster's, sehr bald ihre Entlassung nahmen. Als sich aber herausstellte, daß Tyler seiner Gesinnung und Politik nach ein unbedingter Südländer war, wie dies auch der unionsfeindliche Kongreßrepräsentant von Süd-Carolina, Robert B. Rhett, ausdrücklich mit den Worten bestätigte: „Herr Tyler ist ein Virginier, und dieser Name ist niemals mit Unehre verbunden; er ist jetzt das Haupt der Regierung und begünstigt die Institutionen des Südens; er darf sich darauf verlassen, daß ihm eine ernste und nachhaltige Unterstützung zu Theil werden wird," — da schied auch Daniel Webster aus seiner Premierministerstelle, und der Verräther seiner Partei beeilte sich, nachdem Webster's nächster Amtsnachfolger, Abel P. Upshur, durch eine Explosion bei Besichtigung eines Schiffes umgekommen war, Herrn John C. Calhoun an die Spitze seines Ministeriums zu stellen. Nach einer strengen, aber gerechten Kritik, ist die ganze politische Laufbahn Tyler's, vornehmlich jedoch während seiner Präsidentschaft, als im höchsten Maße unbeständig zu bezeichnen. Er folgte stets mehr den Eingebungen eines unersättlichen Ehrgeizes, als den Rathschlägen einer tiefen und festen Ueberzeugung. In einem gewichtigen Punkte darf ihn indessen auch das strengste Urtheil weder des Wankelmuthes, noch der Nachgiebigkeit bezüchtigen, und das ist — die Sklavenfrage. Geboren, erzogen und längere Zeit wohnhaft in einer der aristokratischsten Counties vom Küstenlande Virginiens, im County Charles City (später zog er allerdings nach Williamsburg), hatte er kaum durch eine Abstimmung, eine Rede oder eine Handlung das Vertrauen der Sklavenhalter verloren, noch sich ihr Mißtrauen zugezogen. Seine unwandelbare Treue gegen die vorgeblichen Interessen des Südens zeigte sich aber glänzend in der Texasfrage. —

Kaum hatte Calhoun in Tyler's Ministerium die Stelle von Abel P. Upshur eingenommen, so beeilte man sich, die Annexirung von Texas möglichst schnell zu einem fait accompli zu machen. Es wurde Calhoun nicht schwer, dem gefügigen Präsidenten seinen Wünschen geneigt zu machen, indem er ihm die Rivalität Englands so gefahrdrohend als möglich schilderte. Großbritannien, so argumentirte er, sinnt auf die Abschaffung der Sklaverei auf der ganzen westlichen Hemisphäre. Die Vereinigten Staaten müssen sich daher, je eher desto besser, Texas sichern, oder es wird englischem Einflusse und englischer Intrigue zur Beute werden und infolge dessen die kaum eingeführte Sklaverei wieder abschaffen. Ein solches Ereigniß müsse der Sklaverei in der nordamerikanischen Union nothwendig eine schwere, wenn nicht eine tödtliche Wunde versetzen. Um diesen empfindlichen Streich abzuwehren und das bedrohte

sociale und industrielle System des Südens der Vereinigten Staaten zu sichern, sei die Einverleibung von Texas unter allen Umständen geboten, sie sei eigentlich nur ein Akt der Selbsterhaltung und Nothwehr. Aber auch der französischen Regierung suchte der schlaue und energische Calhoun, um eine mögliche Intervention derselben zu verhindern, im August 1844 die Vortheile, ja die Nothwendigkeit der besagten Annexirung darzustellen. Er bemühte sich auf verschiedene Weise, die Sympathie und moralische Unterstützung Frankreichs zu gewinnen, und wies bei dieser Gelegenheit in einer Depesche vom 12. August darauf hin, daß England, dem Antreiben gewisser Humanitätsfanatiker nachgebend, seine eigenen westindischen Kolonien ruinirt habe durch den nichtigen Versuch, „Menschenliebe mit Profit und Gewalt zu vereinigen, eine Erscheinung, die beim Fanatismus nicht ungewöhnlich sei" (to combine philanthropy with profit and power, as is not unusual with fanaticism). Vergl. meinen Aufsatz „Jefferson Davis" in „Unsere Zeit", N. F. Jahrg. III. 2. Hälfte, S. 244. —

Schon am 12. April 1844 trat Calhoun mit den texanischen Kommissären van Zandt und Henderson wegen der Annexirungsbedingungen in Unterhandlung. Die Legislatur von Süd-Carolina beschloß eine Reihe von Resolutionen, in denen behauptet wurde, „daß Texas bereits ein integrirender Theil der Union sei (that Texas was already a part of the union); in Tennessee, in Alabama und vielen anderen südlichen Staaten wurden Volksversammlungen abgehalten und überall ertönte der Ruf: „Texas or disunion!" Wie immer, sobald von Zersplitterung der Union die Rede war, stand das rebellische und übermüthige Süd-Carolina an der Spitze der Bewegung. Unter der Leitung von R. B. Rhett erklärte eine große und zahlreich besuchte Volksversammlung zu Beaufort, welche den Tarif von 1842 verdammte, mit Emphase: „Wenn man uns nicht erlaubt, in friedlicher Weise Texas in die Union aufzunehmen, so wollen wir lieber die Union auflösen, als Texas aufgeben" (we will dissolve the union sooner than abandon Texas). In Union County, ebenfalls in Süd-Carolina, ging man noch weiter, indem man beschloß: „Wir verlangen keine politische Verbindung mit den erklärten Feinden unseres Friedens; wir sind des Abwartens und des Zögerns müde; wir halten fest an unseren Rechten, geben die Union auf und — überlassen Gott die Folgen" (we hold to our rights, give up the union, and leave the consequences to God). Die Feier des 4. Juli 1844 im Süden der Union war nichts weniger als eine Verherrlichung der Unabhängigkeitserklärung; die Auflösung der Union war das stehende Thema aller Reden und aller Toaste, die an

diesem Tage gehalten wurden. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 826 ff.

Etwas anders, als in den südlichen Staaten, nahm man indessen die Sache im Kongresse auf. Zwar trug Tyler in seiner Botschaft, die er im Dezember 1843 an die Bundesgesetzgebung sandte, darauf an, daß man den zwischen Texas und Mexiko fortdauernden Krieg mit Gewalt zu Ende bringen möge; allein der Senat weigerte sich, wie die Abstimmung vom 8. Juni 1844 bewies, auf solche Maßregeln einzugehen. Als aber bei der im November des genannten Jahres stattgefundenen Präsidentenwahl der demokratische Kandidat über seinen Gegner den Sieg davon getragen hatte und Tyler wiederholt die Annexirung von Texas als eine Maßregel, welche die große Majorität des Volkes der Union für nothwendig hielt, urgirte, vermochte der Kongreß dem Andrängen des Südens nicht länger zu widerstehen und beschloß kurz vor dem Ende der Präsidentschaft Tyler's der Sklavenhalterpartei das Feld räumend, die für die Vereinigten Staaten sehr kostspielige Aufnahme von Texas in die Union. —

Die diesem wichtigen Beschlusse unmittelbar vorhergehenden Debatten werfen übrigens ein helles Licht auf einige verwandte, auch bei anderen Gelegenheiten aufgestellte Behauptungen und Forderungen. Sie sind namentlich von ganz besonderem Interesse für die spätere Kansas-Nebraskafrage und für die Beurtheilung von deren Urheber, Senator Douglas, der im Jahre 1845 eine von seiner späteren Stellung ganz verschiedene Politik verfolgte. Am 25. Januar des genannten Jahres stellte nämlich Milton Brown von Tennessee folgendes Amendement zu einer der Bedingungen, unter denen Texas aufgenommen werden sollte: „Es sollen späterhin neue, aber nicht mehr als vier neue Staaten von entsprechender Größe und hinreichender Bevölkerung aus dem Gebiete von Texas mit dessen Zustimmung gebildet werden dürfen, und sind diese Staaten unter den Bedingungen der Bundesverfassung in die Union zuzulassen. Die südlich von der Missouri-Kompromißlinie (36° 30′ nördl. Br.) gelegenen Staaten aber sollen mit oder ohne Sklaverei aufgenommen werden, gerade so wie es das um Aufnahme einkommende Volk jedes Staates verlangt.“ Douglas, hiermit damals noch nicht zufrieden gestellt, bat den Antragsteller, seinem Amendement am Schlusse noch folgende Klausel beizufügen: „Und soll in solchen Staaten, die nördlich von der Missouri-Kompromißlinie aus dem erwähnten Gebiete gebildet werden, die Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit verboten sein.“ Brown nahm diesen Zusatz an, und das Repräsentantenhaus entschied sich mit 118 gegen 101 Stimmen dafür; auch der Senat

stimmte ihm bei. Die genaueren Bestimmungen aber, unter welchen Texas im Dezember 1845 als Sklavenstaat in die Union eintrat, wurden erst unter Polk's Präsidentschaft festgestellt; auf die konstitutionellen Bedenken, welche Daniel Webster u. A. geltend machten, nahm der demokratisch gesinnte Kongreß keine Rücksicht. Das sogenannte „Manifest destiny" war maßgebend und der Satz: „Macht geht vor Recht" bildete den Kerninhalt der ultrasüdlichen Politik, welche damals die Staatsaktionen der Union leitete und bestimmte. —

Aber trotzdem, daß während Tyler's Administration in den Hauptdingen die Bestrebungen der Sklavenhalter mit Erfolg gekrönt wurden, war die Antisklavereibewegung nicht im Sande verlaufen. Hunderte von Petitionen abolitionistischen Inhaltes wurden bei dem Kongresse eingereicht, und wiederum war es vornehmlich John Q. Adams, der ihnen Eingang, wenn auch keine Billigung, verschaffte. Adams war übrigens kein Abolitionist im strengen Sinne des Wortes, er befürwortete nur die Abschaffung der Sklaverei, sobald dieselbe mit Einwilligung und Entschädigung der Eigenthümer geschehen könne; aber er vertheidigte mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft das Recht des Petitionirens und das der freien Rede. Weiter als Adams ging Joshua R. Giddings, welcher für unbedingte und unmittelbare Emancipation (unconditional and immediate emancipation) war. Es muß indessen zugestanden werden, daß die Forderungen der Abolitionisten zuweilen alles vernünftige Maß überschritten und nach der alten Regel, daß Extreme sich berühren, sogar unionsfeindliche Tendenzen annahmen. So reichte z. B. John Q. Adams im Anfange der Präsidentur Tyler's eine Petition von Abolitionisten aus Haverhill in Massachusetts beim Kongresse ein, in welcher eine „friedliche Auflösung der Union" (a peaceaple dissolution of the Union) gefordert wurde. Nur mit Mühe entging der alte Freiheitsfreund einem offiziellen Tadel (censure) des Repräsentantenhauses. Giddings dagegen, welcher eine Reihe ähnlicher Petitionen befürwortete und überhaupt mit der äußersten Energie und Kühnheit die Rechte der Sklaven vertrat, erhielt im Jahre 1842 einen solchen Tadel mit 125 gegen 69 Stimmen; er resignirte sogleich auf seinen Platz, kehrte in seine Heimath zurück und nahm, nachdem er mit einer Majorität von 3500 Stimmen wieder erwählt war, von Neuem seinen Platz in den Hallen des Kongresses ein. —

Die Texasfrage hatte von ihrem Entstehen an einen bedeutenden Einfluß auf die verschiedenen Parteien ausgeübt, der sich auch noch bei der im Jahre 1844 stattfindenden Präsidentenwahl geltend machte. Die Abolitionisten waren entschieden und einstimmig gegen die Annexirung

von Texas, Henry Clay, der anerkannte Führer der Whigs, hatte nur erklärt, persönlich (personally) habe er nichts gegen dieselbe, van Buren, der Freund Jackson's, war zu Gunsten der Annexirung von Texas, doch nur als Territorium, nicht als Staat; die entschiedenen Südländer aber, Calhoun an der Spitze, wollten die Einverleibung des genannten Landes als Staat, und zwar so schnell wie möglich, möge es kosten, was es wolle. Unter solchen Umständen trat die demokratische Nationalkonvention am 27. Mai 1844 in Baltimore zusammen. Die Mehrzahl der Delegaten war unter der ausdrücklichen Bedingung gewählt worden, Martin van Buren zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu ernennen. Allein die Rädelsführer der Partei — die „master-spirits of the party", wie Horace Greeley sagt — waren bereits darüber einig, daß er als zu lau für die Sache des Südens aufgegeben werden müsse. Aus diesem Grunde trug General R. M. Saunders von Nord-Carolina, ehe noch die Versammlung vollständig organisirt war, darauf an, daß die Geschäftsordnung der demokratischen Nationalkonventionen vom Mai 1832 und vom Mai 1835 auch als maßgebend für die gegenwärtige Versammlung angenommen würde, in der Absicht, dadurch die Regel, welche zwei Drittel der Delegaten zur Ernennung eines Kandidaten forderte, zur Geltung zu bringen. Nach einer hitzigen Debatte, an der sich auch Jefferson Davis betheiligte, ward denn auch diese Regel am zweiten Sitzungstage der Konvention mit 148 gegen 118 Stimmen angenommen, und damit war das Loos des Herrn van Buren entschieden. Bei der ersten Abstimmung erhielt er noch 146 Stimmen gegen 116, die für alle übrigen Kandidaten abgegeben wurden; doch schon bei der zweiten Abstimmung erhielt er nur 127 Stimmen und bei der achten war seine Stimmenzahl bis auf 104 herabgeschmolzen, als sein Name zurückgezogen wurde. General L. Caß, der den Wettlauf mit 83 Stimmen angefangen hatte, war indessen bis auf 114 gestiegen. Allein auch Caß war nicht der Mann, den die südlichen Sklavenhalter sich zum Präsidenten wünschten. Bei der neunten Abstimmung ward James K. Polk von Tennessee, der bis zur achten Abstimmung noch gar keine Stimme und bei der achten nur 44 Stimmen erhalten hatte, mit 233 von 266 Stimmen gewählt. Dies geschah am dritten Sitzungstage der Konvention, an welchem auch Silas Wright von New-York sofort zum Vicepräsidenten ernannt wurde. Er lehnte aber die Nomination ab und George M. Dallas aus Pennsylvanien trat an seine Stelle. So hatte denn die ultrasüdliche Partei, zu welcher auch Jefferson Davis gehörte, den Sieg davon getragen. Polk war ein alter und eifriger Anhänger der Annexirungspolitik, wie er in der That jeden Vorschlag und

jedes Projekt, wodurch die Erweiterung und Erhöhung der Sklavenmacht gefördert wurde, bereitwillig unterstützte. Ein Hauptsatz in dem politischen Glaubensbekenntniß der Konvention lautete also:

„Beschlossen, daß unsere Rechtsansprüche auf das ganze Gebiet von Oregon (vom 54° 40′ nördl. Br. an, also das gegenwärtige britische Columbia einschließend) klar und unzweifelhaft sind, daß kein Theil davon an England oder irgend eine andere Macht abgetreten werden soll, und daß die Wiederokkupirung von Oregon und die Wiederannexirung von Texas, sobald als nur immer thunlich, große amerikanische Maßregeln sind, welche die Konvention der demokratischen Partei der Union zur warmen Unterstützung anempfiehlt.“

Die Whigpartei, welche am 1. Mai ebenfalls zu Baltimore eine Nationalkonvention abgehalten und Henry Clay sofort durch Akklamation zu ihrem Präsidentschaftskandidaten ernannt hatte, ging mit Begeisterung und mit der festen Hoffnung, daß Clay der Nachfolger Tyler's sein werde, in den Wahlkampf; derselbe war schwer und hart. Vom höchsten Norden bis zum äußersten Süden der Union tobte die Wahlschlacht hin und her. Clay hatte die warme Unterstützung einer entschiedenen Mehrzahl der eingeborenen Bürger so wie derjenigen, die sich durch Bildung und Eigenthum einige Bedeutung im geselligen Leben erworben hatten. Allein der verderbliche „Nativismus“, der damals gerade in den großen Städten ausgebrochen und in Philadelphia, St. Louis und anderen Orten die Veranlassung zu Aufruhr, Mord und Zerstörung geworden war, hatte die im Auslande geborene Bevölkerung, z. B. die Deutschen und Irländer, erschreckt und fast einstimmig seinem Gegner in die Arme geführt. Wenn man mit Horace Greeley die Stimmen der adoptirten oder zu adoptirenden Bürger im Jahre 1844 auf 500,000 anschlägt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß 475,000 davon für Polk von Tennessee stimmten, nicht gerade, um die Sklavenaristokratie zu unterstützen oder um Texas zu annektiren und Mexiko mit Krieg zu überziehen, sondern um den gegen die fremde Einwanderung feindlichen Nativismus zu schlagen, da dieser auf Seiten Clay's stand. So konnte es geschehen, daß Henry Clay, der trotz seiner Schwächen und Fehler dennoch ein Staatsmann von Bedeutung und Ruf war und dem die Erhaltung der Union über alles ging, von James Polk besiegt wurde, der bisher eine ziemlich unbekannte Größe gewesen und nach seiner Wahl nichts anderes war, als ein Werkzeug in den Händen Calhoun's und dessen Genossen. —

Die Abolitionisten und entschiedenen Gegner der Sklaverei stimmten nicht für Henry Clay, einmal, weil er sich nicht unumwunden gegen die

Annexirung von Texas ausgesprochen, und dann, weil er in einer Kongreß-rede vom Jahre 1838 (vergl. Th. H. Benton, a. a. O. B. II. S. 154 ff.) die Tendenzen und Bestrebungen der Abolitionisten auf das schärfste und bitterste verdammt hatte. Sie nominirten daher James G. Birney von neuem als ihren Präsidentschaftskandidaten, obschon sie wohl wußten, daß die Zeit, wo sie Siege feiern würden, noch nicht gekommen sei. Was übrigens die Parteien der Whigs und Demokraten anlangt, so charakterisirte der geistvolle Theodor Parker, dessen irdische Ueberreste ein kleiner protestantischer Friedhof nahe beim Pinti-Thore in Florenz birgt, dieselben durch ein treffendes Schlagwort also: „Die Whigs sind die Minorität und beten das Geld an, weil sie reich sind; für sie ist der Millionär das höchste soziale Produkt. Die Demokraten aber bilden die Majorität, weil sie noch nicht reich sind, indessen gern reich werden möchten. Der Whig ist ein alter Demokrat und der Demokrat ein junger Whig. In der Kaufmannssprache zu reden, ist der Demokrat ein Whig auf Zeit und der Whig ein fällig gewordener Demokrat. Das ist der ganze Unterschied." —

Bei der Volksabstimmung in der Präsidentenwahl vom Jahre 1844 vertheilten sich die Stimmen also: Polk empfing 1,372,809, Clay 1,316,622 und Birney 62,959 Stimmen. Hätte die Freiheits-partei für Clay gestimmt, so wären die Demokraten unterlegen; es lag aber im Interesse der guten Sache, daß sich die progressive Partei, zu welcher damals die Abolitionisten, die Antirenters (eine Fraktion, welche die Befreiung des in einigen Bezirken von New-York gelegenen Grund-besitzes von feudalen Lasten und Renten anstrebte) und die Sozialreformer gehörten, auf ihre eigenen Füße stellte, denn nur so konnte sie zu einer wirklich selbstständigen und achtunggebietenden Partei heranwachsen. —

Von den Elektoralstimmen erhielten Polk und Dallas 170, Clay und Frelinghuysen (als Vicepräsident) 105 Stimmen; James K. Polk konnte mithin am 4. März 1845 in das „weiße Haus" als Präsident der Vereinigten Staaten einziehen. Er war, wie bereits angedeutet, nichts mehr als eine Gliederpuppe, die hinter der Bühne von den südlichen Demagogen geleitet wurde und darum auch selten oder nie einen eigenen Willen zeigte. Schon seine Antrittsbotschaft war ihrem Hauptinhalte nach eine im südlichen Sinne abgefaßte Abhandlung über die Sklaven-frage. Er bezeichnete darin jede Einmischung in gewisse „häusliche Institutionen" (domestic institutions), d. h. in die Sklaverei, als „einen von den verderblichsten Folgen begleiteten Versuch, die konstitutionellen Kompromisse zu zerstören und umzustürzen"; er bedauerte, „daß in einigen Theilen des Landes mißleitete Personen (misguided persons)

sich zur Ausführung von Plänen hergegeben hätten, deren Ziel die Vernichtung der häuslichen Einrichtungen in anderen Theilen des Landes sei," und forderte alle guten Bürger zum Schutze der Union gegen solchen „moralischen Hochverrath" (moral treason) auf. Mit Bezug auf den Tarif sagte er: „Gerechtigkeit und gesunde Politik verböten der Bundesregierung, einen Zweig der Industrie auf Kosten des andern zu fördern"; er beglückwünschte das Land wegen der „Wiedervereinigung" von Texas mit den Vereinigten Staaten und erklärte die Annexirung desselben für „keine gewaltthätige Eroberung, sondern für eine friedliche Acquisition eines schon früher zur Union gehörenden Gebietes". Hinsichtlich der Oregonfrage endlich behauptete er, daß das Recht der Union „klar und unzweifelhaft" (clear and unquestionable) sei, und verpflichtete sich, „dieses Recht mit allen ihm nach der Konstitution zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten". Vergl. A. W. Young, a. a. S. 831. ff. —

Polk's Ministerium war aus folgenden, theilweise noch jetzt lebenden Männern zusammengesetzt: James Buchanan von Pennsylvanien war Premierminister; Robert J. Walker von Mississippi, Schatzsekretär; William L. Marcy von New-York, Kriegssekretär; George Bancroft, Marinesekretär; Cave Johnson aus Tennessee, Generalpostmeister und John Y. Mason von Virginien, Generalstaatsanwalt. —

Nachdem Texas am Ende des Jahres 1845 als Staat in die Union eingetreten, war die Kriegserklärung gegen Mexiko nur noch eine Frage der Zeit. Im April 1846 fand der erste blutige Zusammenstoß zwischen mexikanischen und amerikanischen Truppen statt. Am 11. Mai desselben Jahres legte Präsident Polk dem Kongresse die Verhandlungen mit Mexiko vor, zeigte den faktischen Beginn des Krieges an und erließ, vom Repräsentantenhause wie vom Senate unterstützt, am 13. Mai die betreffende Kriegsproklamation. Ein großer Theil des amerikanischen Volkes billigte im Grunde den vom Zaune gebrochenen Krieg nicht, allein, wie es unter ähnlichen Umständen auch bei andern Nationen (z. B. in Deutschland im Jahre 1866) zu geschehen pflegt, die Ereignisse waren mächtiger als alle Theorien. Der äußere Erfolg ward bald der Götze des Tags. Macht ging eben vor Recht, und Worte, wie „Our country, right or wrong" und „We are in a war, and, however unjust, we must fight it out", drückten bald die allgemeine Volksstimmung in der Union aus. Der Krieg selbst wurde, wie bekannt, von den Amerikanern unter den Generalen Taylor und Scott mit Talent und Muth geführt, bis der Friede von Guadelupe-Hidalgo im Februar 1848 das unglückliche Mexiko zu den Füßen der Union legte und den Ver-

einigten Staaten den Besitz von Texas, Oberkalifornien, Utah und Neu-Mexiko sicherte. —

In der Oregonfrage aber erlitt die Union eine empfindliche Niederlage. James K. Polk, derselbe Präsident, welcher das Recht der Vereinigten Staaten auf das ganze Oregongebiet „klar und unzweifelhaft" genannt und im Falle der Nichtanerkennung desselben mit einer Kriegserklärung gegen England gedroht hatte, schritt zuletzt in aller Stille zu Verhandlungen und verkündete am 5. August 1846 dem Volke der Union sehr kleinlaut, daß er Oregon bis zum 49⁰ nördl. Br. den Engländern überlassen habe. Oregon war eben kein Texas; es lag den Südländern nicht bequem und sie wollten seinetwegen keinen kostspieligen und blutigen Krieg beginnen. —

Wie es übrigens selten ein Uebel giebt, dem man bei genauer Ueberlegung und gehöriger Umsicht nicht wenigstens einen Vortheil abgewinnen könnte, so lieferten auch die parlamentarischen Kämpfe in der Texasfrage der Sache der Freiheit einen nicht zu unterschätzenden Gewinn. David Wilmot von Pennsylvanien hatte nämlich im Sommer 1846 im Hause der Repräsentanten zu Washington den auf die Ordinanz von 1787 gegründeten Antrag — gewöhnlich „das Wilmot-Proviso" genannt — gestellt, daß in den von Mexiko erworbenen oder zu erwerbenden Provinzen weder die Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft je bestehen solle, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, deren die betreffenden Personen vollständig überführt worden sein mußten". Dieses Proviso, welches im August 1846 zuerst zur Berathung kam, rief in der ersten Sitzung des 29. Kongresses, so wie in den folgenden Kongreßsitzungen die heftigsten Debatten und Drohungen hervor, die im Norden und Süden der Union widerhallten, die Anstrengungen der Freiheitsfreunde stärkten, Kalifornien als einen freien Staat anerkannt werden ließen und den südlichen Sklavenrittern die Lehre gaben, daß der Entscheidungskampf zwischen Freiheit und Sklaverei bevorstehe und immer näher herankomme. —

Am 19. Februar 1847 legte John C. Calhoun dem Bundessenate verschiedene „Feuerbrandresolutionen", wie Th. H. Benton sie bezeichnete, vor, die sämmtlich dahin zielten, im Gegensatz zum Wilmot-Proviso zu erklären, daß der Kongreß kein Recht habe, die Sklaverei zu beschränken, weder in den Territorien, noch in den Staaten. Jede Beschränkung der Unionsbürger, sich mit ihrem „Eigenthum", d. h. mit ihren Sklaven, hier oder dort innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten niederzulassen, sollte als ein Bruch der Bundeskonstitution angesehen werden und zum Austritt aus dem Staatenbunde berechtigen. Obschon nun

diese Resolutionen, in denen Benton so viele Nullifikationen sah, wie Sylla in Cäsar den Marius vervielfacht erblickte, niemals im Bundessenate zur wirklichen Abstimmung kamen, so blieben sie doch nicht ohne große Folgen, indem sie gleichsam das politische Glaubensbekenntniß von Jefferson Davis und anderer Schüler und Anhänger Calhoun's wurden. Calhoun war eben in jeder Beziehung der demokratische Johannes, welcher Jefferson Davis, dem späteren sezessionistischen Messias, die Wege bahnte. Seit dem Aufkommen des Wilmot-Proviso, zum Theil auch schon früher, ging die Politik von Calhoun und Genossen stets dahin, den freiheitliebenden Norden als den angreifenden Theil darzustellen, der dem Süden schweres Unrecht zuzufügen und dem ganzen Lande Gefahr und Verderben zu bringen bestrebt sei. Diese Politik der südlichen Aristokraten ist aber, genauer angesehen, nur dasselbe Manöver, wozu die Reaktionäre aller Nationen den freisinnigen Parteien gegenüber ihre Zuflucht nahmen und noch immer nehmen. Man sucht in den Augen der weniger unterrichteten Masse die Freunde des gedeihlichen Fortschrittes und der rechtlichen Freiheit als wühlerische Unruhstifter, als staatsgefährliche Fanatiker und katilinarische Existenzen darzustellen, während — wie allen Wissenden längst bekannt ist — die wahren Urheber revolutionärer Erscheinungen stets nur, oder doch am meisten, in den Reihen der sogenannten Konservativen zu suchen und zu finden sind. So erließen denn auch die Führer der Sklavenaristokratie in der Union gegen das Ende von Polk's Administration einen feurigen Aufruf an sämmtliche Sklavenstaaten, in welchem in heuchlerischer Weise die Sache so dargestellt war, als wenn der Norden und die progressive Partei das „Eigenthum, das Gedeihen, die Rechtsgleichheit, die Freiheit und die Sicherheit" (property, prosperity, equality, liberty and safety) der südlichen Bürger gefährdeten. Man forderte sämmtliche Südstaaten auf, fest und geschlossen zusammenzustehen; zu dem Ende wurde ein „südlicher Kongreß" (Southern Congress) in Aussicht gestellt, um, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, unter dem Namen „die Vereinigten Südstaaten" (the United States South) ein selbstständiges Reich zu gründen. Um diesen Aufruf noch wirksamer zu machen, hatte man ihm die Form der berühmten Unabhängigkeitserklärung zu geben versucht. Zu den Unterzeichnern gehörte selbstverständlich auch Jefferson Davis. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. B. I. S. 185 ff.; Th. H. Benton, a. a. O. B. II. S. 694—697; K. F. Neumann, a. a. O. B. III. S. 141 ff. —

Als eine wohlthuende Erscheinung wollen wir hier indessen noch, nach dem Vorgange von K. F. Neumann (a. a. O. Bd. III. S. 149 ff.),

bemerken, daß die nordamerikanische Union nicht gleichgültig blieb gegen die großen Ereignisse in Europa während des Jahres 1848. In einer Zuschrift an den Kongreß erklärte z. B. der Präsident Polk: „Die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten begrüßen mit Freuden die Errichtung einer französischen Republik; mit gleicher Theilnahme erfreuen wir uns der Bestrebungen der deutschen Nation, welche dahin zielen, einen Staatenbund nach unserem Muster herzustellen. Sollte die große und erleuchtete deutsche Nation, begünstigt durch ihre vortheilhafte Lage im Mittelpunkte von Europa, wirklich im Stande sein, eine geeinigte Regierung (a confederated government) ins Leben zu rufen, indem sie jedem Einzelstaate seine besondere, den dort bestehenden Verhältnissen (peculiar condition) angemessene Regierungsform sichert und uneingeschränkten Verkehr und volle Handelsfreiheit der Bundesglieder gewährt, so wäre dies in der That eines der folgereichsten Ereignisse in der Weltgeschichte. Solch' eine vereinigte kräftige deutsche Macht würde zur außerordentlichen Förderung dienen des Friedens und des Handelsverkehrs, der Civilisation und der gesetzlichen Freiheit auf Erden."

In der Hoffnung, Deutschland könnte im Stande sein, solch' einen mächtigen Bundesstaat zu errichten, beeilte sich die amerikanische Republik Herrn Andrew J. Donelson aus Tennessee als Minister bei der provisorischen Regierung des deutschen Reiches in Frankfurt zu ernennen. Leider aber erkannte die Union nur zu bald, daß ein so freudig begrüßtes einiges Deutschland bei dem Bestande der vielfachen alten Dynastien nicht möglich war; sie ließ daher ihre Gesandtschaft in Frankfurt eingehen, deren Archive aber nach Berlin bringen, weil, wie Präsident Zacharias Taylor in seiner Jahresbotschaft vom 4. Dezember 1849 erklärte, „die Kundigen glauben, die deutsche Einheit könne nur von Preußen ausgehen. Aus dem Grunde habe man, so lange Preußen als ein selbstständiger Staat fortbestehe, eine Vertretung in Frankfurt für überflüssig gehalten." Der amerikanische Minister erhielt den Auftrag, alle Ereignisse sorgfältig zu überwachen und durch seinen Einfluß die Bewegung für Freiheit und nationales Wohl zu fördern. Aehnliche Instruktionen empfingen auch die Gesandten in Oestreich, Frankreich und Italien. Eine besonders nachhaltige Theilnahme erregten noch die Bestrebungen der Ungarn bei der Regierung und dem Volke der Vereinigten Staaten, wie durch verschiedene historische Thatsachen festgestellt und in den weitesten Kreisen bekannt geworden ist. Was die französische Revolution von 1848 anbetrifft, so erklärten Calhoun und andere Kongreßmitglieder, daß sie zwar die französische Nation für ein ruhmwürdiges

Volk hielten, welches im Stande sei, glänzende Großthaten zu vollbringen; allein die Fähigkeit, sich selbst zu regieren, sprachen sie den Franzosen ab. Calhoun's Ansichten sind bedauerlicher Weise bis auf den heutigen Tag die richtigen gewesen und stimmen in vieler Hinsicht mit dem Urtheile überein, das vor nicht langer Zeit ein gelehrter Franzose, Herr Chasles, selbst über seine eigenen Landsleute fällte. Möge die Ansicht Taylor's hinsichtlich des historischen Berufes von Preußen in nicht zu ferner Zeit sich bewahrheiten!

Das Zollwesen wurde während der Administration Polk's durch den Tarif vom 3. August 1846, welcher viele unzweckmäßige Bemessungen beseitigte, gebessert. Dieser neue Tarif war allerdings das Werk der Partei des Südens, welche vornehmlich den Ertrag der Zölle zu heben bemüht war. Er überschritt zwar in manchen Sätzen das Maximum von 20 % und verordnete, daß alle Zölle fortan in Metallgeld mit Ausschluß aller Banknoten bezahlt werden sollten, allein letzteres war eine Maßregel, die am 6. August des genannten Jahres allgemein für alle Forderungen der Regierung festgesetzt wurde, und ersteres wurde dadurch aufgewogen, daß der neue Tarif einfacher, als alle früheren, war, nur Werthzölle kannte und mit ihm zugleich ein vernünftiges Niederlagssystem eingeführt wurde, welches den Zollkredit ersetzte, bei dessen Aufhebung es verblieb. Das zurückkehrende Vertrauen des Auslandes, die Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes des Landes und die reichen Goldlager Kaliforniens steigerten den Verkehr, die Einfuhr, die Zolleinnahme in so hohem Maße, daß ungeachtet der Kosten des Krieges mit Mexiko und der bedeutenden Geldentschädigungen für die von diesem Lande im letzten Friedensschlusse abgetretenen Gebietstheile in der Mitte der fünfziger Jahre die Staatsschuld der Union sich abermals dem Erlöschen näherte. Der finanzielle Grund für Erhöhung der Zölle war also gefallen, der Einfluß des Südens steigerte sich von Jahr zu Jahr, auch die Abgeordneten des Westens neigten sich mehrfach einem freieren Zollsysteme zu, und so kam es, daß am 3. März 1857, unter dem unmittelbaren Eindruck der Wahl von James Buchanan, dem entschiedenen Parteimanne des Südens, zum Präsidenten der Union, durch ein Bündniß des Südens und Westens ein Zolltarif ins Leben trat, welcher der mäßigste unter allen war, die seit 1808 bestanden. Es waren nämlich 19 und 24 % die Durchschnittssätze, welchen die Einfuhr der großen Mehrzahl der Manufakte unterworfen wurde, der Werth ward wieder nach den Preisen des Ausfuhrhafens ohne Zuschlag der Kosten der Fracht nach den Vereinigten Staaten berechnet. Vergl. von Hock, a. a. O. S. 98 ff.

Leider haben die große Handelskrisis des Jahres 1857, die hieraus

entstandenen Bankbrüche und finanziellen Verlegenheiten, der Austritt des Südens aus der Union und der darauf folgende Bürgerkrieg eine lange Reihe von Zollerhöhungen und alle die alten Uebelstände, wodurch die Tarife von 1816 bis 1828 und in späteren Jahren bis 1846 verunziert waren, wieder eingeführt und das Freihandelssystem in den Vereinigten Staaten bis auf den heutigen Tag fast vernichtet. Indessen haben sich doch in der jüngsten Zeit im Westen der Union und selbst in New-York Bestrebungen gezeigt, die auf einen wohlthätigen Umschwung hinsichtlich des rigorosen Tarifwesens hinweisen.

Am 22. Mai 1848 trat die demokratische Nationalkonvention zur Nominirung des nächsten Präsidenten und Vicepräsidenten zusammen und nahm die bekannte Zweidrittel-Regel bei der Ernennung als maßgebend an. Bei der vierten Abstimmung erhielt der General Lewis Caß von Michigan die nöthige Majorität; als Kandidat für die Vicepräsidentschaft wurde ihm William O. Butler von Kentucky zur Seite gestellt. Die Demokraten glaubten einen sehr starken Kandidaten auf ihren Schild erhoben zu haben, denn Caß war sowohl in der amerikanischen wie in der europäischen Politik bewandert, außerdem besaß er als der „Pionier des Nordwestens" viele Freunde im Norden. Allein das Wilmot-Proviso war der Stein, der Lewis Caß zu Fall brachte; seine desfallsigen Erklärungen genügten keiner Fraktion. Diesen Umstand benutzten die erfahrenen Taktiker der Whigpartei; wie die Demokraten nach dem Norden, so griffen sie nach dem Süden und nominirten auf ihrer Nationalkonvention, die am 7. Juni zu Philadelphia stattfand, mit kluger Uebergehung von Henry Clay und Daniel Webster den wegen seiner mexikanischen Siege im Glanzpunkte seiner Popularität stehenden General Zacharias Taylor, einen gebornen Virginier. Wie Caß sich durch unvorsichtige Erklärungen geschadet hatte, so gereichte Taylor sein hartnäckiges Schweigen über die Hauptfrage des Tages, die Zulassung der Sklaverei in den Territorien, nur zum Vortheil. Um die Antisklavereifraktion der Whigs mit dem Sklavenhalter Taylor auszusöhnen, wurde Millard Fillmore von New-York, der sich stets als einen Feind der Sklaverei gezeigt hatte, für die Vicepräsidentschaft nominirt. Allein trotz aller klugen Berechnungen hatten weder die Demokraten noch die Whigs alle ihre Parteimitglieder durch die geschehenen Nominationen zufrieden zu stellen vermocht. Auf der demokratischen Konvention war z. B. durch William L. Yancey aus Alabama als politischer Glaubenssatz der Antrag angenommen worden, daß nach der Konstitution der Vereinigten Staaten ein jeder Sklavenhalter das Recht habe, mit seinen Sklaven nach irgend einem Territorium der Union auszuwandern und sie

daselbst als Sklaven zu halten, den etwaigen Bestimmungen des Bundeskongresses und den Gesetzen der betreffenden Territorialregierungen zum Trotz. Hiermit war der freisinnigere Theil der Demokraten, die sogenannten Barnburner, nicht einverstanden; sie vereinigten sich daher mit der Mehrzahl der Whigs aus Neuengland, denen der schweigsame Sklavenbesitzer Taylor nicht behagte, und beriefen eine Konvention nach Buffalo. Auf dieser Konvention wurde die Partei der Freibodenmänner (freesoilers oder free-soil men) gebildet, welche im August 1848 den von der regulären Demokratie in seinem Ehrgeize bitter gekränkten Martin van Buren aus New-York und Charles Francis Adams aus Massachusetts, den Sohn und Enkel der beiden Präsidenten Adams, zu ihren Präsidentschafts- und Vicepräsidentschaftskandidaten ernannten. Die Hauptgrundsätze dieser Freibodenmänner waren etwa folgende: Aufrechthaltung des Wilmot-Proviso, unentgeldliche Bewilligung von Land an alle wirklichen Bebauer, Vertreibung der Sklaverei aus allen Territorien, über die der Kongreß ein konstitutionelles Recht habe, Regulirung schiffbarer Flüsse, Verbesserung der Häfen, innere Verbesserungen überhaupt u. s. w. Auf dem Banner dieser progressiven Partei standen die Worte: „Freier Boden, freie Rede, freie Arbeit, freie Menschen." Die revolutionären Ereignisse in Europa blieben nicht ohne günstige Einwirkung auf die Kraftentfaltung dieser amerikanischen Fortschrittsmänner. Bei der Volksabstimmung erhielt van Buren 291,342 Stimmen, Caß empfing 1,219,962 und Taylor 1,360,702. Dieses Zahlenverhältniß beweist schlagend, wenn wir es mit der für Birney im Jahre 1844 abgegebenen Stimmenzahl vergleichen, den wachsenden Einfluß der jungen Freiheitspartei.

Aus der eben gegebenen Schilderung der Parteien geht deutlich hervor, daß schon seit längerer Zeit das ganze politische Parteiwesen in der Union als eine wirklich nationale Macht in Verfall gerathen war. Die verhältnißmäßig einfacheren Zustände, welche zur Zeit der „Föderalisten" und alten „Republikaner" geherrscht hatten, waren — wie es die Natur der Dinge mit sich brachte — komplicirter geworden, und diese, schon durch die geographische Ausdehnung und zunehmende Bevölkerung der Union ebenso nothwendige, wie natürliche Entwickelung konnte unmöglich auf die Gestaltung der politischen Parteien ohne eine bedeutende und folgenreiche Rückwirkung sein. Seit Andrew Jackson war die Sklavenfrage, bald verhüllt, bald unverhüllt, in den Vordergrund getreten und Calhoun hatte schließlich — forcing the issue — dieselbe zum Alles beherrschenden „Test" seiner Partei gemacht und dadurch auch seine Gegner gezwungen, dieselbe Strömung in ihrer Politik eintreten zu

lassen. Das aber ist der Fluch der Sklaverei, daß sie in jeder Beziehung demoralisirend und vergiftend wirkt; auch auf das Parteiwesen hat sie diesen verderblichen Einfluß ausgeübt und es nahete sich in den vierziger Jahren bereits die Zeit, wo viele ehrenwerthe Leute sich von allem politischen Thun und Treiben zurückzogen, weil ihnen dasselbe zu korrumpirt erschien. Allein das Böse ist bekanntlich die Kraft, die wohl das Schlechte will und doch das Gute schafft. So auch hier. Zunächst allerdings unterschieden sich die Demokraten und die Whigs weniger durch die klar ausgesprochenen Prinzipien der Freiheit und der Unfreiheit, zunächst traten die ethischen Gegensätze in Partei- und Volksleben weniger scharf hervor, als aber Calhoun und Genossen in der Hitze des Streites so weit gingen, zu erklären, daß an dem Grundsatze, alle Menschen seien frei und gleich geboren, kein wahres Wort sei, als sie die Idee einer natürlichen Freiheit und Gleichheit für einen lächerlichen Unsinn ausgaben und behaupteten, Gott selbst habe die Sklaverei angeordnet, da fanden sich sehr bald die edleren Elemente aus den Demokraten und den Whigs zusammen, die im Laufe der Zeit zu einer Macht wurden, welche den Götzen der Sklaverei für immer zertrümmerte. In den meisten Kämpfen der Demokraten und Whigs handelte es sich vornehmlich um den Besitz der Regierungsgewalt; man kann daher nicht sagen, wie dies manche Schriftsteller zu thun pflegen, die Demokraten seien die fortschreitende, die Whigs dagegen die zurückhaltende Partei gewesen, auch darf man weder die einen noch die andern als hervorstechend demokratisch oder aristokratisch bezeichnen, denn beide Parteien bargen in sich demokratische und aristokratische Elemente. Zu den Demokraten zählten z. B. die reichen Grundbesitzer, zu den Whigs die reichen Fabrikanten und Kaufleute; auf der andern Seite stützten sich die ersteren mehr auf die Masse des Volkes, die letzteren mehr auf die Kapitalisten. Die Demokraten nahmen, wie Fr. Kapp sagt, das Volk, wie es sein sollte; die Whigs, wie es ist. Allein jene traten nur zu bald mit ihren Idealen in Widerspruch, wenn sie das Staatsruder lenkten; diese geriethen mit der Theorie in Kollision, weil sie den die Praxis beherrschenden und leitenden Einfluß der Theorie nicht gehörig anerkennen wollten oder konnten. Die Demokraten straften Jefferson, auf den sie sich so oft beriefen, Lügen wegen seines Ausspruches: „Alle Menschen sind gleich“; die Whigs verstanden das Wort Alexander Hamilton's, des Gründers der den Whigs vorausgehenden Föderalisten, falsch: „Das Volk hat keinen ärgeren Feind als sich selbst.“ Die Demokraten gründeten ihre Macht mehr außerhalb des Kongresses, sie schlossen sich eng an die Massen an, sie wirkten individualisirend und decentralisirend; die Whigs suchten ihre

Stärke im Kongresse, sie vertrauten mehr den Talenten und begabten Persönlichkeiten, als der im Volke ruhenden Kraft, sie wirkten auf gouvernementalem, centralisirendem Wege. Die Demokraten huldigten mit einem Worte mehr der Souveränetät des Individuums und dem daraus resultirenden Squatter- und Flibustierwesen; die Whigs bestrebten sich mehr, durch die Staatsgewalt nationale und sittliche Zwecke zu erreichen. Diese pflegten mehr die Künste und die Wissenschaften; jene liebten mehr eine naturwüchsige Kraftentfaltung. Dem Auslande gegenüber waren die Demokraten im Ganzen angreifend und kriegsbereit, sie strebten nach Ausdehnung des Unionsgebietes; die Whigs hielten, wie George Washington ihnen empfohlen, am Neutralitätsprinzipe fest und begnügten sich, den erworbenen Länderbesitz zu bewahren. Unter solchen Umständen kann es daher nicht wunderbar erscheinen, wenn sich eine dritte Partei heranbildete, die sich bestrebte, die Fehler der beiden bestehenden und sich bis auf den Tod bekämpfenden Parteien zu vermeiden, ihre Tugenden sich anzueignen und die eine oder die andere dem Untergange zuzuführen. Republikanisch gesinnt waren indeß alle Parteien, nur war ihr Republikanismus verschieden gefärbt in der Theorie, wie in der Praxis.

Es würde uns zu weit führen und dient auch zum Verständniß der wirklichen Parteigeschichte der Union sehr wenig, wenn wir hier die sämmtlichen Unter- und Abarten der verschiedenen Fraktionen und Fraktiönchen, wie solche in den Vereinigten Staaten bei der Heranbildung der die Geschicke des Landes entscheidenden Hauptparteien in ephemerer Weise auftauchten, ausführlicher besprechen wollten. Wir wollen nur noch zwei bis drei Parteifraktionen nennen, die durch ihren eigenthümlichen Namen zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnten, und verweisen im Uebrigen in dieser Hinsicht auf Schriftsteller, wie Karl Andree, die allerdings diese Materie meistens in nicht sehr klarer Weise zu behandeln pflegen. Vergl. Dr. Karl Andree, a. a. O. S. 435—454.

Die oben erwähnten Barnburner hatten im Gegensatz zu den konservativen, ultrasüdlichen Demokraten freisinnigere und radikalere Grundsätze; sie vereinigten sich zuerst in Worcester, um Mittel und Wege zu berathen, wie dem weitern Umsichgreifen der Sklaverei gründlich gesteuert werden könnte. Das Wort „Barnburner" heißt wörtlich übersetzt „Scheunenverbrenner"; ein Holländer in New-York soll nämlich, um sein eingeheimstes Korn gegen die Ratten zu sichern, das radikale Mittel angewandt haben, die Scheunen, worin sein Getreide lag, selbst in Brand zu stecken. Die Gegner der Barburner nannte man Old Hunkers, d. h. knickerige Freunde des Bestehenden. Die sogenannten „Locofocos" aber, die man

oft mit den Barnburnern zusammen wirft, gingen ebenfalls aus der new-yorker Demokratie hervor und bekämpften den Mißbrauch des Bankwesens und andere Sonderrechte. Ihren Namen erhielten sie auf folgende Weise: Bei einer Versammlung der demokratischen Partei in der Tammany-Halle zu New-York entstand Streit zwischen den Anhängern und Gegnern des Bankwesens, wobei die ersteren, die ächten Tammanyhall-Demokraten, um der Sache ein Ende zu machen, alle Lichter auslöschten. Die Gegner der Banken wußten sich aber zu helfen, sie zündeten mit Streichhölzchen (Locofoco Matches) die Lichter wieder an, ernannten einen Vorsitzenden von ihrer Partei und führten die Berathung zu Ende. Andere freisinnige Abzweigungen der Demokraten waren die „Working Men's Party" und die „Equal Rights Men", die sich meistens zu den „Freesoilers" schlugen. Vergl. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. III. S. 146 ff.

Am 5. März 1849 trat der neu erwählte Präsident Zacharias Taylor sein Amt an. Er war, wie gesagt, ein glücklicher Soldat, hatte aber schwerlich je eine eigene politische Ansicht gehabt und besaß weder den Scharfblick noch die Energie, um die wahre Bedeutung des Kampfes der Sklavenhalter um die Vergrößerung ihrer Macht vollständig zu erkennen und zu würdigen. Indessen war Taylor, dem — nebenbei gesagt — Jefferson Davis seine Tochter im Jahre 1832 entführt hatte, ein ehrlicher Mann, der das Beste der Union wollte, wenigstens beförderte er so wenig, wie das von ihm gewählte Ministerium, wissentlich und mit voller Absicht die Bestrebungen der Sklavenhalter. Allein die Geschichte und Charakteristik der wichtigen Ereignisse, die unter seiner Präsidentschaft und unter seinen Nachfolgern geschahen und schließlich den Bürgerkrieg herbeiführten, müssen dem folgenden Kapitel vorbehalten bleiben.

Viertes Kapitel.

Von der Berathung der Omnibusbill von Henry Clay bis zur Beendigung des Sezessionskrieges.

(1850 — 1865.)

Als Zacharias Taylor das Präsidentenamt übernahm, war der politische Horizont der Union sehr bewölkt. Die Sklavenfrage trat mit einer Bitterkeit und Schärfe in den Vordergrund, wie kaum jemals zuvor, und Männer, denen die wirkliche Stimmung im Norden und Süden der Vereinigten Staaten nicht verborgen war, blickten mit Bangigkeit und Besorgniß in die Zukunft. Es verdient bemerkt zu werden, daß unter der Präsidentschaft Taylor's ein Mann in den Bundessenat eintrat, der auf die fernere Entwickelung der inneren und äußeren Angelegenheiten seines Landes von dem entschiedensten Einflusse gewesen ist und vielleicht noch sein wird — William H. Seward aus New-York. Taylor erkannte bald die bedeutenden staatsmännischen Fähigkeiten Seward's, durch dessen Bemühungen er die Nomination als Präsident erhalten hatte, und es gereicht ihm nur zum Ruhme, daß er die Freundschaft des new-yorker Senators suchte und den gern gegebenen Rathschlägen desselben ein williges Ohr lieh. Wohl mag es zu beklagen sein, daß, wie W. D. Jones a. a. O. S. 171 ff. berichtet, diese Freundschaft den Neid und die Eifersucht des Vicepräsidenten Fillmore erregte und selbst Daniel Webster und Henry Clay verletzte, allein sie entschuldigt niemals die charakterlose Haltung und moralische Schwäche, womit in kurzer Zeit sowohl Fillmore wie Webster eine Schwenkung machten und in das Lager der südlichen Sklavenhalter übergingen. Mag William H. Seward nicht in allen Dingen das Lob verdienen, das ihm seine Freunde spenden, mag er nicht alle Hoffnungen erfüllt haben, die wahre und entschiedene Freiheitsfreunde lange Zeit auf ihn setzten, mag er von den Zeitereignissen in vielen Punkten überholt worden sein und den Anforderungen nicht mehr ganz entsprechen, welche die Gegenwart an ihn stellt, — er hat ohne Widerrede seinem Vaterlande in den schwierigsten Verhältnissen treu gedient und ihm viele und große Dienste geleistet, die im Buche der Geschichte verzeichnet sind und niemals daraus vertilgt werden können.

Die Antrittsrede, womit Zacharias Taylor am 5. März 1849 (der 4. März fiel auf einen Sonntag), nachdem er seinen Amtseid in die Hände des Oberrichters Taney abgelegt hatte, die Präsidentschaft übernahm, war der Form nach kurz und dem Inhalte nach gemäßigt und nicht gerade freiheitsfeindlich. Der Präsident wiederholte im wesentlichen dieselben Ansichten, welche er vor seiner Erwählung in verschiedenen Briefen an hochgestellte und einflußreiche Freunde ausgedrückt hatte. Er versprach, in allen seinen Amtshandlungen die Konstitution genau beobachten zu wollen; was die Interpretation derselben anlange, so werde er die Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe sich zum Muster nehmen; das Wohl des ganzen Landes, und nicht der Vortheil gewisser Landestheile, sollte seine Maßregeln bestimmen; die Finanzen sollten sparsam verwaltet werden; den Interessen des Ackerbaues, des Handels und der Fabriken, so wie den nothwendigen und wünschenswerthen Verbesserungen im Innern des Landes werde er die nöthige Sorgfalt widmen; hinsichtlich der Ernennung der Beamten würden Ehrlichkeit, Fähigkeit und Treue derselben entscheidend sein; auf die Beschlüsse des Kongresses endlich werde er so wenig, als möglich, einen kontrollirenden Einfluß auszuüben suchen, denn die exekutive Gewalt müsse sich jeden Eingriffs in die Befugniß der legislativen Gewalt enthalten.

Am 3. Dez. 1849 trat der wichtige 31. Kongreß zu Washington zusammen und blieb zehn Monate hindurch, bis zum 30. Sept. 1850, in Sitzung. Schon die Wahl des Sprechers im Repräsentantenhause, die mehrere Wochen in Anspruch nahm, deutete auf den Ernst und die Heftigkeit der bevorstehenden Debatten hin; erst bei der 63. Abstimmung trug Howell Cobb von Georgien, der Kandidat der Demokraten, mit drei Stimmen den Sieg über Robert C. Winthrop aus Massachusetts, der Sprecher des eben beendigten Kongresses gewesen und von den Whigs unterstützt ward, davon. Am 24. August theilte Präsident Taylor dem Kongresse seine erste und einzige Jahresbotschaft mit; dieselbe bewies, wie Benton mit Recht sagt, daß er die Schwierigkeiten seiner Lage begriff und die Gefahren erkannte, welche dem Frieden und der Dauer der Union drohten und, was mehr sagen will, daß er bereit war, diesen Gefahren, die er ohne Zögern und offen dem Lande darlegte, kühn die Stirne zu bieten. „Die Liebe zur Union muß", so redete der Präsident die Vertreter des Volkes an, „fortwährend in dem Herzen jedes Amerikaners gehegt und gepflegt werden. Länger als ein halbes Jahrhundert, während welcher Zeit Königreiche und Kaiserthümer zu Grunde gingen, bestand die Union unerschüttert. Die Patrioten, welche sie gegründet,

ruhen in ihren Gräbern, aber das stolze Gebäude, welches sie aufführten, verewigt ihr Andenken und verdient die Liebe und Verehrung Aller, die werth sind, Amerikaner zu heißen. Nach meiner Ansicht gehört die Auflösung der Union zu den größten Calamitäten, die abzuwenden jedes wahren Amerikaners eifrigstes Bestreben sein muß. Von der Erhaltung der Union hängt das Glück der gegenwärtigen, sowie das Heil zahlloser, noch kommender Generationen ab. Welche Gefahren aber auch drohen mögen, ich stehe zur Union und ich werde sie in ihrer ganzen Integrität aufrecht erhalten, so weit meine Pflicht geht und die Macht reicht, welche mir durch die Konstitution verliehen ist."

Diese Worte waren, wie uns Benton (a. a. O. Bd. II. S. 740) berichtet, ausdrücklich gegen Calhoun gerichtet, der sich bemüht hatte, daß der Präsident kein Wort in seiner Botschaft gebrauchen sollte, worin auf die unionsfeindlichen Bestrebungen des Südens hingewiesen würde. Hinsichtlich der Zulassung von Kalifornien als Staat in die Union, sowie eventuell von anderen Territorien, sprach Taylor die Ansicht aus, daß der Kongreß und die Unionsregierung eine zuwartende Stellung einnehmen müßten, daß das Volk der neuen Territorien selbst seine Konstitutionen ausarbeiten und dem Kongresse vorlegen müßte, und daß, sobald die so entworfenen Konstitutionen mit der Bundesverfassung in Einklang ständen, die Aufnahme in die Union erfolgen dürfte. Auf diese Weise glaubte Taylor das einfachste Mittel gegen die Zwietracht gefunden zu haben, die bei den Debatten über die legislative Gewalt des Kongresses in der Territorial- und Sklavenfrage stets von neuem aufloderte. Eine unbedingtere und — man darf wohl sagen — naivere Anerkennung der von Lewis Caß in seinem an A. O. P. Nicholson von Tennessee am 24. Dezember 1847 geschriebenen Briefe zuerst ausgesprochenen Lehre von der sogenannten „Volks- oder Ansiedlersouveränetät" (popular or squatter sovereignty) läßt sich wohl kaum denken.

Daß der Präsident bei Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten mit inniger Theilnahme der Freiheitsbestrebungen in Europa gedachte, ist bereits in dem vorhergehenden Kapitel angedeutet worden; sehr scharf beurtheilte er das Flibustierwesen gegen Cuba und versprach durch energische Maßregeln zur Unterdrückung desselben beitragen zu wollen. Vergl. Benton a. a. O. Bd. II. S. 740—742.

Taylor's Botschaft war voll patriotischen Gefühls und in jeder Beziehung gut gemeint, sie hatte sich aber dennoch durchaus keines allgemeinen Beifalls zu erfreuen. Den Demokraten war sie viel zu unionistisch gehalten, weshalb Calhoun sie einer bittern Kritik unterwarf; die Whigs vertheidigten sie nicht, weil Clay sowohl, wie Webster mit Taylor

schmollten und es nicht vergessen konnten, daß man ihm, der niemals in seinem Leben an einer Wahlurne seine Stimme abgegeben, bei der Präsidentenwahl ihnen, den anerkannten Parteiführern, gegenüber, den Vorzug gegeben hatte; den Freibodenmännern endlich war die gemüthliche Politik, welche sich hinsichtlich der Territorial- und Sklavenfrage in der Botschaft aussprach, zu schwächlich und energielos, wie denn z. B. William H. Seward in seiner Rede vom 11. März 1850 ein höheres Gesetz (a higher law), als die Konstitution, anerkannt wissen wollte und die gänzliche Beseitigung der Sklaverei als das Endziel der richtigen Politik hinstellte.

Am 29. Januar 1850 hatte Henry Clay dem Bundessenate acht Kompromißvorschläge vorgelegt, um die Zulassung von Kalifornien als Staat und die nothwendige Organisation der neuerworbenen Territorien zu bewerkstelligen. Es war nämlich seit dem Friedensschlusse mit Mexiko mehr als ein Jahr verflossen, während welcher Zeit die erwähnten Territorien sich eine rein militärische Verfassung mit allen ihren Schattenseiten hatten gefallen lassen müssen; man konnte ihnen daher schwerlich zumuthen, einen abnormen Zustand der Dinge noch länger in Geduld zu ertragen. Dazu kam, daß die Entdeckung der reichen Goldminen in Kalifornien große Schwärme von Abenteurern aus allen Ländern der Erde anlockte und daselbst eine schnelle und starke Ansiedelung in gewisse Aussicht stellte; es war somit unumgänglich nothwendig, daß dies Gebiet so bald als möglich eine geordnete Civilverwaltung erhielt. Die von Clay vorgelegten Anträge, welche unter der von Benton herrührenden spöttischen Bezeichnung „die Omnibusbill" bekannt sind, riefen heftige Debatten hervor. Bell von Tennessee, der im Jahre 1860 einer der Gegenkandidaten von Abraham Lincoln war, hatte außerdem, wie Fr. Kapp sich ausdrückt, einen Concurrenzomnibus in Bewegung gesetzt, in welchem er neben Kalifornien als freiem Passagier vier neue Sklavenstaaten aus Texas und ein halbes Dutzend anderer aus den Territorien in die Union hineinzukutschiren hoffte. Die bedeutendsten Redner des Nordens und des Südens traten gegen einander in die Schranken: Henry S. Foote von Mississippi und sein Kollege Jefferson Davis, James M. Mason von Virginien, Thomas H. Benton, John C. Calhoun, Daniel Webster, William H. Seward und selbstverständlich Henry Clay. Die acht Kompromißvorschläge Clay's, deren innerer Zusammenhang allerdings sehr locker ist, lauten etwa also:

1) Zulassung von Kalifornien in die Union, ohne ihm eine Restriktion über Einführung oder Ausschließung der Sklaverei aufzuerlegen.

2) Errichtung von Territorialregierungen in den von Mexiko abgetretenen Gebieten, ohne Annahme irgend einer beschränkenden Bedingung hinsichtlich der Sklaverei, zumal diese in der ganzen Republik Mexiko rechtlich nicht existirt habe.

3) Feststellung der westlichen Grenzen von Texas durch den Rio Grande, mit Ausschluß aller zu Neu-Mexiko gehörigen Landestheile.

4) Bezahlung der texanischen Staatsschuld, so weit dieselbe vor der Annexirung dieses Staates kontrahirt war, durch die Vereinigten Staaten, unter der Bedingung, daß Texas zu den allgemeinen Staatskosten beitrage und jeglichen Anspruch an irgend einen Theil von Neu-Mexiko aufgebe.

5) Die Erklärung, daß es unthunlich (inexpedient) sei, die Sklaverei — so lange dieselbe im Staate Maryland existire — im Distrikte Columbia abzuschaffen, ohne die Zustimmung der Einwohner dieses Distrikts einzuholen und ohne die Eigenthümer angemessen zu entschädigen.

6) Die Aufhebung des Sklavenhandels innerhalb der Grenzen des Distrikts Columbia sei rathsam (expedient).

7) Strengere gesetzliche Maßregeln für Wiedereinbringung von entflohenen Sklaven.

8) Die Erklärung, daß der Kongreß keine Macht habe, den Sklavenhandel zwischen den sklavenhaltenden Staaten zu verbieten oder zu hemmen.

Henry S. Foote bekämpfte vornehmlich den Satz, daß es nicht rathsam oder thunlich sei, die Sklaverei im Distrikte Columbia abzuschaffen, weil dadurch dem Kongresse ein Recht eingeräumt werde, welches derselbe nicht besitze; nicht weniger scharf griff er den zweiten und dritten Kompromißantrag an. Jefferson Davis richtete seinen Hauptangriff gegen Clay's zweiten Vorschlag; er sagte unter anderem: „Wie, man fordert von uns, daß wir diese Anträge als eine Kompromißmaßregel annehmen? Als eine Kompromißmaßregel, durch die wir, die Minoriät, etwas erhalten sollen? Wahrlich, diese Anträge dürfen sich mit dem Namen von Kompromißmaßregeln schmücken! Ich, für meinen Theil, kann darin nur eine in bescheidene Formen sich hüllende Wegnahme dessen finden, was uns gehört, was aber von Andern in dreisterer Weise beansprucht wird; und damit meine Ansichten über diesen Punkt verstanden werden mögen, und damit die von mir eingenommene Stellung dem Lande in denselben Blättern bekannt gemacht werde, welche ihm die Grundsätze des Senators von Kentucky (Henry Clay's) verkündigen, so erkläre ich hiermit an dieser Stelle, daß ich niemals mit etwas Geringerem zufrieden sein

werde, als mit der Ausdehnung der Missouri-Kompromißlinie bis an das Stille Meer, mit dem ausdrücklichen Verständniß, daß die Sklaverei südlich von dieser Linie gesetzlich besteht, und daß demnach, bevor solche Territorien als Staaten in die Union aufgenommen werden, Sklaven von irgend einem Staate der Union dahin gebracht werden können, ganz nach dem Gutbefinden ihrer Herren (at the option of their owners). Ich kann meine Einwilligung niemals dazu geben, die Macht einer Majorität noch zu stärken, damit dieselbe noch weitere Eingriffe in die Rechte der Minorität dieser Union begehe; und ich werde niemals einer Maßregel beistimmen, die eine derartige Tendenz hat, wenn nicht eine vollständige Garantie oder ein genügendes Aequivalent damit verbunden ist."

So sprach Jefferson Davis, der würdige Schüler Calhoun's. Seine Rede enthielt, wie Th. H. Benton nicht mit Unrecht sagt, eine mannhafte Erklärung zu Gunsten der Weiterausdehnung der Sklaverei in die neuen Territorien, und sie deutete den einzig legalen Weg an, auf welchem es geschehen konnte, nämlich — durch einen Kongreßbeschluß. Henry Clay trat aber dieser Erklärung ebenso mannhaft entgegen, treu den Prinzipien seines ganzen Lebens, denen gemäß er sich stets und überall weigerte, die Sklaverei dahin zu verpflanzen, wo sie noch nicht existirt hatte; er antwortete: „Es thut mir sehr leid, daß ich den Senator von Mississippi sagen höre, daß er die Ausdehnung der Missouri-Kompromißlinie bis an das Stille Meer verlangt; dann, daß er auch damit noch nicht zufrieden ist, sondern daß er — wenn anders ich ihn recht verstanden habe — ein positives Gesetz für die Zulassung der Sklaverei südlich von dieser Linie fordert. Da ich aus einem Sklavenstaate komme, so bin ich es mir selbst, der Wahrheit und dem Ernst der Sache schuldig, hier zu erklären, daß keine irdische Gewalt mich bestimmen könnte, einer spezifischen Maßregel, welche die Sklaverei da einführt, wo sie noch nicht bestanden hat, sei es südlich oder nördlich von dieser Linie, meine Zustimmung zu ertheilen. Obgleich ich hier im Kongreß einen Sklavenstaat repräsentire, so ist es doch mein fester, feierlicher und wohl überlegter Entschluß, daß keine weltliche Macht mich zwingen soll, für die positive Einführung der Sklaverei, gleichviel ob südlich oder nördlich der gedachten Linie zu stimmen. Während wir unsere britischen Vorfahren mit Recht tadeln, daß sie der Sklaverei Eingang in diesem Lande gestatteten, will ich, für meinen Theil, nicht Veranlassung geben, daß die nächste Generation von Kalifornien und Neu-Mexiko uns tadeln soll aus demselben Grunde, aus dem wir Großbritannien Vorwürfe machen. Wenn die Bürger dieser Territorien es für gut finden, die Sklaverei unter sich einzuführen, wohl, so mögen sie mit derartigen Konstitutionen in die Union aufgenommen

werden; dann aber ist es ihre Sache, nicht unser Werk, und ihre Nachkommen werden sie, nicht uns zu tadeln haben, daß sie Konstitutionen entworfen haben, welche das Bestehen der Sklaverei erlaubten."

Clay's Standpunkt war unzweifelhaft der richtige. Die Missouri-Kompromißlinie, welche zwar, wenn man sie bis Neu-Mexiko und Kalifornien ausdehnte, geographisch mit derjenigen übereinstimmte, die das frühere Louisianagebiet theilte, war doch in politischer Hinsicht eine ganz andere. Die letztere ging durch ein Gebiet, wo die Sklaverei überall bestand, und machte die eine Hälfte frei; die erstere dagegen wäre durch ein Gebiet gezogen worden, in welchem die Sklaverei nirgends bestand, und würde die eine Hälfte der Sklaverei frisch geöffnet haben. Vergl. Th. H. Benton, a. a. O. Bd. II. S. 743. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 203 ff.

Seward und Salmon P. Chase von Ohio, der gegenwärtige Oberrichter der Vereinigten Staaten, schlugen beide die Erneuerung des Wilmot-Proviso vor, drangen aber nicht damit durch. Calhoun erklärte, er könne weder Clay's Vermittelungsanträgen beistimmen, noch die zuwartende Politik des Präsidenten billigen. Das Gleichgewicht (equilibrium) zwischen dem Norden und Süden der Union sei gründlich gestört, und zwar durch die Schuld des Nordens, der die Rechte des Südens vielfach verletzt habe, namentlich durch die ungerechten Tariffsätze und das Nichtausliefern flüchtiger Sklaven. Die Politik, welche der Präsident hinsichtlich der Aufnahme Kaliforniens empfehle, sei für die Union gefährlicher, als die Annahme des Wilmot-Proviso. Nachdem Calhoun verschiedene Gründe angeführt hatte, weshalb die Erhaltung der Union nach seiner Ansicht unmöglich sei, sobald der Kongreß auf die von Clay oder dem Präsidenten vorgeschlagenen Maßregeln eingehe, deutete er einen Weg an, der zur Rettung der Union führen könne, indem er sagte: „Der Norden muß gerecht gegen den Süden sein und ihm in Betreff der neuerworbenen Territorien gleiche Rechte einräumen, er muß hinsichtlich der flüchtigen Sklaven genau die Pflichten erfüllen, welche die Konstitution vorschreibt, er muß ferner die Agitationen, welche auf Abschaffung der Sklaverei zielen, vollständig einstellen und die Bundesverfassung durch ein Amendement verbessern helfen, welches dem Süden in durchgreifender Weise die Macht sichert, sich zu vertheidigen und das zerstörte Gleichgewicht wieder in voller Kraft herzustellen."

Am 4. März entwickelte der todtkranke Calhoun, der sich auf zwei Freunde gestützt in den Senat geschleppt hatte, noch einmal seine Ansichten in einer Rede, die mehr einer Abhandlung über die Erhaltung oder Nichterhaltung der Union glich, als — was sie doch eigentlich sein sollte —

einem Angriffe auf die Botschaft, welche Präsident Taylor am 13. Febr. dem Kongresse mitgetheilt und worin er die Zulassung von Kalifornien als freien Staat befürwortete. In dieser letzten Rede, die Calhoun vor seinem Ende hielt und die er, wegen zu großer Schwäche, durch Mason mit Erlaubniß des Senates vorlesen ließ, kommen folgende denkwürdige Worte vor: „Senatoren, ich bin von jeher der Ansicht gewesen, daß die Agitation der Sklavenfrage zur Disunion führen würde, wenn man nicht zur rechten Zeit ein wirksames Heilmittel anwendete. Aus diesem Grunde habe ich mich bestrebt, bei jeder passenden Gelegenheit die Aufmerksamkeit der beiden großen Parteien, die das Land theilen, darauf hinzulenken, daß sie zur Abwehr eines solchen Unglücks Vorkehrungen treffen möchten; allein mein Bestreben ist umsonst gewesen. Man hat den Fortschritt der genannten Agitation zugelassen, ohne die Unterdrückung derselben ernstlich versucht zu haben; und gegenwärtig hat dieselbe einen Höhegrad erreicht, wo es ein vergebliches Bemühen ist, die Gefahren, denen die Existenz der Union ausgesetzt ist, zu verhüllen oder abzuleugnen. Sie haben mit Gewalt die schwierigste und inhaltvollste Frage, die Ihrer Berathung unterbreitet werden kann, auf die Tagesordnung gesetzt, die Frage nämlich: Wie ist die Erhaltung der Union möglich?" Calhoun ging dann wie ein Arzt zu Werke, indem er die einzelnen Ursachen, welche das Uebel hervorgerufen haben könnten, aufsuchte. Zu diesen Ursachen rechnete er: 1) die Antisklaverei-Ordinanz von 1787, — allein diese Ordinanz ging vom Süden aus und fand die Unterstützung des ganzen Südens; 2) den Missouri-Kompromiß, — auch diese Maßregel wurde wesentlich von Repräsentanten des Südens empfohlen und durchgesetzt, das Ministerium von James Monroe, zu welchem Calhoun selbst gehörte, unterstützte diesen Vergleich; 3) die 1835 fortgesetzte Agitation der Sklavereifrage, — Calhoun selbst aber war es gewesen, der in diesem Jahre dieser verhängnißvollen Frage eine nationale Bedeutung verschafft und den Eifer der Abolitionisten angestachelt hatte, auch war er wiederholt auf das Gefährliche seines Beginnens aufmerksam gemacht worden; 4) die in New-York und Pennsylvanien über den Aufenthalt von Sklaven gegebenen Gesetze; diese Gesetze waren indessen erst erlassen worden, nachdem die von ihm angeregte Sklavereiagitation größere Dimensionen angenommen und die Abolitionsbestrebungen provocirt und gefördert hatte; 5) das progressive Wachsthum der südlichen und nördlichen Staaten, welches theils langsam, theils schnell vor sich ging und — wie Calhoun meinte — das Gleichgewicht (equilibrium) der Staaten gestört hatte. Er vergaß aber, daß zu dieser Störung die klimatische Beschaffenheit der Süd- und Nordstaaten beigetragen, vornehmlich aber die Sklaverei selbst,

deren Weiterverbreitung sein Hauptziel war. Um die Gleichheit (equality) der Staaten herzustellen und auf diese Weise die Union zu erhalten, verlangte er für den Süden das Recht, seine Sklaven nach allen Territorien, selbst nach Oregon, bringen zu dürfen. Er begründete dieses Verlangen mit dem Rechte, welches jeder Amerikaner besitze, indem er sein „Eigenthum" (property) mit sich nehmen könne. In dieser Anwendung des Wortes „Eigenthum" lag aber eine starke Sophisterei und ein gefährlicher Doppelsinn. Allerdings durfte jeder Amerikaner sein Eigenthum überallhin mitnehmen; allein das volle Eigenthumsrecht an Sklaven war nur in den Sklavenstaaten und nicht in den freien Staaten oder Bundesterritorien garantirt, und der südliche Sklavenbesitzer konnte die betreffenden, das Eigenthum an Sklaven sichernden Staatenrechte (State laws) eben so wenig überall mit sich nehmen, wie der Bankier aus Neuengland seine nur durch Staatengesetze erworbenen Bank- und Inkorporationsrechte nach allen Gegenden und Territorien der Vereinigten Staaten in voller Kraft zu tragen vermochte. Beide, der Südländer wie der Neuengländer, konnten ihr respektives Eigenthum — der eine seine Sklaven, der andere seine Bank oder sein Geld — durch das ganze weite Gebiet der Union mit sich schleppen, aber die bezüglichen Staatenrechte, welche den Sklaven zum Sklaven und die Bank zur Bank gemacht hatten, konnten sie beide nicht mit sich nehmen, denn specifische Staatenrechte galten und gelten noch jetzt, wenn sie nicht durch allgemein gültige Bundesgesetze gedeckt waren oder sind, selbstverständlich nur so weit, wie die sie begründenden Staatengesetze ihre Autorität ausdehnen können, d. h. innerhalb der betreffenden Staatengrenzen, und nicht darüber hinaus. Hierin lag und liegt in keiner Weise eine ungleiche Stellung (inequality) der Staaten; vielmehr zeigt sich darin das volle Gegentheil, die Gleichheit der einzelnen Unionsstaaten, insofern kein Staatenbürger als solcher, mag er nun dem Norden oder dem Süden angehören, ein Sklaveneigenthümer oder ein Bankeigenthümer sein, seine Staatenrechte und Staatengesetze als solche überallhin mit sich nehmen kann. Die Gleichheit, die Calhoun für die südlichen Staaten beanspruchte, war mithin keine Gleichheit, sondern das Gegentheil, er beanspruchte Vorrechte, Privilegien. Daher erklärt sich denn auch der Heißhunger der südlichen Sklavenhalter nach neuen Territorien für ihr „eigenthümliches, häusliches Institut", die Sklaverei. Und diesen Heißhunger zu befriedigen und durch diese Befriedigung zur Herrschaft über die Union zu gelangen, — dahin ging das Streben von Calhoun und Genossen.

„Die Union kann", so hieß es weiter in Calhoun's Rede, „durch

Lobreden, wie zahlreich und glänzend dieselben auch sein mögen*), nicht erhalten werden. Der ewige Ruf ‚die Union, die Union, die ruhmreiche Union!‘ kann die Auflösung derselben ebenso wenig verhindern, wie der Ruf des Arztes ‚Gesundheit, Gesundheit, edle Gesundheit!‘ einen todtkranken Patienten das Leben erhalten kann. Das Anrufen Washington's, des großen Südländers, und der anderen Gründer der Union vermag die Fortdauer derselben nicht zu sichern, denn wir finden in der Geschichte Washington's nicht ein einziges Moment, welches uns abhalten könnte, aus der Union zu scheiden, sobald dieselbe aufhört, die Zwecke zu erfüllen, für welche sie geschaffen worden ist." Die Annahme von Clay's Kompromißvorschlägen und die Politik des Präsidenten Taylor ließen, nach Calhoun's Ansichten, dem Süden nur die Wahl zwischen Abolition und Sezession. „Doch," so fügte er hinzu, „würde es ein großer Irrthum sein, wenn man wähnte, die Union mit einem einzigen Schlage zerstören zu können. Die Saiten (cords), welche unsere Staaten zu einer gemeinsamen Union vereinigen, sind hierfür zu zahlreich und zu mächtig. Die Disunion ist ein Werk der Zeit. Nur eine successive und langsame, aber andauernde Lockerung vermag diese Saiten zu lösen oder zu zerreißen und das ganze Unionsgebäude zu Fall zu bringen." Calhoun schilderte dann die Natur und Beschaffenheit der verschiedenen, die Union zusammenhaltenden Säiten und theilt sie in drei Klassen: geistige (spiritual or ecclesiastical), politische (political) und soziale (social). Zur ersten Klasse rechnete er vor allen Dingen die verschiedenen religiösen Sekten, welche ihre Mitglieder in der ganzen Union zählten; von den vier großen protestantischen Glaubensgenossenschaften (denominations), den Methodisten, Baptisten, Presbyterianern und Episkopalen, behauptete er, daß nur die letztere, die Episkopalkirche, noch einen unionsverbindenden Einfluß auf den Süden ausübe; die politischen und sozialen Bande hielt er fast durchgängig für so gut, wie ganz, gelöst, nur gestand er zu, daß die südliche Demokratie auch im Norden noch zahlreiche und

*) Calhoun zielt hiermit auf die warmen, unionsliebenden Worte, welche die Botschaft Taylor's enthielt, und vornehmlich auf die vielfachen patriotischen Aeußerungen Clay's, der z. B. um diese Zeit den schönen Ausspruch that: „I owe a paramount allegiance to the whole Union, a subordinate one to my own state" (zuerst schulde ich der ganzen Union Treue und Gehorsam, in zweiter Linie erst meinem besonderen Heimathsstaate). Darin hatte Calhoun aber Recht, Worte allein vermochten die Union nicht zu retten. Diese Wahrheit mögen sich die vielen redesüchtigen Politiker Deutschlands merken und dem Worte die That hinzufügen. Im Uebrigen ist es klar, daß Clay von einem nationalen, Calhoun von einem partikularistischen Geiste beseelt war.

treue Freunde besäße. Wenn aber, so schloß er nicht ohne Logik, nahezu alle geistigen, politischen und sozialen Einigungsbande der Union zerrissen wären (snapped clean off), so bliebe nur die Gewalt (force) als Bindemittel übrig, es liege aber auf der Hand, daß eine Union, die allein durch die Gewalt zusammengehalten sei, in Wahrheit den schönen Namen einer „Union" nicht verdiene. Zum Schlusse stellte er dann noch einmal die Frage: „Wie kann die Union erhalten werden?" und gab dieselbe mysteriöse Antwort, die wir oben bereits erwähnten: „Man muß der Bundesverfassung ein Amendement einfügen, welches dem Süden die sichere Macht verleiht, sich zu schützen, und auf diese Weise das gestörte Gleichgewicht zwischen Norden und Süden wiederherstellt". Durch spätere authentische Veröffentlichungen ist indessen festgestellt, daß Calhoun's Konstitutionsabänderung darauf hinauslief, daß er zwei Präsidenten, einen von den freien und einen von den Sklaven-Staaten, gewählt wissen wollte; unter dieser doppelköpfigen Regierung sollten die Beschlüsse des Kongresses erst dann zu Gesetzen erhoben werden, wenn sie von den beiden Präsidenten genehmigt und gezeichnet wären. Dies hieß aber in der That nichts anderes, als die 100,000 Sklavenhalter sollen nicht länger mehr damit zufrieden sein, eine kontrollirende Aristokratie unter der Form einer Republik zu bilden, sondern sie sollen ihre bereits anerkannte Autorität durch die Bildung einer selbstständigen Regierung innerhalb der Union ganz außer Gefahr bringen. Die praktische Consequenz dieser Calhoun'schen Theorie war die spätere „Let-alone-Politik" von Jefferson Davis. Auch Julius Fröbel scheint durch seinen Aufenthalt in Amerika von der durch die Zweiheit zu erringenden Einheitsidee — Calhoun noch überbietend — seinen politischen Trinitätsgedanken für die deutsche Einheit abgeleitet zu haben. Zu beklagen ist nur, daß die zweiköpfige Unionsidee Calhoun's in praktischer Hinsicht eine reine Unmöglichkeit ist, und daß mithin alle verwandten Einheitsbestrebungen an demselben Uebelstande leiden. Das aber läßt sich nicht leugnen, daß diese letzte Rede Calhoun's von seinen Schülern und Anhängern als ein unvergeßliches, politisches Testament betrachtet wurde, dessen Vollstreckung ihnen als eine heilige Pflicht erschien. —

Am 7. März unternahm es Daniel Webster die ganze Streitfrage und die Calhoun'schen Deduktionen in einer langen Rede durchzugehen. K. F. Neumann scheint (a. a. O. III. S. 169) die Rede Webster's im Ganzen günstig zu beurtheilen, er nennt sie „die berühmte Rede für die Konstitution und die Union"; so thun auch alle Bewunderer Webster's, die über die rednerische Kraft, welche ohne Zweifel darin entfaltet war, die Schwenkung außer Augen lassen, welche der Vertreter von Massachu-

seits mit eben dieser Rede in das südliche Lager machte. Wir schließen uns aber der Ansicht an, die z. B. von Fr. Kapp (a. a. O. S. 267), William D. Jones (a. a. O. S. 169) und Horace Greeley (a. a. O. B. I. S. 207 u. 220) vertreten wird, und behaupten, daß Daniel Webster, ohne gerade ein Disunionist zu werden, mit seiner merkwürdigen, um nicht zu sagen berüchtigten, Rede vom 7. März 1850 es darauf anlegte, sich die herrschende Partei der Sklavenhalter günstig zu stimmen. Er erkannte, daß der Süden die Oberhand hatte; er wollte gerne Präsident werden und bemühte sich, um sein Ziel zu erreichen, durch Bekämpfung der Abolitionisten und der Agitation der Sklavereifrage Gnade in den Augen der Sklavenhalter zu finden. Mit einem Worte, Webster wurde seiner politischen Vergangenheit untreu, er buhlte um die Freundschaft des Südens und war doch zuletzt — wie er es als halber Renegat nicht anders verdiente — der Betrogene. Zwar wiederholte er mehr als einmal, daß er seine politische Stellung nicht verändert habe, daß seine Ansichten ihrem innersten Wesen nach noch immer dieselben, wie früher, wo er sich als den wirklichen Erfinder des Wilmot-Proviso hinstellte, seien; allein der Eifer und die Zufriedenheit, womit seine Rede in Charleston, Richmond, New-Orleans und im ganzen Süden aufgenommen und im Druck verbreitet wurde, mußten ihn damals und müssen uns jetzt davon überzeugen, daß er entweder selbst oder nahezu jeder andere Politiker der damaligen Zeit einen vollständigen Gesinnungswechsel erlitten habe. Daß letzteres aber nicht der Fall war, erkennen wir leicht aus dem Mißvergnügen und der Enttäuschung, womit seine Konstituenten und die große Mehrzahl seiner früheren politischen Freunde seine sogenannte Konstitutions- und Unionsrede vom 7. März 1850 entgegen nahmen. Seit diesem Tage dachte Webster z. B. hinsichtlich der Auslieferung flüchtiger Sklaven genau so, wie der rabiateste Südländer; dies bewies er während des ganzen übrigen Theils seines Lebens in seinen Reden, seinen Briefen und sogar in seinen geselligen Gesprächen. Er fand in dem berüchtigten Sklavenjagdgesetz, dessen Urheber Herr Mason war und dessen Zustandekommen der freie Norden und die ganze civilisirte Welt verabscheuten, nicht nur eine konstitutionelle Verpflichtung, sondern auch eine moralische Verbindlichkeit, die man „gern und bereitwillig“ (with alacrity) erfüllen müsse. Nur gegen den Gedanken der Auflösung der Union kämpfte er mächtig an und seine Worte, die er gegen die Sezessionsumtriebe richtete, kamen aus einem unionstreuen Herzen: „Mit Angst und Kummer höre ich das Wort Ausscheiden, friedliches Ausscheiden aus der Union. Herr Präsident, weder Ihre noch meine Augen werden dieses Wunder sehen. Wer ist so thöricht,

verzeihen Sie diesen Ausdruck, an solch' ein Ereigniß zu glauben? Friedliche Sezession ist eine Unmöglichkeit. Wer diese Staaten, die sich in Harmonie um ein gemeinsames Centrum bewegen, ansieht und dann glaubt, daß sie ihre Stellung verlassen und ohne gewaltige Konvulsionen auseinander gehen können, der mag in derselben Stunde seinen Blick zu den leuchtenden Himmelskörpern erheben und erwarten, daß sie aus ihrem Geleise stürzen und in dem unendlichen Raume auf einander prallen, ohne daß das Universum erschüttert wird. Soll die große Konstitution, unter der wir leben, die das ganze Land schützt, aufhören und kaum bemerkbar hinschwinden, gleichwie unter dem Einfluß der Frühlingssonne der Schnee auf unseren Bergen wegschmilzt? Unmöglich, unmöglich! Wo sollte die Scheidungslinie gezogen werden? Welche Staaten sollten austreten? Wo soll die Fahne der Republik bleiben? Was soll aus der Armee werden? Was aus der Flotte? Was aus den Staatsländereien? Wie soll jeder Staat sich selbst beschützen? — Doch ich schäme mich, hiervon weiter zu sprechen. Lieber will ich von Erdbeben und Krieg, von Pestilenz und Hungersnoth hören, als von dieser schmachvollen Trennung. Was? Diese große Regierung zerschlagen! In Stücke zerreißen dieses glorreiche Land! Europa in ein freudiges Erstaunen versetzen durch eine wahnsinnige Handlung, wie es solche seit Jahren nicht gesehen! Nein, nein! Es wird keine Sezession stattfinden. Die Herren meinen es nicht ernst, wenn sie davon reden.“ Der ergreifende Schluß von Webster's Rede, die übrigens auf Henry Clay's Kompromißvorschläge keinen ungünstigen Einfluß ausübte, lautet also: „Verlassen wir die dunkeln Sezessionshöhlen, wohin sich Verrath, Unverstand und Gewaltthätigkeit zurückgezogen haben, und erfreuen wir uns des Lichtes und der Freiheit, womit uns die Union beglückt! Leben wir den Hoffnungen, die uns geziemen! Widmen wir uns den großen Gegenständen, die unseres Nachdenkens, unserer Thatkraft werth sind! Mögen unsere Handlungen und Unternehmungen der Größe und Wichtigkeit unserer Pflichten gleichkommen! Möge die Kraft unseres Geistes sich ausdehnen im Verhältnisse zu dem Lande, für welches wir zu sorgen haben, und mögen unsere Pläne gleichen Schritt halten mit unserer Bestimmung! Lassen Sie uns keine Zwerge sein, wenn Männer handeln sollen!“ —

Am 11. März sprach William H. Seward, indem er für unbedingte Zulassung Kaliforniens als eines freien Staates war, gegen Clay's Kompromißvorschläge und gegen die von Calhoun aufgestellten Argumente und Behauptungen. Er erklärte, daß alle legislativen Kompromisse, die nicht absolut nothwendig seien, „durchaus falsch und im

innersten Wesen nachtheilig" (radically wrong and essentially vicious) wären, weil sie eine gründliche und gewissenhafte Auffindung der Wahrheit verhinderten, weil sie bei bestimmten Fragen und zu bestimmten Zeiten die freie Ausübung eines selbstständigen und unbestechlichen Urtheils gefährdeten, weil sie das Recht zur Wiedererwägung voreilig gefaßter Beschlüsse aufgäben und weil sie endlich den Rechten zukünftiger Gesetzgeber gegenüber eine gewisse Anmaßung und Usurpation enthielten. Auf das oben erwähnte Verlangen Calhoun's nach einem das Gleichgewicht zwischen dem Norden und Süden herstellenden Amendement zur Bundesverfassung erwiderte er treffend: „Calhoun's Forderung geht dahin, daß die freien Staaten, welche an Bevölkerung und hinsichtlich ihrer Repräsentation in beiden Häusern des Kongresses die Majorität haben, den Sklavenstaaten, die in den genannten beiden Punkten in der Minorität sind, den thatsächlich nicht gerechtfertigten Vortheil einer Gleichheit (the unequal advantage of an equality) zugestehen sollen. Mit andern Worten: wir sollen die Konstitution abändern in der Weise, daß wir aus einer wahrhaft national-demokratischen Regierung, die mit einer konstitutionellen Majorität der Stimmen operirt, einen föderalen Bund (a federal alliance) machen, in welchem die Minorität das Recht des liberum veto der Majorität gegenüber ausüben darf. Ein solches Amendiren würde uns aber geraden Weges zu den Artikeln der alten Conföderation zurückführen." Was die Sklaverei und ihr konstitutionelles Bestehen anbetraf, so erklärte Seward, die Gründer der Republik seien keine Freunde der Sklaverei gewesen, sie hätten es nicht einmal gewagt, den Namen „Sklaven" (slaves) in die Verfassung aufzunehmen; außerdem aber gäbe es ein höheres Gesetz als die Konstitution" (a higher law than the constitution), das Gesetz der urewigen, schaffenden Vernunft. Die ganze Aristokratie im Norden der Union und in Europa sei ein natürlicher Bundesgenosse der Sklaverei und der Sklavenhalter; aber das Prinzip der Emanzipation rufe eine wahrhaft demokratische Revolution hervor. Die Ereignisse im alten Europa hätten dies kürzlich klar und deutlich bewiesen. Er erkenne nur e i n Vaterland und e i n e n Souverän an, — die V e r e i n i g t e n S t a a t e n und das a m e r i k a n i s c h e V o l k; ebenso fühle und denke auch der Staat, den er vertrete, der Staat New-York, die Heimath der Hamilton und der Jay. —

Im April wurde endlich auf Antrag Foote's ein Committee von 13 Mitgliedern gewählt, um über die Anträge Clay's und Bell's zu berichten. Dies geschah; aber die Diskussion ward dadurch nicht abgeschnitten, sie dauerte in alter Heftigkeit fort. Um nur ein annäherndes Bild von der damals herrschenden Aufregung zu geben, möge hier ein

Vorfall erwähnt werden, den auch Fr. Kapp kennt und der allerdings schlagend beweist, wie Schimpf und Skandalscenen zu jener Zeit gar nichts Seltenes im Bundessenate waren. Am 17. April suchte nämlich der südliche Senator Foote ohne besondere Veranlassung während der Sitzung und mitten in der Debatte auf den unionsfreundlichen Senator Benton ein Pistol abzufeuern. „Ich bin unbewaffnet", rief der ebenso durch Muth wie durch Ehrenhaftigkeit ausgezeichnete Benton, den wir selbst noch in Missouri in großen Volksversammlungen reden zu hören das Glück hatten, „ich bin unbewaffnet, untersucht mich, ich trage nie Waffen, niemals, niemals — geht aus dem Wege und laßt den Meuchelmörder und Schurken schießen!" Senator Daniel S. Dickinson von New-York fiel Foote in die Arme und entriß ihm das Pistol; die Sache selbst wurde später in den Akten eines Committee's begraben. —

Die parlamentarischen Kämpfe im Kongresse wurden am 10. Juli auf kurze Zeit durch den plötzlichen Tod des Präsidenten Taylor unterbrochen. „Sein Tod war," wie Benton erklärte, „ein öffentliches Unglück." Taylor hatte sich bei der Feier des vierten Juli zu sehr der Sonnenhitze ausgesetzt, er zog sich dadurch ein starkes Fieber zu, welches ihn sechs Tage darauf dem Leben entriß. Seine letzten Worte waren: „Ich habe immer meine Pflicht gethan; ich bin bereit zu sterben; ich bedaure nur die zurückgelassenen Freunde!" Taylor war ein Ehrenmann und ein aufrichtiger Unionsfreund, er widersetzte sich den frechen Uebergriffen des Südens mit aller Entschiedenheit seines Charakters, obschon er den Streitigkeiten über die Sklavenfrage so viel als möglich aus dem Wege zu gehen suchte. Sein Nachfolger Millard Fillmore, der früher innerhalb und außerhalb des Kongresses die Sklaveninteressen stark bekämpft hatte, schlug als Präsident bis zu einem hohen Grade eine andere Richtung ein. Das Ministerium Taylor's erbat und erhielt seine Amtsentlassung, um einem andern, an dessen Spitze Daniel Webster stand, Platz zu machen. —

Kaum waren die Leichenfeierlichkeiten, die Taylor's Tod veranlaßt hatte, beendigt, so begannen die Debatten über den Bericht des Dreizehner-Committee's von neuem. Was heute angenommen worden war, ward morgen wieder umgestoßen, so daß Benton mit Recht den Vereinigten Staaten Senat mit der webenden und ihr Gewebe wieder auflösenden Penelope verglich. Den Hauptstreitpunkt bildete die Aufnahme von Kalifornien als einem freien Staate in die Union; dies war die „test question", wie schon Calhoun in seiner letzten Rede sich ausgedrückt hatte. Endlich kam im September 1850 ein Kompromiß zu Stande, welcher von beiden Häusern des Kongresses angenommen und

von Präsident Fillmore nach einigen Scheinbedenken genehmigt ward; dieser Kompromiß enthielt die meisten der von Henry Clay ursprünglich gemachten Vorschläge, über welche indeß besonders berathen und abgestimmt wurde. Er bestand aus folgenden fünf Punkten:

1. Grenzregulirung von Texas, dessen Verzichtleistung auf alle gegen die Vereinigten Staaten erhobenen Ansprüche, wofür dieselben 10 Millionen Dollars von der texanischen Staatsschuld übernehmen, Errichtung einer Territorialregierung für Neu-Mexiko, welches letztere seiner Zeit mit oder ohne Sklaverei, so wie es seine Konstitution vorschreiben wird, als Staat aufgenommen werden soll.
2. Errichtung einer Territorialregierung für Utah mit derselben Bestimmung über die Sklaverei, wie bei Neu-Mexiko.
3. Zulassung von Kalifornien mit seiner die Sklaverei ausschließenden Konstitution.
4. Auslieferungs- und Jagdgesetz gegen flüchtige Sklaven.
5. Unterdrückung des Sklavenmarktes im Distrikt Columbia. —

Im Senate war der vorstehende Kompromiß mit 34 gegen 18 Stimmen angenommen worden. Allein unmittelbar nach der Annahme desselben reichten zehn südliche Senatoren einen feierlichen Protest gegen den zu Stande gekommenen Vergleich ein, weil derselbe „den Frieden und die rechtliche Gleichstellung“ (the peace and equality) der Südstaaten gefährde und leicht zur „Auflösung“ (dissolution) der Union führen könne. Bemerkenswerth ist, daß dieser Protest sich nicht darauf gründete, daß der Kongreß hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien eine Machtbefugniß ausgeübt habe, eine Befugniß, welche von den Ultrasüdländern in der letztern Zeit stets eifrig bestritten worden war, sondern darauf, daß der Kongreß diese Machtbefugniß n i c h t ausgeübt habe, indem er es ablehnte die Missouri-Kompromißlinie bis zum Stillen Meere auszudehnen. Die zehn Unterzeichner des Protestes waren die Senatoren: Mason und Hunter aus Virginien, Butler und Barnwell aus Süd-Carolina, Turney aus Tennessee, Pierre Soulé aus Louisiana, Jefferson Davis aus Mississippi, Atchison aus Missouri, Morton und Yulee aus Florida. Eine Anzahl dieser Herren spielte bekanntlich zehn Jahre später eine hervorragende Rolle im Sezessionskriege. Kaum war der Protest von dem Sekretär des Senats verlesen, so erhob sich Winthrop von Massachusetts, der Webster's Stelle eingenommen hatte, und trug auf Zurückweisung desselben an; er sowohl, wie Th. H. Benton, wiesen nach, daß die Senatoren der Republik nicht das Recht besäßen, wie die Lords im englischen Oberhause, einen motivirten Protest gegen ein rechtsgültig zu Stande gekommenes Gesetz in das Senatjournal eintragen zu lassen. Diese

Lords hätten in politischer und sozialer Hinsicht eine ganz andere Stellung, als die Senatoren der Vereinigten Staaten, die durch Wahl und nicht in Folge von Rang und Stand die Vertreter des Volkes seien. Im Hause der Gemeinen, das aus einer Volkswahl hervorgehe, dürfe auch in England bekanntlich kein Mitglied seine Abstimmung durch einen besonders protokollirten Protest motiviren. Auf diese Weise wurde denn auch der wohl ausgearbeitete Protest der zehn südlichen Sklavenritter zurückgewiesen. Vergl. Th. H. Benton, a. a. O. B. II. S. 773 ff. —

Der Kompromiß von 1850 wurde aber nicht bloß von den hervorragenden Männern des Südens gemißbilligt, auch im Norden erhoben sich — aus ungleich bessern Gründen, als im Süden — gewichtige Stimmen gegen ihn. Zwar war es ganz in der Ordnung, daß der Kongreß möglichst schnell Territorialregierungen für die verschiedenen von Mexiko abgetretenen Territorien einsetzte und daß er die Grenzlinie zwischen Neu-Mexiko und Texas zur Sicherstellung und zum Frieden des Territoriums zog; warum man aber an Texas 10 Millionen Dollars bezahlte, damit es seine Ansprüche auf ein Territorium aufgäbe, das es eigentlich niemals besessen hatte, auf ein Territorium, das zuerst durch Unionswaffen erobert und dann mit Unionsgeld Mexiko abgekauft worden war, das ist ebenso wenig und noch weniger einleuchtend, als die bekannte Abfindung des Exkönigs von Hannover und des Exkurfürsten von Hessen. Und warum diese Zahlung, wenn sie überhaupt gemacht werden sollte, zur Bedingung der Annahme verschiedener anderer Maßregeln gemacht wurde, läßt sich im Grunde noch viel weniger erklären. Wenn damit ferner ein Gesetz zusammengekuppelt war, welches das Einfangen flüchtiger Sklaven in den freien Staaten erleichterte, das vorgeblich durch ein anderes aufgewogen wurde, wodurch der Sklavenhalter von Washington im Distrikt Columbia gezwungen ward, seine Sklavengefängnisse und Menschenversteigerungslokale über den Potomac nach dem Städtchen Alexandria, jenem elenden Reste, das kurz vorher, im Jahre 1846, wieder an Virginien abgetreten worden, zu verlegen, so gewinnt es allerdings gar leicht das Ansehen, als wenn der ganze Kompromiß von 1850 ein wunderliches Gewebe von legislativer und moralischer Korruption war, das selbst durch die großen Namen eines Henry Clay und eines Daniel Webster nicht gegen ewige Schande geschützt werden sollte. —

Auf der andern Seite darf indessen nicht außer Acht gelassen werden, daß — welche theoretische und praktische Einwendungen auch gegen den Vergleich von 1850 gemacht werden können — die große Mehrzahl des amerikanischen Volkes, im Norden wie im Süden, denselben ohne Zögern annahm und billigte. Die Masse des Volkes ging eben eifrig

den Geschäften, die zu jener Zeit nicht darnieder lagen, nach; man pflanzte, baute, handelte und erntete ein, und begrüßte deshalb die Nachricht, daß alle Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen „Sektionen" (sections) des Landes geschlichtet und beigelegt seien, mit einer allgemeinen und aufrichtigen Freude. Was der eigentliche Inhalt des Kompromisses war, welche Verbindlichkeiten er der Nation, namentlich dem Norden, auferlegte, — darauf legte, wie dies leider häufig zu geschehen pflegt, das Volk in seiner Mehrzahl kein großes Gewicht; was man vor allen Dingen wünschte und ersehnte, war Friede und Wohlstand, und man war, wie Horace Greeley richtig bemerkt, durchaus nicht geneigt, einander die Hälse abzuschneiden oder die Scheunen anzuzünden, einzig und allein — wie man die Sache im gewöhnlichen Leben ansah — der „Stellung der Neger" (status of negroes) wegen. Der Kompromiß hatte in direkter Weise kein Geld aus den Taschen des Volkes genommen, er hatte ihm keine unmittelbaren Steuern oder sonstige Geldlasten aufgebürdet, er hatte die Bürger der Union keinen persönlichen und augenscheinlichen Gefahren ausgesetzt, er hatte vielmehr das schreckliche Gespenst von Bürgerkrieg und Auflösung der Union, das beständig heraufbeschworen wurde, sobald die Sklavenmacht irgend einen Gegenstand durchsetzen wollte, verscheucht und die Gelegenheit, „Geld zu machen" (for making money), vermehrt, indem er die Aussicht auf eine stets steigende Größe der Nation, auf Sicherheit und innere Harmonie eröffnete. Vornehmlich gaben sich der Handelsstand und die Einwohner der Seestädte diesen vielversprechenden Ansichten der Dinge freudig und mit ganzer Seele hin. —

Anders freilich war es mit allen Denen, die sich durch den äußern Anschein nicht blenden und durch die glatte Oberfläche des eben noch so aufgeregten Parteilebens nicht bestechen ließen; im Norden wie im Süden der Union gab es noch immer Leute genug, die den trügerischen Schein von der bittern Wahrheit unterschieden und die — natürlich aus ganz entgegengesetzten Gründen — dem Kompromisse keinen Geschmack abgewinnen konnten. Die sogenannten „Feuerfresser" (fireeaters) des Südens, die unbedingten Anhänger Calhoun's, erblickten in den meisten Bestimmungen des Kompromisses nur eine Verzichtleistung auf Alles, um was sie bisher gestritten und gerungen hatten, denn die nichtssagende Weglassung einer die Einführung der Sklaverei in die neuerworbenen Territorien förmlich verbietenden Klausel erschien ihnen nur als der wesenlose Schatten eines eingebildeten Triumphes. Sie beschlossen daher, dem Kompromisse sich auf die Dauer nicht zu unterwerfen. Zu dem Ende suchten sie zunächst auf einem mehr theoretischen Wege, durch

die Presse und Versammlungen, für ihre Ansichten Propaganda zu machen und die Zeit herbeizuführen, wo ein gewaltsames Auftreten die Erfüllung ihrer Wünsche ermöglichen konnte. In der Heimath Andrew Jackson's, in Nashville, kam bald eine Konvention von südlichen Politikern zusammen, die wie Benton (a. a. O. B. II. S. 781—787) ausführlich nachweist, offenbare Sezessionsbeschlüsse faßte und einen „südlichen Kongreß" (a Southern Congress) ins Leben rufen wollte. Allerdings gingen zunächst nur zwei südliche Staaten, Süd-Carolina und Mississippi, auf dies Beginnen ein; und selbst in diesen beiden Staaten unterlag bei einer allgemeinen Volksabstimmung im Jahre 1851 noch die ausgesprochene Sezessionspartei. Vergl. Horace Greeley, B. I. S. 211. —

Für den Norden war die gehässigste unter allen Bestimmungen des Kompromisses das Sklaven-Jagdgesetz. Zwar fügte sich auch hier die überwiegende Mehrzahl der Bürger stillschweigend dem einmal abgeschlossenen Vergleiche, allein die unmenschlichen Bestimmungen des neuen Gesetzes über das Einfangen flüchtiger Sklaven waren, allen Bemühungen der Hunkerdemokraten und der kompromißseligen Administration zum Trotz, sowohl in der Theorie, wie in der Praxis einer ernstgesinnten und achtungswerthen Minderheit sehr verhaßt. Der eigentliche Urheber des sogenannten „fugitive slave law" war James Mason aus Virginien, jener giftige Verfechter der Sklaverei, den ein konsequentes Festhalten an seinen ultrasüdlichen Prinzipien später zu einem Haupträdelsführer in den Reihen der Rebellen machte. Mason suchte stets und überall, wo sich ihm nur die geringste Gelegenheit dazu bot, das Fortbestehen der Union von der unbedingtesten Unterwerfung und dem servilsten Eingehen des Nordens auf die Pläne und Gelüste der entschiedensten Südländer abhängig zu machen. Er war es auch, der einst öffentlich im Kongresse hinsichtlich des Negerunterrichts Worte sprach, um die ihn der rabiateste mecklenburgische Krautjunker, selbst der Graf Bassewitz, beneidet haben würde. „Mein ruhmreicher Staat Virginien," sagte er, „ist immer darauf bedacht gewesen, den Neger in der Unwissenheit zu erhalten. Dies war und bleibt die Weise aller Sklavenstaaten. Die Negerrace darf nicht unterrichtet, nicht zum klaren menschlichen Selbstbewußtsein erhoben werden; und dies ist nach meinem Dafürhalten eine weise, eine nützliche und eine gerechte Politik". Der Gesetzentwurf Mason's über das Einfangen von flüchtigen Sklaven wurde von dem Kompromiß-Committee adoptirt und auch von den beiden Häusern des Kongresses ohne gehörige Prüfung in ungeziemender Hast angenommen. Als derselbe am 12. September vor das Repräsentantenhaus kam, nahm

James Thompson, ein Demokrat aus Pennsylvanien, ohne Zweifel nach vorhergegangener Verabredung mit dem Sprecher Cobb das Wort und erklärte sich für die Bill als eine gerechte und nothwendige; er schloß seine Rede mit dem Antrage auf die Vorfrage (Previous Question), durch deren Annahme jede weitere Diskussion ausgeschlossen wurde. Die Vorfrage wurde angenommen und Mason's Gesetzesvorschlag mit allen seinen Mängeln, ohne daß hinreichende Gelegenheit zu Amendements gegeben war, mit einer Dampfgeschwindigkeit, die weit größer war, als die, welche man den legislativen Körpern des norddeutschen Bundes nachsagt, zum Gesetze erhoben. Der Inhalt des namentlich aus Humanitätsrücksichten so anstößigen Gesetzes ist kurz folgender:

1. Es befahl die sofortige Auslieferung eines jeden vorgeblich flüchtigen Sklaven an den Sklavenfänger, ohne daß dem ersteren die von der Konstitution (Amendements to the Constitution, artic. 7) garantirte Aburtheilung durch Geschworene gewährt wurde. Die angedeutete Bestimmung der Konstitution geht nämlich dahin, daß derjenige, an den eine Anforderung von mehr als 20 Dollars gemacht wird, das Recht hat, diese Anforderung durch eine Jury untersuchen zu lassen; von wem aber Freiheit oder Weib und Kind gefordert wurde, der sollte dieser Wohlthat des Bundesgesetzes verlustig sein. Mochte der angeblich als Sklave verfolgte Mensch ganz untadelhaft weiß sein, mochte er in der That ein freier Mensch sein, das Sklaven-Jagdgesetz, welches sich um die Farbe des Verfolgten gar nicht kümmerte, bestimmte, daß — sobald zwei Zeugen die Flucht eines Sklaven bestätigt hatten — der angeblich seinem Herrn entlaufene Sklave auf die Untersuchung seiner Sache durch ein Schwurgericht nicht dringen dürfe und im ganzen freien Norden vor einen Vereinigten-Staaten-Kommissär, den der jedesmal entsprechende Gerichtshof (circuit oder supreme court) dazu ernannte, geschleppt werden konnte. Dieser Kommissär oder Richter entschied dann auf die oberflächlichsten Beweise hin über die vom angeblichen Eigenthümer des Reklamirten vor ihn gebrachten Thatsachen, über die Freiheit oder Knechtschaft eines Menschen, der möglicherweise ebenso frei war, wie der Richter selbst oder der Verfolger. Die sechste Sektion des Gesetzes bestimmte ausdrücklich, daß der Kommissär, wenn ein Sklavenbesitzer oder dessen Agent einen Flüchtling ohne Proceß verhaftet oder ergriffen hatte, nur in summarischer Weise den Fall zu entscheiden brauche, das Zeugniß des angeblichen Sklaven durfte dabei in keiner Weise von dem Kommissär angenommen oder beachtet werden.

2. Der Vereinigte-Staaten-Marschall, der die Verhaftsbefehle des

Kommissärs zu vollziehen sich weigerte, hatte 1000 Dollars Strafe zu zahlen, die der verfolgende Eigenthümer erhielt. Wer einen Flüchtling bei seinem Entrinnen aus der Gewalt des Agenten unterstützte oder wer ihn beherbergte oder verbarg, so daß seine Entdeckung und Verhaftung verhindert ward, verfiel einer Geldstrafe bis zu 1000 Dollars oder einer Gefängnißhaft bis zu sechs Monaten und hatte außerdem 1000 Dollars Entschädigung an den seines „Eigenthums" beraubten Kläger zu bezahlen. Die Leute, welche die Sklaven einfingen, bekamen fünf Dollars und mehr, je nach Verdienst und Arbeit. Nach der 8. Sektion des Gesetzes erhielt der besagte Kommissär 10 Dollars für jeden Gefangenen, den er zur Sklaverei verurtheilte, und nur 5, wenn er aus irgend einem Grunde gegen die vom Sklavenfänger erhobenen Ansprüche entschied. Auf diese Art bot das Gesetz selbst dem Beamten in direkt korrumpirender Weise eine Bestechung an, um gegen den vorgeblichen Sklaven zu entscheiden. Die Gründe oder die Entschuldigung, welche man für diese sonderbare Bestimmung vorbrachte, waren, daß in dem Falle der Auslieferung des vorgeblichen Flüchtlings der Beamte mehr Papiere auszufertigen und überhaupt mehr zu thun hätte, als im entgegengesetzten Falle. Eine Erklärung, die jedenfalls eher die Schlechtigkeit des Gesetzes, als irgend sonst etwas beweist.

3. Die mit der Arretirung vorgeblicher Flüchtlinge beauftragten Personen waren durch das Gesetz in jedem Falle autorisirt und ermächtigt, „alle Dabeistehenden oder das posse comitatus, d. h. die öffentliche Macht des betreffenden Bezirks" zur Hülfe aufzufordern, auch waren „alle guten Bürger (all good citizens) befohlen (commanded), in der schnellen und wirksamen Vollstreckung dieses Gesetzes eine hülfreiche Hand zu leisten". Die aus dem Transport der eingefangenen und verurtheilten Sklaven erwachsenen Kosten, so wie alle bei der Zurückbringung der unglücklichen Flüchtlinge in die Knechtschaft durch Vereinigte-Staaten-Beamten aufgewandten Summen wurden aus dem Schatze der Bundesregierung gezahlt. Vergl. Fr. Kapp, a. a. O. S. 274 ff. Horace Greeley, a. a. O. B. 1. S. 210 ff. —

Es liegt auf flacher Hand, daß der Kompromiß von 1850 durch das Sklavenfanggesetz die Sklaverei aus einer lokalen zu einer nationalen Angelegenheit umgewandelt hatte. Statt den Frieden herbeizuführen, erzeugte dieses aller öffentlichen Sittlichkeit hohnsprechende Gesetz den Kampf; statt ein Oelzweig zu sein, war es ein Feuerbrand, der die schlimmsten und gefährlichsten Leidenschaften entzündete. Es lud geradezu zum Menschenraube ein und wurde, wie Horace Greeley durch verschiedene Beispiele beweist, von vielen Taugenichtsen, welche die Schwarzen unter

allen Umständen als die rechtmäßige Beute der Weißen ansahen, nachdrücklich ausgebeutet. Es hat dem Süden keine wesentlichen Vortheile gebracht, den Norden tief erbittert und der Union Tausende von Dollars gekostet. Es hat die bestehenden Parteibande gesprengt, fähige Männer in der öffentlichen Meinung ruinirt und vor Allem, wie Fr. Kapp richtig hervorhebt, die Achtung des Volkes vor den Gesetzen geschwächt, indem es dasselbe zu Aufständen reizte. Wenn man aber seiner Zeit vielfach über die Konstitutionalität des Gesetzes debattirte, so hat dieser Streit ebenso wenig praktische Folgen gehabt, wie etwa die Kontroverspredigten der amerikanischen Geistlichen, die mit Bibelsprüchen für und gegen die Göttlichkeit der Sklaverei kämpften. Thatsache ist, daß das Sklaven-Jagdgesetz und der ganze Kompromiß vom Jahre 1850 zwei feindliche Prinzipien durch einen Vergleich mit einander aussöhnen wöllte, die ihrem innersten Wesen nach so wenig aussöhnbar sind, wie Feuer und Wasser. Und wenn H. S. Foote sich in der letzten Sitzung des 32. Kongresses bemühete, den Kompromiß durch die Bundesgesetzgebung zu einer Finalität erklären zu lassen, zu einem über alle Rechte der Majorität und Minorität erhabenen, unantastbaren, endgültigen Grundgesetz, so erstrebte er einfach eine Unmöglichkeit und stieß auch sogleich bei diesem seinem Streben auf den entschiedensten Widerspruch sowohl von Seiten der Freiheitspartei, wie von Seiten der südlichen Sezessionspartei; denn noch niemals hat eine halbe Maßregel, wie der Kompromiß von 1850 es war, eine dauernde Ausgleichung zwischen zwei sich prinzipiell bekämpfenden Parteien zu schaffen vermocht. —

Die auf den Kompromiß zunächst folgende Zeit war allerdings, wie bereits angedeutet, eine verhältnißmäßig ruhige und für Ackerbau, Handel und Industrie nicht ungünstige, so daß Präsident Fillmore sich dem süßen Wahne hingeben mochte, den Streit über die Sklavenfrage beigelegt und sich den Namen des Unionsretters erworben zu haben. Wie sehr er sich aber in diesem Wahne, wenn er ihn anders wirklich hatte, getäuscht, das zu erfahren, wurde ihm nur zu bald hinlänglich Gelegenheit geboten. —

Auch bei der im Jahre 1852 herannahenden Präsidentenwahl machte sich der Glaube oder wenigstens das Bestreben geltend, in dem Kompromisse von 1850 eine endgültige Erledigung der verhängnißvollen Sklavenfrage zu erblicken und zu finden. Einige Monate, bevor die Nationalkonventionen der beiden großen Parteien des Landes stattfanden, war ein öffentliches Dokument von Henry Clay, Howell Cobb und einigen fünfzig anderen Kongreßmitgliedern beider Parteien unter-

zeichnet worden, worin sie sich verpflichteten, von nun an keinen Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen, der nicht entschieden einwillige, in dem genannten Kompromisse die vollständige Beilegung (adjustment) der Sklavenfrage anzuerkennen. Unter dieser Beilegung verstanden die Unterzeichner des erwähnten Dokumentes und die Anhänger des Kompromisses überhaupt, die Uebereinkunft, sich fernerhin nicht nur aller „Agitation" und Erörterung, die nicht zu Gunsten der Sklaverei sei, zu enthalten, sondern auch allen etwa auftauchenden Agitationen gegen dieses Institut mit Macht zu opponiren. —

Am 1. Juni 1852 trat die demokratische Nationalkonvention zu Baltimore zusammen und beschloß, unter der alten Zweidrittelregel die Nominationen der Kandidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft vorzunehmen. Bei den ersten Abstimmungen über den Präsidentschaftskandidaten schwankte die Wahl zwischen Lewis Caß, James Buchanan, Stephen A. Douglas und William L. Marcy, endlich aber erhielt bei dem 49. Ballottement Franklin Pierce aus Concord im Staate New-Hampshire die einstimmige Nomination. Pierce war bis dahin den meisten seiner Wähler, selbst dem Namen nach, eine ganz unbekannte Größe gewesen. Auf nähere Erkundigung erfuhr man aber, er sei ein ganz guter, in seinen Privatverhältnissen ziemlich geachteter Mann, der zu Concord als Advokat praktizirte, nachdem er im mexikanischen Kriege General eines Freiwilligen-Regiments gewesen war. Außerdem war er natürlich stets ein tüchtiger, in der Wolle gefärbter Demokrat gewesen, hatte sich aber zu der Zeit, wo er Bundessenator in Washington war, in keiner Weise politisch oder sonst wie ausgezeichnet. Für die Vicepräsidentschaft erhielt William R. King von Alabama die Mehrzahl der Stimmen; auf Jefferson Davis waren nur 11 Stimmen gefallen.

Die Nationalkonvention der Whigs trat ebenfalls in Baltimore zusammen, und zwar am 16. Juni. Die südlichen Delegaten, welche schon den Abend vor der Organisation der Versammlung einen gemeinsamen Plan adoptirt hatten, verständigten sich leicht mit den nördlichen Freunden Fillmore's und Webster's über die Anerkennung der Finalität des Kompromisses von 1850, und so geschah es, daß, bevor man zur Nomination der betreffenden Kandidaten schritt, ein Parteiprogramm aufgestellt wurde, dessen Kardinalpunkt die entschiedene Billigung des Vergleichs von 1850 war. Die Hauptpräsidentschaftskandidaten waren: Fillmore, Webster und General Winfield Scott. Bei der 53. Ballotage trug Winfield Scott über seine Gegner den Sieg davon; als Vicepräsident wurde William A. Graham von Nord-Carolina schon bei der zweiten Abstimmung ernannt. —

Die Parteiprogramme der Demokraten und der Whigs waren diesmal nicht so unähnlich, wie in früheren Fällen. Das Bindemittel war eben wieder der Kompromiß von 1850. Die demokratische Konvention bestätigte im Wesentlichen die Beschlüsse der drei früheren Nationalkonventionen, verdammte in einer besonderen Resolution den Nativismus, indossirte die Kentucky- und Virginia-Resolutionen von 1798 und nahm hinsichtlich der Sklavenfrage noch folgende drei Beschlüsse an:

„1. Beschlossen, daß nach der Bundeskonstitution der Kongreß keine Befugniß hat, sich mit den einheimischen Einrichtungen der Einzelstaaten zu befassen, daß vielmehr diesen Staaten die alleinige Verfügung und Beurtheilung über Alles gehört, was ihre eigenen Angelegenheiten angeht und durch die Konstitution der Vereinigten Staaten nicht verboten ist; daß alle Versuche der Abolitionisten und Anderer, welche den Kongreß zu bestimmen suchen, sich mit der Sklavenfrage zu befassen oder einleitende Schritte nach dieser Richtung hin zu thun, dazu angethan sind, die traurigsten und betrübendsten Resultate herbeizuführen, daß alle solche Versuche die nothwendige Tendenz haben, das Wohlbefinden des Volkes zu verringern und die Stabilität und Permanenz der Union zu gefährden, und deshalb von keinem Freunde der staatlichen Einrichtungen der Republik begünstigt werden sollten.

2. Beschlossen, daß die vorstehende Proposition den ganzen Gegenstand der Agitation der Sklavenfrage in sich schließt und in sich zu schließen bestimmt ist; und daß aus diesem Grund die demokratische Partei der Union, indem sie dieses nationale Programm auf ihre Fahne schreibt, bei den vom letzten Kongresse getroffenen Maßregeln, die als Kompromißmaßregeln bekannt sind, verharren und auf deren gewissenhafte Ausführung dringen wird; dahin gehört auch das Gesetz wegen Einfangens entlaufener Sklaven. Dieses Gesetz, welches zur Ausführung einer ausdrücklichen Bestimmung der Konstitution gegeben ist, kann daher nach der Konstitution weder widerrufen, noch so abgeändert werden, daß seine Kraft dadurch leidet.

3. Beschlossen, daß die demokratische Partei sich allen Versuchen, innerhalb oder außerhalb des Kongresses die Agitation der Sklavenfrage wieder zu erneuern, unter welchem Vorwande und in welcher Form dies auch immer geschehen möge, auf das Bestimmteste widersetzen wird.“ —

Die Whigs erklärten im 8. Paragraphen ihres politischen Glaubensbekenntnisses:

„Beschlossen, daß die verschiedenen Maßregeln des 31. Kongresses, bekannt als der Kompromiß von 1850, wozu auch das Gesetz über die Einfangung flüchtiger Sklaven gehört, von der Whigpartei der Ver-

einigten Staaten als eine gründliche und prinzipielle Beilegung der darin enthaltenen gefährlichen und aufregenden Fragen angenommen und gebilligt werden; daß die Whigs die erwähnten Maßregeln, so weit dieselben praktisch in Betracht kommen, vertheidigen und auf ihre gewissenhafte Vollziehung dringen wollen, bis Zeit und Erfahrung die Nothwendigkeit fernerer gesetzlicher Akte darthun wird, um auf der einen Seite die Umgehung der Gesetze und auf der andern ihren Mißbrauch zu verhindern, ohne ihrer gegenwärtigen Wirksamkeit Eintrag zu thun; daß die Whigs alle fernere Agitation der so beigelegten Streitfragen als den Frieden des Landes gefährdend beklagen und allen Versuchen, solche Agitation fortzusetzen oder zu erneuern, gleichviel wann, wo und wie dieselben gemacht werden, widerstehen wollen und daß sie diese Politik aufrecht erhalten werden als wesentlich für die Nationalität der Whigpartei und der Integrität der Union." —

Die Aufnahme dieses Paragraphen in ihr politisches Programm war der Todesstreich für die Whigpartei, sie hatte damit Selbstmord an sich begangen. Dies erkannte auch Daniel Webster, als er noch auf seinem Sterbebette sagte: „Nach dem 2. November 1852 (dem Tage der Wahl von Pierce) werden die Whigs als nationale Partei nur noch in der Geschichte existiren". —

Die Freiboden-Demokraten (Free Soil Democracy), die noch außer den regulären Demokraten und Whigs als nationale Partei existirten, stellten als Hauptpunkt in ihrem Programm hin: entschiedene und unbedingte Opposition gegen alle weitere Ausbreitung der Sklaverei und gegen alle Kompromisse mit der Sklaverei. Sie hielten ihre Konvention zu Pittsburg in Pennsylvanien, am 11. August 1852, und nominirten **John P. Hale** von New-Hampshire für die Präsidentschaft und **George W. Julian** von Indiana für die Vicepräsidentschaft. Folgende Grundsätze, die sich größtentheils auf die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochenen Prinzipien zurückführen ließen, bildeten den Hauptinhalt ihres politischen Programmes, wie solches in der Konvention festgesetzt und angenommen worden war: 1. Verpflichtung der Bundesregierung, das Leben, die Freiheit und das Glück der Bürger der Republik zu sichern; 2. ungestörtes Fortbestehen der Union; 3. die Regierung ist nicht berechtigt, irgend einer Person ohne gerichtliches Verfahren Leben oder Freiheit zu rauben, sie ist nicht befugt, irgend einen Menschen zum Sklaven oder zum König zu machen, vielmehr muß ihr Bestreben darauf gerichtet sein, **sich von jeder Verantwortlichkeit für die Fortexistenz der Sklaverei zu befreien;** 4. kein neuer Staat und kein Territorium darf fernerhin in die Union

aufgenommen werden, sobald daselbst die Sklaverei besteht; es sollen keine Bundesgesetze für Auslieferung von Sklaven existiren; der Kompromiß von 1850 über den Sklavenfang in den freien Staaten ist unverträglich mit allen Grundsätzen der wahren Demokratie; die Sklaverei ist nur eine Lokalangelegenheit der südlichen Staaten, die Freiheit aber eine nationale Angelegenheit und Sache des ganzen Bundes; 5) alle Menschen haben ein natürliches Recht auf einen Theil des Grund und Bodens, da nun die Nutznießung des Bodens zum Leben unentbehrlich ist, so ist auch das Recht eines jeden Menschen auf einen Theil des Bodens so heilig, wie das Recht auf das Leben selbst; 6) es ist Pflicht der republikanischen Regierung der Union, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um die Einmischung von Kaisern und Königen in die Angelegenheiten solcher Völker, die sich von einem despotischen Joche befreien wollen, zu verhindern; 7) die Behauptung der demokratischen Partei in ihrem baltimorer Programm, wonach ein von Menschen gemachtes Gesetz, wie der Kompromiß von 1850, weder der Veränderung noch dem Widerrufe unterworfen sein soll, steht in direktem Widerspruch mit den von den Gründern der Union ausgesprochenen Grundsätzen und ist der freiheitlichen Entwickelung der Nation gefährlich; 8) der Wahlspruch der Freiboden-Demokratie soll sein: „Freier Boden, freie Rede, freie Arbeit und freie Menschen!"

Der Wahlkampf entsprach den Erwartungen der Whigs in keiner Weise; einestheils, weil die Barnburner massenweise zu den Demokraten übergingen, anderentheils, weil die Unterstützung und Billigung des Sklaven-Jagdgesetzes den Eifer vieler freisinnigen Mitglieder der Whigpartei abschwächte, und drittens, weil die Anhänger Daniel Webster's und die sogenannten „silbergrauen", d. h. konservativen, Whigs für Pierce stimmten. Die Demokraten und das ganze konservative Element in der Union gaben ihre Stimmen einmüthig für Pierce ab; die Whigs dagegen waren vollständig gespalten, und die wenigen Freesoiler, welche den General Scott nach dem Vorgange von Seward und van Buren unterstützten, vermochten die Niederlage der Whigpartei nicht abzuwenden. Von 296 Elektoralstimmen fielen 254 auf Franklin Pierce und nur 42 auf Winfield Scott, John P. Hale erhielt gar keine. Was die eigentliche Volkswahl anbetraf, so standen die für die drei Präsidentschaftskandidaten abgegebenen Stimmen also: Pierce hatte 1,601,274, Scott 1,386,580 und Hale 155,825 Stimmen erhalten. Demnach hatte Pierce über Scott allein eine Mehrheit von 214,694, und über Scott und Hale zusammen von 58,896 Stimmen. Dies Resultat bewies unzweifelhaft, daß das Volk der Vereinigten

Staaten im Jahre 1852 in seiner überwiegenden Mehrzahl gegen die fernere Agitation der Sklavenfrage und für die Kompromißmaßregeln von 1850 gesinnt war. Die Demokraten errangen den glorreichsten Wahlsieg; seit Andrew Jackson's zweiter Erwählung zum Präsidenten der Union hatten sie keinen solchen Triumph gefeiert. Die Whigs hatten eine Waterloo-Niederlage erlitten, sie waren bis zur Vernichtung geschlagen worden, sie lösten ihre Parteiorganisation auf und gingen, soweit sie zu der konservativen Fraktion gehörten, zu den Demokraten, soweit sie zu der Freesoil-Fraktion hinneigten, zu der nun bald sich jugendlich kräftig entwickelnden Partei der noch jetzt bestehenden „Republikaner" über. Das Ende der Whigs enthält eine wohl zu beherzigende Lehre für alle Parteiformationen, deren Programm an einer gewissen Halbheit leidet und deren parlamentarisches Auftreten mehr prinzipienlose Rechnungsträgerei, als reale Politik verräth. Denn, wie es im politischen Leben nach der idealen Richtung hin ein Zuweitgeben giebt, so hat auch die, namentlich seit 1866 in Schwung gekommene, reale Politik ihre großen Gefahren. Wir wissen wohl, daß alle Vergleiche bis zu einem gewissen Grade hinken, dennoch aber ähneln, unserer Meinung nach, die Whigs gar sehr den französischen Girondisten und den deutschen Gothaern. Selbst die gegenwärtige national-liberale Partei in Deutschland, so berechtigt sie in mancher Hinsicht und in manchen Gegenden unseres deutschen Vaterlandes ist, mag sich in Acht nehmen, daß sie nicht von dem Schicksale der amerikanischen Whigs ereilt wird. Sogenannte staatsmännische Kenntnisse und schwungvolle Reden allein vermögen einer großen politischen Partei, die aus angeblich praktischen Gründen einem künstlichen Schaukelsystem huldigt, einem gewandten, mächtigen und — unter Umständen — selbst gewaltthätigen Gegner gegenüber auf die Dauer keine rechte Lebenskraft einzuflößen. Was gelehrtes Wissen und glänzendes Rednertalent anbetrifft, so leisteten die Girondisten, die Whigs und noch mehr die Gothaer nicht Geringes. Es fehlte diesen Parteien, die unter allen Regierungsformen, welche ein gewisses Maß von Freiheit erlauben, nie ganz aussterben werden, aber das, was einer politischen Partei vor allen Dingen dauernde Achtung und endlichen Erfolg sichert, es fehlte ihnen die nöthige Thatkraft, die rücksichtslose Energie, der unbestechliche Muth, womit ausgerüstet Volksvertreter niemals müde werden, niemals sich sehnen, auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen, niemals in selbstvergötternder Eitelkeit den halbbezwungenen Feind gering schätzen und — durch halbe Erfolge zufriedengestellt — einen Scheinsieg feiern und darüber das noch erst zu erringende Ziel aus den Augen verlieren. In der Politik ist nichts ge-

fährlicher, als Vertrauensseligkeit und Siegestrunkenheit. Nur durch ein festes, den realen Verhältnissen entsprechendes, logisch gegliedertes Parteiprogramm, welches alle ungehörigen und darum schädlichen Elemente aussondert und den Anforderungen der Zukunft volle Rechnung trägt, ohne den soliden Boden der Gegenwart aufzugeben, nur durch ein unermüdliches, ebenso wenig durch Selbstbewunderung und Scheinerfolge gestörtes, als durch starrköpfige Verbissenheit irregeleitetes Festhalten an idealen Grundsätzen, nur durch die energievolle Negation, die einzig und allein das wahrhaft Positive in dem Bestehenden herauszufinden und als Macht zu gestalten weiß, alle Truggebilde aber als das, was sie sind, hinstellt und ponirend auftritt, indem sie ruhig und bewußt den unwandelbaren, niemals trügenden Natur- und Vernunftgesetzen folgt und stets kämpfend und schaffend der ewig fortschreitenden Bildung neue Bahnen öffnet — nur durch diese und ähnliche Mittel und Wege wird eine gesunde politische Partei in Existenz gerufen und auf die Dauer zum Heile des Gemeinwohls in voller Kraft und Wirksamkeit zusammengehalten werden können. Die Whigpartei war aber entstanden, ohne daß sie in der immer wichtiger werdenden Sklavenfrage eine entschiedene, klar und fest ausgeprägte Stellung eingenommen hatte, sie ging darum auch naturgemäß in demselben Augenblicke unter, in welchem diese Frage alles übrige politische Interesse verschlang, eben weil sie diese, das Schicksal der Union entscheidende Frage ignorirte oder den aus derselben nothwendig hervorgehenden Konflikt vertuschen und durch Stillschweigen lösen zu können wähnte. Der Untergang der Whigs und der Höhepunkt der demokratischen Gewalt rief aber, wie bereits angedeutet, im Norden der Union die neue Partei der Republikaner ins Leben, die alle kräftigen und freisinnigen Elemente der früheren Parteien in sich aufnehmen sollte und in kurzer Zeit mit der allmächtigen Sklavendemokratie den Kampf auf Tod und Leben begann.

Die Pierce-Administration brachte eine kaum geahnte und widrige Masse von Amts- und Beutejägern mit sich; sie zeichnete sich eigentlich nur durch Schwäche und Unentschlossenheit aus und entsprach in fast keiner Beziehung den Erwartungen des Volkes, die ultrasüdliche Partei ausgenommen. Der Grund aber dafür, daß sich die demokratische Partei hervorragende Führer, wie Caß oder Douglas, nicht zur Präsidentenstelle erkoren, liegt einmal darin, daß der Eine hier, der Andere dort auf zwei Schultern getragen, dann darin, daß man besorgte, die ehemaligen Parteichefs möchten, auf ihr Ansehen beim Volke vertrauend, sich der alten Parteifesseln entledigen und eine mehr selbstständige, dem Sklavereiinteresse nicht vollständig entsprechende Politik befolgen. Da nun aber

ultrasüdliche Männer, wie z. B. Jefferson Davis, unmöglich gewählt worden wären, so griff man zu einem möglichst unbekannten Manne, der sich noch nicht kompromittirt hatte, der sich eines leidlich guten Rufes erfreute und der — theils durch Dankbarkeit, theils durch Berechnung, theils endlich durch Schwäche — ein fügsames Werkzeug in den Händen der Hauptführer der Sklavendemokratie war. Ein solcher Mann war Franklin Pierce. Unter seiner Präsidentschaft ließen sich, dies erkannte der Süden klar, die verderblichsten Maßregeln am leichtesten durchsetzen, denn — so sagt F. Kapp mit Recht — selbst der schwächste Mensch ist stark genug, sich zum Schlechten bestimmen zu lassen.

So lange die Wahlschlacht gedauert, hatte die demokratische Partei eine geschlossene Phalanx dargeboten. Als aber der Sieg entschieden war, rief die Frage der Beutevertheilung manche Spaltungen hervor. So stritten sich z. B. die Hard- und Soft-Shells (wörtlich Hart- und Weichschalige: ein von der Auster entlehntes Bild) in der erbittertsten Weise über die Vertheilung der öffentlichen Aemter. Die Hard-Shells sind die alten, unbedingten Anhänger der Sklaverei, welche der Norden in nicht zu geringer Anzahl aufwies; unter Soft-Shells verstand man die bei der südlichen Demokratie wieder zu Kreuz gekrochenen Barnburner. Der arme, schwache, in vieler Hinsicht gutmüthige Pierce konnte sich vor der andringenden Masse der Aemterjäger kaum retten. Er glaubte recht klug und zweckmäßig zu handeln, wenn er bei der Aemtervertheilung möglichst alle Parteifraktionen berücksichtigte; er verlieh daher nicht nur den ultrasüdlichen Demokraten und den Hard-Shells, sondern auch den Soft-Shells und selbst einigen gemäßigten Freesoilers die ledigen Stellen. Da aber mehr Stellenjäger, als Aemter, da waren, so erregte er trotz seiner gutmüthigen Freigebigkeit doch überall Unzufriedenheit und Mißvergnügen und verlor gar schnell seine kaum erworbene Popularität. Die herrschende Partei klagte über Undankbarkeit und keifte und zankte sich auf offenem Markte herum. Das Volk in seinem besseren Theile wandte sich aber mit Abscheu und Ekel von dem alten abgelegten Parteihumbug weg und sehnte sich nach einer ehrlicheren und gesunderen Administration.

In seiner Inaugurationsrede vom 4. März 1853 berührte er selbstverständlich die Frage, „welche so eben noch die Nation in große Aufregung versetzt hatte“ (which had recently agitated the nation). „Wenn die Bundesregierung sich auf die Ausübung der Machtbefugnisse beschränkt, welche ihr durch die Verfassung garantirt sind, so kann es schwerlich geschehen, daß ihre Maßregeln die lokalen Institutionen (d. h. die Sklaverei) der Einzelstaaten in Gefahr bringen oder die besonderen Rechte dieser Staaten verletzen. Ich glaube, daß unfreiwillige Dienstbarkeit,

wie sie in verschiedenen Staaten dieser Union besteht, von der Verfassung anerkannt wird. Ich glaube, daß es sich damit verhält, wie mit jedem andern eingeräumten Rechte, und daß die Staaten, wo sie besteht, zu wirksamen Mitteln für die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Bestimmungen berechtigt sind. Ich bin der Ansicht, daß die Gesetze von 1850, gewöhnlich die Kompromißmaßregeln genannt, streng verfassungsmäßig sind und ohne Anstand ausgeführt werden müssen. Ich glaube, daß die eingesetzten Behörden dieser Republik verbunden sind, die Rechte des Südens in dieser Beziehung ebenso wie irgend ein anderes gesetzliches und verfassungsmäßiges Recht anzusehen, und daß die zu ihrer Geltendmachung erlassenen Gesetze (das Sklaven-Jagdgesetz) nicht mit Widerstreben, hervorgerufen durch abstrakte Meinungen über ihre Zweckmäßigkeit und ihren Werth in einem anderen Zustande der Gesellschaft, sondern mit Freudigkeit (cheerfully) und in Gemäßheit der gerichtlichen Entscheidungen des Tribunals, dem die betreffenden Ermittelungen zukommen, beachtet und befolgt werden sollen. Das war und ist meine Ueberzeugung, und nach ihr werde ich handeln. Ich hoffe mit Inbrunst (I fervently hope), daß die Streitfrage beigelegt ist, und daß keine sektionelle oder ehrgeizige und fanatische Aufregung die Dauerhaftigkeit unserer Institutionen bedrohen oder den Glanz unserer Wohlfahrt verdunkeln werde.“ Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 940. „Unsere Zeit“, erste Folge, VI. S. 66—68. Wie sehr aber diese inbrünstige Hoffnung vereitelt wurde, und zwar wesentlich durch die eigene Schuld des Präsidenten Pierce, das sollte schon die nächste Zukunft lehren.

Die Mehrzahl der Minister, welche Pierce sich gewählt hatte, bestand aus unbedeutenden Menschen, drei indessen verdienen hier erwähnt zu werden: William L. Marcy, der Erfinder des Satzes, „that to the victor belong the spoils of the enemy“, war Staatssekretär, Caleb Cushing — ein nördlicher Mann mit südlichen Grundsätzen — bekleidete den Posten des Generalstaatsanwaltes und Jefferson Davis, welcher dem Kriegsministerium vorstand, sprach, wühlte und wirkte nur für den Süden und stopfte denselben für künftige Zeiten mit Waffen aller Art voll. Stephan A. Douglas nahm keine Stelle im Ministerium an, er bewarb sich auch um keinen der bedeutendsten Gesandtschaftsposten, denn er hielt seinen Sitz im Bundessenate für ausreichend, um den kühnen Traum seines Ehrgeizes zu verwirklichen und Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Aber der Mann, den selbst Politiker, wie Horace Greeley, als „the most gifted, the most popular, the most strenuous of Democratic statesmen, the most accomplished debater in America, quick, apt, ready, irrepressible“ schildern, wählte für seinen Zweck ein zu ge-

fährliches, zu verhängnißvolles Mittel, — die Aufhebung und Vernichtung des Missouri-Kompromisses.

Als Präsident Pierce den Präsidentenstuhl bestieg, waren die Aussichten auf politische Ruhe und allgemeinen Wohlstand in der That sehr günstig. Obgleich die Führung und der Schluß des mexikanischen Krieges eine ziemlich hohe Staatsschuld veranlaßt hatte, so waren die Finanzen der Union nichts desto weniger in einem guten Zustande und der öffentliche Kredit ließ nichts zu wünschen übrig. Gewerbfleiß und Handel blüheten; der Tarif bildete keine Partei- und sektionelle Streitfrage mehr. Die ungeheure Menge Goldes, welche Kalifornien abgeworfen hatte, erhöhte den Unternehmungsgeist und belebte die Energie der Arbeit, und es hatte nicht den Anschein, als wenn jene Goldquelle bald versiegen werde. Obschon das Gesetz über die flüchtigen Sklaven immer noch von den Abolitionisten in den freien Staaten bekämpft wurde, hier und da sogar thatsächlichen Widerstand fand, während die Disunionisten öffentlich und geheim in südlichen kommerziellen Konventionen (Southern Commercial Conventions) Ränke schmiedeten — der ostensible Grund für diese Konventionen war die Ermöglichung eines allgemeinen Austausches der großen südlichen Stapelprodukte direkt von ihren Häfen nach den vorzüglichsten europäischen Märkten, anstatt des weiten Umwegs nach New-York und anderen nördlichen atlantischen Häfen — so war doch eine große Mehrheit der Südländer und eine noch weit größere Mehrheit der Bewohner des Nordens und Nordwestens der Vereinigten Staaten zu Gunsten der Erhaltung des guten Einverständnisses zwischen den freien Staaten und den Sklavenstaaten, und zwar auf der Basis der Kompromißmaßregeln von 1850. Und als der 33. Kongreß am 5. Dezember 1853 zusammentrat, wiederholte Pierce in seiner ersten Jahresbotschaft die in seiner Antrittsrede ausgesprochenen Ansichten und Hoffnungen, indem er unter Anderem sagte: „Ungeachtet der Verschiedenheit der Ansichten und Meinungen, welche noch vor kurzer Zeit in Bezug auf Einzelheiten und spezifische Verordnungen (details and specific provisions) herrschte, hat doch die zustimmende Versöhnung ausgezeichneter Bürger, deren Ergebenheit an die Union niemals in Zweifel gezogen werden kann, unseren Institutionen neue Kraft verliehen und ein allgemeines Gefühl des Friedens und der Sicherheit über das ganze Land verbreitet. Meine Sache aber wird es sein, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß dieses Sicherheitsgefühl während meiner Präsidentschaft keine Störung (no shock) erleidet; darauf dürfen sich diejenigen verlassen, welche mich zu meiner Stellung erhoben haben." Allein, schon einen Tag vor der Veröffentlichung dieser Jahresbotschaft, also am ersten Tage der

Kongreßsitzung, hatte Senator Dodge von Jowa einen Gesetzesvorschlag angekündigt, welcher eine Störung — a shock — im Gefolge haben sollte, wie solche in der Geschichte der Union noch nicht da gewesen war.

Bereits während der ersten Sitzung des 32. Kongresses (1851 bis 1852) waren verschiedene Bittschriften an die Bundesgesetzgebung eingereicht worden, worin um eine Territorialorganisation der westlich von Missouri und Jowa gelegenen großen Landstriche gebeten wurde. Aus verschiedenen Gründen war diesem Gesuche damals vom Kongresse nicht Gehör gegeben worden; so viel sich indeß aus verschiedenen Anzeichen, namentlich aber aus einer Rede schließen läßt, welche Senator Atchison aus Missouri um diese Zeit im Kongresse hielt (vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 266), fürchteten die südlichen Senatoren, daß eine schnell betriebene Organisation des betreffenden Gebietes in freiheitlicher Weise stattfinden würde, und hielten deshalb den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, um mit Eifer die Einrichtung dieses neuen Territoriums im Interesse der Sklaverei zu betreiben. Allein am 14. Dezember 1853 unterbreitete Augustus C. Dodge, wie er bereits angekündigt hatte, dem Bundessenate eine Bill, worin er die Organisation des Territoriums Nebraska beantragte. Unter diesem Namen verstand man den Rest des von Frankreich an die Union abgetretenen Louisianagebietes, welches südöstlich von den Staaten Texas, Arkansas, Missouri, Jowa und Wiskonsin und nordwestlich von Oregon, Utah und Neu-Mexiko eingeschlossen wurde. Die Bill von Dodge wurde an das Committee über Territorien, dessen Vorsitzer Stephan A. Douglas war, überwiesen. Als Douglas am 4. Januar 1854 die Bill mit verschiedenen Amendements an den Senat zurückberichtete, zeigte Senator Archibald Dixon von Kentucky, um das deutliche Bestreben von Douglas, welcher um die Gunst des Südens buhlte, zu paralysiren, dem Senate in gehöriger Form an, daß er ein Amendement anbieten werde, wonach — im Einklang mit der ultrasüdlichen, vornehmlich von Jefferson Davis behaupteten Doktrin — die Bürger sämmtlicher Staaten oder Territorien das von der Bundesregierung zu schützende Recht haben sollten, in jedem Bundesgebiete Sklaven zu halten. Ein ganz ähnlicher Antrag war schon im Jahre 1850 niedergestimmt und verworfen worden. Dieser rückhaltslose Angriff, welchen Dixon auf den Missouri-Kompromiß zu machen drohte und womit er die sklavereifreundlichen Tendenzen von Douglas in den Schatten stellte, veranlaßte diesen ehrgeizigen Politiker, noch einen Schritt weiter zu Gunsten der Sklaverei zu thun. Er reichte nämlich am 23. Januar einen Gesetzesvorschlag ein, welcher die Errichtung von zwei Territorien, Kansas und Nebraska, beantragte. Die bezügliche

Bill war ganz in Uebereinstimmung mit den Kompromißmaßregeln von 1850 abgefaßt und verlangte, daß das Volk der genannten beiden Territorien das Utah und Neu-Mexiko zuerkannte Recht, selbst über seine inneren, häuslichen Institutionen ausschließlich zu entscheiden, haben sollte. Die vierzehnte Sektion der allgemein nur unter dem Namen Kansas-Nebraska-Akte bekannt gewordenen Bill enthielt die Bestimmung, „daß die 8. Sektion einer der Aufnahme des Staates Missouri vorhergehenden, am 6. März 1820 bestätigten Kongreßakte, gewöhnlich Missouri-Kompromiß genannt, aufgehoben und außer Kraft gesetzt sei."

Wenige Gesetzesvorschläge haben das Volk der Vereinigten Staaten mehr in Aufregung, die sich häufig bis zum Aufruhr steigerte, gebracht, als diese Kansas-Nebraska-Akte. Der Kongreß wurde mit Petitionen auf Petitionen aus allen Theilen des Landes bestürmt, Indignations-Meetings wurden überall im Norden gehalten, Douglas wurde im Bildniß gehängt und zum größten Verräther erklärt; selbst die Priester Neuenglands und mancher anderer Staaten mischten sich hinein, sandten Sturmpetitionen an den Kongreß, machten die Kirche zum Forum, die Kanzel zur politischen Rednerbühne und denunzirten Douglas als den zweiten Arnold. So war denn der Friede des Landes wiederum gründlich gestört und die Agitation der Sklavenfrage von neuem eröffnet; der Streit um Kansas zog sich aber bis zum Ende von James Buchanan's Präsidentschaft hin. Erst am 21. Januar 1861, an demselben Tage, an welchem die Herren Jefferson Davis, Clement C. Clay, Fitzpatrick, Mallory u. a. das Kapitol zu Washington verließen, um sich an der südlichen Rebellion zu betheiligen, wurde ein Gesetzesvorschlag, welcher Kansas als einen freien Staat in die Union aufnahm, von Senator Seward zur Beschlußnahme beantragt und vom Senate mit 36 gegen 16 Stimmen angenommen; eine Woche darauf ward dieselbe Bill auch vom Repräsentantenhause auf Antrag von Galusha Grow aus Pennsylvanien in Berathung gezogen und mit 119 gegen 42 Stimmen ebenfalls zum Gesetz erhoben.

Es lagen dem Kongresse verschiedene wichtige Fragen vor, welche mit den wahren Interessen und der kräftigen Entwickelung der Union enge verknüpft waren; wir erwähnen hier nur den Bau der Pacific-Eisenbahn, die Heimstättebill, die Erledigung der schwebenden Differenzen mit England und Spanien, die Regulirung des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu den Sandwichinseln u. s. w.; allein der von Douglas hervorgerufene Kansasstreit drängte die Sklavenfrage ganz ausschließlich in den Vordergrund. Die Sklavenhalter und ihre Freunde brauchten und wollten eben wiederum mehr Platz, mehr Sklavenboden und mehr Sklavenstaaten; darum dürfen wir uns nicht wundern, daß dieselben

Leute, welche noch so eben mit marktschreierischem Pathos und heuchlerischer Friedens= und Unionsliebe den Kompromiß von 1850 als eine „Finalität" erklärten und die Agitation der Sklavenfrage als ein landesverrätherisches Unterfangen brandmarkten, ihrem in Baltimore im Juni 1852 aufgestellten Programme untreu wurden, bestehende Gesetze zerrissen und ihrem unersättlichen Götzen „Sklaverei" neue Opfer zu bringen bestrebt waren. Die Zeit, auf welche C. C. Pinckney von Süd=Carolina vor etwa 30 Jahren in seinem oben im Auszuge mitgetheilten Briefe angedeutet hatte, war nun erfüllt, das Land nördlich und westlich von Missouri war nicht mehr „nur von wilden Bestien und Indianern bewohnt", es kam jetzt wohl darauf an, dasselbe — wie früher Missouri — den südlichen Sklavenhaltern zu gewinnen, denn durch dieses Land sollte die beabsichtigte Weltstraße, die Pacific=Eisenbahn, führen, dort befand sich auch außerdem jene wichtige Fluß= und Gebirgsscheide, welche ihre Berge und Flüsse in das Gebiet des stillen Oceans, des mexikanischen Meerbusens und indirekt sogar nach dem atlantischen Meere hin verzweigt. —

Den Gegnern der Kansas=Nebraska=Bill standen natürlich sehr viele und triftige Argumente zur Seite, die namentlich von Salmon P. Chase, William H. Seward, Benjamin F. Wade, Charles Sumner und W. P. Fessenden mit aller Schärfe geltend gemacht wurden. Douglas selbst konnte nicht leugnen, daß er es gewesen, der vor wenigen Jahren im Bundessenate erklärt hatte, er würde die Hand verfluchen, welche frevelnd den Missouri=Kompromiß zu berühren wage. Vergebens suchte er die Konstitutionalität dieses Kompromisses in Zweifel zu ziehen, vergebens erklärte er, daß seine Bill in der engsten Beziehung zu dem Vergleiche von 1850 stehe und gleichsam nur dessen nothwendig gebotene Folgerung sei; seine Gegner beriefen sich auf die Heiligkeit des Missouri=Vertrages, auf die Ansichten von Clay und Webster, die niemals nur mit einem Worte angedeutet hätten, daß der Vergleich von 1850 den von 1820 aufgehoben habe, sie hoben hervor, daß ein von Anfang an als unwiderruflich betrachtetes Lokalgesetz dadurch nicht vernichtet und illusorisch gemacht werden könnte, daß es mit einem jüngeren gesetzlichen Erlasse, der gar keine Anwendung auf das Gebiet habe, auf welches das erste Gesetz beschränkt war, nicht vollständig harmonire, vor Allem aber warfen sie Douglas und dessen Anhängern, die sie als „Quietisten" und „Finalisten" bezeichneten, vor, daß ihnen eigentlich der Name von „Agitatoren" und „Faktionisten" gebühre, womit gerade sie, die Vertheidiger der Sklaverei, so oft und so lange die Feinde dieses Instituts belegt hätten. „This will not escape the observation of the country", sagte mit Recht

Chase, „it is Slavery that renews the strife. It is Slavery that again wants room. It is Slavery with its insatiate demand for more slave territory and more slave states.“ Auf der anderen Seite wies Douglas darauf hin, daß der Missouri-Kompromiß nicht zuerst von ihm und den Freunden der Kansas-Nebraska-Bill angegriffen sei, sondern von den Freesoilers des Nordens, welche die Missouri-Grenzlinie (36° 30′ nördl. Br.) bei der Aufnahme von Oregon nicht bis an das Stille Meer ausgedehnt wissen wollten, er stützte sich auf „das große Prinzip“ (the great principle) der Volkssouveränetät, wonach dem Volke allein die Entscheidung seiner eigenen inneren Angelegenheiten zukomme, und erklärte schließlich, seine so bitter bekämpfte Bill liefere die alleinige Möglichkeit, die Sklavenfrage aus dem Kongresse, aus den Legislaturen der Einzelstaaten und aus der amerikanischen Politik überhaupt zu entfernen. An die Amendirung der Konstitution, diesem einzigen, durchschlagenden Rechts- und Rettungsmittel, wurde nicht gedacht; man erinnerte sich nicht daran, daß das Volk der Vereinigten Staaten im Zeitenlaufe über viele Punkte eine ganz andere Anschauungsweise, wie vor Jahren, angenommen, daß aus dem Kinde ein erwachsener Mann geworden und das die Bundesverfassung nothwendig nach dem der Mehrheit der Nation in der neueren und neuesten Zeit zum Bewußtsein gekommenen Rechts- und Sittlichkeitsprinzip verändert und verbessert werden müsse; man begnügte sich mit der allerdings richtigen Bemerkung, daß es eine herbe Ironie auf die vielgerühmte „Musterrepublik“, auf die angeblich „freiesten und intelligentesten Bürger der Welt“ sei, wenn das Volk eines werdenden Staates der Union noch darüber abstimmen müsse, ob es die Sklaverei einführen wolle oder nicht.

Von den mächtigen Hülfsmitteln der Pierce-Administration unterstützt, siegte endlich Douglas nach einem mehrwöchentlichen, ebenso interessanten als anstrengenden Kampfe im Senate mit 37 gegen 14 Stimmen. Länger und heftiger noch, als im Senate, währten die Debatten im Hause der Repräsentanten. Oft mußte man befürchten, daß nicht mehr der gebietende Gedanke und das lebendige Wort, sondern daß Blei und Stahl als Entscheidungsmittel benutzt werden sollten. Viele, sehr ärgerliche und höchst tumultuarische Scenen fielen vor, namentlich in der denkwürdigen, 36 Stunden langen Sitzung vom Mittag des 11. Mai bis zur Mitternachtsstunde des 12. Mai 1854. Endlich am 22. Mai gelang es der geschickten parlamentarischen Taktik von Alexander H. Stephens aus Georgien und William A. Richardson aus Illinois die Bill zur rechten Zeit zur Abstimmung zu bringen, so daß sie mit 113 gegen 100 Stimmen angenommen wurde, also nur mit der

winzigen Majorität von 13 Stimmen. Eigenthümlich war es, daß von den 88 nördlichen Demokraten, welche damals im Repräsentantenhause saßen, 44 gegen und 44 für die Kansas-Nebraska-Bill stimmten. Das Volk der Union athmete aber nach diesem parlamentarischen Siege des Herrn Douglas nicht frei auf, es wurde von dem auf ihm lastenden Alpdruck nicht befreit; dem Debattenkampfe in den Hallen des Kongresses folgte sehr bald der wirkliche Kampf um den eigentlichen Besitz von Kansas, und auch der erstere sollte nach einer kurzen Pause nur noch heftiger und gefährlicher entbrennen, bis sich endlich der Norden und der Süden der Union unter der Parole „Sklave oder frei" mit blutigen Waffen entgegenstanden. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 224 ff. Andrew W. Young, a. a. O. S. 940 ff.

Die Kongreßsitzung, in welcher der Missouri-Kompromiß durch die Annahme der Kansas-Nebraska-Bill aufgehoben worden war, vertagte sich in den ersten Tagen des Augustmonats 1854. Bevor dies aber noch geschah, fanden in sämmtlichen Staaten des Nordens große Massenversammlungen zur Bildung einer neuen Partei statt. Dieser Bildungsprozeß ging unter dem Drange der Umstände mit einer seltenen Schnelligkeit vor sich. Um diese Zeit hatten sich auch die Know-Nothings (Nichtswisser), in gewisser Beziehung eine Fortsetzung der nativistischen Partei, organisirt. Sie wollten von der Einmischung der Fremden in amerikanische Verhältnisse nicht viel wissen, daher ihr Name und ihr oberster Grundsatz: „nur Amerikaner sollen Amerika regieren". Ihre geheimen Logen verbreiteten sich schnell über die ganze Union, vornehmlich aber dort, wo das Yankeeelement vorherrschte. Gegenwärtig existiren die Know-Nothings als geschlossene Partei nirgends mehr in der Union, obschon ein meistens mit Temperenzelei und Bigotterie verbundener Fremdenhaß sich leider noch immer hier und da geltend macht. Am meisten bekämpften die Know-Nothings die freiheitsfeindlichen Bestrebungen der katholischen Kirche, weshalb es sich nicht selten ereignete, daß freisinnige Deutsche, z. B. Friedrich Hassaurek, Herausgeber des „Hochwächters", einer deutschen Zeitung in Cincinnati, mit ihnen eine Zeit lang gemeinsame Sache machten. In Cincinnati erregte das dreiste Auftreten des Erzbischofs Bedini allgemeinen Unwillen; und da man diesem Kirchenfürsten noch außerdem die Ermordung des edlen Ugo Bassi zuschrieb, so wurde derselbe aus der Stadt vertrieben. Auf einer Versammlung zu Philadelphia gaben die Know-Nothings öffentlich bestimmte Erklärungen über ihre Ansichten hinsichtlich des Papstthums ab. „Dem Papstthum mit allen seinen Anmaßungen," hieß es darin, „müsse der Krieg erklärt werden; es sei gefährlich für ein prote-

stantisches Gemeinwesen, für jede Freiheit und für nationale Selbstständigkeit. Wir sehen dies, namentlich zu unseren Tagen, allenthalben in Europa. Wenn nicht als Führer, so erscheint doch das Papstthum allenthalben im Gefolge des Despotismus. Das Papstthum und die daraus fließenden Lehren vom unbedingten Gehorsam sind es, welche die Kraft der europäischen Völker derart brachen, daß sie das Joch ihrer rechtlosen Despoten nicht abzuschütteln vermögen. In der That, diese Massen weißer Sklaven, europäische Völker genannt, erscheinen uns viel verächtlicher, als die hülflosen ununterrichteten Neger in unseren Sklavenstaaten. Welche Gefahren können nicht diese in der Knechtschaft aufgewachsenen Europäer einstens über unser Vaterland bringen! Hat es doch bereits jetzt schon nicht an Versuchen gefehlt, hier in unserem Amerika einen Staat im Staate zu begründen. Die römische Geistlichkeit und einige von ihnen verführte Gemeinden waren kühn genug, zu verlangen, man solle ihnen ihren Antheil an den Schuldotationen der einzelnen Staaten und Städte herausgeben, damit sie besondere konfessionelle Schulen begründen könnten! Ihre Dreistigkeit ging so weit zu erklären, die allgemeinen Unterrichtsanstalten untergrüben jede Religion und Sittlichkeit, sie gingen darauf aus, Ungläubige und liederliche Menschen zu erziehen. Daß dem nicht so ist, weiß jeder Sachkundige. Aberglaube, Tyrannei und Pfaffenthum hassen aber die öffentlichen gemeinsamen Schulen: Einsicht, Freiheit und Fortschritt dagegen lieben diese Stützen aller höheren Menschlichkeit." Vergl. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. III. S. 302 ff. Mögen diese Erklärungen der vielfach und mit Recht getadelten Know-Nothings in einzelnen Punkten übertrieben sein, sie treffen doch, hinsichtlich der verderblichen Einflüsse des Papstthums und seiner Lehren, den Nagel gerade auf den Kopf. Sie erinnern entschieden an das Auftreten und die Aeußerungen Garibaldi's auf dem vom 9. bis zum 12. September 1867 stattgefundenen Friedenskongresse zu Genf, woselbst auch bekanntlich der Antrag gestellt wurde, „den Namen Napoleons III. als den des größten Verbrechers des Jahrhunderts zu brandmarken."

Die vorher erwähnte, neue Partei nannte sich zuerst „Anti-Nebraska-" oder „Fusionspartei"; sie einigte sich aber bald über den Namen „republikanische Partei". Binnen kurzer Zeit kam sie fast in jedem Staate des Nordens zur Herrschaft. Sie verlangte hauptsächlich die Nichtausbreitung der Sklaverei und erstrebte die Erlassung eines desfallsigen Bundesgesetzes. Von den Whigs adoptirte sie das Prinzip eines hohen Tarifs und sicherte sich damit die sämmtlichen Fabrikdistrikte

des Nordens; auch die Mehrzahl der Know=Nothings ging im Laufe der Zeit zu den Republikanern über.

Stephen A. Douglas, welcher durch seine Kansas=Nebraska=Bill angeblich den Frieden stiften und die Diskussion der Sklavereifrage vernichten wollte, hatte den Sturm recht eigentlich erst heraufbeschworen. Dies zeigte sich ganz besonders bei der Organisation von Kansas. Gleich nach der Annahme der Kansas=Nebraska=Akte hatte nämlich in Gemäßheit derselben Präsident Pierce eine Regierung für jedes der beiden Territorien errichtet. In Nebraska, welches die Sklavenhalter dem Norden überlassen wollten, gestalteten sich die Sachen verhältnißmäßig ruhiger, als es bei manchen Town= und Wardversammlungen herging. Man hörte kaum etwas davon. Ganz anders war es in Kansas. Daß die Prosklavereimänner in dem benachbarten Sklavenstaate Missouri, in welchem der Schreiber dieser Zeilen um jene Zeit seinen bleibenden Wohnsitz hatte, das Möglichste wagten, um Kansas für sich zu erobern, lag in der Natur der Sache; daß die hitzigsten, die tollkühnsten, nicht Recht und Gesetz achtenden Agitatoren dorthin eilten, war selbstverständlich; daß dies von der andern Seite, der Freiheitspartei, zuweilen auch geschah, daß hier wie dort übertrieben wurde und daß der mit jedem Tage an Erbitterung und bis zum Kampf auf Tod und Leben sich steigernde, fast über die ganze Union sich verbreitende Streit eine Menge der gefährlichsten Abenteurer, wie z. B. die Obersten Titus von Florida, Wilkes von Süd=Carolina, den General Stringfellow von Virginien u. a., die sämmtlich für anderer Leute Gut und Blut wenig Gefühl hatten, dorthin lockte, — dies Alles war ebenso natürlich, wie beklagenswerth. Dazu kam aber, daß die Pierce=Administration fast gar nichts that, um die vielfachen Greuelscenen zu hemmen; der Kriegsminister Jefferson Davis stand im offenen Bunde mit den Prosklavereileuten gegen die Freistaatsmänner und der Kongreß vermehrte höchstens den Skandal noch durch maßlose Zänkereien.

Von Seiten des Südens wurde die Eroberung von Kansas für die Sklaverei ganz systematisch und wirksam betrieben; man organisirte, vornehmlich im Staate Missouri, geheime Gesellschaften, wie z. B. die „blauen Logen" (blue Lodges), die „sozialen Vereine" (social Bands), die „Söhne des Südens" (Sons of the South) und andere Vereine, um von Kansas im Namen der Sklaverei sofort Besitz zu ergreifen und die unter den Auspicien nördlicher „Emigranten=Unterstützungsgesellschaften" (Northern Emigrant Aid Societies) einwandernden Freistaatsmänner aus dem Lande zu treiben. Und es muß zugestanden werden, daß auch die freien Staaten, namentlich Neuengland, in dem Kampfe um Kansas hinter dem Süden kaum zurückblieben. So scheint es uns denn passend,

ja nothwendig zu sein, hier einige geschichtliche Data hinsichtlich des Ursprungs und der Fortschritte des Abolitionismus kurz nachzuholen. —

Der allgemeine Kongreß, welcher im Jahre 1774 zu Philadelphia zusammentrat, entwarf Assoziationsartikel zwischen den verschiedenen Kolonien, deren einer das feierliche Uebereinkommen enthielt: „wir wollen nach dem ersten nächsten Dezember weder Sklaven importiren noch importirte Sklaven kaufen.“ Die Veranlassung hierzu gaben die in einer ähnlichen Richtung vorhergethanen Schritte mehrerer einzelner Kolonien, namentlich Virginiens und Nord-Carolinas. Demgemäß verboten die meisten Staaten den Sklavenhandel entweder während oder kurz nach der Revolution. Während des ganzen Krieges wurden die „Menschenrechte“ (Rights of Man) als der Endzweck, für den die Kolonien Krieg führten, feierlich vor der Welt verkündigt. General Gates, der Held von Saratoga, emanzipirte seine Sklaven im Jahre 1780. Der erste Abolitionsverein, von dem nach Horace Greeley die Geschichte etwas weiß, war der von Pennsylvanien; er war gegründet im Jahre 1774. Ein ähnlicher Verein bildete sich 1785 zu New-York; John Jay war der erste Präsident davon, Alexander Hamilton der zweite. Rhode Island folgte im Jahre 1786, Maryland 1789, Connecticut 1790, Virginien 1791 und New-Jersey 1792. Die Entdeckung, daß solche Vereine gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten seien und den gegenseitigen Pflichten der Bürger der verschiedenen Staaten zuwiderliefen, wurde erst fast vierzig Jahre später gemacht. Diese Abolitionsvereine bestanden zu einem großen Theile aus den ausgezeichnetsten und würdigsten Bürgern. Zu diesen gehörten in Maryland Samuel Chase, ein Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, und Luther Martin, der die Konstitution hatte entwerfen helfen; in Delaware gehörten dazu James A. Bayard, später ein Kongreßmitglied, und Cäsar A. Rodney, der das Amt eines Generalstaatsanwaltes bekleidete. Die Beamten des pennsylvanischen Vereins waren Benjamin Franklin und Benjamin Rush, welche beide die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet hatten. Der letztgenannte Verein ersuchte mit einigen anderen den ersten Vereinigten Staaten-Kongreß, der zu Philadelphia tagte, „doch gefälligst dahin wirken zu wollen, daß die unglücklichen Leute, welche allein in dem sonst so freien Lande zu ewiger Sklaverei verdammt seien und bei dem allgemeinen Jubel freier Männer unter dem schmachvollen Joche der Knechtschaft seufzten, der Freiheit wiedergegeben werden möchten, sowie Mittel und Wege zu treffen, diesen Widerspruch im Charakter des amerikanischen Volkes abzuschaffen, eine milde und

gerechte Behandlung dieser bejammernswerthen Menschenklasse zu sichern, und nach dem ganzen Umfange der ihm übertragenen Gewalt dahin zu streben, daß jede Art von Handel mit Sklaven, die doch unsere Mitmenschen seien, aufhören möge." Der damalige Kongreß nahm diese und ähnliche Memoriale höflich entgegen, zog sie in ernste Berathung und entschied sich dahin, daß er kein Recht habe, die Sklaverei in den Staaten, welche es für gut befunden hatten, dieselbe anzuerkennen und aufrecht zu erhalten, abzuschaffen. Das Ganze verlief ohne Aufregung, ohne Drohung, ohne Wuth. Süd-Carolina und Georgien sprachen gegen das Gesuch, aber in einer durchaus parlamentarischen Weise. Bemerkenswerth ist, daß unter Denen, welche das Gesuch am meisten befürworteten, sich die Herren Parker und Page von Virginien — der letztere später Gouverneur — befanden. Vermont entwarf im Jahre 1777 eine Staatsverfassung und nahm darin eine Freiheitsurkunde (Bill of Rights) auf, deren erster Artikel die Sklaverei aufhob. Massachusetts gab sich 1780 eine Konstitution, der ebenfalls eine Freiheitserklärung einverleibt war, dahin lautend, daß „alle Menschen frei und gleich geboren sind und gewisse natürliche, wesentliche und unveräußerliche Rechte haben, wozu das Recht gehört, sich des Lebens und der Freiheit zu erfreuen und beide zu vertheidigen, sowie sich Eigenthum zu erwerben, dasselbe zu besitzen und zu schützen." Der oberste Gerichtshof dieses Staates entschied im Jahre 1783, als der erste besondere Fall (case), der diese Frage involvirte, vor ihn kam, daß dieser Artikel der Konstitution die Sklaverei abgeschafft hätte. Auf gleiche Weise entschied auch das Obergericht von New-Hampshire, daß der Staat durch seine 1783 angenommene Konstitution die Sklaverei aufgehoben hätte. Pennsylvanien nahm am 1. März 1780 ein Gesetz allmähliger Emanzipation an. Alle Personen, die in diesem Staate nach diesem Tage geboren wurden, sollten in ihrem 28. Jahre frei sein. Die Legislatur von Rhode Island gab ein ähnliches Gesetz, demgemäß alle in diesem Staate nach dem 1. März des Jahres 1784 geborenen Personen frei sein sollten. Aehnliche Emanzipationsgesetze wurden noch in Connecticut 1784, in New-York 1799 und in New-Jersey 1804 gegeben. Die von den Prosklavereileuten häufig aufgestellte Behauptung, daß „die nördlichen Staaten erst ihre Sklaven an den Süden verkauft und dann die Sklaverei abgeschafft hätten", entbehrt aller Begründung. So viel steht fest, daß Pennsylvanien und New-York in ihren Emanzipationserlassen die Ausfuhr von Sklaven bei schwerer Strafe verboten. Vergl. The eighth Census Report, 1860. S. 10. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 107 ff. „Unsere Zeit," erste Folge, VI. S. 42 ff.

Der Ankauf von Louisiana veranlaßte die Abolitionsvereine wiederum Schritte für ihre Sache beim Kongresse zu thun. Im Jahre 1800 erließ sogar das Haus der Repräsentanten, veranlaßt durch eine betreffende Petition freier farbiger Einwohner aus Philadelphia, neue und strengere Verfügungen gegen den fremden Sklavenhandel. Ueberhaupt ruhten die Abolitionsbestrebungen in den Vereinigten Staaten niemals vollständig, nur traten dieselben — je nach den Umständen und Verhältnissen — bald mehr bald weniger in den Vordergrund. Im Winter von 1823—24 trat die erste amerikanische Konvention in Philadelphia zusammen, um die besten Mittel und Wege zur Abschaffung der Sklaverei zu berathen. Wie bereits früher erwähnt, waren die Abolitionsbestrebungen eines Benjamin Lundy, William Lloyd Garrison u. a. unter der Präsidentschaft Andrew Jackson's sehr lebendig. Diesen Männern schlossen sich an: Theodor Parker, Henry C. Wright, Elijah P. Lovejoy, Wendell Phillips u. v. a. Allerdings herrschten hinsichtlich der religiösen Ueberzeugungen und der „Rechte der Frauen“ (Woman's Rights) Meinungsverschiedenheiten unter den Abolitionisten, da z. B. die Garrisonianer die sogenannten Frauenrechte entschieden vertraten und in religiöser Hinsicht mehr heterodox waren, als die rein politischen Abolitionisten. Im Jahre 1840 traten sogar die letzteren aus der „amerikanischen Antisklaverei-Gesellschaft“ aus. Aber in der Hauptsache, d. h. hinsichtlich der Abschaffung der Sklaverei, stimmten doch sämmtliche Abolitionisten überein; und dies zeigte sich auch schlagend bei dem Kampfe um Kansas, wo sie die Freistaatsmänner mit Geld und Waffen reichlich unterstützten. Der Hauptsitz des Abolitionismus war und ist in Massachusetts, und hier in Boston.

Im Sommer 1855 wurde Kansas, das man damals mit Recht fast nur das „blutende Kansas“ nannte, förmlich der Tummelplatz der wildesten Ausartung. Das Recht des Stärkeren war ausschließliches Gesetz. Räuberbanden durchstreiften das Territorium und machten die Grenze von Missouri unsicher; Süd und Nord standen sich dort bereits in Waffen gegenüber. Die Kansaswirren waren es, welche zuerst die Räuber- und Guerrillabanden ins Leben riefen, die in vergrößertem Maßstabe später im Bürgerkriege den Staat Missouri so schwer und so lange heimsuchten.

In allen politischen Fragen, selbst bei Gemeindewahlen im äußersten Nordwesten und im fernsten Neuengland, handelte es sich um die Stellung, welche die einander gegenüberstehenden Parteien in Beziehung auf Kansas einnahmen. Bei einer solchen Sachlage läßt es sich leicht begreifen, daß Kansas in der Kongreßsitzung von 1855 auf 1856 mehr

oder weniger den Stoff zu allen Hauptdebatten bildete und Scenen im Kongresse hervorrief, welche niemals die Hallen einer republikanischen Nationalgesetzgebung hätten beflecken sollen. Ueberfiel doch der brutale, bis zur thierischen Wuth entflammte Preston S. Brooks von Süd-Carolina am 22. Mai 1856 den Senator Charles Sumner auf seinem Sitze im Senate wie ein Meuchelmörder und prügelte ihn beinahe zu Tode. Einige zufällig anwesende Senatoren, unter ihnen auch Douglas, verhinderten die Schandthat nicht, um, wie sie sich später selbst zu rechtfertigen suchten, nicht als parteiisch zu erscheinen. Brooks aber wurde ob seiner elenden Gewaltthat vom ganzen Süden gefeiert und mit Ehrenstöcken, Geschenken und einer Neuwahl seitens seiner Konstituenten geehrt. „Die Prügel des Rowdy", wie Fr. Kapp mit bitterer Wahrheit bemerkt, „Einschüchterung und Brutalität, das waren die schlagenden Argumente der demokratischen Partei". Allein alle offene Wuth und alle geheimen Schliche der südlichen Sklavenritter vermochten um diese Zeit den Umschwung in der öffentlichen Meinung nicht zu hemmen; das freie Volk des Nordens, der nordische Thor, wie Charles Sumner in seiner berühmten Rede vom 19. Mai 1856 sagte, hatte die Midgardsschlange der Sklaverei vom Boden von Kansas aufgehoben, und zwar mit solcher Kraft, daß sie sich in allen Sklavenstaaten konvulsivisch wand. Erwägt man nun hierbei, daß die Präsidentenwahl vor der Thür stand und daß die Politiker aller Farben und Schattirungen jeden möglichen Stoff für den nur zu wichtigen Wahlkampf sammelten, so kann man sich, falls man nur einiger Maßen in die politischen Zustände der nordamerikanischen Union eingeweiht ist, einen Begriff von den damals schon vorwaltenden Wirren machen. Sie waren wie die dunklen, unheimlich mahnenden und warnenden Schatten der kommenden Rebellion. —

Die erste Sitzung des 34. Kongresses begann am 3. Dezember 1855. In den dieser Sitzung vorhergegangenen Kongreßwahlen war es der neuen Partei der „Republikaner" gelungen, eine Menge ihrer Kandidaten in den Staaten des Nordens zu wählen. Dies änderte wesentlich die früheren Parteischichtungen im Hause der Repräsentanten zu Gunsten des Nordens; im Bundessenate dagegen gehörte dem Süden fast noch unverändert die Mehrheit und damit die Oberherrschaft über die Union. Erst nach einem neunwöchentlichen Wahlkampfe organisirte sich das Repräsentantenhaus im Januar 1856 durch die Erwählung des Herrn Nathaniel P. Banks von Massachusetts zum Sprecher. Es ist dies derselbe Banks, welcher später Gouverneur seines Staates und General in der Unionsarme wurde, gegenwärtig aber wiederum ein her-

vorragendes Mitglied des Repräsentantenhauses ist. Durch seine Erwählung ward die spätere Verschmelzung der Republikaner und der Freesoil- oder Antisklaverei-Know-Nothings angebahnt. Präsident Pierce bemerkte in den verschiedenen Botschaften, die er an den Kongreß sandte, immer schärfer und dringender, daß die Zustände und Wirren im „blutenden Kansas“ eine gefährliche Wendung annähmen und daß dieselben, soweit dies im Kongresse möglich sei, ohne den mindesten Zeitverlust in geeigneter Weise erwogen und beseitigt werden müßten. Allein die Vertreter des Volkes benutzten, statt dem unglücklichen Kansas, welches eine Freistaatsregierung hatte, die nicht offiziell anerkannt wurde, und eine Prosklaverei- oder Border-Ruffian-Regierung, die einen offiziellen Charakter behauptete, zu Hülfe zu kommen, die obschwebenden Streitfragen nur zu Parteimanövern und zur Präsidentenmacherei. Die lange Kongreßsitzung von 1856 wurde nach den härtesten parlamentarischen Kämpfen beendigt, ohne daß irgend etwas Gutes für Kansas geschehen, ohne daß auch nur ein entfernt annähernder Schritt gethan wäre, um den lauten und gerechten Forderungen der überwiegenden Mehrheit des Volkes der Vereinigten Staaten zu entsprechen. Die theils ehrgeizigen theils korrupten Politiker wollten es nicht anders und das von ihnen gegängelte und verführte Volk sollte erst nach vier oder fünf Jahren aus seinem Wahne gerissen, in seinem kaum begreiflichen Vertrauen gründlich erschüttert werden. Präsident Pierce aber entließ, ähnlich, wie späterhin sein Nachfolger Buchanan und charakteristisch genug für seine politischen Tendenzen, jeden Gouverneur von Kansas, der dem gewissenlosen Treiben der Grenzstrolche (border-ruffians) und Wahlfälscher Einhalt thun und der Freistaatspartei Gerechtigkeit verschaffen wollte. In der That, die Zustände in den Vereinigten Staaten gegen Ende von Pierce's Präsidentschaft und die Umtriebe der Sklavereipartei erinnern uns gar lebhaft an die Worte Rückert's:

„Der Himmel schlägt die Feinde selbst mit Blindheit,
Daß sie mit blödem Auge nicht erkennen,
Wie bald gereift sein wird für blut'ge Tennen
Die Saat, die jetzt noch sproßt in stiller Kindheit.
Es wühlt im Dunkeln, wie's gewühlt schon lange,
Es gährt gewaltig, wie's noch nie gegohren,
Und bis zum hellen Ausbruch ist's nicht lange“.

Während aber die inneren Angelegenheiten der Union durch die Kansaswirren eine immer bedrohlichere Gestalt annahmen, kann nicht geleugnet werden, daß nach außenhin die Macht und das Ansehen der Republik wenig oder gar keinen Abbruch erlitt. So weigerte sich z. B. der Staats-

sekretär Marcy mit Erfolg, fernerhin den lästigen Sundzoll an Dänemark zu zahlen; auch England und Frankreich gegenüber nahmen die Vereinigten Staaten eine selbstbewußte und achtunggebietende Stellung ein, während sie mit Rußland auf einem entschieden freundschaftlichen Fuße standen. Vergl. K. F. Neumann, a. a. O. B. III. S. 306—330. —

Die demokratische Nationalkonvention für 1856 trat am 2. Juni in Cincinnati zusammen. Der daselbst überreich repräsentirte Süden verlangte keinen Kandidaten aus seiner Mitte. Welche Anstrengung auch dieser oder jener, von unbezähmbarem Ehrgeize getriebene Südländer wagen mochte, die politische Klugheit und die berechnende Schlauheit des Augenblicks verlangte „einen nördlichen Mann mit südlichen Grundsätzen". Stephen A. Douglas, der so oft eine scharfe und gebietende Lanze für den Süden eingelegt hatte, wurde etwas unsanft zur Seite geschoben, weil man ihm zu viel eigenen Willen zutraute. Bei der siebzehnten Abstimmung erhielt James Buchanan aus Pennsylvanien sämmtliche Stimmen, 296 zusammen, und war somit zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten ernannt. Als Vicepräsident wurde John C. Breckinridge aus Kentucky schon bei dem zweiten Ballottement einstimmig nominirt. James Buchanan, dieser sogenannte „Lieblingssohn Pennsylvaniens", dem die Geschichte der Union seinen Platz noch hinter und unter Pierce anweisen und jede Anerkennung geben wird, welche ein verrätherischer Schwächling verdient, saß lange im Kongresse; er war wiederholt Minister gewesen und hatte im Jahre 1844 als Bundessenator den Norden für die Annexirung von Texas durch die Behauptung geködert, daß diese Maßregel die Sklaverei weit nach Süden, tief nach Mexiko hineindrängen und die bisherigen, nördlicher gelegenen Sklavenstaaten unfehlbar zu freien Staaten machen müsse. Unter der Pierce-Administration bekleidete Buchanan den Posten eines amerikanischen Gesandten in England; als solcher hatte er mit Pierre Soulé und James M. Mason, von denen der eine in Madrid, der andere in Paris die Vereinigten Staaten vertrat, im Oktober 1854 zu Ostende den im sogenannten „Ostende-Manifest" klar ausgesprochenen Plan entworfen, die Perle der Antillen, den Schlüssel zum Golf von Mexiko, die Insel Cuba, nicht sowohl für die Union, als für den sklavenhaltenden Süden entweder durch Geld und gütliche Verhandlungen, oder durch Anwendung von Gewalt zu erwerben. Diese letzte schmutzige Handlung hatte aber die „pennsylvanische Schlange", wie Andrew Jackson den farbewechselnden Politiker aus Pennsylvanien einst treffend nannte, zu einem Manne nach dem Herzen der südlichen Demokratie gemacht. —

Was das Programm anbetrifft, welches die demokratische Konven-

tion zu Cincinnati aufgestellt hatte, so enthielt dasselbe außer den bekannten Proсklavereigrundsätzen etwa folgende Punkte: es verurtheilte die Richtung der amerikanischen oder Know-Nothing-Partei, „which bases its exclusive organization upon religious opinions and accidental birth-place“; es verdammte die republikanische Partei als eine „sektionelle“ (sectional), welche „die Staaten in Verwirrung“ zu stürzen und in den Territorien zu Verrath und bewaffnetem Aufstande gegen das Gesetz aufzuwiegeln suche“ (seeking to embroil the States and incite to treason and armed resistance to law in the Territories); es adoptirte feierlichst die Kompromißmaßregeln von 1850 und die in der Kansas-Nebraska-Akte niedergelegten Grundsätze, „indem dieselben die einzig wahre und sichere Lösung (the only sound and safe solution) der Sklavenfrage enthielten, worauf die große National-Idee (National idea) des Volkes der Vereinigten Staaten in seinem Entschlusse, die Union zu erhalten, fußen könne“; selbstverständlich wurde die Lehre von der Nichteinmischung des Kongresses (non-interference of Congress) in die Sklavenfrage sowohl in den Territorien, wie im Distrikte von Columbia bestätigt; es wurden die Aufrechthaltung der Monroedoktrin und möglichste Förderung und Begünstigung der Schifffahrt und des Freihandels betont; schließlich deutete man ziemlich unverblümt auf die berüchtigten Flibustierzüge William Walker's und die Erwerbung von Cuba hin und empfahl warm die baldige Herstellung einer Straße über den Isthmus von Darien zur Verbindung des atlantischen und stillen Oceans. —

James Buchanan ertheilte diesem Programme, welches ohne Zweifel einige entschieden richtige Punkte enthält, seine herzliche Zustimmung und behauptete in seinem im Jahre 1866 herausgekommenen Buche, „Mr. Buchanan's Administration on the eve of the Rebellion“, daß er sich stets bemüht habe, als Präsident diesem Programme gemäß zu handeln, denn „es wäre mehr gegen die Sklaverei gesündigt, als durch dieselbe“ (Slavery was more sinned against than sinning). In geheimen Zusammenkünften beschlossen die Häupter der Sklavenpartei, daß im Falle von Buchanan's Niederlage und Fremont's Erwählung der Süden mit bewaffneter Hand die Inauguration des „abolitionistischen Republikaners“ verhindern müsse, damit der Ausbreitung der Sklaverei über alle Staaten der Union schnell und sicher freie Bahn gemacht werde. Diese Pläne der südlichen Demokraten gehen zum Theil aus einer Rede des Senators Brown von Mississippi, die er um diese Zeit hielt, deutlich hervor; es heißt darin z. B.: „I want Cuba, I want the Mexican States for the planting and spreading of Slavery. I would spread

the blessings of Slavery, like the religion of our divine Master to the uttermost ends of the earth". Wir könnten diesem Beispiele eines sklavenhalterischen Wahnsinns noch mehrere andere hinzufügen, wenn es uns nicht widerstände, solchen unsinnigen Blasphemien und rasenden Sklavereivergötterungen hier mehr Raum zu gönnen, als zur Charakteristik der von der europäischen Aristokratie so viel und so hoch gefeierten Sklavenbarone durchaus nothwendig ist. —

Die Nationalkonvention der republikanischen Partei kam, nachdem am 22. Februar 1856 zu Pittsburg eine Vorberathung stattgefunden hatte, am 17. Juni zu Philadelphia zusammen und ernannte John C. Fremont von Kalifornien zum Präsidentschafts- und William L. Dayton von Ohio zum Vicepräsidentschaftskandidaten. Abraham Lincoln fiel gegen Dayton mit einer ansehnlichen Stimmenzahl durch, während William H. Seward seinen Namen John C. Fremont gegenüber schon vor der Abstimmung zurückzog. Es ist bemerkenswerth, daß der alte Thomas H. Benton nicht für seinen Schwiegersohn Fremont stimmte, sondern für James Buchanan, wie früher im Jahre 1848 Jefferson Davis seine Stimme für Lewis Caß und nicht für seinen Schwiegervater Zacharias Taylor abgegeben hatte. John C. Fremont war als Staatsmann und Redner wenig bekannt; allein der „Pfadfinder auf den Felsengebirgen" war mit so manchem Zauber des Abenteuerlebens und mit so manchen anderen Vorzügen ausgestattet, daß er bei der Präsidentenwahl den Demokraten des Nordens eine wirklich sehr heiße Arbeit verursachte. Die wichtigsten Beschlüsse der republikanischen Nationalkonvention waren übrigens folgende:

„Beschlossen, daß wir es mit unseren republikanischen Vorfahren als eine selbstverständliche Wahrheit ansehen, daß alle Menschen mit unveräußerlichen Rechten auf Leben, Freiheit und Erstrebung von Wohlstand ausgestattet sind, und daß es der große Endzweck unserer Föderalregierung war, diese Rechte — soweit die ausschließliche Gerichtsbarkeit dieser Regierung reicht — nach und nach allen Menschen zu sichern; daß es unsere Pflicht ist, indem unsere republikanischen Väter nach Abschaffung der Sklaverei in allen nationalen Territorien verordneten, daß keine Person ohne gerichtlichen Prozeß des Lebens, der Freiheit oder des Eigenthums beraubt werden sollte, diese Verordnung der Konstitution gegen alle Versuche, sie zu brechen behufs der Einführung der Sklaverei nach irgend einem Territorium der Vereinigten Staaten, zu wahren durch positive Gesetze, welche das Bestehen und die Ausbreitung der Sklaverei in denselben verbieten. Daß wir, so lange die gegenwärtige Konstitution

besteht, das Recht leugnen, welches dem Kongresse, einer Territorialregierung, einem Individuum oder einem Vereine von Individuen die Macht geben soll, in irgend einem Territorium der Vereinigten Staaten die Sklaverei gesetzmäßig ins Leben treten zu lassen.

Beschlossen, daß die Konstitution dem Kongresse die höchste Gewalt über die Territorien der Vereinigten Staaten zu deren Regierung verleiht, und daß es bei der Ausübung dieser Gewalt sowohl das Recht als die Pflicht des Kongresses ist, in den Territorien die Zwillingsüberreste der Barbarei, nämlich Vielweiberei und Sklaverei, abzuschaffen".

Außerdem verurtheilte das Programm der Republikaner die unkonstitutionellen Gewaltthätigkeiten, welche sich Präsident Pierce in den Kansasangelegenheiten habe zu Schulden kommen lassen; es brandmarkte das Ostende-Manifest als eine der amerikanischen Diplomatie unwürdige Politik, die nur von „Straßenräubern", deren Grundsatz „Macht schafft Recht" (might makes right) sei, ausgehen könne, die aber Schmach und Schande über jedes Volk bringen müsse, welches darnach handle; es verlangte, daß Kansas sofort (immediately) mit seiner Freistaatskonstitution in die Union aufgenommen werde; es empfahl den Bau der Eisenbahn bis zum stillen Ocean und andere für Industrie und Handel zweckmäßige Bauten und Verbesserungen.

Die „amerikanische" oder Know-Nothing-Nationalkonvention wurde am 22. Februar zu Philadelphia gehalten; es waren daselbst alle Staaten außer Maine, Vermont, Georgien und Süd-Carolina vertreten. Als Präsidentschaftskandidat erhielt Millard Fillmore aus New-York, und für die Vicepräsidentschaft Andrew Jackson Donelson aus Tennessee die hinreichende Mehrzahl der Stimmen. In dem Glaubensbekenntnisse dieser Partei war als erste Regel und Forderung hingestellt, „that Americans must rule America"; zur Naturalisation sollte ein Aufenthalt in Amerika von 21 Jahren nothwendig sein; hinsichtlich der Territorialfrage sollte der Grundsatz gelten, daß die Einwohner von Territorien das Recht haben sollten, „to regulate their domestic and social affairs in their own mode, and to be admitted into the union when they have the requisite population for a representative in congress". Allein die sogenannte amerikanische Partei war sich durchaus nicht einig; und so kam es, daß eine die Sklaverei bekämpfende Fraktion derselben eine Konvention nach New-York berief und daselbst beschloß, für die Präsidentschaft John C. Fremont und für die Vicepräsidentschaft den Gouverneur Johnson von Pennsylvanien zu unterstützen. Einige alte fossile Whigs hatten dagegen noch am

17. September zu Baltimore beschlossen, die Kandidatur des Herrn Fillmore zu ratifiziren. —

Millard Fillmore selbst war im Jahre 1856 auf einer Reise nach Europa abwesend. Als er jedoch zu Anfang des Monats Juli nach Amerika zurückkehrte, nahm er sogleich eine entschiedene Stellung gegen die republikanische Partei und deren Bestrebungen ein. So sagte er z. B. in einer zu Albany gehaltenen Rede: „Wir sehen eine politische Partei Kandidaten für Präsidenten und Vicepräsidenten aufstellen, die zum ersten Male von freien Staaten allein genommen sind, mit dem offen ausgesprochenen Vorhaben, diese Kandidaten bloß mit den Stimmen dieses Theiles der Union zu erwählen, um die ganze Union zu regieren. Ist es möglich, daß Diejenigen, welche diese Maßregeln projektirt haben, je ernst darüber nachdachten, was die Folgen sein müssen, wenn ihr Vorhaben gelingt? Kann ihre Verkehrtheit oder ihre Thorheit (madness or folly) soweit gehen, daß sie glauben, unsere südlichen Brüder würden sich der Regierung eines so gewählten Präsidenten unterwerfen? Wer dies denkt, dem sage ich, daß er in dem größten Irrthum befangen ist. Wenn die sektionelle Partei der Republikaner im Wahlkampfe siegt, so muß ihr Sieg nothwendig zum Untergange dieses prachtvollen Staatsgebäudes, welches unsere Väter errichtet, mit ihrem Blute geweiht und uns als unser unschätzbares Erbe hinterlassen haben, führen.“ —

Diese Rede Fillmore's ist aus zwei Gründen merkwürdig: einmal, weil sie die Grundlagen und Motive der republikanischen Partei gänzlich falsch auffaßt und gröblich entstellt, indem sie das Beginnen dieser Partei als gewaltsam, aggressiv und sektionell bezeichnet; und dann, weil sie die erste Erklärung von einem nördlichen Staatsmanne von Bedeutung enthält, daß ein Sieg der Republikaner nicht nur eine südliche Rebellion zur Folge haben, sondern dieselbe auch rechtfertigen würde. Die historische Thatsache, daß die „National-Republikaner“ im Jahre 1828 John Quincy Adams und Richard Rush, beide aus freien Staaten, unterstützten, während ihre Gegner Andrew Jackson und John C. Calhoun, beide Sklavenhalter, wählten und sich auf diese Weise fast alle Elektoralstimmen des Südens sicherten, findet Herr Millard Fillmore für gut zu ignoriren. —

Der Wahlkampf im Jahre 1856 war äußerst belebt und hitzig bis zu den im Oktober stattfindenden Staatswahlen; der Ausgang dieser Wahlen in Pennsylvanien und Indiana machte aber die Erwählung von Buchanan und Breckinridge zur moralischen Gewißheit. Dennoch ging New-York mit einer relativen Mehrheit von 80,000 Stimmen für die republikanische Partei; dasselbe thaten die sechs Staaten Neuenglands

nebst Ohio, Michigan, Wisconsin und Iowa, so daß Fremont im Ganzen 114 Elektoralstimmen erhielt. Für Buchanan erklärten sich Pennsylvanien, New-Jersey, Indiana, Illinois, Kalifornien und alle Sklavenstaaten mit einziger Ausnahme von Maryland, welches Herrn Fillmore seine Stimme gab. In New-Jersey, Illinois und Kalifornien erhielt Buchanan 1,838,169, Fremont 1,341,264 und Fillmore 874,534 Stimmen, so daß Buchanan zwar eine bedeutende Mehrheit über jeden seiner Gegner einzeln, aber nicht über dieselben zusammen genommen aufweisen konnte; hierzu fehlten ihm 377,629 Stimmen. Von den Elektoralstimmen aber, deren er 174 bekam, hatte er eine absolute Mehrheit von 60 über seine beiden Mitbewerber. John C. Breckinridge erhielt dieselbe Stimmenzahl, wie James Buchanan. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 971 ff. Horace Greeley, a. a. O. B. I. S. 246 ff. K. F. Neumann, a. a. O. B. III. S. 346 ff. —

Während des Präsidentenwahlkampfes hatte sich natürlich der traurige Zustand von Kansas nicht gebessert. Die entschiedene Mehrzahl der Ansiedler war für ein freies Kansas und erkannte die nicht von der Mehrheit des Volkes erwählte und deshalb auch nicht dessen Vertrauen besitzende Legislatur der Sklavenhalter nicht an, welche in eigener Machtvollkommenheit im September 1857 eine Konvention nach dem Städtchen Lecompton berief, um eine Staatskonstitution für das Territorium zu entwerfen. Diese berüchtigte Konvention stand ganz unter dem Einflusse der Prosklavereileute; wie bei Nacht und Nebel wurde hier eine Konstitution fertig gemacht und die Sklavereiklausel so teuflisch schlau hineingebracht, daß dem Volke von Kansas trotz aller gegebenen Ehrenworte, trotz aller geschworenen Eide, trotz aller feierlichen Versprechungen in Wahrheit das Recht genommen wurde, in freier und unbeschränkter Wahl über die Sklavenfrage abzustimmen (vergl. Andrew W. Young, a. a. O. 982 ff. Horace Greeley, a. a. O. B. I. S. 249). Der Hauptvorwurf gegen diese Konstitution ging dahin, daß dieselbe nicht der freien Billigung oder Nichtbilligung des Volkes unterworfen wurde. Sie stand mit der von Douglas und dessen Anhängern vertheidigten Volkssouveränetäts-Doktrin in einem schnurgeraden Widerspruch und rief deshalb unter der Partei der Demokraten eine gewaltige und verhängnißvolle Spaltung hervor. Wie man diese Konstitution die „Lecompton Constitution“ nannte, so hießen ihre Gegner unter den Demokraten „Anti-Lecompton democrats“. —

Am 4. März 1857 trat James Buchanan das Präsidentenamt an. In seiner Inauguralrede gab er das Douglas'sche Volkssouveränetätsprinzip auf, indem er sich auf den Standpunkt der sogenannten „Dred

Scott-Entscheidung" stellte und die Frage, wann das Volk eines Territoriums berechtigt sei, über die Einführung oder Nichteinführung der Sklaverei selbstständig zu entscheiden, für eine rein juristische Frage (a judicial question) erklärte. Mit einer schlangenartigen Falschheit und nichtswürdigen Heuchelei kam er zu folgendem Schlusse: „Eine Verschiedenheit der Ansichten hat sich ergeben hinsichtlich der Zeit, wann das Volk eines Territoriums die Sklavereifrage entscheiden soll. Dies ist glücklicher Weise ein Gegenstand von nur geringer praktischer Bedeutung. Dabei ist es zugleich eine juristische Streit- oder Rechtsfrage (a judicial question) welche eigentlich vor den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gehört, dem sie jetzt zur Entscheidung vorliegt, und der sie, wie man weiß, bald und endgiltig erledigen wird. Dieser Entscheidung werde ich mit allen guten Bürgern mich von Herzen gern unterwerfen". Jedes Wort in dieser Stelle aus Buchanan's Antrittsrede ist eine Unwahrheit, vielleicht mit Ausnahme des ersten und des letzten Satzes. Allerdings hatten die Häupter der Sklavereipartei den elenden Präsidenten beredet, sich mit dem nicht weniger verworfenen Oberrichter Roger Brooke Taney ins Einvernehmen zu setzen, um bei Gelegenheit der aus politischen Gründen verzögerten Publikation des über den Sklaven Dred Scott gefällten Urtheils Kapital für die Einführung der Sklaverei in Kansas zu machen; allerdings unterwarf sich Buchanan „von Herzen gern" (cheerfully) dieser verruchten Dred Scott-Entscheidung; — was aber hatte in aller Welt die staatsrechtliche Frage über Einführung oder Nichteinführung der Sklaverei in Kansas oder irgend ein anderes Territorium mit dem Privatstreit über die Freiheit oder Unfreiheit des Negers Dred Scott zu thun? Dazu kommt noch, daß — im Grunde genommen — in dieser Streitfrage über den genannten Neger die wirkliche Entscheidung irgend eines materiellen Rechtspunktes gar nicht vorkam; denn entschieden war im Falle Dred Scott's nur, daß das Obertribunal nicht kompetent, der Kläger mithin angebrachtermaßen abzuweisen sei. Wenn eine solche Entscheidung seitens eines Gerichts erfolgt, so hat es gar keine Befugniß, auf den sachlich-rechtlichen Inhalt des Streitfalles ausführlich einzugehen. Thut es dies dennoch, so hat das, was es darüber sagt, keinerlei rechtlich bindende Geltung. Am wenigsten kann es als Präjudiz für Streitfragen ganz heterogener Natur dienen. Aber gleichviel, die brutale Prosklavereipartei — Herrn Buchanan als Präsidenten an der Spitze — betrachtete das aller gesunden Vernunft, allen historischen Thatsachen und allem natürlichen und in den Vereinigten Staaten positiv geltenden Rechte ins Gesicht schlagende Gewäsch, womit Richter Taney die Inkompetenz-Erklärung des Oberbundesgerichts in Sachen

Dred Scott's motivirte, als eine Rechtsentscheidung in höchster und letzter Instanz auch hinsichtlich der staatsrechtlichen Frage über die Einführung oder Nichteinführung der Sklaverei in ein Bundesterritorium. Und so groß war die angeborne amerikanische Ehrfurcht vor der Autorität der Gerichte, daß selbst in der republikanischen Partei eine Zeit lang nur der radikale Flügel offen und unzweideutig jener sogenannten „Entscheidung" als einer rechtlich unverbindlichen Schandthat eines schon seit Andrew Jackson's Zeiten mit Leib und Seele an die Sklavenhalter verkauften Rechtsverfälschers entgegenzutreten wagte. —

Was Taney im Sinne und Auftrage der Sklavenhalter durch jene Motivirung hatte feststellen wollen, war der Satz, daß die Sklaverei eine nationale Einrichtung sei, d. h. auf allem unter unmittelbarer Bundeshoheit stehenden Gebiete (den Bundesterritorien) eo ipso gelte, daß sie die Regel und die Freiheit nur eine Ausnahme sei, welche erst dann Platz greifen könne, wenn ein „souveräner Bundesstaat" kraft seiner Souveränetät innerhalb seiner Grenzen die Sklaverei verbiete, daß, wo nur Bundesrecht gelte (wie z. B. in den Territorien) und wo „souveräne Staaten" noch gar nicht existirten, auch die Sklaverei zu Recht bestehn, daß der Bund sie dort gar nicht abschaffen dürfe, sondern zuvor ein „souveräner Staat" (mit Sklaverei) begründet werden müsse, ehe kraft der Souveränetät dieses Staates die Freiheit an Stelle der Sklaverei eingeführt werden dürfe. Allein Taney's Entscheidung entschied mehr, als in der Absicht der Sklavenhalter lag, sie war der Tropfen, von welchem der volle Eimer der Geduld des so lange von südlichen Junkern malträtirten Nordens überlief. Und in diesem Sinne kann man Taney als den unfreiwilligen Urheber der politischen Meinungsrevolution des freien Nordens gegen die angestammte Sklavenhalterdynastie betrachten, die in dem Aufstande John Brown's ihren ersten Ausdruck, in der Erwählung Abraham Lincoln's zum Präsidenten ihren ersten Sieg, und in der glorreichen Bekämpfung der südlichen Rebellion einen wohlthätigen Abschluß fand. Wer Lust hat, mag dies als ein Verdienst Taney's betrachten, woran James Buchanan einen großen Antheil hat; aber man muß dann auch — um von andern Beispielen zu schweigen — den Fürsten Polignac als Urheber der Revolution von 1830 und den Premierminister Guizot als Urheber der Revolution von 1848 preisen. Uebrigens erinnert das bekannte Urtheil eines deutschen Obertribunals in Sachen der Redefreiheit vielfach an die Entscheidung des amerikanischen Oberrichters Taney. —

Nach Ablauf der Pierce'schen Administration hatte Jefferson Davis seine Stellung als Kriegsminister aufgeben müssen, dafür aber wurde er

wiederum zum Bundessenator für den Staat Mississippi gewählt, welche Stellung er wesentlich zur Fortspinnung der großen südlichen Verschwörung benutzte. Präsident James Buchanan trat natürlich den südlichen Verschwörern in keiner Weise hemmend entgegen; er hatte sich vielmehr ein Ministerium zusammengesetzt, welches der Mehrzahl seiner Mitglieder nach den Bestrebungen von Jefferson Davis und dessen Genossen entschieden Vorschub leistete. So setzte z. B. der Kriegsminister John B. Floyd aus Virginien das von seinem Amtsvorgänger begonnene verrätherische Werk in größerem Maßstabe fort und ließ die besten Kriegswaffen, welche der Union gehörten, nach den Bundesfestungen und Bundesarsenalen in den südlichen Staaten bringen. Der Marineminister Isaac Toucey aus Connecticut that ungescheut dasselbe und trug außerdem Sorge, daß die Kriegsmarine der Union möglichst über die ganze Erde zerstreut war, damit sie nicht beim Ausbruch der Rebellion gegen die südlichen Häfen u. s. w. verwandt werden könnte. Der Finanzminister Howell Cobb aus Georgien blieb durch Beraubung des Staatsschatzes nicht zurück im Unterstützen der südlichen Pläne, ebenso wenig that dies, so weit seine Sphäre reichte, der Generalstaatsanwalt Jeremiah S. Black, der gegenwärtig ein intimer Freund des Präsidenten Andrew Johnson zu sein scheint; James Buchanan aber verharrte, obschon er laut und nachdrücklich aufgefordert wurde, dem verbrecherischen Unwesen zu steuern, in einer unerschütterlichen Ruhe, sodaß es nahezu den Anschein gewann, als wenn die Ansicht, Bundeseigenthum sei Raubgut, von dem Haupte der amerikanischen Regierung legalisirt werde. —

Als der Kongreß im Dezember 1857 zusammentrat, wagte der Präsident in seiner ersten Jahresbotschaft, nachdem er die Finanzlage des Landes, das Ueberwuchern des Papiergeldes, die Mormonenfrage und die Nothwendigkeit des Baues der Eisenbahn nach dem Stillen Ocean besprochen hatte, ganz klar anzudeuten, daß die Exekutive in der verrufenen Lecompton-Konstitution eine „Friedensmaßregel" erblicke und gemäß derselben die Aufnahme von Kansas in die Union unterstützen würde. Douglas protestirte sofort im Namen des „souveränen Volkes" und hielt am 9. Dezember im Bundessenate eine meisterhafte Rede gegen die von Buchanan ausgesprochene, völlig ungesetzliche Politik; nur die darin gebrauchte achselträgerische Phrase: „es liegt mir nichts daran, ob die Sache der Sklaverei im Wahlkampfe siegt oder unterliegt" „I do not care wether slavery be voted up or down), hat ihm später von Seiten des Südens sowohl, wie von Seiten des Nordens die bittersten Angriffe und die heftigsten Vorwürfe zugezogen. Die Gründe übrigens,

mit welchen die Prosklavereipartei oft die Einführung der Sklaven nach Kansas vertheidigte, trugen nicht selten einen tragi-komischen Charakter. So fragte z. B. George E. Badger von Nord-Carolina während der Debatte über die Kansas-Nebraska-Bill: „Ist es nicht hart, daß ich, wenn ich mich entschließen sollte, nach Kansas auszuwandern, meine alte Amme (eine Sklavin) nicht sollte mit mir nehmen dürfen?" Darauf antwortete ihm Benjamin Wade von Ohio: „Der Herr mißversteht unsere Stellung. Wir haben nicht die geringste Einwendung dagegen, daß der ehrenwerthe Senator von Nord-Carolina sollte nach Kansas auswandern und seine alte Amme mitnehmen dürfen. Wir verlangen bloß, daß er sie nicht soll verkaufen dürfen, wenn er sie dahin mit nimmt".

Obwohl infolge der offiziell erklärten Parteinahme des Präsidenten für die Lecompton-Konstitution ein Schrei des Unwillens und des Entsetzens durch das Land ging, obwohl dieser Schritt das Ansehen und die Würde des Oberhauptes der Republik gefährdete und von allen Seiten, die extreme Sklavereipartei allein ausgenommen, als der strafbarste Eidbruch, als der schwärzeste Schandfleck in der Geschichte der Union bezeichnet wurde, so blieb Buchanan doch taub gegen das Gesetz, gegen das Recht, gegen den Willen des Volkes, denn er lag in den Ketten des Südens, in den Händen der schamlosesten, verrätherischsten Politiker. Die Gouverneure Reeder, Shannon, Geary, Stanton, Walker und Denver mußten in sehr kurzen Zwischenräumen einer nach dem andern über die Klinge springen und wurden in der gehässigsten Weise verfolgt, weil sie nicht in hündischem Gehorsam den offenen Treubruch und Meineid Buchanan's unterstützen und dem Volke von Kansas unbedingt den Fluch der Sklaverei aufoktroyiren wollten. Unbekümmert um die Folgen und es nicht achtend, daß er sein greises Haupt mit dem größten Fluche selbst bedeckte, sandte Buchanan am 2. Februar 1858 die Lecompton-Konstitution dem Bundessenate ein, empfahl in einer Spezialbotschaft noch einmal, daß Kansas mit dieser Konstitution als Staat in die Union aufgenommen werden möge, und erklärte — sich auf die Dred Scott-Entscheidung berufend — „Kansas is at this moment as much a slave state as Georgia or South Carolina". In Kansas, fügte er hinzu, kann die Sklaverei nur durch eine konstitutionelle Bestimmung abgeschafft werden, und dies kann wiederum nur geschehen, wenn dasselbe möglichst schnell in die Union aufgenommen wird. —

So stark auch die Aufregung im Norden wegen der Erlassung des Gesetzes gegen flüchtige Sklaven und so tief die Erbitterung wegen Aufhebung des Missouri-Kompromisses war, es stand das Alles nicht im Vergleiche mit dem edlen, fast bis zur Wuth ausbrechenden Zorne, der

aller Orten in dem von seiner Administration beschimpften Volke der Vereinigten Staaten aufflammte. Dennoch gab es Politiker auf der einen Seite, welche nichts davon sehen und wissen wollten, und Politiker auf der andern Seite, die solche Zustände klug zu berechnen und zu benutzen wußten. Nicht bloß die Republikaner, auch die Demokraten, welche „the doctrine of popular sovereignty“, wodurch James Buchanan Präsident geworden war, wirklich hoch und werth hielten und sich zu dieser Lehre nicht bloß mit den Lippen, sondern auch mit dem Herzen bekannten, hielten überall Volksversammlungen und verdammten die tyrannische Politik Buchanan's, womit er — das Prinzip der Volkssouveränetät vollständig verachtend — dem Volke von Kansas eine Konstitution aufzwingen wollte, die dasselbe mit einer ungeheuren Majorität zurückwies. Robert J. Walker, der Exgouverneur von Kansas, welcher wegen zu ehrlicher Auffassung seiner Mission ebenso schimpflich abgesetzt und seines Amtes entlassen worden war, wie seine Vorgänger, erklärte in einem weit verbreiteten Briefe: „Ist der Präsident der Vereinigten Staaten der Herr oder der Diener des Volkes, daß er es wagt, über das Volk und dessen Repräsentanten willkürlich zu bestimmen und mit Ausstoßung aus der Partei zu drohen? Ist ‚Demokratie‘ nur noch ein leerer Schall, oder ist sie noch etwas Wirkliches? Seiner wahren Bedeutung nach bezeichnet das Wort die Macht des Volkes (the power of the people). Hat das Wort diese wahre Bedeutung verloren? Eilen wir mit unsichtbaren, aber dennoch reißend schnellen Schritten jener despotischen Machtgewalt zu, welche die Regeln der politischen Meinung schafft und abschafft (makes and unmakes) unter Schmerzen und Strafen, welche die Seelen freier Männer mit Abscheu erfüllen? Leben wir im 82. Jahre unserer Unabhängigkeit, oder im ersten Jahre einer amerikanischen Monarchie, die ihr gewaltthätiges Scepter über uns zu schwingen beginnt? Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 991. —

Die Stimmung des Volkes, wovon uns dieser Brief zum großen Theil einen getreuen Ausdruck gibt, spiegelte sich übrigens natürlich auch in den Kongreßverhandlungen wieder. Mit jedem Tage wurden dieselben erbitterter, weil die Hartnäckigkeit der Administration und deren Anhänger ebenfalls zunahm und weil namentlich die von Buchanan angewandten Mittel durchweg einem grundschlechten Zwecke entsprachen. Die ärgerlichen Vorgänge erinnerten leider nicht selten an den Verfall und die letzten Tage der römischen Republik, und wir haben es selbst miterlebt, daß mancher edle und tiefer und weiter sehende Staatsmann, der sein Wehe über den Skandal mit der Klage um die Republik ausrief, es seufzend bedauerte, daß die Union nicht einige Jahre vorher in einen ge-

funden, nationalen Krieg mit dem Auslande verwickelt worden war; denn der schlummernde oder anscheinend verschwundene Patriotismus hätte dadurch vielleicht erweckt oder gerettet werden können. Den widerlichsten Eindruck machte es, daß selbst nördliche Politiker, die sich Demokraten nannten, zu den erbärmlichsten Helfershelfern der Administration herabsanken. Auf eine solch' entehrende Weise suchten sich z. B. im Bundessenate Graham N. Fitch und Jesse D. Bright von Indiana, William M. Gwin von Californien, William Bigler von Pennsylvanien, John R. Thomson und Wright von New-Jersey, Allen von Rhode-Island und Jones von Jowa auszuzeichnen. Die republikanischen Senatoren standen natürlich wie ein Mann gegen die Administration und ihre verwerflichen Bestrebungen. Ihnen zur Seite, wenn auch nicht als Parteigenossen und im ersten Vordertreffen kämpften die nördlichen Demokraten und Bundessenatoren Stephen A. Douglas von Illinois, Stuart von Michigan, Pugh von Ohio und Broderick von Californien. Unter sämmtlichen südlichen Senatoren erklärten sich nur John J. Crittenden von Kentucky und John Bell von Tennessee gegen die Sklavereipolitik Buchanan's. —

Im Repräsentantenhause war der Kampf noch bedeutend heftiger, als im Senate, welcher auf den Antrag des Senators James S. Green von Missouri am 23. März 1858 den Lecompten-Verrath mit 32 gegen 25 Stimmen genehmigte. Fast in jeder Sitzung vergaßen die Repräsentanten jene Würde, welche die Gesetzgeber eines freien Volkes stets und überall behaupten sollen, und nicht mit Unrecht verglich man damals das Haus des Kongresses häufig mit einem Fischmarkte. Es ist leicht begreiflich, daß bei den Repräsentanten, weil die Majorität des Senates ohnehin durch die Sklavenpeitsche regiert wurde, alle möglichen Mittel und Künste der Versprechungen, Ueberredungen und selbst Bestechungen angewandt wurden. Es geschah dies nicht selten in der offensten und schamlosesten Weise. Am ersten April schlug aber Montgomery von Pennsylvanien, ein Gesinnungsgenosse von Douglas, im Repräsentantenhause ein von dem Senator Crittenden entworfenes Substitut für die im Senate am 23. März genehmigte Lecompton-Bill vor. Dieses Substitut verordnete, daß die Lecompton-Konstitution dem Volke von Kansas noch einmal zur Abstimmung vorgelegt würde, und daß solche Maßregeln getroffen werden sollten, welche eine richtige und gesetzmäßige Wahl ermöglichten. Der Senat verwarf dies Substitut mit 34 gegen 22 Stimmen; das Repräsentantenhaus aber nahm dasselbe mit 120 gegen 112 Stimmen an und hielt ziemlich lange an seiner Ansicht fest, willigte aber schließlich in das Zusammentreten eines Konferenzcom-

mittees beider Häuser. Die Bill, welche von diesem Konferenzcommittee einberichtet ward, fand in William H. English von Indiana einen warmen Vertheidiger. Herr English war bis dahin ein entschiedener Gegner der Lecompton-Konstitution gewesen; es war aber dem Präsidenten Buchanan gelungen, die Ansichten des Abgeordneten von Indiana wesentlich zu modifiziren. Die von English vertheidigte Bill bestimmte zwar, daß das Volk von Kansas über die Lecompton-Konstitution, welche bekanntlich Kansas für einen Sklavenstaat erklärte, noch einmal abstimmen sollte, suchte aber zu gleicher Zeit die vielgeplagten Stimmgeber durch neue, gegen die Aufnahme von Kansas als Staat erhobene Schwierigkeiten so weit mürbe zu machen, daß sie selbst um den Preis dieser nichtswürdigen Verfassung sich der tyrannischen Territorialregierung entledigen sollten. Ganz abgesehen davon, daß die Lecompton-Konvention, welche jene sogenannte Konstitution verfertigt hatte, gegen den Willen der Majorität des Volkes von Kansas gewählt worden war, daß diese Konvention mithin gar kein Recht hatte, eine Verfassung zu entwerfen, enthielt die aus dem Schooße des Konferenzcommittee's hervorgegangene Bill auch noch die Bestimmung, daß, wenn die Lecompton-Konstitution verworfen würde, Kansas nicht eher in die Union aufgenommen werden dürfe, als bis durch eine Volkszählung die für die Wahl eines Kongreßabgeordneten gesetzlich erforderliche Einwohnerzahl (93,340 Seelen) bestimmt nachgewiesen sei. Diese Bedingung, welche für ein freies Kansas eine andere Bevölkerungszahl verlangte, als für den Sklavenstaat Kansas, war verächtlich genug; sie wurde aber, wenn dies anders möglich war, noch überboten durch die Zusatzbedingung, daß den Bürgern von Kansas, sobald sie die Lecompton-Konstitution angenommen hätten — aber auch nur in diesem Falle — fünf Millionen Acker Land zu Schulzwecken, zum Bau von Eisenbahnen u. s. w. überwiesen werden sollten. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 991 ff. Wenn wir von der Bill die offizielle Form und den sie verschönernden Firniß abstreifen, so sprach der Kongreß, wie Fr. Kapp richtig bemerkt, also zu Kansas: „Hier ist die Sklaverei-Konstitution; Du hast freien Willen, sie anzunehmen oder zu verwerfen. Nimmst Du sie und die Sklaverei an, so bekommst Du als Aussteuer für den jungen Sklavenstaat fünf Millionen Acker Land; verwirfst Du sie aber, so bekommst Du gar nichts und kannst außerdem noch ein paar Jahre warten, ehe ich Dich in die Union aufnehme". —

So weit war es also unter der Präsidentschaft Buchanan's mit der politischen Korruption in den Vereinigten Staaten gekommen, daß der Kongreß das Volk eines Territoriums mit Unionsland zu bestechen suchte,

damit es zum Verräther an der Sache der Freiheit werde und für den Judaslohn von fünf Millionen Acker Land die Sklaverei bei sich einführe! Wahrlich, die Partei der Sklavenhalter hat alles Mögliche gethan, die nordamerikanische Republik bei den Völkern Europa's in Mißkredit zu bringen, und es ist daher ganz erklärlich, daß die europäische Aristokratie, wenn aus keinem andern Grunde, schon aus Dankgefühl, stets die vollste Sympathie für die südlichen Sklavenbarone und deren Schicksal empfand. Wenn man aber, wie es von vielen Seiten her geschieht, mit einem gewissen schadenfrohen Triumphe darauf hinweist, daß der Höhegrad der politischen Korruption in der großen transatlantischen Republik kein geringer war und daß auch gegenwärtig unter der Administration Andrew Johnson's die Charakter- und Sittenreinheit in manchen Kreisen in den Vereinigten Staaten nicht als mustergiltig aufgestellt werden kann, nun, dann möge man nicht vergessen, daß es eine ebenso leichte, wie unerquickliche Aufgabe sein würde, in allen Staaten des alten, seit vielen, vielen Jahrhunderten civilisirten Europa, in den monarchischen sowohl, wie in den republikanischen, eine große und reich sortirte Musterkarte von Charakter- und Sittenlosigkeiten, von korrumpirenden Beeinflussungen seitens der politischen und kirchlichen Machthaber und von allen nur denkbaren sozialen Schäden aufzustellen. Indem wir hier, um von den vielfachen und wahrhaft abschreckenden Beispielen von religiöser, politischer und sozialer Verderbtheit in Frankreich, Rußland, Spanien, England, ja selbst in der Schweiz, zu schweigen, nur an die Schilderungen erinnern, die der Abgeordnete Moritz Wiggers von Mecklenburg im norddeutschen Reichstage entwarf, und an die Folgen des Konkordats in Oestreich, verweisen wir in aller Kürze noch auf die Aeußerungen des preußischen Ministers von Eulenburg, womit er sich den versammelten Volksvertretern gegenüber rühmte, von Regierungswegen die Volkswahlen beeinflußt zu haben, auf die Geist und Herz verderbenden „Regulative", wodurch die Lehrer der Jugend gezwungen werden sollen, nach einer verrotteten Schablone den Geist des Volkes zu bilden oder vielmehr nicht zu bilden, und endlich auf die Masse von hochgestellten geistlichen und weltlichen Beamten, die — ähnlich dem Pastor Knak und Genossen — jeder reformatorischen Bewegung entgegentreten, weil sie wissen, daß selbst so gemäßigte Männer wie Carl Twesten für unpatriotisch und unehrenhaft erklärt und gezwungen werden, ihr öffentliches Amt zu verlassen, während Menschen wie Herr von Gerlach und Herm. Wagener nicht nur in ihren Stellen verbleiben dürfen, sondern wohl selbst höchsten Ortes als personae gratae geehrt und geachtet dastehen.

Die im Konferenzcommittee eingebrachte Bill wurde nach einem siebentägigen heißen Kampfe am 30. April 1858 von beiden Häusern des Kongresses angenommen und selbstverständlich von Buchanan unterzeichnet. Allein trotz aller früh und zahlreich gesäeten Giftblumen der Sklaverei blieb der Boden von Kansas der Freiheit bewahrt. Das Volk von Kansas ließ sich durch die ihm gebotenen Verlockungen nicht bestechen, es hatte in seiner großen Mehrheit während eines langen und mühseligen Kampfes gegen die Sklavenhalterpartei Muth und Aufopferung gezeigt und gelernt, der Sache der Freiheit mit Würde und Ergebenheit zu dienen. Es bewährte sich auch jetzt, war seiner Vergangenheit treu und warf dem Präsidenten sammt seiner Sklavendemokratie die ihm gemachte beleidigende Zumuthung nebst der Lecompton-Konstitution verachtungsvoll vor die Füße. „Wir betrachten," so erklärten die vom Kansasvolke indossirten Freistaatszeitungen, „die Konferenzcommittee-Bill des Herrn English als einen infamen Betrug, als einen höllischen Schwindel und eine großartige Schurkerei. Diese Bill ist gemein, niederträchtig und schmachvoll; der Ungerechtigkeit entsprungen, ist sie das letzte Gebot des elendesten Despotismus. Wir haben zu viel Vertrauen in die Integrität des Volkes, um zu glauben, daß es einen derartigen Vorschlag annehmen werde. Lieber wollen wir ewig ein Territorium bleiben, als unter solchen entwürdigenden und schmählichen Bedingungen ein Staat werden." Bei der am 3. August 1858 erfolgenden Abstimmung erklärte sich Kansas mit der entschiedensten Stimmenmehrheit gegen den besagten Vorschlag, verwarf damit dem Wesen nach die Lecompton-Konstitution und zog es vor, so lange ein Territorium zu bleiben, bis es mit Ehren als freier Staat in die Union eintreten konnte. Unter der Leitung der Territorialgesetzgebung, die mit der Zeit fast ganz in die Hände der Freibodenpartei überging, versammelte sich im März 1859 eine neue Konvention zu Wyandot, um eine neue Konstitution zu entwerfen. Dies geschah allen Umtrieben der demokratischen Partei zum Trotze; und am ersten Dienstag im Oktober des genannten Jahres wurde die neu entworfene Freistaatskonstitution in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen angenommen. Mit dieser Konstitution ward auch Kansas unmittelbar vor dem Ausbruche des Sezessionskrieges am 21. Januar 1861 als vierunddreißigster Staat in die Union aufgenommen.

Die einseitigen und sektionell südlichen Maßregeln aber, welche die Buchanan-Administration in der Kansasfrage mit zäher Konsequenz verfolgte, äußerten ihren nachhaltigen Einfluß auf die ganze Politik der Vereinigten Staaten, vornehmlich jedoch auf die demokratische Partei. Gerade die rücksichtslose, sektionelle Einseitigkeit, womit der Präsident

den Willen der Sklavenhalterpartei zu erfüllen bestrebt war, mußte dazu dienen, daß die demokratische Partei zerbröckelte und zerfiel, während die Reihen der Republikaner sich immer mehr füllten und stärker wurden. Im Bundessenate hatte Douglas, um seine Lehre von der Volkssouveränetät aufrechtzuerhalten, fortdauernd die Lecompton-Konstitution bekämpft und sich dadurch in eine harte Opposition gegen die Regierung gestürzt, die — wie wir bald sehen werden — zum vollständigen Bruche führte und infolge der Charlestoner und Baltimorer Konvention im Jahre 1860 die Auflösung der großen demokratischen Partei in eine nördliche und südliche Fraktion bewirkte. Während der Präsident und die südliche Demokratie es dem Senator von Illinois nicht vergessen konnten, daß er seiner Ueberzeugung treu geblieben, die Parteidisciplin gebrochen und das Prinzip höher gehalten, als das Machtgebot des obersten Führers, betrachteten die nördlichen Demokraten Douglas fast einstimmig als ihren politischen Führer. Buchanan aber ließ es sich mit dem schrankenlosen Eigenwillen eines absoluten Selbstherrschers angelegen sein, die Anhänger von Douglas und diesen selbst zu verfolgen. Bei dem höchst interessanten und äußerst hartnäckigen Kampfe um die Stelle eines Bundessenators für Illinois im Sommer 1858, wo Abraham Lincoln gegen Douglas, den man „den kleinen Riesen" (the little giant) nannte, in die Schranken trat und wo sich beide an verschiedenen Plätzen in öffentlichen Debatten mit einander maßen, entging Douglas, da ihm der Beistand der Administration fehlte, nur mit knapper Noth einer Niederlage. Wer aber von seinen Freunden und Gesinnungsgenossen ein Bundesamt besaß, so groß oder so klein es sein und so ehrenhaft es verwaltet werden mochte, der wurde von feilen Spionen denunzirt, fiel bei James Buchanan in Ungnade und erhielt seine Absetzung. Also auch in dieser Beziehung mißbrauchte der Präsident sein dem ganzen Volke gehörendes, nur für dessen Wohlfahrt bestimmtes Amt auf die frevelhafteste und entehrendste Weise. Es war damals in der That für die Union eine trostlose, unheimliche Zeit; das ganze Land glich einem weiten, öden Brachfelde, auf dem nur zu bald die größten und blutigsten Schlachten geschlagen werden sollten.

In seiner „Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika," S. 352 ff., führt Fr. Kapp in meisterhafter Weise aus, wie die Nemesis der Geschichte Stephen A. Douglas, den Zerstörer des Missouri-Kompromisses, ereilte. Das Schicksal von Douglas mag aber allen Politikern aller Nationen zur Warnung dienen, die — sei es aus Kurzsichtigkeit oder aus Ehrsucht — unversöhnbare Elemente zu vereinigen streben.

„Nicht das Schwächliche bleibt, das Halbe,
Nicht das Bläuliche, nicht das Falbe,
Nur was frisch und lebensroth.“

Eine ängstliche, um nicht zu sagen feige, Anbequemungspolitik, welche in dem Aufopfern von Prinzipien aus sogenannten Utilitätsrücksichten eine hohe Staatsweisheit erblickt, ist selten oder niemals von der Muse der Geschichte mit einem wohlverdienten Lorbeerkranz geschmückt worden. Was auch immer menschliche Energie und kluge Berechnung zu leisten im Stande sind, — vor den Konsequenzen seiner Thaten hat sich noch kein Sterblicher zu retten vermocht. Und entreißen auch ein frühzeitiger Tod oder ein schneller Untergang geschichtliche Persönlichkeiten und politische Parteien den schmerzlichen Folgen ihrer falschen Handlungen, die Früchte dieser Handlungen bleiben nicht aus, sondern wirken verderbenschwanger nach. Auch Douglas mußte dafür büßen, daß er sich an dem fortschreitenden Geist der Zeit versündigt hatte. Als er es unternahm die Sklaverei und die Volkssouveränetät zu vereinigen, bedachte der „kleine Riese“ nicht, daß er zwei Elemente zusammenzukuppeln suchte, von denen jedes seinem innern Wesen nach die Alleinherrschaft für sich in Anspruch nahm. Wenn es wahr ist, wie es nach unserer Ansicht unbestreitbar wahr ist, daß bei einem zur vollen Freiheit reifen Volke die Volkssouveränetät die Zerstörung aller hemmenden Schranken der wahrhaft bürgerlichen Freiheit bedeutet, wie war es möglich, daß dieselbe Volkssouveränetät der Sklaverei eine Konzession machen, ein Recht zugestehen sollte oder konnte? Wenn die ihrem Begriff thatsächlich entsprechende Volkssouveränetät keine andere Grundlage haben kann, als die theoretisch wie praktisch ausführbare Gleichheit der Rechte Aller, wie konnte sie den Sklavenhaltern ein Privilegium zugestehen? Es giebt logische Widersprüche — und sie kommen namentlich leider in allen gesetzgebenden Körpern nicht selten vor — über welche der menschliche Verstand sich in eitler Selbst- und Gefallsucht durch sinnreiche, trügerische und glitzernde Spitzfindigkeiten täuschen, mit denen aber die tiefinnerste Natur der Dinge, die Vernunftnothwendigkeit der geschichtlichen Entwickelung, die logisch-praktische Wirklichkeit sich nicht aussöhnen kann. Dies erfuhr auch Douglas; denn gleich nach der Passirung der Kansas-Nebraska-Bill nahmen die Repräsentanten der einander widersprechenden Prinzipien, der freie Norden und der sklavenhaltende Süden, beide die Maßregel für sich in Anspruch. Der Kampf um Freiheit oder Sklaverei ergriff sofort von diesem neuen Schlachtfelde Besitz. Mochten die politischen Führer immerhin neue Signale geben und neue, klug ausgedachte Losungsworte verbreiten, die Natur und das Wesen des Kampfes blieben

unverändert. Nach kurzer Vermischung und genauerer, gegenseitiger Prüfung sonderten sich die feindlichen Elemente und das „Für oder Wider" trat selbst im Innern der demokratischen Partei gebieterischer auf, als jemals zuvor.

Was immer die Motive gewesen sein mögen, wodurch Douglas zur Vernichtung des einst von ihm selbst als heilig anerkannten Missouri-Kompromisses und zur Durchsetzung der Kansas-Nebraska-Bill verleitet wurde, Ehrgeiz oder Ueberzeugung, — er dachte sicherlich nicht, daß die nächsten vier Jahre ihn zwingen würden, sich auf der Basis dieser Bill für den Norden oder den Süden definitiv zu entscheiden. Er hatte nicht begriffen oder nicht hinlänglich überlegt, daß die Prinzipien der Freiheit und der Sklaverei, so weit dies auf dieser Erde überhaupt möglich ist, absolut sind, absolut in ihren Konsequenzen, und daß man, um beziehungsweise Herr der Ereignisse bleiben zu können, entweder der einen oder der andern dienen muß. Es war ihm nicht in den Sinn gekommen, daß seine von ihm und seinen Anhängern hoch gepriesene Maßregel in demselben Augenblicke, wo sie dem Volke zur Ausführung anheim fiel, seiner Gewalt sich entziehen, daß das Steuer in seinen Händen zerbrechen und er selbst mit dem Glücksschiff, mit welchem er so stolz ausgelaufen war und dessen Segel die aura popularis längere Zeit gefüllt hatte, dem Wellenschlage der öffentlichen Meinung zu folgen genöthigt sein würde. Die Macht der Verhältnisse übte ihr Recht über Douglas aus. Wenn sich der durch das System der Freischulen und der freien Arbeit gebildete und gestählte Norden mit Energie rüstete, das Prinzip der Selbstregierung zur Geltung zu bringen und die Volkssouveränetät als eine Waffe für die Freiheit zu gebrauchen, so war der sklavenhaltende, aristokratische Süden nicht minder fest entschlossen, die Kansas-Nebraska-Bill für die Sklaverei und deren Wachsthum auszubeuten. Beide Theile der Union behaupteten mit gleicher Entschiedenheit, daß sie im Rechte wären. Welches war nun aber die richtige Interpretation des Kansas-Nebraska-Gesetzes? Douglas mußte sich entscheiden, welche der beiden Lehren er als die richtige, als das Kind seines Geistes anerkennen sollte. Er trat, zu seiner Ehre, aber einem großen Theile des Volkes und der Politiker ganz unerwartet, auf die Seite des Nordens. Robert J. Walker hatte sich schon, wie oben bereits erwähnt, in offenem Widerstande gegen die Washingtoner Ukase erhoben, und das Volk von Kansas stand siegreich auf dem Plane. Täglich wurde es klarer, daß der Süden sich verrechnet hatte und die schöne Beute, die er schon fest zu halten gewähnt, fahren lassen mußte. Zugleich kam es für Douglas darauf an, Lincoln gegenüber seine Neuwahl als Senator für Illinois zu sichern, dessen Bevölkerung in ihrer

Mehrheit auf Seiten des freien Kansas stand; dann aber hoffte er, sich dem Norden angenehm, dem Süden jedoch furchtbar und auf diese Weise zum Herrn der Situation zu machen. Die Gelegenheit war dem Anscheine nach so günstig, wie sie nur sein konnte, für diesen „Sklavenaufstand", wie Benjamin Wade von Ohio ironisch Douglas' Rebellion gegen die Partei bezeichnete. Und so muthig und energisch er sie auch durchführte, er verfehlte dennoch seinen Zweck. Er hatte den Süden mißtrauisch gemacht, ohne, als Ersatz dafür, das Zutrauen des Nordens zu gewinnen. „Dieser Mann," sagte z. B. Theodor Parker zu jener Zeit, „hat sich nicht geändert. Wäre er Präsident, er würde wie Buchanan, vielleicht noch schlimmer, handeln. Wäre seine Wiederwahl zum Bundessenator gesichert, so würden wir von ihm nichts mehr zu Gunsten von Kansas hören. Aber sein Termin läuft nächstes Jahr zu Ende; er weiß, daß er nicht wieder erwählt werden kann, wenn er nicht seine Politik ändert. Aus diesem Grunde ergreift er jetzt andere Maßregeln und zeigt sich provisorisch der Freiheit günstig. Seine Grundsätze bleiben dieselben, denn sie sind nur auf Erlangung von Macht gerichtet. Republikaner sollten ihm kein Lob zollen. Freilich sagt man, jeder Stein ist gut genug, um einen Hund damit zu werfen; Douglas aber ist ein Stein, der sich im Wurfe dreht und zuletzt die Stelle trifft, die wir gerade nicht getroffen haben wollten. Wenn er jetzt gegen unsere Feinde kämpft, so ist dies bloßer Zufall. Er kämpft nicht für uns, sondern nur für sich, und siegt er, so kümmert er sich gar nichts darum, wer seine Alliirten, noch wer seine Feinde sind." Auf der andern Seite war es ihm aber nicht möglich, den Süden vergessen zu machen, daß er in dem Augenblicke, wo die Sklavenhalter den Sieg schon in der Hand zu halten wähnten, die Sache der Sklaverei verlassen hatte. Die Sklavenritter des Südens waren aber, wie jede tyrannische Macht, nicht bloß mißtrauisch, sondern auch unversöhnlich. Sie verlangten Gehorsam und schlugen jahrelange Dienstleistungen, selbst die wegwerfendste Ergebenheit für nichts an, sobald man in ihrem Dienste nur die geringste Lauheit oder die leiseste Schwäche zeigte. Wohl belohnte der Süden seine Diener, aber sie durften auch nie im Dienste der Sklaverei gewankt haben. Douglas hatte gewankt; er hatte Merkzeichen eines eigenen Willens, einer selbstständigen Politik blicken lassen, und das konnte ihm nie verziehen werden. Indem die natürliche Entwickelung der Dinge die Pläne seines Ehrgeizes vereitelte oder durchkreuzte, zwang sie ihn, sich den ihm noch gebliebenen Rest von Charakter zu bewahren. So wurde er seines eigenen Schicksals Schmied. Wenn er die Volkssouveränetät an die Sklaverei verkuppeln wollte, so hat sich die Volkssouveränetät dafür

an ihm gerächt, indem sie seine Präsidentenpläne und die ganze alte demokratische Partei, „diese Senkgrube aller faulen und schlechten Elemente des Amerikanischen Lebens," mit in den vernichtenden Abgrund stürzte.

Wir möchten in keiner Weise Unrecht thun und ohne Grund verletzen; es will uns aber bedünken, als ob eine gewisse liberale Partei in Deutschland häufig auf dem Punkte stand, sich zu sehr in den Dienst der scheinbar gebesserten Reaktion zu begeben, sei es, um diese Reaktion noch mehr zu bessern, oder um dieselbe zu stürzen und dann selbst an die Stelle derselben zu treten. Wir können aber weder an eine solche Besserung, noch an einen solchen Sturz glauben. Wenn nicht durch andere geschichtliche Beispiele, so sind wir durch das Schicksal von Douglas' Zwitterpolitik belehrt worden, daß halbe liberale Maßregeln eine klare und bewußte Reaktion, die noch außerdem die Zügel der Macht in Händen hat, niemals zu stürzen im Stande sind, sondern in der Regel sich ihr eigenes Grab graben. Wohl aber hat uns die Geschichte und eigene, jahrelange politische Erfahrung gelehrt, daß es Momente in der Politik giebt, wo die reaktionären Tendenzen ihre konservative Basis aufgeben und geradezu einen revolutionären Charakter annehmen, wo sie bestehende, bisher heilig gehaltene Rechte mißachten und den selbst geschaffenen Institutionen feindlich gegenübertreten. Ist eine Partei oder eine Regierung einmal in dieser Lage begriffen, so ist es ihr ungestraft unmöglich, lange stille zu stehen, Rückschritte zu machen oder auf die alte Basis zurückzutreten; ein unabwendbares Schicksal treibt sie fort und fort, und, wenn nicht ihre Gegner grobe Fehler machen, so befindet sie sich bald in der Unmöglichkeit, irgend einen Rückschritt, irgend eine Niederlage zu ertragen. Die Wahrheit dieser Behauptung beweist die Geschichte der amerikanischen Sklavendemokratie. Sie war gegen das Ende von Buchanan's Administration mit ihrer naturwidrigen Prosklaverei-Propaganda so weit gekommen, daß sie — ohne verloren zu sein — weder einen Schritt rückwärts thun, noch eine Niederlage erleiden konnte. Die im Dienste der Freiheit erstarkte öffentliche Meinung, deren Repräsentant die republikanische Partei war, wartete nur auf einen dieser Momente, um sich in den Besitz der verlorenen Position zu setzen. In Europa hat man ähnliche Situationen öfter sehen können. Der Kaiser Louis Napoleon scheint uns gegenwärtig nahezu in eine solche Lage zu kommen, Oestreich befand sich darin und die leitende Macht des norddeutschen Bundes muß den Anforderungen der Zeit Genüge thun, oder sie setzt alles Errungene wiederum auf's Spiel und riskirt ihren eigenen Untergang. Hierin liegt der Grund, weshalb wir eine zu große Nachgiebigkeit der

national-liberalen Partei in Deutschland, namentlich in Preußen, im Interesse der nationalen Einheit und Freiheit nicht billigen können. Ohne uns der Autorität „eines politischen Fortschrittspapstes" zu sehr zu unterwerfen, ohne vor allen Dingen unbedingt auf die Lehren und Aussprüche der „sozialistischen Apostel", Schulze-Delitzsch und Lasalle, zu schwören, halten wir es doch eines denkenden und freien Mannes nicht für würdig, aus reinen Utilitätsrücksichten und — wie die Phrase jetzt heißt — der „realen Politik" wegen ernste Prinzipien zu opfern und „den Takt zum Trommelwirbel der Gewalt zu schlagen". Politischen Gegnern gegenüber bleibt der alte Spruch ewig wahr: „Adversus hostem aeterna autoritas esto".

Das „blutende Kansas", welches für die Vereinigten Staaten in mancher Hinsicht dieselbe Rolle spielte, wie Schleswig-Holstein für Deutschland, und der dort verübte Lecomptonschwindel bilden die unzerstörbaren Marksteine in der Geschichte der nordamerikanischen Union, woran zuerst der Triumphwagen der Sklavendemokratie so harte Stöße erlitt, daß er infolge dessen bald ganz zersplitterte. Ein zweiter Schlag, der schon direkt auf das Leben der Sklaverei zielte, war der kühne Handstreich John Brown's bei Harper's Ferry in Virginien. Vergl. R. Doehn, „John Brown". „Unsere Zeit", 3. Jahrg. S. 401 ff.

In der Gebirgsschlucht von Harper's Ferry ertönten am 17. Okt. 1859 einige Musketensalven, denen bald der laute Donner des Sezessionsgewitters antworten sollte. John Brown, der Held von Osawatomie, versuchte bekanntlich an diesem Tage eine Sklavenbefreiung von größerem Maßstabe mit bewaffneter Hand ins Werk zu setzen. Er unterlag und erlitt am 2. Dezember den Tod eines Verbrechers am Galgen. Allein die Worte Corneille's, die Charlotte Corday auf sich anwandte, dürfen auch auf John Brown angewandt werden: „Le crime fait la honte, et non pas l'échafaud." Theodor Parker, welcher sich um diese Zeit in Italien befand, schrieb, wie folgt, in sein Tagebuch: „Am zweiten Dezember, dem Tage der heiligen Juliane, Jungfrau und Märtyrerin. — Es ist heute der für den Tod des Capitain Brown bestimmte Tag. Es ist jetzt 6 Uhr, und ich vermuthe, daß es um meinen Freund in Charleston (in Virginien) geschehen ist. Wie wird sich das Herz der Sklavenherren darüber freuen. Aber es giebt ein Morgen für dieses Heute. John Brown hat sich nicht vor dem Galgen gefürchtet. Er hat ihn angesehen als einen Wegweiser der Straße, die zum Himmel führt. Ein Galgen ist so gut wie ein Kreuz. Es ist sehr schade, daß sie nicht zwei Schächer bei der Hand gehabt haben, sie mit ihm aufzuhängen. Heute wird man Antisklaverei-Meetings in Boston, Worcester, Salem und New-

Bedford gehalten haben. In diesem Augenblicke hat der Telegraph die Nachricht von Brown's Tode bis in die Mitte der Union getragen. Es ist ein sehr umwölkter Tag für Amerika. Blitz und Donner werden ihm folgen.“ Die Welt weiß jetzt, wie Letzteres in Erfüllung ging.

Wäre John Brown's That gelungen, so wäre sie sicherlich sogleich als „ein unsterblich Unternehmen“ anerkannt worden, mißlungen war sie in den Augen Vieler nur „ein gemeiner Frevel“. Die republikanische Partei glaubte deshalb im Allgemeinen dieselbe aus Gründen der Politik nicht geradezu vertheidigen zu dürfen, sie erklärte und entschuldigte sie nur, indem sie alle Gemeinschaft mit ihr entschieden ablehnte. So sagte z. B. Abraham Lincoln in seiner am 27. Februar 1860 im Cooper-Institut zu New-York gehaltenen Rede: „Ihr Prosklavereileute beschuldiget uns, als ob wir Aufruhr unter euern Sklaven stifteten. Womit beweist ihr das? Mit Harper's Ferry! Mit John Brown! John Brown war aber kein Mitglied der republikanischen Partei. Sein Unternehmen war ganz eigenthümlicher Natur. Es war kein Sklavenaufstand. Es war ein Versuch von Seiten Weißer, einen Aufstand unter den Negern hervorzurufen, woran sich die letzteren zu betheiligen weigerten. Die ganze Affaire ist in ihrer Idee (in its philosophy) den vielen Mordversuchen ähnlich, die man — wie uns die Geschichte lehrt — gegen königliche und kaiserliche Machthaber ins Leben rief. Orsini's Attentat und das John Brown's sind im Grunde ganz gleich.“ — John Brown's Betragen war aber vom Anfang bis zum Ende seiner Gefangenschaft ein durchaus würdevolles. Während der Kämpfer für allgemeine Freiheit blutend und fast sterbend im Kerker lag, traten Männer der südlichen Aristokratie, hochmüthiger als die Claudier des alten Rom, zu ihm mit der Absicht, ihm Aeußerungen zu entlocken, die sie gegen die republikanische Partei auszubeuten gedachten. Allein sie fanden einen Felsen, an dem ihr Uebermuth wie ihre List zerschellen sollten. John Brown's Schilderhebung bei Harper's Ferry war die That eines Spartacus und die blutige Antwort auf die von der Sklavenaristokratie in Kansas hervorgerufenen Mord- und Gräuelscenen. „Der schwerste Schlag, den er der Sklavenmacht versetzte, bestand,“ wie Karl Schurz in einer am 1. August 1860 in Saint-Louis gehaltenen Rede richtig sagte, „nicht darin, daß er die Ruhe einer Stadt störte und einige Soldaten und Bürger tödtete, sondern darin, daß er mit starker Hand den wunden Punkt des ganzen Südens bloßlegte.“

Der 36. Kongreß begann seine erste Sitzung am 5. Dezember 1859, drei Tage nach dem Tode John Brown's. Und gleich am ersten Sitzungstage brachte James M. Mason, Senator von Virginien, eine Resolution

ein, der gemäß ein Committee gewählt werden sollte, um die auf den Einfall John Brown's in Virginien und die gewaltthätige Besitznahme des Vereinigten Staaten-Arsenals in Harper's Ferry bezüglichen Thatsachen zu prüfen und darüber zu berichten. Nach langen und heftigen Debatten über diese Angelegenheit wurde endlich ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Committee zu dem genannten Zwecke bestimmt. Zu diesem Committee gehörten die folgenden Senatoren: Mason, Jefferson Davis, Fitch, Collamer und Doolittle. Bei den Debatten betheiligten sich namentlich von den südlichen Senatoren: Jefferson Davis, Mason, Iverson, Gwin und Clay, von den nördlichen Senatsmitgliedern aber: Trumbull, Doolittle, Wade, Wilson und Fessenden, die noch jetzt sämmtlich Vertreter ihrer resp. Staaten im Bundessenate sind. Die südlichen Senatoren bemühten sich, die republikanische Partei für John Brown's Unternehmen mitverantwortlich zu machen, während die Repräsentanten des Nordens jede Mitschuld der ersteren entschieden leugneten und John Brown's Handstreich als eine natürliche Folge der entsetzlichen Gewaltthaten der Prosklavereipartei hinstellten. So sagte z. B. Senator Wade von Ohio sehr treffend: „Der Unterschied zwischen den Invasionen der Sklavenritter in das Territorium Kansas und dem Einfall John Brown's in Virginien besteht einfach nur darin, daß jene mit Gewalt der Waffen die Sklaverei in Kansas wider Recht und Gesetz einzuführen suchten, John Brown aber in gleich ungesetzmäßiger Weise sich bestrebte, die Sklaverei in Virginien auszurotten." Dieser parlamentarische Kampf zeigte aber den Bürgern der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt immer deutlicher die herannahende Krisis und den „unabwendbaren Konflikt" (irrepressible conflict) zwischen dem Norden und Süden der Union. Ein südlicher Senator gebrauchte die Worte: „Wir werden euch unterwerfen; ihr seid Verräther, wir werden euch alle aufhängen"; worauf Doolittle von Wisconsin erwiderte: „Die republikanische Partei hat die heilige Verpflichtung übernommen, die Union gegen alle Feinde zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten, mögen diese nun von Canada oder aus den südlichen Staaten kommen. Sie wird diese Feinde als Verräther arretiren, ihnen den Prozeß machen und sie, wenn die Geschworenen sie nicht wegen Wahnsinns freisprechen, als Verräther hängen, so sicher wie ein Gott im Himmel ist."

Am 15. Juni 1860 erstattete das erwähnte Committee seinen Bericht. Es konnte nicht erwiesen werden, daß außer den direkt bei Harper's Ferry handelnden Personen Mitschuldige existirten. Die Majorität des Committee's, bestehend aus Mason, Davis und Fitch, erklärte, daß es John Brown's Absicht war, einen Sklavenkrieg (a servile war) an

der Grenze von Virginien hervorzurufen, um denselben über diesen Staat und den ganzen Süden auszudehnen, daß er aber selbst seinen vertrautesten Freunden nicht seinen ganzen Plan mitgetheilt habe. Die Minorität, bestehend aus den Senatoren Collamer und Doolittle, berichtete, daß die Verschwörung John Brown's durch die Kansas-Unruhen hervorgerufen sei und allerdings einen Sklavenaufstand in den südlichen Staaten (a slave insurrection in the slaveholding states) bezweckt habe. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 1001 ff.

Man darf wohl mit Recht behaupten, daß John Brown's Unternehmen bei Harper's Ferry als eine historische Thatsache anzusehen ist, welche den Norden der nordamerikanischen Union nicht weniger, als den Süden auf eine erschütternde Weise in Aufregung versetzte und wesentlich dazu beitrug auch die letzte Hoffnung auf Versöhnung zwischen Nord und Süd, zwischen Freiheit und Sklaverei für immer auszulöschen. John Brown's Wagniß bei Harper's Ferry war, ob gesetzmäßig oder nicht, wie ein talentvoller deutsch-amerikanischer Schriftsteller, Daniel Hertle, mit Recht sagt, „eine jener Thaten, die in dem Augenblick gewaltiger Gemüthsbewegungen geboren werden, und darum die Kritik des Verstandes nicht ertragen können, eine jener Thaten, deren zufälliges Mißlingen einen um so größern Sieg der Idee der Thäter für die Nachwelt in Aussicht stellt, — es war die That eines Märtyrers." Wie aus den Briefen, welche John Brown nach seiner Verurtheilung schrieb, hervorgeht, war er sich der Tragweite seiner That bis zu einem gewissen Grade wohl bewußt; ein zweiter Arnold von Winkelried, stürzte er sich in todesmuthiger Begeisterung auf die Phalanx der Sklavenhalter, nicht zweifelnd, daß über seine Leiche die Scharen des freien Nordens in die Lücke nachrücken würden. Etwas Prophetenhaftes, ein schwärmerischer Heroismus*), eine bis zur Verwegenheit gehende Kühnheit charakterisiren das Wesen John Brown's. Er war ebenso wenig wahnsinnig wie Savonarola, Arnold von Brescia oder Johannes Huß, die, wie er, nach dem Urtheile kurzsichtiger Alltagsmenschen unvorsichtig und ohne Ueberlegung handelten, denn anders, als sonst in Menschenköpfen, malte sich in ihrem Kopfe die Welt. Wenn James Buchanan in seiner oben erwähnten Vertheidigungs-

*) Während seines Kampfes mit den Grenzstrolchen in Kansas zog sich der alte John Brown oft in die tiefste Einsamkeit zurück, „um mit seinem Gotte im Gebete zu ringen" (to wrestle with his God in secret prayer). Seine Leute sagten, daß er nach solchen Gebeten zu erklären pflege, der Herr habe ihm in einer Vision offenbart, was er thun solle; persönlich liebe er den Krieg nicht, sondern den Frieden; er befolge nur den Willen und die Gebote Gottes, und schlage die Schlachten Gottes nur zum Heile der Kinder des Herrn (fighting God's battles for His children's sake).

schrift seiner ruhmlosen, aber verhängnißvollen Administration John Brown als einen ruchlosen, gewaltthätigen und fanatischen Menschen schildert, so sagt Horace Greeley mit Recht, daß es nur poetische und moralische Gerechtigkeit ist, wenn ein James Buchanan einen John Brown zu schmähen versucht. Männer wie John Brown gehören zu jenen geschichtlichen Menschen, zu den welthistorischen Individuen, deren besondere partikuläre Zwecke jenes Allgemeine verwirklichen helfen, welches für eine Nation die wahre Basis ausmacht; „sie sind," um mit Hegel zu reden, „insofern Heroen zu nennen, als sie ihre Zwecke und ihren Beruf nicht bloß aus dem ruhigen, angeordneten, durch das bestehende System geheiligten Lauf der Dinge geschöpft haben, sondern aus einer Quelle, deren Inhalt verborgen und nicht zu einem gegenwärtigen Dasein gediehen ist, aus dem innern Geiste, der noch unterirdisch ist, der an die Außenwelt wie an die Schale pocht und sie sprengt." Solche Individuen sind denkende und praktische Menschen zugleich, die erkannt haben, was noth und was an der Zeit ist; sie bringen allerdings meistens nicht den Frieden, sondern das Schwert, um das Alte zu bekämpfen und aufzuheben, aber stets führen sie ihr Geschlecht zu einer höheren Stufe des Fortschritts und der Freiheit empor, um ihm neue und schönere Bahnen zu öffnen.

John Brown's Tod erlöste den Norden der Union von dem verderblichen, aber leider mächtigen politischen Zauber, womit der herrschsüchtige Süden seinen sonst so klaren Sinn nur zu lange gefangen gehalten hatte. Die Trauer, welche durch das erschütternde Ende des alten Freiheitskämpfers in den verschiedensten Schichten des Volkes wach gerufen wurde, verwandelte sich bald in Begeisterung für die Sache, für die er sich zum Opfer gebracht hatte, und das schlichte, aber tief ergreifende Lied:

„John Brown's body lies moldering in the grave,
But his soul is marching on!"
(Im Grabe modert John Brown's Leib,
Sein Geist geht uns voran!)

führte nach zwei kurzen Jahren Tausende und aber Tausende in den blutigen Entscheidungskampf. Nach namenlosen Opfern und unsäglichen Leiden auf beiden Seiten ergab sich Richmond am 2. April 1865 an General Ulysses S. Grant. Die Hauptstadt von Virginien, die so lange auch die Hauptstadt der südlichen Conföderation gewesen, war gefallen und damit das baldige Ende der Conföderation herbeigeführt. Die Nemesis aber wollte es, daß, wie bei der Einnahme von Charleston in Süd-Carolina, dem Brutneste der Rebellion, so auch hier Negertruppen die ersten waren, welche in die eroberte Stadt einzogen. Sera numinis vindicta, sed eo certior! —

Wir können es nicht unterlassen, hier auf einen Mann hinzuweisen, der — ein Zeitgenosse von John Brown — in fast jeder Hinsicht einen schnurgeraden Gegensatz zu ihm bildet. Dieser Mann ist James Henry Hammond, längere Zeit Bundessenator und Gouverneur von Süd-Carolina. Hammond war einer der einsichtvollsten, kenntnißreichsten und entschiedensten Mitglieder der südlichen Junkerpartei; wie Brown den Arbeiterstand des Nordens, repräsentirte er die Aristokratie des Südens. Er war ein treuer Anhänger Calhoun's, dessen Leben und Wirken er ausführlich in einem werthvollen Werkchen beschrieben hat; in seinem Landhause nahe bei dem Städtchen Augusta in Süd-Carolina wurde auch am 25. Oktober 1860 eine Versammlung von hervorragenden südlichen Politikern abgehalten, wo der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, daß im Falle der damals fast gewissen Erwählung Lincoln's zum Präsidenten Süd-Carolina aus der Union ausscheiden sollte. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 330. The American Cyclopaedia, 1864, S. 425. Hammond hielt im Oktober 1858 eine auch im Drucke erschienene Rede zu Barnwell, die ein helles Licht verbreitet über die mannigfach verschlungenen finstern Pläne der Sklavenhalter und ihrer nördlichen Bundesgenossen, wie solche während der auf Verrath des Vaterlandes, auf den Untergang der Freiheit und der amerikanischen Nation lossteuernden Verwaltungen der Präsidenten Franklin Pierce und James Buchanan geschmiedet wurden. Den wesentlichen Inhalt dieser charakteristischen Rede theilt K. Fr. Neumann a. a. O. Bd. III. S. 266 ff. mit. „Ich scheue mich nicht, offen zu erklären," sprach und schrieb der Senator der Vereinigten Staaten, „daß ich seit vielen Jahren die Auflösung der Union für unser einziges Heil erkannte. Ich habe dies offen erklärt bei mehrern Gelegenheiten. Wäre ich jetzt noch derselben Ansicht, ich würde mich mit derselben Offenheit dazu bekennen. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben in der letzten Zeit große politische Siege erfochten. Noch größere stehen uns bevor. Unter solchen Umständen bleiben wir in der Union; wir bestimmen ihre Maßregeln bei allen wichtigen Angelegenheiten (we control its action in all great affairs). Der Norden konnte sich, seit dem Beginne der Konstitution, nur selten der Regierung bemächtigen und dies immer bloß für den Zeitraum einer Präsidentschaft. Der Norden wird niemals längere Zeit auf einem und demselben politischen Systeme vereinigt stehen bleiben. Halten wir zusammen, wie es in der That gewöhnlich der Fall gewesen, gehen wir entschieden voran, dann weichen sie zurück, diese Nördlichen, soweit wir immer wollen. Wahrlich, ich sage Euch, diese Yankees lieben unsre Baumwolle und unsern Tabak viel mehr, als unsre Neger. Sie sind in

ihrem Geldmachen noch fanatischer, als in ihren Emanzipationsgelüsten. Einige unsrer Freunde wollen den afrikanischen Sklavenhandel von Neuem einführen und ganze Sklavenhorden aus jenen fruchtbaren Gegenden Ham's herüberbringen, um das verlorne Gleichgewicht zwischen den beiden Sektionen unsres Landes wieder herzustellen. Ich bin einstmals selbst dieser Ansicht gewesen; ich bin davon zurückgekommen. Die Eröffnung des Sklavenhandels aus Afrika ist, bei der Stimmung des Kongresses und der Welt im Ganzen durchaus unmöglich. Einige glauben, wir sollen Mexiko und Mittelamerika nehmen, sie in Sklavenländer umwandeln und so das Gleichgewicht zwischen Süden und Norden herbeiführen. Dies läßt sich eher hören. Wir müssen ohnedies eine Straße über den Isthmus erlangen, sei es nun durch Unterhandlung, durch Kauf oder durch Waffengewalt. Das Völkerrecht spricht für uns. Ist doch solch' eine Straße, schon wegen unserer Verbindung mit dem stillen Ocean, eine Nothwendigkeit, deren wir uns nicht entwinden können. — Was aber die Negerrace selbst betrifft, so sind wir Alle, die ganze jetzige Generation, — Washington, Jefferson und unsre andern Vorfahren konnten sich von den Vorurtheilen des 18. Jahrhunderts nicht losmachen — davon überzeugt, daß Gott sie eigens zu Sklaven für die Weißen geschaffen hat. In solcher Eigenschaft mögen sie, was ich von Herzen wünsche, über die ganze Erde verbreitet werden. Und dies wird auch schließlich geschehen; darüber habe ich nicht den mindesten Zweifel. Werden doch beide, der Weiße und der Neger, durch die Sklaverei zu einer höheren Stufe emporgehoben. Unsere eigenthümliche Institution ist so unerschütterlich, wie der Felsen von Gibraltar. Sie beruht auf der heiligen Schrift; Menschlichkeit und eine gesunde Philosophie sind ihr nicht entgegen; sie ist eine soziale, politische und staatswirthschaftliche Wohlthat für die ganze Welt. Der Emanzipationskreuzzug muß bald zu Ende gehen; unsere besondere Institution wird eine allgemeine Einrichtung werden für das ganze Menschengeschlecht. Sollte ich mich aber täuschen, sollten die freien Staaten der Union eine Scheidelinie ziehen zwischen den beiden Sektionen, zwischen den beiden Systemen der Arbeit (between the two systems of labor) und sollten Gesetze gegeben werden, damit diese Trennung erhalten bleibe, — dann, dann werden sie für uns eine vollkommen fremde Nation. Wir Südlichen werden uns nicht zur Stufe schwacher und gehorsamer Kolonien herabdrücken lassen. Eher wollen wir diese Union in Stücke zerreißen und die Welt in Trümmer zerschlagen. Beides zu thun, steht in unserer Macht; denn die Welt kann ohne uns nicht bestehen. Mit uns sollen die Pfeiler

am Tempel der Civilisation zusammenbrechen und das ganze Menschengeschlecht in den Abgrund stürzen" (the Southern States will carry with them the pillars of the temple of civilization and force a common fate on all mankind). Diese Sprache kennzeichnet die Herrschsucht, die Selbstüberhebung, die Schamlosigkeit und teuflische Bosheit, welche die südliche Ritterschaft beseelte. —

In einer andern Rede, die er im März 1858 im Bundessenate hielt, hob James Henry Hammond den mächtigen Einfluß der Baumwolle auf England und die ganze civilisirte Welt hervor mit den bekannten Worten: „Keine Macht der Erde darf es wagen, der Baumwolle den Krieg zu erklären. Baumwolle ist König" (no power on earth dares make war upon cotton. Cotton is king). Dieser Satz wurde zum Glaubensbekenntnisse des Südens; ihm vertrauend griffen die Sklavenhalter zum Schwerte. In derselben Rede äußerte der Süd-Karoliner sich noch also: „In allen sozialen Verhältnissen muß es eine Klasse von Menschen geben, welche die schweren und harten Arbeiten, die das bürgerliche Leben erfordert, verrichtet. Diese Klasse bedarf nur der niedern Geisteskräfte und eines geringen Grades von Geschicklichkeit, wie z. B. der Ausdauer, der Gelehrigkeit und der Treue. Solch' eine Klasse müssen wir haben, oder wir werden jener andern Menschenklasse entbehren, die an der Spitze des Fortschritts, der Bildung und der Civilisation steht. Die erstgenannte Klasse bildet die untere Grundschwelle jeder sozialen und politischen Gemeinschaft (the very mudsills of society and of political government). Ohne solche Schwellen könnte man eher ein Haus in der Luft, als ein staatliches Regiment aufrichten. Glücklich wir Südlichen, wir haben eine solche Klasse gefunden, die unter uns steht und ausgestattet mit allen zum Dienste erforderlichen Eigenschaften, wie es unsere Bequemlichkeit und unser Klima erheischt. Wir gebrauchen sie zu unseren Zwecken und nennen sie Sklaven; wir im Süden sind noch altmodische, schlichte Leute; feine und empfindliche Ohren können das Wort ‚Sklave' nicht gut hören. Ich will aber die Klasse nicht näher charakterisiren, die im Norden die Stelle der Sklaven ausfüllt; man hat sie dort auch; sie ist überall, denn sie ist ewig" (it is eternal). —

Zu den Hauptgegenständen, womit sich der 36. Kongreß außer der Untersuchung über den Einfall John Brown's in Virginien beschäftigte, gehörte auch die sogenannte Heimstättebill (Homestead bill), durch welche auch ärmeren Leuten die Erwerbung eines freien Grundbesitzes erleichtert werden sollte. Die wärmsten und fähigsten Vertheidiger dieses Gesetzes, das bis zu einem hohen Grade eine Parteimaßregel geworden war, waren im Hause der Repräsentanten die Republikaner Galusha

Grow aus Pennsylvanien und Owen Lovejoy aus Illinois; im Senate befürwortete außer den Mitgliedern der republikanischen Partei auch Andrew Johnson, der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten, diese Maßregel. Obschon Andrew Johnson bis zum Jahre 1860 in fast allen Fällen mit der Partei der südlichen Sklavenaristokratie stimmte, sprach und handelte, so konnte er doch niemals seinen plebejischen Ursprung ganz verleugnen und trat seinen politischen Parteigenossen wiederholt mit einer gewissen Entschiedenheit gegenüber, wenn es galt, Gesetze durchzubringen, die der ärmeren Bürgerklasse Vortheile gewährten. So erklärt es sich, daß er, obschon ein hervorragendes Mitglied der Sklavenhalterpartei, doch mit ziemlicher Konsequenz für die Passirung der Heimstättebill wirken konnte. Im Mai 1860 wurde die Bill in beiden Häusern des Kongresses mit einer starken Zweidrittel-Majorität — im Repräsentantenhause mit 115 gegen 51 und im Senate mit 36 gegen 2 Stimmen — angenommen. Vergl. G. Fr. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, 1868, S. 491. — Wie K. Fr. Neumann mit Recht bemerkt, hätte Präsident Buchanan demnach, gemäß der Verfassung, welche bestimmt, daß ein mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommenes Gesetz die Vetokraft der Exekutive bricht, die so passirte Bill unbedingt unterzeichnen sollen; allein dieser gehorsame Sklave der Sklavenhalter, der in einem im Jahre 1850 an Jefferson Davis geschriebenen Briefe selbst von sich sagt, daß er in der Unterstützung der Forderungen des Südens weiter gegangen sei, als die südlichen Senatoren und Repräsentanten, versagte zwei Tage vor dem Schlusse der Kongreßsitzung in einer an den Senat erlassenen Botschaft dem Gesetze seine Unterschrift. Die Gründe, welche Buchanan für sein Handeln anführte, sind ebenso lächerlich wie erbärmlich; wir wollen hier unter den neun Einwendungen, die er machte, nur auf die erste hinweisen, welche behauptete, „der geringe Preis für den Acker von Staatsländereien (25 Cents) komme einer Schenkung gleich, der ehrenhafte Arme verlange aber keine Wohlthat, weder von der Regierung noch von Privaten; eine Landschenkung, die übrigens auch unkonstitutionell sei, würde die Bürger der Vereinigten Staaten entsittlichen und den Geist der Unabhängigkeit zerstören.“ Voll ähnlicher Heuchelei waren auch die übrigen Einwendungen; so aber, und nicht anders, waren die Mittel beschaffen, womit Buchanan und Genossen damals und später den Verrath am Vaterlande und an der Menschheit zu umschleiern suchten. Als im Senate die verfassungsmäßige Frage gestellt wurde: Soll das Gesetz ungeachtet des präsidentlichen Veto's angenommen werden, fand sich keine Zweidrittel-Mehrheit; denn die Demokraten begriffen sehr wohl, daß das Heimstättegesetz im Grunde der Sklaverei feindlich wirken

müßte. Auch bewies sich bereits hier schon Herr Andrew Johnson als ein nicht sehr zuverlässiger Mensch. Vor dem Veto Buchanan's hatte er mit Eifer für das Gesetz gesprochen und gestimmt; nach dem Veto gesellte er sich zu dessen Gegnern, zu den Verschwörern und Verräthern Jefferson Davis, Mason, Slidell, Hunter, Yulee, Mallory und Anderen. Bemerkenswerth ist indessen noch die Thatsache, daß der Nachfolger Abraham Lincoln's, der so viele Gesetze mit seinem Veto belegte und den im Mai dieses Jahres (1868) von 54 Senatoren 35 „schwerer Verbrechen und Vergehen" für schuldig befanden, bei dieser Gelegenheit erklärte: „Wenn Zweidrittel Stimmen zu Gunsten eines Gesetzes sind, so erkläre ich, daß die Exekutive gegen den Geist der Konstitution handelt, sobald sie in diesem Falle sagt: Nein, Ihr sollt das Gesetz nicht haben" (when there is a two thirds vote for a measure, I (Andrew Johnson) say, it is against the spirit of Constitution for the Executive to say: No, you shall not have this measure). Wie übrigens das Volk von Kansas unter Lincoln's Präsidentschaft sein Recht erhielt, so wurde auch die Heimstättebill in der zweiten Session des 37. Kongresses im Jahre 1862 zum Gesetz erhoben. Vergl. Andrew W. Young, a. a. O. S. 1028 ff. —

Von den übrigen Maßnahmen und Debatten des 36. Kongresses sind hier noch zwei einer besondern Erwähnung werth. Während der Senat über John Brown verhandelte, stritt sich das Haus der Repräsentanten über ein von einem gewissen Hinton Rowan Helper geschriebenes Buch. John B. Clark von Missouri stellte nämlich gleich am ersten Sitzungstage, wo die Sprecherwahl vor sich gehen sollte, folgenden Antrag:

„Indem mehrere Mitglieder dieses Hauses, die jetzt Kandidaten für das Sprecheramt sind, das nachbenannte Buch gut geheißen und empfohlen haben, so sei beschlossen, daß die Lehren und Ansichten des Buches „the Impending Crisis of the South", angeblich von einem gewissen Hinton R. Helper geschrieben, den Geist des Aufruhrs athmen, den häuslichen Frieden und die Ruhe des Landes gefährden, und daß kein Mitglied dieses Hauses, welches dasselbe ganz oder den wesentlichen Inhalt desselben gut geheißen hat, sich für das Sprecheramt dieses Hauses eignet".

Der Autor des auf diese Weise öffentlich angekündigten Buches war ein junger Nord-Caroliner von der ärmeren Mittelklasse, der, nachdem er nach Kalifornien ausgewandert war und einige Zeit in den nördlichen Staaten zugebracht hatte, solche Ansichten über die Sklaverei gewonnen

hatte, daß er dieselbe in Nord-Carolina, seinem Heimathsstaate, nicht mit Sicherheit öffentlich bekannt machen konnte. Er stellte seine Ideen und Ansichten in dem Buche „die bevorstehende Krisis“ (the Impending Crisis) zusammen, indem er einen warmen Aufruf an die armen Weißen des Südens erließ und dieselben aufforderte, nicht mehr länger in der Sklaverei der Sklavenhalter zu verbleiben. Dem Aufrufe waren weitläufige statistische Angaben beigefügt zum Beweise, daß die Sklaverei für sie — die armen Weißen — nachtheilig und entehrend, und für den ganzen Süden verderblich sei. Helper's Buch war von einer Menge republikanischer Kongreßmitglieder in einem Circular als ein wichtiges Antisklaverei-Dokument sowohl im Norden als im Süden der Beachtung des Publikums empfohlen worden. Die Herren Sherman und Grow, welche von der republikanischen Partei für das Sprecheramt aufgestellt waren, gehörten beide zu denen, die das fragliche Circular unterzeichnet hatten. Ueber dieses Buch hielt nun John B. Clark, wiewohl oft unterbrochen und zur Ordnung gerufen, eine lange Rede, wie man sie von einem Sklavenhalter unter ähnlichen Umständen erwarten konnte; er behauptete, daß kein Repräsentant, der solch' ein Buch, wie das Helper'sche empfohlen habe, zum Sprecher des Hauses gewählt werden könne. Und Clark erreichte auch insofern seinen Zweck, als in der That weder Sherman noch Grow zum Sprecheramte erwählt wurden, sondern der sehr gemäßigte William Pennigton von New-Jersey. —

Außerdem wurden Ende Februar 1860 von Jefferson Davis sieben Resolutionen im Bundessenate eingebracht und durchgesetzt, welche die schlimmsten Punkte in der Entscheidung von Oberrichter Taney in dem oben besprochenen Dred-Scott-Prozesse bestätigten und bekräftigten. Jefferson Davis stellte darin nämlich als Wahrheiten von höchster Bedeutung staatsrechtliche Sätze auf, die sogar von der Mehrheit der südlichen Demokratie niedergestimmt worden waren, als sie Herr William L. Yancey im Jahre 1848 zuerst der demokratischen Nationalkonvention zu Baltimore vorgelegt hatte. Damals wagten die Sklavenhalter noch nicht so offen mit ihren Plänen hervorzutreten; im Jahre 1860 aber wähnten sie die Zeit gekommen, unverblümt mit ihren Ansichten herauszugehen. Die vierte der sieben von Jefferson Davis durchgesetzten Resolutionen, welche der Lehre von der Volkssouveränetät das Todesurtheil sprachen, lautete also:

„Beschlossen, daß weder der Kongreß noch eine Territorialregierung das Recht besitzt, sei es durch direkte Gesetze oder durch Verfügungen von einer indirekten und feindseligen Art das konstitutionelle Recht irgend eines Bürgers der Vereinigten Staaten aufzuheben oder zu

schmälern, sobald er sein Sklaveneigenthum in die Territorien der Union mitnehmen, daselbst halten und sich dasselbe zu Nutzen machen will, so lange der Territorialzustand dauert".

Diese Resolution ist ein Meisterwerk von unverschämter und heuchlerischer Rechtsverdrehung, bestimmt, die republikanische Partei und Herrn Douglas als im Widerspruch zur Bundeskonstitution stehend darzustellen, während in Wahrheit Jefferson Davis und sein Anhang das Grundgesetz des Landes verrätherisch zu verstümmeln bemüht waren. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. B. I. S. 306—309. —

Die demokratische National-Konvention zu Cincinnati im Jahre 1856 hatte den Beschluß gefaßt, daß die nächste Versammlung der Partei zu Charleston in Süd-Carolina abgehalten werden sollte; und dies geschah demnach am 23. April 1860. An vielfachen Andeutungen eines gewaltigen Sturmes hatte es nicht gefehlt; auch blieb derselbe nicht aus. Die sogenannten Douglas-Demokraten und die ultrasüdliche Partei, welche von der Buchanan-Administration unterstützt ward, traten sich einander schroff gegenüber. Caleb Cushing von Massachusetts, ein Meister in der parlamentarischen Taktik, präsidirte und benutzte jede Gelegenheit, den Douglas-Demokraten zu schaden. Man setzte ein Committee von 31 Mitgliedern nieder, um eine Platform, d. h. ein politisches Programm, zu entwerfen. Die Majorität dieses Committee's berichtete durch Herrn Avery von Nord-Carolina am 27. April zu Gunsten der ultrasüdlichen Fraktion eine Reihe von Beschlüssen, von denen der wichtigste also lautete:

„Beschlossen, daß die im Jahre 1856 zu Cincinnati angenommene Platform mit folgendem Zusatze gebilligt und bestätigt werde: die National-Demokratie der Vereinigten Staaten erhebt die nachstehenden Grundsätze über die Sklavereifrage in den Territorien zu ihren Cardinal-Prinzipien (cardinal principles): 1) der Kongreß hat keine Gewalt, die Sklaverei in den Territorien abzuschaffen; 2. auch die Territorial-Gesetzgebung ist nicht ermächtigt, die Sklaverei in den Territorien abzuschaffen oder die Einführung von Sklaven dorthin zu verbieten oder das Eigenthumsrecht in Sklaven durch irgend welche Gesetze aufzuheben oder zu schmälern".

Da diese „Cardinal-Prinzipien" die Lehre von der Volkssouveränetät aufhoben, so berichtete Henry B. Payne von Ohio im Namen der Minorität des Committee's und im Sinne der Douglas-Demokraten, eine Platform, die ebenfalls das Cincinnati-Programm vom Jahre 1856 indossirte, dann jedoch hinsichtlich der Sklavereifrage in den Territorien die Volkssouveränetätslehre festhielt, die Entscheidungen des höchsten

Bundesgerichts aber als maßgebend anerkannte (the Democratic Party will abide by the decisions of the Supreme Court of the United States on the questions of Constitutional law). Außerdem enthielt der Minoritätsbericht, ebenso wie der Majoritätsbericht, eine Empfehlung des Baues der Pacific-Eisenbahn, eine Anerkennung der Rechte der im Auslande gebornen, aber naturalisirten Bürger, und schließlich die Erklärung, daß der Besitz von Cuba erstrebt werden müsse und daß Verletzungen des Sklavenjagdgesetzes unkonstitutionell und revolutionär seien. —

Im Gegensatz zu diesen beiden Programmberichten stellte General Benjamin F. Butler von Massachusetts, der damals ein Mitglied der demokratischen Partei war, den Antrag, gar kein neues Programm zu entwerfen, sondern die Cincinnati-Platform von 1856 einfach wieder anzunehmen und es dabei bewenden zu lassen. —

Bei den nun folgenden Debatten über Butler's Fusionsantrag und die Berichte der regulären und der Douglas-Demokratie erklärte Herr Avery mit anerkennenswerther Offenheit: „Wir (die regulären Demokraten) verlangen von unsern nördlichen Brüdern in dieser Konvention, daß das große Prinzip (Herrschaft der Sklaverei), das uns so sehr am Herzen liegt, anerkannt werde, und damit spreche ich die übereinstimmende Ansicht aller unserer Konstituenten aus; und ich behaupte mit schuldiger Achtung vor denjenigen, die entgegengesetzter Meinung sind, daß, wenn die Lehre von der Volkssouveränetät als die Lehre der demokratischen Partei angenommen wird, das Resultat und die endlichen Folgen davon sich für die Rechte der südlichen Staaten ebenso gefährlich und verderblich erweisen müssen, als dies nur der Fall sein könnte, wenn selbst das Prinzip der Einmischung in die Sklavenfrage oder des Verbots der Sklaverei durch den Kongreß angenommen würde. — Man entgegnet uns zwar, daß wir mit der Lehre, für die wir jetzt einstehen, die Grundsätze der Cincinnati-Platform verletzen; man sagt uns, daß die Cincinnati-Platform die Volkssouveränetät lehrt, daß dieselbe diesem großen Prinzipe praktische Geltung verschaffen soll. Wir aber, die wir diesen Bericht entworfen haben, stellen in Abrede, daß dies die richtige Konstruktion und Interpretation der Cincinnati-Platform ist. Wir und der ganze Süden wollen keine zweideutigen Platformen mehr haben, weder über die Volkssouveränetätslehre, noch über eine andere Frage. Wir sind dafür, daß diese Konvention einen kühnen und unzweideutigen Standpunkt (a bold and square stand) einnehme. Was proponirt der Bericht der Minorität? Seine Lösung der Frage besteht darin, daß er vorschlägt, dieselbe der Entscheidung des obersten Gerichtshofes zu überlassen, und sich verbindlich zu machen, es bei der Entscheidung, welche

dieser Gerichtshof zwischen den Bürgern eines Territoriums über diesen Gegenstand geben mag, bewenden zu lassen. Dieses nützt Ihnen aber nichts, meine Herren von der Minorität; dies ist kein Zugeständniß an uns. Sie sagen, daß diese Frage vor die Gerichte gehört (that this is a judicial question); wir aber sind anderer Ansicht. — Lassen Sie uns daher eine Platform machen, die jeden Zweifel ausschließt, so daß auf derselben Alle, Nordländer sowohl wie Südländer, neben einander in allen aus der Sklavereifrage sich ergebenden Streitigkeiten stehen und dieselben Grundsätze vertheidigen können. Dieses und weiter nichts verlangen wir. Alles, was wir von Ihnen fordern, ist, daß jede Zweideutigkeit vermieden werde und das Volk darüber ins Reine komme, was eigentlich unsere, der Demokratie, Grundsätze sind." —

Ohne Zweifel hatte Herr Avery sich das Verdienst erworben, mit klaren Worten auszusprechen, daß die reguläre Demokratie die Absicht habe, die Sklaverei als das absolut normirende Prinzip im staatlichen Leben der Union zur Geltung zu bringen. Dagegen machte Herr Payne in seiner Vertheidigung des Minoritätsberichtes weitläufige Citate aus der Cincinnati-Platform, aus dem Briefe Buchanan's, worin er seine Ernennung angenommen, und aus den Reden von Howell Cobb, John C. Breckinridge, James L. Orr, A. H. Stephens, Judah P. Benjamin, James A. Bayard, James M. Mason, Robert Toombs und Anderer, um zu beweisen, daß „Nichtintervention" bei der Sklavenfrage von Seiten des Kongresses und „Volkssouveränetät" die ursprünglichen und feststehenden Lehrsätze der Demokratie hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien gewesen wären. —

Die Debatten dauerten unter großer Aufregung und nicht geringer Unordnung in der Konvention fort, bis am Montag, dem 30. April, zuerst über Herrn Butler's Antrag abgestimmt ward. Nachdem derselbe mit 198 gegen 105 Stimmen abgelehnt war, reichte L. P. Walker von Alabama einen von 28 Delegaten dieses Staates unterzeichneten Protest ein, woraus hervorging, daß sie von der Staatskonvention, die sie erwählt hatte, ausdrücklich instruirt (expressly instructed) worden waren, sich keiner „Volkssouveränetäts-Platform" (no Squatter Sovereignty platform) zu unterwerfen, sondern, im Falle eine solche angenommen würde, sich aus der National-Konvention zurückzuziehen. Da nun die Douglasdemokraten in der Konvention die entschiedene Mehrheit hatten, und die Annahme des von der Minorität des Committees entworfenen Programms gesichert war, so zog sich die Alabamadelegation, zu welcher William L. Yancey, John A. Winston, Reuben Chapman und andere prominente Bürger gehörten, nach Verlesung des Protestes

von der Versammlung zurück. Dem Beispiele der Alabamadelegation folgten die Vertreter des Staates Mississippi, in deren Namen Herr Glenn unter lautem Beifalle eine betreffende Erklärung abgab, deren Schlußworte also lauteten: „Meine Herren! Bei dem in der Konvention unserer großen Partei obwaltenden Stande der Dinge, ist recht und billig, daß wir austreten. Wandeln Sie Ihre Wege, wir wollen die unsrigen wandeln. Der Süden verläßt Sie, aber nicht wie Hagar — allein und freundlos in die Wüste getrieben —, sondern ich erkläre den hier gegenwärtigen Südländern und ihretwegen auch dem Norden, daß man in weniger als sechzig Tagen den Süden vereinigt uns zur Seite stehen sehen wird". — Unter ähnlichen Erklärungen schieden darauf aus der Konvention ganz oder theilweise auch die Delegaten von Louisiana, Süd-Carolina, Florida, Texas, Arkansas und Georgien. Herr W. B. Gaulden aus dem letztgenannten Staate blieb in der Konvention, erklärte aber, oft vom Beifall der Versammlung unterbrochen, unter Anderm folgendes: „Ich komme aus dem ersten Kongreßdistrikte des Staates Georgien. Ich repräsentire den afrikanischen Sklavenhandel in demselben. Ich bin stolz auf die Stellung, welche ich in dieser Hinsicht einnehme. Ich glaube, daß der afrikanische Sklavenhändler ein wahrer Missionär, ein wahrer Christ ist. Ich glaube, daß das Gleichgewicht (equilibrium) zwischen dem Norden und Süden der Union wiederhergestellt werden kann, wenn der afrikanische Sklavenhandel wiederum freigegeben wird, sodaß wir Neger genug bekommen, um die Territorien damit bevölkern zu können". Diese freche Erklärung verlangte offenbar das Aufgeben jeder vernünftigen Entwickelung in der Geschichte der Union, und erinnert gar deutlich an das bekannte Wort Stahls, des Führers der preußischen Reaktion: „die Wissenschaft muß umkehren!" Was die Vertreter der ultrasüdlichen Partei damals im Kleinen, in der Konvention, zu thun wagten, das thaten sie später im Großen, in der Union, — sie sezedirten. Den Ausscheidenden warfen aber die heißblütigen Damen von Charleston, welche mit der ängstlichsten Spannung Tag für Tag den Konventionsversammlungen beiwohnten, die freundlichsten Grüße und die schönsten Blumensträuße nach. —

Nach einigen Abstimmungen, die nun erfolgten und in denen Stephen A. Douglas die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigte, vertagte sich die Konvention ohne eine feststehende Nomination gemacht zu haben am 3. Mai, um sich am 18. Juni 1860 in Baltimore wieder zu versammeln. Der Demokratie der verschiedenen Staaten, deren Delegationen ausgetreten waren, wurde anempfohlen, vor dieser

Zeit andere Delegaten zu erwählen. — Die ausgetretenen Delegaten hatten sich unterdessen in der St. Andrew's-Halle zu Charleston versammelt, unter dem Vorsitze von Bayard aus Delaware die von der Mehrheit berichtete Platform angenommen und vertagten sich nach einer viertägigen Berathung mit dem Beschlusse, am zweiten Montage im Juni zu Richmond in Virginien zusammentreten zu wollen.

Am 18. Juni versammelte sich, ihrem Vertagungsbeschlusse gemäß, die Douglasdemokratie im Frontstraßen-Theater zu Baltimore. Wiederum traten, theils gezwungen, theils freiwillig, verschiedene Delegaten von Virginien, Maryland, Tennessee, Kentucky, Missouri und Kalifornien aus der Konvention aus. Auch Benjamin F. Butler erklärte, daß die Mehrheit der Delegaten aus Massachusetts sich entschlossen hätte, keinen ferneren Antheil an den Berathungen zu nehmen; er sagte mit Bezug auf W. B. Gaulden's Expektorationen über den afrikanischen Sklavenhandel: „Herr Präsident! Wir haben die Frage nicht erörtert, ob die Handlungsweise der Konvention, indem sie gewisse Delegaten ausschloß, für uns ein Grund zum Austritt ist. Wir geben aber als einfachen Grund unseres Austritts an, daß sich die Delegaten der Mehrheit der Staaten theilweise oder ganz zurückgezogen haben; außerdem aber wünsche ich für meinen Theil nicht in einer Konvention zu sitzen, worin der afrikanische Sklavenhandel, der nach den Gesetzen meines Landes Seeräuberei (piracy) ist, unter Beifall befürwortet wurde". Bei dem nun folgenden Ballottement erhielten Stephen A. Douglas und Benjamin Fitzpatrick aus Alabama die Nomination als Kandidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft. Da indessen Fitzpatrick zwei Tage darauf seine Ernennung ablehnte, so wurde Herschel V. Johnson aus Georgien von dem betreffenden National-Committee an seine Stelle ernannt. —

Die Konvention der regulären Demokratie hatte sich am 11. Juni in Richmond versammelt; sie vertagte sich aber aus verschiedenen Gründen nach Baltimore und trat hier im Maryland-Institut am 28. Juni zusammen. Nachdem Caleb Cushing zum Präsidenten erwählt und die von Avery in Charleston berichtete Platform einstimmig angenommen worden war, wurden John C. Breckinridge von Kentucky zum Präsidentschaftskandidaten und Joseph Lane zum Vicepräsidentschaftskandidaten ernannt. —

Die frühere „amerikanische" oder Know-Nothing-Partei hielt am 19. Mai 1860 als „Constitutional Union Party" zu Baltimore eine Konvention ab und stellte daselbst John Bell von Tennessee und Edward Everett von Massachusetts als ihre Kandidaten für die

Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft auf. Die Platform dieser Partei war kurz und bündig; ihr Hauptinhalt war wörtlich folgender: „Indem die Erfahrung gelehrt hat, daß die von den Konventionen der verschiedenen Parteien angenommenen Platformen die Wirkung gehabt haben, das Volk irre zu leiten und zu täuschen, und zu gleicher Zeit den Riß zwischen den politischen Parteien noch zu erweitern, indem sie geographische und sektionelle Parteien schufen und kräftigten, sei es beschlossen, daß Pflicht und Patriotismus gebieten, kein anderes politisches Prinzip anzuerkennen, als die Konstitution des Landes, die Union der Staaten und die Vollstreckung der Gesetze“ (the constitution of the country, the Union of the States, and the enforcement of the laws). —

Die National-Konvention der republikanischen Partei trat am 16. Mai 1860 zu Chicago im Staate Illinois zusammen. Es waren hier alle freien Staaten sehr stark repräsentirt, so wie auch Maryland, Delaware, Virginien, Kentucky, Missouri und der Distrikt Columbia; selbst die Territorien Kansas und Nebraska waren vertreten. David Wilmot von Pennsylvanien wurde zum temporären Vorsitzer und George Ashmun von Massachusetts zum bleibenden Präsidenten der Versammlung gewählt. Das Programm der republikanischen Partei, welches hier entworfen und angenommen wurde, war in den wesentlichsten Punkten der Platform der regulären Demokratie schnurgerade entgegengesetzt. Die Paragraphen 5, 7 und 8 des republikanischen Programms sind die hauptsächlichsten, ihr Inhalt aber ist genau folgender: „Die demokratische Administration Buchanan's hat die schlimmsten Befürchtungen aller wahren Patrioten weit übertroffen, indem sie sich ohne allen Rückhalt den Anforderungen eines sektionellen Interesses (der Sklaverei) ganz sklavisch fügte und besonders ganz verzweifelte Anstrengungen machte, die verrufene (infamous) Lecompton-Konstitution dem Volke von Kansas aller Proteste ungeachtet aufzuzwingen, indem sie das persönliche Verhältniß zwischen Herrn und Diener so konstruirte, als involvire dasselbe ein unqualifizirtes Eigenthum in Personen, indem sie versuchte, zu Lande und zu Wasser durch die Einmischung des Kongresses und der Bundesgerichte den maßlosen Prätensionen eines rein örtlichen Interesses (der Sklaverei) Geltung zu verschaffen, und indem sie endlich die ihr von einem betrogenen Volke anvertraute Gewalt unablässig und überall mißbrauchte. — Das neue politische Dogma, demgemäß die Konstitution an und für sich (of its own force) die Sklaverei in sämmtliche Territorien der Vereinigten Staaten einführt, ist eine gefährliche politische Ketzerei (a dangerous political heresy) und steht in grellem Widerspruch

zu den ausdrücklichen Bestimmungen der Konstitution selbst, so wie zu der allgemeinen Auslegung derselben, wie solche zur Zeit der Annahme der Konstitution und später durch legislative Körperschaften und Gerichtshöfe festgestellt wurde; dieses neue Dogma ist revolutionär in seiner Tendenz und geeignet, den Frieden und die Harmonie des Landes zu untergraben. — Der normale Zustand aller Territorien der Vereinigten Staaten ist der der Freiheit. Unsere republikanischen Vorfahren verordneten, als sie die Sklaverei in allen unseren nationalen Territorien abgeschafft hatten, „„daß keine Person des Lebens, der Freiheit und des Eigenthums beraubt werden sollte ohne ein gesetzliches Gerichtsverfahren""; es ist daher unsere Pflicht, durch gesetzliche Erlasse, so oft dieselben nothwendig sind, diese Bestimmung der Konstitution (Amendments to the Constitution, article 5) gegen alle Versuche, sie zu verletzen, aufrecht zu erhalten, und wir sprechen dem Kongreß, irgend einer Territorialgesetzgebung oder irgend einem Individuum das Recht ab, der Sklaverei in irgend einem Territorium der Vereinigten Staaten eine gesetzliche Existenz zu geben". Außerdem stellte sich das Programm der republikanischen Partei auf den Standpunkt der Unabhängigkeitserklärung und wollte die Konstitution, die Rechte der Staaten und die Union anerkannt erhalten, es verdammte alle Sezessionsbestrebungen und die Wiedereröffnung des afrikanischen Sklavenhandels, es brandmarkte die beispiellose Verschwendung der Administration und das Verfahren derselben in der Kansasfrage und empfahl eine weise Zoll- und Handelspolitik, die Heimstättebill, die Begünstigung der Einwanderung, die Förderung innerer Verbesserungen von nationalem Charakter (improvements of a national character) und den Bau der Eisenbahn bis zum stillen Meere. Die Hauptpräsidentschaftskandidaten waren William H. Seward aus New-York und Abraham Lincoln aus Illinois. Die politische Stellung beider Männer hinsichtlich der Sklavereifrage war hinlänglich bekannt: Seward hatte sich schon seit Jahren als der hervorragendste Führer der Freiheitspartei bewährt, und Lincoln hatte vor etwa zwei Jahren in seinem Kampfe mit Douglas um die Bundessenatorenstelle ungewöhnliche Fähigkeiten gezeigt und die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf sich gelenkt. Wenn Seward in seiner berühmten, am 25. Oktober 1858 zu Rochester im Staate New-York gehaltenen Rede sagte, daß in der nordamerikanischen Union zwischen zwei feindlichen, sich fortwährend bekämpfenden Mächten ein unabwendbarer Konflikt (an irrepressible conflict) bestehe, der nichts Anderes bedeute, als daß die Nation früher

oder später entweder vollständig im Sinne der Sklavenhalter oder vollständig im Sinne der Vertheidiger der freien Arbeit regiert werden müsse, so war die Wahrheit dieses inhaltsschweren „Entweder — Oder" schon vier Monate vorher, ehe Seward sein prophetisches Wort gesprochen, sehr richtig und klar auch von Abraham Lincoln erkannt worden. Gleich beim Beginne seiner Debatten mit Stephen A. Douglas erklärte dieser edle und große Mann in der denkwürdigen Rede*), welche er am 17. Juni 1858 zu Springfield in Illinois hielt: „Könnten wir nur erst genau wissen, wo wir in politischer Hinsicht stehen und nach welcher Richtung wir uns bewegen, so vermöchten wir besser zu beurtheilen, was und wie wir es thun sollten. Es geht bereits in das fünfte Jahr, seit eine Politik eingeführt wurde, von der mit Bestimmtheit behauptet ward, daß sie die Agitation der Sklavenfrage auf immer beseitigen werde. Aber die Wirkung dieser Politik ist bis jetzt die, daß diese Agitation nicht nur nicht aufgehört hat, sondern in stetem Zunehmen begriffen ist. Nach meinem Dafürhalten wird sie auch nicht aufhören, bis eine Krisis eintritt und vorübergeht. Das Haus, das mit sich uneins ist, kann nicht bestehen. Ich halte die Fortdauer dieser Regierung, die zur Hälfte der Sklaverei, zur Hälfte der Freiheit hold ist, für unmöglich. Ich glaube nicht, daß die Union aufgelöst wird, nicht, daß das Haus einstürzt, aber ich erwarte, daß es aufhört, mit sich selbst uneins zu sein. Die Union wird entweder das Eine, oder das Andere ganz werden. Entweder werden die Gegner der Sklaverei ihrer weiteren Ausdehnung Einhalt thun und sie in eine solche Lage versetzen, daß die öffentliche Meinung ihrem endlichen Erlöschen zuversichtlich entgegensieht, oder die Freunde derselben werden es durchsetzen, daß sie in allen Staaten, in den alten wie in den neuen, im Norden wie im Süden gesetzlich wird." Wenn für Seward die Langjährigkeit und die Treue seiner Dienste für die republikanische Partei und die Union sprach, so konnte auf der andern Seite durch die Nomination Lincoln's, der ein nicht weniger treuer Anhänger der Sache der Freiheit und der Union war, der ganze große Westen in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe gegen den Süden gewonnen werden. Und so geschah

*) Horace Greeley bezeichnet in seinem vielfach von mir citirten Werke (Bd. I, S. 301) diese Rede Lincoln's also: „He (Lincoln) opened the canvass at once in a terse, forcible, and thoroughly ‚radical' speech, wherein he enunciated the then startling, if not absolutely novel, doctrine, that the Union cannot permanently endure half Slave and half Free". —

es, daß — um andere Gründe hier nicht zu erwähnen — Abraham Lincoln nach drei Abstimmungen von 466 Stimmen 354 erhielt. Auf Antrag von William M. Evarts aus New-York und John A. Andrew aus Massachusetts wurde seine Nomination zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten zu einer einstimmigen gemacht. Zur Vicepräsidentschaft wurde Hannibal Hamlin aus Maine nominirt. Es muß bemerkt werden, daß auf der republikanischen National-Konvention zu Chicago im Jahre 1860 das deutsche Element anfing, sich in nationalen Fragen Geltung zu verschaffen. Namentlich war es Karl Schurz, der sich in dieser Beziehung um seine deutschen Landsleute und um den deutschen Namen überhaupt verdient machte. Vergl. A. W. Young, a. a. O. S. 1043 ff. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 309 ff. —

Der im Jahre 1860 für die Präsidentschaft eröffnete Wahlkampf unterschied sich von allen früheren Kämpfen dieser Art nicht bloß durch die größere Anzahl der Kandidaten, sondern vornehmlich durch die genau definirten Prinzipien von dreien der Kandidaten. Sowohl die ultrasüdliche Fraktion der Demokratie, wie die Douglas-Partei nahmen ihren scharfbestimmten Standpunkt ein, selbstverständlich war dies bei der republikanischen Partei der Fall. In der Konvention zu Charleston erklärten prominente südliche Delegaten mit bewundernswerther Offenheit: „Die letzte Präsidentenwahl gewannen wir durch Zweideutigkeit, Doppelzüngigkeit und Betrug (by ambiguity, double-dealing, deception), durch die Aufstellung eines Programms, welches im Süden etwas ganz Anderes meinte, als im Norden. Jetzt sind wir entschlossen, nichts derartiges mehr zu beginnen. Wir werden mit unseren klar und bestimmt ausgesprochenen Prinzipien entweder siegen, oder zu Grunde gehen." Die Vertheidiger der Volkssouveränetät traten ähnlich auf; so erklärte z. B. der Douglasmann, George E. Pugh von Ohio, in derselben Konvention: „Den Demokraten des Nordens wird es sehr leid thun, sich von ihren südlichen Brüdern zu trennen. Doch wenn die südlichen Herren nur auf die von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen hin bei uns bleiben können, so müssen sie gehen (they must go). Die Stimme des Nordwestens muß gehört und gefühlt werden. Die nördlichen Demokraten sind keine Kinder, denen man sagt: stellt euch hierher, oder geht dorthin, richtet euch nach den Winken und Befehlen des Südens! Weil wir uns wegen unserer Treue gegen unsere konstitutionellen Verbindlichkeiten in der Minorität befinden, gibt man uns thatsächlich zu verstehen, daß wir die Hand an den Mund und den Mund in den Staub legen sollen (that we must put our hands on our mouths, and our

mouths in the dust). Meine Herren, Sie verkennen uns; wir werden dies nicht thun. —

Abgesehen von dem farblosen Programm der Anhänger von Bell und Everett, welches im Allgemeinen Alles und im Einzelnen nichts bedeutete, hatten die drei andern Parteien etwa folgende Stellungen eingenommen:

1) Lincoln. Die Sklaverei besteht einzig und allein durch Lokal- und Munizipalgesetze; in den Territorien herrschen keine die Sklaverei sanktionirenden Gesetze und es gibt keine Macht, welche dergleichen erlassen kann. Der Kongreß kann die Sklaverei nirgends einführen oder legalisiren; wohl aber ist er verpflichtet, sie in allen Territorien der Union zu verbieten und sie davon fern zu halten, wie und wo immer die Umstände ein solches Verbieten und ein solches Fernhalten erheischen. —

2) Douglas. Sklaverei oder keine Sklaverei in einem Territorium ist einzig und allein Sache der weißen Einwohner des betreffenden Territoriums. Wollen sie die Sklaverei haben, so haben sie ein Recht dazu; wollen sie dieselbe nicht haben, so haben sie das Recht, sie auszuschließen oder zu verbieten. Weder der Kongreß, noch das Volk der Union, noch irgend ein Theil der Unionsbevölkerung haben das Recht, sich in diese Angelegenheit zu mischen. —

3) Breckinridge. Der Bürger eines jeden Staates der Union hat das Recht, nach irgend einem Territorium auszuwandern und irgend etwas, das nach den Gesetzen seines Staates Eigenthum ist (also auch Sklaven), dahin mit sich zu nehmen, es zu halten, zu gebrauchen und in dem Besitze desselben geschützt zu werden. Der Kongreß ist verpflichtet, solchen Schutz zu gewähren, wo er nur immer nothwendig ist, mit oder ohne die Mitwirkung der Territorialgesetzgebung. —

Diese letztgenannte Lehre wurde durch die Entscheidung in der Dred Scott Angelegenheit gebilligt; wir haben diese Entscheidung schon oben besprochen und bemerken hier nur noch, daß auch der alte Thomas H. Benton, der sein ganzes Leben hindurch Sklaveneigenthümer war und dem Niemand radikale Ansichten in politischen Dingen unterschieben wird, dieselbe ebenso verdammte, wie wir es thun. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 259. Allein der Süden war, seiner Ansicht nach, durch die Umstände gezwungen, eine weitere Ausdehnung der Sklaverei anzustreben; der Raubbau, welcher seine Felder vielfach verwüstet hatte, nöthigte ihn dazu. Der starke Export des Südens war aber in der That kein Reichthumszeugniß; denn mit seinen Stapelartikeln exportirte der sklavenhaltende, den Boden ausmergelnde Süden

die beste Kraft und den nährenden Saft des Landes. Wie der offizielle Censusbericht von Jos. C. G. Kennedy (vom Jahre 1860) beweist, betrug der Totalwerth aller im Jahre 1859 gewonnenen Agrikulturprodukte im Norden der Union 2527,676,000 Dollars, welches als Kopfwerth 131,48 Dollars ausmachte, während im Süden als Totalwerth aller in demselben Jahre gewonnenen Agrikulturprodukte nur 862,324,000 Dollars erzielt wurden, also der Kopfwerth nur 70,56 Dollars betrug*). Außerdem bemerkt Fr. Kapp mit Hinweis auf die Geschichte der Blüthe und des Verfalls industrieller und ackerbauender Staaten mit Recht, daß es nicht die Sklavenarbeit, die erste rohe Arbeit, ist, wodurch der meiste Reichthum geschaffen wird. Dann und wann erkannten auch klare Köpfe im Süden der Union den wahren Sachverhalt; so äußerte sich z. B. ein Repräsentant von Alabama, C. C. Clay, in einer Anrede an eine Gartengesellschaft seines Staates folgendermaßen: „Mit Bedauern kann ich Ihnen in den älteren Theilen von Alabama und in meinem eigenen Heimaths-County Madison die traurigen Spuren der irrationellen und erschöpfenden Baumwollenkultur nachweisen. Unsere kleinen Pflanzer schöpfen den Rahm von ihrem Lande ab, und unfähig, denselben durch Brachlegen oder Düngen oder auf andere Weise wieder zu ersetzen, ziehen sie weiter westlich und südlich, um anderes jungfräuliches Land aufzusuchen, das sie in gleicher Art ausbeuten und nicht selten dabei verarmen. Unsere reichen Pflanzer, mit größeren Mitteln und mit mehr Geschick ausgerüstet, kaufen ihre kleineren Nachbarn aus, erweitern ihre Pflanzungen und vermehren ihren Sklavenbestand. Bei einer Wanderung durch das Land stößt man auf zahlreiche Farmhäuser, die einst die Wohnsitze fleißiger und nicht unintelligenter Freimänner waren; jetzt sind diese Wohnstätten von Sklaven bewohnt oder leer, verlassen und verfallen; man trifft Felder an, die einst fruchtbar waren, und jetzt uneingezäunt, öde und mit Unkraut überwuchert daliegen; Moos wächst an den zerbröckelten Mauern einst mit Leben überfüllter Flecken empor, und in der Hand eines einzigen Herrn findet man das ganze Eigenthum, das einst einem Dutzend weißer Familien glückliche und zufriedene Herde gewährte. In der That, dieses Land, das seine Kindheitsjahre kaum überschritten, in dem vor fünfzig Jahren kaum ein Waldbaum von der Axt des Pioniers gefällt war, trägt auf seiner Stirn bereits die traurigen Zeichen des Greisenalters und Verfalls, wie sie in Virginien und den Carolinas sichtbar sind; die Frische seiner agrikulturen

*) Vergl. meinen Aufsatz „Freie Arbeit und Sklavenarbeit" in „Unsere Zeit", 2. Jahrgang, 16. Heft, S. 241 ff. —

Glorie ist dahin, die Kraft seiner Jugend erloschen, und — der Geist der Verwüstung schwebt über ihm." Aber trotz Alledem und Alledem hegten und pflegten die Südländer den Erb- und Todfeind aller wahren Kultur — die Sklaverei. Vor allen Dingen aber lag es im Interesse der Sklavenhalter, wie es bekanntlich auch bei uns im Interesse jeder reaktionären Regierung, jeder herrschsüchtigen Landaristokratie und jeder bigotten Pfaffenwirthschaft liegt, die Unwissenheit zu begünstigen. Deshalb existirte auch das Freischulsystem der nördlichen freien Staaten im Süden der Union nicht; und je größer die Rohheit und Armuth, desto größer auch die Unterwürfigkeit und Abhängigkeit der armen Weißen — „Dreckschwellen" (mudsills), wie James H. Hammond sagte — von der besitzenden Aristokratie. Fr. Kapp gibt (a. a. O. S. 479) verschiedene Auszüge aus südlichen Zeitungen, die es nicht der Mühe werth hielten, diesen Zustand zu beschönigen oder zu verdecken, sondern mit wahrhaft cynischer Offenheit den armen Weißen mit dem Sklaven auf dieselbe Stufe stellen. Wir theilen hier einige dieser Auszüge wörtlich mit: „Die Sklaverei", sagte z. B. der „Charlestoner Standard", „ist der natürliche und normale Zustand des arbeitenden Menschen, er mag weiß oder schwarz sein. Das große Uebel der nördlichen freien Gesellschaft ist, daß sie belastet ist mit einer servilen Klasse von Handwerkern und Arbeitern, die gänzlich untauglich für Selbstregierung, und dennoch mit den Eigenschaften und der Macht von Bürgern bekleidet sind. Herr und Sklave ist ein in der Gesellschaft so nothwendiges Verhältniß, wie das eines Vaters und Kindes, und die nördlichen Staaten werden es noch einführen müssen. Ihre Theorie einer freien Regierung ist eine Täuschung." — Der „Muscogee Herald", eine in Alabama erscheinende Zeitung, schrieb zur Zeit der Kansaswirren: „Freie Gesellschaft! Wir werden schon bei dem bloßen Namen krank. Was ist sie anders, als eine Zusammensetzung von schmierigen Handwerkern, unsaubern Arbeitern, schwächlichen Bauern und mondsüchtigen Theoretikern? Allen nördlichen Staaten und besonders Neuengland mangelt eine Gesellschaft, welche für gut erzogene Gentlemen geeignet ist. Die vorherrschende Gesellschaft, die man dort trifft, sind Handwerker, welche sich anstrengen, gentil zu sein, und kleine Farmer, die ihre eigene Sklavenarbeit thun und dennoch kaum im Stande sind, mit dem Leibsklaven eines südlichen Gentleman in Gesellschaft zu sein. So ist die freie Gesellschaft der nördlichen Horden beschaffen, die Besitz von Kansas nehmen will." — „Wir hassen jedes Ding", meinte endlich der „South Side Democrat", ein virginisches Blatt, „welches das Wort ‚frei' vor sich hat, von dem freien Neger

abwärts und aufwärts durch das ganze Register hindurch — freie Arbeit, freie Farmen, freien Willen, freies Denken, freie Kinder und freie Schulen, alle gehören derselben Brut verdammungswürdiger Irrthümer an. Das Schlimmste aber ist das moderne System der Freischulen.“ —

Solche Aeußerungen der südlichen Sklavenhalter-Presse, welche der berliner „Kreuzzeitung“ und deren geistlichen und weltlichen Anhängern sicherlich aus dem Herzen geschrieben sind und als nachahmungswürdiges Beispiel dienen können, beweisen schlagend, daß die aristokratischen Familien des Südens sich berechtigt wähnten, alle öffentlichen Aemter und jede einflußreiche politische Stellung monopolisirend für sich in Anspruch zu nehmen. —

Nachdem die genannten vier Parteien ihre respektiven Kandidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft ernannt hatten, kam der Ball ins Rollen und der Wahlsturm brauste durch das Land. Scharf, feindlich, gehässig, wie sich die Parteien gegenüberstanden, war auch der Kampf. Wer nur einigermaßen die Wahlschlacht mit Aufmerksamkeit verfolgte, mußte sich bald überzeugen, daß der Neger und die Sklaverei dabei die ausschließliche Rolle spielten. Die Debatten auf den Rednerbühnen, die Verhandlungen in den politischen Zeitungen, selbst die Kanzelreden gaben davon die klarsten Beweise. „Um den Neger drehte sich“, wie August Krüer, ein talentvoller deutsch-amerikanischer Publizist, sagte, „damals die ganze politische Welt der nordamerikanischen Union.“ Die Republikaner waren im Besitze fast sämmtlicher, großer und kleiner Aemter in den einzelnen Staaten des Nordens; sie hatten eine feste, geschlossene Parteiorganisation und besaßen die Mittel, dieselbe in geeigneter Weise zu stärken und zu erhalten. Die Breckinridgeleute erfreuten sich der reichen Unterstützung aller Bundesbeamten mit wenigen Ausnahmen; namentlich war das Schicksal des Beamten, der sich für Douglas zu erklären wagte, besiegelt. Die Bell- und Everettpartei bestanden meistens aus den begütertsten Bürgern, denen das Aufbringen der zur Wahlagitation nothwendigen Mittel nicht schwer fiel. Douglas und seine Freunde standen nahezu überall im Nachtheile; er selbst unterzog sich fast übermenschlichen Anstrengungen. Kaum hatte die erste Sitzung des 36. Kongresses ihre Endschaft erreicht, so durchreiste Douglas die Union vom Norden bis zum Süden, vom Osten zum Westen, und hielt oft an einem Tage mehrere und natürlich lange Reden. Diese stete Aufregung und Anstrengung bildeten auch wohl den Keim zu seinem frühzeitigen Tode. Als die Rebellion ausbrach, stand Douglas auf der Seite des Nordens; er starb aber schon am 3. Juni 1861 zu Chicago

im achtundvierzigsten Jahre seines Lebens. Wie uns sein persönlicher Freund und Gesinnungsgenosse, August Krüer, berichtet, rief er in der Fieberhitze auf seinem Todesbette wiederholt: „Vorwärts, Lincoln, vorwärts!" Seinen beiden noch unerwachsenen Söhnen hinterließ er in der Sterbestunde den goldenen Rath: „Ihr sollt den Gesetzen gehorchen und die Konstitution der Vereinigten Staaten unterstützen!" Bis zur letzten Sekunde verweigerte er, trotz der Bitten seiner schönen, über ihn so viel vermögenden Frau, jeden Beistand eines Geistlichen. „Ich habe etwas Besseres zu thun", sagte der Mann, dessen letzter Gedanke, dessen Todesseufzer seinem Lande und seinem Volke gehörte. Ehre deshalb seinem Andenken! Die letzten Monate seines Lebens haben zum großen Theile gesühnt, was er dereinst gegen die Union gefehlt hatte. —

Die sezessionswüthigen Südländer wünschten, da sie die Unmöglichkeit erkannten, daß Breckinridge gewählt werden konnte, den Republikanern den Sieg; öffentliche Reden und Trinksprüche in Süd-Carolina am 4. Juli 1860 bewiesen dies zur Genüge. Die Erwählung Lincoln's wurde eben als das nothwendige Vorspiel (the necessary prelude) zu den Handlungen angesehen, die jeder Sezessionist möglichst bald herbeisehnte. Ihr Sehnen sollte gestillt werden. Bei der Volksabstimmung ward Lincoln mit 1,857,610 Stimmen gewählt, während Douglas 1,291,574, Breckinridge 850,082, und Bell 646,124 Stimmen erhielten. Obschon Lincoln weniger Stimmen auf sich vereinigte, als seine drei Gegner zusammen erhalten hatten, so würde doch das gesammte Oppositionsvotum nicht stark genug gewesen sein, mehr Elektoralstimmen zu schaffen, als wie Lincoln durch die Volksabstimmung geworden waren.*) Von den 303 Elektoralstimmen hatten nämlich Lincoln 180, Breckinridge 72, Bell 39 und Douglas nur 12 erhalten; Hamlin hatte dieselbe Stimmenzahl erhalten, wie Lincoln. Durch Lincoln's Erwählung war das von zweien aus den vier streitenden Parteien gewünschte Resultat erzielt worden. What next? —

Gegen das Ende von Buchanan's Amtszeit erklärten viele Ultras des Südens unverholen und rückhaltslos ihre Absicht, noch bevor Lincoln den Präsidentenstuhl bestiegen habe, der Bundeskonstitution den Gehorsam zu verweigern und aus der Union auszuscheiden. Südliche Männer, die noch wahre Patrioten und von denen der opfermuthige Geist der Gründer der Republik nicht gewichen, bekämpften vergebens diese verhängnißvolle Absicht. Der alte Amos Kendall, der — im Süden geboren und

*) Es thut uns leid, bemerken zu müssen, daß der sonst so gut gemeinte Aufsatz von F. Kreyßig im „Salon", Bd. II. Heft VIII., wie hinsichtlich der Erwählung Lincoln's, so in manchen andern Punkten, verschiedene grobe Irrthümer enthält.

erzogen — einst die rechte Hand Andrew Jackson's war und als Minister wesentlich in die damals so schwierige Verwaltung der Republik eingriff, erhob seine einflußreiche Stimme und bewies den Fanatikern des Südens, welches Verbrechen sie begehen, welches maßlose Unglück sie herbeiführen würden. Auch Andrew Johnson hielt mit feuriger Beredsamkeit seinen südlichen Kollegen das Frevelhafte, Feige und Thörichte ihres Beginnens im Bundessenate vor. Allein die südlichen Führer verharrten bei ihren verrätherischen Plänen und wurden darin von der Administration Buchanan's nur bestärkt. Man scheute sich nicht mehr, die zweckdienlichsten Mittel des Verrathes offen zu besprechen, während der durch die Erwählung Abraham Lincoln's siegestrunkene Norden halb verwundernd, halb zweifelnd dreinschaute und es sich kaum denken konnte, daß die jedes Maß überschreitenden Drohungen des Südens verwirklicht werden und die Bluttaufe erhalten könnten. Zwar begriff fast Jeder, daß von Buchanan nichts Gutes zu erwarten war; dennoch blickte man mit der ängstlichsten Spannung nach Washington City, der Hauptstadt des Landes und dem Sitze des Kongresses, und hoffte wenigstens von den Vertretern des Volkes in der Nationalgesetzgebung jenes versöhnende und doch entschiedene Handeln, welches etwa noch das Staatsschiff zwischen den drohenden Klippen und durch die gefährliche Brandung sicher führen mochte. —

Die vier Wochen vom Wahltage, dem 6. November bis zum ersten Montage im Dezember 1860, wo die letzte Sitzung des 36. Kongresses begann, wurden vom Norden gar nicht, vom Süden aber mit der äußersten Energie benutzt. Die „Ritter vom goldenen Cirkel" (Knights of the Golden Circle), Sicherheitscommittee's (Committees of Safety) und andere geheime Verbindungen suchten den letzten Rest von Unionsliebe im Herzen des südlichen Volkes zu ertödten. Und bald gestaltete die wilde, von der Bundesregierung nicht gezügelte Agitation sich zur offenbaren Waffenrüstung. Die sogenannten „Minute Men" (diesen Namen trugen im Unabhängigkeitskriege viele Freischaaren in Massachusetts) erhielten eine kriegerische Organisation. Süd-Carolina, der stets gährende Krater des südlichen Vulkans der Sezession, erklärte in herausfordernder Weise, daß es noch vor Jahresschluß aus der Union scheiden wolle. Und es hielt sein Versprechen. Am 17. Dezember ward in der Staatskonvention von Süd-Carolina die Sezession beschlossen, und am 24. desselben Monats machte Gouverneur Pickens diesen Akt offiziell bekannt, durch den der Staat Süd-Carolina für einen „besonderen, souveränen, freien und unabhängigen Staat" erklärt ward. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Abgeordneten Parker, Inglis, Keitt

und Rhett, daß die Sezession eine schon seit langer Zeit beschlossene Sache sei. „Die Sezession von Süd-Carolina" sagte Rhett, „ist kein Ereigniß eines einzigen Tages. Sie ist nicht etwa durch die Erwählung des Herrn Lincoln oder durch die Nichtvollstreckung des Sklavenjagd-Gesetzes herbeigeführt worden, sondern seit etwa 30 Jahren ist sie herangereift und hat nun endlich ihren Kulminationspunkt erreicht." Vergl. A. W. Young, a. a. O. S. 1077. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 344 ff. —

Buchanan's letzte Botschaft, die am 4. Dezember 1860 dem Kongresse mitgetheilt ward, jammerte in schwächlicher und schmachvoller Weise über die angebliche Machtlosigkeit der Exekutive und suchte seine Unthätigkeit und sein energieloses Benehmen damit zu entschuldigen, daß ihm in Betreff der „sogenannten südlichen Verschwörung", zu deren Führern doch Mitglieder seines Ministeriums gehörten, nichts Offizielles vorläge. Außerdem klagte er den Norden bitter an, daß er durch die Agitation der Sklavenfrage die drohende Gefahr heraufbeschworen habe, der Süden sei schuldlos, er habe vom Norden stets nur Unbilden (evils) erfahren. Als souveräne Staaten seien die südlichen Staaten allein Gott und der Welt für die in ihrer Mitte bestehende Sklaverei verantwortlich; das Volk des Nordens habe nicht mehr Recht, sich damit zu befassen, als mit ähnlichen Institutionen in Rußland oder Brasilien. Buchanan verdammte zwar die Sezession und leugnete, daß irgend ein Staat der Union, die nach der Absicht ihrer Gründer eine ewige (perpetual) sein solle, ein Recht dazu habe, es sei denn das Recht der Revolution, welches durch die Unabhängigkeitserklärung garantirt sei. „In short" sagte er, „let us look the danger fairly in the face: Secession is neither more nor less than revolution. It may, or it may not be a justifiable revolution; but still it is a revolution." So suchte der elende Buchanan die fluchwürdigste Rebellion mit der Glorie des Rechts der Revolution zu schmücken, und kam dann mit der ausgesuchtesten Heuchelei zu dem Schlusse, „daß weder der Kongreß, noch die Exekutive oder irgend ein anderer Theil der Bundesregierung ein konstitutionelles Recht besitze, einen Staat der aus der Union ausscheiden wolle oder bereits ausgeschieden sei (a State which is attempting to withdraw, or has actually withdrawn) zum Gehorsam und zum Bleiben in der Union zu zwingen" (to coerce into submission). In diesem letzten Punkte stimmte übrigens Andrew Johnson vollständig mit Buchanan überein, indem er erklärte: „I do not believe, the Federal Government has the power to coerce a State." Später unterlag diese sehr gemäßigte Ansicht Johnson's allerdings einer wesentlichen Um-

änderung. Der schneidende Kontrast dagegen zwischen Buchanan's Raisonnement und Andrew Jackson's Proklamation vom 10. Dezember 1832 fällt zu sehr in die Augen und stellt den unlängst verstorbenen (am 1. Juni, 1868) Verräther so sehr gegen den alten „Hickory" in den Schatten, daß wir hier darüber kein Wort weiter verlieren wollen. Weil James Buchanan sich längst entschlossen hatte, seine feierliche Pflicht*) nicht zu erfüllen, ermahnte er noch in seiner Botschaft das von ihm verrathene Volk, die südliche Verrätherbande durch neue Konzessionen und neue Zugeständnisse möglicherweise zu versöhnen. „Unsere Union" sagte er, „beruht auf der öffentlichen Meinung. Das ist eine Thatsache. Niemals kann die Union durch das in einem Bürgerkriege vergossene Blut ihrer Bürger zusammengekittet werden. Wenn die Liebe des Volkes sie nicht aufrecht erhalten kann, so muß sie früher oder später fallen. Um sie zu erhalten, stehen dem Kongresse viele Mittel der Versöhnung zu Gebote; aber das Schwert ward ihm nicht in die Hand gegeben, um die Existenz der Union zu sichern". Wie aber, wenn die Union durch das vergossene Blut ihrer Bürger aufgelöst werden kann, sollte sie dann nicht durch dasselbe Blut wiederhergestellt werden können? Das Ende der Rebellion hat diese Frage hinlänglich beantwortet.

Im Repräsentantenhause war nach Verlesung der Botschaft auf Antrag des wetterwendischen A. R. Boteler aus Virginien ein Ausschuß von 33 Mitgliedern gewählt worden, um unter dem Vorsitze von Thomas Corwin aus Ohio „die gefährliche Lage des Landes" (the perilous condition of the country) zu berathen und darüber Bericht zu erstatten; auch im Senate wurde zu demselben Zwecke am 18. Dezember ein Committee von Dreizehn niedergesetzt. Zu dem letztgenannten Committee gehörten aus den Sklavenstaaten: Jefferson Davis, Toombs, Powell, Hunter und Crittenden; ihnen schlossen sich meistens die nördlichen Demokraten: Douglas, Bigler und Rice an; zu der republikanischen Partei gehörten in diesem Committee: Seward, Wade, Doolittle, Grimes und Collamer. Nach längeren, unfruchtbaren Berathungen beschloß dies Committee der Dreizehn dem Senate zu berichten, daß es nicht im Stande gewesen sei, einen Ausgleichungsplan ausfindig zu machen. Die Bemühungen dieses Committee's blieben aber ohne Resultat, nicht weil es der Mehrheit desselben an gutem Willen fehlte, sondern weil die südlichen Senatoren schlechterdings nichts annehmen

*) Im dritten Abschnitt des zweiten Artikels der Bundeskonstitution, die zu vollziehen und zu schützen (preserve, protect and defend) jeder Präsident schwören muß, heißt es: „He (the President) shall take care that the laws be faithfully executed." —

wollten, worin nicht die Bestimmung enthalten war, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten und die verschiedenen Territorialgesetzgebungen in keiner Weise das Recht haben sollten, das Eigenthum an Sklaven durch gesetzliche Erlasse zu schmälern oder gar aufzuheben. Namentlich suchte Jefferson Davis folgende Resolution durchzubringen:

„Beschlossen, daß die Konstitution dahin amendirt werde, daß das Eigenthum in Sklaven, das als solches in den Lokalgesetzen irgend eines Staates der Union anerkannt wird, in allen konstitutionellen und föderalen Beziehungen mit irgend einer andern so anerkannten Art von Eigenthum auf gleichen Fuß gestellt werde, und daß das Eigenthum in Sklaven gleich jedem andern Eigenthum nicht beeinträchtigt werden darf durch die lokalen Gesetze eines andern Staates, wenn der Sklave dahin entflieht oder wenn ihn sein Herr auf einer Durchreise durch besagten Staat oder bei seinem Aufenthalte in demselben bei sich hat. Auch soll in keinem Falle die Legislative der Vereinigten Staaten oder irgend eines Territoriums die Macht haben, solches Eigenthum (Sklaven) durch gesetzliche Erlasse zu schmälern oder aufzuheben."

Selbstverständlich konnten die republikanischen Mitglieder des Committe's für diese freiheitsfeindliche Resolution nicht stimmen, die den Kongreß in der Sklavenfrage völlig machtlos gemacht haben würde; ihnen schloß sich sogar der alte, friedliebende und ehrwürdige Crittenden in diesem Punkte an, Douglas aber enthielt sich der Abstimmung. Ebenso resultatlos, wie das Committee der Dreizehn, arbeitete der Ausschuß der 33 Mitglieder vom Repräsentantenhause. Auch ein Friedenskongreß (peace congress), der in Washington tagte und von der Mehrzahl der Staaten besucht war, blieb der immer gewaltiger werdenden Krisis gegenüber wirkungslos. Nicht besser erging es einer meist von den Unionsleuten der Grenzstaaten (Border States), d. h. der an die freien Staaten stoßenden Sklavenstaaten, berufenen Konferenz von Delegaten. Der Kongreß aber setzte sein altes, nutzloses Spiel, Kompromisse zu entwerfen, in der traurigsten Weise fort, bis sich die meisten Repräsentanten des Südens entfernt hatten. „It was now," sagt A. W. Young, „if it had not been before, evident that no compromise was desired; and that they were bent on rebellion." —

Der von Süd-Carolina am 17. Dezember 1860 begonnene Todtentanz zog bald andere Südstaaten in seinen wirbelnden Reigen. Am 9. Januar 1861 folgte dem Beispiele Süd-Carolina's der Staat Mississippi, an dessen Spitze als Regent und Führer Jefferson Davis stand. Florida, das so theuer mit Geld und Blut erkaufte, wollte nicht

zurückbleiben, es schied am 10. Januar; ihm folgte am 11. Januar der Staat Alabama. Am 19. Januar sezedirte Georgien, am 25. Januar Louisiana und am 1. Februar Texas. Das Volk des Südens raubte jedes Bundeseigenthum und nahm die während der Verwaltung Pierce's und Buchanan's mit vorzüglichen Waffen jeder Art und mit Munitionen angefüllten Arsenale und Forts, welche sich im Süden befanden. Das Sezessionsfieber griff immer weiter um sich, und — halb mit Willen, halb mit Widerwillen — schieden noch Nord-Carolina, Tennessee, Arkansas, Kentucky und Virginien.

In der Woche, die mit dem 26. Januar endigte, verließen die Senatoren Yulee und Mallory von Florida, Clay und Fitzpatrick von Alabama, und Jefferson Davis von Mississippi ihre Sitze im Bundessenate, denn ihre Staaten waren bereits aus der Union geschieden. Sie Alle hielten lange Abschiedsreden, in denen sie ihre Handlungsweise und die von ihren Staaten getroffenen Maßregeln zu rechtfertigen versuchten. Jefferson Davis bemühte sich namentlich den Unterschied zwischen Calhoun's Lehre von der Nullifikation und dem Rechte der Sezession darzuthun. Nach seiner Ansicht ging die Nullifikationstheorie nur darauf hinaus, die Rechte der einzelnen Staaten in der Union zu schützen, während die Sezessionstheorie den einzelnen Staaten das Recht vindicirte, aus der Union auszuscheiden. Ein Staat, welcher die Lehren der Nullifikation praktisch ausführte, blieb nach der Darstellung von Davis, noch immer ein Mitglied der Union, obschon als ein ungehorsames; ein Staat, welcher sezedirte, sagte sich dagegen von der Mitgliedschaft der Unionsstaaten los und wurde ein selbstständiger, von der Union völlig getrennter Staat. Das Recht zur Sezession oder zum Ausscheiden aus der Union leitete Jefferson Davis von der vollen Souveränetät her, die nach der grundfalschen Auffassung des Südens jeder einzelne Staat der Union, selbst als integrirender Theil derselben, sich bewahrt hatte (Secession is justified upon the basis that the States are sovereign). Er begriff daher, daß Andrew Jackson auf Grund seines Präsidenteneides und auf Grund von Artikel II. Abschnitt 3 der Bundeskonstitution das nullifizirende Süd-Carolina bestrafen durfte, weil es — trotz seines Ungehorsams — in der Union blieb; er begriff aber nicht, daß das sezedirende Mississippi und seine ausscheidenden Mitstaaten noch härtere Strafen verdienten, weil sie ein größeres Verbrechen, das Verbrechen des Landesverraths und der Auflösung und Zerstörung der Union, beabsichtigten und mit Waffengewalt durchzuführen suchten. Die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochene Gleichheit der Menschen fand, nach Davis' Deduktion, auf die Neger keine Anwendung; als die Süd-

staaten der Unabhängigkeitserklärung von England im Jahre 1776 beitraten, hätten sie dies nur in der Voraussetzung gethan, daß ihre überkommenen Rechte niemals verloren oder auch nur geschmälert werden würden; ebenso hätten sie gedacht, als sie die Konstitution der Vereinigten Staaten annahmen. Er erklärte, er scheide nicht in Feindschaft von denen, mit denen er so lange zusammengewirkt und gearbeitet habe; er hoffe sogar, daß zwischen dem Norden und Süden bald friedliche Beziehungen, wie solche zwischen selbstständigen Staaten stattfänden, eintreten würden. „Es wird Friede herrschen," so schloß er, „wenn Sie es so wollen; Sie werden aber Unheil über das ganze Land bringen, wenn Sie die Gewalt vorziehen. Geschieht letzteres, so werden wir den Gott unserer Väter anflehen, der diese den Klauen des Löwen entriß, daß er uns vor der Wuth des Bären beschützen möge. Und so wollen wir, im Vertrauen auf Gott, auf unsere eigenen festen Herzen und starken Arme, die Rechte, welche wir als die unsrigen beanspruchen, gegen alle Welt vertheidigen und aufrecht erhalten."

Die wüthendsten Reden, angefüllt mit den unsinnigsten Tiraden, den lächerlichsten Großsprechereien und selbst mit Androhungen des Meuchelmordes hielten Albert G. Brown von Mississippi, Louis T. Wigfall von Texas und Alfred Iverson von Georgien. Verschiedene südliche Gouverneure, z. B. der halbwahnsinnige Joseph E. Brown in Georgien, erließen die feurigsten und aufreizendsten Botschaften und Proklamationen gegen die Union und beklagten sich über ihre angeblich verletzten Rechte. Davon aber, daß die wesentlichsten Rechte, welche die Konstitution den Bürgern der Union garantirte, Rede- und Preßfreiheit, daß diese in dem Süden während der letzten 30 oder 40 Jahre niemals unparteiisch zur Geltung gekommen waren, war natürlich nirgends die Rede. Wie der Abgeordnete van Wyck aus New-York mit Recht hervorhob und wie Charles Sumner mehr als einmal mit den beredtesten Worten nachwies, war seit vielen Jahren das Eigenthum in Büchern, ja selbst die Freiheit und das Leben von Nordländern, sobald sie die Sklaverei bekämpften, im Süden der Union nicht mehr sicher gewesen. Dem Auslande gegenüber hatte aber, wie die „London Times" zu jener Zeit erklärte, die Würde und das Ansehen der Union am meisten durch den Präsidenten James Buchanan selbst und dessen letzte Botschaft verloren. „Bis jetzt glaubten wir," sagte das genannte einflußreiche Blatt, „an eine amerikanische Nationalität. Der Präsident belehrt uns, die Amerikaner seien kein Volk, sondern eine Kompagnie, berechtigt, sich nach Belieben aufzulösen. Hierdurch ist natürlich die Stellung der Republik nach außen vollkommen verändert."

Vergl. A. W. Young, a. a. O. S. 1100 ff. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. III. S. 496.

Die Staatskonvention von Süd-Carolina, welche am 17. Dezember 1860 die Sezession dieses Staates verkündete, hatte am 27. Dezember auf den 4. Februar 1861 eine Konvention aller der Sklavenstaaten, die bis dahin aus der Union geschieden sein würden, nach Montgomery, der Hauptstadt von Alabama, berufen. Diese Konvention trat am bestimmten Tage zusammen. Nach Verlauf von fünf Tagen (am 9. Februar) hatte dieselbe bereits eine provisorische Regierung für „die konföderirten Staaten von Amerika" (Confederate States of America) angenommen, und innerhalb fünf Wochen (am 11. März) war schon eine permanente Konstitution entworfen und vollendet, die im Wesentlichen ein Nachbild der Konstitution der Vereinigten Staaten war, folgende Punkte ausgenommen: Der Präsident und der Vicepräsident werden auf sechs Jahre gewählt, der Präsident darf aber nicht wiedergewählt werden, so lange er im Amte ist; mit Ausnahme seiner Minister kann der Präsident keine öffentlichen Beamten ihres Amtes entsetzen, ohne solche Entsetzungen vor dem Senate zu motiviren; die verschiedenen Mitglieder des Ministeriums oder die Vorsteher einzelner wichtiger Departements erhielten Zutritt zum Kongreß und durften jede Maßregel diskutiren, die in ihr respektives Fach einschlug. Diese Anordnungen können in der That Verbesserungen der alten Bundeskonstitution genannt werden. Außerdem bestimmte aber die südliche Konstitution noch: „Es sollen keine Prämien von der allgemeinen Schatzkammer bewilligt, noch Zölle auf Importen gelegt werden, um dadurch irgend einen Zweig des Gewerbfleißes zu schützen oder zu befördern (Artikel I. Abschnitt 8). Die Bürger eines jeden Staates sollen das Recht haben, durch irgend einen Staat der Konföderation mit ihren Sklaven zu reisen, oder sich daselbst aufzuhalten, und das Recht des Eigenthums an ihren Sklaven soll dadurch nicht beeinträchtigt werden. Flüchtige Sklaven sollen überall in der Konföderation an ihre rechtmäßigen Eigenthümer ausgeliefert werden, sobald letztere sie zurückfordern. Wenn die konföderirten Staaten neue Territorien erwerben, so soll daselbst die Negersklaverei, wie sie in den konföderirten Staaten besteht, vom Kongreß und den betreffenden Territorialregierungen anerkannt und beschützt werden; auch sollen die Einwohner der verschiedenen Staaten und Territorien der Konföderation das Recht haben, ihre rechtmäßigen Sklaven nach besagten Territorien mitzunehmen (Artikel IV. Abschnitt 2 und 3). Vergl. Edward McPherson, „the Political History of the United States of America", S. 98 ff.

Am 9. Februar 1861 wurde Jefferson Davis vom südlichen

Kongresse einstimmig zum provisorischen Präsidenten der Konföderation erwählt und Alexander H. Stephens von Georgien zum Vicepräsidenten. Beide Männer, nachdem sie am 18. Februar in ihre Aemter eingeführt waren, bestätigte das südliche Volk später in denselben für den vollen Termin von sechs Jahren. So gering und unbedeutend man längere Zeit über Abraham Lincoln dachte, so hoch schätzte man im ganzen Süden Jefferson Davis. Er besaß das unbegrenzte Vertrauen seiner Anhänger, und nur erst gegen das Ende der Rebellion erhoben sich laute und einflußreiche Stimmen im Süden gegen ihn. Als im Frühjahr 1861 der Gouverneur Claiborne F. Jackson und die Mehrzahl der Legislatur von Missouri, in der ich selbst damals, der republikanischen Partei angehörend, die Stadt Saint Louis vertrat, sich bemühten, den Staat Missouri aus der Union zu bringen, erklärte z. B. der Senator Peyton (später ein Mitglied des Rebellenkongresses) in gemeinsamer Sitzung beider Häuser der Gesetzgebung von Missouri unter dem stürmischen Beifall seiner Partei: „Jefferson Davis gleicht dem königlichen Adler, der sich bis zur Sonne emporschwingt, ihm gegenüber wird und muß sich Abraham Lincoln wie eine scheue, elende Eule in den dunkelsten Winkel verkriechen." Alexander H. Stephens, der längere Zeit der Sezession stark opponirt hatte, war als Vicepräsident der südlichen Konföderation oft weniger zurückhaltend, meistens aber viel ehrlicher, als Jefferson Davis. Er schilderte in einer Rede, die er nach dem 18. Febr. 1861 zu Savannah in Georgien hielt, den Bund der Südstaaten in ungeschminkter Weise als eine politische Verbindung gegen die Gleichberechtigung der Menschen. Er tadelte Thomas Jefferson und die hervorragenden Staatsmänner zur Zeit der Gründung der Union als unpraktische Idealisten, welche den groben Irrthum begingen, die Gleichheit der Menschen zu proklamiren. „Es war ein auf Sand gebautes Fundament," sagte er, „worauf unsre alte Regierungsform errichtet war; als der Sturm kam, fiel sie um. Unsere neue Regierung beruht auf geradezu entgegengesetzten Prinzipien; ihre Grundlagen sind sicher gelegt; sie ruhen mit ihrem Eckstein auf der großen Wahrheit, daß der Neger dem Weißen nicht ebenbürtig ist, daß Sklaverei, d. h. Unterordnung der niederen unter die höhere Race, ein naturgemäßer und normaler Zustand ist. Diese große physische, philosophische und moralische Wahrheit bildet die Basis unserer neuen Regierung. Der Stein, den die ersten Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein in unserem neuen Gebäude geworden. Man hat die Frage an mich gerichtet, was die Zukunft bringen werde; einige befürchten, daß wir die ganze civilisirte Welt gegen

uns aufgebracht haben. Es ist mir gleichgültig, wie stark unsere Gegner sein mögen, — da wir auf den ewigen Prinzipien der Wahrheit stehen, müssen und werden wir triumphiren" (when we stand upon the eternal principles of truth, we are obliged to and must triumph). Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. I. S. 416 ff.

Die Inauguralrede von Jefferson Davis war, wie selbst Horace Greeley zugesteht, ein wohldurchdachtes, staatsmännisches Dokument; er nahm darin wesentlich den Standpunkt Calhoun's ein, indem er die Union für einen einfachen „Vertrag" (a league), eine „Allianz" (alliance) erklärte und die Bundesregierung als einen „Agenten" (agent) bezeichnete, durch den die einzelnen souveränen Staaten z. B. auch mit dem Auslande (with foreign nations) verkehrt hätten. Auf die Stellung der Konföderation übergehend sagte er: „Wir haben gewagt, die Stellung einer vollkommenen Unabhängigkeit einzunehmen, und wir müssen dieselbe mit Festigkeit behaupten, sollten uns auch viele Jahre des Kampfes mit unsern nördlichen Nachbarn, mit denen wir noch vor kurzem so eng verbunden waren, bevorstehen." Er lehnte die Verantwortlichkeit für den etwa bevorstehenden Krieg von sich und der südlichen Konföderation entschieden ab, sprach aber doch die Erwartung aus, daß der südliche Kongreß neben der Miliz für die Herbeischaffung einer Seemacht sorgen und „eine gutgeübte und wohldisciplinirte Landmacht ins Leben rufen werde, die den Friedensfuß überstiege."

Am 11. Februar 1861 nahm Abraham Lincoln in einer rührenden Rede von seinen Freunden zu Springfield in Illinois Abschied, um seine Reise nach Washington, die nicht ohne große Gefahren war, anzutreten. Das Volk drängte sich in hellen Haufen überall an die Stationen, wo der Spezialeisenbahnzug anhielt, mit welchem er in Begleitung seiner Familie und einiger weniger Freunde über Indianapolis, Cincinnati, Columbus, Pittsburg, Cleveland, Erie, Buffalo, Albany, New-York, Trenton, Newark, Philadelphia, Lancaster und Harrisburg nach Osten dem „weißen Hause" zueilte. Er wurde überall als das Oberhaupt eines freien Volkes empfangen und geehrt, und seine ungekünstelten und ungesuchten Antworten, die er tagtäglich auf die an ihn gerichteten Begrüßungsreden gab, bewiesen, daß er die blutige Wendung der National-Verwickelungen nicht für absolut unvermeidlich hielt. Da ihm sichere Kunde wurde, daß es bei seiner Durchreise durch Baltimore zu Unruhen und zum Blutvergießen kommen würde, passirte er diese Stadt im Geheimen und kam in Washington zu einer Zeit an, wo man ihn noch auf der Abreise von Harrisburg wähnte.

Der Morgen des 4. März brach kalt und trübe über Washington

an, den Tag hindurch leuchtete aber die Sonne hell und warm. Wiederholt wurden Drohungen ausgestoßen, daß Lincoln nie seinen Amtseid schwören sollte, daß er, wenn sich vorher keine Gelegenheit dazu fände, während des Inaugurationsaktes selbst ermordet werden würde. Allein der alte General-Lieutenant Scott hatte mit einer Anzahl uniformirter Milizsoldaten und etwa 1000 Mann regulärer Truppen die besten Vorsichtsmaßregeln getroffen. In Gegenwart der Mitglieder der National-Gesetzgebung, des obersten Gerichtshofes und des diplomatischen Corps wurde Abraham Lincoln auf dem schönen und geräumigen Porticus des Kapitols, der nach Osten hin liegt, durch den Senator Edward D. Baker aus Oregon der versammelten Menge vorgestellt. Etwa der vierte Theil der gegen 30,000 Menschen betragenden Versammlung empfing ihn mit lauter und freudiger Begeisterung. Nachdem die Stille hergestellt war, las Lincoln mit fester und klarer Stimme der lauschenden Menge seine Antrittsrede vor. Ebenso wenig, wie Jefferson Davis es gethan, stieß Abraham Lincoln in seiner Inauguraladresse in die Kriegstrompete. Beide scheuten sich vor der furchtbaren Verantwortlichkeit, den Krieg thatsächlich begonnen und erklärt zu haben. In manchen Punkten äußerte sich der neue Präsident entschieden milde, wenn nicht geradezu schwach, so namentlich hinsichtlich der „Invasion" der ausgeschiedenen Staaten durch die Bundesregierung; die beste Stelle der ganzen Adresse war zweifelsohne diejenige, worin er das Hauptsezessionsdogma, daß die Union ein im Jahre 1787 abgeschlossener Kontrakt (contract) sei, unumwunden leugnete und als unhaltbar zurückwies. Diese Stelle lautete also: „Wenn die Vereinigten Staaten keine wahrhafte einheitliche Regierung (a government proper) bilden, sondern nur eine vertragsmäßige Assoziation von Staaten (an association of States in the nature of contract merely), kann die Union selbst dann aufgelöst werden von weniger als allen Parteien, welche sie machten? Eine Partei kann einen Kontrakt verletzen, ja selbst brechen, — erfordert es aber nicht alle dabei Betheiligten, um einen Kontrakt gesetzmäßig aufzuheben? Von diesen allgemeinen Grundsätzen ausgehend, gelangen wir zu der Annahme, daß von einem gesetzmäßigen Standpunkte aus die Union beständig (perpetual) ist, und dies wird durch ihre Geschichte noch mehr bestätigt. Die Union ist viel älter, als die Konstitution. Sie wurde thatsächlich durch die Artikel der Vereinigung im Jahre 1774 gebildet, sie wurde gereift und fortgesetzt in der Unabhängigkeitserklärung von 1776. Sie wurde weiter gereift, und die Treue der damaligen dreizehn Staaten wurde ausdrücklich und feierlich verpfändet (expressly plighted and engaged), daß sie permanent sein sollte, durch die Konföderation

von 1778; und schließlich war es im Jahre 1787 einer der ausgesprochenen Zwecke, wozu die Konstitution erlassen und eingeführt wurde: eine vollständigere Union zu bilden (to form a more perfect Union). Wenn aber die Zerstörung der Union durch einen einzigen Staat oder durch einen Theil der Staaten gesetzlich möglich ist, so ist die Union schwächer und weniger werth, als die alte Konföderation, und die Konstitution hat das verloren, was ihr wahre Lebenskraft verleiht, das Element der Beständigkeit (the vital element of perpetuity). Aus diesen Betrachtungen folgt, daß kein Staat aus eigener Willkür gesetzlich aus der Union ausscheiden kann, daß dahin zielende Beschlüsse und Ordinanzen gesetzlich nichtig, und daß Gewalthandlungen innerhalb eines einzelnen Staates oder mehrerer Staaten, je nach den Umständen, rebellisch oder revolutionär sind. Ich betrachte daher, Angesichts der Konstitution und der Gesetze des Landes, die Union als nicht aufgelöst, und werde — so weit meine Macht reicht und wie die Konstitution es mir ausdrücklich zur Pflicht macht, dafür Sorge tragen, daß die Gesetze der Union in allen Staaten gewissenhaft vollzogen werden. Indem ich dies thue, erachte ich es nur für eine einfache Pflicht meinerseits, der ich, so weit es ausführbar ist, vollständig nachkommen werde, es sei denn, daß meine rechtmäßigen Herren — das amerikanische Volk — (my rightful masters, the American people) mir die dazu nöthigen Mittel versagen oder auf einem andern maßgebenden Wege das Gegentheil anordnen." Das amerikanische Volk hat aber Abraham Lincoln auch in den schwersten Stunden nicht verlassen, es gab ihm, so oft er es auch forderte, bereitwillig Gut und Blut.

„Auch in physischer Beziehung," bemerkte Lincoln noch treffend in seiner Inauguraladresse, „können wir uns nicht trennen — wir können unsere bezüglichen Sektionen nicht von einander entfernen, noch können wir eine unübersteigliche Mauer zwischen ihnen errichten. Ein Gatte und sein Weib können getrennt werden, sodaß sie einander nicht sehen und nicht in Berührung kommen, aber die verschiedenen Theile unseres Landes können dies nicht thun. Sie müssen einander von Angesicht zu Angesicht gegenüber bleiben und entweder einen freundschaftlichen oder feindlichen Verkehr unterhalten. Die höchste Anarchie ist der Kern der Sezession" (the central idea of secession is the essence of anarchy). —

Abraham Lincoln hielt, wie Horace Greeley richtig bemerkt, seine Antrittsrede für einen dargebotenen Oelzweig, den der Süden anzunehmen nicht umhin könnte; aber die Häupter der Sezession erblickten darin nur

eine Herausforderung zum Kriege. Nachdem der neue Präsident den Amtseid in die Hände des Oberrichters Taney abgelegt hatte, begaben sich die beiden Präsidenten, Lincoln und Buchanan, nach dem „weißen Hause", wo der letztere von dem ersteren Abschied nahm und sich nach der Wohnung des von ihm zum Vereinigten Staaten Distriktsanwalt ernannten Robert Ould begab, der, obschon aus Maryland gebürtig, doch bald darauf nach Richmond entfloh und in die Dienste der Rebellen eintrat. —

Am 14. April 1861 war Fort Sumter nach einer heldenmüthigen Vertheidigung durch Major Anderson an General Beauregard übergeben worden. Diese Nachricht rief im ganzen Norden die größte Aufregung hervor, und Präsident Lincoln erließ unmittelbar darauf, am 15. April, eine Proklamation, in der er von den verschiedenen Staaten 75,000 Mann Milizsoldaten forderte und den Kongreß zum 4. Juli nach Washington City zusammenberief, „um solche Maßregeln zu treffen, als nach den Ansichten der Volksrepräsentanten für die öffentliche Sicherheit und das allgemeine Wohl nothwendig wären." Selbstverständlich erblickte Lincoln in dem Angriffe auf Sumter die thatsächliche Eröffnung des Krieges von Seiten des Südens.

Als Antwort auf diese Proklamation richtete Jefferson Davis am 29. April eine Botschaft an seinen, damals noch in Montgomery tagenden Kongreß. Mit einer eigenthümlichen Doppelzüngigkeit erklärte er, sich auf Thomas Jefferson berufend, daß Lincoln durch seine Proklamation vom 15. April der südlichen Konföderation den Krieg erklärt habe. „Lincoln," behauptete er, „habe hierzu kein gesetzliches Recht." Die Konföderirten aber hätten in keiner Weise gesetzwidrig gehandelt, indem sie die in den Südstaaten befindlichen Forts, Arsenale, Waffen, Zollhäuser, Münzen, Unterschatzämter u. s. w. wegnahmen. — Nach Jefferson Davis' Ansicht wäre es mithin, um mit Horace Greeley zu reden, Lincoln's feierliche Pflicht gewesen, sich ganz ruhig zu verhalten, während die Südstaaten, deren drittes Wort immer war: „we only ask to be let alone," sich mit Bomben und Granaten in den Besitz von irgend einem Theile des Eigenthums der Vereinigten Staaten setzten, der ihnen gerade zusagte.

Der 37. Kongreß trat unterdessen am 4. Juli zusammen und Lincoln schickte demselben eine Botschaft, in der er sich würdig und maßvoll gegen die Berechtigung der Sezession aussprach, den ganzen Streit zwischen dem Norden und dem Süden für einen Kampf zwischen aristokratischer Anmaßung und wahrhaft demokrati-

scher Volksfreiheit erklärte, und mit prophetischer Ueberzeugung den endlichen Sieg der republikanischen Freiheit verkündete.

„Die Rebellen," sagte das Haupt der Union, „haben dem Lande keine andere Wahl gelassen, als: unverzügliche Auflösung der Union oder Blut (immediate dissolution or blood). Das in Frage gestellte Prinzip geht nicht allein die Vereinigten Staaten, es geht in der That die ganze Menschheit an. Es handelt sich nämlich um die Frage, ob eine konstitutionelle Republik oder Demokratie — a government of the people by the same people — ihr Ländergebiet gegen einheimische Feinde unverletzt behaupten kann, oder ob unzufriedene Individuen, zu gering an Zahl, um nach dem organischen Gesetze (according to organic law) die Administration zu kontrolliren, unter irgend einem Vorwande, wie im vorliegenden Falle, oder ganz ohne Vorwand und in reiner Willkür ihre Regierung auflösen und so einer jeden freien Regierung in der Welt faktisch ein Ende machen können. Auch drängt sich uns die Frage hier auf: sind alle Republiken mit dieser fatalen Schwäche behaftet? Muß eine Regierung nothwendig für die Freiheit ihres eigenen Volkes zu stark, oder muß sie zu schwach sein, um ihre eigene Existenz zu behaupten?" — Lincoln verlangte dann, um seine Pflicht thun zu können, wenigstens 400,000 Mann Soldaten und 400 Millionen Dollars. Hinsichtlich der von den Rebellen aufgestellten Souveränetätslehre sagte er: „Die Staaten haben ihren Status, d. h. ihre Existenz als Staaten, in der Union; einen andern gesetzlichen Status haben sie nicht. Wenn sie sich von diesem loslösen, so können sie dies nur gesetzwidrig oder auf revolutionärem Wege thun. Die Union errang ihre Unabhängigkeit und Freiheit, nicht thaten dies die Staaten in ihrer Einzelheit. Die Union gab durch Kauf oder Eroberung einigen Staaten alle Unabhängigkeit und Freiheit, die sie besitzen. Die Union ist älter, als irgend einer von allen Staaten, ja, sie rief sie erst als Staaten ins Leben. Ursprünglich bildeten einige abhängige Kolonien die Union; die Union ihrerseits vernichtete diese alte Abhängigkeit und machte die Staaten zu dem, was sie sind. Kein einziger Staat hat jemals eine von der Union unabhängige Staatskonstitution besessen." Ueber die richtige Theilung der Gewalt zwischen den Einzelstaaten und der Bundesregierung sagte er: „Was dem Ganzen gehört, sollte dem Ganzen, der Generalregierung, überlassen bleiben; was aber dem Einzelstaate allein gehört, sollte auch ausschließlich diesem Einzelstaate überlassen werden. Hiermit ist das ganze ursprüngliche Prinzip ausgesprochen. Es ist jetzt nicht die Frage, ob die National-Konstitution die Grenzen zwischen dem Bundesstaat und den Einzelstaaten immer mit richtiger Genauigkeit

(with exact accuracy) gezogen hat. Gegenwärtig ist die gezogene Grenzlinie für Alle bindend, darüber kann kein Zweifel herrschen. Wogegen wir jetzt ankämpfen ist das falsche Prinzip, daß die Sezession sich mit der Bundeskonstitution verträgt, daß sie gesetzlich und friedlich ist." Dann gab Lincoln in kurzen Zügen eine meisterhafte Charakteristik des ganzen Kampfes, wie er in seinem Anfange, ehe die Emanzipation der Sklaven zur Sprache kam, war. „Unsere Gegner," sagte er, „haben einige Erklärungen über Unabhängigkeit adoptirt, worin sie indessen, im Unterschiede von der guten, alten, von Thomas Jefferson entworfenen Unabhängigkeitserklärung, die Worte ausließen: ‚alle Menschen sind von Geburt gleich.' Warum geschah dies? Sie haben eine temporäre National-Konstitution angenommen, worin sie die in unserer guten, alten Konstitution, die von Washington unterzeichnet ward, gebrauchten Worte: ‚Wir, das Volk' wegließen und dafür setzten: ‚Wir, die Abgeordneten der souveränen und unabhängigen Staaten.' Warum geschah dies? Warum werden die Menschenrechte und die Autorität des Volkes so recht absichtlich und ganz und gar unberücksichtigt bei Seite gelassen? Der obschwebende Streit ist seinem innersten Wesen nach ein Krieg für die Rechte des Volkes. Auf der Seite der Union ist es ein Kampf für die Erhaltung der Regierungsform, deren großer Endzweck die Hebung und Besserung der Lage aller Menschen ist, deren Streben darauf gerichtet ist, unnatürliche Lasten von gebeugten Schultern zu nehmen, edlen Bemühungen den Weg zu ebnen und allen Menschen für die Verfolgung ihrer verschiedenen Lebenszwecke günstige Gelegenheit und volle Freiheit zu gewähren. — Es freut mich sehr, daß ich Ursache zu glauben habe, daß das Volk, der gemeine Mann, dieses vollkommen versteht. Es ist eine beherzigenswerthe Thatsache, daß, während viele Offiziere in der Armee und der Marine die Regierung in der Stunde der Gefahr verließen und die Hand, die sie gepflegt hatte, verriethen, — kein einziger gemeiner Soldat oder Matrose seiner Fahne ungetreu geworden ist. Große Ehre gebührt den Offizieren, welche der Regierung ergeben blieben trotz des Beispieles ihrer verrätherischen Kameraden; aber noch größere Ehre verdient die einmüthige Festigkeit der gemeinen Soldaten und Matrosen. So weit es bekannt ist, haben sie bis auf den letzten Mann den verrätherischen Anstrengungen Derjenigen erfolgreich widerstanden, deren Befehlen sie noch vor kurzer Zeit unbedingt folgten. Dies ist der patriotische Instinkt des gemeinen Volkes, welches ohne alle Beweise begreift, daß die Zerstörung der von Washington gegründeten Regierung ihm kein Heil verleiht. — Unsere dem Volkswillen entsprungene und auf

dem Volkswillen beruhende Regierungsform*) ist oft ein Versuch (an experiment) genannt worden. Zwei der in diesem Versuche involvirten Punkte sind von unserem Volke bereits gelöst und als möglich festgestellt worden: die erfolgreiche Begründung (the successful establishing) und die erfolgreiche Führung (the successful administering) dieser Regierungsform. Es liegt nun schließlich drittens dem Volke die Pflicht ob, der Welt den Beweis zu liefern, daß Diejenigen, welche mit Ehren in einer Wahl siegen können, auch im Stande sind, eine Rebellion zu unterdrücken, daß die Wahlurne die rechtmäßige und friedliche Nachfolgerin blutiger Schlachten und daß, wenn ein Sieg mit ehrlichen Mitteln an der Urne erfochten ist, eine Appellation an das Schlachtfeld am unrechten Platze und ohne Erfolg bleibt, daß ein Wahlsieg nur eine Berufung an die Urne bei der nächsten Wahl zuläßt. Die wichtige Lehre wird aus der Unterdrückung dieser Rebellion hervorgehen, daß, was sich nicht durch eine Wahl gewinnen läßt, auch nicht durch Krieg gewonnen werden kann, — daß es eine Thorheit für Alle ist, seine Zuflucht zum Kriege zu nehmen" (teaching all the folly of being the beginners of a war). Möchten auch manche europäische Machthaber, in deren Händen bis jetzt noch die Macht zum Kriege oder zum Frieden liegt, möchte namentlich der bekannte Mann, der blutbefleckte Despot an der Seine dieses Ausspruches des großen und edlen Bürgerpräsidenten, Abraham Lincoln's, gedenken!

Die Botschaft schloß mit folgenden ergreifenden und denkwürdigen Worten: „Die Exekutive hat es schmerzlich bedauert, daß sie sich gezwungen sah, zur Erhaltung der Regierung ihre Zuflucht zu den Waffen zu nehmen. Sie mußte es aber thun, oder es war um die Regierung geschehen. Ein von den öffentlichen Dienern (public servants) in diesem Falle eingegangener Kompromiß, wäre kein Heilmittel gewesen; wohl sind Kompromisse zuweilen an ihrem Platze, aber keine auf dem Volkswillen basirte Regierungsform kann lange mehr bestehen, wenn ihr sofortiger Untergang nur durch das

*) Wie sehr Abraham Lincoln von der Thatsache überzeugt war, daß die Institutionen der nordamerikanischen Republik von dem Willen des Volkes abhangen, geht aus vielen Stellen seiner Botschaften, Reden, Briefe u. s. w. unzweifelhaft hervor. Wir verweisen hier nur noch auf eine Stelle seiner Inauguraladresse, worin er mit klaren Worten dem Volke auch das Recht zur Revolution vindicirt. „This country," sagt er daselbst, „with its institutions, belongs to the people, who inhabit it. Whenever they shall grow weary of the existing Government, they can exercise their constitutional right of amending it, or their revolutionary right to dismember or overthrow it.

Aufgeben von Prinzipien, um die es sich bei einer wichtigen Wahl handelte und die vom Volke in der Wahl siegreich anerkannt wurden, vermieden werden kann. Nur das Volk, nicht seine Diener, kann ohne Schaden seine Aussprüche widerrufen (the people themselves, and not their servants, can safely reverse their own deliberate decisions). Die Exekutive hätte als Privatmann nie ihre Einwilligung geben können, daß unsere Regierungsform über den Haufen geworfen würde; sie konnte noch viel weniger das große und heilige Vertrauen, welches das freie Volk der Republik auf sie setzte, mit falschem Verrathe lohnen. Sie fühlte, daß sie kein moralisches Recht hatte, vor der Zukunft zurückzuschrecken, selbst auf Gefahr des eigenen Lebens. Ihrer schweren Verantwortlichkeit wohl bewußt, hat sie bisher gethan, was sie für ihre Pflicht hielt. Sie, die Abgeordneten des Volkes, werden nun nach Ihrem besten Wissen und Gewissen thun, was die Pflicht von Ihnen erheischt. Die Exekutive hofft aufrichtig, daß Ihre Ansichten und Handlungen so mit den ihrigen harmoniren werden, daß alle treuen Bürger, deren Rechte angetastet worden sind, sich für vollkommen versichert halten, daß sie gewiß und bald wieder in dieselben eingesetzt werden unter der Konstitution und den Gesetzen des Landes. Nachdem wir so ohne Falsch und mit redlicher Absicht die Bahn unserer Pflicht betreten haben, lassen Sie uns unser Vertrauen auf die göttliche Allmacht erneuern und wie Männer, ohne Furcht und Zagen, entschlossen vorwärts gehen!"

Es ist nun aber durchaus nicht unsere Aufgabe, hier eine Geschichte der Rebellion und des Sezessionskrieges zu geben; wir haben es vielmehr nur mit der Darstellung der verschiedenen politischen Parteien in der nordamerikanischen Union zu thun. Da nun während der Präsidentschaft Abraham Lincoln's die republikanische Partei durchweg am Ruder blieb, alle demokratischen Parteischattirungen aber gegen diese nahezu ganz verschwanden, so können wir uns, so weit das uns gesteckte Ziel in Frage kommt, mit der Schilderung der Präsidentschaftszeit Lincoln's fernerhin sehr kurz fassen. —

Es ist wohl hinlänglich bekannt, daß der legitime und thatsächliche Gegenstand des Kampfes im Anfange des Sezessionskrieges nicht die Abschaffung der Sklaverei war, sondern die Erhaltung der Union und die Erzwingung des Gehorsams gegen die Konstitution. „Our Union and Constitution for ever!" — Das war der Ruf, womit die Unionskämpfer zuerst in die Schlacht zogen. Es handelte sich für den Norden zunächst um seine Institutionen und seine nationale

Existenz; und man kann, dünkt uns mit Reinhold Solger, in der Welt kaum einen ernsthafteren, gerechteren, in jeder Beziehung genügenderen Grund, sich zu schlagen, haben, als diesen. Die Abschaffung der Sklaverei war mehr Mittel, als Zweck. Daß die Sklaverei allen Kulturobjekten des amerikanischen Volkes, und gerade denjenigen Objekten, wozu es sich seine Institutionen gegeben hatte, als Hemmschuh in den Weg trat, ja, daß sie die nationale Existenz des amerikanischen Volkes bedrohte und angriff, — dies Alles ist unzweifelhaft wahr und geht hoffentlich aus dem oben Gesagten zur Genüge hervor; dennoch dauerte es eine lange Zeit, bevor die Mehrheit dieses amerikanischen Volkes die genannte und jetzt auch in Amerika allgemein anerkannte Wahrheit einsah. Das alte Nosce te ipsum gilt nicht bloß von Individuen, es gilt auch von Völkern, und das bekannte Wort: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort, — vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage“ fand hinsichtlich der Sklaverei auch in den Vereinigten Staaten seine volle Anwendung. Es war nicht bloß der oft rohe Egoismus der Massen, sondern auch oft die geärgerte und durch den Aerger wild gewordene politische Praxis, welche blind gegen „die sentimentalen Humanitätstheorien“ des Abolitionismus reagirte und von dem „ewigen Nigger“ nichts wissen wollte. Das amerikanische Volk mußte erst eine tüchtige Bluttaufe erhalten, bevor es in seiner Mehrheit aus praktisch-politischen Gründen die Emancipationsfrage nicht nur als eine heilige Angelegenheit für den Menschenfreund, sondern auch als eine Nothwendigkeit für den klarblickenden Patrioten ansah und behandelte. Selbst Lincoln und die Majorität der republikanischen Partei kamen erst allmählig zu der Einsicht, daß die Sklaverei unter allen Umständen möglichst schnell und gründlich zum Heile der ganzen Nation fallen müsse. Wenn nun aber Europäer — Deutsche — den Amerikanern daraus einen Vorwurf machen wollen, daß sie hinsichtlich der Sklaverei erst so spät zur richtigen Einsicht gekommen sind, so wird uns, wenn wir die europäischen — deutschen — Verhältnisse betrachten, wohl die Bemerkung freistehen, daß diese tadelsüchtigen Europäer — Deutsche — wohl den Splitter in dem Auge des Nächsten bemerken, den Balken in ihrem eigenen aber nicht sehen. Hat nicht erst, um von den Zuständen anderer Völker Europa's zu schweigen, der Krieg vom Jahre 1866 die Möglichkeit einer Einheit — von Freiheit kann einstweilen noch nicht so sehr viel die Rede sein — Deutschlands näher gerückt? Wird nicht der Mann von „Blut und Eisen“ von der großen Majorität des norddeutschen Reichstags als der Messias der Einheit Deutschlands in allen Tonarten gepriesen? Es ist geradezu Ignoranz oder Eitelkeit

oder auch Bosheit, wenn man die Amerikaner dafür tadeln will, daß sie um des Negers willen allein keinen Krieg unter sich zu führen wünschten, und daß sie später, beim Kriege, zunächst sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten, und nicht um des Negers Angelegenheiten, schlagen wollten. Die Antwort des Südens auf Lincoln's Erwählung zum Präsidenten der Union war der Abfall der südlichen Staaten, aber dies war nicht Alles; die Versuche Buchanan's und der sogenannten Versöhnungs- oder Friedenspartei (peace partie) gingen dahin, die gesetzmäßig siegreiche republikanische Platform direkt oder auf Umwegen umzustürzen. Es handelte sich, wie Lincoln in seiner Botschaft vom 4. Juli 1861 klar genug andeutete, um das ganze Prinzip der republikanischen Unionsverfassung, um die Möglichkeit, bei einem gewaltigen innern Konflikt eine solche Verfassung durchzuführen, um die Gültigkeit und praktische Anerkennung der stattgefundenen allgemeinen Abstimmung.*) In mancher Beziehung traten die scheinbar gutgemeinten Versöhnungsprojekte gewisser Politiker der Verfassung der Vereinigten Staaten näher ans Leben, als die offene Sezession. Diese wollte offenbar nur für sich ein Entgehen der Konstitution, ein Losreißen von der Union; jene Versöhnungsprojekte aber rüttelten an den Grundbestimmungen der Verfassung selbst und drohten den gesetzlichen Lebensnerv der Republik nicht bloß für den Süden, sondern auch für den Norden der Union zu ertödten. Wie jede große Nation, birgt auch die nordamerikanische Union verschiedene feindliche

---

*) In der zweiten Session des 37sten Kongresses wurde am 16ten Dezember 1862 eine Bill eingebracht, welche die Aushebung von Freiwilligen zum Schutze von Kentucky beantragte. Bei dieser Gelegenheit wurden die Ursachen des Krieges auf Grund der oben erwähnten Botschaft Lincoln's von verschiedenen Rednern ausführlich besprochen. So sagte z. B. der Abgeordnete Hendrick B. Wright von Pennsylvanien: „Der Krieg wird zur Aufrechthaltung der Konstitution und der Landesgesetze, zur Ehre unsrer Fahne, und nicht für die Emanzipation der Neger geführt. Wenn man aber das Verlangen und die Absicht hat, den Krieg der Emanzipation wegen zu führen, so kann ich den Herren, die den Neger so warm ans Herz drücken, sagen, daß sie dies auf die Gefahr der Fortdauer und der Existenz unserer Regierungsform hin thun." Aehnlich sprach der Kollege Wright's, John Hickman. „Nach meiner Ansicht," sagte er, „ist der Mann, welcher nicht die Sicherheit der Konstitution weit, weit über die Sicherheit der Negersklaverei stellt, in keiner Weise fähig, weder an der Spitze der Regierung, noch an der Spitze der Armee zu stehen, noch überhaupt eine halbwegs wichtige Stellung zu bekleiden. There is but one sentiment which an American patriot can own: that is, that the American Constitution, the American Union, and American institutions, are superior to and above everything else, including local institutions of a peculiar character or the safety of any local people." —

Elemente in ihrem Schooße, die im Laufe der Zeit ähnlich, wie die Sklavereifrage es gethan, einen Höhepunkt erreichen können, wo der Bestand der Nation, der Republik, durch sie in Frage kommen kann. Was würde man, wenn die Versöhnungs- und Kompromißpolitiker im Jahre 1861 den Sieg davon getragen hätten, gesagt und gethan haben, wenn diese feindlichen Elemente eines Tages in einer oder der andern Weise Unabhängigkeitserklärungen versucht hätten, wie es die Sezessionisten thaten? War das Prinzip der Nachgiebigkeit erst einmal bei dem ersten Falle zugelassen, trat man ohne Schwertschlag zurück, weil die Sondermacht der Sezessionisten oder deren Freunde zu stark war, um sich ohne die energischsten und furchtbarsten Anstrengungen bezwingen zu lassen, so konnte oder mußte vielmehr jeder folgende Versuch, den Landesgesetzen gegen offene Lossagung oder widerrechtlichen partikulären Bestrebungen Achtung zu verschaffen, als bloße Gewaltthat gegen den Schwächeren erscheinen. Es gab daher nur ein Mittel, die Auflösung der Republik in vollkommene Anarchie zu verhindern, und dieses bestand darin, eingedenk des Spruches „principiis obsta" sogleich den ersten Fall als Exempel zu statuiren, daß die Republik sich vor der Anarchie auch in ihrer furchtbarsten Gestalt nicht fürchtete, und in jedem Falle lieber ihre Existenz, als ihre Prinzipien, daran setze. Die Sezession und die grundsatzlosen Versöhnungsversuche boten einen Prüfstein der Kraft und der Gesundheit der Republik, nichts Anderes. Wenn die nordamerikanische Republik sich dereinst, nachdem sie ihren weltgeschichtlichen Beruf vollbracht hat, altersschwach zur Ruhe setzt, dann wird man ihr etwas Aehnliches noch einmal bieten können, und zwar ungestraft; vorher nicht wieder. Mit der Bewahrung der Achtung vor ihren republikanischen Institutionen hing selbstverständlich die Erhaltung der Union zusammen. Es ist dieselbe Frage, welche — mutatis mutandis — Deutschland so viel zu schaffen gemacht hat und noch immer zu schaffen macht, nämlich, ob ein auf freiheitlicher Rechtsbasis gegründeter Bundesstaat oder ein durch willkürliche Machthandlungen geschaffener Staatenbund ins Leben gerufen werden soll.

Der nächste Gegenstand des Krieges mit dem rebellirenden Süden war also nicht die Sklaverei, sondern die Aufrechterhaltung der Institutionen und der Integrität des Bundes, der Union, die Frage der Existenz und Lebensfähigkeit sowohl der republikanischen Selbstregierung wie der amerikanischen Nationalität. Noch im Jahre 1863 rief selbst der rebellenfreundliche Senator Garret Davis von Kentucky im Bundessenate aus: „Away with this nonsense, that slavery has been the cause of

the war.“ Nicht nur aus Motiven der politischen Klugheit bei der Regierung, sondern auch aus Motiven der politischen Weisheit im Volke durften die Amerikaner sich nicht untereinander schon im Jahre 1861 um des Negers willen zerfleischen. Daß die Objekte des Krieges, die in den Hauptpunkten mit den tiefinnersten Zwecken der ganzen staatlichen und nationalen Institutionen der Union zusammenfielen, zuletzt nicht erreicht werden konnten, ohne die Sklavenstaaten in freie Staaten zu verwandeln, sahen — wie bereits erwähnt — die Meisten zu Anfang des Sezessionskrieges noch nicht ein; sie mußten erst durch die Unerbittlichkeit der Thatsachen successive dazu herangezogen werden. Es war deshalb viel klüger von Lincoln's Administration, wenn sie dabei nur langsam und umsichtig den Thaten nachhalf, als wenn sie selbst von vornherein sich als Partei der Partei gegenübergestellt hätte. Daß aber Lincoln die Frage der Sklaverei mit dem Herzen ergriffen hatte und einen wirklichen, innern Abscheu gegen das Institut und seine Scheußlichkeiten hegte, das ist bei den verschiedensten Gelegenheiten oft genug in spontanen Ausdrücken voll ungesuchter Wärme seinerseits zum Vorschein gekommen. Um so mehr verdient der Mann als Staatsmann und Patriot unsere volle Bewunderung, daß er die kriegsdemokratische Partei, zu welcher die hervorragendsten Generale (Grant, Sherman, Meade, Sickles u. a.) und einflußreiche Politiker gehörten, Schritt vor Schritt wie einen scheuen Vogel durch eine scheinbare Gleichgültigkeit gegen die Sklavenfrage zu zähmen und mit der Emanzipationspolitik auszusöhnen wußte. Dennoch war dieses Verfahren schwerlich immer Berechnung, sondern vielmehr der schlaue, politische und gesetzliche Instinkt, der in Abraham Lincoln auf's Glücklichste nur die eigenste Natur und Gewohnheit des politisch reifen amerikanischen Volkes wiederspiegelt. Dazu kam noch, als nicht zu unterschätzendes Moment, das ernste, fast religiöse Pflichtgefühl, welches in dem ganzen anglo-sächsischen Volksstamme, vornehmlich aber in dem besseren Theile der amerikanischen Nation, lebt und welches Abraham Lincoln in hohem Grade beseelte. Vergl. The American Annual Cyclopaedia, of the year 1862. S. 289 und 295 ff.

In der Botschaft, womit Lincoln den 37. Kongreß bei seiner zweiten Sitzung am 3. Dezember 1861 begrüßte, wies er mit ernster Würde darauf hin, daß die Union von dem Auslande wenig oder gar keine Hülfe zu erwarten habe, und daß das amerikanische Volk in dem gewaltigen Bürgerkriege durch seine eigene Kraft und sein eigenes Pflichtgefühl siegen müsse. „It is not my purpose to review our discussions with foreign States; because whatever might be their wishes or dispositions, the integrity of our country and the stability of our Government mainly

depend, not upon them, but on the loyalty, virtue, patriotism, and intelligence of the American people.“ In derselben Botschaft spricht Lincoln von dem Verhältnisse der Arbeit zum Kapital; er warnt vor dem Irrthum, daß man letzteres höher schätze, als die erstere. Er will dem Kapitale allen nöthigen Schutz angedeihen lassen; er wünscht, daß beide immer mehr in das richtige Verhältniß zu einander treten möchten, ist aber entschieden der Meinung, daß die Arbeit das „Prius“ sei und daß sie niemals zur Sklavin des Kapitals herabgewürdigt werden dürfe. „Labor is prior to,“ sagte er, „and independent of capital. Capital is only the fruit of labor, and could never have existed if labor had not first existed. Labor is the superior of capital, and deserves the higher consideration.“ Damit erklärte er von national-ökonomischem Standpunkte aus der Sklaverei den Krieg und bereitete die arbeitende Klasse auf den Kampf mit der Sklaverei auf Tod und Leben vor. Daß er dagegen auch von den Arbeitern der Union verstanden wurde, beweist die Hingabe, womit gerade diese Klasse in den Kampf eilte und ihr Theuerstes für die Union und die Freiheit zum Opfer brachte. Der Arbeiterverein von New-York (the Workingmen's Association of New-York) ernannte ihn am 21. März 1864 zu seinem Ehrenmitgliede, eine Stellung, die Lincoln freundlich und dankbar annahm. Wie sehr er aber die Tragweite und volle Bedeutung des ausgebrochenen Krieges begriff, geht aus den Schlußworten der erwähnten Botschaft vom 3. Dez. deutlich hervor: „The struggle of to-day is not altogether for to-day; it is for a vast future also. With a reliance on Providence, all the more firm and earnest, let us proceed in the great task which events have devolved upon us.“

Am 6. März 1862 sandte Lincoln schon eine Botschaft an den Kongreß, worin er die „graduelle Aufhebung“ (gradual abolition) der Sklaverei befürwortete. Am 16. April desselben Jahres unterzeichnete er bereitwillig den Kongreßakt, welcher die Sklaverei im Distrikt Columbia abschaffte. Es ist erklärlich, daß um diese Zeit von den enragirten Emanzipationsfreunden innerhalb und außerhalb des Kongresses die äußersten Anstrengungen gemacht wurden, „eine sofortige und unbedingte Aufhebung der Sklaverei“ (an immediate and unreserved extinction of slavery) zu bewerkstelligen. Seit dem 17. Juli 1862 wurden infolge eines vom Präsidenten gebilligten Kongreßbeschlusses auch Neger im Kriegsdienste gegen die Rebellen verwandt. Nun steigerten sich noch die Forderungen, daß die Sklaverei allgemein abgeschafft werde. Im Kongresse erklärte namentlich Charles Sumner, daß der Neger sich auf dem

Schlachtfelde die Toga virilis, gefärbt mit seinem eigenen Blute, erworben habe und daß die Republik nicht geringer denken sollte, als wie nach Shakespeare König Heinrich V. am Tage der Schlacht von Azincourt dachte und sprach:

> „Wer muthig heut mit mir sein Blut vergießt —
> Er ist mein Bruder: sei er, wer er sei,
> Der heut'ge Tag soll adeln seinen Stand!“

„Impius ac crudelis est,“ rief er, „qui libertati non favet!“ — Horace Greeley richtete am 19. August in seinem einflußreichen Blatte, „the New York Tribune,“ einen offenen Brief an den Präsidenten, worin er mit der äußersten Entschiedenheit die sofortige Abolition der Sklaverei verlangte. Noch aber widerstand Lincoln. Er hielt die Zeit für noch nicht gekommen, wo die Mehrzahl der unionstreuen Bürger einen solchen Schritt billigen würde. In seiner Antwort auf das Schreiben Greeley's, welche vom 22. August datirt ist, sagte er, er stimme weder mit Denen überein, die die Union nur mit der Sklaverei erhalten wissen wollten, noch mit Denen, welche glaubten, die Union ohne Aufhebung der Sklaverei sei nicht werth, daß sie erhalten werde. Sobald er die Ueberzeugung gewonnen haben werde, daß die Union nur durch Abschaffung der Sklaverei gerettet werden könne, würde er demgemäß handeln. „I shall try to correct errors,“ schrieb er dem berühmten Journalisten und Politiker, „when shown to be errors, and I shall adopt new views so fast as they shall appear to be true views.“ Diese Zeit aber kam schnell genug heran, und Lincoln zögerte nicht, als treuer Diener des Volkes, der öffentlichen Meinung den entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Nicht, weil seine Partei es verlangte, sondern weil das Wohl des Vaterlandes es erheischte, erließ er am 22. September 1862 eine Proklamation, worin er die allgemeine Emanzipation der Sklaven, die sich in den von den Rebellen besetzt gehaltenen Landestheilen befanden, auf den 1. Januar 1863 festsetzte. Und zwei Tage später hob er, im Einklang mit der Konstitution (Artik. I. Abschnitt 9, § 2.), die Habeas-Corpus Akte, allerdings zunächst in beschränkter Weise, auf; erst am 15. September 1863 erfolgte die allgemeine Suspendirung dieses hochwichtigen, die persönliche Freiheit schützenden Gesetzes. Das vom Kongreß beschlossene Konfiskationsgesetz, welches den Titel trug „An act to punish treason and rebellion, to seize and confiscate the property of rebels, and for other purposes,“ hatte er schon zwei Monate früher, am 12. Juli, unterzeichnet, jedoch mit der ebenso humanen wie konstitutionellen Beschränkung, daß „eine Verurtheilung wegen Hochverraths weder Korruption des Blutes (corruption of blood), d. h. ge-

setzlich dauernde Schande für die Nachkommen des Verurtheilten, noch Vermögenskonfiskation, welche über das Leben des Verurtheilten hinaus wirke, zur Folge haben solle." Vergl. Constitution of the United States, article III. sect. 3. § 2.

Die traurigste Zeit des ganzen Sezessionskrieges liegt wohl unzweifelhaft zwischen den Niederlagen Burnsides bei Fredericksburg am 13. Dezember 1862 und Sherman's bei der versuchten Erstürmung von Vicksburg am 28. und 29. Dezember desselben Jahres einerseits und den glorreichen Siegen Meade's bei Gettysburg am 3. und der Einnahme von Vicksburg am 4. Juli 1863 andererseits. Während die Unionsfreunde nicht muthlos, aber voll banger Sorgen in die Zukunft blickten, stieg der Uebermuth und die Siegeshoffnung der Rebellen. Auch im Auslande glaubte man an manchen Orten ziemlich fest, daß die Unterwerfung des Südens eine Unmöglichkeit sei. Als nun gar noch am 1. Januar 1863 der unionistische General Magruder bei einem Angriffe auf Galveston eine neue empfindliche Niederlage erlitt, als Napoleon III. durch seinen Minister Drouin de l'Huys seine Vermittelung zur Trennung des Nordens und Südens am 9. Januar dringend anbieten ließ und General Hooker bei Chancellorsville durch Robert E. Lee in einer äußerst blutigen, dreitägigen Schlacht, die vom 3. bis zum 5. Mai dauerte, geschlagen worden war, da schien es in der That nahezu um die Union geschehen zu sein. Verschiedene Staatswahlen, namentlich im Staate New-York, hatten schon im Jahre 1862 entweder entschiedene Siege oder doch einen starken Zuwachs der demokratischen Partei gezeigt, auch hatte der englische Gesandte, Lord Lyons, gestützt auf die Siege der Rebellen im Felde und auf die wachsende Stimmenzahl der Demokraten an der Wahlurne, noch vor der Schlacht bei Fredericksburg einen Waffenstillstand in Vorschlag gebracht und nicht undeutlich auf eine europäische Intervention hingewiesen. Allein Lincoln und der unionstreue Norden blieben unerschüttert und zeigten sich allen Gefahren, mochten dieselben von außen oder von innen kommen, gewachsen. —

Getreu seinem am 22. September 1862 gegebenen Worte erließ Lincoln am 1. Januar 1863 seine denkwürdige, durch ein von dem Maler B. F. Carpenter verfertigtes Bild verherrlichte Emanzipationsproklamation. Die Farbigen feierten diesen ihren Erlösungstag durch öffentliche Versammlungen, Reden und Festlichkeiten aller Art; an der Stockbörse gingen alle Fonds in die Höhe und selbst die weiße Bevölkerung der Union begrüßte in ihrer Majorität, wenn sie auch noch keineswegs überall zur vollen Erkenntniß der hohen Bedeutung des eben errungenen

moralischen Sieges gelangt war, die genannte Proklamation, welche „allen Individuen, die in irgend einem Staate oder in gewissen Theilen eines Staates, dessen Bevölkerung noch im Aufstande gegen die Vereinigten Staaten am 1. Januar 1863 begriffen war, als Sklaven gehalten wurden, für immerdar die Freiheit verlieh," mit Recht als den Anfang einer besseren Zeit und eines energischeren Handelns von Seiten der Bundesregierung. In Richmond, der Hauptstadt der südlichen Konföderation, wohin sich auch seit längerer Zeit der Rebellenkongreß von Montgomery vertagt hatte, wie in allen, von den Rebellen beherrschten Landestheilen rief die Emanzipationsproklamation und das ihr bald nachfolgende Negerbewaffnungsgesetz die äußerste Erbitterung hervor. Der konföderirte Kongreß beantwortete die Lincoln'sche Freiheitsproklamation durch eine Resolution, in welcher der nordstaatliche Präsident als der Feind der geheiligten Rechte des Eigenthums erklärt und verdammt wurde*), während man ferner beschloß, daß alle nach dem ersten Januar 1863 gefangenen Unionsoffiziere bis zum Widerruf der Emanzipation zu Zwangsarbeiten verwendet und sämmtliche in Negerregimentern dienende Offiziere, sobald sie in Gefangenschaft geriethen, ohne weiteres niedergeschossen werden sollten. Der südliche Kongreß erließ noch mehrere andere unmenschliche Gesetze, die sich aber glücklicherweise meistens als unausführbar erwiesen, obschon mehr als einmal die Waffen des Südens, wenn sie einen momentanen Sieg errungen hatten, durch die empörendsten Grausamkeiten entehrt wurden. Was die von den Rebellen und deren Freunden bestrittene „Rechtmäßigkeit" der Emanzipationsproklamation und des Negerbewaffnungsgesetzes anbetrifft, so wurde dieselbe schon, wie Andrew W. Young (a. a. O. S. 1145) bemerkt, von Patrick Henry und John Quincy Adams unter gewissen Bedingungen vollständig anerkannt; die Worte des letztgenannten, hier in jeder Beziehung kompetenten Schiedsrichters lauten: „I might furnish a thousand proofs to show that the pretensions of gentlemen to the sanctity of their municipal institutions

---

*) Um nur ein Beispiel von den vielen, welche vorliegen, anzuführen, woraus man die bestialische Wuth erkennen mag, welche in gewissen Kreisen im Süden gegen Lincoln herrschte, verweisen wir hier auf folgende Anzeige, welche das in einem Städtchen in Arkansas erscheinende Blatt, „the Journal," in seiner Nummer vom 27sten April 1861 enthielt: „Wir, die unterzeichneten Bürger von Poinsett-County halten Abraham Lincoln, den angeblichen Präsidenten der Vereinigten Staaten, für einen Tyrannen, Mörder, Räuber und Verletzer der Konstitution, die er beschworen hat, und setzen darum nachstehende Summen auf seinen Kopf." Es folgen acht Unterschriften, jede mit 1000 Dollars. Alle südlichen Zeitungen wurden ersucht, zu copiren. —

(slavery) under a state of actual war, wether servile, civil, or foreign, are wholly unfounded, and that the laws of war do, in all such cases, take the precedence. I lay this down as the law of nations. I say that the military authority takes, for the time, the place of all municipal institutions, slavery among the rest. Under the state of things so far from its being true that the states where slavery exists have the exclusive management of the subject, not only the President of the United States, but the commander of the army, has power to order the universal emancipation of the slaves.“ Aehnlich sprach sich Edward Everett, der bekanntlich sonst niemals radikalen Ansichten huldigte, in einer denkwürdigen Rede aus, die er im Oktober 1864 in der Faneuil Hall zu Boston hielt. Und Duvergier de Hauranne vermag, indem er die anarchischen und konstitutionswidrigen Handlungen der Rebellen mit beißender Ironie geißelt, die energischen Maßnahmen des Nordens zur Unterdrückung des aufständischen Südens als Konsequenzen des Krieges nicht zu tadeln, wenn er sagt: „Vous vous figuriez peut-être qu'un pouvoir central, reconnu par des gouvernemens locaux, était souverain dans la limite de ses attributions légales: défaites-vous de cette erreur anti-libérale; les gens du sud ont changé tout cela. Ils ont découvert que les fondateurs de l'Union ont fait la constitution pour être violée, le pouvoir souverain pour être rompu sans forme de procés. Ils ont tourmenté les articles de la constitution pour en tirer la théorie démocratique des States-Rights: on a decidé que l'Union n'était pas la souveraine, mais la servante des états; puis de cette doctrine commode on a déduit toute une série de principes qui ne tendent à rien moins qu' à annuller le gouvernement . . . . . On reproche au nord les mesures extrêmes prises depuis la guerre. Quelques-unes peuvent être regrettées; mais elles sont la consequence naturelle de l'état de guerre et le châtiment de la rébellion. Le sud n' avait pas tant de scruples lorsqu' en pleine paix il préparait traîteusement la révolte, lorsque ses chefs, ministres du gouvernement qu'ils voulaient détruire, usaient de leur pouvoir pour dérober à l'Union son argent, ses vaisseaux, ses munitions, et pour remplir des dépouilles du nord les ports et les arsenaux des états insurgés.“ Vergl. Revue des Deux Mondes, 1865. Tome 58. S. 895.

Auch Frankreich und England gegenüber suchten der Kongreß und die Bundesregierung während des Jahres 1863 eine entschiedenere Haltung anzunehmen. Der Kongreß fühlte sich durch die wiederholten, vermittelungssüchtigen Offerten des Kaisers Napoleon III., die er mit Recht

als eine unberufene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten betrachten zu müssen glaubte, sogar so tief verletzt, daß er im März eine förmliche Resolution faßte, in welcher jeder Gedanke an eine fremde Vermittelung (a foreign interference) als unvernünftig und unzulässig (unreasonable and inadmissible), und jedes Anerbieten einer Intervention als ein unfreundlicher Akt (an unfriendly act) bezeichnet wurde. In der offiziellen, an den französischen Minister Drouin de l'Huys gerichteten Note, hob der Staatssekretär Seward besonders hervor, daß der Vermittelungsvorschlag schon deshalb als verfehlt betrachtet werden müsse, da es Frankreich nicht gelungen sei, England und Rußland zu gleichen Schritten zu bewegen. Die Beziehungen zu Frankreich blieben infolge dieser Aeußerungen entschieden kühl; und wenn auch die französische Regierung bemüht schien, die Neutralität aufrecht zu erhalten, so bot doch sehr bald die Schöpfung eines neuen mexikanischen Kaiserreiches von Napoleons Gnaden vielfache Gelegenheit dar, um die gegenseitigen Sympathien auf den Gefrierpunkt herabsinken zu lassen. Am 23. Oktober schrieb Seward an den amerikanischen Gesandten in Paris, Herrn William L. Dayton, daß er der französischen Regierung die Mittheilung machen möchte, die dauernde Gründung einer fremden Monarchie in Mexiko würde „weder leicht noch wünschenswerth" (neither easy nor desirable) sein. — Die Beziehungen zu England waren noch gespannter, als die zu Frankreich. Die durch mehr als drei Viertheile eines Säkulums hindurch genährte und lebendig erhaltene Eifersucht war durch die infolge des Sezessionskrieges eingetretene Verhinderung der Baumwollenzufuhr um so schärfer zu Tage getreten, je schwerer die englische Nation einerseits hierdurch betroffen wurde und je offener und rückhaltsloser sich andererseits die Sympathien Großbritanniens für die Konföderirten äußerten. Obschon in Nothzeiten das amerikanische Volk in brüderlicher Weise den darbenden Arbeitern in England Korn und Lebensmittel sandte, so stieg in anderer Beziehung die gegenseitige Abneigung immer höher und nahm, als Konflikte zur See hinzutraten, sogar einen ausgesprochen feindseligen Charakter an. Zu thatsächlichen Feindseligkeiten, die den glimmenden Funken zu einem hellen Brande hätten anfachen können, kam es indessen nicht. Vergl. The American Annual Cyclopaedia, 1863, S. 340 ff. Constantin Sander, „Geschichte des vierjährigen Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten von Amerika," S. 120 ff.

Wie es natürlich und nothwendig war, wurde die Exekutive durch verschiedene Kongreßbeschlüsse seitens der republikanischen Partei ausnahmsweise mit einer bedeutenden Machtvollkommenheit bekleidet. Mili-

tärische Rücksichten (military necessities) verlangten es, daß Lincoln in manchen Punkten mit diktatorischen Rechten ausgerüstet wurde, um den Krieg mit aller Energie einem glücklichen Ende entgegenzuführen; und wenn demokratische Volksrepräsentanten, wie George H. Pendleton, C. L. Vallandigham, S. S. Cox u. a., dagegen protestirten, so vergaßen sie ganz, daß die Erfolge, welche die Rebellen bisher so häufig im Felde errungen hatten, wesentlich der diktatorischen Machtgewalt zuzuschreiben waren, welche Jefferson Davis in fast jeder Beziehung ausübte und wodurch eine einheitliche Führung des Krieges von Seiten des Südens bewerkstelligt worden war. Die Rebellen im Süden und ihre Freunde im Norden begriffen um diese Zeit, daß der Krieg von nun an nicht mehr bloß für die Aufrechthaltung der Union und die Anerkennung der republikanischen Institutionen des Landes geführt wurde, sondern daß er auch die Abschaffung der Sklaverei zu seinem nothwendigen Resultate haben würde. Klagend rief deshalb am 5. Februar 1863 der Senator John S. Carlile von West-Virginien, welcher stark mit den Konföderirten sympathisirte, im Bundessenate zu Washington aus: „We cannot shut our eyes to the fact — whether it be true, or false, the fact exists — there is a prevailing opinion and impression in the country that this war is not being waged for the maintenance of the Constitution and the restoration of the Union as it was!“ Allerdings, die Konstitution und die Union mußten reformirt werden, wenn die Sklaverei unterging. Nach der Veröffentlichung der Emanzipationsproklamation vom 1. Januar 1863 war eben eine Regeneration der Vereinigten Staaten im Sinne des Fortschritts und der Freiheit nothwendig geworden und ließ sich in keiner Weise mehr aufhalten.

Was die militärische Situation des Landes anbetraf, so schloß das Jahr 1863 nicht bloß mit dem für die Union höchst wichtigen Ergebniß der Befreiung des Mississippi, sondern auch mit der vollen Besitznahme des Staates Tennessee: zwei Erfolge, die für den Fortgang des Krieges entscheidend waren und den besten Beweis dafür lieferten, daß die Kräfte der südlichen Konföderation in rascher Progression zu sinken begannen. Der Fall von Vicksburg und der glänzende Sieg Grant's bei Chattanooga (23. bis 25. November 1863) trugen aber auch wesentlich dazu bei, daß man in Europa den Untergang der Rebellion herannahen sah. Sowohl in der Haltung der Regierungen, wie im Tone der europäischen Presse war ein bedeutender Umschwung bemerkbar. Die französischen wie die englischen Zeitungen stellten ihre Kreuzzüge gegen den Norden der Union ein, und von einer Anerkennung der Rebellion, welche noch vor kurzer Zeit wie ein Damoklesschwert über der Regierung des Nordens

geschwebt hatte, war jetzt so wenig mehr die Rede, daß der französische Gewalthaber sich nicht entschließen mochte, diesem Gegenstande in der Thronrede, womit er im Herbste 1863 das Corps législatif eröffnete, auch nur ein einziges Wort zu widmen. — Auch die Amnestie-Proklamation, welche Lincoln im Dezember 1863 erließ, förderte die Sache des Nordens im Auslande nicht weniger, als im Inlande.

Politische und militärische Gründe ließen im Anfang des Jahres 1864 den Wunsch immer reger werden, den Oberbefehl über sämmtliche Streitkräfte der Union in die Hand eines Mannes zu legen, der sich durch seine Talente, sein Glück und seine Verdienste im Felde am meisten ausgezeichnet und dadurch im Heere und im Volke sich das meiste Vertrauen erworben hatte. Hatten doch die Rebellen noch immer viele Freunde*) (sympathizers) im Norden der Union, die sich sogar nicht scheuten, einen Theil der rohen und ungebildeten Volksmasse, namentlich die eingewanderten Irländer, zu gewaltthätigen Aufständen hinzureißen, wie dies z. B. die blutigen Aufruhrscenen, welche im Monat Juli 1863 zu New-York stattfanden, in grauenhafter Weise konstatirten. Wenn man aber nach den Erfolgen auf dem Schlachtfelde und nach den Ehrenbezeigungen schließen wollte, welche dem General Grant von allen Seiten erwiesen wurden, so war er der rechte Mann, welchen man an die Spitze der ganzen Militärmacht der Union stellen mußte. Verschiedene Gesellschaften hatten ihn bereits wegen seiner Ruhmesthaten zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt; die Gesetzgebungen mancher Staaten, z. B. von New-York und Ohio, hatten ihm herzliche Danksagungen votirt; vor allem aber war er durch den Kongreß in einer Reihe von Beschlüssen geehrt worden, von denen wir hier nur den hervorheben wollen, daß ihm von Staatswegen eine goldene Medaille geschenkt wurde, die auf der einen Seite sein Bildniß trug, auf der andern aber die Figur des Ruhmes mit dem schönen Motto: „Proclaim liberty throughout the Land," d. h. verkünde die Freiheit durch das ganze Land! Da nun das Resultat der verflossenen Kriegsjahre zur Genüge bewiesen hatte, daß der beständige Wechsel der Generale und die oft damit zusammenhängende Zersplitterung der Streitkräfte nicht dazu geeignet waren, die thatsächliche Ueberlegenheit des Nordens über den rebellischen Süden hinlänglich zur Geltung zu

---

*) Der Parteispitzname der Rebellenfreunde war ein sehr bezeichnender; man nannte sie „Copperheads", d. h. giftige Kupferschlangen. Zu den intellektuellen Urhebern des new-yorker Aufruhrs gehörte auch der Gouverneur Horatio Seymour, der gegenwärtige Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. II. S. 499. —

bringen und das ersehnte Ende des Krieges möglichst schnell herbeizuführen, so war es vollständig im Sinne des loyalen Volkes der Union gehandelt, wenn einige Repräsentanten im Kongresse darauf antrugen, Ulysses S. Grant zum Generalissimus und Oberfeldherrn aller Bundesheere zu ernennen. Der Antrag ging im Hause der Repräsentanten mit 117 gegen 19 Stimmen am 29. Februar 1864 durch, Präsident Lincoln ernannte am 1. März Grant, der nun wahrscheinlich am 4. März 1869 als Präsident der Vereinigten Staaten in das „weiße Haus" einziehen wird, zum Generallieutenant und Oberbefehlshaber aller Unionsheere, und der Senat bestätigte diese Ernennung schon am 2. März. Demzufolge verließ Grant ohne Zögern das Feldlager und eilte nach Washington, um mit rastloser Energie von den Befugnissen seiner neuen Stellung Gebrauch zu machen und dem Präsidenten die Pläne der künftigen Operationen vorzulegen. Lincoln seinerseits that ebenfalls, was in seiner Macht stand, um Grant's Wünschen entgegenzukommen und den glücklichen Erfolg des neuen Feldzugs zu sichern; er that dies um so lieber und eifriger, als sein erster Präsidentschaftstermin am 4. März 1865 ablief und die Wahl des neuen Präsidenten schon am 8. November 1864 vor sich gehen sollte.

Während demnach Grant ruhig und besonnen alle Anstalten traf, auf dem Felde der Schlacht der Hyder der Rebellion mit eisernem Fuße den Kopf zu zertreten, rüsteten sich auch die verschiedenen politischen Parteien mit aller Macht, an der Wahlurne um die Palme des Sieges zu ringen. Die entschiedensten Republikaner, die sogenannte radikale Partei (the radical men the of nation), hatten sich am 31. Mai 1864 zu Cleveland in Ohio versammelt und den General John C. Fremont zu ihrem Präsidentschaftskandidaten ernannt. Fremont, dem sich alle überspannten Köpfe und politischen Abenteurer — leider auch nicht wenige Deutsche — angeschlossen, hatte zwar in einem ausführlichen Schreiben vom 4. Juni diese Ernennung angenommen, er lehnte aber später, bei ruhigerer Ueberlegung, am 17. September dieselbe wieder ab, weil, wie er mit Recht hervorhob, die Einigkeit der republikanischen Partei eine zwingende Nothwendigkeit (a paramount necessity) geworden war. Um 12 Uhr Mittags, am Dienstag den 7. Juni, traten die gemäßigteren Republikaner zu Baltimore in einer Nationalkonvention zusammen und ernannten mit der größten Einstimmigkeit und unter dem Jubel des Volkes Abraham Lincoln zum Präsidenten und Andrew Johnson zum Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten. Wir selbst waren in dieser Konvention zugegen und wohnten, als zu den Delegaten des Staates Missouri gehörend, den Debatten und Verhandlungen derselben

bei. Der Hauptinhalt der daselbst entworfenen und angenommenen Platform, welche aus 11 Resolutionen bestand, ging dahin, daß die Union und die Gesetze der Republik in Kraft und Ansehen erhalten und die Rebellen als Verräther bestraft werden müßten, daß mit letzteren kein Friede zu schließen sei, als nach vorhergegangener unbedingter Unterwerfung (unconditional surrender), daß die Sklaverei die Ursache der Sezession gewesen und — da sie den Prinzipien jeder wahren republikanischen Verfassung widerspreche — aus Gründen der Gerechtigkeit und zur Sicherstellung der Nation vollständig und gründlich vom Boden der Republik vertilgt werden müßte (justice and the national safety demand its utter and complete extirpation from the soil of the Republic), daß demnach eine entsprechende Abänderung der Konstitution nöthig sei, welche das Bestehen der Sklaverei innerhalb der Grenzen und der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten unmöglich mache, daß der Armee und der Flotte der Dank des Vaterlandes gebühre, daß die praktische Staatsklugheit, der opfermuthige Patriotismus und die unerschütterliche Treue gegen die Konstitution und die republikanischen Grundgesetze des Landes, wie Abraham Lincoln sie unter den schwierigsten Umständen gezeigt, das vollste Vertrauen auf den endlichen Sieg der Union erweckten, daß die Vereinigten Staaten für die Unterdrückten aller Nationen (the oppressed of all nations) stets ein erstrebenswerthes Asyl bleiben müßten, daß die Eisenbahn nach dem stillen Ocean möglichst schnell zu vollenden sei, daß der Kredit der Union durch Abtragen der öffentlichen Schuld unerschüttert bewahrt würde (that the national faith pledged to the redemption of the public debt must be kept inviolate), daß endlich die Regierung der Vereinigten Staaten keiner europäischen Macht erlauben dürfe, die republikanischen Institutionen auf dem westlichen Kontinent über den Haufen zu werfen, u. s. w.

Im Gegensatz zur republikanischen Partei trat die demokratische Konvention am 29. August in Chicago zusammen und ernannte den General George B. Mac Clellan zum Präsidenten und George H. Pendleton zum Vicepräsidenten. Die Beschlüsse dieser Konvention, worin die extremen Friedensmänner (the extreme „Peace" men) stark vertreten waren, tadelten die Regierung Lincoln's als eine in vielen Fällen unkonstitutionelle und gewaltthätige, welche die Rechte der einzelnen Staaten mit Füßen getreten habe, sie verlangten, daß sofort Anstalten getroffen würden zu einer Einstellung der Feindseligkeiten (that immediate efforts be made for a cessation of hostilities), und erklärten,

daß die Aufrechthaltung der alten Konstitution als das alleinige Rettungsmittel anzusehen sei, u. s. w. —

Als direkte Antwort auf diese landesverrätherischen, friedensseligen Beschlüsse der Demokraten erließ Lincoln am 3. September eine Proklamation, worin er dem Admiral Farragut und den Generalen Sherman und Canby für die kurz vorher von ihnen erfochtenen, glänzenden Siege bei Mobile und Atlanta den Dank des Vaterlandes darbrachte und die feste Ansicht aussprach, daß ohne die Wiederherstellung der Union kein dauernder Friede möglich sei (no peace can be permanent without Union). Die Copperheadblätter, die deutschen sowohl, wie die englisch geschriebenen, häuften aber um diese Zeit die niedrigsten und gemeinsten Schmähungen auf Abraham Lincoln und luden dadurch, wie kaum bezweifelt werden kann, eine moralische Mitschuld an die später erfolgte Ermordung des Präsidenten, des Erwählten des Volkes, auf sich. Wir könnten in dieser Beziehung hier eine reiche Blumenlese aus den verschiedenen demokratischen Zeitungen veranstalten; es mag aber genügen, aus dem „Cincinnati Volksfreund", einem deutschen Copperheadblatte, folgende Auszüge zu geben:

In seiner Nummer vom 5. November 1864 erklärte der „Volksfreund": „Wir haben zwar keinen siegreichen Bonaparte von Corsika, aber doch einen sieglosen Lincoln von Sangamon County in Illinois. Ob dieser, gleich jenem, ein Usurpator ist, mag der Leser selbst entscheiden. — Wenn wir für einen Mann stimmen wollen, der selbst Verschwörungen anstiftet, um sich in seiner Macht zu erhalten, so müssen wir für Abraham Lincoln stimmen." —

In seiner Nummer vom 6. November meinte das genannte Blatt: „Daß Abraham Lincoln die Union nie wiederherstellen wird, davon sind wir so fest überzeugt, wie von unserem eigenen Dasein. Die Lincolniten bedenken nicht, daß, wenn die Aussaugung des Landes und die Ermüdung des Volkes noch weiter getrieben wird, eine allgemeine Anarchie und demnächst eine despotische Gewaltherrschaft die unausbleiblichen Folgen sein werden. *Abraham Lincoln erwählen, heißt nichts mehr und nichts weniger, als der Republik den Todesstoß versetzen.* In östlichen Gegenden circulirt bereits eine Münze mit dem Bildnisse Abraham Lincoln's und der Unterschrift: Abraham Lincoln von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Präsident der Vereinigten Staaten."

Am Wahltage, dem 8. November, ließ sich der „Volksfreund" also vernehmen: „Es ist wahr, daß der gegenwärtige Inhaber des Präsidentenstuhles (Lincoln) *vor keinem verbrecherischen Mittel*

zurückgeschreckt ist, um sich in demselben für weitere vier Jahre zu behaupten. Heute, am Tage dieser denkwürdigen Wahl, die über das Schicksal dieser Republik entscheidet, klagen wir Abraham Lincoln offen eines monarchischen Bestrebens an, das auf den Untergang der Republik abzielt."

Es ist aber bekannt, daß alle diese und ähnliche Verleumdungen und Aufreizungen den gesunden Sinn des Volkes nicht zu verderben vermochten. In der Novemberwahl des Jahres 1864 entschied sich das unionstreue Volk der Vereinigten Staaten mit einer ungeheuren Stimmenzahl zu Gunsten von Abraham Lincoln und Andrew Johnson, und mit Recht; denn, wenn es im Alterthume wie in der Neuzeit als die höchste Staatstugend galt und gilt, selbst in den schwersten Augenblicken nie an der Republik zu verzweifeln, so vermochte im Jahre 1864 kein Mensch in Abrede zu stellen, daß die genannten beiden Männer sich in dieser Hinsicht um das Vaterland wohl verdient gemacht hatten. Bei der reinen Volksabstimmung erhielt Lincoln 2,213,665 und Mac Clellan 1,802,237 Stimmen, mithin betrug Lincoln's Majorität hier 411,428 Stimmen. In der Armee fielen außerdem auf Lincoln 119,754 und auf seinen Gegner nur 34,291 Stimmen, sodaß Lincoln's Majorität im Ganzen sich auf 496,891 Stimmen belief. Von den abgegebenen Elektoralstimmen erhielt Mac Clellan 21, Lincoln dagegen 212. Wie aber die Sache der Freiheit und der Union im Jahre 1864 an der Wahlurne Triumphe auf Triumphe feierte, so geschah es auch auf dem Felde der Schlacht. Selbst die fremden Mächte, namentlich England und Frankreich, erkannten deutlich die Hoffnungslosigkeit der Sache der südlichen Konföderation, und gaben es auf, aus dem Sezessionskampfe politisches Kapital gegen die amerikanische Republik zu machen. — Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. II. S. 657—672. Rud. Doehn, „Unsere Zeit", Neue Folge. Jahrg. III. 2. Hälfte S. 721 ff. und S. 881 ff.

Auch wenn man Texas und Florida ganz außer Rechnung läßt, so bilden die Staaten, welche der Norden der Union in dem Riesenkampfe der Sezession nicht bloß zu besiegen hatte, wie Napoleon I. etwa Preußen und Oestreich besiegte, sondern auch vollständig zu erobern, ungefähr ein 800 engl. Meilen langes und 500 engl. Meilen breites Rechteck, d. h. ein Gebiet, so groß wie Frankreich, Belgien, Holland, die Schweiz und Deutschland zusammengenommen. Dieses Gebiet theilt sich nun in drei große geographische Sektionen, nämlich: 1) den östlichen Abfall vor der großen Wasserscheide der Apalachen (Ostvirginien, die beiden Carolina und Georgien); 2) den westlichen Abfall der Apalachen (Westvirginien, Kentucky, Tennessee, Alabama und Mississippi); und endlich 3) die westlich vom

Mississippi liegenden Staaten (Missouri, Arkansas und Louisiana). Man darf daher wohl, ohne der Uebertreibung bezüchtigt zu werden, sagen, daß der Krieg mit der südlichen Konföderation aus drei besondern Kriegen auf diesen drei Landgebieten bestanden hat: Kriege, zwischen welchen oft kein innigerer Zusammenhang bestand, als zwischen dem französisch-spanischen und dem französisch-östreichischen Kriege im Jahre 1809. Während des Jahres 1864 bis zum Ende des ganzen Sezessionskampfes war es nun wesentlich der erste der genannten drei Kriegsschauplätze, auf welchem von beiden Seiten alle Kräfte aufs äußerste angestrengt wurden. Und hier war es bekanntlich auch, wo Grant nach dem blutigsten Ringen seinen großen und tapferen Gegner, Robert E. Lee, besiegte und damit das bereits früher durch ihn schon stark erschütterte Gebäude der südlichen Konföderation zerschmetterte.

Grant war der erste von allen Unionsgeneralen, der Lee's hartnäckige und geschickte Defensive theils durch Schlachten, wie die in der Wilderneß, bei Spottsylvania Court House und bei Cold Harber, theils durch Flankenmärsche brach; wo aber der südliche Feldherr angriffsweise zu verfahren wagte, da verstand es Grant meistens nicht weniger, dessen wohl angelegten Plänen geschickt zu begegnen. Nicht freiwillig, sondern durch Grant gezwungen, zog sich Lee vom Rapidan Schritt vor Schritt bis nach Petersburg und Richmond zurück. Dort aber hielt er Stand, wie ein in seine Höhle hineingedrängter Löwe.

Vom 5. Mai bis Ende des Jahres 1864 war, mit Ausnahme von etwa einem Monate, kaum ein Tag vergangen, wo nicht die ganze Potomac-Armee unter Grant oder doch ein Theil derselben gekämpft hatte; und auch diese Pause würde nicht eingetreten sein, wären nicht beide Heere, wenigstens eine Zeit lang, der Ruhe bedürftig gewesen, um Verstärkungen an sich zu ziehen und die Verpflegung der Truppen zu regeln, und hätte nicht die im Juli eingetretene tropische Hitze und die damit verbundene anhaltende Dürre, welche das Herbeischaffen des erforderlichen Trinkwassers namentlich für die Bundesarmee sehr schwierig und mühevoll machte, die Operationen auf ein bescheidenes Maß eingeschränkt. Grant hatte buchstäblich seinen einmal gefaßten Plan ins Werk gesetzt und — wie er sich in seinem Schlachtberichte ausdrückte — beständig auf den Feind „losgehämmert“. Es störte ihn dabei auch wenig, wenn im Norden dann und wann Stimmen laut wurden, die seine Kriegsführung tadelten und namentlich darüber klagten, daß die Hauptstadt Washington durch seinen am 14. Juni zwischen City Point und dem Fort Powhattan bewerkstelligten Uebergang nach dem Süduser des Jamesflusses den Angriffen Lee's preisgegeben sei. Theoretisch war dies, wie Sander a. a. O.

S. 401 bemerkt, allerdings scheinbar richtig und auf der Karte war der konföderirten Armee der Weg nach dem Sitze der Regierung der Union wirklich freigegeben; allein praktisch konnte Lee aus diesem scheinbaren Fehler Grant's keinen dauernden Vortheil ziehen, weil er durch die Anwesenheit der Grant'schen Armee und durch die Nothwendigkeit, Richmond zu beschützen, mit allen seinen Kräften in den Umkreis dieser Stadt festgebannt war. Wenn es ihm aber dennoch gelang, im Juli 25,000 Mann durch das Shenandoahthal in Maryland einrücken zu lassen und näher, als je zuvor, an die Befestigungswerke von Washington City vorzudringen, so war dies nur ein vorübergehender Erfolg, welcher an der thatsächlichen Lage der Dinge wenig oder gar nichts zu ändern vermochte. Dieser Erfolg war außerdem nur dadurch möglich geworden, daß die Regierung und das Volk der nördlichen Staaten sich durch Grant's Fortschritte bereits in eine zu große Sicherheit hatten einschläfern lassen und nicht Umsicht und Energie genug besaßen, um das schwache feindliche Corps an der Ueberschreitung des Potomac zu verhindern.

Sherman's berühmte Katabasis nach Savannah und seine Anabasis nach Raleigh in Nord-Carolina, welche die Wahrheit von Grant's bekanntem Ausspruche, daß „die südliche Konföderation nur eine leere Schale" sei, schlagend bewiesen, und der glanzvolle Sieg des General Thomas über Hood in der zweitägigen Schlacht bei Nashville am 15. und 16. Dezember 1864, sowie die wiederholten ruhm- und siegreichen Gefechte, die Sheridan nach den Instruktionen Grant's im Shenandoahthale den besten Untergeneralen Lee's lieferte, können hier eben so wenig eingehend besprochen werden, wie der Hauptkampf zwischen Grant und Lee in der Nähe von Richmond; nur das sei bemerkt, daß diese glänzenden Kriegsthaten auf die Operationen vor Richmond von dem entscheidendsten Einflusse waren.

Wenn man es aber auffällig findet, daß das Hauptheer der Union, die Potomac-Armee, gegen das Ende des Jahres 1864 verhältnißmäßig ruhig blieb, während die schwächeren Bundesheere und die Unterfeldherren die gefeiertsten Siege über den Feind davontrugen, so darf man nicht vergessen, daß gerade diese scheinbare Unthätigkeit Grant's um diese Zeit den übrigen Bundesheeren und deren Führern es ermöglichten, Ruhm und Ehre zu gewinnen. Denn einestheils trug Grant zu den meisten Siegen seiner Unterfeldherren dadurch wesentlich bei, daß er ihnen die nur irgend verfügbaren, oft sogar die besten Streitkräfte von der Hauptarmee zu Hülfe sandte; anderntheils hielt er die Hauptmacht des Feindes unter Lee mit eiserner Faust fest, sodaß von dort aus den südlichen Unterfeldherren wenig oder gar kein Beistand geleistet werden konnte. Und in

der That zeigte sich die wirkliche Größe Grant's als eines Feldherrn und Kriegers niemals in einem glänzendern Lichte, als unter diesen Umständen. Weit entfernt, mit seinen Untergebenen zur unrechten Zeit ehrgeizig zu wetteifern, gab er ihnen, so weit es in seinen Kräften stand, die Mittel, welche sie zu ihren Siegen nöthig hatten. Als aber der rechte Zeitpunkt gekommen war, da erfüllte er seine Aufgabe als Oberfeldherr mit ebenso durchgreifender Energie, wie er es vorher mit kluger Umsicht und hülfsbereitem Opfermuthe gethan hatte. Die beispiellose Geschwindigkeit, mit der er z. B. seine Armee am 7. April 1865 nach Burkesville, südlich von Richmond, hinüberwarf und die Flucht Lee's nach Nord-Carolina verhinderte, ersparte der Nation einen vielleicht noch jahrelangen Nachkrieg. Grant löste sein nahezu historisch gewordenes Wort, welches er am 11. Mai 1864, dem sechsten Tage des achttägigen Kampfes in der Wilderneß, an das Kriegsministerium zu Washington geschrieben: „Ich beabsichtige den Krieg auf dieser Linie (d. h. bei Richmond und Lee gegenüber) auszufechten" (I propose to fight it out on this line), in der glorreichsten Weise ein. Seine Aufgabe war die Eroberung von Richmond und die Vernichtung der Lee'schen Armee, welche aus den Kerntruppen der südlichen Konföderation bestand. Ueber Richmond wehte am 3. April 1865 das Sternenbanner und am 9. war Lee Kriegsgefangener auf Ehrenwort und seine Armee gefangen oder vernichtet. Grant, der geduldig und ruhig zusah, als die Nation seine Ruhmeskränze auf die Häupter Sherman's und Sheridan's zu legen im Begriff war, hatte sie mit einem raschen Griff wieder auf sein Haupt gesetzt und sein Anrecht auf den Rang eines Generalfeldmarschalls der nordamerikanischen Republik aufs neue glänzend bewiesen. Das letzte Jahr des Krieges enthält eine Fülle der gewaltigsten Ereignisse. Die drei Jahre, welche diesem vorangingen, erscheinen, so reich sie selbst an spannenden Situationen und Großthaten waren, doch nur als ein Vorspiel, als die Exposition zu dem großen Hauptact des gewaltigsten Volksdramas der Neuzeit, dessen hochtragischen Abschluß der Märtyrertod Abraham Lincoln's bildet. „Es wird Denen," sagt ein geistreicher amerikanischer Schriftsteller, dem wir von ganzem Herzen beistimmen, „welche nicht selbst die wechselvollen Stimmungen und Eindrücke mitempfunden haben, die der Gang dieses Schlußactes erzeugte, schwer, wo nicht unmöglich werden, sich in die Zeit zurückzuversetzen, wo alles das, was jetzt als große weltgeschichtliche Thatsache vollendet dasteht, noch in dunkeln, nebelhaften und schwankenden Umrissen der Hoffnung vorschwebte. Unsere Kinder werden, fest auf den vollendeten Thatsachen stehend, mit altkluger Miene beweisen, daß ja Alles ganz natürlicher Weise so kommen mußte, wie es gekommen ist:

daß die Sklavenhalteraristokratie ‚sich überlebt‘ hatte und im Zusammenprall mit dem Geiste des 19. Jahrhunderts zertrümmert werden mußte. Aber Diejenigen, die den Kampf mit durchlebt haben, wissen es nur zu gut, wie mühsam, unter wie unendlichen Sorgen, Leiden und Drangsalen die Weltgeschichte gemacht wird, und selbst die glorreichste Erfüllung der kühnsten Hoffnungen, welche die auf Recht und Freiheit Vertrauenden während des Krieges hegten, wird niemals bei der jetzt lebenden Generation die Erinnerung an die erschütternden Ereignisse abschwächen können, quorum pas fuit.“

Während des Jahres 1864 machte Lincoln wiederholt Versuche, den Frieden durch Unterhandlungen mit Jefferson Davis herzustellen, allein stets vergebens. „We are not fighting for Slavery,“ erklärte der halsstarrige und verbissene Rebellenpräsident, „we are fighting for Independence; and that or extermination we will have.“ Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. II. S. 664 ff. Nun, ausgerottet sind die südlichen Rebellencavaliere gerade nicht mit Stumpf und Stiel, aber gelichtet ist ihre Zahl und gebrochen ist bis zu einem hohen Grade der höhnische Uebermuth, womit sich die Ritter von der Sklavenpeitsche anmaßten, nicht nur den Norden der Union mit Leichtigkeit besiegen zu können, sondern auch im Stande zu sein, die ganze Welt — wenn es sein müßte — aus den Angeln zu heben.

Als Abraham Lincoln am 4. März 1865 im Kapitol zu Washington City zum zweiten Male den Amtseid als Präsident der Vereinigten Staaten ablegte, war es ein regnerischer, unfreundlicher Tag und dunkle Wolken hingen vom Himmel herab; aber am politischen Horizont sah es diesmal heller und freudiger aus, als vor vier Jahren. Lincoln selbst nahm in seiner merkwürdigen, viel besprochenen und verschieden beurtheilten Inaugurationsrede den Standpunkt eines alten, freiheitsbegeisterten Puritaners ein. „Als wir vor vier Jahren hier versammelt waren,“ sagte er, „waren alle unsere Gedanken ängstlich auf den bevorstehenden Bürgerkrieg gerichtet. Jedermann fürchtete ihn, jedermann suchte ihn zu vermeiden. Während die Antrittsrede gehalten wurde, die sich ausschließlich mit der Frage über die Rettung der Union ohne Krieg beschäftigte, trieben sich Agenten der Rebellen in der Stadt umher, um die Union ohne Krieg zu zerstören, indem sie durch Unterhandlungen Spaltung hervorzurufen und die Union aufzulösen bestrebt waren. Beide Parteien verdammten den Krieg; aber eine derselben war entschlossen, lieber den Krieg zu beginnen, als die Nation am Leben zu erhalten, und die andere wollte lieber den angebotenen Krieg aufnehmen, als die Nation untergehen lassen, — und so kam der Krieg. Ein Achtel

der Gesammtbevölkerung bestand aus farbigen Sklaven, nicht gleichmäßig über die Union zerstreut, sondern in dem südlichen Theile derselben lokalisirt. Diese Sklaven bildeten ein eigenthümliches und mächtiges Interesse (a peculiar and powerful interest). Wir Alle wissen, daß dieses Interesse in der einen oder der anderen Weise die Ursache des Krieges war. Dieses Interesse zu stärken, zu verewigen und zu erweitern (to strengthen, perpetuate and extend), war der Zweck, um dessen willen die Insurgenten die Union mit Waffengewalt zu sprengen suchten, während die Bundesregierung nur das Recht beanspruchte, die territoriale Ausdehnung jenes Interesses zu beschränken. Keine Partei erwartete einen Krieg von der Größe und Ausdehnung, die er bereits erreicht hat; keine sah voraus, daß die Ursache des Konfliktes mit demselben aufhören oder sogar noch vor Beendigung desselben verschwinden würde; beide Parteien hofften auf einen leichten Triumph, aber auf keine erstaunenswerthen, fundamentalen Resultate. Beide lesen dieselbe Bibel, beten zu demselben Gotte und flehen um seine Hülfe gegen den Gegner. Es mag sonderbar klingen, daß Menschen den Beistand eines gerechten Gottes anzurufen wagen, um von anderer Menschen Schweiß ihr Brod zu erpressen, — aber lasset uns nicht richten, damit wir nicht gerichtet werden. Die Gebete beider Parteien konnten nicht erhört werden. Das Gebet keiner Partei ist ganz erhört worden. Die Allmacht hat ihre eigenen Wege. Wehe dieser Welt für ihre Sünden; Sünden müssen kommen, doch wehe dem Menschen, durch den die Sünde kommt. Wenn wir annehmen dürfen, daß die amerikanische Sklaverei eine dieser Sünden ist, welche nach dem Rathschlusse Gottes kommen mußte und die für sie bestimmte Zeit fortgedauert hat, jetzt aber nach dem Willen Gottes zu entfernen ist; wenn wir ferner annehmen müssen, daß dem Norden und dem Süden dieser schreckliche Krieg als das Wehe auferlegt war, welches sie durch ihre Sünden verschuldet, können wir dann hierin eine Abweichung von den göttlichen Eigenschaften wahrnehmen, welche die Bekenner eines lebendigen Gottes ihm zuschreiben? Es ist unser heißer Wunsch und unser glühendes Gebet, daß diese furchtbare Kriegsgeißel bald von uns genommen werden möge. Will aber Gott, daß sie fortdauere, bis aller durch die zweihundertfünfzigjährige unvergoltene (unrequited) Arbeit der Leibeigenen aufgehäufte Reichthum bis auf die letzte Spur vertilgt und jeder durch die Sklavenpeitsche verspritzte Blutstropfen durch einen vom Schwerte vergossenen bezahlt wird, so werden wir dennoch sagen müssen, daß die Wege des Herrn gerecht sind. Mit Liebe für Alle, mit Haß gegen Niemanden, mit Festigkeit im Rechte, wie Gott uns das Recht erkennen läßt, so wollen wir be-

müht sein, das Werk zu vollenden, das wir begonnen, so wollen wir die Wunden der Nation heilen, sorgen für die, welche die Schlachten schlugen, und ihre Wittwen und Waisen nicht vergessen, wir wollen alles thun, was dazu beiträgt, einen gerechten und dauernden Frieden für uns und für andere Völker wiederherzustellen." — Ein tiefer, unerschütterlicher Haß gegen das Institut der Sklaverei und der feste Entschluß, demselben ein Ende zu machen, das war das leitende Motiv für Abraham Lincoln, als er seinen neuen Amtstermin antrat. Daneben, so könnte man sich zu behaupten veranlaßt finden, tönte in dieser Inauguralrede eine Art von Todesahnung hindurch. Mit ganz ähnlichen Gefühlen und Gedanken hatte er schon am 7. Dezember 1864 seine letzte Botschaft an den 38. Kongreß geschlossen. „Indem ich von Seiten der Insurgenten," sagte er dort, „das Niederlegen der Waffen und vollen Gehorsam gegen die nationale Autorität (to the National authority) als die einzige, nicht zu erlassende Bedingung der Beendigung des Krieges seitens der Bundesregierung hinstellte, nehme ich kein Wort von Allem, was ich früher in Bezug auf die Sklaverei gesagt habe, zurück. Ich wiederhole meine vor einem Jahre gemachte Erklärung, und, so lange ich in meiner gegenwärtigen Stellung verbleibe, werde ich keinen Versuch machen, die Emanzipationsproklamation zu widerrufen oder gar umzuändern. Auch werde ich keinen Menschen, der durch die Bestimmungen dieser Proklamation oder durch irgend einen Kongreßakt der Freiheit theilhaftig wurde, in die Sklaverei zurücksenden. Sollte das Volk auf irgend eine Weise Personen, die auf obige Art frei geworden sind, wieder in die Fesseln der Sklaverei schlagen wollen und die Exekutive mit der Ausführung dieses Willens betrauen, so muß ein Anderer, und nicht ich, der Vollbringer dieser Aufgabe sein" (another, and not I, must be their instrument to perform it). Derselbe 38. Kongreß, dem Lincoln die erwähnte Botschaft zusandte, beschloß auch im Januar 1865 mit der von der Konstitution verlangten Zweidrittel-Majorität die Abänderung der Konstitution hinsichtlich der Fortdauer der Sklaverei. Diese Abänderung der Konstitution, d. h. gesetzmäßige Aufhebung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, wurde aber auch im Dezember 1865 erreicht, indem von den damaligen 36 Staaten nach der Bestimmung der Konstitution durch Dreiviertel derselben also 27 Staaten, das 13. Verfassungsamendement, die Abolition der Sklaverei enthaltend, angenommen wurde. In Gemäßheit eines Kongreßaktes vom Jahre 1818 machte der Staatssekretär William H. Seward am 18. Dezember 1865 diese Annahme offiziell und in konstitutioneller Weise bekannt. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. S. 673 ff.

An demselben Tage, an welchem Lincoln zum zweiten Male das Präsidentenamt antrat, hielt auch Andrew Johnson seine Antrittsrede im Senate der Vereinigten Staaten und leistete als Vicepräsident den vom Gesetze vorgeschriebenen Amtseid. Während der erstere kaum mit einem Worte in seiner Inaugurationsrede seiner eigenen Person gedachte, spielte der letztere wiederholt auf sich und seine Vergangenheit an. Er hob hervor, daß die staatlichen Einrichtungen der nordamerikanischen Republik in keiner Beziehung exklusiver Natur seien, daß sie auch dem Niedrigstgeborenen den Weg zu den höchsten Staatsämtern offen ließen. Er selbst sei ein Plebejer (a plebeian), und als ein Plebejer trete er das Amt eines Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten an. Das Volk sei die Quelle aller Macht, und Lincoln, die Senatoren und die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes der Union seien nur die Geschöpfe (the creatures) des amerikanischen Volkes. Nach der Bundeskonstitution, so erklärte er mit Emphase, könne kein Staat aus der Union scheiden, und der Kongreß besitze anderer Seits nicht die Gewalt, einen Staat aus der Union zu entfernen. Er sei kein gelehrter Mann, doch werde er die Interessen seines Staates (Tennessee) und die des ganzen Landes zu fördern bemüht sein, auch wenn er die Regeln der Geschäftsordnung nicht so genau innehabe.

Diese eigenthümliche Antrittsrede Johnson's wurde in fast allen Volksschichten mit ungetheiltem Mißfallen aufgenommen; man hielt sie weder der Würde des Ortes, an dem sie gehalten wurde, noch der Würde des hohen Amtes, das er bekleiden sollte, entsprechend. Er hatte sich nur als den alten Aristokratenfeind gezeigt, der er schon als Mayor und Alderman von Greeneville in Tennessee gewesen war, und hatte kaum mit Einem Worte angedeutet, daß er sich der schweren Verantwortlichkeit bewußt sei, die seine Stellung als Vicepräsident der Vereinigten Staaten ihm auferlegte. Kurzum, seine Antrittsrede kennzeichnete ihn mehr als einen Privatmann, als einen Politiker von Fach, welcher auf die Leidenschaften des Volkes spekulirte, und nicht als einen Staatsmann, der — über den Parteien stehend — das Wohl und Wehe einer ganzen Nation ins Auge fassen sollte. Schon die Antrittsrede des Vicepräsidenten verrieth, was Johnson dereinst als Präsident sein würde.

Etwas mehr sachlichen Inhalt, als seine Antrittsrede aufzuweisen hat, finden wir in dem Briefe, mit welchem Johnson am 2. Juli 1864 seine Ernennung zum Vicepräsidenten annahm. Zwar erklärte er hier, daß seine Ansichten, wie er solche kurz vor dem Ausbruche des Sezessionskrieges gehegt und offen ausgesprochen habe, seit jener Zeit sich nur wenig, wenn überhaupt, geändert hätten; allein er fügte doch hinzu: „Es ist ein vergebliches Bemühen, die Union mit dem zerstörenden

Elemente (the distracting element) der Sklaverei wiederherzustellen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß ein freies republikanisches Staatswesen das Institut der Sklaverei nicht duldet; es würde daher ebenso unweise wie ungerecht sein, dieselbe noch länger unter den Einrichtungen unseres Landes bestehen zu lassen. So lange die Sklaverei die Gesetze der Vereinigten Staaten und die Konstitution respektirte, habe ich sie unterstützt; als sie aber den Aufruhr großzog und die Regierung unseres Landes zu beherrschen und deren Handlungen zu kontrolliren sich unterfing, da habe ich den geringen Einfluß, welchen ich besitze, gegen dieselbe angewandt." Er erklärte eine Abänderung der Konstitution zum Zwecke der Emanzipation der Sklaven für gesetzlich und nothwendig, und wiederholte den oft, namentlich von Lincoln gethanen Ausspruch, daß das Ende des Krieges die Entscheidung über die Frage bringen werde, ob ein Volk sich selbst regieren könne oder nicht. „The war is a war of great principles," sagte er, „it involves the supremacy and life of the Government itself. If the rebellion triumphs, free government North and South fails." Vergl. Edward McPherson, a. a. O. S. 409.

Als am 3. April der Telegraph die Nachricht von der Einnahme von Richmond nach Washington City brachte, da erfüllte ein unbeschreiblicher Jubel die ganze Stadt, denn man gab sich mit Recht der sichern Hoffnung hin, daß das Ende der Rebellion nur noch um eine kurze Spanne Zeit verzögert werden könnte. Große Volkshaufen zogen mit Sang und Klang durch die Straßen der Hauptstadt der Union und veranlaßten hervorragende Männer, Reden zu halten. Auch Johnson wurde dazu aufgefordert; er brachte aber in seiner Rede nichts von Bedeutung vor, was er nicht wiederholt schon bei früheren Gelegenheiten gesagt hatte. Er sprach wiederum viel von seinem Kampfe gegen die Sezessionisten im Senate der Vereinigten Staaten; er bekräftigte es noch einmal, daß die Kraft des amerikanischen Volkes in seiner republikanischen Verfassung beruhe und nicht von einem einzigen Mann abhänge, daß eine Volksregierung die mächtigste Regierung auf der Welt sei; er erklärte, mit einem Seitenhiebe gegen Frankreich und England, daß die Union in kurzer Zeit gewaltig und gefürchtet nach außen dastehen und den Uebermuth und die Einmischungslust fremder Herrscher in amerikanische Verhältnisse strafen werde, daß das Heer sich um das Vaterland verdient gemacht habe und daß die Rebellen bestraft werden müßten. „Ich bin für Milde," sagte er, „aber die Uebelthäter dürfen der gerechten Strafe nicht entgehen. Meine Ueberzeugung geht dahin, daß Hochverrath das größte Verbrechen ist, welches verhaßt gemacht werden muß; Hochverräther müssen bestraft und zur Armuth verdammt werden, ihre soziale Macht

muß gebrochen werden, sie sollen und müssen die Strafe ihrer Verbrechen fühlen" (treason is the highest crime known in the catalogue of crimes. My notion is that treason must be made odious, and traitors must be punished and impoverished, their social power broken, though they must be made to feel the penalty of their crime). Was aber der Vicepräsident Johnson am 3. April 1865 in der Aufregung einer aufgeregten Volksmasse als eine nothwendige Maßregel zurief, das hat der Präsident Johnson zu erfüllen, mehr als gut und billig, vergessen.

Am 9. April 1865 hatte, wie bereits angedeutet, der Oberfeldherr der Rebellen, Robert E. Lee, bei Appomattox Court House die Waffen vor dem Generalissimus der Unionstruppen, Ulysses S. Grant, gestreckt. Am Abend des 11. April schwamm Washington City in einem wahren Feuermeer, fast jedes Haus der so oft bedrohten Stadt war illuminirt und an allen Straßenecken waren Freudenfeuer angezündet, die vom Kapitol bis zum Potomacflusse weithin das Dunkel der Nacht erhellten. Man fühlte es überall, ausgestritten, ausgerungen war der lange, schwere Streit; denn mit der Vernichtung Lee's und seiner tapfern Armee war das Ende des Sezessionskrieges herangekommen. Was etwa davon noch übrig blieb, war von verhältnißmäßig geringer Bedeutung. Die Einnahme von Richmond und Lee's Entwaffnung zogen den Sturz der Konföderation reißend schnell und unwiderruflich nach sich. Das unionstreue Volk der Landeshauptstadt drängte sich massenweise um das „weiße Haus", die Amtswohnung Lincoln's, der sich schließlich veranlaßt fand, bei dieser Gelegenheit eine Rede an die versammelte Menge zu halten. In dieser Rede betonte er die schwierige Frage der Rekonstruktion der südlichen Staaten. Er erklärte in seiner milden und versöhnlichen Weise, daß er durchaus nicht behaupte, der von ihm in seiner Jahresbotschaft vom Dezember 1863 empfohlene und in Louisiana theilweise schon praktisch ausgeführte Plan sei der einzig richtige; er ließ die Frage, ob die sogenannten „secedirten Staaten" (the seceded States, so called) jemals wirklich aus der Union ausgeschieden gewesen seien oder nicht, als eine unpraktische, nur Streit und Verwirrung verursachende bei Seite und stellte vor allem die unbestreitbare Thatsache fest, daß jene Staaten in ihrer eigentlichen praktischen Verbindung mit der Union (in their proper practical relation with the Union) eine Zeit lang von derselben getrennt waren, daß es aber die Aufgabe aller Civil- und Militärbehörden der Vereinigten Staaten sei, diese „proper practical relation" wiederherzustellen. In Bezug auf die Stimmberechtigung der Neger sprach er seine eigene, wohlbegründete Ansicht dahin aus, daß die intelligenteren (the very intelligent) Neger und diejenigen Farbigen, welche für die

Union gekämpft hätten, das Wahlrecht (the elective franchise) erhalten möchten. In keiner Beziehung aber deutete Lincoln an, daß er mit dem Kongresse, den Vertretern des loyalen Volkes, wegen der Rekonstruktionsfrage in Konflikt gerathen werde.

Außerdem veröffentlichte Lincoln unmittelbar nach der Kapitulation von Lee eine Proklamation, durch welche sämmtliche Häfen in den Südstaaten, nicht wie bisher nur blokirt, sondern bis auf weiteres vollständig geschlossen wurden. Es war dies eine Maßregel, welche der Union dem Auslande gegenüber gleichsam eine Genugthuung gewähren sollte und durch welche dem letzteren, vornehmlich wieder England und Frankreich, angedeutet wurde, daß die Union entschlossen sei, eine Aufrechthaltung der Neutralität dem Süden und Norden gegenüber nicht mehr zu dulden. Die Regierung der Vereinigten Staaten erkannte von nun an die Konföderirten weder de jure noch de facto als eine kriegführende Macht an. Eine zweite Proklamation, die mit der ebengenannten an demselben Tage erschien, verlangte, daß die Kriegsschiffe der Union in fremden Häfen nicht länger den seither bestehenden Beschränkungen unterworfen sein sollten, sondern dieselben Rechte und dieselbe Gastfreundschaft genießen müßten, welche fremden Schiffen in den Häfen der Vereinigten Staaten zu Theil würden. Auch diese Proklamation war wesentlich gegen das in so vieler Hinsicht der Union feindliche Verhalten von England und Frankreich gerichtet. Vergl. Horace Greeley, a. a. O. Bd. II. S. 746 ff. Konstantin Sander, a. a. O. S. 577.

Wenn aber die nordamerikanische Republik selbst ihren bittersten Feinden Bewunderung abgetrotzt hat durch die Geschwindigkeit, mit der sie sich aus einer „Krämernation" in eine militärische Großmacht verwandelte, von der europäische Militärstaaten viel lernen konnten und thatsächlich manches gelernt haben und deren Stimme unter Umständen auch in cisatlantischen Fragen nicht ungehört verhallen dürfte, wie dies von manchen Staatsmännern der alten Welt bereits hinlänglich begriffen wird, so wird diese Bewunderung noch gesteigert durch die Schnelligkeit und Energie, mit welcher sie nach Beendigung des Sezessionskampfes die Reduktion der Armee eingeleitet und geregelt hat. Die Londoner „Times" z. B. stellte im April 1865 mit vollster Zuversicht die Behauptung auf, die Vereinigten Staaten würden noch auf eine Reihe von Jahren hinaus „alle ihre Soldaten" nöthig haben, um den unterjochten Süden niederzuhalten; und der belgische Kriegsminister, Herr Chazal, suchte zu beweisen, daß für die Union eine stehende Armee nach europäischen Proportionen höchst wünschenswerth sein müsse: allein diese querköpfigen Amerikaner wollten durchaus keinen Gebrauch von den ihnen so bereit-

willig dargebotenen Früchten der monarchischen Erbweisheit Europa's machen, weil sie nicht gesonnen waren, das Mark der Republik durch die Haltung großer stehender Heere aussaugen zu lassen und das Glück eines „bewaffneten Friedens" zu genießen. Der Londoner „Times" und dem Belgischen Kriegsminister zum Trotz ward schon im Mai und Juni 1865 die große Unionsarmee auf 200,000 Mann reducirt, der Verkauf der vielen überzählig werdenden Kriegsschiffe eingeleitet und ein großer Theil der Offiziere und Militärbeamten mit einer dreimonatlichen Soldentschädigung entlassen. Bekanntlich sind aber auch diese 200,000 Mann jetzt nicht mehr im aktiven Dienst, und war es namentlich General Grant, der auf eine Ausmusterung der weißen Freiwilligen drang und eine zweckmäßige Reorganisation des Heeres in Vorschlag brachte, welche eine Vermehrung desselben, sobald eine solche wünschenswerth ist, leicht ins Werk setzen läßt. *)

Auch in vielen andern Punkten, z. B. in der Aufhebung mancher militärischer Beschränkungen von Handel und Verkehr im Innern des Landes, zeigte Lincoln's Regierung nach Lee's Kapitulation eine rastlose Thätigkeit, um — wie in seiner letzten Inaugurationsrede gesagt war — die Wunden der Nation zu heilen und der Union so schnell wie möglich die Segnungen des Friedens wiederzugeben, — da rief eine himmelschreiende Blutthat den edlen und guten Präsidenten vom Pfade des Ruhmes hinweg. John Wilkes Booth, dessen Namen die Nachwelt für alle Zeiten brandmarken wird, erschoß Abraham Lincoln, als er am Charfreitag, dem 14. April, 1865 der Aufführung eines Schauspiels in Ford's Theater zu Washington City beiwohnte. Allein ein gerechter und guter Mensch stirbt niemals, er lebt im Angedenken aller Edlen. „Es ist nicht Königsmord, der begangen worden ist," so rief kurz nach Lincoln's Hinscheiden, welches am 15. April, 7 Uhr morgens, erfolgte, der amerikanische Bischof Coxe den Geistlichen seiner Diöcese zu, „aber es ist schlimmer als das, es ist Vatermord." Und diese Worte drücken in der That die Stimmung aus, welche Millionen von Herzen bewegte, als der Telegraph die Botschaft vom Tode Lincoln's durch die Union dahin trug. Ja, das Verbrechen, welches den sechszehnten Präsidenten der Vereinigten Staaten dem Leben und seinem Volke entriß, war dasjenige, welches jener Gesetzgeber des Alterthums nicht in sein Strafgesetzbuch aufnehmen wollte, um nicht die

*) Das stehende Heer in der Union, welches gegenwärtig etwa 75,000 Mann stark ist, soll nach den neuesten Nachrichten auf Antrag des Kongresses auf 25,000 Mann herabgesetzt werden. Auf Grant's Vorschlag wird wohl das sogenannte Kadre-System eingeführt werden.

Voraussetzung entstehen zu lassen, daß ein Mensch desselben fähig sei. Man darf kühn behaupten, so haben wir schon anderwärts erklärt und wir wiederholen es hier, daß die ganze Geschichte der Neuzeit kein Staatsoberhaupt kennt, dessen Tod so intensive, tief empfundene Trauer in der ganzen civilisirten Welt hervorgerufen, so mächtig in das innerste Seelenleben des Volkes eingegriffen hätte, wie der Tod des Mannes, den der Volksmund „ehrlicher, alter Abraham" oder „Vater Abraham" nannte und den vier Millionen zur Menschenwürde erhobene Sklaven als ihren Erlöser segnen. Selbst die Trauer über den gewaltsamen Tod Heinrichs IV. und Wilhelms von Oranien läßt sich nicht damit vergleichen, schon deshalb nicht, weil zu jener Zeit das, was man heutzutage Volksbewußtsein oder öffentliche Meinung nennt, sich höchstens bis auf den wohlhabenden Bürgerstand erstreckte, während Millionen frohnender und schaffender Arbeiter weit weniger Antheil daran hatten, als in unserm neunzehnten Jahrhundert die Negersklaven. Gerade die naive Innigkeit, womit selbst die Aermsten, Ungebildetsten und Niedrigsten im Volke, auf die man von gewisser Seite so gern und so tief herabzusehen und denen man alles wirkliche Gefühl abzusprechen pflegt, ihrer Trauerstimmung Ausdruck gaben, war ebenso bezeichnend, wie sie rührend war.

Die prahlende Ausschmückung der hohen Paläste der Reichen in der großen nordamerikanischen Republik mit den Abzeichen der Trauer konnte in vielen Fällen leider Mißtrauen einflößen. Denn für nicht Wenige von ihnen dienten die Embleme des Schmerzes nur als Blitzableiter gegen den gerechten Grimm des Volkes über die moralisch Mitschuldigen des Mörders. Ging man aber — wie Schreiber dieses es gethan hat — in die entlegeneren Quartiere, wo die tiefste Armuth in elenden Baracken hauste, sah man, mit welchem Eifer in der Sinnigkeit der Ausschmückung auch die ärmsten ihre schwarzen Fähnchen und Läppchen zusammengesucht hatten, um ihre dürftigen Behausungen mit den Sinnbildern der Trauer zu verzieren, hörte man die ungekünstelten, aber vom Herzen kommenden und zum Herzen sprechenden Segenswünsche und die ihren heiligsten religiösen Vorstellungen entlehnten Bezeichnungen, welche die Geringsten unter den Proletariern mit dem Namen des Freiheitsmärtyrers verknüpften, — dann konnte man erst eine richtige Anschauung von Dem gewinnen, was eine wahre, ächte, nicht durch hohe obrigkeitliche Anordnungen bewirkte, sondern dem Herzen des Volkes freiwillig entstammende Landestrauer ist. Zu Saint Louis in Missouri stand dreißig Tage lang im Stadthause (court-house) ein prachtvoller, mit Lorbeerbäumen umgebener Katafalk, und die Männer des Volkes, hoch und niedrig, zogen dorthin und ließen ihre Söhne schwören, daß sie wahre Republikaner und

des großen Todten würdig werden wollten. War doch Abraham Lincoln in jeder Beziehung ein ächter Sohn der nordamerikanischen Republik gewesen.*) Ruhig, bedächtig, ohne hastige Ueberstürzung, niemals dem bloß leidenschaftlichen Impulse, doch stets der gereiften Ueberzeugung nachgebend, hatte er den ganzen Lern- und Läuterungsprozeß seines Volkes mit durchgemacht und die Logik der Ereignisse begriffen und erkannt, statt sich ihr in störrischem Trotze zu widersetzen. Für die Innigkeit und Kraft der Ueberzeugungen aber, welche vier drangsalvolle Kriegsjahre in ihm erweckt hatten, legt jene kurze Ansprache, die wir oben erwähnten und mit welcher er seinen zweiten Amtstermin antrat, das beste Zeugniß ab. Sein unzeitiger Tod rief nun Andrew Johnson an die Spitze der Regierung der Vereinigten Staaten.

Es wird nicht vergessen werden, wie alle Völker der Erde, die irgendwie auf Civilisation Anspruch machen, der amerikanischen Republik ihre Sympathien wegen der Ermordung Lincoln's auf die eine oder die andere Weise ausdrückten. Um nur einen Ausdruck dieser allseitigen Theilnahme zu erwähnen, möge die prächtige Adresse hier einen Platz finden, welche die Studentenschaft von Paris dem amerikanischen Gesandten überreichte und die im Herzen eines Louis Napoleon wie ein Dolchstoß sein mußte; sie lautet also: „Bürger Gesandter! Auf die Nachricht von dem schrecklichen Attentat, als dessen Opfer Derjenige gefallen ist, den noch vor wenigen Tagen zwei Welttheile bewunderten, den heute zwei Welttheile beweinen, haben die Studirenden der Universität dem Vertreter der Vereinigten Staaten den Ausdruck ihres Schmerzes darbringen wollen. Sie machen es sich zur Ehre, laut zu bekennen, wie groß ihre Sympathie ist für den energischen Vertheidiger der hochgerechten Sache, welche in Amerika Emanzipation der Sklaven, in Europa Emanzipation der Proletarier heißt. In dem Präsidenten Lincoln beklagen wir einen Mitbürger. Es giebt kein Vaterland mehr, von engen Grenzen eingeschlossen. Unser Vaterland ist überall, wo es weder Herren noch Sklaven giebt, überall, wo man in Freiheit lebt, wo man für sie kämpft. Wir sind Mitbürger von John Brown, von Abraham Lincoln, von

*) Die Lebensgeschichte Lincoln's darf wohl als hinlänglich bekannt vorausgesetzt werden; daher mögen hier nachstehende kurze Notizen genügen: Abraham Lincoln wurde am **12.** Februar **1809** in Hardin (jetzt Larue) County in Kentucky geboren. Seine Vorfahren stammen wahrscheinlich aus Massachusetts. Im Jahre **1846** wurde Lincoln vom Distrikt des mittleren Theiles von Illinois in das Repräsentantenhaus des Kongresses geschickt, wo er stets mit der freisinnigen Fraktion der Whigpartei stimmte. Lincoln's ganzes Leben war ein harter Kampf, sei es um die nackte Existenz oder um die praktische Durchführung freiheitlicher Prinzipien. Von ihm gilt Beaumarchais' Motto: „Ma vie est un combat.“

Seward.*) Für uns junge Männer, denen die Zukunft gehört, bedarf es mächtiger Energie, um eine wahre Demokratie zu begründen. Deshalb wenden wir unsere Blicke nach der andern Seite des Oceans, um zu lernen, wie ein Volk, daß sich frei zu machen gewußt hat, seine Freiheit aufrecht zu erhalten versteht. — Der so eben zu Tode getroffen wurde, war ein Bürger jener Republik, in der als große Männer nicht Eroberer gelten, welche Recht und Souveränetät der Völker verletzen, sondern die Begründer und Wächter der Volksfreiheit, wie Washington und Lincoln. Redlichkeit, Einfachheit, Energie im Kampfe, Mäßigung im Siege, Achtung vor der Freiheit stets und allerorten, — das waren die Eigenschaften des Erwählten des amerikanischen Volkes. Welche Größe im Vergleich zu den kleinlichen Satrapen von Gottes Gnaden, die durch unwissende oder servile Geschichtsschreiber dem alten Europa als Vorbilder hingestellt werden! Solche Männer, wie Lincoln, vernichten, heißt das Gesetz selbst vernichten. In einer Republik, wo die Gesetze durch freie Vereinbarung entstehen, wo die Gesellschaft in ihrer Entwickelung zur Gerechtigkeit ungehindert fortschreitet, sind Diejenigen geheiligt, welche der Ausdruck des Gesetzes sind, das sie beschworen und die ihren Eid nie gebrochen haben. Sie treffen, heißt das gehässigste Verbrechen begehen, und ihre Mörder heißen Meuchelmörder, wie Lincoln und Seward den Namen von Märtyrern der Gerechtigkeit und Freiheit tragen. Der Präsident der großen amerikanischen Republik ist todt! Es lebe die Republik!" — So sprach der den Despoten Frankreichs alle Zeit furchtbare Löwe des „Quartier latin" zu den freien Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika. —

Wir schließen dies Kapitel mit einem Gedichte, welches eine junge Mormonin, Miß Sarah Carmichael, verfaßte und das mein Freund Dr. Alexander Schnetger auf meinen Wunsch ins Deutsche übertrug. Sarah Carmichael lebte, als sie das Gedicht verfaßte, dem Studium der Geschichte und der Natur hingegeben am großen Salzsee in Utah, wohin sie in ihrem achten Lebensjahre mit ihren Eltern aus dem Staate New-York auswanderte. Sie ist in jeder Beziehung eine ruhmwürdige Ausnahme von ihren Glaubensgenossen und hat sich bereits durch verschiedene, tief empfundene, nach Inhalt und Form originelle Gedichte jenseit des Oceans in weiteren Kreisen Anerkennung und Ehre erworben. Der oben erwähnte Maler B. F. Carpenter, welcher viele Gelegenheit hatte, Lincoln in den verschiedensten Situationen zu beobachten, erklärte:

*) Man glaubte bekanntlich längere Zeit, daß Seward an den ebenfalls von Mörderhand empfangenen Wunden sterben würde.

„Nie sah ich einen Menschen, dessen äußere Erscheinung so deutlich die Last der inneren Sorgen und Verantwortlichkeiten wiederspiegelte, wie Lincoln. Und trotz Alledem hatte er für Alle ein freundliches Wort und ein fast noch freundlicheres Lächeln, und es war seine Gewohnheit, in solchen Augenblicken seine trübe Stimmung durch harmlose Scherze zu verscheuchen. So erinnere ich mich eines Falles, den mir einer der radikalsten Repräsentanten des Volkes im Kongreß mittheilte. Es war in der traurigsten Zeit des Jahres 1862. Der bezeichnete Repräsentant besuchte den Präsidenten am frühen Morgen, als gerade die Nachricht von einem neuen Unglück im Felde angekommen war. Ueberall herrschte große Besorgniß, wenn nicht traurige Niedergeschlagenheit. Herr Lincoln aber begann von ganz gleichgültigen Dingen zu sprechen, denen Aufmerksamkeit zu schenken der Kongreßmann durchaus nicht in der Stimmung war. Er erhob sich deshalb und sagte: ‚Herr Präsident, ich kam nicht hierher, um unbedeutende Geschichten zu hören; die Gegenwart ist für dergleichen Dinge zu ernst.‘ — Sogleich schwand das Lächeln vom Antlitze des Herrn Lincoln, und er rief aus: ‚A . . . . ., setzen Sie sich nieder! Ich achte Sie als einen ernsten, aufrichtigen Mann. Aber Sie können nicht sorgenvoller und schmerzlicher bewegt sein, als ich es fortwährend bin, und ich sage Ihnen jetzt hier, daß — könnte ich nicht gelegentlich meinem Herzen durch leichtere Gespräche Luft machen — ich sterben müßte.‘ Dies von Carpenter geschilderte sorgenvolle, durch anhaltendes und anstrengendes Arbeiten fast niedergebrochene Wesen in Lincoln's Erscheinung ist in dem nachfolgenden, bisher noch nicht veröffentlichten Gedichte, welches den Schmerz der ganzen Union über den Verlust Lincoln's in tief rührender Weise ausspricht, ergreifend zum Ausdruck gebracht worden.

Abraham Lincoln's Leichenbegängniß.

Was fließt, zur See sich wendet,
Was Leben hat, das endet —
Doch weint nur, Millionen, weint:
Todt ist des Volkes Freund!

Weh durchzittert Haus und Hallen,
Weg und Steg verstummt im Schmerz;
Wolken jedes Aug' umwallen,
Starr und muthlos jedes Herz.
O, ein schwarzes Gift durchgährte
Uns im Kelch den bittren Zug:
O des Jammers dieser Heerde,
Der den Hirten man erschlug!

Vom Schnitter eingebunden!
Kurz sind des Lebens Stunden.
Doch wein' Dir nur die Augen roth:
Dein Hirt, mein Volk, ist todt.

Düstre Trauerflaggen wehen
Rings von Haus und Tempel her;
Das Gewand der Nacht umhüllet
Treue Herzen schwarz und schwer;
Und mit thränenloser Wimper
Hält die Hore an im Flug,
Steht mit tiefem, ernstem Auge
Bis vorbei der Trauerzug.
O, ein Leid von Bergesschwere
Giebt's, das jedes Wortes bloß,
Einen Schmerz, der stumm in's Leere
Fühllos starrt, weil allzugroß!

Starke Hände dicht gefaltet,
Die beredtste Lippe schweigt;
Die Nation in's Herz getroffen,
Kaum noch leises Athmen zeigt.
In dem Aug' erfror die Thräne,
Ausgebrannt der Wangen Roth,
Leise am gebrochnen Herzen
Blutet sich das Wort zu Tod.
Doch auf jedes Bürgers Antlitz
Marmorstarr die Sorge ruht,
Die spricht mehr, als Menschenzunge
Je vermag und Thränenfluth.

Selbstsucht ganz ist uns're Trauer,
Unser Schmerz gilt uns'rem Glück.
Nebel des Verraths umschlichen
Niemals diesen reinen Blick.
Dieses Herz, das treu gesammelt
Seines Landes Aderschlag,
Wenn es zornerfüllt des Sklaven
Thränenfeuchte Kette brach,
Das zum sternbesä'ten Banner
Fest in jeder Faser stand:
Für die heil'ge Gluth durchbohrt nun
Von des Hasses Mörderhand!
O, das Land wird nach ihm schreien
Laut, wenn es die Noth ereilt,
Und das Volk das Volk betrauern
Lang, bis solche Wunde heilt.

Aber ohne Selbstsucht trauert,
Ohne Heilung lebenslang

Eine, die als Hort und Herr ihn
Lang schon vor dem Volk errang.
Seufzt sie auch nur, weil des Landes
Starker Schild in ihm zerschellt?
Nein, mit jenem Mann begrub man
Ihr, der Frau, die ganze Welt.
Nein, das Volk war ihr Rivale
Stets ja in der Liebe Reich —
Am Altar des Vaterlandes
Fiel er. Zählt sie, die ihm gleich!

Aber Ruh' ihm! Er hat selten
Sich auf's Ruhebett gestreckt.
Laßt die Ruh' ihm! Ruh' ist spärlich,
Wo der Neid die Feinde weckt.
Müd', weil Wachen ihn beglückte —
Eine Krone fiel ihm zu,
Die genug die Schläfe drückte —
Müde, ja — gönnt ihm die Ruh!

Fünftes Kapitel.

Die Zeit der Präsidentschaft Andrew Johnson's.

Die Freude über den Sturz der südlichen Konföderation, des Reiches der Sklavenhalteraristokratie, so schrieb im Mai 1865 ein angesehenes und einflußreiches Blatt, findet ein vernehmliches Echo in der ganzen Welt. Zwischen hindurch tönt aber der Klagelaut über die grauenhafte Ermordung des ersten Repräsentanten der amerikanischen Republik. Und so war es in der That. Indessen beide Laute, der der Freude, wie der des Schmerzes, soweit sie aus dem Munde der Völker kamen, waren natürliche, aufrichtige Zeichen ihrer lebhaften Theilnahme an dem Schicksale der großen amerikanischen Republik, der kräftigen, unermüdlichen und im Wesentlichen würdigen Vertreterin des demokratisch-republikanischen Prinzips. Dieser Ausdruck von Theilnahme sagte deutlich und vernehmbar: „Der Sieg über die Sklavenhalteraristokratie ist ein Sieg der Demokratie, des Prinzips der Selbstregierung des Volkes über alle Gegner der Völkerfreiheit, nicht bloß in der Republik der Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt, ein mächtiger Schritt vorwärts zur Erlösung der in so vielfacher Hinsicht unterdrückten Menschheit."

Seit dem Sturze der Juli-Dynastie im Jahre 1848 hatte kein Ereigniß einen so gewaltigen Eindruck in Europa hervorgebracht, als der Fall des südlichen Rebellen-Reiches in Nordamerika. Selbst da, wo

die eiserne Hand der geistlichen und weltlichen Despotie die freie Meinungsäußerung der Völker niederdrückte, brach sich dieselbe unwillkürlich und unaufhaltsam Bahn und gab ihre Freude über diesen Fall kund und ihre Entrüstung über die Ermordung Lincoln's durch Verbrecherhand. Mit Hoffen, Fürchten und Bangen sahen die nach Freiheit strebenden Völker auf den riesenhaften Kampf in der großen Union, bis sie endlich die Kunde erhielten von dem Falle Richmonds, von der Waffenstreckung der Rebellenarmee. Da mit einem Male erkannte man allerwärts die Macht und Herrlichkeit eines Volkes, das sich ein paar Menschenalter hindurch selbst regiert und frei entwickelt hat. Mit blutigen, aber dennoch leuchtenden Zügen hat die siegreiche Niederwerfung der auf Sklaverei gegründeten Rebellenmacht die urewige Wahrheit von neuem festgestellt, daß jedes System fallen muß, welches sich dem Fortschritt des Geistes in der Weltgeschichte widersetzt und Maximen und Institutionen in Schutz nimmt, die dem Genius des Zeitalters zuwider sind.

Seit langer Zeit war die Stärke des demokratischen Bewußtseins und Gefühles in Europa nicht so hervorgetreten, wie nach der glücklichen Beendigung des Sezessionskampfes. Wie neubelebt fühlten sich die unterdrückten Massen. Die Hoffnung, das Vertrauen in den endlichen Sieg der Freiheit war in ihnen wieder erwacht. Sie empfanden tief und warm die große, nachhaltige Wahrheit, welche in der Besiegung der mächtigen Sklavenhalter-Rebellion liegt; sie begriffen, daß das republikanische Prinzip aus einem seiner schwersten Kämpfe siegreich und in voller Glorie hervorgegangen war; sie sagten sich: Die Sache des Rechtes und der Freiheit hat einen neuen, mächtigen Halt gewonnen, einen Anwalt, der für sie sprechen und handeln wird, wo immer ein neuer Prozeß geführt wird zwischen Herrschern und Beherrschten. Und wie in Amerika die übermüthigen Sklavenbarone gezwungen wurden, die Sklaverei aufzugeben und in dem Neger den Menschen anzuerkennen, so werden über kurz oder lang auch in Europa die ärgsten Despoten und Dunkelmänner angehalten werden, mit ihrem Willen oder ohne ihren Willen den Wünschen der nach Freiheit dürstenden Völker Gehör zu schenken.

Nicht minder aber als die Beherrschten empfanden und empfinden noch die Herrscher und Unterdrücker die Lehre, die in dem Triumphe des wahrhaft demokratischen Prinzips in Amerika liegt. Mahnend, warnend ertönte die Kunde von dem Siege des Rechts und der Freiheit vor ihren Thronen! Ob sie dieselbe beherzigen oder nicht, — in den Herzen der Völker fand sie ihren millionenfachen Widerhall und wird dort auch niemals ungenutzt verhallen. Denn noch nie hat sich ein wahres

Prinzip bei etwas Anderem, als bei einem vollständigen Siege beruhigt. — — —

Die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen Andrew Johnson den Präsidentenstuhl bestieg, waren an sich darnach angethan, daß sie ihm, bei einer richtigen Handlungsweise seinerseits, die Sympathien fast aller Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika verschaffen mußten; er war nahezu unbeschränkter Herr der Situation und konnte sich der Sorge für das Beste des Landes unter weit geringeren Schwierigkeiten und Hemmnissen hingeben, als dies meistentheils Lincoln vergönnt gewesen war. Am Morgen des 15. April 1865 kündigte der Generalstaatsanwalt James Speed, im Auftrage des Ministeriums, Andrew Johnson in offizieller Weise den Tod Abraham Lincoln's an und forderte ihn auf, der Konstitution gemäß möglichst bald die Pflichten des Präsidenten der Republik zu übernehmen. Keine gesetzlose Handlung, keine Spur von tumultuarischer Verwirrung oder gar von Aufruhr zeigte sich nach dem Tode Lincoln's im amerikanischen Volke. Obgleich ein tiefer Schmerz die ganze Nation durchdrang, verlor dieselbe doch keinen Augenblick ihr Vertrauen auf die freien Institutionen des Landes, die sich in dieser schweren Prüfungszeit glanzvoll bewährten. Es war, als wenn das amerikanische Volk sich vollständig bewußt war, daß es durch ein solches Verhalten den großen Todten und sich selbst am meisten ehrte. Die Umstände, unter denen Johnson das Präsidentenamt antrat, waren von der Art, daß sie, nach dem Gefühle der amerikanischen Nation, jede prunkhafte Feier des Ereignisses verboten. Wir können deshalb nicht in den Tadel einstimmen, den K. F. Neumann in seiner werthvollen „Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika" (Bd. III. Vorrede S. XXV.) gegen Johnson darüber ausspricht, daß er den Präsidenteneid in seiner Hotelwohnung im Kirkwood House ablegte. Die Ereignisse drängten: und Johnson legte den Eid ab in die Hände des Oberrichters Salmon P. Chase, in Gegenwart von mehrern Ministern, Senatoren, Volksrepräsentanten und einigen hochgestellten und einflußreichen Privatpersonen. Die republikanische Einfachheit und die traurigen Zustände im „weißen Hause" ließen allen überflüssigen, monarchischen Prunk verschmähen. Der abgelegte Eid aber lautete:

> „Ich schwöre feierlichst, daß ich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten erhalten, beschützen und vertheidigen (preserve, protect and defend) will."

Nach der Beeidigung redete Johnson die bei dem Einschwörungsakte Anwesenden in folgender Weise an: „Meine Herren! Gestatten Sie mir zu bemerken, daß ich durch den Eindruck des traurigen Ereignisses, das sich

so kürzlich zugetragen hat, ganz überwältigt bin. Ich fühle mich nicht fähig, so gewichtige Pflichten von so hoher Verantwortlichkeit zu erfüllen, wie diejenigen sind, welche jetzt so unerwartet mir zufielen. In Bezug auf die von mir zu befolgende Politik kann ich nur sagen, daß dieselbe sich im Verlaufe meiner Amtsthätigkeit zu entwickeln hat. Die Antrittsbotschaft, das Programm meiner Regierung, muß sich in den Amtshandlungen kundgeben, wie dieselben gerade vor sich gehen. Die einzige Sicherheit, die ich in Bezug auf die Zukunft geben kann, besteht in einem Hinweis auf meine Vergangenheit. Das Verfahren, welches ich bisher in Hinsicht auf die Rebellion — soweit sich mir Gelegenheit dazu bot — eingeschlagen habe, muß die Gewähr für die Zukunft bieten. Mein vergangenes öffentliches Leben, ein langes und mühevolles, hat sich, wie ich mit gutem Gewissen behaupten zu dürfen glaube, auf ein großes Prinzip des Rechts gegründet, welches zur allgemeinen Basis dienen soll (which lies at the basis of all things). Die besten Kräfte meines Lebens sind dem Bestreben gewidmet gewesen, die Prinzipien eines freien Volkswesens zur Geltung zu bringen und zu verewigen (to establish and perpetuate the principles of free government); und ich glaube, daß die Nation, wenn sie den gegenwärtigen Gefahren entgangen ist, sich auf solche Prinzipien neu begründen wird, die in besserem und dauerndem Einklange mit den Volks- und Menschenrechten stehen, als die bisherigen. Gestatten Sie mir ferner zu sagen, daß ich, wie es den Gefühlen meines Herzens entspricht, lange bestrebt gewesen bin, die Zustände der großen Masse des amerikanischen Volkes zu verbessern und zu heben. Arbeit und die Verfechtung der großen Lehren der Volksfreiheit sind der Gegenstand meiner Thätigkeit gewesen. Ich versuchte meine Pflicht zu thun, — die Folgen stehen in Gottes Hand (the duties have been mine — the consequences are God's). Das war in Kürze der Inhalt meines politischen Glaubensbekenntnisses. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß die Nation siegreich aus dem Kampfe hervorgehen und die erwähnten großen Prinzipien für immer feststellen und praktisch durchführen wird. Schließlich, meine Herren, bitte ich Sie um Ihre Aufmunterung und um Ihren Beistand. Auf Sie und Andere werde ich mich stützen müssen, um das Land aus seinen gegenwärtigen Gefahren zu retten. Ich bin überzeugt, daß Sie und alle Freunde des Vaterlandes, des Rechts und der Freiheit meine Bitte erfüllen werden."

Seine Vergangenheit also war es, auf welche der neue Präsident Diejenigen hinwies, welche ihn nach seinem politischen Programm fragten; und da dürfen wir denn nicht vergessen, daß er, als ein Kind des „mean white trash", d. h. des gemeinen weißen Lumpengesindels, wie die süd-

lichen Ritter die ärmere Arbeiterklasse des Volkes nannte, während seiner langen öffentlichen Laufbahn zwar stets seiner Abstammung aus dem Schooße des Volkes eingedenk war, daß er aber, mit Ausnahme der unter dem amerikanischen Volke stets populären Befürwortung eines Heimstättegesetzes, in den meisten Fragen, welche die südliche Politik der Sklavenhalter aufwarf, mit der südlichen Landaristokratie stimmte. Erst als der Sezessionssturm über die Union hereinbrach, trat Johnson der demokratischen Prosklavereipartei feindlich gegenüber und näherte sich der republikanischen Partei, in deren Hände durch die Wahl Lincoln's zum Präsidenten der Vereinigten Staaten die Macht der Regierung gelangt war. Sein Leitstern blieb das bekannte und gefeierte Wort Andrew Jackson's: „The federal Union, it must be preserved!" Die Verwaltung seines Militärdistrikts, die er vom März 1862 bis zum März 1865 führte, war zeitweise von der Art gewesen, daß sie selbst von entschieden unionistischer Seite als hart und strenge beurtheilt worden war; es blieb aber zweifelhaft, ob gewisse, wie Willkür und Gewaltanmaßung aussehende Handlungen Herrn Johnson in seiner Eigenschaft als Militärgouverneur von Tennessee durch die Umstände aufgedrungen waren, wie er und seine Freunde stets behaupteten, oder ob dieselben unbeschadet der Sache der Union und der Freiheit hätten vermieden werden können. Wenn wir indeß Johnson's politische Carrière bis zum 15. April 1865 sine ira ac studio verfolgen, so müssen wir zu dem Schlusse kommen, daß er in einzelnen Punkten dieselbe Politik unwandelbar fest im Auge behalten hat, während er in andern Fällen entschieden politische Umwandlungen durchmachte. Sicherlich durfte die radikale Fraktion der republikanischen Partei am wenigsten darauf rechnen, daß Johnson als Präsident in ihrem Sinne handeln werde; denn dieser Fraktion hatte er während der ganzen Dauer seines Lebens keinen Augenblick angehört. Und dadurch, daß er die Ernennung von Seiten der in Baltimore tagenden Republikaner angenommen, hatte er sich in keiner Weise verpflichtet, den weitgehenden Anforderungen der Radikalen, wie Thaddeus Stevens, Benjamin F. Butler, Charles Sumner u. s. w., getreulich nachzukommen. Es ist also nicht in den Thatsachen begründet und muß als ein offenbares Unrecht erscheinen, wenn Johnson von gewisser Seite den amerikanischen Radikalen gegenüber als ein Verräther bezeichnet wird. —

Andrew Johnson wurde, um die Hauptmomente seines Lebens, so weit dieselben nicht bereits erwähnt sind, kurz zusammenzufassen, zu Raleigh, der Hauptstadt von Nord-Carolina, am 29. Dezember 1808 geboren. Schon in seinem vierten Lebensjahre verlor er seinen Vater, der bei dem Versuche, einen Freund vom Ertrinken zu retten, selbst seinen

Tod fand. Vom 10. bis zum 17. Jahre war der junge „Andy" Lehrling bei einem Schneider in Raleigh. Seine Mutter war zu arm, um ihm Schulunterricht geben zu lassen. Was er sich von Schulkenntnissen erwarb, verdankte er meistens dem eigenen Streben. Er erlernte das Lesen mit Hülfe einiger Anleitung, die ihm seine Arbeitsgenossen gaben. Das erste Buch erhielt er von einem Kunden seines Meisters zum Geschenk, der in der Werkstätte zuweilen vorlas. Es enthielt dasselbe eine Sammlung ausgezeichneter Reden berühmter Staatsmänner Englands. In diesem und anderen Büchern las er allnächtlich mehrere Stunden. Im Jahre 1824 ging Johnson als Schneidergeselle nach Laurens Court House in Süd-Carolina, wo er zwei Jahre arbeitete; 1826 kehrte er nach Raleigh zurück und arbeitete daselbst mehrere Monate. Im September beschloß er aber, sein Glück im Westen zu suchen, und reiste deshalb mit seiner Mutter, die er ernährte, zuerst nach Greeneville, im Staate Tennessee, wo er sich ein Jahr aufhielt und ein braves Mädchen zur Frau nahm. Nach einem mißglückten Ausfluge noch weiter westlich, um einen noch bessern Niederlassungsplatz zu suchen, kehrte er nach Greeneville zurück. Hier vervollkommnete er sich mit Hülfe seiner Gattin im Lesen, Schreiben und Rechnen, und ward seit dem Jahre 1828 wiederholt zum Alderman erwählt. Im Jahre 1830 ward er durch die Wahl seiner Mitbürger Mayor von Greeneville und bekleidete diese Stellung drei Jahre hindurch. Im Jahre 1835 berief ihn das Volk von Tennessee in die Staatsgesetzgebung, woselbst er das alte, damals noch sehr populäre Whigsystem, welches durch übergroße Geldbewilligungen aus dem öffentlichen Schatze innere Verbesserungen erstrebte, eifrig bekämpfte. Aus diesem Grunde wurde Johnson bei der nächsten Wahl geschlagen; als sich aber die von ihm vorhergesagten üblen Folgen jenes Systems nur zu bald zu zeigen begannen, wurde er 1839 mit großer Majorität wiedererwählt. Im Jahre 1840 hatte er die Ehre, von der demokratischen Partei zum Präsidenten-Wahlmann ernannt zu werden. Seine naturwüchsige Beredtsamkeit hatte ihm bereits einen großen Ruf verschafft, der sich noch erhöhte, als er mit Glück mehrere oratorische Wettkämpfe gegen hervorragende Whigredner bestand. Nachdem Johnson noch zwei Jahre im Staatssenat von Tennessee gedient, begann er im Jahre 1843 seine kongressionelle Laufbahn. Zehn Jahre lang war er Mitglied des Repräsentantenhauses und nahm in demselben keine ganz untergeordnete Stellung ein; er war ein warmer Freund der Administration des Präsidenten Polk und eine wesentliche Stütze für dessen Regierung. Wie oben bemerkt, nahm er sich mit großem Eifer der Heimstätte-Bill an, sowohl im Hause der Repräsentanten, wie im Bundessenate. Im

Jahre 1853 wurde er Gouverneur von Tennessee, welches Amt er mit Ehren bekleidete, bis er 1857 in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Wir wissen bereits, daß er hier mit Muth und Geschick den Sezessionsbestrebungen von James M. Mason, Robert Toombs, Jefferson Davis u. s. w. entgegentrat; denn nicht selten konnte der Vorsitzer des Senats nur mit Mühe den rauschenden Beifall der Gallerien dämpfen, der Johnson's Reden begleitete und stets das Zischen der südlichen Sklavenhalter übertönte. Von Lincoln im Jahre 1862 zum Militär-Gouverneur von Tennessee ernannt, trug er viel dazu bei, die Sache der Union in diesem Staate zu stärken und zum Siege zu führen.

An Glücksgütern brachte Johnson die schwersten Opfer; er setzte durch sein unerschütterliches Festhalten an der Sache der Union seine Familie den größten Gefahren aus und bewies wiederholt in kritischen Augenblicken hohen persönlichen Muth. Vergl. meinen Aufsatz „Andrew Johnson" in „Unsere Zeit", N. F. Jahrg. III. 2. Hälfte. Was seine Familienverhältnisse betrifft, so besitzt er noch jetzt seine Frau und vier Kinder, nämlich zwei Söhne und zwei Töchter. Sein ältester Sohn, Robert, ist über 30, sein jüngster, Andrew, etwa 15 Jahre alt. Seine Töchter lebten, wie ihre Eltern, vor der Rebellion in Ost-Tennessee, von wo sie gleichfalls wegen ihres Patriotismus und der gleichen Gesinnung ihrer Gatten unter allerlei Ungemach und Mißhandlung durch die Sezessionisten vertrieben wurden. Der Mann der einen dieser Töchter, Oberst Stover, fiel am 18. Dezember 1864 in der Schlacht bei Nashville, als er heldenmüthig sein aus osttennessee'schen Jungen bestehendes 4. Tennessee-Regiment zum Angriff gegen die Rebellen vorführte. Der andere Schwiegersohn, Senator Patterson, lebte lange Zeit in Nashville. Ein dritter Sohn Johnson's, der als Militärarzt fungirte, fand im Jahre 1863 seinen Tod auf dem Schlachtfelde. Als Johnson den Präsidentenstuhl bestieg, mußte seine treffliche Frau, der er so viel verdankt, in Nashville zurückbleiben, weil ihre Gesundheit durch die vielen erschütternden Ereignisse der letztverflossenen Jahre — Einkerkerung und Lebensgefahr in Ost-Tennessee, stete Angst und Sorge um den Gatten, um die Kinder und Schwiegersöhne, und endlich den Tod des einen Sohnes und Schwiegersohnes — ernstlich gelitten hatte. Die Honneurs im „weißen Hause" machte daher zuerst die verwittwete Frau Stover; übrigens war der präsidentliche Haushalt anfangs still und einfach, um so mehr, da die Nationaltrauer um Lincoln auch hier sich geltend machte.

Mit den Vermögensverhältnissen Johnson's soll es nur kümmerlich bestellt sein. Von dem, was er in Ost-Tennessee besaß, ist durch die Rebellion Vieles verloren gegangen; auch konnte er wohl als Militär-

gouverneur von Tennessee, in welcher Stellung er die Bezahlung eines Brigade-Generals bezog, wenig sparen, da ein solches Amt immer mit vielen Repräsentationskosten verbunden ist. Daß er sich aber als Präsident sehr bereichert hätte, darüber schweigen sowohl seine Freunde wie seine Feinde.

Seiner äußern Erscheinung nach ist Andrew Johnson von mittlerer Größe und starkem, gedrungenem Körperbau. Seine Gesichtsfarbe ist dunkel und seine tiefliegenden schwarzen Augen verrathen Scharfblick und nicht gewöhnlichen Verstand. Sein ganzes Wesen deutet auf eine unbezähmbare Energie des Willens, auf eine Thatkraft, die selbst vor verzweifelten Mitteln nicht zurückschrecken würde, wenn es darauf ankäme, einen einmal gefaßten Plan unter allen Umständen durchzuführen. Johnson ist eine Natur, die, wenn sie stets oder meistens den richtigen Weg eingeschlagen hätte, große Dinge zu leisten im Stande gewesen wäre; die aber, einmal irre geleitet, sich schwer oder gar nicht auf den rechten Weg zurückfinden kann und hier und da nicht zögert, verwerfliche und unerhörte Maßregeln zu ergreifen. Sein Verhalten als Präsident hat nicht dazu beigetragen, ihm die Achtung und Liebe, die er sich durch manche Handlungen seines frühern Lebens in den verschiedensten Kreisen und in reichem Maße erworben, zu sichern, geschweige zu vergrößern. Es dürfte sicherlich noch zu früh sein, ein endgültiges Urtheil über Andrew Johnson zu fällen, aber so viel scheint uns gewiß doch festzustehen, daß er es nicht verstand, mit dem milden und doch festen Sinne eines Lincoln die Geschicke seiner Nation zu leiten. Sein impulsives Wesen, sein oft jähzorniger und rachsüchtiger Sinn, sein in Verbissenheit ausartendes Stehenbleiben bei einmal gefaßten Ansichten und Plänen haben ihn mit den Vertretern des Volkes in den schneidendsten Konflikt gebracht und Zustände herbeigeführt, welche die nordamerikanische Union noch immer nicht ganz zur Ruhe kommen und die vollen Segnungen des Friedens genießen lassen.

Es ist jetzt noch unsere Aufgabe, die Hauptmomente des Verfassungs- oder Rekonstruktionskampfes, wie solcher zwischen dem Präsidenten Andrew Johnson und dessen Anhängern einerseits und der Majorität des Kongresses, d. h. der Repräsentanten des Volkes, andererseits entbraunt ist und bis auf die Gegenwart herab mit ungemindertem Feuer geführt wird, in ihren wesentlichen Zügen und Entwickelungsphasen zu verfolgen, darzustellen und zu würdigen.

Andrew Johnson's Präsidentschaft ist, wenn wir die ersten Monate derselben in Abrechnung bringen, ein fortwährender Kampf gegen die radikale Majorität des Kongresses; und die Erbitterung, welche durch

diesen Kampf hervorgerufen wurde, war — mit wenigen und kurzen Intervallen — von Anfang an stets im Steigen begriffen. Scharfblickende Politiker erklärten schon in den ersten Tagen des Monats Mai 1865, daß an eine innige, dauernde und fruchttragende Allianz zwischen dem Präsidenten und den extremen Führern der radikalen Partei nicht zu glauben sei. Und es gab auch in der That zu viele, innerlich begründete Gegensätze zwischen beiden Parteien, zu viel entgegengesetztes Streben und zu große Verschiedenheit der Anschauungen und politischen Ideale, als daß man der Harmonie zwischen dem Präsidenten und der radikalen Fraktion eine längere Dauer hätte versprechen können, als gewissermaßen durch das Vorgehen gegen einen gemeinsamen Feind geboten war. Wir heben hier nur wenige Punkte hervor. Andrew Johnson, als ehemaliger südlicher Demokrat, war stets erfüllt von der Idee des weltgeschichtlichen Berufs der Union, die republikanischen Prinzipien von der Selbstregierung der Völker den Monarchien gegenüber zur Geltung zu bringen, er war stets ein Manifest-destiny-Mann, d. h. er wollte die Herrschaft der Vereinigten Staaten über den ganzen amerikanischen Kontinent ausgedehnt wissen. Schon aus diesem Grunde war er ein Feind der Sezession, die nach seiner Ansicht das Manifest-destiny der Union unmöglich gemacht haben würde. Die Anhänger der „Neuengland-Schule" oder des radikalen Yankeethums haßten dagegen das Manifest-destiny beinahe ebenso sehr, wie die Lehre von den „Staatenrechten" oder die „Suprematie der weißen Race". Johnson war zufrieden mit der Emanzipation der Neger als Sklaven und wollte die Konstitution der Vereinigten Staaten soviel als möglich unverändert erhalten; die radikale Partei wollte aber der Emanzipation der Sklaven die politische und soziale Gleichstellung derselben so schnell wie möglich folgen lassen und die alte Konstitution überall, wo das sogenannte „höhere Recht" dies zu erfordern schien, sofort abändern. Johnson's Politik war, seiner ganzen Vergangenheit gemäß, nach außen erobernd, nach innen konservativ; seine Gegner dagegen waren nach außen mehr konservativ, aber nach innen entschieden revolutionär. Der Ausspruch des radikalen Bundessenators von Missouri, Gratz Brown: „We are the Revolution," war das Motto der radikalen Partei, das der ehrlichen Demokraten und gemäßigten Republikaner hieß: „The Union and the Constitution!"

Am 17. und 18. April 1865 hielt Johnson bei verschiedenen Gelegenheiten Reden, welche von den Radikalen mit Jubel begrüßt wurden. „Das Volk muß erkennen lernen," sagte er, „daß der Hochverrath das schwärzeste von allen Verbrechen ist und unnachsichtliche Strafe verdient.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Gnade, gegen Einzelne geübt, Grausamkeit gegen das Ganze, gegen den Staat, in sich schließt." Allein um diese Zeit war die Sezession noch nicht vollständig zu Boden geworfen; Johnson und die Radikalen hatten noch den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Doch hielt sich der Präsident stets eine Hinterthür offen, denn er erklärte selbst um diese Zeit: „Niemand kann voraussehen, wie sich die Zukunft gestalten wird. Ich will den Ereignissen nicht vorgreifen (I shall not attempt to anticipate the future), sondern stets handeln, wie es die Gegenwart verlangt. Ich werde stets thun, was mir als das Beste erscheint, ohne Botschaften und Erklärungen, bis solche genau geschrieben werden können in dem Lichte der kommenden Ereignisse selbst." Johnson's Politik war somit die Politik des Augenblicks; er besaß keine kühne, staatsmännische Voraussicht und hohe, in die Zukunft dringende Gedanken lagen bei der vorzunehmenden Umgestaltung der Union auf allseitig freiheitlicher Basis seinem wesentlich der Vergangenheit und der allernächsten Gegenwart zugewandten Geiste völlig fern.

Was die Amnestieproklamation anbetrifft, welche Johnson am 29. Mai 1865 erließ, so trat er damit nur in die Fußstapfen von Abraham Lincoln; denn dieser hochherzige Mann war kurz vor seinem Tode schon darauf bedacht gewesen, wie er in milder und versöhnender Weise den Norden mit dem Süden durch eine umfassende Gnadenaustheilung wiedervereinigen könnte. Dennoch rief dieser Akt der Milde und Versöhnung bei den extremen Parteien die Opposition gegen den Präsidenten wach.

Von andern Proklamationen, welche von Johnson um diese Zeit erlassen wurden, mögen hier folgende erwähnt werden: 1) die Proklamation, in welcher er am 2. Mai 1865 einen hohen Preis auf die Einfangung von Jefferson Davis und andern Rebellen und Hochverräthern aussetzte; 2) die vom 10. Mai, worin er den Krieg für „virtually at an end" erklärte, da die Kraft der Rebellion durch die Kapitulation des südlichen Rebellengenerals J. E. Johnston (27. April), durch die Einnahme von Mobile (12. April) und die am 4. Mai erfolgte Uebergabe des unter dem Kommando von General R. Taylor stehenden Rebellenheeres so vollständig gebrochen war, daß die wenigen noch übrig gebliebenen Guerrillahaufen den friedlichen Verkehr weder östlich noch westlich vom Mississippi bedeutend stören konnten; 3) die Proklamationen vom 13. und 24. Juni sowie die vom 29. August 1865, durch welche der Binnenhandel wieder ziemlich frei gegeben wurde, nachdem am 1. Juli alle Häfen der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme von vier in Texas

gelegenen, dem Handel mit dem Auslande (Kriegsmaterial u. dergl. ausgeschlossen) geöffnet worden waren.

Allein die Angelegenheit der Rekonstruktion der südlichen Staaten und deren Wiedervereinigung mit dem Norden auf vollkommen freiheitlicher Basis rückte ihrer definitiven Entscheidung immer näher, um so mehr, als mit dem 18. Dezember 1865, wie bereits oben bemerkt, die Sklaverei in dem weiten Gebiete der Union durch Abstimmung in den einzelnen Staaten auf konstitutionelle Weise aufgehoben war. Die Sklavenfrage war gelöst, aber damit noch nicht die Negerfrage, d. h. die Frage über die definitive Stellung der Neger oder der farbigen Race hinsichtlich ihrer bürgerlichen, politischen und socialen Rechte. Bei Lösung dieser Frage sollte eben der traurige Streit zwischen dem Präsidenten A. Johnson und dem Kongresse beginnen.

Es war Johnson's Absicht, den staatlichen Neubau der Union etwa in der Weise zu begründen, daß in den ehemaligen konföderirten Staaten vom Präsidenten der Union provisorische Gouverneure eingesetzt werden sollten, die unter vielfacher Kontrolle der Bundesregierung und im Verein mit loyalen Konventionen oder Legislaturen dieser Einzelstaaten die weitern, mehr detaillirten Maßregeln zur vollen Rückkehr in die Union und zur Beseitigung der Negerfrage berathen mochten. Der erste von Johnson in dieser Richtung hin am 9. Mai 1865 mit Virginien unternommene Versuch mißglückte aber gänzlich; denn die in diesem Staate vorgenommenen Ergänzungswahlen fielen so unionsfeindlich aus, daß die Wahlen von der Bundesregierung selbst für ungültig erklärt werden mußten. Allein der Präsident war zu zähe, um sich so leicht von seinem einmal gefaßten Vorsatze abbringen zu lassen. Am 29. Mai 1865 erließ er eine Proklamation, welche unter der Gouverneurschaft von William H. Holden die Reorganisation des Staates Nord-Carolina in ganz ähnlicher Weise bezweckte, wie die von Virginien; ebenso suchte er die nachbenannten Staaten zu rekonstruiren: am 13. Juni den Staat Mississippi mit William L. Sharkey als provisorischem Gouverneur; am 17. Juni Georgien unter James Johnson und Texas unter Andrew J. Hamilton; am 21. Juni Alabama unter Lewis E. Parsons; am 30. Juni Süd-Carolina unter Benjamin F. Perry und Florida endlich unter William Marvin am 13. Juli. In den übrigen secedirten Staaten waren schon früher von Lincoln Anstalten getroffen worden, um dieselben in gehöriger Weise zur Union zurückzuführen. Vergl. The American Annual Cyclopaedia vom Jahre 1865. S. 9 ff. S. 359 ff. S. 391 ff. S. 578 ff. S. 623 ff. S. 757 ff. S. 786 ff. S. 814. —

Die Rekonstruktionsversuche Johnson's, die er selbst als „experiments“ bezeichnete und die er mehr oder weniger eigenmächtig, ohne den Kongreß zu fragen oder ohne sich mit den Volksvertretern zu verständigen, angestellt hatte, wurden begreiflicher Weise von den Radikalen und entschiedeneren Republikanern bald innerhalb und außerhalb des Kongresses auf das heftigste angegriffen. An der Spitze der Oppositionsparteien standen Männer, wie: Charles Sumner, Benjamin F. Wade, Samuel C. Pomeroy, Thaddeus Stevens, John A. Bingham, Robert C. Schenck, James M. Ashley u. A.; in Neuengland bekämpfte namentlich der talentvolle, aber stets etwas fanatische Wendell Phillipps, von dem Duvergier de Hauranne mit Recht sagt, daß er „un fanatique, un agitateur, un radical, l'incarnation même du radicalisme“ sei, die allerdings in ihren Erfolgen sehr unglücklichen politischen Experimente Johnson's. Schon im Sommer des Jahres 1865 rüstete sich die radikale Partei in allen Staaten der Union zum ernsten Kampfe gegen den Präsidenten. Im Wesentlichen drehte sich aber der Streit um folgende Sätze:

1) Präsident Johnson hielt daran fest, daß die sogenannten secedirten Staaten niemals aufgehört hätten, Staaten in der Union zu sein, daß folglich ihre Verfassungen noch gerade so in Kraft seien, wie vor der Sezession. Hieraus folgerte der Präsident, daß das Stimmrecht in den secedirten Staaten nur denen zustehe, die es vor der Sezession gehabt hätten, und daß die Bundesgesetzgebung und Bundesregierung kein Recht hätten, es andern Personen einzuräumen. Der Präsident weigerte sich also entschieden, den Negern das Stimmrecht zu geben.

Hierin bestand der erste und gewichtigste Beschwerdepunkt der Opposition, die nicht ohne Grund behauptete, der Akt der Sezession und die darauf folgende Rebellion habe die secedirten Staaten in eine Lage gebracht, wo die sozialen und politischen Verhältnisse derselben einer vollständigen Umänderung bedürftig seien, namentlich müsse den frei gewordenen Negern in politischer und sozialer Beziehung eine selbstständige Stellung eingeräumt werden.

2) Der Präsident hielt es für eine richtige und kluge Politik, die provisorischen Gouverneure der secedirten Staaten in diesen selbst zu suchen, und hatte deshalb zu allen bisher besetzten Gouverneursposten Bewohner der betreffenden Staaten ernannt.

Gegen diesen Punkt hatte die Opposition nicht so viel einzuwenden, nur verlangte sie, daß die provisorischen Gouverneure aufrichtige Unionsmänner und dem neuen Zustande der Dinge nicht abhold sein dürften. Könne man keine zuverlässigen Männer in den secedirten Staaten finden, so müsse man sie aus den unionstreuen Staaten nehmen. —

3) Der Präsident machte von seinem Begnadigungsrechte einen umfassenderen Gebrauch, als den meisten Führern der radikalen Partei lieb war. Durch seine Amnestieproklamation vom 29. Mai 1865 waren immerhin noch 150,000 Personen, die nahezu eine Million Seelen repräsentirten, von der Begnadigung ausgeschlossen worden; da es nun aber schwierig, ja unmöglich war, gegen 150,000 Menschen die Hochverrathsstrafen zu vollziehen, so erließ Johnson fort und fort zahlreiche Gnadenakte.

Dieser dritte Beschwerdepunkt, in Verbindung mit einer häufig wiederholten Suspendirung der gesetzlich beschlossenen Konfiskationsmaßregeln, sowie die nicht seltene Einstellung von Zwangsverkäufen wegen nicht bezahlter Steuern und ähnliche milde oder schwache Handlungen erregten den Zorn der Oppositionspolitiker, die dem Präsidenten vorwarfen, daß seine Worte mit seinen Thaten so häufig in schnurgeradem Widerspruche ständen.

Andrew Johnson's Programm, welches er selbst ein „Restaurationsprogramm“ nannte, bestand mit Entschiedenheit auf Abschaffung der Sklaverei, stellte aber in den meisten übrigen Fragen mit nicht gehöriger Berücksichtigung der durch den Sezessionskrieg umgeänderten Verhältnisse die frühere verfassungsmäßige Selbstregierung des Volkes in den südlichen Staaten möglichst viel wieder her. Es berief alle den Amnestieeid leistenden Bürger zum Werke des Wiederaufbaues der faktisch zerrissen und zerstört gewesenen Union und überließ ihnen, sicherlich mit übergroßem Vertrauen und mehr, als klug und den obwaltenden Umständen angemessen war, die Rechte, welche die Bundesverfassung den einzelnen Staaten vor der Sezession zugestand. Die Majorität der Opposition wollte dagegen die secedirten Staaten als Strafe für den begangenen Hochverrath mehr oder weniger als Territorien behandeln und kraft des Kriegsrechts als eroberte Länder verwalten, vornehmlich so lange, bis die Weißen des Südens den Negern vollständige politische Gleichheit, d. h. Stimmrecht und Wählbarkeit, eingeräumt hätten. Um diese Fragen gruppirten sich allmählich die verschiedenen politischen Parteien, und es lag auf der Hand, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem unnachgiebigen Präsidenten und der hastig vorwärts strebenden Opposition zu einem vollständigen, beklagenswerthen Bruche führen mußten. Es muß übrigens bemerkt werden, daß die Ansichten Johnson's hinsichtlich der aktiven und passiven Wahlberechtigung der Neger in den früheren Sklavenstaaten von einem großen Theile der republikanischen Partei getheilt wurden und — wie die letzten Abstimmungen in den einzelnen Staaten über das sogenannte 14. Amendement

zur Bundeskonstitution, welches nach Kongreßbeschluß dieses Wahlrecht gesetzlich festgestellt wissen will, beweisen — auch noch jetzt getheilt werden. Wenn Johnson im Mai 1865 einer Deputation von Negergeistlichen gegenüber und im Oktober desselben Jahres einem aus dem Kriege heimkehrenden Negerregimente erklärte, daß die Negerrace sich durch Fleiß, Sittlichkeit und Ordnungsliebe zu der Würde des Vollbürgerthums der Union erst heranbilden müßte, daß die Freiheit nichts anderes bedeute, als möglichst unbeschränkte Gelegenheit zur Arbeit zu besitzen und die Produkte der Arbeit nach eigenem Willen zu genießen, so läßt sich vom Standpunkte der praktischen Politik wenig hiergegen einwenden, um so weniger, als viele der Unionsstaaten, die unlängst über das eben erwähnte, ihnen zur Abstimmung vorgelegte 14. Amendement zur Konstitution der Vereinigten Staaten abgestimmt haben, den Negern das volle Wahlrecht verweigerten, trotzdem daß z. B. in den Sklavenstaaten Tennessee und Nord-Carolina die freien Neger noch bis zu den Jahren 1834 und 1835 stimmberechtigt waren. „Liberty consists in the glorious privilege of work," sagte Andrew Johnson am 10. Oktober 1865 zu den ruhmgekrönt aus dem Kriege zurückkehrenden Negersoldaten und legte ihnen dann ans Herz, daß sich die wahren Freiheitsbegriffe weniger im Kampfe der Schlachten bewähren müßten, als in einer wohlgeordneten Arbeit und in dem Gehorsam gegen gute, intellektuelle und moralische Bildung sichernde Gesetze. Ohne allen Zweifel nahm Johnson hier den richtigen Standpunkt ein, wenn ihn auch die Ultraradikalen und die gemäßigtere Fraktion, deren Feldgeschrei „allgemeines Stimmrecht und allgemeine Amnestie" war und zu deren geistreichsten und fähigsten Mitgliedern Horace Greeley gehört, deswegen verdammten. Wir stimmen in diesem Punkte vollständig mit der „New-Yorker Abendzeitung", einem entschieden republikanischen Blatte überein; diese einflußreiche Zeitung äußerte sich über die Negerstimmrechtsfrage am 5. Juni 1865 also: „Wie man zuerst mit der bloßen Hinwegdekretirung des Rechtsbegriffes der Sklaverei ihr Wesen zu vernichten suchte, so glaubt man (die radikale Kongreßmajorität) jetzt durch die bloße Andekretirung des Wahlrechts alle seine Pflichten gegen die befreiten Sklaven erfüllen zu können. Ob das Wahlrecht in Händen einer in Sklaverei erwachsenen Generation irgendeinen Werth als Schutzwehr der Freiheit haben könne, das zu untersuchen hält man der Mühe nicht für werth. Die Phrase, die hohle Formel der Freiheit wird von den modernen Scholastikern, die sich Radikale nennen, für das unfehlbare Allerweltsheilmittel gehalten. Mit der Beendigung des Krieges und mit dem Beginne der Riesenarbeit staatlicher

und gesellschaftlicher Regeneration eines großen Staatenkomplexes wird sich bald genug die Machtlosigkeit der Phrase zur Bewältigung realer Schwierigkeiten herausstellen. Bald genug wird sich finden, daß, wenn auch Niemand schwimmen lernen kann, ohne ins Wasser zu gehen, doch seine Fähigkeit, Arme und Füße zu bewegen, eine noch wichtigere und unentbehrlichere Voraussetzung ist, um schwimmen zu lernen. Wem die Glieder zusammengeschnürt, oder durch langes Zusammenschnüren abgestorben, erstarrt oder verkrampft sind, der lernt nicht sogleich schwimmen, wenn man ihn ins Wasser wirft, sondern ertrinkt. So ungefähr ist es mit den frühern Sklaven. Es ist nicht ihr Fehler, sondern ihr Unglück, daß sie in ihrem gedrückten und geknechteten Zustande sich nicht diejenigen geistigen und sittlichen Fähigkeiten anzueignen vermochten, welche die Vorbedingung einer ersprießlichen Theilnahme an dem Geschäfte der staatlichen Selbstverwaltung sind." Was hier von den Negern gesagt ist, das findet seine volle Anwendung auf die ungebildeten Klassen der meisten Nationen Europa's. Was würde z. B. wohl aus dem gegenwärtig so mächtig aufwärts strebenden Oestreich werden, wenn man dort — und es verlautet sogar, daß es bald geschehen solle — das allgemeine Wahlrecht einführen wollte? Das allgemeine Wahlrecht ist unter allen Umständen ein zweischneidiges Schwert; es kann die Herrscher und es kann die Beherrschten auf den Tod verwunden.

In den Vereinigten Staaten sorgte der Kongreß übrigens in möglichst kurzer Zeit und in anzuerkennender Weise für die geordnete Beschäftigung und für zweckmäßigen Unterricht der frei gewordenen Neger durch das sogenannte „Bureau for the relief of Freedmen and refugees" unter der Leitung von General O. O. Howard. Vergl. The American Annual Cyclopaedia vom Jahre 1865. S. 370 ff. C. Gödel, „Sklaverei und Emanzipation", S. 120 ff. Es war überhaupt einer der größten Vorzüge des freien Nordens in den Vereinigten Staaten, daß er das Selfgovernment auf der Grundlage der Bildung aufzubauen suchte, daß er die Trennung von Schule und Kirche durchführte, daß er erstere, die Schule zur Gemeindeangelegenheit machte, die Religion oder die Sorge für das sogenannte Seelenheil aber als eine Privatsache ansah, welche die einzelnen Individuen für sich abzumachen hatten. „In Europa," sagt John William Draper in seinen „Gedanken über die zukünftige Politik Amerika's" (übersetzt von A. Bartels, S. 161), „ist der Versuch gemacht worden, Gemeinwesen allein durch Sittlichkeit zu regieren. Der gegenwärtige Zustand jenes Erdtheils (Europa's) am Schlusse so vieler Jahrhunderte zeigt, wie groß der Mißgriff gewesen. In Amerika macht man im Gegentheil den Versuch,

durch **Bildung** zu regieren. Derselbe wird gelingen." So parador dieser Ausspruch Draper's auf den ersten Blick auch klingen mag, so enthält derselbe doch ein gut Theil Wahrheit. Die Ausführung des europäischen Systems der Sittlichkeit wurde fast einzig und allein den Geistlichen überlassen; die Schule war die Magd der Kirche und ist es mit geringen Ausnahmen noch bis auf den heutigen Tag. Die **Kirche** und die **Krone**, das sind die beiden Regulatoren der europäischen Staatenentwickelung von jeher gewesen; kann es uns da wundern, daß es mit dem Selfgovernment im alten Europa schlecht bestellt ist? Wahre Sittlichkeit geht nur aus wahrer, natur- und vernunftgemäßer Bildung hervor und hat mit dem religiösen Bekenntnisse als solchem gar nichts zu thun. „Aus dem amerikanischen Grundsatze folgt," sagt Draper a. a. O., „daß Jeder, der die Verbesserung seiner Mitmenschen, die Veredelung des Gemeinwesens, worunter er lebt, oder den wahren Ruhm des Volkes sucht, diesen Vorsatz am besten durch Verbreitung von **Licht und Kenntnissen** und durch Kräftigung der **öffentlichen Einsicht** auszuführen vermag. Wer in Amerika seinen Nebenmenschen bessern will, muß handeln, indem er seinen Verstand beeinflußt. Will er, daß es keinen Müßigen und keinen Armen im Lande giebt, so muß er Acht geben, daß es keinen Unwissenden gibt. Unwissenheit ist nicht, wie man in alten Zeiten zu sagen pflegte, die Mutter der Frömmigkeit, sie ist die Mutter des Aberglaubens und des Elendes." Von allen Mitteln der öffentlichen Bildung sind aber die **freie Schule** und die **freie Presse** an der Hand des **freien Vereinsrechts** die wirksamsten, höchsten und heiligsten. Und es ist daher nicht genug anzuerkennen und für uns Europäer in jeder Beziehung lehrreich, daß die Amerikaner, nachdem sie die Sklaverei, welche „wie ein knorriger Upasbaum" ihre giftigen Wurzeln in ein schönes und großes Land ausgestreckt hatte, aufgehoben, den Segen und die Wunder der Bildung und der freien Arbeit an ihre Stelle zu verpflanzen bemüht waren; und Andrew Johnson kann nicht genug dafür getadelt werden, daß er aus hohler Buchstabengewissenhaftigkeit, wenn nicht aus schlimmeren Beweggründen, Gesetzesvorschläge mit seinem Veto belegte, wodurch der Kongreß die bürgerliche Stellung der befreiten Neger zu sichern und zu bessern bemüht war.*)

---

*) Die gegenwärtigen religiösen Bewegungen in vielen europäischen Staaten, z. B. in England, Oestreich, Preußen und anderen deutschen Ländern deuten auf einen tiefgreifenden religiös-politischen Umschwung, resp. Fortschritt, hin, der in nicht zu langer Zeit eintreten und den „vier Hauptgedanken", die H. Th. Buckle im ersten Kapitel des zweiten Bandes seiner „Geschichte der Civilisation in England" aufstellt, bei den Nationen Europa's täglich mehr Eingang und praktisches

Die erste Sitzung des 39. Kongresses begann am 4. Dezember 1865. Gleich am ersten Tage der Sitzung reichte Thaddeus Stevens von Pennsylvanien einen Antrag ein, dessen Zweck es war, durch einen Ausschuß von Fünfzehn (neun Mitgliedern des Repräsentantenhauses und sechs Senatoren) die Zustände in den südlichen Staaten untersuchen zu lassen und demgemäß zu bestimmen, ob dieselben schon Vertreter in den Kongreß schicken dürften oder nicht. Nach längeren Debatten wurde der Stevens'sche Antrag von beiden Häusern des Kongresses am 13. Dezember angenommen und am darauf folgenden Tage der sogenannte Fünfzehnerausschuß gewählt, von welchem die wichtigsten Gesetzesvorschläge hinsichtlich der Rekonstruktion des Südens und aller damit zusammenhängenden Fragen ausgingen. Am 18. Dezember legte Johnson dem Kongresse zwei Schriftstücke von hoher geschichtlicher Bedeutung vor. Es hatten nämlich die Generale U. S. Grant und Karl Schurz im Auftrage des Präsidenten genaue Nachforschungen über die Lage der Dinge im Süden angestellt und desfallsige Berichte eingereicht. Diese Berichte kamen nun im Kongresse zur Berathung. Grant erklärte in seinen Ausführungen, die Masse der denkenden Leute im Süden würden sich in gutem Glauben (in good faith) der neuen Ordnung der Dinge fügen, doch dürfe man den Süden noch nicht von allen Bundestruppen entblößen, auch sei das „Freedmen's Bureau" trotz mancher Mängel, die dasselbe besitze, so lange eine absolute Nothwendigkeit (an absolute necessity), bis Civilgesetze erlassen wären, welche den Farbigen den nöthigen Beistand gewähren könnten. Noch entschiedener und mehr im Sinne der radikalen Partei abgefaßt war der Bericht von K. Schurz; er schilderte die Rekonstruktionspolitik des Präsidenten als höchst gefährlich für die Integrität und loyale Selbstregierung der Nation, weil sie dem illoyalen weißen Elemente einen zu großen und dem loyalen schwarzen Elemente gar keinen Antheil an der wünschenswerthen Wiederherstellung der Unionsbeziehungen zwischen Norden und Süden einräume. Schurz war dem Negerstimmrecht nicht abhold und kam in Bezug auf Johnson's Politik zu dem Schlusse: „Wenn es sich nur darum handelt, die Maschinerie der Staatsregierungen des Südens wieder in Bewegung zu setzen, so sind die vom Präsidenten ergriffenen Maßregeln zufrieden stellend; sollen aber die nothwendigen Errungenschaften des Krieges Bestand haben, so sind sie es nicht." Vergl. The American Annual Cyclopaedia vom Jahr 1866. S. 131 ff.

Die Kongreßmajorität nahm hierauf, nach längeren, die Spannung

---

Verständniß verschaffen dürfte. „Die Freiheit und nicht die Theologie ist die Begeisterung des 19. Jahrhunderts."

zwischen Volksvertretung und Exekutive noch vergrößernden Debatten, im Anfang des Februar 1866 einen Gesetzesvorschlag an, welcher dazu dienen sollte, die befreiten Sklaven (Freedmen) in amtlicher und nichtamtlicher Weise als „Bürger" der Union zu schützen, indem er ihnen das Recht, Waffen zu tragen, zusprach und sie in allen civilrechtlichen Fragen mit den weißen Bürgern auf gleichen Fuß stellte. Der vorletzte Abschnitt dieses Gesetzesvorschlags bedrohte sogar jede Unterscheidung in der civilrechtlichen Behandlung der Neger und Weißen als ein Criminalvergehen (misdemeanor), welches mit Geldbuße bis zu 1000 Dollars, mit Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre, oder unter Umständen mit beiden gesühnt werden sollte. Die Vollstreckung dieses Gesetzes war den Bundesgerichten zugewiesen. „Mehr als irgend eine andere Maßregel, mehr namentlich als alle auf Verleihung politischer Rechte an die Neger bezügliche Anträge," sagte Hermann Raster, einer der fähigsten deutsch-amerikanischen Journalisten, in treffender Weise, „drückte dieser Gesetzesvorschlag die einmüthige Stimmung der großen republikanischen Partei in Betreff dessen aus, was vor allen Dingen nothwendig sei, um die Abschaffung der Sklaverei zu einer Wahrheit zu machen." Johnson verwarf ihn dennoch durch das Veto, welches er am 19. Februar gegen denselben aussprach. Allein an diesem Tage überschritt er auch den Rubicon und löste sich los von der Partei der Republikaner, die ihn zum Stellvertreter Lincoln's gemacht, zu denen er, der Zufallspräsident, dem nur der Mörder Booth auf den Präsidentenstuhl half, im Herzen schwerlich jemals gehört hatte. Der Triumph aber, den Johnson und die ganze demokratische Partei, welche stets mit den Rebellen sympathisirt hatte, durch das erwähnte Veto scheinbar davon trugen, war nur von kurzer Dauer. Wenn Präsident Taylor seiner Zeit einst erklärte, die Exekutive müsse sich möglichst wenig in die Handlungen und Beschlüsse der Legislative mischen, so standen die Handlungen Johnson's zu diesem richtigen Ausspruche in geradem Gegensatze. Die Gründe aber, womit Johnson, dem man vielleicht den zweideutigen Ruhm nicht absprechen kann, daß er eine schwache, sehr schwache Copie von Andrew Jackson ist, sein Veto zu rechtfertigen suchte, liefen wesentlich darauf hinaus, daß er den Gesetzesvorschlag des Kongresses verwarf, weil durch denselben „Ausnahmegesetze" und „verfassungswidrige Eingriffe" in die Selbstverwaltung der Südstaaten aufgestellt würden. Er vergaß aber, daß im Süden thatsächlich Ausnahmezustände bestanden, daß die im Kriege besiegten Rebellen lange nicht aufrichtig loyal und daß viele der „rekonstruirten" Civilbehörden der südlichen Staaten im Herzen noch erbitterte Sezessionisten und Todfeinde der Negerfreiheit waren. Er wußte oder mußte wenigstens wissen,

daß es ein bitterer Hohn auf die Befreiung der Neger war, die besiegten Rebellen zu Hütern der Freiheit ihrer gewesenen Sklaven zu machen.

Allein Johnson begnügte sich nicht mit der Ausübung seines Veto; er griff in öffentlichen Reden, wie z. B. am 22. Februar 1866, die radikale und republikanische Kongreßmajorität in ungemäßigter Heftigkeit an, er erklärte den Senator Sumner, Thaddeus Stevens und den bekannten Abolitionisten Wendell Phillips für ebenso große Feinde der Union, wie Toombs, Slidell und Jefferson Davis, er warf dem Kongreß laut und vor allem Volke eine gefährliche und verdammungswürdige Politik vor und duldete es ruhig und gern, daß man in seiner Gegenwart die Gegner seiner Politik als „Verräther" (traitors) bezeichnete. In der ganzen Union wurden solche von persönlichen Leidenschaften eingegebenen und von plumpen Vorwürfen strotzenden Reden des Präsidenten mit einem Schrei des Unwillens aufgenommen; nur wenige Blätter in Amerika wagten dieselben zu entschuldigen oder gar zu vertheidigen. Das Haupt der Union war auf die Gasse herabgestiegen und hatte sich durch die Aufforderung des Pöbels zu beleidigenden, nicht zu rechtfertigenden Aeußerungen gegen hochgestellte Männer, gegen die Vertretung der Nation hinreißen lassen. Auch europäische Blätter, wie z. B. die „Daily News", die londoner „Times", die berliner „National-Zeitung" u. a. m., erkannten dies und sprachen in ungeschminkter Weise ihr Verdammungsurtheil über die wilde und ungezügelte Sprache des Zufallspräsidenten aus. Vergl. „National-Zeitung" von 1866, Nr. 123 u. 124.

Der Kongreß ließ sich indessen durch das Toben und den ungestümen Unwillen Johnson's nicht lange irre machen. Er nahm am 9. April 1866 das „Gesetz über bürgerliche Rechte" (the Civil Rights Bill) dem trotzigen Veto des Präsidenten gegenüber mit einer starken Zweidrittel-Majorität, im Senat mit 33 gegen 15 und im Repräsentantenhause mit 122 gegen 41 Stimmen, an. Bei jeder Gelegenheit erklärte Johnson von nun an, er werde unter keinen Umständen der Kongreßmehrheit nachgeben, und immer und immer wieder von dem konstitutionellen Rechte des Veto Gebrauch machen. Und so geschah es. Aber auch die Vertreter des Volkes gingen vorsichtig, aber entschlossen ihren Weg. Es war ein interessantes, wenn auch gefährliches Ringen zwischen der rückwärts blickenden Exekutive und der vorwärts strebenden Legislative, ein Ringen, welches wichtige Beiträge zu der Lehre von dem sogenannten Gleichgewichte der Staatsgewalten geliefert hat, das aber nach unserer Ansicht von dem Engländer Walter Bagehot in dessen werthvollem Buche, „Englische Verfassungszustände" (mit einem Vorwort von Dr. Franz v. Holtzen-

dorff) nicht immer vollständig begriffen und richtig gewürdigt worden ist. Wenn Bagehot, von der Theilung der höchsten Gewalt in den Vereinigten Staaten sprechend, a. a. O. S. 282 sagt: „Die Zersplitterung der souveränen Gewalt in viele Theile geht so weit, daß gar keine souveräne Gewalt da ist," so spricht er eben als centralisirender Monarchist, der nicht bedenkt, daß es in der nordamerikanischen Republik nur einen Souverän gibt, das Volk. Und dieser Souverän ist schließlich allmächtig; seine Stimme an der Wahlurne entscheidet alle Streitigkeiten zwischen Legislative und Exekutive. Wenn aber diese Stimme nicht jeden Augenblick gehört werden kann, so ist dies in der nordamerikanischen Union auch nicht gerade nothwendig; denn — wie Bagehot selbst sagt — die Amerikaner, d. h. nicht bloß die leitenden Politiker in Amerika, „besitzen ein besonderes Genie für Politik, in ihrer Aktion herrscht eine Mäßigung, eine Rücksicht auf das Gesetz, wie noch nie ein großes Volk sie bezeigt hat, und die bei weitem die unsrige (englische) übersteigt." Dies „besondere Genie für Politik" ist aber bei den Amerikanern die natürliche Folge ihrer Erziehung und der sonstigen staatlichen Einrichtungen ihrer Republik, deren Studium den altweltlichen Politikern nicht genug anempfohlen werden kann. Wir verweisen hier auf einen Aufsatz Duvergier de Hauranne's in der „Revue des Deux Mondes" vom Jahre 1865, Tome 60; daselbst heißt es mit Rücksicht auf das amerikanische Staatswesen: „La démocratie en pratique, — et nous n'en connaissons en Europe que le nom et la théorie, — est une perpetuelle mêlée où l'individu isolé ne peut lever la tête sans devenir le point de mire de tous les coups. Il faut qu'il suive le troupeau, ou bien les masses populaires lui passeront sur le corps. La démocratie veut avoir dans le pouvoir exécutif un serviteur immédiat, dépendant d'elle seule. Ce serviteur peut devenir un maître, quand aux instincts de la démocratie ne se joint pas, comme en Amérique, l'usage ancien de la liberté."

Es übersteigt aber die Grenzen der uns gegebenen Arbeit, hier eine nur annähernd ausführliche Geschichte des Verfassungskampfes zwischen Andrew Johnson und dem Kongresse zu liefern; wir müssen uns begnügen, fernerhin vornehmlich die Hauptgesetze kurz anzugeben, welche die Vertreter des Volkes im Einklang mit den konstitutionellen Bestimmungen dem Veto des Präsidenten zum Trotz beschlossen und gaben.

Am 16. Juli 1866 wurde eine Bill gegen das Veto Johnson's zum Gesetz erhoben, welche die fernere Aufrechthaltung und Unterstützung des Bureaus der Freigewordenen bestimmte. Im Juni war das bekannte Amendement zur Konstitution beschlossen worden, welches den

Negern das Stimmrecht geben soll, das aber von den verschiedenen Staaten, wie oben bemerkt, bis jetzt nicht angenommen worden ist.*)

Nachdem der Präsident am 20. August 1866 durch eine Proklamation bekannt gemacht hatte, „daß die Insurrektion der sogenannten secedirten Staaten überall beendigt sei, und daß Friede, Ordnung und Ruhe in dem ganzen Bereiche der Vereinigten Staaten von Amerika herrschten**)," machte er eine große Rundreise durch die Union, auf welcher er in verschiedenen Reden die Führer der radikalen Opposition als „Tyrannen und Despoten" denunzirte und sich als einen Demagogen von ganz gewöhnlichem Schlage gerirte.

In der am 3. Dezember 1866 eröffneten zweiten Session des 39. Kongresses fand schon durch einen Antrag des Abgeordneten Ashley ein Vorspiel zu einem Absetzungsverfahren (impeachment) gegen den Präsidenten statt. Außerdem wurden nachstehende zwei wichtige Gesetzesvorschläge gegen das präsidentliche Veto zu Landesgesetzen erhoben:

1) Die Beamtenanstellungsbill (Office Bill), der gemäß der Präsident — ohne die Beistimmung des Senats erlangt zu haben — Civilbeamte weder anstellen noch absetzen durfte.

Die Verletzung dieser zum Gesetze erhobenen Bill bildete den Hauptanklagepunkt in der später gegen Johnson eingeleiteten Anklage.

2) Die Militär-Rekonstruktionsbill, welche für „die Wiederherstellung einer wirksamern (more efficient) Regierung in den Rebellenstaaten" Sorge tragen sollte, „bis daselbst auf gesetzliche Weise loyale und republikanische Staatsregierungen errichtet werden könnten."

Der Kongreß erklärte durch diese Bill noch deutlicher, als durch die „Beamtenanstellungsbill," daß er die von dem Präsidenten vorgenommenen Restaurationsversuche für ungenügend und eigenmächtig halte, wie selbige denn auch in der That ohne die Ermächtigung der legislativen Gewalt und ohne die Billigung des Volkes geschehen waren. Der wesentliche Inhalt des „Militär-Rekonstruktionsgesetzes" war aber folgender: Die durch den Präsidenten eingerichteten Staatsregierungen des Südens bestehen fort, sind aber entschieden nur als provisorische anzu-

---

*) Nach den neuesten Nachrichten soll das 14. Amendement dennoch Ende Juli 1868 von der gesetzlich erforderlichen Mehrzahl der Unionsstaaten ratifizirt und in konstitutioneller Weise ein Theil des Grundgesetzes der Union geworden sein.

**) Daß es mit „diesem Frieden, dieser Ordnung und Ruhe" schlecht bestellt war, bewiesen vielfache und grauenhafte Mordscenen, z. B. die in Memphis und New-Orleans, welche um jene Zeit vorkamen. Johnson wollte mit der letzten Friedensproklamation nur politisches Kapital machen.

sehen, deren Existenz und Wirksamkeit vornehmlich vom Kongreß abhängt. Neben diesen bürgerlichen Staatseinrichtungen im Süden besteht eine Art Militärregiment mit der Befugniß, nach eigenem Ermessen die Autorität der bürgerlichen Gerichte zu suspendiren und Kriegsgerichte zur Aburtheilung von Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung einzusetzen. Wenn die südlichen Staaten dieses Militärregimentes enthoben sein wollen, so haben sie nachstehende Bedingungen zu erfüllen: 1) Sie müssen konstituirende Versammlungen einberufen, bei deren Wahl alle volljährigen Bürger, auch die Neger, aktiv und passiv stimmberechtigt sind, während eine gewisse Anzahl von Weißen vom Stimmrechte ausgeschlossen ist; hierher gehören alle Diejenigen, welche früher in irgend einer Eigenschaft einen Eid auf die Bundesverfassung geleistet, trotzdem aber in irgend einer Weise an der Rebellion theilgenommen haben. Eben diese Personen sind auch von der Wählbarkeit in die konstituirenden Versammlungen (conventions) ausgeschlossen; 2) diese Konventionen müssen auch für die künftigen Wahlen allen volljährigen Negern das Wahl- und Stimmrecht geben; 3) die Legislaturen, welche nach Annahme der neuen Verfassungen zu wählen sind, müssen das im Juni 1866 vom Kongreß empfohlene (14.) Amendement zur Bundesverfassung genehmigen; 4) wenn dies Alles geschehen und vom Kongresse gesetzlich bestätigt ist, so werden die südlichen Staaten wieder als vollberechtigte Staaten anerkannt und können diejenigen ihrer Vertreter, welche den vorgeschriebenen Testeid leisten, in den Kongreß eintreten, vorausgesetzt, daß die Mehrheit des betreffenden Hauses sie zuläßt.

Als der Kongreß am 3. März 1867 (am 2. März war das Militär-Rekonstruktionsgesetz angenommen worden) auseinanderging, um — wie es am 10. Januar gesetzlich bestimmt worden war, seinem Nachfolger, dem 40. Kongresse, am darauf folgenden Tage, dem 4. März, Platz zu machen, konnte man ihm wohl nachsagen, daß er in den 11 Monaten seiner Thätigkeit, trotz manchen Schwankens und Zögerns, trotz einer im Anfange oft peinlich hervortretenden Unschlüssigkeit und Zerfahrenheit, die nur allmählich — Dank dem eigensinnigen und nicht selten gewaltsamen Auftreten des Präsidenten, größerer Entschlossenheit und Energie Raum gab, ein gutes Stück Arbeit vor sich gebracht habe. In Bezug auf die Hauptfrage — die Reorganisation des Südens — hatte er, längere Zeit irregeleitet durch die oft auch für Amerikaner fast unwiderstehliche Anziehungskraft der vollendeten Thatsachen, welche die Exekutive geschaffen, schließlich in der elften Stunde den Weg zu dem ursprünglichen, einzig berechtigten Standpunkte zurückgefunden, der niemals auch nur einen Augenblick hätte verlassen werden sollen. Gegenüber der

usurpatorischen Landesretterei des rechthaberischen Präsidenten hatte er das ausschließliche Recht der gesetzgebenden Nationalgewalt im Namen des höchsten Souveräns, im Namen des Volkes, zur Lösung und Ordnung der im Süden durch die Rebellion erzeugten Wirrsal gewahrt. Von der Thatsache ausgehend, daß durch die Losreißung der Südstaaten vom Bunde jede früher dem Bunde gegenüber gültige politische Organisation in jenen Staaten zerstört worden war und der Süden am Ende des Krieges zwar wieder einen Theil des zur Republik gehörenden bewohnten Landesgebietes, aber in politischer Beziehung nahezu eine tabula rasa bildete, hatte er mit dem Rechte der Selbsterhaltung und der Nothwendigkeit die Militärautorität des Bundes als maßgebend zur Hülfe herangezogen und die in der Natur der Sache liegenden Bedingungen bezeichnet, unter welchen die Bewohner des zurückeroberten Gebietes, wenn und wann sie wollten, eine solche politische Organisation bilden könnten, die der Bund anerkennen durfte. —

Durch die im November 1866 abgehaltenen Wahlen war entschieden worden, daß die große Mehrheit des Volkes der Union Männer in den 40. Kongreß sandte, die der konservativen Experimentalpolitik Johnson's in jeder Beziehung abhold waren und auf Seiten der Kongreßmajorität standen. Als daher der Präsident mit dem Beistande des scharfsinnigen Oberbundesanwaltes, Herrn Stanbery, sich bemühte, mit haarspalterischer Rechtsverdreherei das Militär-Rekonstruktionsgesetz vom 2. März 1867 illusorisch zu machen und — wie die Ratte des Mephistopheles das Pentagramm Faust's zernagte — die wohl zugespitzten, zweckdienlichen Bestimmungen dieses Gesetzes zu lockern, so wurde es den Volksvertretern im Kongresse nicht schwer, das dem Präsidenten und der demokratischen Partei so widerwärtige Hauptgesetz durch zwei Supplementgesetze, das eine vom 23. März, das andere vom Juli 1867, so zu ergänzen, daß eine Umgehung nicht wohl möglich war. Nachdem später, im März 1868, noch ein neues Amendement hinzugefügt worden, welches die Abstimmungsweise in den secedirten Staaten näher bestimmen sollte, erließ der Kongreß im Juni desselben Jahres einen Gesetzesakt, wodurch den Staaten Nord-Carolina, Süd-Carolina, Louisiana, Georgien, Florida und Alabama der Wiedereintritt ihrer Vertreter in den Bundeskongreß zugestanden wurde, da diese Staaten „gemäß der Akte vom 2. März 1867 und deren Supplemente (die bessere Verwaltung der Rebellenstaaten betreffend) Staatskonstitutionen entworfen und mit großer Mehrheit angenommen hätten, welche nach Form und Inhalt republika-

nisch seien." Da nun die Staaten Tennessee und Kentucky schon früher die Zulassung zur Vertretung im Kongresse erhalten haben und ein Gesetzentwurf, welcher dem Staate Arkansas dasselbe Recht zugesteht, der Bundesgesetzgebung zur Annahme vorliegt und sehr wahrscheinlich angenommen wird oder bereits angenommen ist, so darf gegenwärtig das Rekonstruktionswerk, soweit der Kongreß damit zu schaffen hat, nahezu als abgeschlossen betrachtet werden; denn für die drei noch übrigen, secedirt gewesenen Staaten, Virginien, Mississippi und Texas, wird, sobald sie „reif" sind, eine ähnliche Zulassungsbill passirt werden. Ob aber Präsident Andrew Johnson die betreffenden Zulassungsgesetzesentwürfe mit seinem Veto belegen wird oder nicht, es wird dies schwerlich einen Unterschied machen oder die Sache aufhalten, da die Oppositionspartei im Kongresse Stimmen genug hat, dem präsidentlichen Veto Trotz zu bieten. So wird denn allem Anscheine nach das Wort Auguste Laugel's über den amerikanischen Konflikt bald in Erfüllung gehen: „Le nord tirera lui-même le sud de l'abîme de ruine et de misère où il s'est volontairement jeté: il lui offre déjà ses capitaux, ses bras, ses machines, ses écoles, ses institutions municipales, le secours de son intelligence et de son activité. Il ne lui demande qu'une chose en retour: c'est l'abdication de cette puissance sinistre et barbare qui a pour armes non-seulement des fusils, mais des fouets et des poignards, qui a fait repandre des torrens de sang humain et failli amener la ruine de la république. Pour que l'Union vive, il faut que l'esclavage périsse, et que périsse avec lui tout ce qui reste encore de son oeuvre politique et sociale. Vergl. Revue des Deux Mondes, 1865. Tome 58.

Es bleibt uns nun noch übrig, mit einem Worte dreier Ereignisse zu erwähnen, die nicht bloß für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Welt von hohem Interesse und nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, wir meinen: den Prozeß des Präsidenten Andrew Johnson, das Trauerspiel in Mexiko, welches mit dem Tode Maximilian's von Oestreich endete, und den im November 1868 bevorstehenden Präsidentenwahlkampf in der großen transatlantischen Republik.

Um die Rekonstruktionspläne des Kongresses in demokratisch-konservativem Sinne zu durchkreuzen, hatte sich Andrew Johnson nicht gescheut, den Kriegsminister Edwin M. Stanton von seinem Amte zu suspendiren, weil er sich geweigert, in die Amtsentsetzung der Generale Sheridan, Sickles und Pope zu willigen. Diese Generale verwalteten nämlich als Militärbefehlshaber die zu ihren Distrikten gehörigen südlichen Staaten ganz im Einklange mit dem vom Kongresse erlassenen Rekonstruktions-

gesetze und setzten den Machinationen des Präsidenten und seiner Helfershelfer einen unübersteiglichen Damm entgegen. Im August 1867 übernahm nach der erfolgten Amtssuspension von Stanton der Obergeneral U. S. Grant die provisorische Verwaltung des Kriegsministeriums. Vergebens suchte Johnson diesen Ehrenmann als Mittel zur Erreichung seiner reaktionären Zwecke zu benutzen. Grant diente im Frieden seinem Lande so treu und ergeben, wie im Kriege. Da griff der erbitterte und verbissene Präsident zu einem äußersten Mittel und entsetzte im Februar 1868 — trotz der vom Kongreß zum Gesetz erhobenen „Beamtenanstellungsbill" (Office Bill) — ohne die Beistimmung des Bundessenats dazu einzuholen Edwin M. Stanton seines Amtes und ernannte den unfähigen, aber fügsamen General Lorenzo Thomas zum interimistischen Kriegsminister. Kaum aber war dieser Schritt gethan, so leitete das Repräsentantenhaus in der von der Konstitution vorgeschriebenen Weise die Anklage (impeachment) gegen Andrew Johnson, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, ein, und der Senat konstituirte sich, dem Gesetze gemäß, zum Gerichtshof über den höchsten Beamten der Republik. Vergl. Constitution of the United States, Art. I. sect. 2. § 5. sect. 3. § 6. u. 7. Art. II. sect. 4. — Die Anklageakte enthielt 11 Artikel, von denen die acht ersten sich auf die widerrechtliche Absetzung Stanton's bezogen, der neunte auf den Versuch hinwies, welchen der Präsident gemacht hatte, den General Emory zur Verletzung seiner Pflicht zu verleiten, und die beiden letzten die Reden zum Gegenstande hatten, womit Johnson den Kongreß der allgemeinen Verachtung preisgegeben und konstitutionellen Landesgesetzen den Charakter der Gültigkeit abgesprochen hatte. —

Das Hauptverbrechen, welches Johnson zur Last gelegt ward, nämlich die Amtsentsetzung Stanton's, war bisher das nur selten bestrittene, aber stets ausgeübte Recht aller früheren Präsidenten gewesen. Allein auch nach dem neuen Beamtenanstellungsgesetze war es nach den Ansichten unparteiischer, denkender Männer wenigstens zweifelhaft, ob der angeklagte Präsident wirklich schuldig sei. Erstens konnte es nicht genau und bestimmt nachgewiesen werden, daß Johnson den Willen und die Absicht (animus) gehabt hatte, das in Rede stehende Gesetz zu verletzen; es war nämlich immer nach vorangegangnen Thatsachen die Möglichkeit der Annahme gegeben, daß er nur durch einen bestimmten Fall (case) die von manchen Seiten angezweifelte Konstitutionalität der „Office Bill" zur gerichtlichen und endgültigen Entscheidung habe bringen wollen. Zweitens konnte Johnson behaupten und seine Vertheidiger thaten dies auch, daß Stanton nicht von Johnson, sondern von Lincoln,

angestellt gewesen sei und daß deshalb keine Verletzung der „Office Bill" vorliege. Die auf Kabinetsmitglieder bezügliche Klausel des Gesetzes sagte ausdrücklich, daß Kabinetsmitglieder ihr Amt während des Termins des Präsidenten, von welchem sie angestellt sind, und einen Monat darüber bekleiden sollen. Der Termin des Präsidenten Lincoln, welcher Stanton angestellt, ging aber mit seinem Tode zu Ende und einen Monat nach diesem erlosch folgeweise das Recht Stantons auf sein Amt. Er behielt es nur, weil Johnson ihn stillschweigend duldete. Diese stillschweigende Duldung war aber weder gleich einem Verzichte auf das Absetzungsrecht noch gleich einer neuen Anstellung. Wenn aber diese Auslegung, wie vielseitig behauptet wurde, richtig war, so konnte Stanton seit dem Mai 1865 jeder Zeit abgesetzt werden und seine Absetzung durch Johnson war nicht einmal eine Verletzung des neuen Beamtenanstellungs- oder Amtsdauergesetzes. Doch sei dem, wie ihm wolle, der von den Volksvertretern gegen das Haupt der Union angestrengte Prozeß ist und bleibt unter allen Umständen ein Ereigniß, welches die Vorzüge und den Segen eines Rechtsstaates vor aller Welt in das glänzendste Licht stellte, und Niemand hat das Recht, die Kraft und die Dauerhaftigkeit der Institutionen der nordamerikanischen Republik, die durch den gegen ihr Oberhaupt angestellten Prozeß keinen Augenblick erschüttert wurde, in Zweifel zu ziehen. Johnson wurde bekanntlich mit 35 gegen 19 Stimmen frei gesprochen; dennoch aber ist er in einem andern Sinne für schuldig befunden und wird sehr wahrscheinlich den Rest seines Lebens hindurch moralisch und politisch vernichtet sein. —

Was die mexikanische Tragödie anbetrifft, so verdient sie hier nur insofern eine Erwähnung, als sämmtliche Mitglieder des Repräsentantenhauses, die republikanischen sowohl, wie die demokratischen, schon im Frühjahr 1864 eine Resolution beschlossen, welche der französischen Regierung mitgetheilt wurde und worin ein entschiedener Protest gegen die Anerkennung einer Monarchie in Mexiko enthalten war. Die amerikanischen Staatsmänner nannten das unglückliche Opfer der napoleonischen Politik, die schon im Jahre 1860 durch Unterstützung des oben erwähnten Flibustiers William Walker dem Vordringen der republikanischen Union Hindernisse zu bereiten suchte*), stets nur „Maximilian, den Prinzen von Oestreich, der sich Kaiser von Mexiko nennt." Es ist hinlänglich bekannt, wie die verhaßten „Yankees" das

*) Vergl. K. F. Neumann, a. a. O. Bd. III. S. 273—288.

übermüthige Tuilerien-Kabinet zwangen, „das unter dem Gelärm aller Trompeten und Pauken des Chauvinismus in Scene gesetzte mexikanische Abenteuer aufzugeben.“ Am 19. Juni 1867 fiel der Erzherzog Maximilian von Oestreich, der werth war, sein Blut für eine bessere, höhere Sache zu vergießen, auf dem Cerro vor Queretaro durch republikanische Kugeln. Wer will, mag darin eine Sühne für den Galgen von Arad erkennen. Der Ausgang des Trauerspiels in Mexiko hat, wie Johannes Scherr mit Recht sagt, festgestellt, „daß der Cäsarismus, dem Europa feige sich fügte, wenigstens in Amerika einen unbesiegbaren Widerstand fand, an welchem das erschlaffte öffentliche Gewissen wieder sich aufrichten und kräftigen kann.“ Es ist dadurch „endlich eine Mahnung gegeben, daß, wenn der Gang der Nemesis zumeist nur ein langsames, lässiges und leises Schleichen ist, die erhabene Vergelterin doch mitunter ihre Schritte zu furchtbarer Eile und zu erschütternden Donnerlauten steigere, um den Frevel jählings einzuholen und zu zermalmen.“

Was endlich den in den Vereinigten Staaten im November 1868 bevorstehenden Präsidentenwahlkampf anlangt, so unterliegt es unserer Ansicht nach kaum einem Zweifel, daß die am 20. Mai dieses Jahres zu Chicago von der republikanischen Partei ernannten Präsidentschafts- und Vicepräsidentschaftskandidaten, Ulysses S. Grant und Schuyler Colfax (der langjährige, verdiente Sprecher des Repräsentantenhauses), über ihre demokratischen Gegner einen glänzenden Sieg davontragen werden. Das politische Programm der republikanischen Partei unterstützt in allen wesentlichen Dingen die Politik der Majorität des gegenwärtigen Kongresses, verdammt die Administration Andrew Johnson's und verwirft, was die Zahlung der Staatsschulden anbetrifft, die Repudiation in aller und jeder Form als ein Verbrechen. Die in der am 4. Juli 1868 zu New-York stattgefundenen demokratischen Nationalkonvention ernannten Kandidaten, Horatio Seymour und Francis P. Blair, haben schon deshalb geringe Aussicht auf Erfolg in der bevorstehenden Wahlschlacht, weil sie einem Programme huldigen, welches den Geist der Zeit gegen sich hat, und weil sie in der Repudiationsfrage gegen den alten amerikanischen, ächt republikanischen Grundsatz verstoßen: „No taxation without representation.“ —

Wir glauben zum Schlusse, das Resultat unserer Darstellung der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht besser zusammenfassen zu können, als mit den Worten W. E. Hartpole Lecky's: „Jede Regierungsform, bei welcher das Volk nicht thätig betheiligt ist, wird als eine vorübergehende angesehen, und jeder scharfsichtige Despot hält die Aussicht auf eine künftige Freiheit seinem

Volke beständig vor Augen. Die Auferstehung der Völker ist das Wunder unseres Zeitalters. Alle Gewalt der stehenden Heere und der Schutzgesetze, alle Verträge der Diplomatie und die unermüdliche Wachsamkeit eigensinniger Despoten waren nicht im Stande, sie aufzuhalten. Die Verträge sind zerrissen, der Geist der Freiheit hat sie überlebt. Das Nationalitätsprinzip hat jetzt, nach dem Geständniß seiner eifrigsten Gegner, beinahe die Kraft eines öffentlichen Rechts erlangt, es hat die feierlichsten internationalen Verträge vernichtet, und man hat allen Grund zu glauben, es wird vor dem Schlusse des Jahrhunderts die anerkannte Grundlage der Politik sein." Die Zeit ist nahe, wo das Römerwort zur vollen Geltung kommen wird: „Salus populi suprema lex esto!"

Schlußbemerkungen.

Als der Geschichtsschreiber und Politiker George Bancroft, gegenwärtig amerikanischer Gesandter in Berlin, bei dem Entstehen des norddeutschen Bundes denselben mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika verglich, so machte er mit diesem Vergleiche weder diesseit noch jenseit des atlantischen Oceans besonderes Glück. Es lag aber auch zu sehr auf der Hand, daß die staatlichen Zustände der amerikanischen Republik — mögen sie noch so sehr in der Entwickelung begriffen sein — mehr oder weniger ein Definitivum bilden, während die staatlichen Verhältnisse des norddeutschen Bundes und die Staatszustände von Deutschland überhaupt unter allen Umständen — gleichgültig, ob man sie mit wohlwollender Vorliebe oder mit geringschätzender Feindschaft betrachtet und beurtheilt — nur entschieden als ein Provisorium angesehen werden können. —

Ganz abgesehen von den religiösen, politischen und sozialen Unterschieden, die zwischen dem norddeutschen Bunde und dem ganzen gegenwärtigen Deutschland einerseits, und der nordamerikanischen Union, welche die Feuerprobe ihrer Institutionen glänzend bestand, andererseits, als zwischen monarchischen und republikanischen Gemeinwesen nothwendig in durchgreifender Weise existiren müssen, so haben, um nur einige, aber nicht unwesentliche Differenzpunkte hier anzuführen, die Herren Moritz Wiggers am 8. Juni und Franz Duncker am 18. Juni 1868 bei den Berathungen über den Bundeshaushalts-Etat für 1869 und

über das Freizügigkeitsgesetz im Reichstage zu Berlin, ohne widerlegt werden zu können, darauf hingewiesen, daß der norddeutsche Bund durchaus kein festes Gepräge und Gefüge habe, daß er nur ein Theil des großen und ganzen Deutschland sei, daß sein Zusammengehaltensein so lose, daß es bei dem ersten ordentlichen Sturme auseinander zu gehen drohe. Mit Recht beklagte der Abgeordnete Franz Duncker die mangelnde Vereidigung sämmtlicher Bundesbeamten, sowie der Beamten der Einzelstaaten auf die Bundesverfassung; mit Recht erklärte sein politischer Freund und Gesinnungsgenosse, Moritz Wiggers, daß der norddeutsche Bund keine wirklich festen Wurzeln schlagen könne, als bis er ein wirklich freiheitliches und wahrhaft konstitutionelles Gepräge erhalten habe. Herr Bancroft hat, als er den oben erwähnten Vergleich machte, ganz vergessen, daß die Legislative im norddeutschen Bunde verhältnißmäßig gar sehr abhängig ist von der betreffenden Exekutive, daß der amerikanische Bundessenat es mit Entrüstung zurückweisen würde, wenn man ihn mit dem monarchischen Bundesrathe gleich stellen wollte, daß von einem wirksamen und unabhängigen Oberbundesgerichtshofe im norddeutschen Bunde gegenwärtig keine Rede sein könne, u. s. w. u. s. w.

Dennoch könnte man, wenn nicht alle Vergleiche hinkten, die augenblicklichen Staatsverhältnisse Deutschlands mit denen vergleichen, in welchen sich die 13 Staaten Nordamerika's zur Zeit der alten Konföderationsartikel von 1778 befanden. So wenig, wie diese Konföderationsartikel eine wahre Union zu schaffen im Stande waren, so wenig kann man vernünftiger Weise von der jetzigen Verfassung des norddeutschen Bundes die Schaffung eines wahren Bundesstaates erwarten; aber dennoch waren jene alten Artikel die Vorläufer der gegenwärtigen Bundeskonstitution der Vereinigten Staaten, und eben so könnte — wir wiederholen es — könnte aus dem norddeutschen Bunde und seiner Verfassung ein freies und einiges Deutschland mit einer wahrhaft freiheitlichen und konstitutionellen Bundesverfassung hervorgehen. Damit dies aber geschähe, möchte es sich vielleicht vernothwendigen, daß Graf Bismarck Wort hielte hinsichtlich der Beseitigung des „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindels deutscher Fürsten". Wir können uns aber nicht recht zu dem Glauben bekennen, daß Graf Bismarck Wort halten wird, und ebenso wenig können wir uns als praktische Politiker für die Zukunftspolitik des edlen Dr. Johann Jacoby begeistern. Auch wir kennen den Spruch:

„Die Wahrheit trägt ein Schwert,
Gerechtigkeit
Hat es geschmiedet!"

Aber dennoch möchten wir nicht mit dem „Geiste, der stets verneint,“ verglichen werden, obschon uns der Sinn für die Bewunderung des „weiten freien Blickes und der erhabenen Ziele“ jenes von seinen Freunden hochgefeierten Karl Braun fehlt. Wir stimmen mit der Ansicht eines preußischen Journalisten und Schriftstellers überein, der da sagt*): „Mit einem Wort, dieser norddeutsche Bund ist noch kein fertiger, er ist eine werdende Institution, und es kommt darauf an, dieses Werden und Wachsen nicht zu stören, die wunderlichen Zöpfe, die er aus der Bundestagszeit noch an sich trägt, ihm abzuschneiden, und den einfachen, gediegenen, aber in sich lebendigen, freien Einheitsstaat aus ihm zu machen.“ Allein dieses „Abschneiden der wunderlichen Zöpfe“ überließen wir doch gerne ganz energischen Händen, denn es muß ein ziemlich radikales und nicht allzu langsames sein, wir überließen es gerne prinzipientreuen Männern, und nicht Denen, deren Götze der augenblickliche Erfolg ist. Jene kompromißseligen, irenischen Naturen, die durch einen Anschein von Opfermuth und gelehrte Staatsweisheit sich und Andere täuschen, spielen in den Zeitmomenten, wo im Staatsleben neue Entwickelungsphasen eintreten und das Alte sich vom Neuen scheidet, die Rolle von verträglichen und erträglichen Vermittelungsmenschen. Diese Vermittelungsmenschen bilden aber stets nur eine ephemere Partei; sobald sie zur Ausgleichung der Gegensätze hinlänglich beigetragen, haben sie ihre politische Mission erfüllt, müssen vom Schauplatze der staatlichen Thätigkeit abtreten und sterben meistens sehr schnell am politischen Marasmus senilis. Diesen politischen Todeskandidaten möchte das Abschneiden der wunderlichen Zöpfe aus der alten Bundestagszeit nicht wohl anzuvertrauen sein.**)

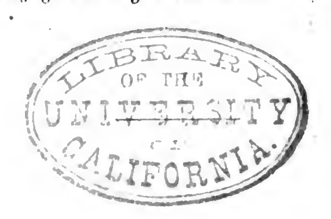
Die Parteischattirungen in Deutschland sind übrigens insofern denjenigen in Amerika vollkommen gleich, als überall, wo nur irgendwie ein parlamentarisches Leben herrscht, die politischen Parteien in drei Hauptarten zerfallen, von denen die eine in ihrem Streben wesentlich der Vergangenheit, die andere der Gegenwart, die dritte der Zukunft angehört. Selbstverständlich finden sich überall auch Uebergangsforma-

---

*) Vergl. „Preußische Jahrbücher,“ Bd. 21. Heft 5. S. 597.

**) Als ein unentbehrliches Mittel zum Zweck erscheint uns aber stets eine Einigung und kräftige Organisation des wahrhaft freisinnigen Elementes in den Südstaaten Deutschlands (ähnlich wie es in Amerika bei den südlichen Sklavenstaaten der Fall war), jenes Elementes, dessen Lokal- und Partikularpatriotismus nicht stärker ist, als die zu momentanen Opfern bereite Liebe zu einem ganzen, einigen und freien Deutschland. Denn, damit das Ganze gedeihe und stark werde, muß oft der einzelne Theil Opfer bringen.

tionen von der äußersten konservativen Rechten bis zur revolutionären ultraradikalen Linken. „Das Verharren wie der Fortschritt im Staate," sagt aber Rudolf Gneist („Das englische Verwaltungsrecht," Bd. I. S. 633), „fordern eine Selbstthätigkeit der Parteien im Streit mit der Gegenpartei, welche die Gesellschaft in weiteren und weitesten Schichten bald in Unbehagen setzt, bald in tiefer Leidenschaft aufregt." Dieses Unbehagen und diese Aufregung darf uns indessen nicht hindern, die Verwirklichung einer wahren, das Wohl und Wehe aller Klassen der Gesellschaft berücksichtigenden Parlamentsregierung mit aller Kraft anzustreben; denn die starke Seite dieses Staatswesens ist und bleibt, nach dem richtigen Ausspruche R. Gneist's, die Entwickelung des männlichen Sinnes, der sich aus der festgeschützten Freiheit der Person ergibt, die Energie des Strebens, welche alle Klassen da charakterisirt, wo kein Standesrecht eine Rechtsschranke zieht, vor Allem aber die Richtung der Erziehung des gesammten Volks auf den Staat, welche durch Friedensrichteramt, Geschwornendienst, selbstständige Gemeinde- und Kirchspielsverwaltung den rechten Sinn für das öffentliche Leben weckt und erhält. Wenn aber Walter Bagehot den Vereinigten Staaten die Parlamentsregierung abspricht und ihnen nur eine Präsidentenregierung zugestehen will, so sollte — denken wir — dieser Schriftsteller bereits von dieser haarspaltenden Marotte durch den Kampf geheilt sein, den Andrew Johnson mit dem amerikanischen Kongresse geführt hat und bis zu einem gewissen Grade noch führt. Die nordamerikanische Union entbehrt der gesetzgebenden Versammlungen nicht, die man in der That als „große Werkstätten der Volksbelehrung" ansehen kann. Dabei mag auch noch erwähnt werden, daß das parlamentarische Selfgovernment die nöthige Centralisation durchaus nicht ausschließt; denn das centralisirende Element im Staatsleben ist in keiner Weise einzig und allein der Monarchie eigen. Vergl. John William Draper, „Gedanken über die zukünftige Politik Amerika's," S. 142. Joseph von Held, „Grundzüge des allgemeinen Staatsrechts," S. 457 ff.



Druckfehler.

S. 13, Zeile 19 von unten, lies the statt de.
S. 25, Zeile 3 von unten, lies system statt systems.
S. 27, Zeile 13 von oben, lies réellement statt réelement.
S. 33, Zeile 5 von unten, lies unionsfeindlichen statt unionsfeindliche.
S. 43, Zeile 6 von unten, lies Jefferson Davis statt Jefferson-Davis.
S. 49, Zeile 3 von oben, lies versiegenden statt versiechenden.
S. 56, Zeile 8 von unten, lies Nationen statt Nation.
S. 92, Zeile 15 von oben, lies 10. Dezember statt 11. Dezember.
S. 97, Zeile 5 von oben, lies 1832 statt 1833.
S. 97, Zeile 2 von unten, lies 10. Dezember 1832 statt 11. Dezember 1833.
S. 130, Zeile 14 von unten, lies peaceable statt peaceaple.
S. 139, Zeile 4 von unten, lies „William L. Yancey" statt William C. Yancey.
S. 139, Zeile 3 von unten, lies statt „angenommen" die Worte: zwar nicht angenommen, aber gestellt und warm unterstützt.
S. 153, Zeile 4 von oben, lies einem statt einen
S. 159, Zeile 1 von unten, lies Senatsjournal statt Senatjournal.
S. 165, Zeile 13 von oben, lies wollten statt wollte.
S. 169, Zeile 2 von unten, lies 58,869 statt 58,896.
S. 187, Zeile 11 von unten, lies John Y. Mason statt James M. Mason.
S. 188, Zeile 6 von oben, das Zeichen " hinter dem Worte Verwirrung ist zu streichen.
S. 194, Zeile 19 von oben, lies bestehe statt bestehn.
S. 195, Zeile 4 von unten, vor „I do ... muß ein Klammerzeichen stehen, also („I do ...
S. 197, Zeile 12 von unten, hinter dem Worte beginnt? muß das Zeichen " stehen.
S. 250, Zeile 13 von oben, lies widerrechtliche partikuläre statt widerrechtlichen partikulären.

Druck von Otto Wigand in Leipzig.


MAYER&MÜLLE

